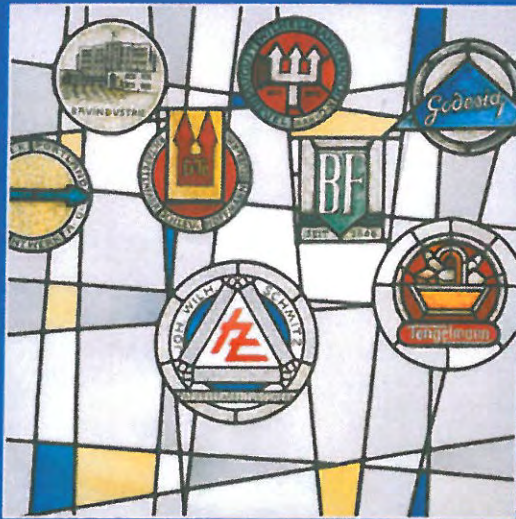


Helmut Vogt



# DIE WIRTSCHAFTSREGION BONN/RHEIN-SIEG IM INDUSTRIEZEITALER

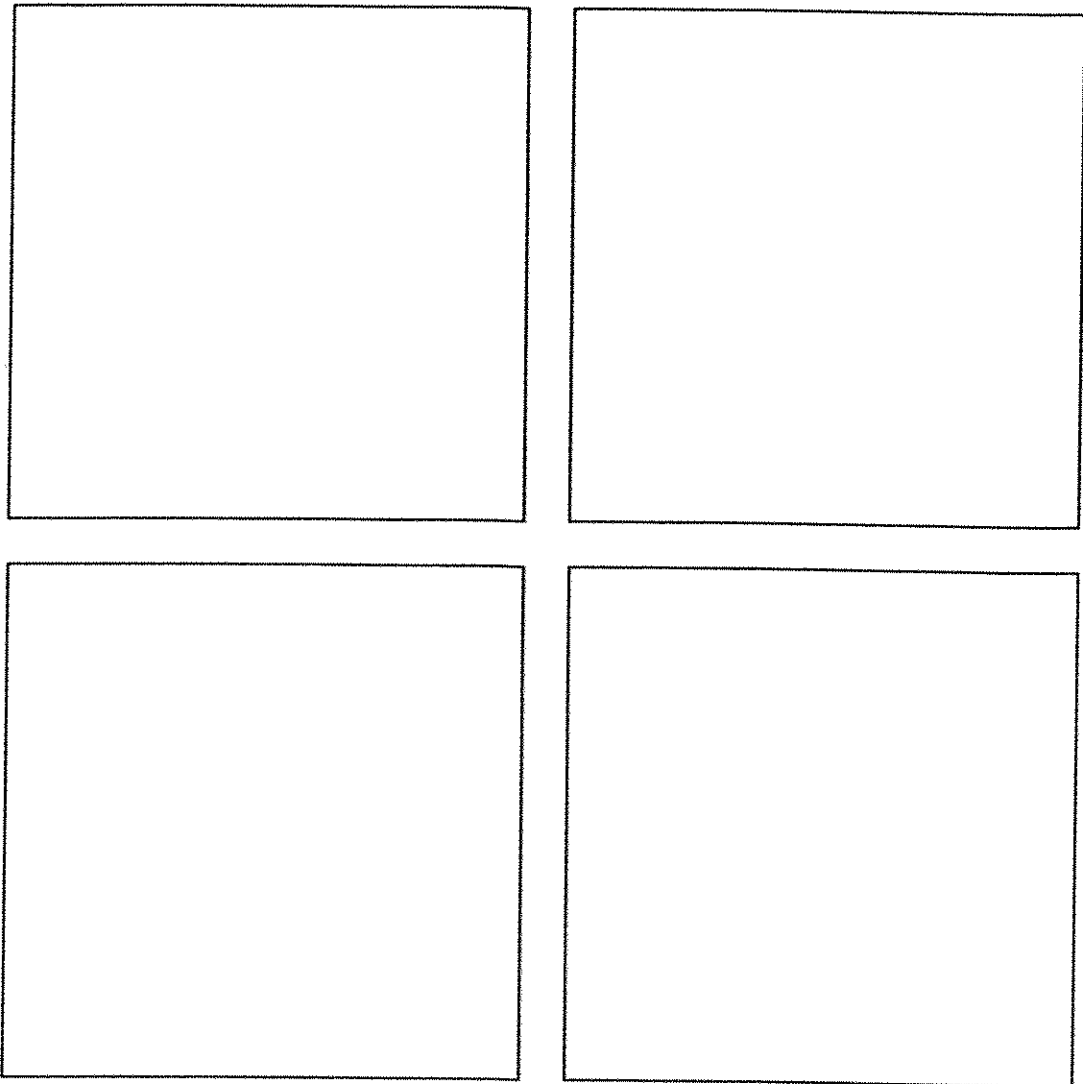
Festschrift zum 100jährigen Bestehen  
der Industrie- und Handelskammer Bonn  
1891-1991



Helmut Vogt · Die Wirtschaftsregion Bonn/Rhein-Sieg im Industriezeitalter







# **DIE WIRTSCHAFTSREGION BONN/RHEIN-SIEG IM INDUSTRIEZEITALTER**

**Eine Veröffentlichung der Industrie- und Handelskammer Bonn  
Bonner Talweg 17, 5300 Bonn 1**

**Redaktion: Dr. Ingrid König, Friedhelm Wallnisch**

**Druck: Köllen Druck + Verlag GmbH, Alfter**

**Titelgestaltung: Michael Marasson, Sankt Augustin**

**Titelfoto: Udo Giesen, Königswinter**

**Printed in Germany - Alle Rechte vorbehalten**

**ISBN 3-88579-058-0**

# Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	7
1	Die Grundlagen	11
1.1	Der Kammerbezirk: Verwaltungsgliederung und Bevölkerungsentwicklung	11
1.2	Das Gewerbe in Bonn am Ende der kurfürstlichen Zeit	27
1.3	Bonn als Fabrikort: Industrielle Scheinblüte im Schutze der Kontinentalsperre	29
2	Die gewerbliche Wirtschaft in preußischer Zeit bis zur Reichsgründung	34
2.1	Die Krise nach 1814 im Kreis Bonn	34
2.2	Die gewerbliche Wirtschaft der Umlandkreise (ca. 1820)	37
2.3	Am Vorabend der Industrialisierung	38
2.4	Inseln der Industrialisierung	43
2.5	Von der Jahrhundertmitte bis zur Reichsgründung	51
2.6	Handel, Banken, Verkehr, Beherbergungswesen	58
3	Von der Reichsgründung zum Ersten Weltkrieg	61
3.1	Die Gründerjahre	61
3.2	Die Verbreiterung der industriellen Basis bis 1895	69
3.2.1	Bergbau und Hüttenwesen, Industrie der Steine/Erden	72
3.2.2	Metallverarbeitung, Maschinen-, Instrumente- und Apparatebau	74
3.2.3	Chemische Industrie, Leder, Papier	76
3.2.4	Textilindustrie, Bekleidung, Reinigung	80
3.2.5	Nahrungsmittelgewerbe	82
3.2.6	Holzverarbeitung und Baugewerbe	84
3.2.7	Handel, Bank- und Versicherungswesen, Verkehr, Gastgewerbe	86
3.3	Die Gründung der Handelskammer Bonn	88
3.3.1	Vorgeschichte	88
3.3.2	Der Gründungsvorgang	95
3.3.3	Die Konstituierung der Kammer	100
3.4	Der Kammerbezirk in der Hochindustrialisierungsphase	102

3.4.1	Sektor- und Branchenentwicklung	102
3.4.2	Innere Geschichte und Wirksamkeit der Handelskammer Bonn 1892 bis 1914	122
3.4.3	Kommunale Gewerbepolitik vor 1914	131
4	Kriegs- und Krisenzeiten (1914 - 1948/49)	138
4.1	Der Erste Weltkrieg (1914 - 1918)	138
4.1.1	Kriegswirtschaftliche Umstellungen	138
4.1.2	Die Handelskammer Bonn in der Kriegswirtschaft (1914 - 1918)	146
4.2	Wirtschaftsentwicklung und Kammergeschichte in der Zwischenkriegszeit	152
4.2.1	Übergangswirtschaft, Besatzung, Ruhrkampf und Inflation	152
4.2.2	Stabilisierung und kurzer Aufschwung	159
4.2.3	In der Weltwirtschaftskrise	167
4.2.4	NS-Wirtschaft im Frieden (1933 - 1939)	171
4.2.5	Das letzte Jahrzehnt der Selbständigkeit: Die Industrie und Handelskammer Bonn 1924 - 1933	184
4.2.6	Gleichschaltung und Verlust der Selbständigkeit	189
4.3	Kriegswirtschaft (1939 - 1945)	197
4.4	Die Nachkriegszeit (1945 - 1949)	203
4.4.1	Der Kampf um die Wiedererrichtung der Industrie- und Handelskammer Bonn	203
4.4.2	Die Kammerwirtschaft als Teil der "Katastrophengesellschaft"	211
4.4.3	Innere Entwicklung und Kammerarbeit bis zur Hauptstadtentscheidung	217
5	Die Wirtschaft der Hauptstadtregion und ihre Kammervvertretung (1949 - 1991)	227
5.1	Die Hauptstadtentscheidung	227
5.2	Wirtschaftsentwicklung und Strukturveränderungen bis 1976	233
5.3	Die Industrie- und Handelskammer Bonn 1949 - 1976: Innere Entwicklung und Wirksamkeit	240
5.4	Die Abtrennung des Kreises Euskirchen (1977)	250
5.5	Die Zweikreiskammer (1977 - 1991)	257
	Schlußbetrachtung	274
	Abkürzungsverzeichnis	277
	Anmerkungen	278
	Quellen- und Literaturverzeichnis	307



# Vorwort

Mit den "runden" Jubiläen ihrer Gründung hat die (Industrie- und) Handelskammer Bonn in der Vergangenheit nicht immer Glück gehabt; zum Feiern war den Beteiligten im Spätherbst 1916 vor dem Hintergrund verschärfter kriegswirtschaftlicher Anstrengungen nicht zumute. Ähnliches galt für das Jahr 1941, an dessen Ende die meisten Blitzkriegsillusionen verfliegen waren. Eine eigenständige Wirtschaftsvertretung der Bonner Region gab es zu diesem Zeitpunkt ohnehin nicht mehr; bereits 1934 war der 1891 geschaffene Bezirk mit der benachbarten Industrie- und Handelskammer Köln vereinigt worden. So hat die 1945 wieder errichtete Kammer erst ihr 75. Gründungsjubiläum angemessen begehen können, in feierlichem Rahmen zwar, doch gleichzeitig auch wiederum bescheiden: Angesichts der vergleichsweise kurzen Geschichte verzichtete man bewußt darauf, eine Kammerfestschrift vorzulegen. "Für die Dauerinstitution einer Kammer", führte Präsident Dr. Vosgerau in seiner Festansprache aus, müßten "sicherlich andere Maßstäbe für die Bemessung von Jubiläumszeiträumen gelten ... als in vielen anderen Bereichen".<sup>1</sup>

Die hundertste Wiederkehr ihres Gründungstages dürfte auch der "jungen" Bonner Kammer das Recht geben, den zahlreichen Festschriften der Schwesterkammern eine Darstellung ihrer eigenen Geschichte zur Seite zu stellen, zumal sie sich nach Begründung des deutschen Weststaates als wirtschaftliche Interessenvertretung der Hauptstadtregion zweifellos vier Jahrzehnte lang in einer besonderen Situation befand; die Veränderungen in der Aufteilung der Zentralfunktionen zwischen Bonn und Berlin nach der wiedergewonnenen staatlichen Einheit lassen indes das Jubiläum erneut in eine ausgeprägte Umbruchphase fallen.

Es ist heute wohlbegründete und unumstrittene Praxis, Kammergeschichte im engeren Sinne, also die innere Entwicklung der jeweiligen Institution und die Darstellung ihrer Wirksamkeit, in den Kontext der allgemeinen und regionalen Wirtschaftsgeschichte einzubetten und auf allen Ebenen mit ihm zu verknüpfen. Die Industrialisierung des Wirtschaftsraumes, die hier zum erstenmal in der regionalen

Zusammenschau dargestellt wird, bildet angesichts des späten Gründungsdatums der Kammer quasi einen längeren, aber unverzichtbaren Vorspann. Der Kontrast zur insgesamt verhaltenen gewerblich-industriellen Entwicklung der Region in späterer Zeit macht eine Einbeziehung der letzten Jahre unter napoleonischer Herrschaft reizvoll, als Bonn wegen der plötzlichen Ausweitung der Textilindustrie von den Zeitgenossen gar als "Fabrikstadt" apostrophiert wurde; die Beschreibung frühindustrieller Ansätze in anderen Branchen nach dem Niedergang der Textilindustrie leitet über zur Schilderung des Beginns einer nachhaltigen Industrialisierung in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Über den aktuellen Anlaß zur Veröffentlichung hinaus soll die hier vorgelegte Arbeit nicht zuletzt dazu beitragen, die höchst unterschiedliche Berücksichtigung einzelner Teile der Region durch die bisherige wirtschaftshistorische Forschung auszugleichen. So existieren für das heutige Gebiet der Stadt Bonn zahlreiche Detailstudien. Ihre Synthese in den im Jubiläumsjahr 1989 vorgelegten Bänden drei und vier der "großen" Stadtgeschichte ergibt eine lückenlose Wirtschaftsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis in unsere Tage. Dagegen reflektieren die verdienstvollen (weil materialreichen) Ausarbeitungen für das Gebiet der alten Kreise Bergheim und Sieg den Forschungsstand der 1950er Jahre. Auch für Euskirchen liegt keine neuere Wirtschaftsgeschichte vor, ganz zu schweigen von der stiefmütterlichen Vernachlässigung der 1932 aufgelösten Kreise Rheinbach und Waldbröl. Um überhaupt eine Vergleichbarkeit mit dem Kernraum der Wirtschaftsregion zu erreichen, wurde auf der quantitativen Ebene weitgehend das verstreut vorliegende statistische Material benutzt, bevor ab 1875 die Ergebnisse der amtlichen Berufs- und Gewerbezahlungen eine verlässlichere, nach einheitlichen Kriterien aufgenommene Datengrundlage liefern. Ansonsten werden vorliegende Einzelarbeiten, soweit vom Zeitaufwand her möglich und vertretbar, durch Auswertung von Archivalien sowie die (vorsichtige) Benutzung lokal- und heimatgeschichtlicher Darstellungen ergänzt.

Leider erwies sich aus dem engen Kreis der für diese Untersuchung relevanten Vorarbeiten die umfangreiche, 1956 abgeschlossene Arbeit von F.W. Schepke<sup>2</sup> angesichts fehlender Belege, offensichtlicher Unrichtigkeiten und unbegründeter Schlüsse als wissenschaftlich unbrauchbar. Trotzdem ist sie insofern Teil der Kammergeschichte, als ihr Autor in seiner Eigenschaft als Referent im Oberpräsidium der Nord-Rheinprovinz seinerzeit maßgeblichen Ein-

fluß auf die Wiederentstehung eines eigenen Bonner Kammerbezirks ausgeübt hat. Obwohl die Verantwortlichen zweifellos verwertbare Ergebnisse erwarteten, als sie 1954 den gut dotierten Untersuchungsauftrag vergaben,<sup>3</sup> dürfte hier nicht zuletzt das Moment der Dankbarkeit eine Rolle gespielt haben. Dagegen konnte der Verfasser auf dem Gebiet der eigentlichen Kammergeschichte bis 1934 in erheblichem Umfang die 1965 und 1971 auf der Basis gründlicher Quellenstudien erstellten Arbeiten von Elmar Blase<sup>4</sup> einbeziehen. In Anbetracht der 1934 verlorenen Selbständigkeit der Kammer war die Auseinandersetzung des Jahres 1945 über ihre Wiedererrichtung ähnlich detailliert zu schildern wie die Erst-Gründung von 1891; die Vorgänge wurden, da die betreffenden Akten des Oberpräsidiums der Nord-Rheinprovinz offensichtlich nicht ans Hauptstaatsarchiv Düsseldorf gelangt sind, überwiegend mit Hilfe des erhaltenen Materials der Industrie- und Handelskammer zu Köln rekonstruiert.

Mit dem Abschluß der Amtszeit von Dr. Alef (1945-1955), also des Hauptgeschäftsführers, der die Industrie- und Handelskammer Bonn im ersten Nachkriegsjahrzehnt entscheidend geprägt hat, endet der legitimerweise unter Anwendung historischer Methoden zu bearbeitende Abschnitt der hundertjährigen Kammergeschichte. Für die bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes noch verbleibenden dreieinhalb Jahrzehnte wird der Verfasser stärker zum Chronisten und enthält sich wegen des fehlenden historischen Abstandes weitgehend aller Werturteile; dies gilt natürlich besonders in der Einschätzung der handelnden Persönlichkeiten, sei es auf dem ehrenamtlichen Sektor der Kammervvertretung, sei es in der Geschäftsführung. Ähnlich kann erst ein späterer Rückblick erweisen, inwieweit die gezwungenermaßen sehr selektive Auswahl der im letzten Kapitel behandelten Themen und Problembereiche die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat.

Mein herzlicher Dank gilt abschließend all jenen, die diese Arbeit angeregt und gefördert haben. An erster Stelle der Industrie- und Handelskammer Bonn, die mir die reizvolle Aufgabe übertrug und so gleichzeitig die Gelegenheit schuf, im Rahmen ihres Jubiläums ein wirtschaftsgeschichtliches Desiderat aufzuarbeiten. Bei meinen Recherchen in der Kammer unterstützten mich Herr Diplom-Betriebswirt Manfred Heimann und Herr Gerd Mager. Aus den öffentlichen Archiven und Bibliotheken, von deren Unterstützung ich schon bei früheren Publikationen zur regionalen Wirtschaftsgeschichte profitiert habe, seien hier stellvertretend die Herren Dr. Heinrich Linn und Herbert Weffer vom Siegburger Kreisarchiv namentlich genannt.

Ganz besonders verpflichtet bin ich als Neuling auf dem Gebiet der Kammergeschichte den Anregungen und Ratschlägen von Frau Dr. Klara van Eyll; Herrn Dr. Jürgen Weise danke ich für seine Hilfe bei der Benutzung der Bestände des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Köln.

Bonn, im Sommer 1991

Helmut Vogt



# 1 Die Grundlagen

## 1.1 Der Kammerbezirk: Verwaltungsgliederung und Bevölkerungsentwicklung

Bis zum Frühjahr 1816 hatte Preußen die Verwaltung der ihm auf dem Wiener Kongreß zugesprochenen Rheinlande neu gegliedert; deren unterste Ebene, die Kreise, sollten im untersuchten Raum, abgesehen von anfänglichen Korrekturen (Erweiterung des Siegkreises um den Bezirk Uckerath, Verlegung des Kreissitzes von Lechenich nach Euskirchen) und der späteren Ausgliederung des Stadtkreises Bonn (1887), über ein Jahrhundert Bestand haben.<sup>1</sup> Wenn sich die Flächenausdehnung der (Industrie- und) Handelskammer Bonn von ursprünglich sieben Kreisen im Laufe der weiteren Entwicklung auf die Stadt Bonn und den sie räumlich umgebenden Rhein-Sieg-Kreis reduziert hat, so ist die auf den ersten Blick frappierende Schrumpfung des Wirkungsbereichs zu einem guten Teil rein optischer Natur; neben die an anderer Stelle näher zu erläutern- den echten Gebietsverluste treten in jüngerer Vergangenheit die Auswirkungen tiefgreifender Eingriffe in lange Zeit unangetastete Verwaltungsgrenzen. Die bei ihrer Gründung im Jahre 1891 der neuen Bonner Handelskammer zugewiesenen Kreise umfaßten nahezu zwei Drittel der Fläche des Regierungsbezirks Köln. Im einzelnen handelte es sich um<sup>2</sup>

den Stadtkreis Bonn	mit	15,94 km <sup>2</sup> Flächeninhalt
die Landkreise Bonn	mit	289,17 km <sup>2</sup> Flächeninhalt
Bergheim	mit	363,44 km <sup>2</sup> Flächeninhalt
Euskirchen	mit	366,37 km <sup>2</sup> Flächeninhalt
Rheinbach	mit	396,92 km <sup>2</sup> Flächeninhalt
Siegburg	mit	765,69 km <sup>2</sup> Flächeninhalt
Waldbröl	mit	300,08 km <sup>2</sup> Flächeninhalt.

Betrachtet man die Entwicklung dieser sieben Gründungskreise bis zu den ersten einschneidenden Veränderungen des Jahres 1932, so

lassen die heraustretenden Gemeinsamkeiten drei Gruppen erkennen. Zusammen mit dem Stadt- und Landkreis Bonn bildete der Siegkreis den gewerblich-industriellen Schwerpunkt des späteren Handelskammerbezirks. Die Angliederung des aufgelösten Nachbarkreises Uckerath (1827) machte ihn flächenmäßig zu einem der größten Kreise der preußischen Monarchie überhaupt. Seine Siedlungsstruktur war durch das Nebeneinander stark verdichteter Ballungsräume und dünnbesiedelter ländlicher Räume (vor allem im östlichen Kreisgebiet) gekennzeichnet; ähnliches gilt heute für den Rhein-Sieg-Kreis, seinen Rechtsnachfolger.<sup>3</sup>

Mit der Bürgermeisterei Vilich (ab 1921: Beuel) ragte der überwiegend links des Stroms gelegene Landkreis Bonn, zu dem bis 1887 auch die Stadt Bonn gehörte, rechtsrheinisch in das Gebiet seines Nachbarkreises hinein. Die notwendige Verschmelzung dieses in französischer Zeit dem Großherzogtum Berg zugehörigen Gebiets mit Teilen des Roer- bzw. Rhein- und Moseldepartements, die Aufteilung des neuen Landkreises auf verschiedene Gerichtsbezirke und die herausgehobene Stellung der einstigen Haupt- und Residenzstadt Bonn bereiteten seinerzeit dem Grafen Belderbusch als erstem Landrat des neuen Gebildes erhebliches Kopfzerbrechen: "Kein einziger Kreis des Regierungsbezirks", vermerkte er in seinem ersten Verwaltungsbericht<sup>4</sup>, "entstand unter so erschwerenden Umständen. ... Der Kreis Bonn ... ist Stadt- und Landkreis zugleich."

Obwohl die Einwohnerzahl Bonns noch knapp unter der für eine Auskreisung notwendigen Schwelle von 40 000 Seelen lag, ermöglichte die Regierung 1887 der Universitäts-, Garnisons- und Rentnerstadt das Ausscheiden aus dem Landkreis; damit war der Oberbürgermeister dem Landrat des die Stadt umgebenden Verwaltungsbezirks gleichgestellt und direkt der Aufsicht des Kölner Regierungspräsidenten unterworfen.<sup>5</sup> Auch nach Ausgliederung des Zentralorts entwickelte sich die finanzielle Lage des verkleinerten Landkreises günstig. 1892 konnte in der Bonner (!) Mozartstraße ein eigenes Verwaltungsgebäude errichtet werden.<sup>6</sup> Allerdings folgte der Auskreisung als zweiter Schritt das unvermeidliche Flächenwachstum des Stadtkreises: Zwei Drittel der deutschen Groß- und Mittelstädte vergrößerten sich allein im Jahrzehnt 1901-1910 durch Gebietszuwachs.<sup>7</sup> Die 1904 vollzogene Eingemeindung von Endenich, Poppelsdorf, Kessenich und Dottendorf, die sich im Rahmen des Bevölkerungswachstums der Stadt aus Dörfern zu Vororten entwickelt hatten, geschah naturgemäß wiederum auf Kosten des Landkreises Bonn, dessen Leistungsfähigkeit jedoch, wie man im

Regierungspräsidium dem düperten Landrat vorrechnete, nach wie vor diejenige der benachbarten Bezirke Bergheim, Euskirchen, Rheinbach und Waldbröl übertraf.<sup>8</sup> Auf den Umfang des Bonner Handelskammerbezirks hatten die Gebietsveränderungen insofern keinen Einfluß, als sich seine Außengrenzen nicht veränderten.

Mit Euskirchen und Bergheim grenzten in nordwestlicher Richtung an den Kreis Bonn-Land zwei mittelgroße Verwaltungsbezirke nahezu identischer Flächenausdehnung. Gemeinsam war ihnen ein Überwiegen des landwirtschaftlichen Charakters trotz stellenweiser Verdichtung der gewerblich-industriellen Tätigkeit. Die Lebensfähigkeit der Kreise war nie bestritten; beide blieben - Euskirchen seit 1932 in vergrößertem Umfang - über 150 Jahre bestehen. Warum der im äußersten Nordwestzipfel des Regierungsbezirks gelegene Kreis Bergheim 1891 trotz schlechter Verkehrsverbindungen mit dem Hauptort Bonn dem dortigen Handelskammerbezirk zugeschlagen wurde, wird ebenso zu erklären sein wie die endgültige Revision dieser Entscheidung im Jahre 1945.

Auf der letzten Etappe der Reise durch das Handelskammergebiet von 1891 ist das Schicksal der beiden Kreise zu streifen, deren Entwicklung im Verlauf der Jahrzehnte deutlich hinter der ihrer Nachbarn und Konkurrenten zurückgeblieben war. Jeweils am Südrand des Regierungsbezirks Köln in teilweise beträchtlicher Entfernung zur Rheinschiene gelegen und verkehrsmäßig schlecht erschlossen, bildeten Rheinbach und Waldbröl bereits bei der Gründung der Handelskammer mit deutlichem Abstand die Schlußlichter der Bevölkerungsentwicklung, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zur Kreisfläche. So hatte Rheinbach in den beiden ausgeprägten Wachstumsjahrzehnten zwischen 1880 und 1900 gar einen geringfügigen Rückgang in der Zahl der Kreisbewohner zu verzeichnen.<sup>9</sup> Trotz eines beachtlichen Aufschwungs des Hauptortes nach seiner Bestimmung zum Kreissitz und der Übernahme der Versorgungsfunktionen für einen Teil der Voreifel (auf Kosten von Münstereifel)<sup>10</sup> wurde Rheinbach nie Verkehrsmittelpunkt des Kreises; in Konkurrenz zu Bonn oder Euskirchen blieb es nur eine Station an der Bahnlinie, die die beiden Städte seit 1880 verband. Befürworter der Anfang der 1930er Jahre verfügten Neuordnung sahen in der lange Zeit einseitigen Orientierung an den Bedürfnissen der Landwirtschaft die Hauptursache für die Rückständigkeit des Kreises und erwarteten von der Aufteilung einen spürbaren Modernisierungseffekt.<sup>11</sup>

Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse im Kreise Waldbröl, der

trotz Ausbaus der Bezirksstraße nach Hennef (1860) und der vom preußischen Staat finanziell unterstützten Verlängerung der schmal-spurigen Bröltalbahn<sup>12</sup> nur unzureichend mit dem Kern des Wirtschaftsbezirks verbunden war.<sup>13</sup> Seine Strukturprobleme sind im wesentlichen Folge der ausgebliebenen Industrialisierung und werden noch zu erörtern sein. Bezeichnenderweise hob der amtierende Landrat 1863 als Charakteristikum seines Verwaltungsbezirks hervor, daß der Kreis keine einzige Stadt aufzuweisen habe<sup>14</sup>, und in der Tat hat die Gemeinde Waldbröl erst 1957, fünfundzwanzig Jahre nach Verlust des Kreissitzes, das Stadtrecht erlangt.

Die skizzierten Verhältnisse machten im Bezirk der Kammer Bonn die Kreise Rheinbach und Waldbröl nahezu zwangsläufig zu Opfern der Sparverordnung vom 23. Dezember 1931, die zur Herabsetzung von Verwaltungskosten eine Verminderung der Kreise gesetzlich festlegte.<sup>15</sup> Ähnlich wie bei den Grenzveränderungen zwischen Stadt- und Landkreis Bonn von 1887 und 1904 blieb im Falle des zwischen den Mitgliedskreisen Euskirchen und Bonn aufgeteilten Rheinbach der Gebietsbestand der Kammer Bonn im wesentlichen unberührt; allerdings verlor man in der zusammen mit Keldenich dem Landkreis Köln zugeschlagenen Gemeinde Wesseling ein Gebiet mit zukunftsreicher industrieller Entwicklung; das spätere Union-Kraftstoffwerk lag mit der Hälfte seiner Anlagen auf dem Gebiet von Bonn-Land.<sup>16</sup> Dagegen bedeutete die Vereinigung des aufgelösten Kreises Waldbröl mit Gummersbach zum Oberbergischen Kreis langfristig den Verlust eines großen Teils des Ostzipfels des Kammerbezirks; lediglich die Gemeinden Dattenfeld und Rosbach gelangten an den Siegkreis und verblieben damit auch nach 1945 bei der Kammer Bonn. Zunächst jedoch erscheint der Altkreis Waldbröl hinsichtlich der wirtschaftlichen Selbstverwaltung weiterhin als Teil des Bonner Sprengels<sup>17</sup>, bevor die Anfang 1934 unter Kölner Federführung vollzogene Vereinigung der Kammern Bonn und Köln die Betrachtung eines eigenen Bonner Kammerbezirks ohnehin müßig macht.

Bei der Wiedererrichtung im Jahre 1945 umfaßte der Wirkungsbereich der Kammer Bonn die beiden Bonner Kreise sowie ihre westlichen und östlichen Nachbarn Euskirchen und Sieg, letzte nicht ohne Anstrengungen den Ansprüchen der Kölner Nachbarkammer abgerungen, die in der Angliederung Bergheims ihre Interessen zum Teil durchsetzen konnte. Trotz zahlreicher Versuche des 1949 zur provisorischen Bundeshauptstadt ernannten Bonn, seine jahrzehntelang aufgestauten Raumprobleme zu lösen, hatte die Neugliede-



rung der 1930er Jahre tatsächlich ihr Ziel erreicht, für einen längeren Zeitraum eine Beruhigung in der Auseinandersetzung um kommunale Grenzen zu schaffen.<sup>18</sup> Im Rückblick muß man der Stadt Bonn bescheinigen, ihre berechtigten Forderungen jeweils just im falschen Augenblick vorgebracht zu haben. So versandeten die ab 1919 geführten Eingemeindungsverhandlungen mit Beuel, Duisdorf und Buschdorf in der Krise des Jahres 1923. Die einleuchtend begründeten, wesentlich umfangreicheren Pläne, die 1928 Oberbürgermeister Falk vorlegte, wurden bis zur noch ausstehenden Neugliederung des gesamten Regierungsbezirks Köln zurückgestellt. Als 1932 die Auflösung des Kreises Rheinbach Bewegung in die Diskussion brachte, war Bonn durch die politischen Auseinandersetzungen um die Person des Oberbürgermeisters so geschwächt, daß nicht einmal der Versuch einer Arrondierung des Stadtgebiets unternommen wurde.<sup>19</sup> Vergeblich blieben auch die zahlreichen seit 1949 vorgebrachten Vorstöße<sup>20</sup>, bevor sich 1966 der Gedanke einer umfassenden Kommunalreform durchsetzte, die eine bloße Eingemeindungspolitik alten Stils ablöste und alle zu einem zentralen Ort gehörigen Gemeinden zu einer neuen Großgemeinde zusammenschloß.<sup>21</sup> Allen Protesten und juristischen Abwehrversuchen der ihrer Selbständigkeit beraubten Umlandgemeinden<sup>22</sup> zum Trotz trat das entsprechende Raumordnungsgesetz am 1. August 1969 in Kraft. Der Stadtkreis Bonn verüffachte nahezu seine Fläche; die auf dem Gebiet des aufgelösten Landkreises neugebildeten Gemeinden wurden dem Siegkreis zugeschlagen, der seitdem als Rhein-Sieg-Kreis in Form der bekannten "Halskrause" die Stadt Bonn nahezu vollständig umschließt.<sup>23</sup> Bereits wenige Jahre nach seinem Entstehen erwies sich der neue Großkreis zusammen mit seinen Gemeinden als stark genug, im Rahmen des zweiten Neugliederungs-Programms der Landesregierung (1970-1975) vorgebrachte Planungen abzuwehren, denen zufolge die linksrheinischen Gebiete den Städten Bonn, Brühl und Köln bzw. dem Kreis Euskirchen zugeschlagen werden sollten.<sup>24</sup>

Hatte der erste Teil der nordrhein-westfälischen Raumordnung die Industrie- und Handelskammer Bonn nur insofern tangiert, als die Zahl der Ansprech- und Verhandlungspartner auf Kreisebene verringert wurde, so ergab sich aus der im sogenannten "Aachen-Gesetz" zum 1. Januar 1972 geschaffenen Vereinigung der Kreise Euskirchen und Schleiden zum neuen Großkreis Euskirchen zum ersten Male in der Kammergeschichte, daß sich Kreis- und Kammergrenzen nicht länger deckten, da Bonn nur für die Wirtschaft des Altkreises Euskirchen zuständig war, Schleiden hingegen bei Aachen

verblieb. Noch komplizierter stellte sich die Lage dar, als Euskirchen 1975 die Großgemeinde Ertstadt an den neugeschaffenen Erftkreis abtreten mußte. Wiederhergestellt wurde die Kongruenz von Kreis- und Kammerbezirksgrenzen 1977 durch eine Ministerverordnung, die gegen alle Bonner Widerstände auch das Gebiet des Altkreises Euskirchen der Industrie- und Handelskammer Aachen zuschlug, während Ertstadt als Teil des Erftkreises in die Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammer Köln überging.<sup>25</sup> Gleichzeitig konnten allerdings die Angliederung des verbliebenen Bezirks an die Kammer Köln verhindert und die Selbständigkeit der Kammer Bonn erhalten werden. Obwohl der Verlust Euskirchens auch eine Abtrennung jener 219 km<sup>2</sup> (Bad Münstereifel, Kuchenheim, Teile des Amtes Ollheim) des aufgelösten Kreises Rheinbach mit sich brachte, die 1932 an den westlichen Nachbarkreis gegangen waren, umfaßt der heutige Kammerbezirk, vor allem wegen der Zugewinne des Rhein-Sieg-Kreises, immer noch rund 52% des Flächeninhalts von 1891.

Läßt man den Sonderfall des ehemaligen Kreises Bergheim mit seinem vor hundert Jahren noch nicht vorauszusehenden Standbein Braunkohleförderung und -verstromung beiseite, so betrafen die Gebietsverluste der Industrie- und Handelskammer Bonn durchweg gewerblich weniger aktive Regionen; dies gilt, selbst wenn es seinerzeit in der öffentlichen Diskussion verständlicherweise niemals eingeräumt wurde, auch für das vom wirtschaftlichen Strukturwandel (Verluste in der Tuch- und Steinzeugindustrie; Einstellung des Bleibergbaus; Verlagerung des Braunkohleabbaus) besonders stark betroffene Euskirchen, dessen Anteil an der Zahl der Mitgliedsfirmen zur Zeit der Abtrennung 14%, am Beitragsaufkommen sogar nur 11% betragen hatte,<sup>26</sup> wengleich dieser Beitragsverlust massive kammerinterne Anpassungsprobleme verursachte, da die Ausgaben der Kammer Bonn, wie z.B. Personalkosten, zunächst in unveränderter Höhe fortbestanden. Einen weiteren Beleg für die Feststellung, daß der heutige Kammerbezirk tatsächlich den Kernraum des ursprünglich größer bemessenen Sprengels darstellt, liefert die Bevölkerungsentwicklung. Lebten 1891 auf der nahezu doppelt so großen Fläche der sieben Gründungskreise 40% der Bewohner des Regierungsbezirks Köln, so reduzierte sich dieser Anteil auf Basis der 1970er Volkszählung statt der zu erwartenden Halbierung auf lediglich 27%.<sup>27</sup> Erst die beträchtliche Vergrößerung des Regierungsbezirks Köln durch Auflösung des Aachener Sprengels ließ den Anteil des Kammerbezirks Bonn bei der letzten Volkszählung (1987) auf 19,5% absinken.<sup>28</sup>

Wichtige Rückschlüsse auf die differenzierte wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Teile des Untersuchungsraumes erlaubt die Statistik der Bevölkerungsveränderungen auf Kreisebene in den knapp eineinhalb Jahrhunderten zwischen dem Beginn der Preußischen Zeit und den großen Gebietsreformen der 1960er Jahre.

**Tabelle 1: Bevölkerung im jeweiligen Kreisgebiet 1816-1961**

Jahr	Stadt- kreis Bonn	Land- kreis Bonn	Sieg- kreis	Euskir- chen	Berg- heim	Rhein- bach	Wald- bröl
1816	34 658		*55 315	23 172	28 032	22 343	15 022
1828	41 230		63 648	25 909	31 284	25 053	16 444
1837	46 944		70 117	28 157	33 663	27 226	18 244
1849	55 185		77 965	31 327	38 375	29 628	19 595
1861	60 343		82 904	35 477	40 168	31 502	21 521
1871	26 030	43 618	83 087	37 070	39 940	31 299	21 543
1885	35 989	53 092	90 075	41 089	41 559	32 425	22 831
1895	44 558	65 753	99 807	43 721	43 961	32 316	24 255
1905	81 996	63 807	114 283	47 132	49 875	32 783	27 240
1925	90 249	81 324	137 080	55 957	64 286	36 755	30 212
1933	98 659	104 587	148 696	76 292	68 575	***	***
1939	100 788	111 839	153 926	76 690	69 490		
1946	94 449	127 746	190 912	83 909	**		
1950	115 394	142 898	201 839	93 235			
1961	143 850	193 741	236 172	102 553			

\* mit Uckerath

\*\* Kreis Bergheim nach 1945 Teil der IHK Köln

\*\*\* Kreis 1932 aufgelöst

Quelle: Gemeindestatistik des Landes NRW. Bevölkerungsentwicklung 1816-1871. Dass.: Bevölkerungsentwicklung 1871-1961.

Das bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts angelegte starke Bevölkerungswachstum setzte sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mit weit höheren Steigerungsraten fort; da in der Regel die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht mit dem Arbeitsplatzbedarf Schritt hielten, kam es, kulminierend im Pauperismus der 1840er Jahre, zu regional unterschiedlich ausgeprägter Massenverelendung; für den noch fast ausschließlich agrarischen Siegkreis mit seinem starken Anteil landloser Tagelöhner ist das signifikante Ansteigen der Sterbeziffern in den Hungerjahren 1846-1849 jüngst herausgearbeitet worden.<sup>29</sup>

Mit Ausnahme des Sonderfalls Bonn ist allerdings die Bevölkerungszunahme in den einzelnen Kreisen des Untersuchungsgebiets bis zur Reichsgründung insgesamt unterdurchschnittlich verlaufen. Am höchsten lag der Zuwachs 1816/1871 mit 60% im Bezirk Euskirchen, gefolgt von den Kreisen Sieg (50,2%), Waldbröl (43,4%), Bergheim (42,5%) und Rheinbach (40,1%). Damit verlief im größten Teil des Untersuchungsgebietes die Wachstumskurve deutlich flacher als im übergeordneten Regierungsbezirk Köln (86,2% Zunahme), dessen Wachstumsdynamik damit klar auf den engeren Wirtschaftsraum Köln konzentriert ist. Selbst verglichen mit den niedrigeren Wachstumswerten im späteren Reichsgebiet (66,2%) liegen die genannten Landkreise zum Teil erheblich unter dem Durchschnitt. Mit einer Verdoppelung seiner Einwohnerzahlen - 101% im Zeitraum 1816/71 - ragt der Kreis Bonn indes weit aus seiner Umgebung heraus. Selbst wenn man das Wachstum zwischen dem späteren Stadt- (158%) und dem Landkreis aufsplittet, liegt letzterer mit 77,6% immer noch klar über dem Wachstum der Nachbarkreise, Indiz für die Ausstrahlung der Wachstumskraft des Zentrums auf seine unmittelbare Umgebung, von der mit einer Zunahme von 156,6% besonders Godesberg profitierte, gefolgt von den 1904 eingemeindeten "Großdörfern" Poppelsdorf (170,5%), Endenich (140,1%) und Kessenich (98,8%). Zwar konnte sich das Wachstum der Stadt im Zeitraum bis 1871 nicht mit ausgesprochenen Industriestädten (Mönchengladbach, Essen, Dortmund) messen, doch gehörte Bonn jeweils zur Gruppe mit starker Bevölkerungszunahme und ließ Städte ursprünglich gleicher Größe (Koblenz, Trier, Wesel) hinter sich.<sup>30</sup>

Die Ausnahmestellung des Zentralorts im späteren Kammerbezirk macht auch ein Blick auf Städte und größere Gemeinden der Umgebung deutlich. Mit jeweils ca. 5 000 Einwohnern im Jahre 1871 brachten es die Kreissitze Euskirchen, Waldbröl und Siegburg gera-



de auf ein Fünftel der Bevölkerung der Universitätsstadt. Die prozentualen Wachstumsraten des Zeitraums 1816/71 gehen allerdings im Falle Siegburgs (205%) und der Tuchmacherstadt Euskirchen (192%) wegen der ausgesprochen niedrigen Ausgangsbasis über den Bonner Wert hinaus. Ohne Zweifel haben beide Städte von ihrer Funktion als Kreismittelpunkt profitiert; wenn auch Siegburg erst nach 1871 die Einwohnerzahl der Gemeinde Much erreichen sollte, hatte es auf Grund seiner hohen, nur vom bedeutend kleineren Troisdorf übertroffenen Wachstumsdynamik zum Zeitpunkt der Reichsgründung bereits seine 1816 erheblich volkreicheren Rivalen Hennef und Eitorf überholt. Noch ausgeprägter ist dieser Befund im Falle von Euskirchen, das die mit 48% Zunahme ausgesprochen wachstumsschwache ehemaligen Kreisstadt Lechenich deutlich überflügelt hatte. Über den Durchschnitt seines Kreises legte mit 62,2% auch Waldbröl zu. Von den übrigen Kreissitzen hat Rheinbach sein anfängliches Wachstumstempo nicht durchhalten können; zwischen 1858 und 1871 ist sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Mit einer Gesamtzunahme von 43% lag der Ort immer noch knapp über der Steigerungsrate des Konkurrenten Münstereifel. Völlig aus dem Rahmen fällt Bergheim, nicht nur weil es mit 35,2% Bevölkerungswachstum noch unter dem Durchschnitt "seines" Kreises lag, sondern vor allem seiner Position innerhalb der übrigen Kreisgemeinden wegen, die sich während des ersten halben Jahrhunderts in der Funktion als Kreisstadt vom 9. auf den 10. Platz verschlechterte.<sup>31</sup>

Zieht man eine Zwischenbilanz der regionalen Bevölkerungsentwicklung vom Beginn der preußischen Zeit bis zur Reichsgründung, so kann das überproportionale Wachstum des an Attraktivität zunehmenden Zentrums Bonn das relative Zurückbleiben des agrarischen, ausnahmslos von Kleinstädten durchsetzten Umlandes nicht aufwiegen. Vereinten die behandelten sieben Kreise des späteren Kammerbezirks 1816 noch 55% der Bevölkerung des Regierungsbezirks, war dieser Anteil bis 1871 bereits auf 46,7% abgesunken, eine Entwicklung, die auch die jetzt in Teilen der Region verstärkt einsetzende Industrialisierung nicht aufhalten konnte: Am Vorabend der Kammergründung betrug das in Einwohnerzahlen gemessene Gewicht noch 40%, die letzte Volkszählung vor dem Weltkrieg wies 1905 nur 36,5% aus.

Die Jahrzehnte der Hochindustrialisierung sind zugleich die Phase der - in absoluten Zahlen - größten Bevölkerungszunahme in der deutschen Geschichte. Trotz negativer Wanderungsbilanz wuchs

die Reichsbevölkerung zwischen 1871 und 1910 um 58,1%. Weit über dem nationalen Durchschnitt lag die Bevölkerungsentwicklung in den preußischen Westprovinzen Rheinland und Westfalen, wobei die Industrialisierung wiederum auch innerhalb der Provinzen zu stark regionaler Bevölkerungskonzentration führte. Zwischen 1871 und 1910 nahm in Rheinpreußen die Zahl der Stadtbewohner um das Viereinhalbfache zu; 96% des gesamten Zuwachses in Rheinland/Westfalen wurde von den Städten absorbiert.<sup>32</sup> Hatten die Jahre nach 1800 die rechtlichen, ökonomischen und sozialen Grundlagen vorbereitet, so gilt die Periode von 1870 bis 1920 als die eigentliche Blütezeit in der Geschichte der Stadt: Während sich die deutsche Gesellschaft zur verstädterten Industriegesellschaft wandelte, erreichte die städtische Selbstverwaltung ihre höchste politische Kraft, wurde die heutige Infrastruktur entfaltet.<sup>33</sup> Angesichts der stark differenzierten regionalen Entwicklung innerhalb der Westprovinzen ist es unvermeidlich, daß dem sich ausprägenden rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit seinen verschiedenen Teilregionen auch agrarisch-gewerbliche Wirtschaftslandschaften in den Randgebieten gegenüberstanden, die - von einigen kleineren städtischen Zentren abgesehen - im Schatten dieser Entwicklung blieben.<sup>34</sup> Die hier skizzierte Bevölkerungsentwicklung weist den Bonner Kammerbezirk ohne Zweifel als ein solches Gebiet geringerer Attraktivität aus.

Dabei verläuft auf der Bezugsebene des Regierungsbezirks Köln der Bevölkerungszuwachs der Jahre 1871/1905 mit 88,7% des Ausgangswerts parallel zur Provinzebene; es sind - wiederum mit Ausnahme des Sonderfalls Bonn - die übrigen fünf Landkreise, die erneut und noch deutlicher ausgeprägt als 1816/71 weit hinter den Zuwachsraten im nördlichen Kölner Verdichtungsraum zurückblieben. Im einzelnen betrug das Wachstum zwischen den Volkszählungen von 1871 und 1905 in den Kreisen

Bonn-Stadt/Land:	109,3%
Sieg	37,5%
Euskirchen	21,1%
Waldbröl	26,4%
Bergheim	24,9%
Rheinbach	4,7%

Es ist kein Zufall, daß der Siegkreis noch relativ am besten abschneidet, finden sich hier doch sowohl die frühesten Ansätze zu einer Industrialisierung als auch die stärkste Ausprägung neuer Industriestandorte. Auf dem Weg zur "verstädterten Industriegesellschaft" haben zwischen 1871 und 1905 vor allem Siegburg (175,4%

Zunahme) und Troisdorf (81,5%) - jeweils bezogen auf den Gebietsstand von 1970 - erheblich zugelegt und sich zu Mittelstädten entwickelt; nach ihnen tritt mit 49,7% nur noch Eitorf hervor.<sup>35</sup>

Auch im Kreis Euskirchen knüpfte der gleichnamige Hauptort mit einem Wachstum von 133,5% (1871/1910) an die Entwicklung der vorausgegangenen Periode an; zu den Vorteilen aus der Kreissitzfunktion trat auch hier unverkennbar eine gewisse industrielle Konzentration.<sup>36</sup> Wo sie ausblieb, entwickelten sich auch die Städte nicht weiter; dies zeigt der Fall Zülpich, dessen Wachstum mit 24,9% noch unter dem Niveau des Kreises lag.<sup>37</sup> Im Falle des nördlichen Nachbarkreises Bergheim schließlich liegt die Periode ausgesprochenen Bevölkerungswachstums wegen der verzögerten industriellen Entwicklung in den Jahrzehnten zwischen 1895 und 1925. Oberaußem-Fortuna, Horrem, Quadrath-Ichendorf und Türrnich sind die Gemeinden mit dem höchsten Zugewinn.<sup>38</sup>

Eine Trennung der längerfristigen Wachstumsziffern zwischen Stadt- und Landkreis Bonn ist nur bis einschließlich 1895 möglich. Seit 1871 hatte die Stadt um 71,2%, der sie umgebende Landkreis um beachtliche 50,7% zugelegt. Bei der Volkszählung von 1905 treibt der Eingemeindungsgewinn aus dem vorausgegangenen Jahr den Zuwachs des Stadtkreises auf 215%; bis 1910 verfolgt, beträgt der Gewinn 238%, flächenbereinigt immer noch 171%.<sup>39</sup> Der Bevölkerungsgewinn des Kreises Bonn-Land im Zeitraum 1871/1905 vermindert sich entsprechend auf 46,3%, obwohl in absoluten Zahlen der Verlust von über 16 000 Einwohnern (1895) beinahe aufgeholt ist. Damit übertrifft der langfristige Bevölkerungszuwachs des verkleinerten Landkreises Bonn deutlich den der flächenmäßig unangestasteten Nachbarbezirke. Gemäß der Regel, daß sich der industrielle Ausbau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwar nicht innerhalb der Mauern, wegen der vorhandenen Infrastruktur jedoch in jedem Fall in der Nähe der Städte abspielte<sup>40</sup>, weisen wie vor 1871 besonders die Gemeinden im westlichen Einzugsgebiet der Universitätsstadt sowie die Kernorte der Bürgermeistereien Vilich/Beuel und Godesberg überdurchschnittliche jährliche Steigerungsraten auf. Der jährliche Bevölkerungszuwachs der 1904 eingemeindeten Orte übertraf im Zeitraum 1871/95 mit 6,4% den Wert für die Stadt Bonn um mehr als das Doppelte; Godesberg und Beuel nahmen mit 4,5 bzw. 4,4% erheblich schneller zu. Betrachtet man die Vergleichszahlen für den Staat Preußen (1871/1910: Städte 137% Zuwachs, Landgemeinden 28%), so zeigen neben Bonn die (statistisch den Städten zuzurechnenden) Orte Godesberg (254%) und Beuel

(324%) ein überdurchschnittliches Wachstum. Mit wenigen Ausnahmen übertrafen die Dörfer der Umgebung den Durchschnitt der Landgemeinden, so daß das beschleunigte Wachstum von Bonn, Godesberg und Beuel nicht auf Kosten der umliegenden Ortschaften ging.<sup>41</sup> Um die fehlende Deckungsgleichheit von kommunalem Stadtareal und städtischem Siedlungsbereich auszuschalten, errechnet Fehre für 1910 innerhalb eines Zehnkilometerradius um den Zentrumspunkt der Stadt Bonn knapp 178 000 Einwohner. Obwohl nominell noch keine Großstadt, übertraf Bonn wegen der vergleichsweise dichten Besiedlung des Umraumes hierin die Großstädte Braunschweig, Plauen, Augsburg und Erfurt.<sup>42</sup>

Mit einer Zuwachsrate von 238% nimmt Bonn unter den preußischen Städten über 20 000 (1871) bzw. 50 000 (1910) Einwohnern einen mittleren Platz ein, gehört also weder zu den schnell wachsenden noch zu den zurückbleibenden Städten. In seiner Position fiel es nur geringfügig vom 33. Platz (unter 48 Städten) auf den 37. (von 108 Städten) zurück. Schlechter schneidet die Universitäts-, Rentner- und Garnisonsstadt im Vergleich mit ihrer mächtigen nördlichen Rivalin Köln ab, die im selben Zeitraum Breslau überholt und damit zur zweitgrößten Stadt der preußischen Monarchie aufrückte. Analog zum bereits mehrfach konstatierten relativen Zurückbleiben der Bevölkerungsentwicklung im Bonner Kammerbezirk verläuft die Entwicklung der Zentren: Machte die Einwohnerzahl Kölns 1871 ca. das Fünffache des Bonner Wertes aus, so hatte sich die Differenz bis 1910 nahezu auf das Sechsfache ausgeweitet.<sup>43</sup>

Höroidt hat die Besonderheiten der Bonner Bevölkerungsentwicklung im Vergleich mit der Montanstadt Bochum plastisch herausgearbeitet, die gemessen an der Einwohnerzahl Bonn im Jahre 1871 überholte und den Abstand seitdem durch Zuwanderung und Geburtenüberschüsse ständig ausbaute. "Der florierende Bergbau zog ... erheblich mehr Menschen an als Universität, Rentner und Dienstleistungsbereiche, und es kamen nach Bochum vor allem Männer und Frauen, die in der Lage und bereit waren, Familien mit Kindern zu gründen, während z.B. Rentner, Studenten und Dienstmädchen, die einen wesentlichen Teil des Zuzugs nach Bonn ausmachten, normalerweise keinen Nachwuchs bekamen." Wenn Bonn 1900 unter den 13 größten rheinischen Städten und Landgemeinden die geringste Ortsbürtigkeit aufwies, ist dies auch dadurch zu erklären, daß im Gegensatz zu den "jungen" Montanstädten des Ruhrgebiets die Neuzuzügler in Bonn die Geburtenziffer eher absinken ließen.<sup>44</sup> Ganz anders konnte demgegenüber die Bevölkerungszusammen-

setzung in den Nachbargemeinden aussehen. Im Zuge seiner Nachforschungen zur Herkunft von SPD-Stimmen bei der Reichstagswahl berichtete 1891 der Kreisschulinspektor über Ippendorf: "Diese Gemeinde ist wohl die ärmste im Kreise, viele Einwohner finden ihr Brot als Maurer und Handlanger oder als Fabrikarbeiter in Bonn oder Poppelsdorf."<sup>45</sup>

Wegen der Änderung der Verwaltungsgrenzen ein Jahr vor der Volkszählung von 1933 erstreckt sich die weitere Verfolgung der Bevölkerungsentwicklung auf Kreisebene auf die relativ kurze Spanne von 1905 bis 1925. Das Absinken des Anteils der im Kammerbezirk wohnenden Menschen an der Gesamtbevölkerung des Regierungsbezirks Köln (1925: 34,6%) hatte sich deutlich verlangsamt. Trotz der Menschenverluste des Ersten Weltkriegs nahm die Bevölkerung im Kölner Regierungsbezirk in den zwanzig Jahren seit 1905 noch einmal um ein gutes Viertel (25,7%) zu. Über dieser Marke lagen die Kreise Bergheim mit 28,9% und Bonn-Land mit 27,5%. Wanderungsgewinne im Gefolge des Braunkohleabbaus und seiner Nebenindustrien sind die Ursachen im erstgenannten, die Nähe zum überfüllten, seit 1904 räumlich nicht mehr erweiterten Stadtkreis Bonn im zweiten Fall. Ein unterdurchschnittliches Wachstum weist Euskirchen (18,7%) auf, ähnlich wie der Siegkreis (19,9%), wo der Abbau der aufgeblähten Rüstungsindustrie unter den Stand von 1913 temporär Strukturprobleme schuf. Mit lediglich 10,9% bzw. 12,1% Bevölkerungszunahme bildeten die 1932 aufgelösten Kreise Waldbröl und Rheinbach erwartungsgemäß das Schlußlicht unter den Landkreisen.

Wiederum als Sonderfall, jedoch dieses Mal wegen seines zurückbleibenden Bevölkerungswachstums (10,1%), präsentiert sich überraschenderweise der Stadtkreis Bonn. Neben der bereits erreichten hohen Wohndichte sind hier als Faktoren die Abwanderung von Arbeitskräften in die Kriegsindustrie der Nachbarkreise und die Auswirkungen der britisch-französischen Besatzung - zwischen Ende 1918 und Anfang 1926 zeitweise bis zu 11 000 Mann - zu nennen. Obwohl auch die Bürgermeisterei Godesberg unter den Folgen der Besatzung zu leiden hatte, blieb hier das Wachstum mit 20% im Zeitraum 1910/1925 ungebrochen.<sup>46</sup>

Die Betrachtung der weiteren Bevölkerungsentwicklung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs weist, wie schon im ersten Jahrhundert nach dem Übergang an Preußen, erneut Bonn und Umgebung als das eindeutig wachstumsstärkste Gebiet aus. So konnte die Stadt mit jährlichen Zuwachsraten von ca. 2000 Einwohnern

nach Abzug der französischen Besatzung (1926) im Jahre 1939 die magische Grenze zur Großstadt überspringen; angesichts der Abschwächung der Land-Stadt-Wanderung und des annähernden Stillstandes des Verstädterungsprozesses nach 1925 sind die bis 1939 gewonnenen 11,7% Zuwachs auch im Vergleich zur Entwicklung im Regierungsbezirk Köln (11,2%) bemerkenswert. Überdurchschnittlich legte mit 17,3% (gebietsbereinigt) der Landkreis zu; Godesberg blieb mit 23,7% Gewinn ein begehrter Wohnsitz und erhielt 1935 Stadtrechte. Auf den gegenwärtigen Bezirk der Industrie- und Handelskammer Bonn bezogen entfielen zwei Drittel des 1925/39 ausgewiesenen Bevölkerungswachstums auf die heutige Stadt Bonn, wie auch nur stadtnahe Gemeinden nennenswerte Zunahmen verzeichneten. Im bäuerlichen Umland stagnierte die Bevölkerungsentwicklung, im Linksrheinischen kam es vereinzelt sogar zu Rückgängen.<sup>47</sup> Die um die Gebietsveränderungen von 1932 bereinigten Zahlen weisen dementsprechend für den Siegkreis (6,5%) ein nur geringes Wachstum während des Zeitraumes 1925/39 aus. Eine Mittelposition nimmt der (unveränderte) Kreis Bergheim (8,1%) ein, während der Kreis Euskirchen (3,9%) kaum mehr wuchs.<sup>48</sup>

Die durch den Zweiten Weltkrieg ausgelösten Verwerfungen in der Bevölkerungsentwicklung - der heutige Landesteil Nordrhein verlor wegen der Zerstörungen im Ruhrgebiet und in den grenznahen Stadt- und Landkreisen zwischen 1939 und 1946 ca. 10% seiner Bevölkerung, während Westfalen um ca. 7,7% wuchs<sup>49</sup> - bewirkten radikale Veränderungen der bis 1939 gültigen Entwicklungsmuster: Die in ihrem Kern stark, auf das Gesamtareal bezogen mittelschwer zerstörte Stadt Bonn weist 1946 gar einen Rückgang von 6,3% der Vorkriegsbevölkerung aus; die verstärkte Rückwanderung glich ihn allerdings bis Juni 1947 wieder aus. Dagegen sind Ende Oktober 1946 die umliegenden Kreise Bonn-Land (14,2% Zuwachs), Euskirchen (9,4%) und Sieg (24%) bereits klar, als Aufnahmegebiete ausgewiesen. So beherbergte das nahezu unzerstörte Bad Godesberg, schon vor dem Krieg ein Wachstumsschwerpunkt im Landkreis, 1946 eine gegenüber 1939 um 28,3% gestiegene Bevölkerung. Ende 1946 übertraf der Landkreis Bonn mit mehr als 25 000 aufgenommenen Flüchtlingen zeitweise den größeren Siegkreis (22 000 Flüchtlinge), wo sich jetzt 192 000 (1939: 154 000) Menschen die durch Kriegseinwirkung von 70 000 auf 56 000 Einheiten abgesunkene Zahl von Wohnungen teilen mußten.<sup>50</sup> Die - vor allem nach der Währungsreform erfolgte - Wiederherstellung von Wohnraum in den Städten hat dann bis 1950 das Bild wieder umgekehrt. Mit einem Wachstum von 22,2% gegenüber dem Stand



von 1946 hielt der Stadtkreis Bonn die Spitze, während der Siegkreis nach dem vorausgegangenen Wachstumssprung nur noch um 5,7% zulegen; zwischen den beiden Extremen lagen Euskirchen (11,1%) und der Landkreis Bonn, in dessen 11,9%igem Zuwachs, ebenso wie im Falle der Stadt, bereits der Hauptstadtzug enthalten war.<sup>51</sup>

Vermutlich hätte keiner der Stadtväter, die vor 1939 unter Berufung auf die hohe Bevölkerungsdichte immer wieder auf eine Erweiterung des Stadtbezirks gedrängt haben, seinerzeit eingeräumt, Bonn böte Platz für die von der Volkszählung des Jahres 1961 ausgewiesenen 143 850 Einwohner. Seit 1950, nachdem mithin die erste Welle des Bundeszuzugs erfolgt war, ist die Einwohnerzahl noch einmal um fast ein Viertel gewachsen, obwohl der Bewohneraustausch zwischen der Stadt und der Rhein-Sieg-Region schon ab 1951 negativ ausfiel. Zwischen 1950 und 1961 - dies belegt bereits das notwendige Ausweichen auf die Umlandgemeinden lange vor der Raumordnung - nahm die Wohnbevölkerung auf dem Gebiet der heutigen Stadt um 34% zu, der (alte) Landkreis Bonn vergrößerte sich gar um 35,6%. Mit der Entfernung zur Bundeshauptstadt verminderten sich die Zuwachsraten (Siegkreis: 17%; Euskirchen: 10%); wegen des allgemein zu beobachtenden Zuges in die Zentren kam es im weiteren Umland gar zu Abwanderungen, vor allem in den ländlichen Auffanggemeinden für die kriegsbedingten Zuflüsse (Much, Neunkirchen-Seelscheid).<sup>52</sup>

Die Volkszählung von 1961 hatte den Einwohnerstand von Alt-Bonn hinter dem Kulminationspunkt (November 1959: 144 291 Einwohner) erfaßt. Ab 1962 beschleunigten sich, hauptsächlich wegen des Flächenbedarfs für zentrale Funktionen, die Wanderungsverluste auf dem alten Stadtgebiet. Zwar gewann Groß-Bonn in den 1960er Jahren 1,3% und in den 1970er Jahren als eine der wenigen bundesdeutschen Städte, deren Bevölkerung überhaupt noch wuchs, weitere 4,7%, doch sank bis 1980 die Einwohnerzahl in Alt-Bonn um ca. 20 000 Menschen, ca. ein Siebtel des 1959 erreichten Höchststandes.<sup>53</sup>

Höhere Bevölkerungsgewinne als je zuvor zwischen zwei Volkszählungen verzeichnete 1961/70 mit 27,9% der Rhein-Sieg-Kreis, dessen Anziehungskraft nicht zuletzt auf guten Wohnmöglichkeiten in schöner Landschaft und billigen Grundstückspreisen bei günstiger Verkehrsanbindung an die Zentren Bonn und Köln beruhte. Auch im Vergleich der längerfristigen Bevölkerungsentwicklung 1939/70 auf dem Gebiet des heutigen Siegkreises wird die klare Ausrichtung auf Bonn deutlich: Mit 76,1% Zuwachs tritt das östliche Kreisgebiet

deutlich hinter das westliche (94,3%) bzw. das mittlere (99,4%) zurück. Auf Gemeindeebene sind Sankt Augustin (189,3% Zuwachs) oder Lohmar (180%) Beispiele für stark wachsende Kommunen in der Nähe der Rheinschiene, Much (+34,4%) und Windeck (+ 43,4%) für verkehrserne Gebiete mit niedriger Bevölkerungsdichte und unterdurchschnittlicher Zunahme.<sup>54</sup>

**Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung 1961-1987 auf dem Gebiet der heutigen Kreise Bonn und Rhein-Sieg**

	1961	1970	1987
Bonn	270 825	274 518 (+ 1,4%)	276 853 (+ 0,8%)
Rhein-Sieg	299 286	382 774 (+ 27,9%)	476 453 (+ 24,5%)

Quelle: Stat. Jb. NRW 31 (1989), S. 46; Müller-List, Bonn 1949-1989, S. 685. Rhein-Sieg-Kreis: Ergebnisse der Volkszählung, Teil 1, S. 2. Die in amtlichen Übersichten angegebene Bevölkerungszahl des Rhein-Sieg-Kreises für 1970 (376 819) mußte durch Nacherhebung korrigiert werden.

Auch wenn der Bevölkerungsbegriff "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung", wie er erstmalig bei der Volkszählung von 1987 angewandt wurde, die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen vorausgegangener Erhebungen beeinträchtigt und für Bonn, z.B. wegen der zahlreichen in ihren Heimatorten gemeldeten Studenten, von einer höheren Wohnbevölkerung auszugehen sein wird, ist die Einwohnerzahl der Hauptstadt im Zeitraum 1970/87 nur noch verhalten gewachsen. Ein erheblicher Teil der Abwanderungen kam wiederum dem Umland zugute, also in erster Linie dem Rhein-Sieg-Kreis, dessen Bevölkerungszunahme um ein knappes Viertel den Durchschnitt des Regierungsbezirks Köln (+ 4,5%) um ein Mehrfaches übertraf. Anders als in den 1960er Jahren befinden sich die wachstumsstärksten Gemeinden (Meckenheim: +160,9%; Swisttal: + 76,5%) im linksrheinischen Kreisteil.<sup>55</sup> Die Verlierer im Vergleich der Jahre 1970/87 sind die an der Sieg gelegenen Gemeinden Eitorf (+ 7%) und Windeck (+ 5,2%); als einzige Kommune im Kreis verzeichnete der Hauptort Siegburg gar einen Bevölkerungsrückgang (- 0,1%).<sup>56</sup>

Vergleicht man die im Landesentwicklungsplan NRW entlang der Rheinschiene als Oberzentren ausgewiesenen Großstädte, so ha-



ben sich um die Landeshauptstadt Düsseldorf und die rheinische Metropole Köln "Millionenregionen ... mit klar dominanter Zentralstadt" gebildet, von denen sich der inzwischen von einer dreiviertel Million Menschen bewohnte Kammerbezirk Bonn als "polyzentrische Zwillingsregion" mit dem auf den tertiären Wirtschaftsbereich ausgerichteten Doppelkern Bonn/Bad Godesberg und dem vom verarbeitenden Gewerbe beherrschten Siegburg/Troisdorf strukturell deutlich unterscheidet. Daß Bonn nach der Erhebung zur Bundeshauptstadt nicht länger ein bloßes "Anhängsel der stärker ausstrahlenden Kölner Region" blieb, belegen trotz des fortgesetzten Ineinandergreifens der Einflußzonen beider Oberzentren die Veränderungen der Pendlerströme. Das Austauschverhältnis der Berufspendler von Bonn nach Köln/Wesseling im Vergleich zur umgekehrten Richtung reduzierte sich zwischen 1950 und 1970 von 7,24 zu 1 auf die Relation 1,88 zu 1. Ähnliches gilt für die weitere Umgebung: "Zeichnete sich 1950 das Bonner Einzugsgebiet noch wie eine innerhalb des weiträumigen Kölner Einflußbereichs befindliche Insel ab, zeigte 1970 die Region Rhein-Sieg-Ahr schärfere Konturen eines selbständig gewordenen Oberzentrums Bonn."<sup>57</sup>

## **1.2 Das Gewerbe in Bonn am Ende der kurfürstlichen Zeit**

Vergeblich wird man im Untersuchungsraum für das 18. Jahrhundert nach jener Konzentration überlokal wichtiger Produktion in Handwerk, Heimgewerbe, Verlagssystem oder dezentralisierter Manufaktur Ausschau halten, die das Prädikat einer vorindustriellen Gewerbelandschaft<sup>58</sup> rechtfertigen würde. In einer Zeit, in der die gewerbliche Durchdringung primär von den Textil- und Metallgewerben getragen wurde<sup>59</sup>, gehörten Bonn und sein Umland weder zu einem der aufstrebenden rheinischen Textilbezirke noch entstand eine nennenswerte Metallverarbeitung auf der Basis heimischer Bodenschätze; eine Ausnahme bildete, im äußersten Südwestzipfel des späteren Handelskammerbezirks gelegen, der Anteil am Eisen- und Bleigebiet von Kommern-Mechernich, einem von drei Zentren

der frühneuzeitlichen Gewerblandschaft Nordeifel.<sup>60</sup> Weitere gewerbliche Verdichtungsräume umgaben - in mehr oder minder großem Abstand - das Untersuchungsgebiet auch an seinen übrigen Seiten: der Bezirk Düren-Stolberg-Aachen im Westen, das in seiner gewerblichen Durchdringung eher an der Untergrenze der für eine Gewerblandschaft anzusetzenden Merkmale liegende Neuwieder Becken im Süden; im Osten das siegerländische Montanrevier, schließlich im Norden die Stadt Köln mit ihrem Nebeneinander von zünftig beherrschten traditionellen Hauptsparten und zunftfreiem Gewerbe bzw. einsetzenden großbetrieblichen Produktionsformen, im späten 18. Jahrhundert nach wie vor ein gewichtiger Schwerpunkt vorindustriellen, überlokal bedeutenden Gewerbes am Niederrhein.<sup>61</sup>

Dagegen entwickelte sich Bonn, wie Edith Ennen jüngst noch einmal zusammenfassend herausgearbeitet hat, auch in seinem letzten Jahrhundert als Residenzstadt wirtschaftlich nicht über das Maß einer Mittelstadt hinaus. Zwar ging mit dem Aufschwung der kurfürstlichen Residenz nach 1715 eine starke Zunahme der Bevölkerungszahl einher, in deren Gefolge die berufliche Spezialisierung wuchs und der Einzelhandel angekurbelt wurde; doch profitierten gerade von den großen Aufträgen oft in höherem Maße die jüdischen Hoffaktoren bzw. die am Hof, bei den geistlichen Institutionen oder in den Häusern der hohen Beamten beschäftigten Handwerker. Manufakturen und Fabriken, "die relativ unbedeutenden Ansätze auf industriellem Gebiet", waren auf den Luxusbedarf der Residenz, nicht auf Exportbeziehungen ausgerichtet; häufig bestanden sie nur kurze Zeit. Mehrere Versuche in der gleichen Branche sind belegt. Weitere Charakteristika sind die besondere Rolle französischer Unternehmer und Arbeiter sowie die Eingriffe des Staates, sei es durch Vergabe von Privilegien oder durch Übernahme der Unternehmerrolle, wie im Falle des Bonner Arbeitshauses. Im weitgehend überbesetzten Handwerk kam es zu der auch anderenorts zu beobachtenden Verharrung in zünftischer Enge; als Nachwirkung der bescheidenen Entwicklung im Mittelalter fehlte nach wie vor ein mit dem Kölner Ledergewerbe oder der bergischen Textil- und Eisenproduktion vergleichbarer Export. Die "verzweifelte Abwehr allen Imports durch das Bonner Gewerbe" diente der Verteidigung des innerhalb der Mauern liegenden etablierten Absatzgebietes.<sup>62</sup>

Von der Schicht der Krämer ging 1790 der Plan aus, sich mit den Kaufleuten zu einer Handelsgesellschaft nach dem Muster von Mainz, Düsseldorf und Koblenz zusammenzuschließen. Vor allem

die auswärtige (d.h. in erster Linie städtkölnische) Konkurrenz galt es zu vermindern, die gedankliche Anlehnung an die zünftische Organisation der Handwerker wird im Wunsch deutlich, "Eingriffe in die Bürgerliche Nahrung zu hemmen"<sup>63</sup>. Darüber hinaus sieht der begleitende Statutenentwurf durch hohe Beiträge für neue Mitglieder die Abschottung gegenüber der Kleinkonkurrenz vor. Gerade die versuchte Ausschaltung des Wettbewerbs wird von dem mit der Prüfung des Antrags beauftragten Zwölfterkollegium (Vertreter der Zünfte, die u.a. den städtischen Haushalt kontrollierten) energisch zurückgewiesen.<sup>64</sup>

Selbst wenn der Vorstoß die Zustimmung der Behörden gefunden hätte, wäre der späten Anwendung mittelalterlicher Prinzipien auf den Handelssektor angesichts der gewerbefreiheitlichen Grundsätze der Französischen Revolution wohl kaum eine lange Lebensdauer beschieden gewesen.

### **1.3 Bonn als Fabrikort: Industrielle Scheinblüte im Schutze der Kontinentalsperre**

In den Darstellungen des französischen Zwischenspiels wird immer wieder der krasse Wechsel herausgestellt, den der Einmarsch der Revolutionstruppen nur fünf Tage nach der endgültigen Abreise des Kurfürsten für Bonn bedeutete, der jähe Sturz der intakten Haupt- und Residenzstadt des bis zuletzt von einem tüchtigen Regenten verwalteten Kölner Kurstaates zum bloßen Sitz einer Unterprefektur (1798) im französischen Rhein-Mosel-Departement, zudem durch "den Ausbau der Rheingrenze von einer territorialen zu einer Staats- und Wirtschaftsgrenze auch aus eingefahrenen räumlichen Beziehungen herausgerissen."<sup>65</sup>

Ein rapides Absinken der Einwohnerzahl veranschaulicht die tiefe Zäsur: Zwischen 1790 und 1798 verlor Bonn fast 20% der Bevölkerung<sup>66</sup>, darunter viele reiche Einwohner, wie Jakob Müller, ein zeitgenössischer Chronist, noch 1805, also nach einer gewissen Stabilisierung der Verhältnisse, bemerkte: "So wird die Stadt an

wohlhabenden Einwohnern immer ärmer und mit Bettlern immer mehr angefüllt.<sup>67</sup> Im Vergleich der städtischen Berufsgliederung der Jahre 1780 und 1816 sank der Anteil der Beamten, Geistlichen und Freien Berufe von 20% auf 7,1% der zu ermittelnden Berufstätigen.<sup>68</sup> Auch der Anteil der Dienstboten an der Erwerbsbevölkerung, Gradmesser für die Prosperität der Stadt, ging zwischen 1790 und 1816 nahezu um die Hälfte zurück. Hatte 1781 die Liste der Armenhausspende ca. 5% der Bevölkerung erfaßt, war nach der amtlichen Statistik von 1808 der Anteil der Armen auf das Dreifache angestiegen.<sup>69</sup>

Vom Handwerk konnten in dieser Situation kaum beschäftigungswirksame Impulse erwartet werden. Viele Gewerbe waren bereits in kurfürstlicher Zeit überbesetzt gewesen und hatten sich im 18. Jahrhundert nur durch Schließung der Zünfte halten können. Jetzt mußten sie die Einführung der Gewerbefreiheit ebenso verkraften wie die starke Zunahme der Konkurrenz umliegender Dorfhandwerker. Die neuentstandenen Mode- und Luxusgewerbe büßten mit dem Wegzug des Hofes, ähnlich wie die Wirtschaft des benachbarten Siegburg durch die Aufhebung der reichen Abtei im Jahre 1803, ihre Abnehmerschaft ein. Verlorengegangen war auch der Aufschwung, den die Residenz dem Bonner Handel gesichert hatte.<sup>70</sup> "Die Lage der hiesigen Stadt", bilanzierte 1816 der kommissarische Bürgermeister Eilander gegenüber dem Landrat, "zwischen den benachbarten Handelsplätzen von Köln und Koblenz macht dieselbe zum Handel wenig geeignet." Nach Rückgang des Agrar- und Weinhandels beschränkte sich der Wirtschaftszweig vorwiegend auf Krämerei und die Versorgung von Stadt und Umgebung.<sup>71</sup>

Einen gewissen Ausgleich für die wirtschaftlichen Verluste bewirkte nach der Jahrhundertwende in Bonn und vergleichbaren Städten das Zusammentreffen mehrerer, für den Aufbau oder den Zuzug industrieller Unternehmen günstiger Standortbedingungen. So stellten die nach der Säkularisation - Bonn stand mit 185 Nationalgütern im Rhein-Moseldepartement an zweiter Stelle hinter Koblenz<sup>72</sup> - leerstehenden Kloster- und Kirchengebäude eine attraktive Möglichkeit dar, ohne übermäßigen Bauaufwand und vor allem kurzfristig Industrieanlagen unterzubringen und sie mit Hilfe billiger Arbeitskräfte aus der Armenschicht zu betreiben. Unter dem Druck der französischen Wirtschaftspolitik und der Zollgrenze am Rhein sahen sich bergische Fabrikanten vielfach gezwungen; ihre Betriebe aus dem Stammland in ihr linksrheinisches Hauptabsatzgebiet zu verlagern. Schließlich profitierte gerade die Textilindustrie nach Abschirmung

von der bergischen Konkurrenz besonders vom Ausschluß kostengünstiger produzierter Waren aus dem industriellen Pionierland Großbritannien, wie er im System der Kontinentalsperre von 1806 seinen organisatorischen Höhepunkt fand.

In Bonn datiert die erste mechanische Baumwollspinnerei (Gebr. Peter und Joseph Baaden) vom Januar 1801; ihre Einrichtung ging also der eigentlichen Gründungswelle der Jahre 1803-1806 erheblich voraus. Sie besaß zwei Jahre später fünf Mule-Jennies und beschäftigte 34 Arbeiter.<sup>73</sup> Der zunächst wichtigere der beiden Fabrikbetriebe im engeren Sinne war die 1806 im ehemaligen Franziskanerkloster eingerichtete, seit 1808 mit einer 20 PS-Dampfmaschine ausgerüstete Baumwollspinnerei Frowein, Berg & Co. Sie beschäftigte 1810 dreihundert Arbeitskräfte in ihren Mauern und weitere 230 außerhalb. Ein zeitgenössischer Reisebericht schildert 1808 den Umbau der Kirche zur vierstöckigen Fabrik, stellt die Anlage gar mit den technisch fortgeschrittensten der englischen Konkurrenzunternehmen auf eine Stufe und betont die Verdienste des Teilhabers Heidel.<sup>74</sup> 1810 arbeiteten in der Fabrik fast 10 000 Spindeln, viermal soviel wie zur gleichen Zeit in der 1803 im Kapuzinerkloster eingerichteten Spinnerei, Weberei, Färberei und Druckerei Weerth & Peill, die ihre Maschinen bis 1830 durch eine Roß- oder Ochsenmühle antreiben ließ und 180 Fabrikarbeiter sowie 80 auswärtige Kräfte beschäftigte.<sup>75</sup> Als einziges Bonner Textilunternehmen, welches das Ende des französischen Schutzsystems überlebte<sup>76</sup>, wird ihre Entwicklung in der Zeit des Vormärz weiter verfolgt werden. Von den aus kurfürstlicher Zeit datierenden Luxusindustrien konnte sich die Poppelsdorfer Fayence-Manufaktur halten; der neue Eigentümer J.M. Rosenkranz nahm die Fabrikation von Steingut auf und entwickelte die Firma bis zum Ende der Franzosenzeit zu einem bedeutenden Unternehmen seiner Sparte mit ca. 70 Beschäftigten.<sup>77</sup>

Die Fabrikgründungen schlugen sich auch in der Bonner Einwohnerstatistik nieder. Nach einem Jahrzehnt, in dem die Stadtbevölkerung (ohne Graurheindorf und Dransdorf) die Marke von 8 300 nicht überschritt, wuchs die Einwohnerzahl zwischen 1808 und 1813 auf 9 649 Köpfe, ein Gewinn von ca. 17%, der die Verluste seit 1790 weitgehend wettmachte. Während 1808 nur wenige Arbeiter gezählt wurden, sind zwei Jahre später bereits 1 232 Fabrikarbeiter überliefert. Ihre Zahl lag sogar knapp über der der Handwerker. Erst als Folge der stürmischen industriellen Expansion um die Wende zum 20. Jahrhundert sollte in Bonn diese Relation wieder erreicht werden.<sup>78</sup>

Ein interessantes Schlaglicht auf die Haltung führender Bonner Unternehmer in der Frage einer eigenen Interessenvertretung wirft die Reaktion auf den Plan zur Errichtung einer Handelskammer für die wichtigste Fabrikstadt des Rhein- und Moseldepartements. Hierbei handelte es sich nicht um eine der in napoleonischer Zeit existierenden Formen einer solchen Körperschaft: Als Ort für eine der Ende 1802 in zunächst 22 Städten des Kaiserreiches - z.B. in Mainz und Straßburg - wiedererrichteten "chambres de commerce" (mit direktem Zugang zum Handelsminister) war Bonn zu unbedeutend; auch als zwei Jahre später in weiteren 154 wichtigen Industriestädten beratende Industrie- und Gewerbekammern gebildet wurden, stand die Entwicklung der ehemaligen Residenzstadt zu einem Zentrum des verarbeitenden Gewerbes erst am Anfang. Beiden Kammertypen gemeinsam war der vom Gesetzgeber intendierte Charakter als amtliche Einrichtung und Hilfsorgan des zentral gelenkten Staates, wie sie sich auch in der Spitze - Präfekt oder Maire - manifestiert.<sup>79</sup> In Bonn gingen jedoch, wie Blase deutlich gemacht hat, die frühen Pläne einer gewerblichen Selbstverwaltung auf ein Mißverständnis zurück. Im November 1806 trat das Pariser Innenministerium mit einem Reformplan zur Errichtung spezieller Kammern für einzelne Gewerbe an die Präfekten heran. Am Ende des französischen Instanzenweges wurde mit Schreiben vom 2. Dezember Bürgermeister Belderbusch zur Mitteilung aufgefordert, ob die Stadt Bonn, "réunissant un certain nombre de fabriques et manufactures du même genre", auf die Errichtung einer oder mehrerer beratender Kammern zur Vertretung ihrer Hauptfabrikationszweige Wert legen würde. Mit den am 6. Dezember zusammengerufenen wichtigsten Bonner Fabrikanten war sich der Bürgermeister einig in dem Nutzen, den eine "chambre consultative en syndicat", bestehend aus einem Juristen als Präsidenten sowie je zwei Fabrikanten und "maîtres ouvriers" für das städtische Großgewerbe bieten würde; man verabredete sogleich die Ausarbeitung eines Statuts durch die anwesenden Fabrikanten. Obwohl Belderbusch die wiederholten Nachfragen seiner vorgesetzten Behörde an die Fabrikanten weitergab, dürfte die Arbeitsbelastung in der Aufbauphase der Betriebe stärker gewesen sein als das anfänglich bezeugte Interesse an einer nach eigenen Vorstellungen zu konzipierenden Kammer. Offenbar ist also das Statut nie verfaßt worden, und auch der Wunsch der Behörden zur Einrichtung von Fachkammern wurde spätestens mit dem Wechsel des Ministers ins Außenministerium im Sommer 1807 nicht weiter verfolgt.

Auch wenn angesichts des schnell erlahmenden Engagements

der Bonner Fabrikbesitzer eine vorsichtige Interpretation am Platz ist, läßt das Ergebnis der Erörterungen doch deutlich das Bestreben erkennen, die (in Wirklichkeit in der Form nicht angebotene) Vertretung "nicht mehr als ein Hilfsorgan des Staates, sondern als Selbstverwaltungskörperschaft des gewerblichen Wirtschaftssektors organisieren (zu) wollen."<sup>80</sup> Damit befand man sich gedanklich in Übereinstimmung mit den Städten, deren (tatsächlich existierende) Handelskammern aufgrund älterer Selbstverwaltungstraditionen nach mehr Selbständigkeit und Unabhängigkeit strebten und damit in Konflikt zu der Rolle gerieten, die ihnen der seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert durch Zurückdrängung adeliger, kirchlicher und korporativer Gewalten mächtiger werdende Staat zuzubilligen bereit war.<sup>81</sup>

## 2 Die gewerbliche Wirtschaft in preußischer Zeit bis zur Reichsgründung

### 2.1 Die Krise nach 1814 im Kreis Bonn

Der Schock, den ab 1814 Zölle und Einfuhrverbote nach Frankreich und Belgien, besonders aber die nun zusätzlich zur wiedererstarkten bergischen Konkurrenz ungehindert einströmenden Produkte der überlegenen britischen Industrie auslösten, ist oft beschrieben worden. In Bonn scheint man die dramatischen Veränderungen der Produktions- und Absatzverhältnisse im Gefolge der politischen Umwälzungen offenbar nicht sofort erkannt zu haben, denn noch Ende 1814 wird in einer Denkschrift zur Universitätsfrage unter den Standortvorteilen die am Platz bestehende Textilindustrie eigens herausgestellt:<sup>1</sup>

*"Eine Universität unserer Zeit ... muß daher die Beförderung der Industrie zu einem ihrer Hauptzwecke machen. Die künftige Universität der diesseitigen Rheinländer findet auch in Bonn ganz besondere Beförderungen dieses Zweiges ihrer Tätigkeit. Geschickte Lehrer können dem Jüngling hier das größte Resultat der modernen Fabrikindustrie in seinen reichsten Wirkungen zeigen; sie können ihm in den Fabriken dieser Stadt die ganze Kunst vor Augen legen, die Arme und Hände des Menschen durch Maschinen zu ersetzen und damit die Nationalkraft künstlich zu vermehren... .*

*Sie können den Jüngling, welchen sie für dieses Fach zu bilden haben, in die Fabriken von Bonn führen und ihm, nachdem er das Mechanische derselben gefaßt hat, sagen: dies sind die Mittel, durch welche England mit einer Bevölkerung von neun Millionen Menschen sich im Stande sah, ganz Europa Trotz zu bieten; und können ihm die Geschichte von Bonn während der letzten zehn Jahre erzählen - und er wird in der Geschichte einer einzigen Stadt die Macht der Industrie erkennen und damit begreifen, wie Bonn wenigstens einen Schatten von ökonomischer Existenz übrig behalten konnte."*

So richtig der Verfasser auch die Bedeutung der englischen Fabrikindustrie erfaßt hatte, so wenig konnte er den wichtigsten Unterschied sehen: Im Gegensatz zum industriellen Mutterland Großbritannien erwies sich der kurze Textilboom in der Stadt als Schein-



blüte. Zum regionalen Schwerpunkt der rheinischen Baumwollverarbeitung wurde nicht der in napoleonischer Zeit bevorzugte Raum Köln-Bonn, sondern der Regierungsbezirk Düsseldorf, besonders die Region Mönchengladbach-Rheydt;<sup>2</sup> zur Basis eines sich selbst tragenden Wachstums sollten sich in der deutschen, erst eine Generation später einsetzenden Industriellen Revolution andere Leit-sektoren entwickeln. Den Schrumpfungsprozeß der Bonner Textil-industrie führen die folgenden Zahlen vor Augen:<sup>3</sup>

1810	10 Betriebe mit	1 232 Arbeitern
1815	6 Betriebe mit	557 Arbeitern
1816	7 Betriebe mit	843 Arbeitern
1819	3 Betriebe mit	335 Arbeitern

Auch in der keramischen Industrie drang nach 1814 preislich günstige englische Qualitätsware auf den deutschen Markt; der Poppelsdorfer Bürgermeister sah 1818 die dortige Fabrik schon "in den letzten Zügen"<sup>4</sup>, doch weist die amtliche Erhebung vom 19. Januar 1819 mit 80 Arbeitern noch ihren alten Beschäftigungsstand aus<sup>5</sup>, so daß Rosenkranz noch 1820 den Erfolg seines Unternehmens unter dem Motto: "Durch Fleiß kann das Kleine ins Große verwandelt werden" auf 10 gebrannten Tontafeln festhalten konnte. Kurz darauf mußte er neues Fremdkapital beschaffen, konnte jedoch seine Fayencerie und Steingutmanufaktur nicht mehr lange in eigener Regie aufrechterhalten. Als Pächter trat 1825 der Bonner Porzellanhändler Ludwig Wessel, Rosenkranz' Hauptgläubiger, auf.<sup>6</sup>

Mit 200 Arbeitern waren 1819 die rechts- und linksrheinischen Alaunhersteller nach der Textilindustrie die - gemessen an der Beschäftigtenzahl - wichtigste großgewerbliche Branche im Kreis Bonn.<sup>7</sup> Als neuen Rohstoff verwendeten sie erstmals aluminium-sulfathaltige Braunkohlenablagerungen. Durch Brennen der "Kleinkohlen", Auslaugen, Entschlammern der Lauge und Verdampfen in Bleipfannen gewann man die für Weißgerberei, Papierherstellung und Tuchproduktion benötigten Alaunsalze. Mit der Abkehr vom herkömmlichen Alaunschiefer war eine Standortverschiebung in den Bonner Raum hinein verbunden: Abgesehen vom Produktionsort Spich waren hier sämtliche der von Schaumann ermittelten acht Neugründungen der Jahre 1806 bis 1822 konzentriert.<sup>8</sup> Bis Mitte der 1820er Jahre hatten die bedeutendsten preußischen Alaunerzeuger die bis dahin vorherrschenden Lütticher Hütten längs der Maas

(1806: 23 Unternehmen) aus Preis- und Qualitätsgründen nahezu völlig vom westdeutschen Markt verdrängt.<sup>9</sup> Im Rechtsrheinischen sind die Aktivitäten mit dem Namen des Bergmeisters Leopold Bleibtreu (1777-1839) verbunden, der 1806 die erste Alaunhütte auf der Hardt (bei Niederholtorf) und 1809 eine weitere bei Holzlar gründete und damit für die örtlich vorkommende, selbst zu Hausbrandzwecken nur schlecht geeignete Blätterkohle eine angemessene Verwendung fand. Die facettenreiche, durchaus wechselvolle Erfolgsgeschichte seines Familienunternehmens ist gut dokumentiert.<sup>10</sup>

Im Linksrheinischen hatte der Brennereibesitzer Quinck 1809 zusammen mit Teilhabern die Friesdorfer Alaunhütte erworben. 1813 erhielt seine Firma die erste (und einzige) Braunkohlengerechtsame, die eine französische Behörde im Bonner Raum ausstellte. Finanzielle Schwierigkeiten ließen das Unternehmen 1819 in den Besitz des Mineralienhändlers Noeggerath, Vater des bekannten Oberbergrates und Mineralogen Johann Jakob Noeggerath, übergehen.<sup>11</sup>

Sieht man von der 1819 trotz Absatzrückgang unter die "vorzüglichsten Fabriken und Manufakturen" gezählten Loh- und Weißgerberei Werotte in Wesseling, vordem als "Stein et Werotte" eine der größten Gerbereien des Roerdepartements, ab<sup>12</sup>, finden sich um 1820 alle über das Handwerkliche hinausgehenden Gewerbebetriebe in Bonn und seiner näheren Umgebung konzentriert, wobei seit Ende des Intermezzos der städtischen Textilindustrie eine Verschiebung zugunsten des Umlandes zu verzeichnen ist.<sup>13</sup> Die Periode der Vormachtstellung der Industrie im Erwerbsleben der Stadt Bonn war mit der Krise von 1817 für die Dauer von mehr als zwei Generationen zu Ende; nicht ohne Logik empfahl der Polizeibericht von Dezember 1819 den Fabrikanten Friedrich aus'm Weerth, als Inhaber des einzigen verbliebenen Großbetriebs für die Beschäftigung der unteren Bevölkerungsschichten unentbehrlich, "der Berücksichtigung der höheren Behörden".<sup>14</sup> 1823 wurde dem Belobigten als erstem preußischen Baumwollunternehmer der begehrte Kommerzienrattitel verliehen.<sup>15</sup> Der früheste Verwaltungsbericht des Kreises Bonn gibt den Anteil der "Fabrikgebäude" und "Mühlen" am gesamten Gebäudebestand mit 0,42% (1817) bzw. 0,49% (1818) an und kommt, jetzt den geänderten Zeitumständen entsprechend preußisch knapp und schnörkellos formuliert, zu folgender Gesamteinschätzung:<sup>16</sup> "Das vorzüglichste Gewerbe und Subsistenzmittel im Kreise Bonn ist der Ackerbau. Der Handel und die Fabriken sind nicht groß."

## 2.2 Die gewerbliche Wirtschaft der Umlandkreise (ca. 1820)

Auch wenn die Überlieferung keine quantifizierende Aussage erlaubt, scheint der oben skizzierte Kreis Bonn um 1820 im Vergleich zu seinen Nachbarn noch den höchsten Grad nichthandwerklichen Gewerbes aufgewiesen zu haben. Keine Fabriken besaß der später verhältnismäßig stark industrialisierte Siegkreis; trotz zahlreicher Schürfversuche beschränkte sich der Bergbau auf Steinbrüche (Königswinter), Tongruben (Stallberg) und Kalkgewinnung (Ruppichteroth)<sup>17</sup>. Daneben nennt das amtliche Verzeichnis von 1819 als typische vorindustrielle Gewerbe Gerberei (Siegburg, Oberkassel, Sieglar), zwei Lohmühlen, eine Papiermühle (Siegburg), zwei Eisenhämmer und die verbreitete Töpferei, dazu im noch eigenständigen Nachbarkreis Uckerath einen Grobhammer<sup>18</sup>. Eine Vorstellung von der Größe dieser "Fabriken und Manufakturen" erlaubt eine Nachweisung für Uckerath, wo 1817 neun Lohgerbereien, eine Pulvermühle und der genannte Grobhammer insgesamt 15 Arbeiter beschäftigten.<sup>19</sup> Ähnliches gilt für Waldbröl, dessen gewerblichen Schwerpunkt Metallgewinnung und -verarbeitung (drei Bleischmelzhütten in Bröl und Wielberg, Stahlhütte und Rohstahlhammer in Morsbach) sowie die Pulverherstellung bildeten: "Das Schießpulver im Bergischen zeichnet sich schon lange durch seine Güte aus."<sup>20</sup> Links des Rheins im Kreis Rheinbach verzeichnete das Tuchmachergewerbe von Münstereifel, von dem ein Drittel der Bewohner lebte, nach 1814 einen Rückgang.<sup>21</sup> Als einziges Einzelunternehmen von Bedeutung taucht die Fabrik der Gebrüder Fingerhuth (Schreib-, Druck- und Packpapier) in Kuchenheim auf.<sup>22</sup> Mit ihr hatte eine weitere Neugründung der Französischen Zeit (1801-1842; 1812: 40 Arbeiter)<sup>23</sup> die Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen überlebt.<sup>24</sup>

Für den überwiegend agrarischen Kreis Euskirchen sind kleinere Papiermühlen und Gerbereien in Zülpich und der späteren Kreisstadt überliefert, Pottaschesiedereien, Kalk- und Holzkohlebrennereien vor allem im südlichen Kreisgebiet.<sup>25</sup> Im Gegensatz zum zünftisch eingeeengten Münstereifel konnte Euskirchen, bis Ende des 18. Jahrhunderts eine "ländliche Siedlung mit auffallend geringer gewerblicher Aktivität und Anziehungskraft",<sup>26</sup> aus kleinen Anfängen (1801: 9 Wollenwebermeister) während der Franzosenzeit den

Grundstein zu einem in preußischer Zeit weiter ausgebauten Wollgewerbe (1818: 38 Tuchmacherfamilien) legen.<sup>27</sup> 1826 erklärten sich 11 "Fabrikanten", die zusammen über 24 Webstühle verfügten, zur Beschickung einer Ausstellung in Berlin bereit.<sup>28</sup> Obwohl der größte unter ihnen nur vier Stühle besaß, wurde Euskirchen seit ca. 1825 gelegentlich als "Fabrikort" bezeichnet.<sup>29</sup> Eine gewisse Sonderstellung im Kreis nahmen die erheblichen Bergbauaktivitäten im Raum Kommern/Mechernich ein. Auf Kreisgebiet lag die 1807 konzessionierte Grube "Gottesseggen", ihrer Förderung nach angeblich das größte Bleibergwerk des französischen Kaiserreiches. 1815 waren hier 2000 Mann tätig. Bis 1821 wurden 12 Schächte abgeteuft.<sup>30</sup> Zusätzlich befanden sich auf Kommerner Gebiet eine Kupferhütte, drei Pochwerke, drei Bleischmelzen und je ein Blei- bzw. Zinkwalzwerk.<sup>31</sup> Der Braunkohleabbau in der Bürgermeisterei Liblar erbrachte 1820 ca. zwei Millionen aus tertiärer Kohle geformte Klütten für den örtlichen Absatz an Ziegeleien, Brauereien und Branntweinbrennereien. Doppelt so hoch war der Ausstoß im benachbarten Agrarkreis Bergheim, wo als zunächst noch bescheidener Anfang gewerblicher Tätigkeit in den 1820er Jahren die ersten kleinen Konzessionen auf Braunkohlefelder vergeben wurden.<sup>32</sup>

## 2.3 Am Vorabend der Industrialisierung

Eine verlässliche quantitative Einschätzung nichthandwerklicher Produktionsformen unmittelbar vor der "Markscheide" des Einsetzens der deutschen Industriellen Revolution<sup>33</sup> erlaubt die verdienstvolle Publikation der amtlichen Übersichten von 1836<sup>34</sup>; mögen die verantwortlichen Bürgermeister und Landräte auch den Auftrag der vorgesetzten Behörde in Grenzfällen durchaus unterschiedlich aufgefaßt haben, so läßt das Material sowohl Aussagen zur gewerblichen Durchdringung des Untersuchungsraumes im Vergleich der Kreise untereinander als auch im Kontext der übrigen Rheinprovinz zu.

Mit einem Anteil der in Fabriken und im Bergbau beschäftigten Arbeiter an der Gesamtbevölkerung von 2,5% (unter Einschluß der

mit Webarbeiten für die Firma Weerth "auf den Dörfern" Beschäftigten) bildete der Kreis Bonn nach wie vor den gewerblichen Schwerpunkt. Hier ist mit der Baumwollspinnerei, Weberei, Färberei und Druckerei Weerth auch eine der größten Fabriken im Regierungsbezirk Köln angesiedelt. Auf sie entfiel fast ein Drittel der in neun Baumwollspinnereien vorhandenen Spindeln; ihr für 1836 überlieferter Produktionswert (ca. 100 000 Taler) wurde nur von den Kölner Seidenfabriken und Zuckerraffinerien übertroffen.<sup>35</sup> Im Gefolge einer stärkeren Mechanisierung des Fabrikbetriebs nahm seit 1832 die Zahl der eigentlichen Fabrikarbeiter ab (1832: 250; 1836: 240; 1838: 156), während die Zahl der Handwebstühle in Bonn und Umgebung (1836: 280; 1838: 362) noch anwuchs. 60-70 Kinder von über acht Jahren arbeiteten in der Fabrik selbst;<sup>36</sup> im Bericht des preußischen Geheimrats Keller über die Lage dieser Fabrikkinder findet sich einmal mehr der zeittypische Kontrast zwischen den als beklagenswert dargestellten Arbeitsbedingungen und den Beteuerungen der Verantwortlichen, angesichts der "Zuchtlosigkeit, Bettelhaftigkeit und Verwilderung der Jugend der niedrigen Volksklassen in Bonn" sowie der Rückständigkeit des dortigen Armenwesens sei das Los der Fabrikkinder besser als das vieler Altersgenossen, "die ganze Tage in den Chausseeegraben niederkauerten, um durch Verstellung und Lügen dem nächsten Reisenden einige Pfennige kläglich abzuwinkeln."<sup>37</sup> Ohne auf die Existenz von Kinderarbeit überhaupt einzugehen, hatte ein Jahr zuvor der Kreisarzt Velten der Weerthschen Fabrik "eine freie gesunde Lage und geräumige Säle ... mit beweglichen Scheiben zur Erneuerung der Luft" attestiert und darauf den allgemein guten Gesundheitszustand der dort von fünf Uhr morgens bis acht Uhr abends (bei einer Stunde Mittagspause) beschäftigten Arbeiter zurückgeführt.<sup>38</sup>

In der keramischen Industrie weist die Aufnahme von 1836 siebzig Arbeiter der Fayence- und Steingutfabrik aus, die Ludwig Wessel 1828/29 neben der alten kurfürstlichen Gründung errichtet hatte; zur Verstärkung der vorhandenen Wasserkraft wurde 1831 eine 4 PS-Balancier-Dampfmaschine für die Masseherstellung installiert. Die ursprüngliche Anlage wurde nach dem Tode von Mathias Rosenkranz von dessen Schwiegersöhnen erworben. 1836 lag die überschuldete kleine Fayencerie, die gewöhnlich 24 Arbeiter beschäftigte, endgültig still, bevor sie der Hauptgläubiger Recklinghausen zusammen mit seinen Schwägern Paul Josef und Everhard Josef Mehlem ankaupte.<sup>39</sup>

Auf dem Gebiet der Alaungewinnung und Klüttenproduktion hatte

1836 das Friesdorfer Werk mit 200 Arbeitern die rechtsrheinische Konkurrenz der Bleibtreuschen Anlagen (112 Arbeiter) überflügelt; das 1828 von Moll & Köhler übernommene Unternehmen stand damit auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung am alten Standort, denn bis 1840 waren die mächtigen Alauntonlager auf dem Pützberg fast völlig ausgebeutet.<sup>40</sup> Der Braunkohlengrube der "Verwaltung der Schul- und Stiftungsfonds zu Köln" in Walberberg (1836: 80 Arbeiter) war, wie aufgrund der billigen Brennstoffversorgung häufig anzutreffen ist, eine Dachziegelei angegliedert. Sieht man von der ehemals Werotteschen Lederfabrik in Wesseling ab, die 1836 erst am Anfang einer neuen Blüte unter ihrem neuen Besitzer Matthias Krings stand,<sup>41</sup> bleibt als einziges Fabrikunternehmen in der Umgebung von Bonn die neuerrichtete Rübenzuckerfabrik in Hersel (1836: 62 Arbeiter. "Das Geschäft fängt erst an.")<sup>42</sup> zu nennen; in ihrer Gründung spiegelt sich der durch verbesserte Anbau- und Verarbeitungsmethoden sowie unterstützende Zollpolitik geförderte Aufschwung dieser Industrie wider.<sup>43</sup>

Im Kreis Euskirchen zeigt die Bestandsaufnahme von 1836 eine gradlinige Fortsetzung der schon 1819 sichtbaren Entwicklung; folgt man der Entscheidung des Landrats, Bergbau und kleingewerbliche Dachziegelbäckereien (14 Betriebe mit 33 Arbeitern) mit einzubeziehen, ergibt sich eine "Großgewerbequote"<sup>44</sup> von 2,2% der Kreisbevölkerung. In der Tuchproduktion herrschte weiter die dezentrale Produktionsweise vor;<sup>45</sup> die 15 "Wolltuchfabriken" besaßen im Normalfall zwei bis vier, in der Spitze sechs Webstühle. 35 Weber (mit 105 Hilfskräften) arbeiteten selbständig zum Verkauf an je einem Stuhl. 1833 hatte die Mechanisierung der Spinnerei begonnen; drei Jahre später sind drei Wollspinnereien mit insgesamt 79 Arbeitern ausgewiesen. Als Antrieb wurde ausschließlich Wasserkraft benutzt.<sup>46</sup> Obwohl der erste Vorstoß zur Lieferung von Militärtüchern - in späterer Zeit das Hauptstandbein der Industrie - im Jahre 1827 gescheitert war, hatte sich die Tuchproduktion der Stadt Euskirchen seit 1818 nahezu vervierfacht.<sup>47</sup>

Als erste der Mitte der 1820er Jahre erschlossenen größeren Braunkohlengruben lieferte die "Abelsgrube" bei Kommern nach Angaben des Landrats ein Produkt, dessen hohe Preise allein durch die Tatsache gerechtfertigt wurden, daß das Unternehmen "in einer Gegend liegt, wo kein anderes Braunkohlenwerk existiert"<sup>48</sup>. Die angeblich hier als erste Dampfmaschine des Kreises zur Wasserhaltung eingesetzte Maschine<sup>49</sup> wird 1836 nicht erwähnt.<sup>50</sup> Die beiden anderen 1836 nachgewiesenen Braunkohlengruben mit insgesamt 90

Arbeitern im Raume Liblar stehen am Anfang der sich dort entwickelnden Bergbauaktivitäten, die bereits die traditionell vorherrschende Bleigewinnung im Kommerner Raum an Bedeutung übertraf. 1836 ist nur noch eine Grube mit 52 Arbeitern ausgewiesen. Die hier geförderten Erze wurden in mehreren Pochwerken und einer Bleischmelze aufbereitet; ein Walzwerk stellte Bleitafeln und Rohre her.<sup>51</sup>

Angesichts der auf seinem Territorium nach 1840 einsetzenden Entwicklung überraschend arm an industriellen Ansätzen präsentiere sich in den 1830er Jahren der Siegkreis, in einer Charakterisierung des Landrats "von allem, was man Industrie nennt, entblößt und nur auf seinen Acker- und Viehbestand beschränkt, wiewohl außerordentlich bevölkert".<sup>52</sup> Die Übersicht von 1836 führt nahezu ausschließlich Ausbeutung und Verarbeitung örtlicher Bodenschätze auf. Acht Meister mit 90 Lehrlingen und Gesellen sowie 130 Bergleute betrieben Hausteinbrüche im Siebengebirge, deren Produkte zum Teil in Königswinter fertig bearbeitet wurden. Während der Sommermonate produzierten 100 Arbeiter an 20 Kalkbrennöfen in Ruppichterath Düngekalk, der im Umkreis von fünf Wegstunden abgesetzt wurde; erst nachdem die verbesserten Verkehrsverhältnisse den Transport von Steinkohle erleichterten, gelang es ab Mitte des 19. Jahrhunderts, die durch starken Holzeinschlag entstandenen Heide- und Niederwaldflächen aufzuforsten.<sup>53</sup> Bei Rott in der Bürgermeisterei Hennef förderte die Grube "Krautgarten" (26 Arbeiter) Schwefelkies und Braunkohlenschrott; auf der dazugehörigen Eisenvitriolhütte waren acht Arbeiter tätig. Auf der Grundlage des in der Nähe geförderten Eisensteins produzierte ein mit wassergetriebenem Zylindergebläse ausgerüsteter Hochofen in Ruppichterath jährlich 10 000 Zentner Roheisen. Im nördlichen Zipfel des rechtsrheinischen Bonner Alaunbezirks beschäftigte die Alaunhütte zu Spich 30 Arbeiter. Mit jeweils zwei Arbeitskräften hatten die ansonsten genannten Betriebe (zwei Hammerwerke, je eine Papier- und Pulvermühle) einen durchaus kleingewerblichen Zuschnitt.<sup>54</sup> Viele ähnliche Unternehmen, z.B. die Topfbäckereien, Tabakfabriken und Gerbereien der Stadt Siegburg, erschienen dem Landrat wohl für eine Aufnahme zu unbedeutend; immerhin hatte der Siegkreis 1830 mit 124 "Fabriken, Mühlen, Magazinen" noch die Nachbarkreise (Bonn: 73; Waldbröl: 51) weit übertroffen.<sup>55</sup> Fast ausschließlich im Besitz märkischer Handelshäuser lag das bescheidene Hüttengewerbe des Kreises Waldbröl. Die hier gewonnenen Metalle (Eisen, Blei, Silber) gingen zur Weiterverarbeitung in andere Teile der Rheinprovinz.<sup>56</sup>



Zwei der vier im Kreis Rheinbach 1836 vorhandenen "Fabrikanstalten" befinden sich in Kuchenheim, gehören wirtschaftlich also eher zum nahegelegenen Euskirchen. Anders als die dortige Konkurrenz vereinte die Tuchfabrik Koenen Spinnerei und Weberei (1836: 6 Stühle, 30 Arbeiter; 1842: 16 Arbeiter in der Wollspinnerei, 15 in der Tuchfabrik)<sup>57</sup>; auch die 1801 gegründete Papiermühle Fingerhuth (30 Arbeiter), eine der größten Anlagen ihrer Art im Rheinland, wurde ab 1843 zu einer Tuchfabrik umgebaut, nachdem zwei Jahre zuvor eine beabsichtigte Erweiterung der auf 50 Beschäftigte angewachsenen Fabrik an Wasserrechtsfragen gescheitert war. Zum zweiten gewerblichen Schwerpunkt des Kreises hatte sich bis 1836 Stotzheim entwickelt, wo Arnold Erven eine Papiermühle mit 18 und eine Wollspinnerei mit 20 Arbeitern betrieb.<sup>58</sup>

"Mein Kreis ist an Fabrikanstalten arm und sind hier außer den unbedeutenden, im Verzeichnis benannten, durchaus weiter keine vorhanden", vermerkte der Bergheimer Landrat 1836 in seinem Anschreiben zu der von ihm geforderten Übersicht. Neun Arbeiter, darunter fünf im Alter von 13 bis 17 Jahren, beschäftigte die Papiermühle in Paffendorf. In Mödrath lagen eine in Kölner Besitz befindliche Farbstoffmühle und eine Drahtzieherei (25 Arbeiter), letztere als Zulieferer für Messingdraht an die Kölner Nadelfabrik der Besitzerin. In Königshoven nutzte ein Fabrikant aus Grevenbroich die billige Kinderarbeit aus: "Im Fabrik-Gebäude" setzten 52 von ihnen lediglich den Draht ins Leder, weitere 28 Kinder arbeiteten "in ihren Wohnungen". Alle übrigen Arbeiten wurden in Grevenbroich verrichtet.<sup>59</sup>

Versucht man auf der Basis der Gewerbeübersichten von 1836 eine Zwischenbilanz der "vorindustrielle(n) Jahrzehnte mit frühindustriellen Elementen"<sup>60</sup>, so fällt bereits bei einem Vergleich der untersuchten sieben Kreise mit dem - flächenmäßig kleineren - Rest des Regierungsbezirks ein deutliches Zurückbleiben auf. So wird der am weitesten industriell entwickelte Kreis Bonn gemessen an der Beschäftigtenzahl von Gummersbach, Köln-Stadt und Köln-Land sowie Mülheim übertroffen, von Wipperfürth fast erreicht. Zwar sind im Kreis Bonn drei der acht Dampfmaschinen des Regierungsbezirks installiert, unter ihnen die jeweils einzigen Vertreter ihrer Art in Spinnereien und Steingutfabriken, doch fehlt in den übrigen fünf Kreisen des späteren Handelskammerbezirks diese zukunftsweisende Antriebsart noch völlig. Nimmt man die Nutzung von Dampfkraft als groben Indikator für ein Vorhandensein frühindustrieller Aktivitäten, so wird ein weiteres Mal die gewerbliche Konzentration in den Nachbarbezirken Düsseldorf und Aachen deutlich, die mit 68

bzw. 84 installierten Maschinen den Löwenanteil der in der gesamten Rheinprovinz gezählten 171 Anlagen stellten.<sup>61</sup>

## 2.4 Inseln der Industrialisierung

Auch wenn ein verstärktes Auftreten von Industriebetrieben im Siegkreis gemeinhin erst für die Jahre nach dem Eisenbahnanschluß (1859: Eröffnung der Strecke Köln-Hennef als Teil der Köln-Gießener Bahn) angenommen wird, so sind hier, stärker als im übrigen Untersuchungsgebiet, bereits in den 1840er Jahren die Fundamente zu späteren Großunternehmen gelegt worden, deren Vorherrschen die Industriestruktur des Kreises und der einzelnen Industrieorte noch mehr als hundert Jahre später prägen sollte.<sup>62</sup>

Die Ursprünge der späteren Friedrich-Wilhelms-Hütte gehen bis ins Jahr 1824 zurück, als der königliche Obergeometer Johann Wilhelm Windgassen, zur Leitung der Uraufnahme des preußischen Katasters in die Samtgemeinde Vilich entsandt, vom Staat für 5000 Taler die Mühlen in Sieglar und Eschmar sowie den dazugehörigen, von der Agger gespeisten Mühlengraben erwarb, um hier ein Eisenwerk zur Verhüttung der von ihm im nahen Pleistal entdeckten Toneisenvorkommen zu errichten.<sup>63</sup> Obwohl Windgassen vertraglich zum Aufbau eines Eisenwerks binnen zweier Jahre verpflichtet war, stimmte die preußische Regierung Ende 1825 einer Verlegung des Standorts an einen transportgünstiger gelegenen Platz nahe der Sieg gegenüber Menden zu. Es gilt heute als sicher, daß Windgassen in den folgenden Jahren zwar zahlreiche zur späteren Ausbeutung vorgesehene Eisenvorkommen aufspürte und Pläne des Hüttenwerks "Friedrich-Wilhelms-Hütte zu Neuwindgassen" entwarf, sich jedoch durch die erheblichen Aufwendungen für Mühlen, Fabrikgelände, Erzvorkommen und Transportorganisation finanziell übernommen hat, so daß es erst 1837/38 nach Hereinnahme von Teilhabern zur Vollendung der Anlage und Aufnahme des Hüttenbetriebs kam.<sup>64</sup> Wahrscheinlich ist der Gründer Windgassen bereits 1840 ausgeschieden. Im März 1843 kamen wegen Zahlungsschwierigkeiten des Besitzers Peters Grundstücke und Hütte zur Zwangs-

versteigerung. Als Käufer trat der Kölner Kaufmann Johann Jakob Langen, Teilhaber der Zuckerfabrik Schimmelbusch & Joest, auf, der das Werk einschließlich der Erzgruben Gottessegen und Alwine als Existenzgrundlage für seine Söhne erwarb. Diesem Plan entsprechend wurde jetzt der für die Leitung vorgesehene Emil Langen nach abgeschlossener Kaufmannslehre auch auf dem Gebiet des Hütten- und Bergwesens ausgebildet. Bereits im Herbst 1844 nahm er seinen Wohnsitz auf der Hütte, die zu diesem Zeitpunkt 35 Arbeiter beschäftigte.<sup>65</sup> Zwei Jahre später, inzwischen Teilhaber geworden, gab Emil Langen die verlustträchtige Eigenherstellung von Holzkohle auf und stellte einen in der Gießereitechnik bewanderten Ingenieur ein. Der Bau eines Koks-Hochofens ist insofern bemerkenswert, als 1847 erst 32 von 247 preußischen Hochöfen Steinkohlenkoks verwendeten.<sup>66</sup> Eine neuingerichtete Eisengießerei produzierte Gußwaren für die eigene Maschinenfabrik (u.a. Dampfmaschinen) oder für fremde Rechnung. Die erheblichen Investitionsmittel resultierten aus dem Verkauf der beiden Fruchtmühlen sowie Kapitalspritzen von J.J.Langens, der jetzt auch drei weitere mündige Söhne an dem seit 1855 als "Sieg-Rheinischer Bergwerks- und Hütten-Aktien-Verein zu Köln" firmierenden Unternehmen beteiligte.<sup>67</sup> 1859 bestand die Anlage aus einem Hochofen, sieben Puddle-, drei Schweiß- und einem Kupolofen, angetrieben von elf Dampfmaschinen mit insgesamt 340 PS Leistung.<sup>68</sup> Drei Jahre später gibt eine ausführliche Beschreibung durch den Landrat folgende Hauptbestandteile an:

- Eisenhütte mit Hochofen und drei Dampfmaschinen (120 PS)
- Walz- und Puddlewerk mit 19 Öfen, zwei Dampfhammern und fünf Dampfmaschinen (300 PS)
- Eisengießerei mit drei Kupolöfen und einer 10 PS-Dampfmaschine
- Maschinenfabrik mit zwei Dampfmaschinen (20 PS)

Ein zweiter Hochofen zur Versorgung der Weiterverarbeitung war fertiggestellt, aber noch nicht angefahren.<sup>69</sup> 1847 waren auf der Hütte selbst 145 Arbeiter tätig, die zugehörigen Erzgrubenbeschäftigten 60. 1849 ließ die Krise die Belegschaft auf 50 Mann sinken, nach der Jahrhundertmitte setzte ein neuer Anstieg (1852: 93; 1856: 205; 1860: ca. 500 Arbeiter) ein.<sup>70</sup>

Mehr noch als die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen suggeriert, ist die Rentabilität des Werks von der Anbindung an die 1862 als Gesamtstrecke übergebene Köln-Gießener Bahn abhängig gewesen. Hatte die Übernahme durch einen kapitalkräftigen Kölner Unternehmer seinerzeit die Anlage vor dem Schicksal zahlreicher

gescheiterter Bergbau- und Hüttenunternehmen der Region bewahrt, wurde doch der zu Windgassens Zeiten aussichtsreiche Standort Troisdorf angesichts der Revolution im Hüttenwesen (Koksfeuerung; dampfgetriebenes Gebläse) zunehmend ungünstiger.<sup>71</sup> So ist es nicht verwunderlich, wenn Direktor Emil Langen neben einem Ausbau der Straßenverbindungen auch das neue Transportmittel Eisenbahn im Auge behielt und sich 1852 zum Schriffführer des örtlichen Eisenbahnkomitees wählen ließ. Zwar scheiterte der von ihm favorisierte Plan einer Linie Köln-Kassel-Berlin durch das für die Rohstoffversorgung des Werkes wichtige Bröltal, doch wurde Troisdorf 1861 Station an der Siegtalstrecke. Eine pferdegezogene Schmalspurbahn stellte die Verbindung zum Werk her, bevor 1871 das letzte Stück der rechtsrheinischen Eisenbahn fertiggestellt wurde und das Werk direkten Gleisanschluß sowie einen eigenen Bahnhof erhielt.<sup>72</sup> Die angesichts schwindender Toneisenstein-Vorräte im Pleistal dringende Verbindung mit den Eisenerzgruben im Saurenbachtal bei Ruppichteroth (wo noch 1860 der erwähnte Holzkohle-Hochofen bestand)<sup>73</sup> stellte eine unter Langens Mitwirkung 1860 gegründete Pferdebahn her. Ab 1863 auf Dampfbetrieb umgestellt, wurde die "Bröltalbahn" zu einem wichtigen lokalen Verkehrsträger, wenn auch der Erzabbau bereits Ende der 1860er Jahre wegen zu geringer Mächtigkeit der Lager und auswärtiger Konkurrenz eine starke Einschränkung erfuhr.<sup>74</sup>

Mühlen und Wasserrechte standen auch am Anfang der zweiten für den Siegkreis bedeutenden Neugründung der 1840er Jahre. 1839 erwarb Christian Gottlieb Rolffs, Inhaber der Kölner Kattundruckerei und -färberei Rolffs & Comp., große Wiesenflächen auf dem vom Mühlengraben durchzogenen Siegfeld an der Ostseite des Siegburger Michaelsberges und erlangte in Verhandlungen mit den örtlichen Mühlenbesitzern deren Zustimmung zum Bau und Betrieb einer Kattunfabrik.<sup>75</sup> Neben der Nutzung des Mühlengrabens zu Antriebszwecken - die erste Dampfmaschine wurde erst Ende 1846 konzessioniert - lockte die unbegrenzte Nutzung des kalkarmen Siegwassers: Die am Kölner Rheinufer verankerten Waschschiffe wurden durch die zunehmende Dampfschiffahrt auf dem Strom gestört. 1847 beteiligte der Gründer Rolffs seinen Sohn Ernst und die Schwiegersöhne Korte und Keller, vier Jahre später zog er sich aus dem aktiven Geschäft zurück.<sup>76</sup> Unter Hinweis auf die sonstigen in seiner Stadt vorhandenen "sehr geringen Gewerbestätten" hob der Siegburger Bürgermeister 1848 "das Etablissement der Kaufleute Rolffs und Comp. ..., bestehend in Weberei, Bleicherei und Druckerei von baumwollenen Waren, in welchem täglich circa 150

Arbeiter beschäftigt werden", besonders heraus.<sup>77</sup> Die in Köln vorhandene mechanische Weberei mit 100 Stühlen wurde aufgegeben. 1855 nennt die Statistik neben 7 Druckmaschinen und 100 Drucktischen noch 154 Handwebstühle innerhalb und außerhalb der Fabrik, deren Existenz wahrscheinlich auch die für die Zeit hohe Beschäftigtenzahl von 486 Arbeitern erklärt.<sup>78</sup> Drei Jahre später werden nur noch 30 Handwebstühle aufgeführt, die Arbeiterzahl ist mit 327 angegeben.<sup>79</sup> 1861 beschäftigte die Firma noch 15 Weber, unter ihnen 12 in Heimarbeit. Die fertig gewebten Stoffe für die Druckerei wurden von außen bezogen. Mit 347 Beschäftigten und 130 PS installierter Dampfmaschinenleistung hatte sich die Firma als zweiter großer Industriebetrieb des Siegkreises nach der Friedrich-Wilhelms-Hütte etabliert.<sup>80</sup>

Im Kreis Bonn sind in den 1840er Jahren zukunftsweisende Neugründungen weniger spektakulär und stehen noch einige Zeit im Schatten der schon bestehenden frühindustriellen Unternehmen. Größte Einzelfirma war nach wie vor die Baumwollspinnerei im ehemaligen Kapuzinerkloster, fest mit der Persönlichkeit des Gründers Friedrich aus'm Weerth verknüpft, nach dessen Tod sie auch 1852 erlosch. Die persönliche Freundschaft des Besitzers mit dem Gewerbeförderer Beuth sicherte dem Unternehmen die Unterstützung der preußischen Behörden bei der Beschaffung von Maschinen aus England.<sup>81</sup> So findet sich hier auch der früheste Beleg (1829) für den Betrieb von mechanischen Webstühlen ("powerloom") in der Rheinprovinz<sup>82</sup>, angetrieben von einer in Eschweiler gebauten 8 PS-Niederdruckdampfmaschine, deren Leistung 1836 auf 10 PS, dann im Jahre 1846, als 30 mechanische Webstühle in Betrieb waren, auf 36 PS erhöht wurde.<sup>83</sup> Neben den 174 Arbeitern in der Fabrik selbst beschäftigte Weerth 1847 noch 362 Handweber in 25 Orten der Umgebung von Bonn (bis maximal 90 Kilometer Entfernung). Der Verdienst dieser Hausweber lag unter dem der Fabrikarbeiter; auf diese Weise konnte das Verlagssystem noch einige Zeit erfolgreich gegen die Maschinenkonkurrenz bestehen.<sup>84</sup> Diesen Zusammenhang mußte auch der Landrat des bitterarmen Eifelkreises Adenau erkennen, als er mit Hilfe der Baumwollweberei zusätzliche Verdienstmöglichkeiten außerhalb der kärglichen Landwirtschaft heranziehen wollte und nach persönlichem Zusammentreffen mit Friedrich aus'm Weerth 1846 voller optimistischer Pläne war. Den niedrigen Löhnen standen hohe Transportkosten zwischen Wershoven und Bonn und erhebliche Mietgebühren für die vom Verleger gestellten Webstühle gegenüber, so daß der Beamte schnell zu dem Schluß kam, Weerth sei "bei dem ganzen Unternehmen etwas zu sehr auf

seinen pekuniären Vortheil bedacht".<sup>85</sup> Fünf Jahre später heißt es hier über die Filialbetriebe der Firmen Weerth und Peters in Wershoven, die Stammhäuser hätten "ihre Einrichtungen so getroffen, daß sie jeden Augenblick, weil die Webstühle zum größten Theil von den Werkmeistern beschafft sind, ohne irgend welchen Schaden zu leiden, die Arbeit einstellen könn(t)en".<sup>86</sup> Der alte Weerth hatte im Laufe seines Lebens auf der Grundlage von erheiratetem Kapital ein bedeutendes Vermögen geschaffen und - in der Einstellung zunehmend risikofeindlicher - durch umfangreiche Landkäufe sichergestellt; seine Söhne konnten bei Erreichen der Volljährigkeit je 20 000 Taler verlangen. Mit Weerths Tod endete die Zeit des "patriarchalisch geführten, gemischten Fabrik- und Verlagsbetriebes" (Schumacher); seine Erben mit ihren immer stärker hervortretenden feudalen Interessen scheuten die Aufwendungen für die Modernisierung der technisch inzwischen völlig veralteten Spinnerei.<sup>87</sup>

Nach dem Ende Bonns als Textilstadt blieb als industrielles Standbein nur die - unter Berücksichtigung der Anfänge in kurfürstlicher Zeit - bedeutend traditionsreichere Fayence- und Steingutindustrie. In den 1830er Jahren war die Wesselsche Fabrik mit Hilfe englischer Maschinen technisch wesentlich modernisiert worden; für die verbesserten, brennstoffsparenden Ofensysteme bezog man statt Holzkohle aus dem Kottenforst jetzt Steinkohle von der Saar.<sup>88</sup> Eine vorübergehende Absatzkrise nach der Mißernte von 1842 und der Eintritt Luxemburgs in den Zollverein ließen Geschäftsführer Joseph Wessel - Gründer Ludwig war 1838 verstorben - im Jahre 1843 per Immediateneingabe an den König um Verbilligung der Saarkohlen durch die preußischen Bergbehörden nachsuchen; die Firma beschäftigte zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben 150 Arbeiter<sup>89</sup>, doch wird die tatsächliche Zahl nach anderen Quellen bis zur Mitte der 1840er Jahre eher zwischen 70 und 100 geschwankt haben.<sup>90</sup> Zu berücksichtigen ist, daß Wessel inzwischen ein ernsthafter Konkurrent am Ort entstanden war. 1838/39 verlegten die Gebrüder Mehlem, die 1836 die ehemals Rosenkranzsche Fabrik in Poppelsdorf erworben hatten, den Betrieb auf ein transportgünstiger gelegenes Grundstück zwischen Zweiter Fährgasse, Koblenzer Straße und Rhein.<sup>91</sup> Die Poppelsdorfer Anlagen veräußerte man an die Firma Wessel, die unter dem Druck der neuen Konkurrenz die verschiedenen Fabrikteile zusammenfaßte und ihre Kapazität beträchtlich erweiterte.<sup>92</sup> Bei F.A.Mehlem am Rhein wurde 1841 der dritte und vierte Ofen, im Revolutionsjahr 1848 bereits der sechste Brennofen in Betrieb genommen, seit 1846 stand eine 12 PS-Dampfmaschine zur Massebereitung zur Verfügung. Auch wenn die einzige

bedeutende industrielle Neugründung in der Stadt Bonn vor der Jahrhundertmitte bald den älteren Konkurrenten überflügelte, so konnten die im Spitzenjahr 1852 gezählten 151 Arbeiter gerade die Verluste an Beschäftigungsmöglichkeiten wettmachen, die die Schließung der Weerth'schen Fabrik (132 Arbeiter in der Stadt) bedeutete.<sup>93</sup>

Es "besteht hier (nachdem die Baumwollen-Fabrik des Herrn Weerth eingegangen) nur die Fajence-Fabrik des Herrn Mehlem", konstatierte der städtische Verwaltungsbericht für die Jahre 1856-1858.<sup>94</sup> Das spätere Potential der ebenfalls in den 1840er Jahren gegründeten chemischen Industrie vermochte man wegen der langsamen Entwicklung zu diesem Zeitpunkt offenbar noch nicht zu erkennen. An ihrem Anfang standen eine fehlgeschlagene Universitätskarriere und vergebliche Bemühungen um eine Apotheke in Beuel, so daß der Pharmazeut Ludwig Clamor Marquart Ende 1845 im noch unbebauten Kessenicher Feld, ca. 300 Meter von den nächsten Wohnhäusern entfernt, ein Grundstück zur Errichtung eines "Laboratoriums" mit angrenzendem Wohnhaus kaufte. Ein Jahr später begann er hier mit einem Lehrling die Produktion chemisch-pharmazeutischer Erzeugnisse. Angesichts beträchtlicher Umsätze und der geringen Arbeitsintensität der chemischen Industrie kann die Anlage, in der 1849 neunzehn Arbeiter beschäftigt waren, zu Recht als Fabrik bezeichnet werden.<sup>95</sup> Erst 1870 überschritt die Firma die Schwelle von 50 Betriebsangehörigen.<sup>96</sup> Marquarts weitgesteckter Kundenkreis umfaßte Weiterverarbeiter und Großhandlungen; für die Jahre 1846-1851 sind fast 200 belieferte Apotheken nachgewiesen. Wichtiger örtlicher Abnehmer war, wie auch im Falle der Bonner Apparatebauer, die Universität, in der Rolle des Kunden und Lieferanten zugleich fungierten die Bleibtreuschen Alaunhütten.<sup>97</sup> Als erste deutsche Firma stellte Marquart Schwefelkohlenstoff fabrikmäßig her.<sup>98</sup>

Schneller als Marquart entwickelte sich zunächst die Augustenhütte in Beuel, die 1849 einen weiteren, wenn auch kurzlebigen Versuch zur Nutzung der rechtsrheinischen Blätterkohle (überwiegend aus den Lagerstätten bei Rott, einer bekannten Fundstätte von Fossilien) begann. Das "großartige Etablissement" destillierte und raffinierte aus dem vor Ort hergestellten, per Pferdebahn nach Beuel transportierten Teer Paraffin und Steinöl, letzteres von doppelter Leuchtkraft des vielverwendeten Rüböls.<sup>99</sup> Die beim Produktionsprozeß austretenden übelriechenden Gase belästigten die Anlieger, Brandunglücke und aus ihnen resultierende technische Umbauten unterbrachen



mehrfach die Produktion.<sup>100</sup> Die Zahl der Beschäftigten fiel von 72 (1858) auf 46 (1861/63). Auch die "Rheinische Beleuchtungs AG", die das Werk im Herbst 1864 nach eineinhalbjähriger Betriebsunterbrechung erworben hatte, konnte zwar eine Phase kurzfristig steigender Petroleumpreise ausnutzen - 1866 verwerteten bis zu 40 Arbeiter der Augustenhütte 88 000 Tonnen Blätterkohle, die Förderung von ca. 300 Bergleuten - , vermochte jedoch wegen des Vordringens billigen amerikanischen Petroleums das Werk nicht langfristig zu kommerziellem Erfolg zu führen.<sup>101</sup>

Die Augustenhütte stellte nicht den letzten Schritt in einer langen Reihe von Versuchen dar, die minderwertige Braunkohle des Bonner Raumes zu nutzen; ähnlich wie die von Windgassen konzipierte Friedrich-Wilhelms-Hütte basierte auch die Gründung des bis 1987 produzierenden Ramersdorfer Zementwerkes auf einer im Grunde falschen Standortwahl. 1853 schlossen sich die Bleibtreuschen Alaunwerke mit dem Oberkasseler Konkurrenten Jaeger zur "Bonner Bergwerks- und Hütten-Verein AG" zusammen; Versuche, die Erlöse aus der Alaunproduktion durch Kartelle zu steigern, reichen bis in die 1830er Jahre zurück.<sup>102</sup> Optimistische Pläne zur Mechanisierung des Alaunabbaus, einer verbesserten Auslaugung und zum Bau eines Hochofens für die Verhüttung der örtlichen Eisensteinvorkommen ließen eine zehnprozentige Mindestdividende sicher erscheinen.<sup>103</sup> Tatsächlich waren jedoch zu diesem Zeitpunkt wegen des Vordringens von Tonerdesulfit als Nebenprodukt der industriellen Sodafabrikation die Jahre der Alaunherstellung gezählt. Hatten die Bleibtreibetriebe in den 1840er Jahren auf sich allein gestellt jeweils ca. 18 000 Zentner jährlich produziert, so kamen die im Bonner Bergwerks- und Hüttenverein zusammengeschlossenen Werke 1862 nur noch auf 14 000 Zentner bei 40 Arbeitern; zwei Jahre später hatten sich diese Menge und die Beschäftigtenzahl nochmals halbiert. Linksrheinisch soll das auf die Schweinheimer Heide verlegte, 1856 von Julius Boedecker und Teilhaber übernommene und zu einer technischen Sehenswürdigkeit ausgebaute Alaunwerk ein Produktionsmaximum von ca. 20 000 Zentnern erreicht haben, jedoch sanken zwischen 1862 und 1864 die Ziffern von 12 600 auf 7 200 Zentner ebenfalls deutlich ab. Insgesamt verminderte sich auf Kreisebene im Zeitraum 1859-1864 die Zahl der Alaunarbeiter von 151 auf 58.<sup>104</sup>

In dieser Situation sah Hermann Bleibtreu, der sein Studium der Naturwissenschaften in Bonn und Gießen durch einen Englandaufenthalt (Royal College of Chemistry, London) ergänzt hatte und 1853

in Stettin die erste deutsche Portlandzementfabrik gründete, in der Herstellung des gefragten Baumaterials eine neue Möglichkeit zur Belegung des Braunkohleabbaus auf der Hardt. "Ich begrüße die Gestaltung der Dinge mit der freudigen Hoffnung, daß der Werth der hiesigen Braunkohlenlager nun in seinem ganzen Umfange zur Ausbeutung kommen würde", schrieb er 1857 in seinem ersten Bericht an die Generalversammlung, und weiter: "Indem ich somit die Cementfabrikation auf den unabhängigen Besitz eines Brennmaterials basiere, wie es in gleicher Wohlfeilheit bei gleich günstiger Lage nicht leicht anderweit vorkommen dürfte, glaube ich, daß das Unternehmen um so mehr gegen eventuelle Concurrenzversuche seinen Vorrang behaupten wird."<sup>105</sup> Da der für die Zementherstellung benötigte Kalkstein in der Umgebung des Werks nicht zur Verfügung stand, mußten, nachdem sich das lokale Brennmaterial in der Praxis schnell als ungeeignet herausgestellt hatte, beide Grundstoffe von außerhalb herangeschafft werden; nur die besonders frachtgünstige Lage des Werks zu seinen Verbrauchern vermochte den Irrtum seines auf die heimische Braunkohle fixierten Gründers auszugleichen, dessen weitere kostspielige Versuche, braunkohleverarbeitende Industrien anzusiedeln, die Rentabilität der Aktiengesellschaft bis in die 1870er Jahre schmälerten.<sup>106</sup> Nur in Ausnahmefällen dürften Außenstehenden die Schwierigkeiten des Ende 1858 angekauften Werks, zunächst gegen die etablierte englische Konkurrenz, nach 1863 gegen ein Reihe neugegründeter deutscher Werke zu bestehen, bewußt gewesen sein; um so mehr rühmten Zeitgenossen als "ein besonders nennenswerthes neues Etablissement ... die Cementfabrik des Bonner Bergwerks- und Hüttenvereins bei Ramersdorf" mit ihrer 150 PS-Dampfmaschine, "die großartigen Anlagen der neuen Cement-Fabrik, ein imposantes Werk".<sup>107</sup> Vor dem Hintergrund der angedeuteten Schwierigkeiten wuchs die Arbeiterzahl der Neugründung in den 1860er Jahren nur langsam (1858: 107; 1868: 192; 1875: 372 Kräfte).<sup>108</sup>

Vergleicht man den geringen Umfang von Fabrikgründungen in der Stadt Bonn während der 1860er Jahre mit dem industriellen "take-off" in Teilen des Siegkreises, so ist das Ergebnis unter Berücksichtigung der erheblich früheren und besseren Verkehrserschließung der Universitätsstadt doppelt erstaunlich. Die 1844 eröffnete Eisenbahnlinie, die Bonn zu einer "Schwesterstadt Kölns"<sup>109</sup> machte und die beiden Rivalen erfahren ließ, "was sie sich gegenseitig zu bieten (vermochten), wie im Nützlichen und Schönen ihr Leben erweitert und berührt worden" war<sup>110</sup>, förderte zunächst in erster Linie den Fremdenverkehr; ein Vierteljahrhundert später sollte sich der Bau

der rechtsrheinischen Eisenbahn insofern negativ für die Stadt auswirken, als sich Beueler und Oberkasseler Betriebe stärker nach Köln ausrichteten.<sup>111</sup> Zur Veranschaulichung der technisch-industriellen Situation Bonns am Ende der 1840er Jahre sind jüngst den beiden in Fabrikbetrieben vorhandenen Dampfmaschinen von zusammen 48 PS Leistung die 320 Pferdestärken der acht in der Stadt stationierten Lokomotiven gegenübergestellt worden.<sup>112</sup> Nicht von ungefähr befinden sich auch unter den zehn in Bonn ansässigen Gründungsaktionären der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft 1837 drei Beamte bzw. Militärangehörige, zwei Rentner und drei Kaufleute, jedoch - mit Ausnahme eines Apothekers - kein Gewerbetreibender.<sup>113</sup>

## **2.5 Von der Jahrhundertmitte bis zur Reichsgründung**

Der allgemeine Wirtschaftsaufschwung nach dem Konjunkturtief von 1848/49, besonders ausgeprägt in den Jahren 1854-1857, schlägt sich auch in den groben statistischen Angaben für den Untersuchungsraum nieder. Nicht zuletzt aufgrund genauerer Erfassung - in den Daten für 1855 fehlen aus unerklärlichen Gründen z.B. die Steingutfabriken Mehlem und Wessel - erhöhte sich zwischen 1855 und 1858 die Zahl der im Regierungsbezirk Köln ausgewiesenen Fabriken von 20 (mit 30 und mehr Beschäftigten) auf 54 (mit 50 und mehr Beschäftigten); davon standen zehn Anlagen in den sieben untersuchten Kreisen, unter ihnen jetzt auch das Eisenwerk Morsbach (58 Arbeiter) und die Bleihütte Wildberg (65 Arbeiter) im Kreis Waldbröl.<sup>114</sup> Zu den bereits genannten frühen Gründungen kamen im Kreis Bonn die Tapetenfabrik Witthoff (Bornheim) mit 57 Arbeitern und die Lacklederfabrik (auch: Mützen- und Huteinlagen) Gammersbach in Roisdorf, deren Beschäftigtenzahl zwischen 1849 und 1859 von 28 auf 57 angestiegen war und 1861 mit 75 angegeben wird.<sup>115</sup> Zusammen mit der Bonner Firma Jaeger sollte das auf Militärlieferungen spezialisierte Unternehmen den Bonner Raum zu einem Schwerpunkt der Speziallederverarbeitung machen. Militärtuche

wurden in der Zeit nach der Jahrhundertmitte auch ein wichtiges Standbein der Euskirchener Wollverarbeitung, wo 1853 Richard Schiffmann und Jakob Ruhr eine Dampfspinnerei, die erste örtliche Fabrik im eigentlichen Sinne, gründeten (1855: 50 Arbeiter).<sup>116</sup> Unter dem Druck der über Qualität und Preiswürdigkeit wachenden staatlichen Beschaffungsstellen vollzog sich ein ausgeprägter Modernisierungsschub: 1858 waren bereits in vier Betrieben acht Dampfmaschinen installiert, die sie vom Wasserstand des Veybaches unabhängig machten, ein Jahr später wurden die ersten mechanischen Webstühle aufgestellt.<sup>117</sup> Die Eröffnung der Bahnlinie Euskirchen-Düren im Oktober 1864 und gesteigerte Militärtuchlieferungen, die sich während des Krieges 1870/71 zu einem regelrechten Boom auswuchsen, beschleunigten diese Entwicklung. Im nördlichen Kreisteil befürchtete die Stadt Lechenich hingegen, durch die projektierte Linienführung der Strecke Euskirchen-Köln "nicht allein für jetzt umgangen, sondern gleichzeitig für alle kommenden Zeiten der Hoffnung eines den Verkehr belebenden Schienenweges beraubt" zu werden. Vergeblich offerierte man "gesunde Luft, überflüssige und billige Arbeitskräfte, wohlfeiles Baumaterial" als Grundlagen einer der Verkehrserschließung zwingend folgenden Industrialisierung.<sup>118</sup>

Eine nützliche Erweiterung der bisherigen Einzelangaben bieten die ausführlichen gedruckten Kreisbeschreibungen, wie sie nach Anforderung durch die vorgesetzten Behörden von den Landräten in den Jahren 1860-1863 publiziert wurden. In Ergänzung der - mangels Vergleichbarkeit bei der Erhebung nicht systematisch auszuwertenden - Zahlen lassen die qualitativen Aussagen der mit ihrem Bezirk vertrauten Berichtersteller nicht nur Rückschlüsse auf den Stand des Industrialisierungsprozesses um 1860 zu, sondern vermitteln überdies interessante Einblicke in die Wahrnehmungsfähigkeit der Beamten und ihre Haltung dem sich in ihrem Kreis abzeichnenden wirtschaftlichen Wandel gegenüber.

Ein überwiegend pessimistisches Bild von den vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft und des lokalen Handwerks entwirft der Landrat von Waldbröl. Transportbedingt hohe Kohlenpreise hatten dort die Verhüttung der geförderten Eisen- und Bleierze zum Erliegen gebracht. Auf der noch 1858 besonders herausgestellten Wildberger Blei- und Silberhütte wurde statt eines mit Dampfkraft bzw. Grubenwasser angetriebenen Pochwerks nur noch Handscheidung und Zerkleinerung der Erze betrieben. Gut 400 Gruben- und Fabrikarbeitern bzw. "Gehülften" in Fabrikation und

Großhandel - 1,9% der Kreisbevölkerung - standen 505 Handwerksmeister mit zusammen 552 Gesellen und Lehrlingen gegenüber; die geringe Aufnahmefähigkeit des gewerblichen Sektors zeigt auch die Tatsache, daß in der Bürgermeisterei Dattenfeld nach Abschluß des Eisenbahnbaus eine große Zahl zuvor an der Strecke Köln-Gießen beschäftigter Arbeiter sich außerhalb des Kreises verdingen mußte. Auch für die Zukunft, so das Resümee des Berichterstatters, sei am Primat des Agrarsektors nicht zu rütteln: "Eigentliche Fabrikgegenden umfaßt der Kreis nicht. Die vorhandene und noch zu erwartende dahin einschlägige Thätigkeit ist keine solche, die eine ausschließliche Beschäftigung böte, und dadurch die Vernachlässigung des Ackerbaues, als der einzig sicheren Nahrungsquelle, einschliesse."<sup>119</sup>

"Der Gewerbestand im Kreise ist im Allgemeinen in keinem belangreichen Umfange vertreten", konstatierte 1863 ebenfalls der Landrat von Rheinbach, "fast alle Fabriken und Mühlen-Etablissements von Belang" lägen an der Erft bzw. dem Erftmühlenbach, ein deutlicher Hinweis auf das Überwiegen vorindustrieller Produktionsformen. Besondere Aufmerksamkeit empfiehlt der Verfasser dem südlichen Gebirgstheil seines Sprengels, wo im Kontrast zu den "lachenden Fluren eines kräftigen Weizen und Roggenbodens" in der Ebene ein "steriler, kalter Thonboden" nur Holz, Hafer und Kartoffeln hervorbrachte. "Abgeschnitten dabei von dem Weltverkehre und aller sonstigen Gewerbethätigkeit, daher auf die höchst mühsame Ausbeutung seines undankbaren Landes ausschließlich angewiesen, wohnt hier die drückendste Armut", heißt es weiter. Kein Wunder, wenn zur Verbesserung der Lage der "armen Gebirgsbewohner", abgesehen von der verbreiteten auswärtigen Beschäftigung, das Allheilmittel der Zeit, der Bau einer Eisenbahnverbindung als Voraussetzung für die Ansiedlung von Eisen-, Blei- und Kupferverarbeitung herbeigesehnt wird.<sup>120</sup>

Derartige Sorgen plagten den leitenden Beamten des klimatisch weniger benachteiligten Agrarkreises Bergheim nicht, beschäftigten doch die insgesamt zehn Braunkohlegruben mit ihren 615 Arbeitern nach seiner Aussage auch "viele Unbemittelte". Mit den produzierten Klütten besaß der Kreis zudem den Vorteil billigen Brennmaterials. Der Beginn einer Industrialisierung lag noch in der Zukunft; ein Eisendrahtwerk ("Nadeln aller Art") in Mödrath mit 30 Arbeitern, eine Kammgarnspinnerei (16 Arbeiter, eine 1 PS-Dampfmaschine) in Zieverich, zwei dampfbetriebene, für den lokalen Markt arbeitende Mühlen und 32 Brauereien mit insgesamt 52 Arbeitern repräsentie-

ren einen ausnahmslos kleingewerblichen Unternehmenszuschnitt.<sup>121</sup> "Handel und Gewerbe", so der Landrat 1863, seien "nur nach dem örtlichen Bedürfnis vorhanden".<sup>122</sup> Die frühe Anbindung an das Eisenbahnnetz - im September 1841 wurde die Strecke Köln-Aachen mit den im Kreis gelegenen Stationen Horrem und Buir eröffnet - blieb mit Ausnahme des Braunkohlenversands im Nahbereich für die gewerbliche Wirtschaft ohne Konsequenzen.<sup>123</sup>

Trotz der aufstrebenden Tuchindustrie im Kreis Euskirchen nahm die Sparte "Fabrikation" nur 2,3% der Erwerbstätigen im Hauptberuf ein; das für den lokalen Markt produzierende Handwerk ("... an Handwerkskern ist nicht mehr vorhanden, als das Bedürfnis der Bevölkerung erheischt") kam dagegen auf 11,1%, gefolgt vom Handel mit 3,6%. Mit einer Quote des Agrarsektors von 81,6% herrschten damit 1861 im Kreis noch durchaus vorindustrielle Verhältnisse.<sup>124</sup>

Bevor die neugeschaffene Eisenbahnverbindung den Raum innerhalb weniger Jahrzehnte zum Teilstück der ausgedehnten Industriezone um den schwerindustriellen Kern an der Ruhr machte,<sup>125</sup> vermittelt die Beschreibung des Siegkreises von 1860 ein Bild der im produzierenden Sektor erreichten Basis. Mit ca. 500 bzw. 300 Arbeitern waren die Friedrich-Wilhelms-Hütte und die Baumwolldruckerei Rolffs, die beiden frühindustriellen Gründungen, um 1860 die größten Fabrikbetriebe im gesamten späteren Handelskammerbezirk. Einheiten mittlerer Größe fehlten im Siegkreis völlig; zusätzlich zu einem kleineren Papierhersteller in Siegburg werden zwei im Bau befindliche Papierfabriken in der Bürgermeisterei Much genannt. Ansonsten spiegelt der Bericht des Landrats, wie aus den folgenden Angaben ersichtlich ist, die Blütezeit in Abbau und Verarbeitung von Bodenschätzen wider. So beschäftigten Ende der 1850er Jahre<sup>126</sup>

- 17 "ertragsfähige Bergwerksgruben" (Eisen, Nickel, Kupfer, Blätterkohle, Blende, Bleierz) einschließlich Angestellte 328 Personen
- Steinbrüche in Königswinter und Oberkassel 400 Arbeiter
- 13 Ziegeleien 84 Arbeiter
- 14 Kalkbrennereien in Ruppichterath 70-80 Arbeiter
- 2 Hütten bzw. Pochwerke für Kupfererze und -blende bei Honnef mindestens 25 Arbeiter
- die Alaunhütte in Spich 30 Arbeiter.

Mit der im äußersten Norden des Kreises gelegenen, ab 1855 nachweisbaren "Aggerhütte" ist jüngst das wechselvolle Schicksal einer der zahlreichen erzverarbeitenden Kleinbetriebe im Detail er-

forscht worden.<sup>127</sup>

Trotz des beschriebenen Übergreifens industrieller Ansätze in das Umland - von den sieben größeren Fabriken des Kreises mit zusammen 524 Arbeitern befand sich 1858 nur die Steingutfabrik Mehlem (101 Arbeiter) auf dem Gebiet der Universitätsstadt - zählte der Bonner Landrat seinen Kreis Ende der 1850er Jahre noch eindeutig zu den Agrarkreisen; die zu errechnende Großgewerbequote sprengt mit 2,5% der Kreisbevölkerung tatsächlich nicht den gewohnten Rahmen.<sup>128</sup> "Der hiesige Handel ist an und für sich nicht von Bedeutung, ebenso wie das Fabrikwesen von geringerer Ausdehnung, da der Kreis mit Ausnahme der Stadt Bonn sich überwiegend mit dem Ackerbau beschäftigt."<sup>129</sup> Daß dabei der zentrale Ort Bonn, der noch 1831 zu den Fabrikstädten gezählt wurde, nach dem Willen seiner Verwaltung auf die Rolle als Universitäts-, Garnisons- und Rentnerstadt verpflichtet wurde, geht aus vielerlei Äußerungen hervor, wohl am deutlichsten aus den oft wiedergegebenen programmatischen Erklärungen seines Oberbürgermeisters Kaufmann in den städtischen Verwaltungsberichten. "Erfreulich ist ... die Wahrnehmung, daß der Zugang wohlhabender Fremder, die sich für längere Zeit hier aufhalten oder ihren festen Wohnsitz hier wählen, noch immer im Zunehmen ist. Haben wir dieses unzweifelhaft zum größten Theile der reizvollen Lage unserer Stadt und dem weitverbreiteten Rufe unserer Hochschule zu danken, so liegt doch darin auch eine dringliche Aufforderung, unserer Seits bemüht zu sein, die Annehmlichkeiten der Stadt nach Kräften zu vermehren und zu erhöhen. Nur auf diesem Wege wird es uns gelingen, die Hauptquelle des Wohlstandes allgemein und insbesondere unserer Gewerbetreibenden auf das Nachhaltigste zu fördern."<sup>130</sup> Sieben Jahre später wird für die Stadt Bonn als "Quelle ihres Wohlstandes" der "Entwicklung einer großartigen industriellen Tätigkeit"<sup>131</sup> eine ausdrückliche Absage erteilt.

Trotzdem sind, was die Industrie angeht, die beiden Jahrzehnte vor der Reichsgründung in Bonn immer wieder als Stagnationsphase charakterisiert worden.<sup>132</sup> Wenn zwischen 1852 und 1867 der Anteil der im verarbeitenden Gewerbe Tätigen mit 34,5% bzw. 34,7% nahezu unverändert blieb, so ist dies eher einer positiven Entwicklung im Handwerk zuzuschreiben. Von 12,4% auf 16,9% steigerte sich dagegen das Gewicht von Handel und Verkehr, obwohl die relativ frühe Eisenbahnverbindung Köln-Bonn erst Ende 1858 nach Koblenz verlängert wurde.<sup>133</sup> Handwerkliche Organisationsformen und eine Ausrichtung auf die Universität bzw. gehobene Konsumbe-



dürfnisse verbinden die Mehrzahl der neben der keramischen Industrie und der 1865 konzessionierten Eisengießerei und Maschinenfabrik Dahm & Mönkemöller (Schumannstraße)<sup>134</sup> in Bonn vorhandenen Fabriken. Wichtige Impulse für Feinmechanik, Apparate- und Gerätebau gab zweifellos die Universität; zu nennen sind hier zumindest die Unternehmen Geissler (Glasröhren, physikalische Apparate) und Eschbaum (chirurgische Instrumente), 1840 bzw. 1842 gegründet, sowie die Firma Krantz als Hersteller naturwissenschaftlichen Anschauungsmaterials.<sup>135</sup> "In der Rheinprovinz ist Bonn mit Poppelsdorf der Hauptsitz der auf wissenschaftlichen Unterricht bezüglichen Mechanik und physikalischer Lehrmittel", wußte der Statistiker Viebahn 1869 den Rang dieser örtlichen Spezialunternehmen zu würdigen.<sup>136</sup>

Eine wirkliche Fabrikindustrie, in Umfang und Bedeutung durchaus mit dem in napoleonischer Zeit in Bonn entstandenen textilen Großgewerbe vergleichbar, hat sich kurz vor der Reichsgründung im nahen Umfeld der Stadt etabliert. Ende 1868 nahm in Beuel die Jutespinnerei Solf, Davenport & Comp. als zweites deutsches Werk der Branche überhaupt und erste Anlage, die Garnproduktion und Weberei verband, ihren Betrieb auf. Günstiger Rohstoffbezug über den Rhein, niedrige Erwerbskosten des für Zwecke der Landwirtschaft minderwertigen Grund und Bodens und vor allem die Aussicht auf eine ausreichende Versorgung mit billigen, zu einem erheblichen Teil weiblichen Arbeitskräften waren die wichtigsten Motive für die Standortentscheidung. Von den Gründern stammten die Gebrüder Solf aus dem Kölner Leinenhandel, während der Engländer William Wilson Davenport aus dem nordfranzösischen Textilrevier an den Rhein wechselte und dem Beueler Unternehmen fast zehn Jahre als kaufmännischer (und zeitweise auch technischer) Direktor vorstand. Englische und schottische Arbeiter brachten die Anlage in Gang, noch bis zur Jahrhundertwende kamen Verarbeitungsmaschinen aus Großbritannien. Unter den ersten neun Kommanditisten mit zusammen 150 000 Talern Einlage befinden sich allein sechs "Rentner" aus Bonn und Godesberg, unter ihnen der Rittergutsbesitzer von Rigal-Grunland und Wilhelm Löschigk, ein im Textilhandel zum Millionär gewordener Deutsch-Amerikaner, der 1861 zu einem frühen Ruhestand nach Bonn zurückgekehrt war und das (später so genannte) Palais Schaumburg an der vornehmen Koblenzer Straße bewohnte. 1869 beschäftigte die Neugründung, in deren Einzugsbereich zu diesem Zeitpunkt etwa 7 000 Menschen wohnten, bereits 450 Arbeiter; noch vier Jahre später überstieg ihre Belegschaft die sämtlicher Fabrikbetriebe von Alt-Bonn. Nur ein Jahr nach dem

Beueler Unternehmen wurde im linksrheinischen Kessenich - wohl-gemerkt nicht auf Stadtbonner Terrain - mit der Spinnerei und Weberei Hieronimus & Co. eine weitere juteverarbeitende Fabrik errichtet.<sup>137</sup>

Neue Industriebetriebe dieser Größenordnung sind vor 1871 im sonstigen Untersuchungsgebiet nicht zu verzeichnen; angesichts der geringen Gründungsaktivität läßt sich somit die für die Stadt Bonn festgestellte Stagnation, zumindest für die 1860er Jahre, auf den gesamten Wirtschaftsraum übertragen. Sucht man nach zukunftssträchtigen Neuansätzen zunächst kleineren Zuschnitts, so läßt sich mit der von Carl Reuther gegründeten Fabrik für Landmaschinen (1869) die beginnende Industrialisierung in Hennef erkennen. Ohne nennenswerte gewerbliche Vorläuferbetriebe wird der Ort mithin nach Menden/Troisdorf und Siegfeld/Siegburg zum dritten Schwerpunkt der Fabrikindustrie im Siegkreis.<sup>138</sup> Nicht weniger als vier in Reuthers Pionierunternehmen tätige Meister verselbständigten sich bis 1881 am Ort, so daß die "Reuther & Co. Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Hennef" zu Recht als Keimzelle der lokalen Industrie gilt.<sup>139</sup> Die denkmalgeschützten Maschinenhallen und Kontorräume der 1881 in der Nähe des Hennefer Bahnhofs errichteten, bis 1913 mehrfach erweiterten Maschinenfabrik und Eisengießerei Josef Meys & Comp. sind Ende 1990 einer neuen Nutzung als kommunales Zentrum zugeführt worden<sup>140</sup> und konservieren so die Erinnerung an ein Stück lokaler Industriegeschichte.

Aus dem Jahr 1868 datiert die Gründung der Papierfabrik Geldmacher im abgelegenen Hoffnungsthal an der Homburger Bröl.<sup>141</sup> Ebenfalls im Siegkreis übernahm 1870 der Kaufmann und Bauunternehmer Hartwig Hüser eine kleine Werkstätte in Oberkassel, in der Betonteile für Hochbauten hergestellt wurden, und wandelte sie in einen Industriebetrieb um.<sup>142</sup> Die Standortwahl erklärt sich durch die Nähe der Zementfabrik. Insgesamt sind mit der Zementherstellung und -verarbeitung sowie den zahlreichen Steinbruchbetrieben die südlichen Teile der Bürgermeisterei Vilich und der Raum Oberkassel schon früh als regionaler Schwerpunkt der Baustoffproduktion ausgewiesen,<sup>143</sup> wie auch die lokale, hier nicht weiter zu verfolgende Ziegelproduktion nicht zu vernachlässigen ist: Bereits um 1850 belegen 33 Ziegeleien mit zusammen 243 Arbeitern im Kreis Bonn die lebhafteste Bautätigkeit, besonders natürlich in der wachsenden Universitätsstadt selbst.<sup>144</sup>

Ein Paradebeispiel für die schon mehrfach deutlich gewordene Koppelung von Verkehrserschließung und industrieller Entwicklung

ist im Kreis Bergheim zu beobachten, wo die 1869 eröffnete Eisenbahnstrecke Düren-Bedburg-Neuss die gewerbliche Tätigkeit in Elsdorf und Bedburg schlagartig belebte, während z.B. das malerische alte Städtchen Kaster ohne eigene Bahnstation völlig zurückfiel.<sup>145</sup> Zur gleichen Zeit entzogen in die rheinische Zuckerindustrie eingeführte Basisinnovationen den Kolonialzuckerraffinerien endgültig die wirtschaftliche Grundlage; der Hauptstandort verlagerte sich von Köln in die westlich der Stadt gelegenen Rübenanbaugebiete.<sup>146</sup> Unmittelbar an die neue Bahnlinie grenzte die Rübenzuckerfabrik Elsdorf, deren Anlage und Betrieb Inhalt des im Frühjahr 1870 zwischen Vater Emil und Sohn Valentin Pfeifer sowie Eugen Langen abgeschlossenen Gründungsvertrages war. Zunächst gehörten ca. 600 Hektar Anbaufläche zur Elsdorfer Fabrik, die Bahnverbindung ermöglichte auch den Antransport von Kaufrüben aus weiter entfernten Erzeugungsgebieten, doch gelang es, u.a. durch Abgabe von hochwertigem Rübensamen aus eigenem Versuchsbetrieb, auch eine wachsende Zahl im Grunde konservativer Bauern zur Aufnahme des Rübenanbaus zu veranlassen.<sup>147</sup> In der Person des Mitgründers Eugen Langen besteht eine Verbindung des im Untersuchungsgebiet neuen Produktionszweiges zur Großindustrie des Siegkreises: Hatte Johann Jakob Langen seinerzeit Gewinne aus Zuckerhandel und -fabrikation in den Ausbau der Friedrich-Wilhelms-Hütte investiert, wandte sich sein Sohn nach einigen Jahren als freiberuflicher Ingenieur in Köln der technischen Seite der Zuckerindustrie zu; seiner Tätigkeit im Dienste der Hütte entsprang die Erfindung des Etagenrosts zur Verbesserung der Kesselfeuerung.<sup>148</sup>

## **2.6 Handel, Banken, Verkehr, Beherbergungswesen**

Auf dem Handelssektor<sup>149</sup> ist für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in Bonn ein lebhafter Marktverkehr festzustellen. Der Rückgang des Viehauftriebs wurde durch den Umsatzzuwachs von "Kram" kompensiert; die jährlich von der Stadt durch Verpachtung der Marktstandgelder erlöste Summe von 2890 Talern (1835-1837)

vermittelt einen Eindruck von der Bedeutung dieser Handelssparte. Wenn bis zur Jahrhundertmitte die Gesamtzahl der Bonner Händler im Vergleich mit der residenzstädtischen Zeit eher abnimmt, so geht dieser Rückgang auf Kosten des Großhandels; begünstigt vom Bevölkerungswachstum übertraf der Lebensmittelhandel ab 1831 die Zahl aller übrigen Gruppen von Händlern. Bis zur Reichsgründung wuchs der Bonner Handel, gemessen an der Beschäftigtenzahl, um ein Drittel. Im Stichjahr 1867 waren in Bonn 13% aller Berufstätigen im Sektor Handel/Verkehr tätig, eine Quote, die näher an der Handelsmetropole Köln (14,2%) als an Industriestädten wie Barmen und Essen (je 8%) liegt. Eine verstärkte Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfs und Genußmitteln (Tabakwaren, Wein) deutet auf eine positive Wirtschaftsentwicklung der Universitätsstadt hin.

Dies bestätigen auch die Zahlen der Bonner Sparkasse, deren Einlagenbestände sich zwischen 1849 und 1870 beinahe verzehnfachten. Bei seiner Einrichtung im Jahre 1844 wurde das der städtischen Armenverwaltung angeschlossene Institut von den etablierten örtlichen Banken so wenig als Konkurrenz angesehen, daß die Firma Jonas Cahn, das älteste Bonner Bankhaus, sich anbot, der Neugründung ohne Provision Gelder zu 4% Zinsen zu leihen. Obwohl die Hauptaufgabe der Sparkassen darin lag, kleine Kreditnehmer vor den Wucherzinsen der privaten Geldverleiher zu schützen, vergab die 1854 gegründete Kreissparkasse Siegburg im selben Jahr 500 Taler gegen Wechsel an die Friedrich-Wilhelms-Hütte, der erste nachweisbare Industriekredit in der Region.<sup>150</sup>

Vor der Revolutionierung des Verkehrs durch die Eisenbahn bildeten Fernstraßen und Rheinstrom das Rückgrat des Transportwesens. In Bonn ging die Zahl der Frachtschiffe von 12 Einheiten mit 46 Mann Besatzung im Jahre 1819 auf zwei Schiffe mit sechs Arbeitskräften (1846) zurück. Von dieser Entwicklung profitierten im Rechtsrheinischen die Orte Beuel und Vilich-Rheindorf, wo 1843 zwanzig bzw. vierzehn Schiffer ansässig waren. Beim Landfuhrwesen beherrschte weiterhin Bonn das Geschäft: Zwischen 1814 und 1840 verdoppelte sich die Anzahl der Fuhrleute auf 56, die der Pferde (108) verdreifachte sich gar.

Bereits kurz nach Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahnlinie hatte sich in Bonn der "Verein zur Errichtung der Eisenbahn von Bonn nach Cöln" gebildet; am 27. September 1840 kam es zur Gründung der "Bonn-Cölner-Eisenbahn-Gesellschaft" mit einem Kapital von 876 000 Talern. Zwischen der Eröffnung der Linie (1844)

und ihrem Weiterbau nach Süden lag mehr als ein Jahrzehnt; die Fertigstellung der linksrheinischen Strecke bis Koblenz (Ende 1858) erfolgte praktisch zeitgleich mit dem Vortrieb der rechtsrheinischen Verbindung Richtung Frankfurt (1859: bis Hennef; 1861: bis Gießen).

Die Tatsache, daß im Vormärz eine Reihe von Hoteliers und Gastwirten zu den wohlhabendsten Bonner Bürgern zählte, belegt den Aufschwung des Fremdenverkehrs als Folge der Universitätsgründung und der Entwicklung der Stadt zum Ausgangspunkt des "romantischen Mittelrheins"; die letztgenannte Entwicklung förderte vor allem die Funktion Bonns als Hauptstation der regelmäßig verkehrenden Dampfschiffahrtslinien. Zwar läßt sich nach der Jahrhundertmitte im Hotel- und Gaststättengewerbe ein Trend zu größeren Betrieben feststellen, doch führten die Fortschritte im Verkehrswesen keineswegs zu einem sprunghaften Anstieg des Fremdenverkehrs: Mit dem Abflauen der romantischen Rheinbegeisterung kam es auch zu einem Rückgang der Zahl ausländischer - vor allem englischer - Rheintouristen.

### 3 Von der Reichsgründung zum Ersten Weltkrieg

#### 3.1 Die Gründerjahre

Ein Schlaglicht auf den scharfen Nachfrageeinbruch während des Deutsch-Französischen Krieges (und die Behandlung des Gegners!) wirft eine Eingabe, mit der sich zahlreiche Bonner Gewerbetreibende und Kaufleute am 13. Oktober 1870 an das Generalkommando in Koblenz wandten; das Ziel war, eine geplante Verlegung kriegsgefangener feindlicher Offiziere in andere Städte zu verhindern: "Bei der großen Stille ... in dem Geschäftsleben", so die Argumentation, hatte der Aufenthalt der "mit Dienerschaft und sonstigem Gefolge" in Privatwohnungen auf Ehrenwort untergebrachten Franzosen "wieder einiges Leben in die allgemeine Stockung" gebracht.<sup>1</sup> Das produzierende Gewerbe litt, soweit es nicht kriegsbedingt von Auftragsrückgängen betroffen war, in erster Linie unter dem plötzlichen Entzug von Arbeitskräften durch Einberufungen zum Militärdienst. "Als nun der Krieg schließlich im Juli 1870 tatsächlich ausbrach", hieß es noch 1921 in verklärender Rückschau,<sup>2</sup> "und überall Industrie und Handel vollkommen danieder lagen, entwickelte die Euskirchener Tuchindustrie eine noch nicht dagewesene emsige Tätigkeit. Ungeheure Anforderungen stellte der Staat während des ganzen Krieges an sie, so daß die Arbeiterfrage von Tag zu Tag brennender wurde und die Löhne bedeutend erhöht wurden, um nur jegliche verfügbare Arbeitskraft der Tuchindustrie zu erhalten und neue hinzuzuziehen. In den meisten Betrieben wurde bis spät in die Nacht hinein, in einigen sogar mit Nachtschicht gearbeitet." Unter dem Druck der kriegsbedingten Ausnahmesituation vermochten die Tuchhersteller die Produktivität pro Stuhl durch Verbesserung der Arbeitsorganisation - allein zwischen 1869 und 1871 um 16,5% - zu steigern; die vermehrte Installation mechanischer Webstühle verbunden mit einem rapiden Rückgang der Zahl selbständiger Meister erfolgte allerdings erst nach 1871. Trotz vollständiger Ausrichtung der Produktion auf Militärtuch vollzog sich nach Wiederauffüllung der Bekleidungsmagazine der Übergang auf zivile Abnehmer reibungslos.<sup>3</sup> In der jungen Beueler Juteindustrie, wo schon die Einberufung zahlreicher Facharbeiter während des Krieges "viele

Unannehmlichkeiten" bereitet hatte, so daß die Betriebsleitung sich schließlich gar um einen einzelnen, ihr namentlich bekannten "Mechanikus" aus dem Wahner Gefängenenlager bemühte, führte der Nachfragestoß der Boomjahre schnell zu ausgeprägtem Arbeitskräftemangel. Im März 1872 meldete man einen Fehlbedarf von 150 Kräften (bei 500 Beschäftigten). Obgleich Kritiker zu Recht auf schlechte Arbeitsbedingungen und die notorisch niedrigen Löhne als eigentliche Ursache der "Calamität in der Arbeiterfrage" hinwiesen, beschäftigte die Firma von 1873 bis 1886 jeweils bis zu 64 Kinder im Alter zwischen 12 und 14 Jahren und unterhielt auf dem Betriebsgelände die im Falle von Kinderarbeit gesetzlich vorgeschriebene Fabriksschule.<sup>4</sup>

Verglichen mit der Weiterentwicklung bestehender Industrieunternehmen ist die eigentliche Gründungsaktivität der Aufschwungjahre nach 1871 im Untersuchungsraum bescheiden gewesen. In der Stadt Bonn vermittelt die Betrachtung der bis 1873 neu auftretenden Betriebe ein Bild, das das spätere Wachstum keineswegs als zwingend erscheinen läßt. Die Wagenbaufabrik C.A. Miesen (gegründet 1870) stellte zunächst in handwerklicher Produktionsweise Pferdekutschen aller Art her und wurde erst nach Verlegung in die Dottenfelder Straße (1901) zum bekannten Hersteller pferdebespannter, bald auch motorisierter Spezialfahrzeuge, vor allem Krankenwagen.<sup>5</sup> Auch die Buch- und Zeitungsdruckerei Hauptmann (gegründet 1871) setzte sich erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg deutlich vom Feld der breitgestreuten mittelständischen Konkurrenten ab (1889: 34 Arbeiter; 1914: 380 Beschäftigte). Ein Sonderfall einer Firmengründung war die Übernahme der Abteilung "chemische Apparate" aus der 1872 erweiterten chemischen Fabrik Marquart durch den langjährigen Angestellten C. Gerhardt im Jahre 1873. Auch hier blieb der Produktionsumfang zunächst bescheiden, so daß die Aussage des Bürgermeisters, 1873 sei keine Fabrik von Bedeutung entstanden und keine bestehende Anlage wesentlich erweitert worden, voll den Tatsachen entsprach.<sup>6</sup>

Nicht günstiger fällt die Betrachtung der drei nach der Liberalisierung des Aktienrechts gegründeten Aktiengesellschaften aus. Die auf Poppelsdorfer Gebiet gelegene "Bonner Aktienbrauerei" (gegründet 1873)<sup>7</sup> blieb mit jeweils 50 bis 70 Beschäftigten lange Zeit das einzige größere Unternehmen seiner Art, bis ihr in Gestalt der "Bürgerliches Brauhaus AG", eines Zusammenschlusses bestehender Brauereibetriebe, ein ernsthafter Konkurrent entstand. Die 1872 gegründete "Rhein-Ahrthaler AG" (Tonwaren) scheiterte an unter-



nehmerischem Versagen bereits im Krisenjahr 1876.<sup>8</sup> Vornehmlich Finanznöte führten schließlich auch zum Ruin der ersten Aktiengesellschaft im rheinischen Braunkohlerevier, die am 23. Mai 1873 im Godesberger "Adler" als "Aktiengesellschaft Brühl-Godesberger Verein für Braunkohleverwerthung" hoffnungsvoll ins Leben trat. Für die Region sind zwei der neun Gründer von Interesse: Mit Wilhelm Georgi, Inhaber der florierenden Bonner Druckerei Carl Georgi (1875: 30 Arbeiter, 1914: 120 Beschäftigte), war ein branchenfremder Investor beteiligt, der ein halbes Jahr zuvor zwei Braunkohlenfelder in der Nähe von Brühl günstig erworben hatte, während Julius Boedecker langfristig Ersatz für die weitgehend ausgebeuteten Friesdorfer Braunkohlenvorkommen suchte,<sup>9</sup> möglicherweise auch das Ende der Alaungewinnung kommen sah, obwohl die Anlagen Mitte der 1870er Jahre einen letzten, temporären Aufschwung verzeichneten. Ein behördlicher Revisionsbericht, Antwort auf die Klage von 46 Einwohnern aus Godesberg und Königswinter gegen die Emissionen des Werks, schildert noch einmal Aufbau und Arbeitsweise des Unternehmens:<sup>10</sup>

*"Es ergab sich, daß das Werk in bergmännischer Weise Alaunthon gewinnt, denselben auf einer Pferde-Eisenbahn bis an den Rand der unmittelbar bei der Stadt Godesberg sich hinziehenden Höhen befördert und dort in langen, ca. 3 m. hohen Rösthalden behufs Bildung von schwefelsaurer Thonerde einem langsamen Verbrennungs-Prozesse unterwirft. ... Die durch Auswaschen der Alaunthon-Asche gewonnene Alaun-Rohlaugé wird in Rinnen der im Thale belegenen Alaunhütte zugeführt und dort weiter verarbeitet."*

Die erheblichen Produktionsausweitungen nach dem Krieg von 1870/71 verwiesen auch die beiden schon bestehenden Jutefabriken auf die Rechtsform der Aktiengesellschaft; der Umwandlung des Kessenicher Unternehmens (1874) folgte ein Jahr später die "Rheinische Jute-Spinnerei" in Beuel (Grundkapital: 1,2 Mio. Mark). 1876 beschäftigten beide Werke zusammen 712 Arbeiter, über ein Viertel der Fabrikbelegschaften im gesamten Kreis Bonn.<sup>11</sup> Gemeinsam mit dem expandierenden Zementwerk (1868: 192; 1871: 275; 1875: 394 Arbeiter), dessen Technikern schon früh eine wirtschaftlich lohnende Rückgewinnung und Verwertung des in den Mahlgängen entstehenden Feinstaubes gelang,<sup>12</sup> dominierte das Beueler Textilunternehmen jahrzehntelang den Arbeitsmarkt des Umkreises: 1875 standen 86% der in zehn großgewerblichen Betrieben der Bürgermeisterei Vilich beschäftigten Arbeiter auf den Lohnlisten der beiden Großunternehmen, 1889 waren es (bei jetzt 41 erfaßten Betrieben) noch fast drei Viertel.<sup>13</sup>

Von den noch nicht genannten "gewerblichen Etablissements" des Kreises Bonn hatten die beiden Steinguthersteller mit jeweils knapp 200 Beschäftigten eine gute Ausgangslage für die starke Expansion der 1880er und 1890er Jahre erreicht, während die chemische Fabrik Marquart mangels Erweiterungsmöglichkeiten bis zur Verlagerung nach Beuel (1891) bei ca. 50 Arbeitern stagnierte.<sup>14</sup>

Eine geringe Gründungsaktivität in der ersten Hälfte der 1870er Jahre bei ruhiger Weiterentwicklung der bestehenden Industrieunternehmen läßt sich auch für die übrigen Kreise des späteren Handelskammersprengels feststellen. Im Bezirk Bergheim, vor der Jahrhundertwende noch "durchgängig ein Landwirtschaft treibender Kreis", errichtete der jüdische Kaufmann und Pionierunternehmer Adolf Silverberg 1873 die Wollweberei Schönbrunn & Co; zwei Jahre später war sie mit 130 Arbeitskräften bereits der zweitgrößte Fabrikbetrieb der Region. 1891 wurde das Unternehmen mit der 1875 in der Nähe gegründeten und in rascher Folge mehrfach erweiterten Wollspinnerei zur "Bedburger Wollindustrie AG" vereinigt.<sup>15</sup> Zum Zeitpunkt seiner Ernennung zum Kommerzienrat (1899) gehörte Silverberg zu den Höchstbesteuerten des Kreises und beschäftigte in seinen Unternehmen ca. 1200 Menschen.<sup>16</sup> Gleich als Aktiengesellschaft gegründet wurde 1873 die Zülpicher Papierfabrik, der das Stroh der landwirtschaftlichen Umgebung als Rohstoff diente. H.X. Sieger, einer ihrer Gründer, besaß bereits als Besitzer der 1847 vom Gut Holtrop auf die ehemals kurkölnische Landesburg in Zülpich verlegten Brennerei Erfahrungen in der industriellen Nutzung von Agrarprodukten.<sup>17</sup> Ebenfalls rohstofforientiert war das 1871 im Kreis Euskirchen errichtete Tonwerk Satzvey; die hier produzierten Verblendsteine fanden bei den jetzt zahlreich errichteten öffentlichen Gebäuden und Kirchen Absatz.<sup>18</sup> Im zersplitterten oberbergischen Erzbergbau, der angesichts rückständiger technischer Ausstattung und fehlender Eisenbahnverbindung von der Gründerkrise besonders hart betroffen war, gliederten sich nach 1871 verschiedene Ruhrhütten zur Sicherung ihrer Erzbasis Bergwerke an, so z.B. die Firma Krupp die Gruben von Morsbach im Kreis Waldbröl.<sup>19</sup>

Mit knapp 1000 Arbeitskräften war die Friedrich-Wilhelms-Hütte bei Troisdorf nach wie vor das größte Industrieunternehmen im Untersuchungsgebiet, doch konnte auch die Anlage der rechtsrheinischen Eisenbahn keine grundlegende Verbesserung der schlechten Ertragslage bringen: Nach der unerwartet schnellen Erschöpfung der Eisenerzlager im Bröltal war das Werk in den 1860er Jahren, als Überkapazitäten der deutschen Schwerindustrie eine

Periode der Gewinnlosigkeit einleiteten,<sup>20</sup> der Konkurrenz der rohstoff- und transportbegünstigten Hütten im Ruhrgebiet klar unterlegen. Obwohl sich das Unternehmen nach Aussage der um eine für sie günstigere Linienführung kämpfenden Stadt Siegburg "in so hoffnungslosen Verhältnissen" befand, hat Emil Langen, der 1868 sein Amt als Generaldirektor niederlegte, seinen Einfluß im Aufsichtsrat der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft in erheblichem Maße zur Durchsetzung des Bahnknotens Troisdorf (und damit gegen Siegburg) genutzt.<sup>21</sup> Johann Jakob Langen soll allerdings in der Firma ein Drittel seines Vermögens eingebüßt haben; nach seinem Tod (1869) veräußerte sein Sohn Eugen die im Familienbesitz befindlichen Aktien. Neuer Mehrheitsaktionär des "Sieg-Rheinischen Hüttenvereins" wurde 1871 Louis Mannstaedt.<sup>22</sup>

Einen Sonderfall stellt in mancherlei Hinsicht die Gründung der Geschoßfabrik in Siegburg dar, die sich schnell zum dritten Großbetrieb des Kreises entwickelte, 1892 das eng mit der 1887 errichteten Sprengstofffabrik Troisdorf verbundene Feuerwerkslaboratorium nach sich zog, zahlreiche Zulieferbetriebe (Kisten und Kartonagen; Werkzeuge und Maschinen) beschäftigte und so nicht nur zum wirtschaftlichen Rückgrat der schnellwachsenden Stadt Siegburg wurde, sondern auch auslösender Faktor für das raschere industrielle Wachstum des Siegkreises in Konkurrenz zu dem bis Mitte der 1870er Jahre dominierenden Bonner Bezirk.<sup>23</sup> Auch wenn die Fabrik erst am 15. Juni 1875 mit dem Guß einer 26 cm-Granate eröffnet wurde, dürfte der Beschluß zum Bau der Anlage bald nach dem Sieg über Frankreich gefallen sein; schon im Herbst 1872 tätigte das preußische Kriegsministerium die ersten Grundstückskäufe. In der Tat bot der Standort Siegburg bestechende Vorteile. Strategisch lag er weit genug vom Rhein entfernt, um nicht frühzeitig Opfer eines französischen Überraschungsangriffs zu werden, andererseits nahe genug, um im Ernstfall Nachschub für einen Krieg im Westen liefern zu können. Das inzwischen fast vollständig ausgebaute Liniennetz der Eisenbahn verband Siegburg mit den Rohstoffbasen im Ruhrgebiet und im Siegerland und - über Troisdorf - mit den preußischen Großfestungen Köln und Ehrenbreitstein. Die günstige Verkehrsanbindung erschloß dem Werk zudem weit über den Wohnort Siegburg hinaus das Arbeitskräftepotential einer weiten Umgebung, ein angesichts stark schwankenden Bedarfs und plötzlicher Kapazitätsausweitung im Krisen- und Kriegsfall nicht unwesentlicher Aspekt; auf ihn wird bei der Schilderung des Ersten Weltkriegs zurückzukommen sein.

Die Stadt hat die aus der Ansiedlung des Staatsbetriebs mit anfänglich 500 bis 700 Arbeitern erwachsenden Vorteile sofort erkannt, die Bereitstellung des Grundstücks gefördert und die Wegeerschließung übernommen. Die Kosten für das zunächst nicht hochwasserfreie Areal im Dreieck zwischen der Köln-Gießener Eisenbahn und dem Mühlengraben am Fuße des Steilhangs zur Mittelterrasse machten so nur ca. drei Prozent der Bauaufwendungen von über 2,5 Mio. Mark aus. Einen Eindruck von der heute nahezu vollständig verschwundenen Anlage vermitteln nur noch die drei erhaltenen Wohngebäude in der Kastanienstraße im Norden des ehemaligen Fabrikkomplexes: in der Mitte des Ensembles das ehemalige Direktorenhaus, links Wohnungen für Meister und Feldwebel, rechts für Ingenieure.<sup>24</sup>

Zur Klärung der schon mehrfach gestellten, bislang jeweils mangels quantitativen Materials nur grob beantworteten Frage nach dem Grad der industriellen Durchdringung am Ende eines Entwicklungsabschnitts stehen zum Zeitpunkt 1875/76 erstmals genauere Zahlen zur Verfügung. Anders als die nicht zwischen Handwerk und Industrie unterscheidenden staatlichen Gewerbe- und Berufszählungen bezieht sich die umfangreiche Statistik in den Jahresberichten der preußischen Gewerbeaufsicht für 1876 (Stand: Jahresanfang)<sup>25</sup> ausdrücklich auf "die Fabrik-Industrie" bzw. "Fabrik-Arbeiter"; allerdings enthält sie, besonders in den an größeren Gewerbebetrieben armen Kreisen, immer noch eine beachtliche Anzahl mehr handwerklich ausgerichteter Klein- und Kleinstbetriebe. Hinsichtlich des Industrialisierungsgrades stützt das Ergebnis die Vermutungen: Gemessen an der Zahl der "Fabrikarbeiter" pro 100 Einwohner erreicht kein Kreis der untersuchten Region auch nur den Durchschnittswert des Regierungsbezirks Köln von 4,5 (Spitze: Köln-Land: 8,2; Mülheim: 6,2). Mit 3,5 liegt der Kreis Bonn noch knapp an der Spitze, dicht gefolgt vom jetzt aufholenden Siegkreis (3,3). Eine hohe Anzahl mittlerer und kleinerer Betriebe im Tätigkeitsbereich der Gewerbeaufsicht weisen dem Kreis Euskirchen (2,9) eine Position näher am gewerbereicheren Rhein/Sieg-Raum zu, jedoch ist der Abstand zum Bergheimer Bezirk in der Realität geringer als die Zahlen (1,5) ausweisen: Die Gesamtziffer der erfaßten Anlagen und die mehr als doppelt so hohe durchschnittliche Betriebsgröße legen hier strengere Maßstäbe bei der Auswahl nahe. Mit Quoten von 1,1 bzw. 1,0 praktisch industrielos stellen sich, wie erwähnt, die Kreise Rheinbach und Waldbröl dar; dies verdeutlicht auch die Zahl der im Betriebsdurchschnitt registrierten Fabrikarbeiter von 3,4 bzw. 3,3 Personen.

**Tabelle 3: Statistik der Fabrikanlagen im Untersuchungsraum für 1876**

Kreis	Gesamtzahl der Fabrikanlagen	davon mit Dampf- oder Gas- motor	davon Größenordnung		Fabrik- arbeiter insgesamt	davon weiblich in %	Durch- schnitts- belegschaft pro Betrieb
			100-500	500-1000			
			Arbeiter				
Bonn	120	55	4	1	2 610	16,0	21,8
Sieg	126	30	4	2	2 796	14,3	22,2
Euskirchen	135	26	1	--	1 066	8,8	7,9
Bergheim	34	14	2	--	579	18,7	17,3
Rheinbach	105	20	--	--	356	5,1	3,4
Waldbröl	70	4	--	--	232	9,5	3,3
zum Vergleich: Regierungs- bezirk Köln	1533		41	6	29 261	15,7	19,1

Quelle: Jahresberichte Fabriken-Inspektoren für 1876, S. 302 - 305

Hinsichtlich der durchschnittlichen Betriebsgrößen liegen die Kreise Bonn und Sieg über dem Wert für den gesamten Kölner Regierungsbezirk; hier befinden sich auch die einzigen Großunternehmen mit über 500 Arbeitern im Untersuchungsraum (Jutespinnerei Beuel, Friedrich-Wilhelms-Hütte, Geschoßfabrik Siegburg). Der hohe Wert für Bergheim geht ausschließlich auf das Konto der Zuckerfabrik und der Weberei Bedburg; nur sieben weitere Fabriken beschäftigten mehr als zehn Arbeiter. Zwei Drittel der im Kreis Euskirchen gezählten Arbeiter waren in den 23 Anlagen der Textilindustrie tätig, unter denen sich - dies legen auch der hohe Betriebsdurchschnitt von 28,7 Arbeitern und die Zahl der mit Dampfmaschinen ausgerüsteten Unternehmen nahe - fast sämtliche der 20 ausgewiesenen Anlagen mit über 10 Arbeitern befanden. Daß hier noch weitgehend die von Männern ausgeübte Handweberei vorherrschte, zeigt der niedrige Anteil weiblicher Beschäftigter. Der fast doppelt so hohe Wert im Kreis Bonn erklärt sich aus dem überproportionalen Frauenanteil in der Jutespinnerei.

Betrachtet man die Verteilung der Antriebsmaschinen, so steht Bonn absolut und relativ - nahezu jede zweite "Fabrik" besaß eine Dampfmaschine oder einen Gasmotor - an der Spitze. Dies ergab sich vor allem aus der hier vorherrschenden mittleren Betriebsgröße. Anders lagen die Verhältnisse im stärker großindustriell durchsetzten Siegkreis, wo in den 27 Fabriken mit Dampftrieb insgesamt 97 Kessel installiert waren, durchschnittlich 3,5 pro Betrieb gegenüber 1,5 in Bonn. Insgesamt wurden 1875 im Siegkreis 130 Dampfmaschinen mit 2 710 PS gezählt, an Zahl und Leistung fast doppelt so viele wie im Nachbarkreis Bonn (75 Dampfmaschinen, 1 582 PS). Hier läßt eine genauere Differenzierung zwischen Stadt und Restkreis auch die Konzentration der Industrie im Umland erkennen: Nur ein Drittel der Dampfmaschinen steht innerhalb der Stadtmauern, zudem ist die durchschnittliche Leistung mit 13,3 PS nur gut halb so groß wie im Restkreis.<sup>26</sup> Allein vier Aggregate mit zusammen 144 PS Leistung trieben die Arbeitsmaschinen der Steingutfabrik Mehlem an.<sup>27</sup> In Industrie und Handwerk zusammengenommen betrug 1875 die durchschnittliche Betriebsgröße in Bonn (Stadt) nur 2,3 Beschäftigte, im beengten Köln waren es immerhin 2,6, im früher industrialisierten Elberfeld/Barmen gar 3,3. Nur ein Drittel der in der Universitätsstadt gewerblich Tätigen arbeitete in einem Betrieb mit mehr als 5 Beschäftigten, in den übrigen Gemeinden des Kreises traf dies auf die Hälfte der Angehörigen des sekundären Sektors zu.<sup>28</sup>

### 3.2 Die Verbreiterung der industriellen Basis bis 1895

Beim Einbruch der Gründerkrise waren in der Stadt Bonn zwar die Fundamente für ein absolutes und relatives Wachstum der Fabrikindustrie gelegt worden - die meisten der späteren Mittel- und Großbetriebe existierten -, doch machten die ca. 700 wirklichen Industriearbeiter erst etwa 15% der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten aus. An dieser Relation hat sich angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation bis in die frühen 1880er Jahre nur wenig geändert: Die handwerkliche Betriebsform herrschte weiterhin vor, noch 1882 hielten sich Fabrikarbeiter und im Handwerk versicherungspflichtig Beschäftigte mit je ca. 20% der im sekundären Sektor Arbeitenden in etwa die Waage. Der eigentliche industrielle "take-off" ist für Bonn somit in der Zeitspanne zwischen den Berufszählungen von 1882 und 1895 anzusetzen, in der sich der Anteil der Fabrikarbeiter an den im - insgesamt immer noch wachsenden - verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten auf 37,6% nahezu verdoppelte. Diese Entwicklung war noch keineswegs abgeschlossen: Das in der statistischen Momentaufnahme erfaßte Jahr 1895 ist das erste Wachstumsjahr nach dem Konjunkturereinbruch von 1893/94, die Zahl der in Bonn erfaßten Industriearbeiter nahm bis 1898 noch einmal um ein Sechstel zu.<sup>29</sup> Damit hatte sich, von den Zeitgenossen häufig unbemerkt oder aus dem Bewußtsein verdrängt, der gewerblich-industrielle Sektor in seiner Bedeutung für die städtische Wirtschaft neben den traditionell stadtprägenden Faktoren Universität, Garnison und Rentnerbevölkerung fest etabliert. Gemessen an der jeweiligen Einwohnerzahl (unter Vernachlässigung der Pendlerbewegung) hatte sich die Quote der Fabrikarbeiter bei stark wachsender Gesamtbevölkerung von unter 2,5% (1875) auf 7,7% (1895) erhöht. Obwohl das Gewicht des verarbeitenden Gewerbes insgesamt nach der Jahrhundertwende leicht zurückfiel, nahm die Fabrikarbeiterquote auf dem durch Eingemeindungen vergrößerten Stadtgebiet bis 1913 auf ca. 9% zu.<sup>30</sup> Entsprechend der allgemeinen Entwicklung im Deutschen Reich hat auch in Bonn (unter Einbeziehung der 1904 eingemeindeten Vororte) die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen vor allem in den mittleren und großen Betrieben stattgefunden;<sup>31</sup> dies zeigt besonders deutlich die personelle Expansion der drei Großunternehmen:<sup>32</sup>



	1875	1894
Steingutfabrik F.A. Mehlem	170 Arbeiter	891 Arbeiter
Steingutfabrik Wessel	199 Arbeiter	1 139 Arbeiter
Mechanische Jutespinnerei Kessenich	190 Arbeiter	522 Arbeiter

Wie stellt sich die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes im gesamten Untersuchungsraum dar?

**Tabelle 4: Gewicht des sekundären Wirtschaftssektors im Handelskammerbezirk Bonn 1882 und 1895**

Kreis	1882		1895		
	Erwerbs- personen insgesamt	davon in Handwerk und Indu- strie in %	Erwerbs- personen insgesamt	Erwerbs- quote in % der Be- völkerung	davon in Handwerk und Indu- strie in %
Bonn- Stadt	36 902	30,8	21 139	47,4	43,4
Bonn- Land			27 905	42,4	32,0
Sieg	36 266	26,1	42 559	42,6	37,2
Eus- kirchen	17 099	30,8	18 332	41,9	34,6
Bergheim	16 644	23,6	16 777	38,2	30,2
Rheinbach	13 685	19,8	12 959	40,1	21,9
Waldbröl	8 445	20,4	9 852	40,6	19,7

Quelle: Preußische Statistik 76.1; Stat. d. Dt.Reiches 109; 117.

Ein weiteres Mal wird die wirtschaftliche Rückständigkeit der auch in der absoluten Bevölkerungsentwicklung stagnierenden Kreise Rheinbach und Waldbröl deutlich. Der Anteil von jeweils ca. einem Fünftel der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe läßt schwerlich eine nennenswerte Produktion über die lokalen Bedürfnisse der

agraren Umgebung hinaus annehmen, zudem haben beide Kreise keinen Anteil an der sprunghaften Zunahme des sekundären Sektors, wie sie zwischen den Berufszählungen von 1882 und 1895 für alle anderen Teile des Untersuchungsgebiets zu verzeichnen ist. Für Rheinbach ist eine ungefähre Trennung von Handwerk und Industrie möglich. 1893 wurden hier 143 "gewerbliche Anlagen" mit insgesamt 570 Arbeitern (1894: 141/560) gezählt, die mit Ausnahme der Arloffer Thonwerke (187 Arbeiter), der Papierfabrik Stotzheim (29 Arbeiter) und der Holzschleifmühle Joersheim (14 Arbeiter) alle weniger als 10 Personen beschäftigten; der Anteil der "Industriearbeiter" lag mit 20% der gewerblich Beschäftigten extrem niedrig.<sup>33</sup>

Klar an der Spitze befindet sich hinsichtlich der Bedeutung von Industrie und Handwerk das inzwischen zur "Gewerbestadt" aufgeschlossene Bonn. Bis in die 1890er Jahre, dies hat Höroldt jüngst noch einmal herausgearbeitet, haben hier Gewerbe und Handel die gegenüber anders strukturierten, d.h. stärker an Produktion und Vertrieb orientierten Städten bestehenden Defizite ausgeglichen, so daß sich im weiteren Verlauf der Entwicklung die Bonner Wirtschaftsstruktur durchaus der allgemeinen anglich.<sup>34</sup> Die für 1895 ausgewiesene höhere Erwerbsquote in der Stadt erklärt sich aus der - verglichen mit der agraren Umgebung - geringeren Zahl der im Stadtkreis lebenden Kinder; zudem mögen in diesem Falle Pendelbeziehungen die Statistik verzerren, da Fabrikarbeiter mit Kindern der billigeren Mieten wegen häufig in den noch nicht eingemeindeten Vororten wohnten. Mit einem Drittel der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe lag 1895 der Landkreis (seit 1887 ohne die Stadt Bonn) nur noch in einer Linie mit den stärker agrarisch geprägten Kreisen Euskirchen und Bergheim; offenbar wurde der Arbeitskräftezuwachs der großen Werke (Wessel, beide Jutespinnereien) durch die geringere Handwerkerdichte im Bonner Umland nivelliert.

Außer dem bereits näher untersuchten Gebiet der Stadt Bonn ist vor allem der Siegkreis zwischen 1882 und 1895 in der Verbreiterung der industriellen Basis weiter vorangekommen. Mit einem Anteil des verarbeitenden Gewerbes von 37,2% an der Erwerbsbevölkerung steht er 1895 an der Spitze der Landkreise; der Hintergrund dieses Sprunges wird, ebenso wie der gewerbliche Aufschwung im einstigen Agrarkreis Bergheim, in der nach Branchen differenzierenden Analyse des sekundären Sektors näher herauszuarbeiten sein. Dabei dienen die Ergebnisse der - Industrie und Handwerk zusammenfassenden - staatlichen Gewerbezahlungen von 1875, 1882 und 1895<sup>35</sup> jeweils als Gerüst zur Einordnung der wegen des von Kreis

zu Kreis höchst unterschiedlichen Forschungsstandes erheblich disparaten Detailangaben zu Gewerbebezweigen oder Einzelunternehmen.

### **3.2.1 Bergbau und Hüttenwesen, Industrie der Steine/Erden**

Mit Ausnahme der Braunkohlenkreise Euskirchen und Bergheim, wo 1895 der Tagebau in größerem Stil begonnen hatte (Donatus: 1891: 59; 1895: 458 Mann) bzw. kurz vor der Aufnahme stand,<sup>36</sup> wies der Bergbau in der Zeitspanne 1875 bis 1895 eine stark rückläufige Tendenz auf. "Nach der Art des Vorkommens der verschiedenartigen Eisenerze im Revier", schrieb 1897 der zuständige Beamte im Bonner Oberbergamt, "bieten sich nach dem jetzigen Stande der Eisenhüttentechnik und bei der Verschiebung der Produktionsstätten für das Roheisen wenig Aussichten für eine Wiederaufnahme des Betriebes von selbst besseren Eisenerzgruben."<sup>37</sup> Die Einstellung der Alaunfabrikation bedeutete für den Landkreis Bonn das Ende der bergbaulichen Tradition; in Nieder- und Oberholtorf, wo die überwachsenen Gruben und Halden im Bodenrelief noch deutlich sichtbar sind, siedelte sich keine Folgeindustrie an, das Verwaltungsgebäude der Bleibtreuschen Hütten dient heute der Wildschadensforschung.<sup>38</sup>

Dieser rückläufigen Entwicklung stand in allen untersuchten Kreisen ein kontinuierliches Wachstum der Industrie Steine/Erden gegenüber. Von einem bereits beachtlichen relativen Anteil an den gewerblich Beschäftigten ausgehend, konnte die Branche durch hohe absolute Zuwachszahlen ihre Stellung in Stadt- und Landkreis Bonn noch weiter ausbauen. Im Falle der Steingutfabrik Mehlem war die Expansion ein persönlicher Erfolg des 1874 in die Firma eingetretenen Franz Guillaume. Nach dem frühen Tod seines Partners Ferdinand Frings, der am 9. Juli desselben Jahres "im blühenden Alter von 40 Jahren" auf einer Geschäftsreise in London verstorben war,<sup>39</sup> oblag dem aus der Kölner Industriellenfamilie Guillaume stammenden, gerade 25jährigen Teilhaber die alleinige Leitung des Unternehmens.<sup>40</sup> Zwar war um die Jahrhundertwende das vorhandene Fabrikgrundstück voll durch Gebäude und Produktionsanlagen

ausgenutzt, doch schätzte man die günstige Transportlage unmittelbar am Rheinufer höher ein als die 1899 von der Stadt Bonn im Norden angebotenen erweiterten Industrieflächen. Qualifizierte, weitgehend im Unternehmen selbst ausgebildete Facharbeiter sicherten einen Gütestandard, der nicht nur mit der entwickelten keramischen Industrie Großbritanniens und den in Sachen Design führenden französischen Produzenten konkurrieren konnte, sondern die Firma auch auf europäischen und überseeischen Exportmärkten reüssieren ließ. Die richtige Einschätzung des wachsenden Marktes für glasierte Fliesen (Kacheln) in öffentlichen Bauten und Privathäusern bewies Louis Wessel, der 1888 den Poppelsdorfer Familienbetrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und sich in den Aufsichtsrat zurückgezogen hatte, mit der Gründung einer eigenen Wandplattenfabrik in Dransdorf.<sup>41</sup>

**Tabelle 5: Anteil der Branchen an der Gesamtzahl der im sekundären Sektor Beschäftigten in %**

Kreis	Bergbau und Hüttenwesen			Steine/Erden		
	1875	1882	1895	1875	1882	1895
Bonn-Stadt	1,7	---	---	12,9	15,1	16,0
Bonn-Land						27,1
Sieg	17,1	8,3	3,7	9,6	11,6	16,0
Euskirchen	6,7	10,4	7,3	3,9	6,3	11,7
Bergheim	5,3	3,8	6,8	0,5	4,1	7,6
Rheinbach	---	---	---	6,9	12,4	18,0
Waldbröl	36,3	23,0	7,7	0,9	5,1	9,9

Im Siegkreis konnte der Aufstieg der grobkeramischen Industrie die Arbeitsplatzverluste in Bergbau und Steinbrüchen teilweise kompensieren. Ein gutes Beispiel ist Dollendorf, wo die Zunahme des Tourismus und die anlaufende Bewegung zur Rettung der Siebengebirgslandschaft den Lebensunterhalt zahlreicher Steinbrucharbeiter bedrohte; lange vor der endgültigen Einstellung des Basaltabbaus am Petersberg (1908) forderte z.B. die Hotelleitung eine Einstellung der für Wanderer und Gäste gefährlichen Sprengarbeiten: 100 Arbeitsplätze standen hier auf dem Spiel.<sup>42</sup> In Versammlun-

gen und mit Hilfe von Unterschriftenaktionen verlangten die Betroffenen den Bau von Fabriken im Rheintal und setzten sich gegenüber Befürchtungen über einen Rückgang des Fremdenverkehrs durch, bevor im Oktober 1899 eine Polizeiverordnung des Kölner Regierungspräsidenten die Neuerrichtung umweltbelastender Betriebe im Umkreis des Siebengebirges untersagte.<sup>43</sup> Mit der Eröffnung der Verblendsteinfabrik Wiel im Herbst 1886 habe die Industrie, so eine Zeitungsnotiz, "somit hier ihren Anfang genommen und werden hoffentlich weitere Unternehmungen folgen. Gewiß ein Segen für die hiesige Bevölkerung."<sup>44</sup> Zu weiteren Zentren der Industrie Steine/Erden wurden wegen der Nähe der benötigten Rohstoffe in den zwanzig Jahren vor der Jahrhundertwende Königswinter, Mehlem, Euskirchen (1880: Euskirchener Dampfziegelei und Tonwarenfabrik Huppertz & Co.), und Antweiler (Ton- und Chamottewerk).<sup>45</sup> Mit eigenen Steinbrüchen und Werkplätzen war die Mitte des 19. Jahrhunderts unter Einbeziehung der damaligen Steinhauergewerkschaft gegründete Königswinterer Firma Bachem & Cie. zu einem bedeutenden Zulieferer für Baugewerbe und Industrie geworden; die hier produzierten Werksteine fanden am Kölner Dom, bei zahlreichen öffentlichen Bauten und beim Bau der benachbarten Drachenburg im Siebengebirge Verwendung.<sup>46</sup> Die Ruinen des 1841 gegründeten Pleistalwerkes ("Zeche Plato") erinnern noch heute an eine umfangreiche Produktion von Steinen, Dachziegeln und Röhren (1923: 242 Arbeiter) auf der Basis lokaler Tonvorkommen.<sup>47</sup>

### **3.2.2 Metallverarbeitung, Maschinen-, Instrumente- und Apparatebau**

Verglichen mit den Agrarkreisen, in denen die stagnierende Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Metallgewerbe den Kreis der hier Tätigen weitgehend auf dörfliche Schmiede sowie die Herstellung und Reparatur landwirtschaftlicher Geräte beschränkte, ist ein überdurchschnittliches Wachstum der industriellen Metallverarbeitung nur im Siegkreis festzustellen; die Verdoppelung des Anteils am gesamten verarbeitenden Gewerbe geht fast ausschließlich auf industrielle Neuansiedlungen zurück. In Siegburg selbst beschäftigte die 1875 fertiggestellte Geschoßfabrik in guten Jahren über 1000 Arbeiter; ihr fluktuierender Kräftebedarf irritierte, wie zahllose Klagen

und Eingaben belegen, den regionalen Arbeitsmarkt, vor allem in Aufstockungsphasen, in denen die deutlich höheren Löhne zahlreiche Arbeiter aus anderen Branchen zu kurzfristigem Wechsel veranlaßten; die Kehrseite - Massenentlassungen von über 500 Arbeitern nach Auffüllung der Munitionslager - spürte die Siegburger Geschäftswelt zum ersten Male im Jahr 1883.<sup>48</sup> Nach Intervention der Bonner Handelskammer erklärte sich die Geschoßfabrik 1892 dazu bereit, Arbeitskräfte "aus den Fabriken der näheren Umgebung" im Regelfall nur mit Einwilligung des letzten Arbeitgebers einzustellen.<sup>49</sup> Es versteht sich, daß das Werk als Staatsunternehmen auf dem Gebiet der betrieblichen Sozialleistungen Vorbildfunktion hatte.<sup>50</sup>

**Tabelle 6: Anteil der Branchen an der Gesamtzahl der im sekundären Sektor Beschäftigten in %**

Kreis	Metallverarbeitung			Maschinen-, Instrumente- und Apparatebau		
	1875	1882	1895	1875	1882	1895
Bonn-Stadt	5,0	5,2	7,2	3,3	2,7	4,0
Bonn-Land			4,9			1,6
Sieg	5,2	12,4	11,3	3,9	3,7	4,2
Euskirchen	7,6	6,7	6,7	2,7	2,4	2,9
Bergheim	7,8	6,6	4,5	4,2	4,1	3,1
Rheinbach	8,3	7,9	6,7	5,0	4,8	4,0
Waldbröl	4,9	6,4	13,0	1,8	1,7	5,7

Siegauwärts hatte sich durch die erwähnten Neugründungen in Hennef ein regionales, auch im weiteren Raum alleinstehendes Zentrum der Landmaschinenherstellung (Mäh-, Dresch-, Häckselmaschinen, Jauchepumpen, Milchzentrifugen) etabliert.<sup>51</sup> Carl Reuther, der Gründerpionier der örtlichen Industrie, war auch maßgeblich am Aufbau der Maschinenfabrik C. Reuther & Reisert (1881) beteiligt, welche die vom Teilhaber Eduard Reisert entwickelte, 1883 von der deutschen Eichbehörde anerkannte automatische "Chronos-Waage" herstellte und vermarktete.<sup>52</sup> Chronologisch betrachtet breitete sich die Metallverarbeitung an der Sieg auch weiterhin flußaufwärts aus; auf die Standorte Menden/Troisdorf, Siegburg und

Hennef folgte Anfang der 1890er Jahre Schladern. Die Fortsetzung bildete 1910 das Stahlbauwerk in Rosbach.<sup>53</sup> Die spätere Elmore's Metall-AG reizte am Standort Schladern die billige Elektrizitätserzeugung für die Kupferverarbeitung, war doch seinerzeit (um zwei Brücken und einen Tunnel zu sparen) beim Bau der Köln-Gießener Eisenbahn der Sieglauf um eine etwa zwei Kilometer lange Flußschleife verkürzt worden und am Durchstich ein Gefälle entstanden, das zwei Turbinen mit zusammen 550 PS Leistung antrieb. Nahtlose Kupferrohre, Walzen (u.a. für die Druckindustrie), Kolben etc. stellten die ersten Produkte des Werks (1905: ca. 200 Beschäftigte) dar, dessen Zugehörigkeit zum Kreis Waldbröl auch den sprunghaften Anstieg des Metallsektors in der Gewerbestatistik erklärt.<sup>54</sup>

Großbetriebe, wie sie im Siegkreis oder in der ortsansässigen keramischen Industrie vorherrschten, sind in der Bonner Metallverarbeitung noch lange Zeit nicht anzutreffen; erst nach der Jahrhundertwende beschäftigten einige Unternehmen mehr als 100 Arbeiter. Die hier typische Entwicklung aus dem Handwerk, das Fehlen großgewerblicher Traditionen als Folge fehlender Standortvorteile, nicht zuletzt Einsprüche von Anliegern und behördliche Abneigung beschränkten die Branche weitgehend auf den lokalen Markt (Eisenkonstruktionen für das Baugewerbe, Zentralheizungen und Badeeinrichtungen, Pumpen, Feuerlöcher, Dampfkesselreparatur) bzw. die Herstellung von Spezialitäten wie den im Umfeld der Universität angesiedelten Apparatebau. Unter den zahlreichen Instrumentenbauern entwickelte sich vor allem die 1882 gegründete Orgelfabrik Klais, noch heute im 1896 bezogenen Domizil an der Kölnstraße ansässig, zu einem der großen Unternehmen der Branche.<sup>55</sup>

### 3.2.3 Chemische Industrie, Leder, Papier

Im Kern des Untersuchungsgebiets ist allein die Verlagerung der Marquartschen Fabrik von Bonn nach Beuel (1891/92) für die Verschiebung der statistischen Werte hin zum Landkreis verantwortlich. Nach der raschen Annäherung der Bebauungsgrenze war die einst isoliert gelegene Fabrikationsstätte 1885 von Wohnhäusern umgeben. Schon vorher hatte sich das Unternehmen zum Negativbeispiel für "belästigende Industrie" schlechthin entwickelt. "Auch die chemi-



sche Fabrik von Marquart hat seiner Zeit klein angefangen und früher nicht belästigt", heißt es 1878 in einem ablehnenden Gutachten zur Errichtung einer Farbenfabrik, die, wie weiter ausgeführt wird, "in Elberfeld ... weniger bedenklich erscheinen würde als gerade in Bonn, dessen Aufblühen durch das Heranziehen der Industrie nach der ganzen örtlichen Lage und den Motiven zum Zuzug nur leiden kann".<sup>56</sup> Abgesehen von kleinen Firnissiedereien bildete in Bonn das Personal der acht Apotheken das Gros der in der Sparte "Chemische Industrie" gezählten Beschäftigten. Ein ähnliches Bild vermitteln die Zahlen für die Mehrzahl der übrigen Kreise, da z.B. in Euskirchen interessierte Textilunternehmer den weiteren Ausbau der bestehenden Düngemittelfabrik Lückerrath zur Herstellung von Superphosphat verhinderten.<sup>57</sup> Nur im Raum Waldbröl ist für 1875 und zuletzt 1882 das Gewicht der traditionellen Pulverherstellung sichtbar.

**Tabelle 7: Anteil der Branchen an der Gesamtzahl der im sekundären Sektor Beschäftigten in %**

Kreis	Chemische Industrie (einschl. Leuchtstoffe, Seife)			Leder, Papier			
	1875	1882	1895	1875	1882	1895	
						Leder	Papier
Bonn-Stadt	3,7	3,0	1,4	6,1	6,5	2,7	3,0
Bonn-Land			3,4			4,7	0,3
Sieg	1,0	1,9	11,9	1,7	1,4	0,8	0,7
Euskirchen	1,6	1,7	2,1	4,9	3,6	1,6	2,8
Bergheim	0,5	0,4	0,5	2,2	2,0	1,4	1,4
Rheinbach	---	0,6	0,7	7,1	6,1	4,6	1,3
Waldbröl	4,1	4,6	1,5	1,6	1,9	1,6	0,1

Pulver und Sprengmittel sind auch die Produkte, die zwischen 1882 und 1895 die Zahl der im Siegkreis beschäftigten Chemiewerker von 165 auf 1842 steigen ließen. Der aus Troisdorf stammende Justitiar des Bankhauses Oppenheim machte Emil Müller, General-

direktor der 1886 gegründeten "Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff AG Köln" (RWS) auf den dortigen, landwirtschaftlich wertlosen Sandboden aufmerksam; ähnliche geologische Verhältnisse und eine gleichermaßen gute Verkehrsanbindung hatte Müller 1872 bei der Gründung der - wegen zahlreicher Unfälle bei der lokalen Bevölkerung heftig angefeindeten - Dynamitfabrik in Opladen vorgefunden. In Troisdorf, wo einzelne Parzellen des kargen Heidelandes als Einsatz beim Kartenspiel gedient haben sollen, kann der Widerstand nicht groß gewesen sein; parallel zu umfangreichem weiteren Grunderwerb entstanden 1886 die ersten Gebäude, jeweils binnen Jahresfrist wurden die Zündhütchen- und Sprengkapselproduktion sowie die Herstellung von Schießbaumwolle und Munition aufgenommen.<sup>58</sup> "Troisdorfer Pulver" wurde international zum Markenbegriff und gleichermaßen für friedliche Zwecke (Beispiel: Bau des Simplontunnels) als auch in Kriegen (z.B. Ausrüstung der japanischen Armee 1893/94 gegen China ausschließlich mit RWS-Patronen) eingesetzt. Als Ergänzung der Siegburger Geschößfabrik, deren Werksgelände 15 Jahre nach ihrer Gründung keine Erweiterung zuließ, entstand 1892 auf dem Brückberg entlang der Verbindungsstraße nach Troisdorf das Königliche Feuerwerkslaboratorium. In ihm wurden die von der Geschößfabrik bezogenen Hülsen mit Zündern versehen und mit Pulver gefüllt. Anfang 1895 beschäftigten beide Rüstungsfabriken zusammen 3 700 Arbeiter, von denen im Frühjahr ca. 2 200 entlassen wurden; im Herbst 1896 war dann wieder ein Stand von 3 400 erreicht, zwei Jahre später wurden erneut 1 400 Kräfte freigesetzt. Zusätzlich zu den aus dieser un stetigen Beschäftigung resultierenden hohen Armenunterstützungen wurden die städtischen Finanzen durch Schulbau- und Erschließungskosten belastet, denen - da die Reichsbetriebe gegenüber der Stadt nicht steuerpflichtig waren - wenig entsprechende Einnahmen gegenüberstanden. Planungen zur Gründung eines eigenen Konsumvereins in Verbindung mit dem Neubau des Feuerwerkslaboratoriums schreckten auch die örtliche Geschäftswelt auf: In einer Eingabe vom 2. Mai 1892 an die eben konstituierte Bonner Handelskammer brachten 205 Siegburger Handels- und Gewerbetreibende ihre Sorge zum Ausdruck, die Expansion der staatlichen Rüstungswerke könne letztlich "bessersituierte Kreise" zum Wegzug veranlassen, so daß die gesamte Steuerlast auf dem Mittelstand verbliebe.<sup>59</sup>

*"Die Stadt Siegburg muß mithin für eine militärische Einrichtung, die das Interesse des ganzen Staates in sich schließt, fast einzig und allein ein unerträgliches und ungerechtfertigtes Opfer bringen und geht, erfolgt eine Änderung nicht, dem sicheren pekuniären Ruin entgegen."*

Erst ab 1906 erhielt die Kommune die hier geforderten Ausgleichszahlungen durch den Militärfiskus.<sup>60</sup>

Auf dem Gebiet der Lederverarbeitung war in Bonn bereits Ende der 1880er Jahre die traditionelle Gerberei bedeutungslos geworden. Übrig blieben Spezialbetriebe wie der Lacklederhersteller Jaeger. Der 1880 mit zehn Arbeitern gegründete Betrieb am Dransdorfer Weg (drei Kilometer von der Stadt entfernt) beschäftigte 1906 bereits über 300 Personen und war vor dem Ersten Weltkrieg das größte Unternehmen seiner Art im Reich.<sup>61</sup> Die Firma Gammersbach in Roisdorf, die älteste Lederfabrik im Bonner Raum, lieferte vorwiegend militärische Ausrüstungsgegenstände.

Nach Ausweis der Gewerbestatistik war 1895 eine nennenswerte Papierproduktion nur im Kreis Euskirchen vorhanden, wo 1878 zu den bestehenden Anlagen die "Bessenicher Mühle" in Zülpich trat;<sup>62</sup> im Stadtkreis Bonn konzentrierte sich dagegen die Weiterverarbeitung, und zwar vor der Jahrhundertwende neben der Geschäftsbücherherstellung (Carthaus) vor allem die Tapetenfabrikation. Während die 40 bis 50 Beschäftigten der 1878 gegründeten Firma Silberbach handwerklich arbeiteten, hatte Strauven zur selben Zeit bereits einen Gasmotor installiert und ging nach der Verlegung der Betriebsstätte vom Stiftsplatz an die Bornheimer Straße (1898) zum Dampfbetrieb über. 1886 war die erste Zweifarben-Druckmaschine aufgestellt, wenig später der Sechs und Achtfarbendruck aufgenommen worden, doch konnte vor der Jahrhundertwende die Tagesproduktion noch allabendlich per Handkarre zur Post oder zum Bahnhof transportiert werden.<sup>63</sup> Im benachbarten Beuel nahm 1893 der Bonner Tapetenhändler August Schleu, der als Billiganbieter mit Bezugsschwierigkeiten kämpfte, schließlich selbst die Produktion auf; nach dem Einstieg eines potenten Kapitalgebers expandierte die "Rheinische Tapetenfabrik Tilger & Co" rasch und gliederte sich 1904 die Papierfabrik Geldmacher in Hoffnungsthal an.<sup>64</sup>

Knapp 5% der gewerblichen Beschäftigten im Stadtkreis Bonn arbeiteten 1895 in Druckereien, einer Branche, die im übrigen Untersuchungsraum aus naheliegenden Gründen praktisch nicht existent war. Neben den Bedürfnissen der Universität werden hier die Zentralfunktionen (Zeitungen, Adressbücher) der einzigen größeren Stadt der Region sichtbar.

### 3.2.4 Textilindustrie, Bekleidung, Reinigung

Ein von Kreis zu Kreis unterschiedliches Bild bietet die Entwicklung der Textilindustrie zwischen 1875 und 1895. In der Stadt Bonn war sie bis zur "Eingemeindung" der Kessenicher Jutefabrik (ca. 400 bis 500 Arbeiter) nur durch die "Bonner Fahnenfabrik" vertreten, die bis nach der Jahrhundertwende in der Fahnenstickerei und -malerei vorwiegend Heimarbeiter beschäftigte. In Beuel hatte die "Rheinische Jutespinnerei" 1886 überraschend Konkurs angemeldet und sämtliche 550 Arbeiter entlassen; als "Westdeutsche Jutespinnerei und Weberei AG" wurde das Unternehmen ein gutes Jahr später unter Federführung der Mitteldeutschen Creditbank (Frankfurt) neu gegründet und mit Unterstützung der Meißener Jutespinnerei technisch auf den neuesten Stand gebracht, so daß schnell die gewohnte Belegschaftsstärke wieder erreicht war. Angesichts steigender Nachfrage nach Verpackungsmaterial wagte man 1896 die Verdoppelung der Verarbeitungskapazitäten und setzte sich mit 1000 bis 1100 Arbeitern deutlich von der an ihrem Standort nicht erweiterungsfähigen linksrheinischen Konkurrenz ab.<sup>65</sup> Während im Bonner Raum die Stagnation der Beschäftigtenzahlen in den beiden etablierten Großbetrieben die relative Bedeutung der Textilindustrie absinken ließ und in Euskirchen die Rationalisierungseffekte einer verstärkten Mechanisierung des Webvorgangs und der Konzentration der Betriebe zu erkennen sind,<sup>66</sup> konnte die Branche im Siegkreis ihr Gewicht stetig ausbauen. Mit 800 bis 900 Arbeitern erreichte 1895/96 die Kattunfabrik Rolffs in Siegburg den absoluten Höhepunkt ihrer Entwicklung.<sup>67</sup> Übertroffen wurde die Bedeutung des Pionierunternehmens durch die 1887/88 in Eitorf errichtete Kammgarnspinnerei des sächsischen Textilindustriellen Karl Schäfer, der hier ein attraktives Bündel von Standortvorteilen vorfand: billigen Boden trotz guter Verkehrsanbindung, sauberes Siegwasser, überschüssige Arbeitskräfte aus rein landwirtschaftlicher Umgebung. Die entsprechend großzügig dimensionierten Werksanlagen fielen 1895 einem Brand zum Opfer, wurden beim Wiederaufbau nochmals erweitert (1896: 1100 Arbeiter) und versorgten die Gemeinde Eitorf mit elektrischem Strom.<sup>68</sup> Auch im Kreis Bergheim konzentrierte sich die Textilindustrie auf ein einziges Unternehmen, die bereits erwähnte Bedbürger Wollindustrie (1898: 632 Arbeiter).<sup>69</sup> Entsprechend dem säkularen Trend rückläufig präsentierte sich im Zeitraum 1875/95 angesichts der vordringenden Konfektion, vor allem aber wegen der höheren Wachstumsraten anderer Branchen, der Anteil

des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes, ein Vorgang, der 1895 noch längst nicht abgeschlossen war: In Bonn ging die Zahl der Näherinnen von 325 (1895) auf 128 (1907) zurück, die Schneiderdichte sank von 20,4 pro 1000 Einwohner auf 15,6. Dennoch behielt, wie ein Vergleich mit dem Landkreis ausweist, das Bekleidungs-handwerk wegen der im wirtschaftlichen Kernraum der Region geballten Kaufkraft und der Versorgungsfunktion für ein weites Umland eine starke Stellung.<sup>70</sup>

**Tabelle 8: Anteil der Branchen an der Gesamtzahl der im sekundären Sektor Beschäftigten in %**

Kreis	Textilindustrie			Bekleidung/Reinigung		
	1875	1882	1895	1875	1882	1895
Bonn-Stadt			1,1			22,6
Bonn-Land	8,8	8,8	7,5	23,8	25,2	16,0
Sieg	9,6	12,0	14,1	20,7	19,5	33,2
Euskirchen	22,2	19,4	16,4	23,4	20,3	17,0
Bergheim	10,5	9,2	10,7	28,1	24,3	18,7
Rheinbach	8,4	5,0	2,2	30,2	30,0	25,7
Waldbröl	3,6	4,5	1,1	17,9	21,2	20,1

Ein regionaler Schwerpunkt des Reinigungsgewerbes war (und ist) Beuel (mit Combahn), wo bereits 1895 46 Wäschereien und Bleichereien gezählt wurden. Die hier vorherrschenden schlechten Arbeitsbedingungen fanden ihre amtliche Bestätigung in den Untersuchungsergebnissen des - von einer Wäscherin eingeschalteten - Bonner Gewerbeinspektors. Da den Auftraggebern - Privathaushalten sowie Bonner und Kölner Hotels - an schneller Rücklieferung der Wäsche gelegen war, kamen die Wäscherinnen (drei bis sieben pro Betrieb) zwei- oder dreimal pro Woche auf Arbeitszeiten von 18 bis 20 Stunden. "Leider bietet sich vorläufig keine Handhabe zum Einschreiten, da die Merkmale des Fabrikbetriebes fehlen", faßte der Beamte resignierend seine Ohnmacht zusammen.<sup>71</sup>

### 3.2.5 Nahrungsmittelgewerbe

Knapp 30% der im produzierenden Gewerbe des Kreises Bergheim Tätigen, mehr als im gesamten Textilsektor, arbeiteten 1895 im Nahrungsmittelgewerbe; nach Abzug der örtlichen Grundversorgung (Bäcker, Metzger, lokale Brauerei und Brennerei) stellt sich die Zuckerherstellung als mit Abstand wichtigste Industrie des Kreises dar. 700 Männer und Frauen während der viermonatigen Kampagne, 500 das restliche Jahr hindurch beschäftigte allein die Fabrik in Elsdorf. Die Angliederung einer Raffinerie (1880/81) trug maßgeblich zur Verstetigung des Arbeitsanfalls bei; der Schwerpunkt lag auf der Produktion des neuentwickelten Würfelzuckers. In der erweiterten Anlage fand auch der neue Viertaktmotor aus der Gasmotorenfabrik Deutz erstmals Aufstellung; 1897 wurde die Elsdorfer Fabrik mit einem Zehnjahresvertrag zum Bezug von jährlich 40 000 Tonnen Braunkohle für die Kesselfeuerung zu einem der wichtigsten Großabnehmer des neueröffneten Tagebaus "Donatus".<sup>72</sup> Außerhalb des expandierenden Zuckerimperiums von Pfeifer & Langen stand das zweite derartige Unternehmen im Kreise, die 1883 als "Bauernfabrik" von 176 Landwirten gegründete Bedburger Zuckerfabrik, die vor der Jahrhundertwende bis zu 220 Arbeiter beschäftigte. Bis 1917 mußte für jede der 2200 Aktien (à 300 Mark) ein Morgen mit Rüben bebaut werden.<sup>73</sup>

**Tabelle 9: Anteil der Branche an der Gesamtzahl der im sekundären Sektor Beschäftigten in %**

Kreis	1875	1882	1895
Bonn-Stadt			11,4
Bonn-Land	10,1	11,5	12,4
Sieg	12,2	12,4	7,9
Euskirchen	11,1	15,7	16,0
Bergheim	21,3	25,4	29,7
Rheinbach	11,9	13,6	13,6
Waldbröl	9,0	11,2	10,8

Auch im Nachbarkreis Euskirchen geht der überdurchschnittliche Anteil der Nahrungsmittelbranche auf die Zuckerindustrie zurück. Schon bald nach Inbetriebnahme des Elsdorfer Werks waren im Kreis Rüben angebaut worden; 1879 reichten Umfang und Ertrag der Anbauflächen zur Errichtung einer eigenen Verarbeitungsfabrik aus, die zunächst Vorprodukte für das Elsdorfer Werk herstellte. Wegen der Konzentration der Verfeinerung in Elsdorf oblag dem neuen Werk die schnelle Steigerung der Rohzuckerproduktion; 1883/84 bereits übertraf die Verarbeitungsmenge des Euskirchener Betriebes mit 42 500 Tonnen die des Stammwerks (36 000 Tonnen). Den saisonalen Erfordernissen entsprechend schwankte die Zahl der in Euskirchen beschäftigten Arbeiter im Jahresverlauf beträchtlich (1889: Sommer 60, Kampagne 293; 1895: 97/327).<sup>74</sup> In Meckenheim fanden Arbeiter der 1893 gegründeten Krautfabrik außerhalb der Ernte- und Verarbeitungsmonate in der Ringofenziegelei Beschäftigung.<sup>75</sup>

Im Gegensatz zu den aus ihrer unmittelbaren landwirtschaftlichen Umgebung erwachsenen Zuckerfabriken der Agrarkreise wies die sich in der Stadt Bonn in Ansätzen entwickelnde Lebensmittelindustrie einen vorwiegend kleingewerblichen Zuschnitt auf. 1895 arbeiteten in den acht Kaffeeröstereien durchschnittlich 12,1 Beschäftigte, bis 1907 war der Wert bei inzwischen 15 Betrieben auf 18,2 Personen gestiegen. Die überregional bekannte Firma Zuntz, einer der Pioniere der Fabrikröstung, verlagerte den expandierenden Betrieb Anfang der 1890er Jahre von der Hundsgasse in die Königsstraße, wo die prächtige neugotische Schaufassade mit dem Firmenemblem heute einen Block von Eigentumswohnungen ziert. Zum zweiten Standbein der Bonner Lebensmittelindustrie wurde nach dem Niedergang der Tabakverarbeitung das Brauereiwesen. Als Folge der Konzentrationswelle der 1890er Jahre erreichten bei der Gewerbe-zählung von 1907 die vier Bonner Unternehmen mit zusammen 165 Beschäftigten (Durchschnitt rheinischer Brauereien: 15,6 Personen) eine beachtliche Größe.<sup>76</sup> Unterschiede im Prozeß der Industrialisierung der Bierbrauerei führt ein Vergleich mit den Zahlen von 1849 vor Augen. Mit durchschnittlich 1,6 Beschäftigten in den 163 Brau-stätten lag der spätere Handelskammerbezirk Bonn noch geringfügig über dem Wert für die gesamte Rheinprovinz (1,4). Trotz Rückgangs der Betriebsstätten auf weniger als ein Viertel und einer Verdoppe-lung der Gesamtbeschäftigtenzahl erreichte die Durchschnittsgröße nach der Jahrhundertwende (13,8 im Kammerbezirk) den Konzentra-tionsgrad der Rheinprovinz nicht, denn außerhalb des Stadtkrei-ses Bonn blieben im Untersuchungsraum Brauereien hand-



werklichen Zuschnitts (unter 10 Beschäftigte) vorherrschend. Unter den Mineralbrunnen der Region stand die Roisdorfer Quelle mit durchschnittlich 70 Beschäftigten (1898) an der Spitze.<sup>77</sup>

### 3.2.6 Holzverarbeitung und Baugewerbe

Im gesamten Untersuchungsraum fiel der Anteil der Holzverarbeitung 1875/95 mit dem Vordringen neuer Werkstoffe zurück; nur im Kernraum Bonn sowie in Waldbröl, wo das Pflasterergewerbe zur Existenzgrundlage zahlreicher Männer außerhalb der Landwirtschaft wurde, konnten die Zuwachse des Bausektors die Einbußen kompensieren. Daß die trotz aller Schwankungen hervorragende Baukonjunktur in der Zeit des explosionsartigen Städtewachstums auch auf die Umgebung durchschlug, belegt der hohe Anteil des Baugewerbes im Landkreis Bonn; allein der in Godesberg ansässige Marktführer Th. W. Düren versicherte 1901 in seiner Betriebskrankenkasse 1 414 Arbeiter. Die in Oberkassel (Siegkreis) ansässige "Gesellschaft für Cementfabrikation Hüser & Cie, Unternehmung für Beton- und Eisenbetonbau" zählte 1905 im Fabrikbetrieb 150 Arbeiter, 650 weitere Beschäftigte ernährte der Baubetrieb.<sup>78</sup>

**Tabelle 10: Anteil der Branchen an der Gesamtzahl der im sekundären Sektor Beschäftigten in %**

Kreis	Holz- und Schnitzstoffe			Bau		
	1875	1882	1895	1875	1882	1895
Bonn-Stadt	11,6	10,0	11,4	11,1	10,0	14,0
Bonn-Land			6,8			15,2
Sieg	9,8	8,2	5,8	8,9	8,2	9,2
Euskirchen	6,1	4,9	4,3	9,3	7,9	10,3
Bergheim	10,0	8,6	5,4	9,8	11,4	10,3
Rheinbach	10,6	7,5	8,9	10,7	8,7	12,2
Waldbröl	8,6	8,7	8,3	11,2	11,4	20,1

Obwohl in der Stadt Bonn der Stellenwert der Holzverarbeitung 1895 noch vor dem der Landkreise lag, wird hier das relative Absinken besonders bei den größeren Betriebsformen deutlich. Immerhin hatten 1875 je zwei Sägemühlen, Besen- bzw. Bürstenfabriken und Goldleistenhersteller noch ca. 28% der Bonner Fabrikarbeiter beschäftigt, doch kam nach dem Niedergang der Goldleistenproduktion eine industrielle Möbelfertigung nur zögernd voran; kleinere Betriebe arbeiteten noch 1889 ohne Maschinenverwendung.<sup>79</sup> Einen Sonderfall stellt die mit ihren Hauptprodukten Schreibfedern, Schreibwaren und Schreibmöbeln sowohl der Metall- als auch der Papier- und Holzverarbeitung zugehörige Firma Soennecken dar. Das wohl einzige örtliche Unternehmen der Kaiserzeit mit internationalem Ruf ist gleichzeitig das Lebenswerk eines klassischen "Selfmademan". 1877 begann der Schriftreformer Friedrich Soennecken, sechstes von zwölf Kindern eines Dorfschmieds, zusammen mit einem Schlosser in einer Holzbaracke (Luisenstraße) die handwerksmäßige Herstellung von Kopierpressen für Reisen; ein Jahr zuvor hatte er neben seinem Studium an der Bonner Universität in gemieteten Räumen Verpackung und Vertrieb seiner in England hergestellten und mit seinem Namen versehenen Rundschriftfedern aufgenommen. Bevor Soennecken 1884 auf freiem Gelände im benachbarten Poppelsdorf einen dreistöckigen Fabrikbau errichtete, beschäftigte seine Firma 30 Arbeiterinnen und Packer, 10 Korrespondenten und Buchhalter sowie einen Reisenden. 1886 erweiterten die berühmten Briefordner und Locher das Produktionsprogramm, 1893 brachte der Inhaber von der Chicagoer Weltausstellung wertvolle Impulse für die industrielle Fertigung von Büromöbeln (z.B. Schreibtische mit Rollladenverschluß) mit; ähnlich wie den Herstellern von Landmaschinen hatten Arbeitskräftemangel und der Zwang zur Entwicklung kapitalintensiver Verfahren auch der amerikanischen Holzindustrie eine führende Stellung am Weltmarkt gesichert. Dabei übersprang die Stammebelegschaft erst nach 1893 die Marke von 100 Beschäftigten; die umfangreichen Fabrikneubauten der Jahre 1895/98 schufen die Voraussetzungen für einen umfassenden Maschineneinsatz.<sup>80</sup>

### 3.2.7 Handel, Bank- und Versicherungswesen, Verkehr, Gastgewerbe

Anders als im Falle der gut erforschten Industrie kann die Entwicklung des Handels zwischen Reichsgründung und Jahrhundertwende nur mittels der staatlichen Statistik grob skizziert werden. In Relation zu den jeweiligen Einwohnerzahlen stieg - bei Erwerbsquoten zwischen 45 und 51 Prozent - der Anteil des Bereichs Handel/Verkehr in der Stadt Bonn von knapp 6% (1867) auf gut 9% im Jahr 1895; im Lichte der wachsenden Einwohnerzahlen sind die absoluten Steigerungswerte (1406 auf 4085 Beschäftigte) noch eindrucksvoller. Klammert man die in Bonn große Gruppe der Rentner und Pensionäre sowie der wirtschaftlich selbständigen Schüler und Studenten aus, so liegt die Sparte Handel und Verkehr 1895 im Vergleich der wichtigsten Wirtschaftssektoren an zweiter Stelle nach Industrie und Handwerk (18,7%), noch weit vor der Gruppe Öffentlicher Dienst/Freie Berufe (5,8%). Unverändert deutlich schlägt sich der hohe Stellenwert des Bonner Handels auch im Vergleich mit anderen Städten nieder: Der hier erreichte Beschäftigtenanteil je 100 Einwohner liegt 1895 mit 9,1 weiterhin näher an Köln, das es trotz seiner Sonderstellung als Handelsmetropole und Verkehrsknoten des Westens nur auf 10,3 bringt, als an Industriestädten wie Krefeld oder Essen (je 6,3).

Die Attraktivität der "Luxusstadt" Bonn ließ den Einzelhandel in den Vororten (z.B. Enderich) auf die Deckung des unmittelbaren Bedarfs schrumpfen; in den sich unabhängig von der Universitätsstadt ausprägenden Zentren Beuel und Godesberg hingegen entstanden vor der Jahrhundertwende durchaus größere Ladengeschäfte. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erreichte der Godesberger Einzelhandel dank gestiegener Nachfrage einer kaufkräftigen Bürgerschaft eine Leistungsfähigkeit, die eine Deckung auch gehobener Bedürfnisse am Ort ermöglichte.

Neben der wachsenden Bedeutung Bonns als Geld- und Kreditplatz, die sich 1892 in der Einrichtung einer Reichsbank-Nebenstelle niederschlug, ist auch eine Verbreiterung der Versicherungsdienstleistungen unübersehbar. Schon 1856 waren 20 Gesellschaften unter ihnen eine französische, mit Feuer-, Lebens-, Hagelschäden- und Transportversicherungen tätig. 1870 boten 30 Vertreter ein erweitertes Spektrum von Risiken an. Bis zum Ersten Weltkrieg

verdoppelte sich die Zahl der Versicherungsagenten noch einmal, die Auffächerung der Sparten schloß jetzt auch die "Auto-Kasco-Versicherung" mit ein.

Als einzige Nebenstrecke, die nach Abschluß der großen Eisenbahnverbindungen im Bonner Raum gebaut wurde, verband die 1880 eröffnete Linie nach Euskirchen die Region mit der Eifeleisenbahn von Köln nach Trier. Erst kurz vor der Jahrhundertwende setzte ein weiterer Investitionsschub zur Verdichtung des lokalen Verkehrsnetzes (Vorgebirgsbahn, Rheinuferbahn, diverse Straßenbahnlinien) ein, der sich auch deutlich in der Berufsstatistik niederschlägt: Zwischen 1895 und 1907 verdreifachte sich in Bonn die Zahl der im Verkehrsgewerbe Beschäftigten beinahe, der prozentuale Anteil sprang von 1,4 Personen pro 100 Einwohner auf 2,04.

Hingegen erreichte die Quote der im Bonner Gastgewerbe Tätigen bereits 1895 ihren Höhepunkt (2,17%); die über die Bevölkerungszunahme hinausgehende Steigerung der Beschäftigtenzahl von 224 (1867) auf 977 (1895) zeigt, daß die Branche die relative Stagnation der Jahre vor der Reichsgründung überwinden konnte. Der Aufschwung des Fremdenverkehrsortes Godesberg manifestiert sich in der 1898 an der Bastei errichteten Dampfschiff-Landebrücke, die den Ort an den Touristenverkehr auf dem Strom anschloß.<sup>81</sup>

### 3.3 Die Gründung der Handelskammer Bonn

#### 3.3.1 Vorgeschichte

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, warum in dieser Kammerfestschrift die Jubilarin selbst erst an so später Stelle auftreten kann: Nicht die Interessenvertretung schuf die Industrie, sondern ein Bedürfnis nach Repräsentanz und Einflußnahme setzte die notwendige "kritische Masse" voraus; daß tatsächlich erst in den 1890er Jahren mit Bonn und dem Siegbereich der Kernraum des späteren Handelskammerbezirks als industrialisiert bezeichnet werden kann, wurde oben dargelegt.

So hat auch die neuerrichtete Handelskammer in ihrem ersten Tätigkeitsbericht als bestimmenden Gründungsfaktor die "Bemühungen einzelner hervorragender Industrieller des Bezirks" herausgestellt, die Mitwirkung des bereits seit 1845 bestehenden "Handels- und Gewerbe-Vereins zu Bonn" hingegen nur als Unterstützung eingestuft.<sup>82</sup> Eine solche Gewichtung ergab sich sowohl aus dem speziellen Charakter der älteren Interessenvertretung als auch aus ihrer Beschränkung auf den engen Raum des Stadtkreises Bonn. Die Gründung des Vereins war seinerzeit offensichtlich in Zusammenhang mit dem 1844 fertiggestellten Eisenbahnanschluß erfolgt; noch Ende desselben Jahres gab eine Zusammenkunft von 49 Handels- und Gewerbetreibenden den Anstoß, eine am 3. Januar 1845 abgehaltene Generalversammlung beschloß den Satzungsentwurf und wählte einen provisorischen Vorstand, der die behördliche Genehmigung (11. Februar) erwirkte. Der am 27. März 1845 von inzwischen 65 Mitgliedern gewählte ordentliche Vorstand bestimmte den Alaunfabrikanten Mathias Jaeger zum Präsidenten; neben ihm lassen sich unter den aktiven Gründern noch die Industriellen Mehlem (Steingut), Maaß (Bürsten, Besen) und Weerth (Baumwolle) nachweisen.<sup>83</sup> Die Öffnung für kleine und mittlere Handels- und Gewerbetreibende erfolgte bereits im darauffolgenden Jahr. Hatte man ursprünglich einen Mindestbetrag von sechs Talern Gewerbesteuer als Voraussetzung für die Mitgliedschaft gefordert, so wurde ein solcher "nach allen Seiten Opposition erregender Zensus"<sup>84</sup> zugunsten einer bloßen Gewerbesteuerpflicht gelockert, der Verein

zudem für Prokuristen, im Geschäft tätige Söhne und Schwiegersöhne, ehemalige Handels- und Gewerbetreibende sowie einschlägig tätige Wissenschaftler geöffnet, womit man sich die personellen Ressourcen der Universität erschloß.<sup>85</sup>

Auch die Schwerpunkte der Vereinstätigkeit lassen ein Dominieren des Detail- und Großhandels erkennen: Maßnahmen gegen schädigenden Hausierhandel und Warenauktionen, die Forderung nach einer Waage am Rheinkran und die Wiedererrichtung des 1837 aufgelösten Hauptsteueramts zur Zollabfertigung ankommender Güter, erfolgreiche Bemühungen um eine regelmäßige Frachtschiffahrt zwischen Bonn und Mainz. Angestrebte Verbesserungen des Verkehrswesens von allgemeinem Interesse waren einmal die viel diskutierte Fortführung der Eisenbahn nach Koblenz - Vorstandsmitglieder saßen im Verwaltungsrat der Bonn-Kölner Eisenbahngesellschaft und im lokalen Bahnkomitee -, zum anderen selbstverständlich die Brückenverbindung nach Beuel oder zumindest der Einsatz einer Dampffähre. In den 1870er Jahren beteiligte sich der Verein planerisch an der Ausweitung der städtischen Leistungsverwaltung (Gasbeleuchtung/Gaswerk, Schulwesen) und drängte auf Errichtung einer Reichsbank-Nebenstelle,<sup>86</sup> die trotz des angebotenen Garantiefonds "mangels Bedürfnisses" abgelehnt wurde, aber noch vor der formellen Konstituierung der Handelskammer Ende 1891 von der neuen Vertretungskörperschaft als Desiderat wieder aufgegriffen wurde.<sup>87</sup>

Bei all' seinen Aktivitäten war der Handels- und Gewerbeverein zur Vertretung der in ihrem Gewicht zunehmenden Industrieinteressen, besonders aus dem Bonner Umland, wenig geeignet. Dieser Mangel war, wie die finanzielle Beteiligung an der Gründung einer eigenen Handelskammer zeigt, seinen führenden Vertretern durchaus bewußt. Auch nach 1891 nahm seine Mitgliederzahl, vor allem durch Eintritt von Einzelhändlern, noch kräftig zu (1890: 162; 1907: 282; 1911: 350; 1914: 386); praktisch die gesamte Bonner Industriellen-schicht blieb ihm auch nach der Kammergründung treu, wie andererseits die von ihm unterstützten Kandidaten bei Handelskammerwahlen im Regelfall erfolgreich waren. Als Beispiel seiner zuweilen engstirnigen Interessenvertretung sei hier die "von einer ganz kleinen Schar von Altertümlern angefeindet(e)" Niederlegung des Bonner Sterntores erwähnt, deren sich sein Chronist noch 1915 rühmte.<sup>88</sup>

Den ersten dokumentierten Vorstoß zur Einbeziehung der Region in eine Handelskammervvertretung unternahm 1882 eine Versamm-

lung Bonner Gewerbetreibender; in der praktischen Durchführung strebten sie die einfachste Lösung an, nämlich die Eingliederung des (noch vereinigten) Kreises Bonn in den Bezirk der hochgeschätzten Kölner Kammer, über deren Wirksamkeit ein Kenner der Materie 1865 schrieb:<sup>89</sup>

*"Vor allem gebührt Dank für den Aufschwung des Handels der in der Stadt Cöln bestehenden Handelskammer, welche fortwährend die Zustände dessen, was für den Handel von Bedeutung war, objectiv dargestellt, auf die bestehenden Hemmungen desselben aufmerksam gemacht und auf die mögliche weitere Entwicklung der Industrie hingewiesen hat."*

Wenn die Behörden auf die entsprechende Eingabe keine Entscheidung fällten und sich in der Folgezeit auch bei den Bonner Interessenten ein Sinneswandel hin zur Gründung einer eigenen Handelskammer vollzog, so ist dies auf den besonderen Zuschnitt der altehrwürdigen Kölner Kammer zurückzuführen, deren an Fläche winziger Bezirk - bis 1883 das linksrheinische Köln innerhalb der 1180 errichteten Stadtmauer - in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem erheblichen Einfluß stand. Bereits 1880 hatte sie einem Vorschlag des Regierungspräsidenten zur Gründung einer Kammer für den gesamten Regierungsbezirk Köln widersprochen und zur Erläuterung ausgeführt, daß "bei solcher Ausdehnung ein schwerfälliger Körper entstehen, die prompte Erledigung der Geschäfte erschwert und eine derartige Versammlung für die örtlichen Interessen Kölns kein Verständnis zeigen werde".<sup>90</sup> Umgekehrt stießen die Dominanz der etablierten Kaufleute in der Kölner Kammer - von deren 24 Mitgliedern gehörten nur vier der stadtkölnischen Industrie an, die großen Betriebe in den Vororten waren ohnehin ausgeschlossen - und die betont freihändlerische Grundeinstellung zahlreiche Industrielle vor den Kopf, so daß 1881 Eugen Langen, 1876-1880 stellvertretender Präsident der Kammer, 28 gewichtige Industrieunternehmen mit zusammen 12 500 Arbeitern im neugegründeten "Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln" vereinigte.<sup>91</sup> "Für Köln", rechtfertigte der langjährige Kenner der Verhältnisse seinen ungewöhnlichen Schritt,<sup>92</sup>

*"ist der gegründete Verein eine Notwendigkeit, weil die Handelskammer zu Köln, auf ultra-freihändlerischem Standpunkt stehend, in ihren Handlungen und Berichten den industriellen Interessen Kölns Hohn spricht. Jede Annäherung, jeder Kompromiß ist da ausgeschlossen, wo gewichtige Stimmen, hinter welchen Tausende von Arbeitern und Millionen Capital stehen, auch nicht einmal so viel Berücksichtigung durch ihre offizielle Vertretung erfahren, daß man ihre Wünsche zum Ausdruck*



*bring! Die Handelskammer von Köln sitzt über dieselben zu Gericht, anstatt über dieselben zu berichten, und das kann sich der Industriestand Kölns nicht mehr vom Handelsstande Kölns bieten lassen, um so weniger, als er nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung eine weit hervorragendere Stellung verdient als der heutige Handelsstand der Metropole der Rheinprovinz."*

Daß den - leider nicht genauer zu fassenden - Befürwortern eines Bonner Anschlusses 1882 diese Verhältnisse nicht bekannt gewesen sein sollen, läßt gewisse Zweifel an der Kompetenz der Antragsteller aufkommen, und in der Tat hat es bei weiterem Wachstum der Industrie des Raumes noch mehrere Jahre gedauert, bis ein zweiter Anlauf überhaupt gewagt wurde. Immerhin hatte sich bis dahin die Sprachregelung durchgesetzt, der Versuch des Jahres 1882 sei "im wesentlichen an der Befürchtung einer Majorisierung durch die Cölner Interessen ... gescheitert".<sup>93</sup>

Welche Voraussetzungen waren bei der nun anstehenden Gründung einer eigenen Handelskammer zu schaffen?

Das Handelskammergesetz von 1870 sollte nicht nur die zwiespältigen Funktionen der Institution als Interessenvertretung und Hilfsbehörde ausbalancieren,<sup>94</sup> sondern hatte auch eine Vereinheitlichung der Kammerversfassungen auf dem Gebiet der Monarchie zum Ziel. Trotzdem blieb Raum für eine individuelle Ausgestaltung, z.B. auf dem Felde des durch Statuten zu regelnden Wahlmodus. Dem Staat war die Zustimmung zur Gründung vorbehalten, er nahm Einfluß auf die Festlegung des Bezirks und die Zahl der Kammer(=Vorstands)mitglieder. Obwohl es an Versuchen nicht fehlte, Gewerbe, Handel, Handwerk und Landwirtschaft in Wirtschaftskammern zusammenzufassen, um den angeblich "schädigenden Einfluß" des Parlamentarismus auf die Wirtschaft abzumildern,<sup>95</sup> hatte die Initiative zur Errichtung von Kammern nach wie vor grundsätzlich von der gewerblichen Wirtschaft auszugehen, so daß behördlicherseits kein Versuch unternommen wurde, den Staat mit einer flächendeckenden Kammerorganisation zu überziehen; dies belegen weite Gebiete ohne Kammervertretung, besonders im Osten Preußens.<sup>96</sup>

Bis 1873 existierten in der Monarchie 68 Handelskammern, 20 von ihnen allein in der Rheinprovinz mit dem Schwergewicht im Regierungsbezirk Düsseldorf, dessen 12 Kammern im südlichen Nachbarbezirk nur zwei derartige Einrichtungen - Köln und die 1871 gegründete Kammer Mülheim - gegenüberstanden. Trotz der optisch hohen Zahl von Kammern in den Rheinlanden war 1873 nur ein knappes Drittel der Provinzfläche repräsentiert, denn "die hohe

# Erlaß,

betreffend

## die Errichtung einer Handelskammer in Bonn.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 (R. G. Z. S. 134) wird hierdurch die Errichtung einer Handelskammer für den Landkreis Bonn und die Kantonskreise Bonn, Eschweiler, Rheinbach, Siegburg, Waldbrunn und Weingarten bestimmt.

Für die neu errichtete Handelskammer gelten folgende Bestimmungen:

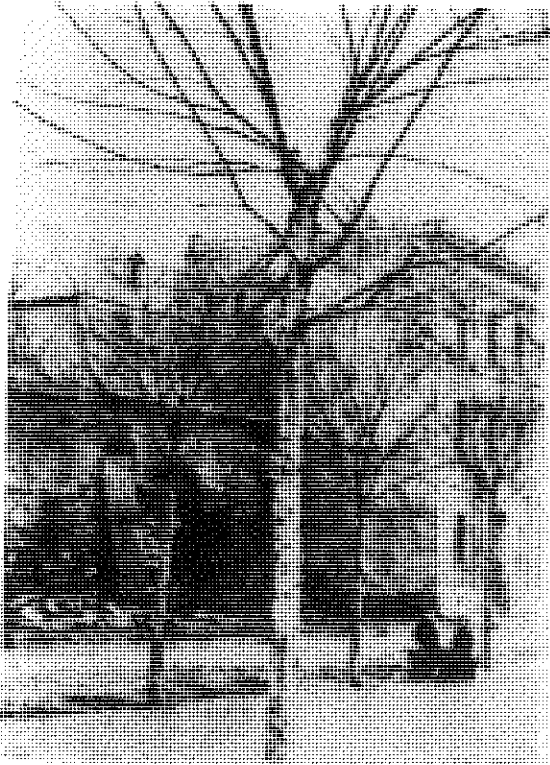
1. Die Handelskammer hat ihren Sitz in Bonn.
2. Die Zahl der Mitglieder beträgt fünfzehn.
3. Zum Zwecke der Wahl der Mitglieder wird der Bezirk der Handelskammer in sieben engere Bezirke in der Art getheilt, daß die Wahlberechtigten:

a) des Stadtkreises Bonn,	je zwei Mitglieder,
b) „ Landkreis Bonn,	
c) „ Kreis Eschweiler,	
d) „ „ Siegburg,	je ein Mitglied
e) „ „ Rheinbach,	
f) „ „ Waldbrunn,	
g) „ „ Weingarten,	

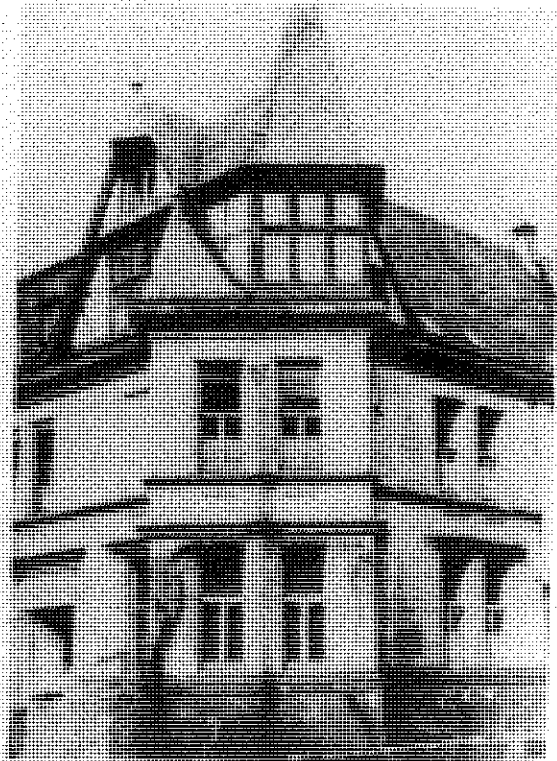
an den gleichnamigen Orten wohnen.
4. Das Recht zur Theilnahme an der Wahl der Mitglieder ist, abgesehen von der Bestimmung des § 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 24. Februar 1870, durch die Voraussetzung in den Klassen A I und A II der Gewerbe-Steuer vom Handel bedingt.
5. Die in dem Bezirke der Handelskammer den Handel treibenden Klein-Eigentümer oder Hüter eines Gewerks, Gewerkschaften und in anderer Form organisierten Kollektivitäten (§ 1 des Gesetzes vom 24. Februar 1870) haben zur Theilnahme an der Wahl der Mitglieder berechtigt, insofern die Rohverrechnung des Werth von 10000 Mark erreicht.
6. Die Handelskammer tritt am 1. October 1881 in Thätigkeit.

Bonn, den 20. Juni 1881

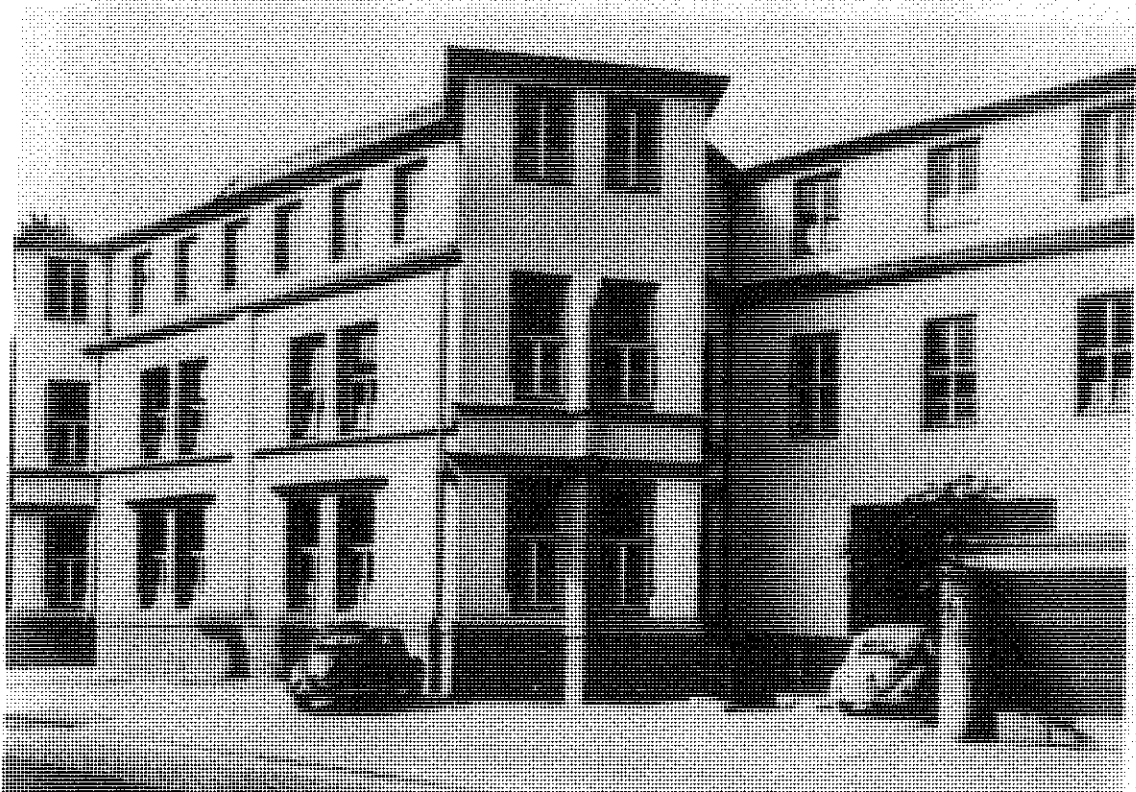
Der Minister für Handel und Gewerbe  
von Preußen von Beckers



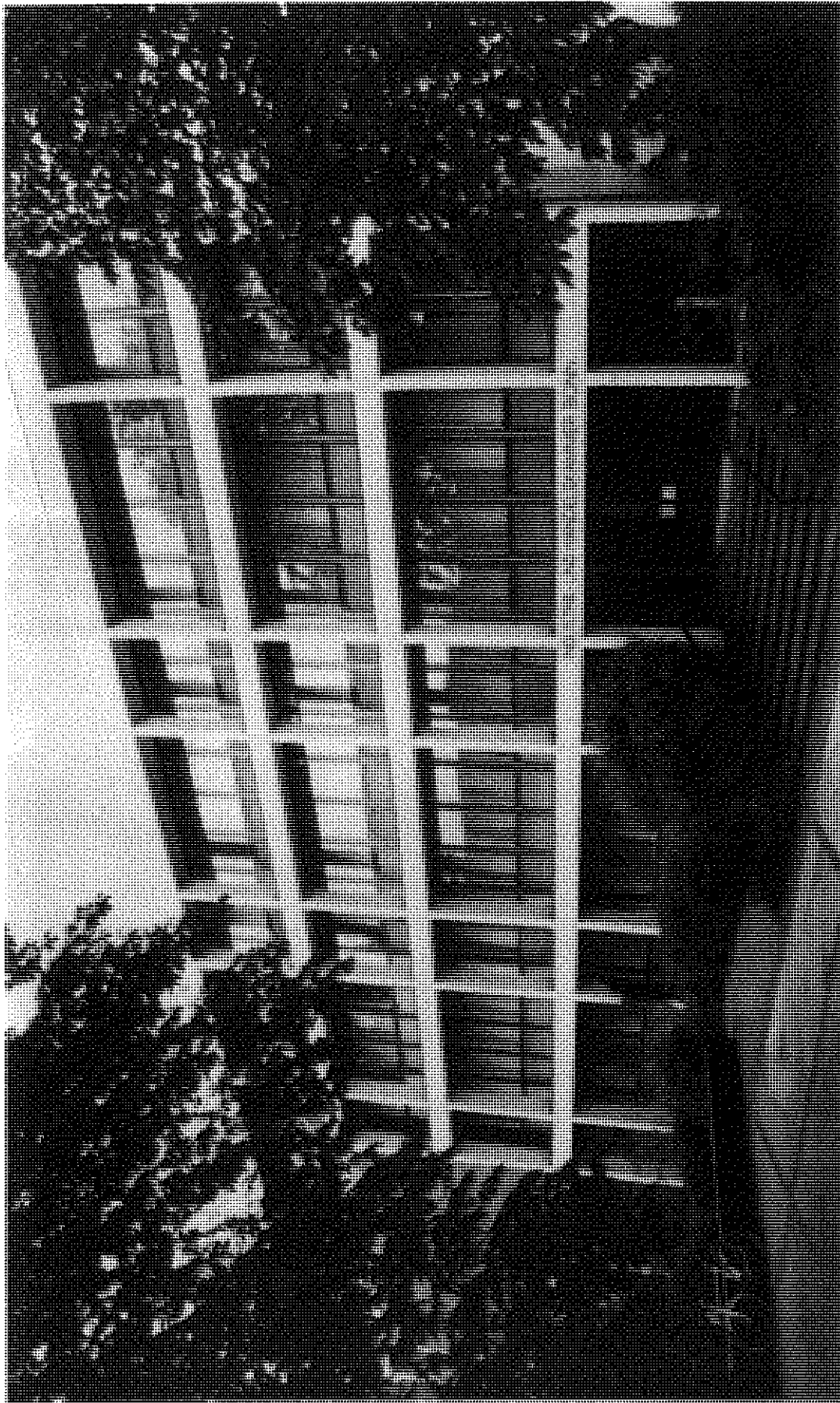
*Das erste Dienstgebäude der Kammer in Bonn, Rheinwerft 23 A*



*Das alte Dienstgebäude der Kammer in der Schumannstraße*



*Das Dienstgebäude der Kammer in der Schumannstraße nach dem Umbau*



Das heutige Dienstgebäude der Kammer am Bonner Falweg



Wirtschaftskapazität der preußischen Westprovinz beruhte auf ökonomischen Kraftzentren, die räumlich eng bemessen waren und sich im nördlichen Regierungsbezirk meist auf die Stadtkreise beschränkten".<sup>97</sup> Generell galt hier das am Extrembeispiel Köln bereits ange-deutete Prinzip der Massierung starker Wirtschaftskräfte in räumlich kleinen, mit hohen Eateinnahmen ausgestatteten Handelskam-mern, während flächenmäßig große Bezirke auf eine schwächere regionale Kapazität und niedrigere Einnahmen hindeuteten.<sup>98</sup> Aller-dings scheiterte der Versuch zur Errichtung rein lokaler Kammern (für Ruhrort und Gummersbach) am Widerstand des Handelsmini-steriums und der Provinzialbehörden, da hier, ganz abgesehen von der Rolle der Handelskammern als behördlicherseits geschätzten Sammlern von Wirtschaftsdaten der Region, die dezentrale Wahr-nehmung des Gesamtinteresses, die Vermittlung zwischen unter-schiedlichen regionalen bzw. gruppenspezifischen Wünschen und Forderungen, nicht gewährleistet war.<sup>99</sup> So hieß es im Ablehnungs-bescheid des Handelsministeriums an Gummersbach, "daß die Auf-gaben der Handelskammern mit Erfolg nur von solchen Collegien erfüllt werden können, welche durch die räumliche Ausdehnung ihrer Bezirke und durch die Mannigfaltigkeit der in den letzteren betriebe-nen Zweige des Handels und der Gewerbe zu einem objektiven Urteil über die Berechtigung der verschiedenartigen, vielfach auseinander-gehenden wirtschaftlichen Interessen befähigt und dadurch gegen den Einfluß einseitiger Tendenzen gesichert sind...".<sup>100</sup> Neben dem nirgendwo ausdrücklich formulierten, aber von der Interessenlage der Behörden her zu vermutenden Prinzip einer "flächendeckenden" Erschließung des Kölner Regierungsbezirks durch Handelskam-mern dürfte in diesem Punkt ein wesentlicher Grund für den räumli-chen Zuschnitt des Bonner Kammersprengels liegen: Das Kriterium der 1883 geforderten "Mannigfaltigkeit" war angesichts der wirt-schaftlichen Verschiedenheit der hier zusammengefaßten Kreise mit Sicherheit erfüllt.

### 3.3.2 Der Gründungsvorgang

"Da es hier an einem gemeinschaftlichen Organ, welches die Interessen der Industriellen und der Gewerbetreibenden vertreten könnte, bis jetzt fehlt und die Handelskammer zu Köln wegen des

Umfanges ihrer Geschäfte ihren Wirkungskreis auf den diesseitigen Bezirk nicht ausdehnen kann, hierzu auch nicht gewillt ist, so muß ein Bedürfnis zur Errichtung einer Handelskammer für den Landgerichtsbezirk Bonn wohl anerkannt werden", heißt es noch wenig enthusiastisch am Schluß eines eigenen in den Bonner Verwaltungsbericht 1889/90 eingerückten Kapitels über die Vorarbeiten der Gründung.<sup>101</sup>

Die Initiative zur Errichtung einer Interessenvertretung ging eindeutig von den etablierten großen Industrieunternehmen der Region aus: An ihrer Spitze Wilhelm Frömbling von der "Mechanischen Jutespinnerei" in Kessenich, dann Ernst Rolffs (Kattundruckerei) aus Siegburg, schließlich aus dem Stadtkreis Franz Guillaume, der den Aufbau des eigenen Betriebes inzwischen erfolgreich abgeschlossen hatte und als Mitglied einer Familie mit weitverzweigten Industrieinteressen über umfassende Einblicke in die Wachstumsmöglichkeiten der Fabrikindustrie verfügte.<sup>102</sup> Auf der Ebene der Kommunalbehörden übernahm der Bonner Landrat von Sandt - nicht etwa das ihm seit 1887 gleichgestellte Oberhaupt des Stadtkreises - die Aufgabe, mit Hilfe der Amtskollegen an der Spitze der Nachbarkreise die Meinung der dortigen Gewerbetreibenden zu der projektierten Gründung auszuloten; intern lud Oberbürgermeister Doetsch alle Angehörigen der höchsten Gewerbesteuerklasse zu einer Versammlung am 11. September 1889 ein, auf der von insgesamt elf Anwesenden eine Gruppe von Delegierten für die eigentliche Gründungsversammlung am 11. November (unter Leitung des Landrates) gewählt wurde. Im begrenzten Bezirk des Stadtkreises waren dies Carl Cahn, seines Zeichens führender Privatbankier am Ort, der Kaufmann P.J. Hansmann sowie W. Georgi als Besitzer einer größeren Druckerei und die Fabrikanten L. Marquart und L. Wessel, letzterer auf Grund seines Wohnsitzes in der Stadt, denn die gleichnamige Steingutfabrik lag im Landkreis.<sup>103</sup> Louis Wessel vertrat auch den Stadtkreis Bonn im "Comitee zur Gründung einer Handelskammer in Bonn", dem unter Vorsitz des Initiators Frömbling (Bonn-Land) je ein Deputierter aus den Kreisen des Landgerichtsbezirks Bonn angehörte; mit dessen räumlichem Zuständigkeitsbereich sollte nach dem Willen der Versammelten der Handelskammerbezirk identisch sein, was die Einbeziehung von Rheinbach und Waldbröl bedeutete. Unstrittig war die bereits am 11. September 1889 von den örtlichen Initiatoren zur Bedingung gemachte<sup>104</sup> Bestimmung der Stadt Bonn zum Sitz der Kammer; abgesehen von Größe und Verkehrslage existierten hier schon andere Zentraleinrichtungen, u.a. das Oberbergamt als höchste Staatsbehörde am Ort.<sup>105</sup> 1899

folgte als weitere Interessenvertretung die Landwirtschaftskammer. Mit Ausnahme von Waldbröl, das zu Gummersbach gehörte, deckte sich der Landgerichtssprengel im übrigen auch mit den Grenzen der Gewerbeaufsichtsbehörde.<sup>106</sup>

Weiterhin einigte man sich über die Zahl und Aufteilung der zu wählenden Vorstandsmitglieder - je drei für Bonn-Stadt, Bonn-Land, Sieg und Euskirchen, je einen Vertreter aus Rheinbach und Waldbröl - sowie über die Beschränkung des Wahlrechts auf die Gewerbesteuerklassen A I und A II; in der erstgenannten Kategorie waren 1891/92 vierzig Steuerpflichtige veranlagt, davon aus Bonn und Poppelsdorf allein siebzehn, aus Rheinbach und Waldbröl kein einziger. Weitere 1089 Steuerpflichtige gehörten der II. Kategorie an.<sup>107</sup> Mit diesen Vorgaben ging das Gesuch um die staatliche Zustimmung zur Gründung einer Handelskammer am 10. Dezember 1889 an das Berliner Handelsministerium.

Obwohl die lokalen Behörden bereits im Vorfeld der Gründung beachtliche Hilfestellung geleistet hatten, kam die Angelegenheit von der Zentralinstanz über den Dienstweg binnen kurzer Zeit wieder auf ihre Schreibtische zurück: In einer Verfügung vom 1. Januar 1890 ersuchte der von Berlin mit den Ermittlungen beauftragte Kölner Regierungspräsident den Bonner Landrat von Sandt um eine Übersicht über die Handels- und Gewerbetreibenden und ihre Steuerkraft, eine Schilderung der wirtschaftlichen Struktur des ins Auge gefaßten Kammerbezirks sowie eine Stellungnahme zu den am 11. November gefaßten Beschlüssen bezüglich Kammersitz und Mitgliederzahl.

Lücken und Fehler im beim Amtsgericht Bonn für den gesamten Landgerichtsbezirk geführten Handelsregister machten eine aufwendige Abgleichung mit den örtlichen Gewerbesteuerrollen nötig, so daß von Sandt erst am 19. April 1890 dem Regierungspräsidenten berichten konnte. Bei der Abschätzung der Bedürfnisfrage konstatierte der Landrat, daß sich der Handel selbst in Bonn, der größten Stadt im Bezirk, mit Ausnahme des Weinhandels und der universitätsbedingten Umsätze, nicht über das Maß erhebe, "wie es in Provinzstädten zu sein pflegt"<sup>108</sup> Dagegen erfüllte die umfangreiche und vielseitige, zum Teil exportorientierte Industrie des Kammerbezirks die strukturellen Anforderungen ebenso, wie das jährliche Gewerbesteueraufkommen von 35 734 Mark (in den Klassen A I und A II) bei einem gesetzlich zulässigen zehnprozentigen Handelskammerzuschlag die Kosten einer solchen Institution mühelos zu decken vermochte: Da man ein "Lokal" mietfrei beschaffen zu können glaubte, blieb nach dem Stand der Planung als größter Ausgabenposten



eine Vergütung von jährlich 1000 Mark, die ein nebenamtlich tätiger Privatdozent der Universität beanspruchte.

Nach dieser ausführlich untermauerten Befürwortung bedurfte es eines knappen halben Jahres und zweier mahnender Anfragen des Handelskammerkomitees, bevor aus dem Regierungspräsidium endlich der Grund für die Verzögerung verlautete, nämlich Verhandlungen mit den Kreisen Köln-Land und Bergheim, mithin die Neuordnung des Kammerwesens im gesamten Regierungsbezirk. Schließlich votierten die beteiligten Wirtschaftskreise von Köln-Land mehrheitlich für einen Anschluß an die Kölner Kammer, in Bergheim entschied man sich für die Bonner Neugründung. Letzteres ist umso bemerkenswerter, als geographische Lage und Verkehrsverbindungen eher für die bereits bestehende Kammer in Köln gesprochen hätten, aber wahrscheinlich versprach gerade der Neuanfang in Bonn eine bessere Vertretung der Industrie des Kreises, zumal dessen Hauptbranchen Braunkohle, Zucker und Textilverarbeitung im vielseitigen Bonner Bezirk auf Werke gleicher Interessen stießen. In der Kölner Kammer hingegen herrschte nach wie vor der Einfluß des Handels vor, selbst bei der Eingemeindung der industriereichen Vororte im Jahr 1888 hatte man die Einrichtung eines gesonderten Wahlbezirks vermieden und bei der als vorteilhaft angesehenen Einbeziehung des Landkreises glaubte man, mit der Erhöhung der Mitgliederzahl um einen Vertreter der dortigen Wirtschaft auszukommen - die Behörde hielt zwei für angemessen und setzte sich durch.<sup>109</sup> Zugunsten der Kölner Handelskammer, die sich eine Vertretung der Braunkohleninteressen zutraute, auch wenn die Betriebe zum Teil außerhalb des Bezirks lagen, verwarf das Handelsministerium den Wunsch der Bürgermeistereien Hürth und Brühl nach einem Anschluß an die Bonner Kammer.<sup>110</sup> Nichts deutet, dies ist an dieser Stelle festzuhalten, darauf hin, daß die Kölner Kammer sich 1890/91 um ein Ausgreifen auf den Kreis Bergheim mit seiner zukunftssträchtigen Braunkohleförderung und -verarbeitung bemüht hätte; auch wird die in späteren Jahren so erbittert bekämpfte Konkurrenzgründung im einschlägigen Jahresbericht mit keiner Silbe erwähnt.<sup>111</sup> Wie schwer die Orientierung des Kreises Bergheim nach Bonn anderenorts nachzuvollziehen war, zeigte sich wenige Jahre später noch einmal im Zusammenhang mit dem Projekt einer eigenen Kammergründung im (zum Stolberger Bezirk gehörenden) Düren: "Auch der Kreis Bergheim, welcher, um überhaupt vertreten zu sein, vor nicht allzu langer Zeit der neuerrichteten Handelskammer zu Bonn beigetreten ist, würde viel lieber hier Anschluß nehmen, weil Bonn zu weit entfernt, auch der Euskirchener Kreis dazwischen

gelegen ist", vermerkte das federführende Komitee - zu Unrecht, denn Bergheim und der ebenfalls ins Auge gefaßte Kreis Euskirchen standen zu Bonn, Schleiden sagte ab, Jülich und Düren allein konnten nicht die geforderte Lebensfähigkeit beweisen.<sup>112</sup>

Nach Klärung der Bezirksgrenzen stand vor der ministeriellen Genehmigung der Bonner Kammer noch die Aufgabe der Gestaltung des Wahlrechts, d.h. der Abschließung gegenüber kleineren Gewerbetreibenden und Händlern. Der wiederum mit der Prüfung beauftragte Bonner Landrat befürwortete die im Statutenentwurf vorgesehene Beschränkung auf die Gewerbesteuerklassen A I und A II, in denen nach seinen Recherchen fast drei Viertel der im Handelsregister eingetragenen (und tatsächlich noch existenten!) 618 Firmen veranlagt waren; auf die öffentliche Bekanntmachung der beabsichtigten Regelung erfolgte kein Widerspruch der Ausgeschlossenen; das um den Wollfabrikanten Adolf Silverberg (Kreis Bergheim) ergänzte Gründungskomitee bestätigte, die größeren Firmen würden, "um die sachliche Erfüllung der Aufgaben zu sichern, gern die Erhöhung der Beiträge übernehmen und die Interessen der anderen Klassen wahren ..., während diese anderenfalls wohl die Zahlung der Beiträge als ein Opfer empfinden könnten, dessen Zweck ihnen nicht genügend einleuchtete".<sup>113</sup> Im Falle der nicht der Gewerbesteuer unterliegenden Bergwerke schlossen sich Gründungskomitee und der berichtende Landrat einem Gutachten des Bonner Oberbergamtes an, in dem zur Erteilung des Wahlrechtes ein jährlicher Mindestertrag von 10 000 Mark genannt wurde.

Nachdem Louis Wessel durch persönlichen Besuch im Koblenzer Oberpräsidium die Bearbeitung des Vorgangs beschleunigt hatte, erfolgte, zusammen mit der Erweiterung des Kölner Bezirks, am 29. Juni 1891 die ministerielle Genehmigung; einen Monat später wurde sie im Amtsblatt der Kölner Bezirksregierung veröffentlicht.<sup>114</sup> Dem gegenüber dem ursprünglichen Entwurf neu hinzugetretenen Wahlbezirk Bergheim wurde ein Vertreter zugebilligt, was den industriell aufstrebenden Kreis auf eine Stufe mit den gewerbeschwachen Bezirken Rheinbach und Waldbröl stellte, angesichts der tatsächlichen Wirtschaftskraft eine eindeutige Diskriminierung: Im Steuerjahr 1892/93 zahlte Bergheim 12,4% der von den handelskammerbeitragspflichtigen Betrieben aufgebrachten Gewerbesteuer und lag damit näher bei Siegburg (18,6%), Euskirchen (15,6%) und Bonn-Land (13%), den Kreisen mit jeweils drei Vertretern im Kammervorstand, als bei Rheinbach (5%) und Waldbröl (1,8%). Das Dominieren von Bergbau und Großindustrie im ehemaligen Agrarkreis äußert

sich in der Tatsache, daß die elf (von insgesamt 42) Gewerbesteuerpflichtigen der Klasse A I allein 33,5% des auf ihre Gruppe im gesamten Kammerbezirk entfallenden Steueraufkommens zahlten.<sup>115</sup>

### 3.3.3 Die Konstituierung der Kammer

"Die Handelskammer tritt am 1. Oktober 1891 in Thätigkeit", hatte der Gründungserlaß lapidar bestimmt, doch mußte der geplagte Frömbling, bei dem bereits häufig "An die Handelskammer Bonn" gerichtete Briefe eintrafen, als Vorsitzender des Komitees am 6. August bei den Behörden um Aufschub bitten: "Die meisten Industriellen und Kaufleute müssen ihre angegriffenen Nerven stärken und sind im August und September von ihren Wohnsitzen abwesend, wodurch die Wahl zur Handelskammer wesentlich beeinflußt würde".<sup>116</sup> Ab Ende September lagen in den jeweiligen Landratsämtern und im Bonner Bürgermeisteramt die Wählerlisten aus. Nach Berücksichtigung der - besonders im Landkreis Bonn zahlreichen - Einsprüche beauftragte der Regierungspräsident Oberbürgermeister und Landräte als Wahlkommissare mit der Durchführung der Abstimmung. In einem ausführlichen Artikel im Bonner "General-Anzeiger" zeichnete Initiator Frömbling die bis dahin erfolgten Gründungsaktivitäten nach, führte die Wahlbestimmungen im Wortlaut des Handelskammergesetzes von 1870 auf, verglich die unvermeidlichen finanziellen Belastungen mit dem zu erwartenden Nutzen und appellierte abschließend an die Beteiligten.<sup>117</sup>

*"Möge die früher und andernorts oft bedauerte Lauheit der zunächst beteiligten Kreise gegenüber den berührten Aufgaben hier nicht hervortreten und frisches Leben, wie es an den Ufern des Rheines blüht und gedeiht, in die Handelskammer zu Bonn einziehen, zum Segen des heute durch allerlei Kämpfe von außen und innen bedrohten Handels und Gewerbes."*

Als erster Kreis wählte am 16. Dezember 1891 Bonn-Land zu seinem Vertreter erwartungsgemäß W. Frömbling, den verdienstvollen Initiator der Kammer, sowie Adolf Hennecke, den Direktor der Zementfabrik; dagegen unterlag Louis Wessel als dritter Vertreter der Großindustrie dem Beueler Kaufmann Carl Roderich Müller; auf

den bereits 1893 nach Konkurs wieder ausscheidenden Standesgenossen konzentrierten sich die Stimmen der gegen die Industriellen agitierenden kleineren Gewerbetreibenden. Bis zum 23. Dezember hatten alle Kreise ihre Mitglieder gewählt; in der Wahlbeteiligung lag Euskirchen mit 58,9% der Berechtigten an der Spitze, gefolgt von den beiden Bonner Kreisen mit je 40%; noch niedriger war das Interesse in Siegburg (25,7%), Bergheim (21,9%) und Rheinbach (10,7%). Waldbröl fiel mit vier von sechs Berechtigten aus dem prozentualen Rahmen. Ähnlich wie in Bonn-Land dominierte die Großindustrie in den Bezirken Bergheim (A. Silverberg), Waldbröl (A. Kammerich, Schladern) und Euskirchen (F. u. J. Lückerath). Rheinbach wurde durch den Weinhändler Simons vertreten, während in der Stadt Bonn der Vorsitzende des Handels- und Gewerbevereins, Bankdirektor De Limon, und sein Standesgenosse C. Cahn deutlich mehr Stimmen erhielten als der Fabrikdirektor Rudolf Meyer (Fahnen). Ausgewogen wählte der Siegkreis: Kommerzienrat Julius Gauhe aus Eitorf, Besitzer der bedeutenden, 1878 aus dem Wuppertal an die Sieg verlegten Alizarinfabrik, repräsentierte die zahlreichen großen Industrieunternehmen, Steinbruchbesitzer W. Bachem stammte aus einem der ältesten und angesehensten Betriebe am Mittelrhein, der Siegburger Bankdirektor J. Schiller stand für das Kreditwesen, das im übrigen mit vier Bankiers im gesamten Kammerbezirk doppelt so stark wie der Handel vertreten war.<sup>118</sup>

Da kein Einspruch gegen die Wahlen erhoben wurde, konnte Landrat von Sandt die Gewählten noch knapp vor Jahresende (28. Dezember) zur konstituierenden Sitzung ins Bonner Kreishaus einladen; mit der Wahl des einflußreichen Kommerzienrats Gauhe, dessen Villa nebst Park in Eitorf noch heute einen Eindruck vom Repräsentationswillen und -vermögen wilhelminischer Industrieller vermittelt,<sup>119</sup> zum Vorsitzenden (Stellvertreter: De Limon) endete die Funktion des Staatsbeamten als Regierungskommissar. Die Handelskammer, eine der späten Neugründungen in Preußen, konnte ihre Tätigkeit aufnehmen. Bereits in der Sitzung vom 8. Januar 1892 entschied man sich aus einem Angebot von 78 Bewerbern um die nun allerdings doch als hauptamtliche Tätigkeit ausgeschriebene Stelle des Kammersekretärs für Egon Rágóczy von der Mindener Handelskammer; nach seinem Wechsel zu einem schwerindustriellen Verband in Metz folgte im Amt als Kammersekretär (ab 1902: Syndikus) Dr. Richard Uhlitzsch (bis 1924). Die Geschäftsräume wurden zunächst im Hause Rheinwerft 23a eingerichtet, bevor man die beengten Verhältnisse im Jahre 1900 gegen ein für 100 000 Mark erworbenes Gebäude in der Schumannstraße eintauschte.<sup>120</sup>

## 3.4 Der Kammerbezirk in der Hochindustrialisierungsphase

### 3.4.1 Sektor- und Branchenentwicklung

Der kurze, wenig ausgeprägte Konjunkturerinbruch der Jahre 1893/94 brachte, wie das Beispiel des Stadtkreises Bonn zeigt, den starken Anstieg der Beschäftigtenzahlen (1889 bis 1899: + 115%) in der Industrie nur kurz zum Stehen; auch der Anteil der gewerblichen Bauten an den insgesamt erteilten Genehmigungen weist mit durchschnittlich 10,2% die 1890er Jahre als dynamischstes Jahrzehnt der Epoche aus (1871-1880: 6,2%; 1881-1890: 4,5%; 1901-1912: 7%). Einen schärferen Einschnitt in die langdauernde Wachstumsperiode bedeutete die Mitte 1900 einsetzende Krise; nach einer Phase akuten Arbeitskräftemangels meldete der am 1. April 1899 gegründete städtische Arbeitsnachweis wieder mehr Erwerbssuchende, besonders in den Sparten Metall, Holz und Leder. "Der Rückstau der industriellen Hochfluth scheint mithin auch in diesen kleinen Verhältnissen schon zum Ausdruck zu gelangen", kommentierte die Gewerbeaufsicht den nach mehreren Boomjahren unerwarteten Umschwung.<sup>121</sup> Über den Einbruch in den Beschäftigtenzahlen hinaus (in Bonn von 1900 auf 1901: -11,7%) schlug sich die Flaute im Baugewerbe und in der Industrie in Kurzarbeit (z.B. freier Montag in der Zement- und Juteindustrie) und Lohnsenkungen (Wessel: minus 10 bis 15%) nieder.<sup>122</sup> Erst im Jahre 1903 waren die Verluste wieder aufgeholt, das Beschäftigungsniveau von 1900 erneut erreicht. Zwischen 1904, als die Eingemeindung der Vororte die Zahl der Bonner Industriearbeiter nahezu verdoppelte, und dem letzten vollen Friedensjahr wuchs die Industriearbeiterschaft unter Schwankungen nur noch um mäßige 14% auf ca. 8 000 Beschäftigte an. Dieser Zugewinn kam fast ausschließlich größeren Betrieben zugute: Während die Anzahl der Gewerbeaufsicht unterliegender Anlagen trotz Ausweitung der Zuständigkeit nach 1908 rückläufig war, nahm das Gewicht von Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern zwischen 1904 und 1913 um ein gutes Viertel zu. Trotz struktureller Verschiebungen wurde das Handwerk mit fortschreitender Industrialisierung nicht verdrängt; die Zahl der selbständigen Betriebe erhöhte sich im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg um fast 20%.

Zu einer sprunghaften Erhöhung der Quote weiblicher Arbeiter im Alter von über 14 Jahren führte die Eingemeindung der Bürgermeisterei Poppelsdorf. Zwar hatte bereits in den Boomjahren 1895 bis 1900 der Frauenanteil an der Fabrikarbeiterschaft Alt-Bonns den Spitzenwert von 15,2% erreicht, war in den Krisenjahren jedoch auf ca. 13% zurückgefallen; einen ähnlich signifikanten Rückgang, Beleg für die Funktion der Arbeiterinnen als "Konjunkturpuffer", weist im übrigen die Statistik in den Jahren 1893/94 aus. Nach 1904 hielten die Kessenicher Jutespinnerei und die Schreibwarenfabrik Soenneken mit ihrem hohen Anteil weiblicher Beschäftigter die Quote der Fabrikarbeiterinnen jeweils zwischen ca. 20% und 23%, so daß sich im erweiterten Stadtkreis das Gewicht industrieller Frauenarbeit deutlich höher stellte als im Gesamtgebiet des Regierungsbezirks Köln (1908: 15,6%). Vor allem das Textilgewerbe kann als weibliche Domäne bezeichnet werden: 1913 waren 62,2% der 3444 in Betrieben von zehn und mehr Arbeitern beschäftigten Frauen des Gewerbeaufsichtsbezirks Bonn in den Sparten Textilindustrie, Bekleidung, Konfektion und Reinigung tätig.<sup>123</sup>

Ausgeprägte Verschiebungen sowohl im Gewicht des sekundären Sektors insgesamt als auch zwischen einzelnen Teilen des Handelskammerbezirks weist die Gewerbebezahlung von 1907 aus, die letzte statistische Quelle ihrer Art vor dem Ersten Weltkrieg.

**Tabelle 11: Anteil von Bergbau, Handwerk und Industrie an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen in %**

Bonn-Stadt	35,9
Bonn-Land	28,1
Siegkreis	34,6
Euskirchen	33,9
Bergheim	37,3
Rheinbach	17,1
Waldbröl	23,8

Quelle: Statistik des Deutschen Reiches Bd. 209

Während im gesamten Gebiet des Deutschen Reiches zwischen 1895 und 1907 der Anteil der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen sich noch leicht von 34,1% auf 35,7% erhöhte, war in fünf Kreisen des Untersuchungs-

raumes das Gewicht des sekundären Sektors zum Zeitpunkt der Momentaufnahme des Jahres 1907 bereits wieder rückläufig. Dem Trend entgegen holte wegen der Industrieansiedlung im Bereich Schladern der Kreis Waldbröl auf; das Schlußlicht bildete nun Rheinbach. Bergheim setzte sich hinsichtlich des Gewerbeanteils gar an die Spitze des Kammerbezirks: Braunkohle und Fabrikindustrie - die drei größten Betriebe versicherten in ihren Krankenkassen am 1. Januar 1908 zusammen 1 657 Beschäftigte - hatten damit die Erwerbsstruktur des ehemaligen Agrarkreises gründlich umgekrempelt, auch wenn der langjährige Landrat in der Charakterisierung seines Sprengels 1909 noch terminologische Unsicherheiten ("durchgängig ein Landwirtschaft treibender Kreis entbehrt ... dennoch keineswegs eines regen gewerblichen Lebens") zeigte. Eine "ununterbrochene Periode stetigen Wachstums und fortgesetzter Entwicklung" bescheinigte Beißel dem Braunkohlebergbau nach der Jahrhundertwende, ein Wandel, der auch an den neuen Siedlungen nicht spurlos vorüberging: "Die selben verlieren aber immer mehr ihren bisherigen ländlichen Charakter und zeigen schon heute das Bild industrieller Orte."<sup>124</sup>

Trotz Eingemeindung der gewerbereichen Vororte, die sich statistisch im Absinken des Anteils des sekundären Sektors im abgebenden Landkreis (1895: 32%) niederschlägt, sind die relativen Verluste von Handwerk und Industrie in der Universitätsstadt am ausgeprägtesten. Hier beanspruchte der überproportional wachsende Sektor Dienstleistungen/Handel/Verkehr ebenso seinen Anteil wie die - statistisch zu den Erwerbspersonen gezählten - Rentiers und Pensionäre, deren aufwendige Villen noch im heutigen Stadtbild unübersehbar sind und seit der Übernahme der Hauptstadtfunktion vielen Bundesbehörden und manchem Verband als repräsentative Räumlichkeiten dienen. 32 Multi- und 121 Einfachmillionäre waren 1912 in der Stadt ansässig (Godesberg: 11 bzw. 4),<sup>125</sup> der "Zuzug begüterter Familien" war nicht nur Programm der Stadtverwaltung, sondern wurde wegen der den örtlichen Handel belebenden Konsumausgaben auch vom Handels- und Gewerbeverein ausdrücklich gefördert,<sup>126</sup> während die Industrie angesichts der Lohnkonkurrenz und der ohnehin starken Empfindlichkeit gegen allerlei "Belästigungen" aus den Fabrikanlagen dem weiteren Ausbau Bonns zur Rentnerstadt skeptisch gegenüberstehen mußte. "Das Publikum im hiesigen Bezirke", bemerkte bereits 1890 der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte, "befindet immer mehr, allerdings mit einem gewissen Rechte, von jedem Dampf-Schornstein eine Verminderung der reichen landschaftlichen Reize der hiesigen Ge-



gend". - "Im Allgemeinen verhält sich das Publikum außerordentlich ablehnend gegen industrielle Unternehmungen", hatte es ein Jahr zuvor geheißen; neben dem Überwiegen "vollständig unbegründete(r) Einsprüche" beklagte man die häufige Praxis von Konkurrenten, Neueinrichtungen und Erweiterungen durch "Unterzeichnung von Masseneinwänden" zu verhindern.<sup>127</sup>

Ergänzt durch Material aus der städtischen Statistik erlaubt das Ergebnis der Gewerbebezahlung für Bonn eine relativ verlässliche Aufschlüsselung der 1907 im verarbeitenden Gewerbe Tätigen. Die größte Gruppe stellten mit 51,3% Industriearbeiter, gefolgt von im Handwerk abhängig Beschäftigten (21,3%). Beide Gruppen von Nichtselbständigen zusammengenommen lagen mit 72,6% unter dem Reichsdurchschnitt (76,3%). Auf 14,1% stellte sich der Anteil der selbständigen Handwerksmeister, die verbleibenden 13,3% verteilen sich auf Selbständige außerhalb des Handwerks und die wachsende Gruppe in der Industrie beschäftigter Angestellter.<sup>128</sup> Über Branchenschwerpunkte innerhalb des verarbeitenden Gewerbes informiert auf der Basis der einzelnen Kreise Tabelle 12.

Auch auf der Ebene der kleineren Verwaltungseinheiten innerhalb des Handelskammerbezirks findet sich eine insgesamt gut durchmischte Branchenstruktur; lediglich in den Kreisen Bergheim und Waldbröl erreicht eine Sparte, Bergbau und Hüttenwesen, mit jeweils einem Viertel der gewerblichen Beschäftigten eine dominierende Position. Lange Zeit war die Erzgewinnung im Oberbergischen mit wenigen tausend Mark Jahresertrag nahezu bedeutungslos gewesen; der vor der Jahrhundertwende in Waldbröl einsetzende Aufschwung (1897: 62 000; 1900: 424 000; 1906: 800 000 Mark Jahresertrag) wurde fast ausschließlich von der Bleigrube Wildberg in der Gemeinde Eckenhagen getragen. 1907, dem Jahr der Gewerbebezahlung, wurden hier ca. 80% der wertmäßigen Förderung des Kreises erzielt,<sup>129</sup> doch hatte die Grube ihren Höhepunkt überschritten: Am 1. März 1911 mußte sie Konkurs anmelden, trotz großer Hoffnungen vermochte die Betriebsleitung mit den hereinkommenden Zubußen der Eigner die notwendigen Aufschlußarbeiten nicht so schnell voranzutreiben, daß die gewohnten Fördermengen wieder erreicht wurden. Als zuletzt die Fuhrleute für den Transport der noch am Bahnhof liegenden Kohle zur Grube Vorkasse verlangten, spitzte sich die Lage dramatisch zu: "Es kann somit auch die Wasserhaltung nicht mehr aufrecht erhalten werden und muß daher die Grube mit ihren wertvollen Maschinen ersaufen", meldete am 6. März die Grubenleitung; nach einem Bericht der örtlichen Polizei befanden

sich tatsächlich zur Mitte des Monats alle Maschinen unter Wasser.<sup>130</sup> Mit der Aufgabe des Stollenbetriebs in der verbleibenden Eisenerzgrube Magdalena bei Morsbach (Krupp) war das kurze Wiederaufblühen des Bergbaus im Kreis an den zu hohen Förderkosten endgültig gescheitert.<sup>131</sup> Eine gegenläufige Entwicklung weist der Braunkohlenkreis Bergheim auf (Tabelle 13).

Nach langer Anlaufzeit hatte sich kurz vor der Jahrhundertwende der Großbergbau endgültig durchgesetzt; seit 1895 arbeitete auf der Grube Donatus, dem lange Zeit bedeutendsten Braunkohletagebau im Kreis Euskirchen, ein ursprünglich beim Bau des Nord-Ostsee-Kanals eingesetzter Abraumbagger<sup>132</sup> mit einer seinerzeit beachtlichen Stundenleistung von 180 m<sup>3</sup> Abraum; der erste Kohlebagger ließ noch zwölf Jahre auf sich warten. Hatten im gleichen Jahr die acht Bergwerke und Brikettfabriken des Kreises Bergheim noch 339 Arbeiter (1899: 9 Betriebe, 555 Arbeiter) beschäftigt, so war bereits 1900 die Marke von fast 1500 Kräften erreicht, eine Zahl, die sich bis 1909 noch einmal verdoppelte (3050 Arbeiter, unter ihnen 1000 reine Abraumarbeiter).<sup>133</sup> Kehrseite der hier gezahlten, vergleichsweise hohen Löhne war die - auch um die Jahrhundertwende noch weitverbreitete - Neigung, "statt des einen zwei Feiertage in der Woche einzulegen und eine Bestrafung mit sofortiger Abkehr (zu) beantworten". Besonders schwer fiel es unter den Umständen des Übergangs zur großindustriellen Produktion, ausreichend Personal für die an Sonntagen zu erledigenden Reparaturarbeiten zu gewinnen.<sup>134</sup>

Zwischen 1900 und 1910 verdreifachte sich die Brikettproduktion des Kölner Raumes; der Anteil des Kreises Bergheim an der gesamten deutschen Braunkohlenförderung überschritt allerdings erst 1913 die Marke von 5%, der Beitrag aller rheinischen Gruben wuchs binnen 20 Jahren von 3,5% (1890) auf 18,1% (1910).<sup>135</sup>

Auf der Unternehmensseite ging mit diesem Wachstum eine erhebliche Konzentration einher. Zur treibenden Kraft entwickelte sich in diesem Prozeß die 1898 von Adolf Silverberg, dem führenden Industriellen des Kreises (Bedburger Wollindustrie, Linoleumwerke Bedburg), gegründete Gewerkschaft Fortuna. Anfang 1903 wurde sie wegen des starken Finanzierungsbedarfs mit Hilfe der Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld in eine Aktiengesellschaft (6,4 Mio. Mark Grundkapital) umgewandelt; das Anlagevermögen des Grundstoffproduzenten machte zu diesem Zeitpunkt mehr als 85% der Bilanzsumme aus. Nach planmäßigem Ausgreifen auf weiter südlich gelegene Felder gelang im Jahre 1908 Paul Silverberg, nach dem Tode seines Vaters (1903) im Alter von 27 Jahren zum Generaldirek-

**Tabelle 12: Anteil der Branchen an der Gesamtzahl der 1907  
im sekundären Sektor Beschäftigten in %**

Branche	Bonn- Stadt	Bonn-Land	Sieg	Euskirchen	Bergheim	Rheinbach	Waldbröl
Beschäftigte insg.	14 468	8 634	18 560	7 860	8 156	2 919	3 044
Bergbau, Hüttenwesen	--	0,4	1,7	14,1	24,4	--	24,8
Steine/Erden	16,8	19,6	20,9	13,4	6,6	13,8	9,4
Metallverarbeitung	5,2	8,7	4,3	7,9	2,5	5,7	8,7
Masch.-, App.- u. Instrumentenbau	8,1	3,4	6,9	5,0	1,9	6,9	1,6
chemische Industrie, Leuchtstoffe, Seifen	0,8	3,9	14,4	2,1	0,8	0,8	1,6
Textilindustrie	4,1	7,7	8,4	12,2	8,6	3,7	4,7
Bekleidung, Reinigung	17,5	15,6	13,6	11,4	11,0	21,5	11,9
Papier	1,6	3,0	0,4	1,9	0,1	2,3	0,1
Leder, Linoleum	4,2	3,0	0,7	0,9	5,3	3,2	1,2
Holz- u. Schnitzstoffe	7,9	7,0	7,1	5,9	3,2	8,7	6,6
Nahrungsmittel	12,1	11,0	9,3	13,1	16,7	16,9	9,1
Bau	16,6	18,7	10,5	11,5	18,6	16,0	20,0
Druckerei	3,3	0,9	0,8	0,6	0,2	0,5	0,3

Quelle: Statistik des Deutschen Reiches Bd. 218

**Tabelle 13: Wert der jährlichen Braunkohleförderung der Kreise Bergheim und Euskirchen (in 1 000 Mark)**

Jahr	Bergheim	Euskirchen
1891	529	74
1892	294	140
1893	353	320
1894	270	331
1895	281	597
1896	303	585
1897	511	631
1898	622	1 099
1899	1 035	1 771
1900	2 221	2 299
1901	2 792	2 911
1902	1 969	1 964
1903	2 220	1 974
1904	2 201	2 642
1905	2 686	2 841
1906	4 160	3 281
1907	5 144	2 257
1908	10 366	2 463
1909	10 140	1 978
1910	10 463	2 015
1911	10 283	1 822
1912	6 651	1 494
1913	10 377	

Quelle: Jährliche Aufstellungen im Jb. der HK Bonn 1892-1913

tor des Unternehmens ernannt, der Zusammenschluß mit dem Gruhlwerk und der Gewerkschaft Donatus. Das Grundkapital der aufnehmenden Fortuna AG erhöhte sich von 9 auf 24 Mio. Mark. Sitz

der Hauptverwaltung der "Reinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlebergbau und Brikettfabrikation" (RAG) wurde Köln. Die übrigen namhaften Gesellschaften des Südreivers (Roddergrube, Vereinigte Ville, Grube Brühl) schlossen sich zur gleichen Zeit zur "Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube AG" zusammen.<sup>136</sup>

In den Kreisen ohne nennenswerten Bergbau entwickelte sich die Industrie Steine/Erden zur wichtigsten Einzelbranche. Auf dem erweiterten Bonner Stadtgebiet war diese nach der Schließung der Mosaikplattenfabrik Ruyter (1902) und dem relativen Absinken der Produktion von Ziegeln und Kalk vor allem durch die beiden Steinguthersteller und die Wandplattenfabrik Wessel vertreten, eine Masierung, die zeitweise, z.B. in Expansionsperioden der Siegburger Rüstungsunternehmen, zu ernsthaften Schwierigkeiten in der Arbeitskräfteversorgung führte; in den Boomjahren vor 1900 wurden verstärkte Kontraktbrüche und zahlreiche Fälle von Abwerbung durch Konkurrenzunternehmen registriert. Im Juli und August 1898 mußten zur Aufrechterhaltung der Produktion Arbeitskräfte aus Hessen, der Eifel und dem Westerwald angeworben werden, da bis zur jeweiligen Wochenmitte oft mehrere hundert Arbeiter fehlten. Wie andere Unternehmen in den 1890er Jahren versuchte in der Steingutfabrik Mehlem der patriarchalisch regierende Franz Guilleaume, durch eine Ausweitung der betrieblichen Sozialleistungen die Fluktuation einzudämmen.<sup>137</sup>

Im Landkreis Bonn spiegelt der optische Rückgang des Anteils der Sparte Steine/Erden in etwa die "Eingemeindung" der Wessel-Werke in den Stadtkreis wider. Die im rechtsrheinischen Kreisteil gelegene Zementfabrik führte 1908/09 das Naßverfahren ein; der Antrieb der bis 1914 aufgestellten vier modernen Drehöfen erfolgte elektrisch.<sup>138</sup> Linksrheinisch befanden sich ausgedehnte Tonlager als Grundlage für die Ringofenziegelei, Platten- und Verblendsteinfabrikation (Servais-Werk, gegründet 1902) sowie hochwertige Rohstoffvorkommen zur Herstellung feuerfester Steine für die Eisen- und Stahlindustrie an Ruhr und Saar. In dem sich nach Westen anschließenden Rheinbacher Raum stellte eine Vielzahl von Kleinbetrieben Haushaltsgeschirre aus Steingut oder Terrakotta her.<sup>139</sup>

Anders als in Bonn war im Siegkreis nur ein kleiner Teil der fast 4000 Beschäftigten der Branche in Fabriken tätig. Die Oberkasseler Firma Hüser (Betonzeugnisse) produzierte z.B. 1905 mit 150 Arbeitern am Ort, weitere 650 Beschäftigte waren in ihrem umfangreichen Baubetrieb eingesetzt.<sup>140</sup> Ansonsten war neben dem Tonabbau (Siegburg-Wolsdorf, Pleistal, Hangelar) die ausgedehnte Stein-

gewinnung und -bearbeitung der Hauptarbeitgeber. Nach Fortfall der Erztransporte aus dem Bröltal fand die Schmalspurbahn hier ein neues Betätigungsfeld für den Güterverkehr, denn die riesigen Basaltvorkommen zwischen Sieg und Rhein konnten ohne Verkehrsanbindung nicht erschlossen werden, und die transportgünstig in Rheinnähe gelegenen Abbaustellen waren angesichts des vordringenden Landschaftsschutzgedankens nicht nach Belieben zu vermehren. Bis 1902 hatte die "Brölthaler Eisenbahn" sowohl ihre Stammstrecke Hennef-Waldbröl nach Beuel verlängert und am dortigen Rheinufer große Verladeeinrichtungen geschaffen, als auch Nebenlinien durch das Pleistal und Hanfbachtal zur Erschließung der Westerwaldbrüche gelegt. Um bei der Neuanlage von Steinbrüchen das Eindringen auswärtiger Konkurrenten zu verhindern, erwarb das Unternehmen im Jahre 1900 die Heisterbacher Talbahn, eine gut sieben Kilometer lange Schmalspurbahn zwischen Niederdollendorf und Gremelsbitze. Eine Liste der 1913 im Gesamtnetz bestehenden 34 Gleisanschlüsse weist unter den Benutzern der Bröltalbahn 15 Basaltproduzenten und 7 weitere Baustoffhersteller aus, aber auch Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse und lokale Händler nutzten die Bahn.<sup>141</sup> Allerdings lagen wegen der kurzen Betriebsstrecke, ungünstiger Steigungs- und Krümmungsverhältnisse und zahlreicher Wagenleerläufe die Frachtsätze so hoch, daß der Bürgermeister von Siegburg 1911 im Auftrag lokaler Interessenten den Bau einer normalspurigen Eisenbahn durch das Pleistal über den unteren Westerwald nach Frankfurt forderte.<sup>142</sup>

Als weitere gegenüber der statistischen Aufnahme von 1895 in fast allen Kreisen expandierende Branche weist die Gewerbebezahlung von 1907 das Baugewerbe aus. Einen nicht unerheblichen Anteil an dieser Entwicklung kommt jetzt den Aufträgen der Großindustrie zu, und zwar über den Gewerbebau im engeren Sinne hinaus vor allem der Erstellung von Belegschaftswohnungen. Vor der Jahrhundertwende konzentrierten sich die Fabrikkolonien im rechtsrheinischen Teil des Kammerbezirks: 90 Wohnungen in 15 Häusern besaß die Beueler Jutespinnerei, 69 Einheiten die Kattundruckerei Rolffs, 52 die Friedrich-Wilhelms-Hütte, zusammen machte dieser Bestand fast vier Fünftel der im gesamten Gewerbeaufsichtsbezirk von 22 Arbeitgebern vorgehaltenen Werkwohnungen aus.<sup>143</sup> Die Vorreiterstellung der Textilindustrie erklärt sich aus den besonders drückenden Arbeitskräfteproblemen einer typischen Niedriglohnbranche; hierin ist der Untersuchungsraum keine Ausnahme. So hatte das Beueler Werk bereits in der Wiederanlaufphase nach dem Konkurs von 1886 auf ausländische Kräfte zurückgreifen müssen; die Ver-

doppelung der Belegschaft nach der Werkserweiterung von 1896/99 erhöhte deren Anteil sprunghaft. 1913 kam nahezu die Hälfte der Arbeiter und Arbeiterinnen aus Italien, Ostmittel- und Südosteuropa.<sup>144</sup> Angesichts der im langjährigen Mittel geringen Renditen des Unternehmens versuchte man in Beuel stets, den Betrieb der billig errichteten und vergleichsweise schlecht ausgestatteten Wohnungen so gewinnträchtig wie möglich zu gestalten: "Eine Verzinsung von 6 Prozent", relativierte der aufmerksame Gewerbeinspektor bezüglich der ersten beiden, 1891 für je vier Familien errichteten Arbeiterhäuser, "wie in diesem Fall erzielt werden soll, ist schon mehr eine gute Kapitalanlage als eine Wohlfahrtseinrichtung für die Arbeiter";<sup>145</sup> immerhin lag 1913, als nach dem Bau weiterer Werkswohnungen mehr als die Hälfte der Belegschaft in unternehmenseigenen Häusern untergebracht war, der Buchwert der Fabrikkolonie bei 17,3% des Aktienkapitals.<sup>146</sup> Behördliches Lob dagegen erhielten die zu zwei Dritteln des ortsüblichen Mietpreises vergebenen ersten Werkswohnungen der Friedrich-Wilhelms-Hütte. Aus ihnen erwuchsen später die umfangreichen Komplexe der (nach Farbe der Dachziegel so bezeichneten) "roten" und "schwarzen" Kolonie. "Allen entfernt wohnenden ledigen Arbeiterinnen der Kammgarnspinnerei" bot das "Mädchenheim" der Firma Carl Schäfer in Eitorf "freundliche und ordentliche Unterkunft sowie gute, nahrhafte Beköstigung für geringes Entgelt".<sup>147</sup> Ganz andere Dimensionen hatte der Werkswohnungsbau der expandierenden Braunkohlengesellschaften in den Kreisen Bergheim und Euskirchen, wo zahlreiche unverheiratete Arbeiter im Frühjahr als Maurer nach Köln abwanderten. Nachdem die Unterbringung der aus der Eifel, Sachsen, Ostdeutschland, Bayern, Belgien und Holland angeworbenen Kräfte in Arbeiterheimen zu "vielfachen Unzuträglichkeiten" und "mannigfache(n) Streitigkeiten" geführt hatte, auf der anderen Seite "in den benachbarten Dörfern für ganz kümmerliche Wohnungen ungebührlich hohe Mieten verlangt" wurden,<sup>148</sup> wurden allein 1897/98 bei zwölf Gruben 119 Wohnungen für 453 Personen erstellt; bereits 1899 folgten weitere, in diesem Falle weniger dicht belegte Wohneinheiten.<sup>149</sup> Hinzu kamen jeweils Arbeiterheime für lediges Personal (z.B. Giersberg-Fortuna: 200 Betten in Schlafsälen für zwei bis vier Personen).

Mit Ausnahme des Kreises Bonn-Land, wo die Beueler Jutespinnerei in ihrer Blütezeit vor dem Ersten Weltkrieg gut ein Drittel der in der gesamten Textilbranche des Gewerbeaufsichtsbezirks Bonn Beschäftigten auf sich vereinigte,<sup>150</sup> präsentierte sich 1907 der Textilsektor verglichen mit der vorausgegangenen Gewerbebelegung angesichts vordringender "neuer" Industrien als rückläufig. Dies gilt



auch für die Euskirchener Tuchindustrie, in deren 19 Fabriken, zusammen mit zwei Firmen im benachbarten Kuchenheim, 1914 680 Webstühle liefen und 1200 Arbeiter beschäftigt waren. Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde hier ein Drittel des Tuchbedarfs der preußischen Armee produziert; die anderenorts von den Unternehmern bei der Zurückweisung von Lohnforderungen zu Recht immer wieder ins Spiel gebrachte Auslandskonkurrenz bestand hier nach Beobachtungen der Gewerbeaufsicht nicht, "da meist Militärtuche hergestellt werden, die in der Heeresverwaltung einen festen Abnehmer haben".<sup>151</sup> Die Stagnation des traditionellen Gewerbes im Hauptort Euskirchen zeigt auch ein Vergleich der 880 in der Ortskrankenkasse der Tuchmacher Beschäftigten mit den 455 Mitgliedern, die 1906 bereits der Betriebskrankenkasse der Zuckerfabrik angehörten.<sup>152</sup> Die periodisch schlechte Ertragslage der Tuchindustrie verhinderte überdies immer wieder eine durchgreifende Sanierung des mit Abwässern stark belasteten Veybachs.<sup>153</sup>

Entgegen der stagnierenden bzw. in den übrigen Kreisen tendenziell rückläufigen Entwicklung der Chemischen Industrie konnte die Branche im Siegkreis ihren Anteil an den gewerblich Beschäftigten noch einmal deutlich steigern. Im Jahre 1908, als in den Siegburger Munitionsfabriken für langjährige Werksangehörige der erste bezahlte Erholungsurlaub eingeführt wurde, beschäftigte das Feuerwerkslaboratorium 1512, die Geschoßfabrik 816 Arbeiter; vier Jahre später betrug die Relation 2 207 Personen zu 816. Gemeinsam mit der Stagnation bei der "Friedrich-Wilhelms-Hütte" wird hier ein Grund für den relativen Rückgang des Metallsektors im Kreis sichtbar. Zum Wachstum der chemischen Industrie trug indes weiterhin der Ausbau des Troisdorfer Werks der "Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff AG" bei, wo 1905 zur nichtmilitärischen Verwendung von Nitrocellulose eine Zelluloidfabrik errichtet wurde. 1912 übertraf ihre Jahresproduktion von 586 Tonnen die von Schießbaumwolle (421 Tonnen) erheblich; der Anfang der nach dem Ersten Weltkrieg forciert ausgebauten Kunststoffproduktion war damit gemacht.<sup>154</sup>

Die später von PVC-Produkten abgelöste, in der Reichsstatistik zunächst der Lederverarbeitung zugerechnete Linoleumherstellung war seit 1897 im Kammerbezirk ansässig, als Adolf Silverberg in Bedburg die "Rheinische Linoleum-Werke AG" mit einem Grundkapital von zwei Millionen Mark gründete. Ähnlich wie 30 Jahre zuvor die Juteverarbeitung war die hier zum ersten Male im Rheinland angewandte Technologie in Großbritannien entwickelt worden; die Standortwahl ist von der Nähe der Ölsaatenanbaugebiete bestimmt.



1909 beschäftigte das Werk ca. 400 Arbeiter, bis 1937 erhöhte sich die Zahl auf über tausend.<sup>155</sup> Zusammen mit den Betriebsanlagen der Wollindustrie (1910: 772 Arbeiter) und der auf der anderen Seite der Bahnlinie gelegenen Zuckerfabrik wies der Standort Bedburg vor dem Ersten Weltkrieg das größte geschlossene Industriegebiet des Kreises auf.

Im Gegensatz zum Steinkohlebergbau an der Ruhr zog die Braunkohlegewinnung nur in begrenztem Umfang Folgeindustrien an.<sup>156</sup> Die Nähe des Rohstoffs gab immerhin 1912 den Ausschlag bei der Standortentscheidung der "Aluminium-Industrie AG" (Lausanne) für eine deutsche Aluminiumoxidfabrik in Bergheim, da die RAG interessante langfristige Lieferverträge für Rohbraunkohle bot. Allerdings fand der Braunkohleproduzent in der Folgezeit wesentlich lukrativere Verwendung für seinen Rohstoff (Verstromung, Brikettierung), so daß sich das Martinswerk 1960 nach Auslaufen der Verträge gezwungen sah, eigene Kohlevorkommen zur Sicherung seiner Energieversorgung zu erwerben und aufzuschließen.<sup>157</sup>

Die letzten Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges weisen noch einmal eine Reihe von Neugründungen auf, die die industrielle Struktur des Kammerbezirks abrundeten, z.B. Anlagen der jungen Sparte Elektrizitätserzeugung und -anwendung. Im engeren Bonner Raum sind hier an erster Stelle die 1886 in Essen gegründeten Ringsdorff-Werke zu nennen, die 1910 mangels Erweiterungsmöglichkeiten am alten Standort das Gelände einer stillgelegten Eisschrank- und Büffelfabrik in Mehlem bezogen, wo neben den für künftige Erweiterungen verfügbaren Produktionsflächen auch Arbeitskräfte aus dem wenig industrialisierten Raum Godesberg/Mehlem bis ins Drachenfelder Ländchen vorhanden waren. Vier Jahre nach dem Umzug beschäftigte die zügig ausgebaute moderne Kohlebürstenfabrik bereits 400 Mitarbeiter und hatte sich damit innerhalb der Bürgermeisterei Godesberg vor die alteingesessenen Unternehmen (Fabrik säure- und feuerfester Steine in Mehlem; Schillersche Patentverschlüsse AG an der Friesdorfer Straße mit je 280 Beschäftigten) geschoben.<sup>158</sup>

Bis zur Jahrhundertwende waren in den meisten größeren Städten im Reich dampfmaschinengetriebene Elektrizitätswerke zur Erzeugung von Gleichstrom errichtet worden, doch erst der Übergang zum Wechselstrom mit seinen höheren Übertragungsspannungen erlaubte die Überwindung längerer Distanzen beim Stromtransport. Der jetzt mögliche Betrieb von grubennahen Kraftwerken fern vom Konsumenten eröffnete einen neuen Einsatzbereich für Braunkohle,

deren Transport zu den städtischen Elektrizitätswerken wegen des hohen Wassergehalts (45% bis 63% in der Rohform) unwirtschaftlich gewesen wäre. Eine Reihe rheinischer Städte (Düsseldorf, Mönchengladbach, Rheydt, Neuss) sowie die Farbenfabriken Bayer in Leverkusen zeigten sich interessiert, doch verlangten sie mangels Vertrauens zu Freileitungen größeren Stils Kraftwerkstandorte näher am Verbraucher, während Paul Silverberg aus wirtschaftlichen Gründen eine Trennung von der Kohlegrundlage ablehnte. Allein die Stadt Köln und der Kreis Bergheim ließen sich überzeugen und schlossen einen langfristigen Stromlieferungsvertrag ab, zu dessen Erfüllung am 1. April 1912 das Braunkohlekraftwerk Fortuna I ans Netz ging; bis 1914 wurde seine Leistung auf 32 Megawatt ausgebaut.<sup>159</sup> Im selben Jahr nahm das RWE sein "Goldenberg-Werk" bei Knapsack, 1929 mit 500 Megawatt das größte Dampfkraftwerk Europas, in Betrieb; bereits während der Planung des Großkraftwerks auf Braunkohlebasis hatte man in der unter Führung von Hugo Stinnes gegründeten "Deutsche Wildermann-Werke GmbH" einen Großabnehmer für Grundlaststrom gefunden. Im Mai 1913 begannen in Lülsdorf am frachtgünstigen Wasserweg und in der Nähe des neuen Kraftwerks die Arbeiten zum Bau des "Koholyt-Werks", das durch elektolytische Verfahren vornehmlich Laugen und Säuren für die Seifen-, Zellstoff- und Papierproduktion sowie die weiterverarbeitende chemische Industrie, daneben künstliche Schleifmittel (Elektrokorunde) herstellte. Ladeeinrichtungen am Rhein und der Bau der elektrischen Bahn von Siegburg nach Zündorf halfen das bis dahin rein agrarisch genutzte Gelände zu erschließen, nachdem Maschinen, Apparaturen und Baumaterialien zunächst mühsam per Pferdefuhrwerk herbeigekarrt werden mußten.<sup>160</sup>

Unter den Industrieunternehmen der ersten Generation erfuhr die Friedrich-Wilhelms-Hütte der Sieg-Rheinischen Hütten AG die tiefste Umgestaltung. Wichtigster Grund war die schon lange anhaltende Ertragsschwäche des in seiner Entwicklung stagnierenden Unternehmens (1905: 1100 Arbeiter und 8,5 Mio. Mark Umsatz). Gleichzeitig suchte das 1872 in Kalk bei Köln gegründete Fassoneisenwalzwerk L. Mannstaedt & Cie. Raum für die Ausdehnung seiner Spezialprofilerzeugung, denn am ursprünglichen Standort war wegen des rasanten Wachstums des 1881 zur Stadt erhobenen, 1910 nach Köln eingemeindeten Industrieorts (1846: 96 Einwohner; 1871: 5 142; 1910: 27 639) eine Erweiterungsmöglichkeit nicht mehr gegeben. In den Jahren 1911 bis 1913 wurden beide Werke auf dem Gelände der Friedrich-Wilhelms-Hütte fusioniert; das Spezialprofileisenwalzwerk entwickelte sich nach der Verschmelzung zum Kern-

stück des gesamten Unternehmens.<sup>161</sup>

Metallverarbeitung in wesentlich kleinerem Maßstab war vor dem Ersten Weltkrieg aus den bescheidenen Anfängen eines Handelsgeschäfts (Schlösser und Beschläge) in der Gemeinde Ruppichteroth entstanden. Mit Hilfe von Fachkräften aus der Velberter Schloßindustrie bauten die Gründer Hugo und Otto Willach einen Spezialbetrieb auf, dessen eigentliches Wachstum (1905: 40 Arbeiter; 1914: 60 bis 70) erst in den 1920er Jahren erfolgte. Nach Trennung der Gründer (1925) existierten zwei Unternehmen (Gebrüder Willach und HUWIL-Werke) am Ort; mehr denn je prägen heute die immer wieder erweiterten Fabrikanlagen, Verwaltungs- und Wohnbauten den im engen Flußtal gelegenen Ort.<sup>162</sup> Weiter brölaufwärts ist schließlich mit der fabrikmäßigen Umgestaltung eines alten Gewerbes kurz vor dem Ersten Weltkrieg die erste Industrie außerhalb der Metallaufbereitung und -verarbeitung in den Kreis Waldbröl eingezogen. 1914 gründete der Gemeindeverordnete Karl Barth in den ehemaligen Räumen einer kurzlebigen Fabrik für Stanzartikel eine Werkstatt zur Herstellung von Jagd- und Militärausrüstungen aus Leder; Heeresaufträge nach Kriegsausbruch ließen den Kleinbetrieb auf schließlich ca. 200 Beschäftigte wachsen, die Umstellung auf Reiseartikel im Rahmen der Friedenswirtschaft gelang, so daß die Firma 1928 einen modernen Neubau unterhalb des Reichsbahnhofes mit eigener Lederzurichterei beziehen konnte.<sup>163</sup>

Der sorglose Stolz, mit dem die Reichen der Wilhelminischen Epoche die Veröffentlichung ihrer Vermögens- und Einkommensverhältnisse geschehen ließen, läßt auch für den Bonner Raum einen reizvollen Einblick in den materiellen Erfolg der Fabrikanten zu.<sup>164</sup> Mit einem versteuerten Vermögen von 8 bis 9 Mio. Mark führt 1913 Rudolf Schölller (Schöllersche und Eitorfer Kammgarnspinnerei Breslau und Eitorf) die Liste an; die aus Düren stammende Familie hatte erstmals 1901 eine Beteiligung an der - zwecks Sanierung in eine Aktiengesellschaft umgewandelten - ehemaligen Kammgarnspinnerei Schäfer erworben; 1908 wurde der Betrieb mit dem Breslauer Werk vereinigt, seit dessen Stilllegung im Jahre 1925 war Eitorf Firmensitz.<sup>165</sup> An zweiter Stelle befand sich mit 5 bis 6 Mio. Mark Vermögen 1913 bereits der Selfmademan Friedrich Soennecken.<sup>166</sup> Sein unternehmerischer Erfolg und die inzwischen erreichte gesellschaftliche Stellung kommen auch in der Verheiratung einer Tochter mit Wilhelm Hammerschmidt zum Ausdruck, dem einzigen Sohn des Kommerzienrates Rudolf Hammerschmidt, der mit 20 Mio. Mark Vermögen auf Platz 22 der Millionäre der Rheinprovinz lag und

dessen Bonner Domizil der heutigen Residenz des Bundespräsidenten ihren Namen gab. Weitere bekannte Persönlichkeiten unter den wirtschaftlich erfolgreichen Fabrikanten sind die geheimen Kommerzienräte Julius Gauhe (Alizarinfabrik Eitorf) und Franz Guillaume (Steingutfabrik Mehlem), die Industriellen Max Rolffs (Kattundruckerei), Eschbaum (chirurgische Instrumente) und Keller (Kattundruckerei) sowie der Druckereibesitzer Karl Georgi und der Bonner Verleger Karl Hauptmann. Entsprechend häufig tauchen Guillaume, Hammerschmidt, Soennecken und Wessel als Mitglieder der führenden Bonner Familien im überlieferten gesellschaftlichen Leben der Stadt auf.<sup>167</sup>

Die Existenz einer zahlungskräftigen Bürgerschaft ist auch im Einzelhandel<sup>168</sup> unübersehbar, z.B. in der starken Stellung spezialisierter Lebensmittelgeschäfte (Geflügel, Fisch, Gemüse, Süßwaren, Spirituosen). Insgesamt standen 1908/09 in der von zunehmender Geschäftskonzentration geprägten Bonner Innenstadt 177 Lebensmittelgeschäfte 202 Unternehmen (unter ihnen bereits vier Kauf- und Warenhäuser) der Sparte Bekleidung, Schuh- und Lederwaren gegenüber.

Auf dem Feld des Geld- und Kreditwesens waren vor dem Ersten Weltkrieg neun Institute, davon vier überörtliche Geschäftsbanken in Bonn tätig; unter den heutigen Großbanken besaß als erste die Deutsche Bank durch Übernahme der (1901 mit der Privatbank Goldschmidt & Cie fusionierten) Bergisch-Märkischen Bank in Bonn eine Filiale. Der Bezug eines stattlichen Neubaus am heutigen Friedensplatz sowie die Aufnahme des Scheck- und Überweisungsverkehrs und die Einführung von Depositen- und Kontokorrentkonten markieren im Falle der Städtischen Sparkasse den Übergang zum modernen Geldinstitut; auch die Konkurrenz der 1895 gegründeten Kreissparkasse - ihre Hauptstelle lag auf stadtbonner Boden - beeinträchtigte ihre Entwicklung nicht. Dagegen zog der Zusammenbruch der Bonner Bank für Handel und Gewerbe (1908) vor allem das Baugewerbe in Mitleidenschaft und übte vorübergehend Druck auf den Godesberger Immobilienmarkt aus.

Der entscheidende Ausbau des regionalen Verkehrsnetzes in den Jahrzehnten vor 1914 (Vorgebirgsbahn, Rheinuferbahn, Dampfstraßenbahn nach Godesberg, "Elektrische" Bonn-Siegburg und Bonn-Königswinter) zusätzlich zu der bereits bestehenden hervorragenden Anbindung des Raumes an das europäische Eisenbahnnetz gab dem Fremdenverkehr positive Impulse. Inländische Rheinbesucher glichen den Rückgang der Zahl englischer Touristen aus. In Bonn

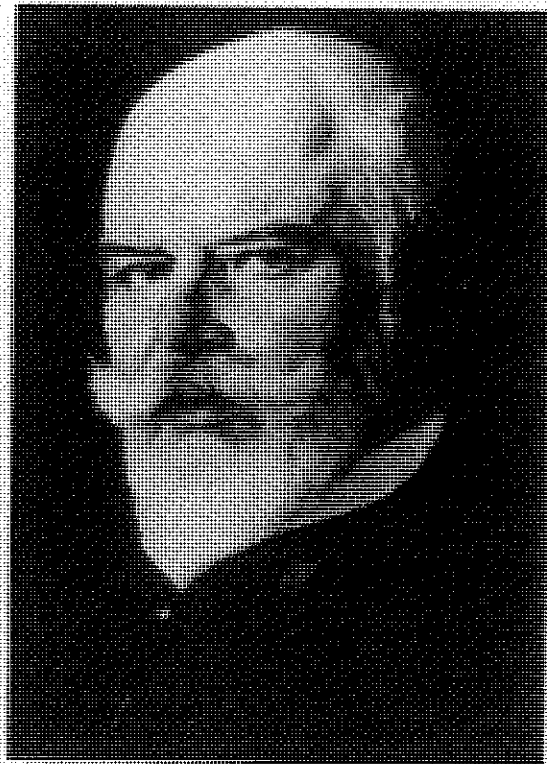
**Die  
Präsidenten  
der  
Industrie-  
und  
Handelskammer  
Bonn**



**Julius Gauhe**  
1891—1901



**Franz Guillaume**  
1902—1903, 1905—1913



**August Herder**  
1904—1905

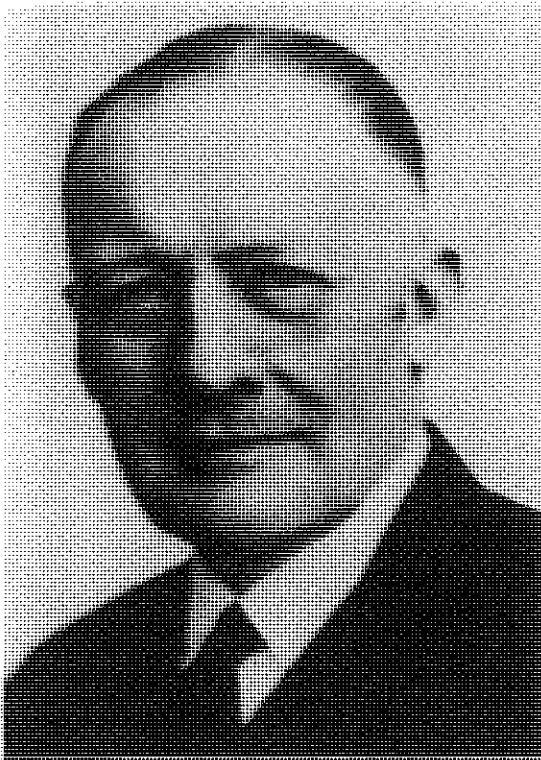




**Friedrich Soennecken**  
1914—1919



**Fritz von Langen**  
1919—1927



**Dr. Otto Goertz**  
1927—1931



**Dr. Alfred Soennecken**  
1931—1933



**Walter Gullesums**  
1945—1947



**Hans Schmitz**  
1947—1952, 1956—1970



**Dr. Hans-Hero Vosgerau**  
1952—1966



**Dr. Werner Zilg**  
1970—1977



**Dr. Nikolaus Fasolf**  
1977 — 1978



**Dr. Achim Heumann**  
seit 1978

## **Die Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Bonn**



**Dr. Richard Uhlitzsch**  
1895 — 1924



**Dr. Heinrich Crome**  
1924 — 1934





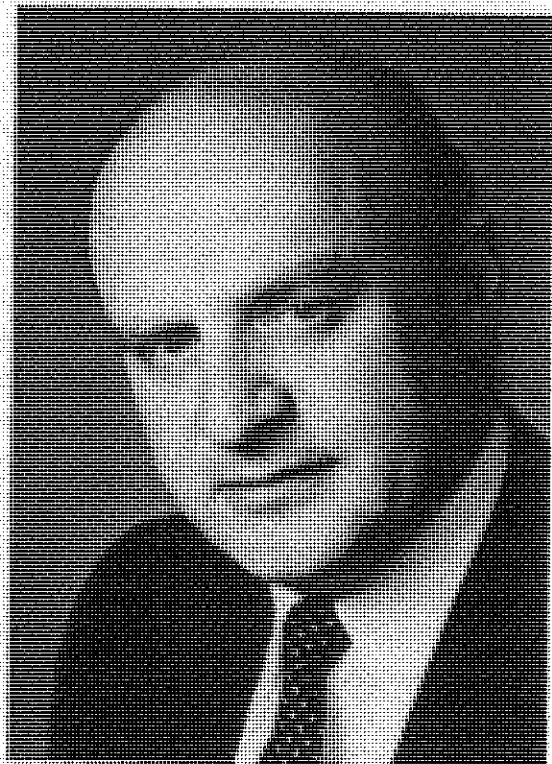
**Dr. Hermann Alet**  
1945—1955



**Fritz Busch**  
1955—1962



**Herbert Röhren**  
1963—1976



**Dr. Eberhard Schmitz**  
seit 1976

überwog der sommerliche Besichtigungstourismus. Auch Godesberg steigerte - bei stagnierendem Kurbetrieb - die Fremdenbesuchsziffer. In den rheinernen Teilen des Siegkreises führten nach der Jahrhundertwende Ferienaufenthalte ehemaliger, seinerzeit aus dem südlichen Oberbergischen z.B. ins Ruhrgebiet ausgewanderter Bewohner zu ersten touristischen Ansätzen.<sup>169</sup>

### **3.4.2 Innere Geschichte und Wirksamkeit der Handelskammer Bonn 1892 bis 1914**

Während die Bonner Handelskammer durch ihre Bemühungen zur Vervollständigung und Berichtigung des Handelsregisters erfolgreich ihre Einnahmebasis verbreiterte - von Ende 1891 bis Ende 1892 stieg die Zahl der beitragspflichtigen Firmen so von 740 auf 1209 an<sup>170</sup> - veränderte das im Veranlagungszeitraum 1893/94 in Kraft tretende neue Gewerbesteuergesetz den Kreis der handelskammerbeitragspflichtigen und wahlberechtigten Firmen grundlegend; die allgemeine Zensusverschärfung als Folge der starken Verkleinerung des ohnehin schmalen Körpers wahlberechtigter Unternehmen ließ mehr als 50% der bis dahin beteiligten Handels- und Gewerbetreibenden der Rheinprovinz ausscheiden und begünstigte erneut eine Vorrangstellung von Großunternehmen der Industrie und des Handels in der Wirtschaftsvertretung.<sup>171</sup> Für diejenigen Kammern, die wie Bonn Wahlrecht und Beitragspflicht an die alten Gewerbesteuerklassen A I und A II gebunden hatten, setzte das Handelsministerium die Wahlberechtigung auf die neuen Klassen A I bis A III fest, doch nutzte die Bonner Kammer die eingeräumte Möglichkeit, Steuerpflichtige der niedrigsten Klasse (mit nicht mehr als 56 Mark Jahresleistung) auszuschließen. Die drastische Verkleinerung der Mitwirkungsberechtigten (1892/93: 1209; 1893/94: 576) geht allerdings weniger auf diese am 23. Mai 1894 genehmigte Beschränkung zurück als viel mehr auf den Ausschluß der Klasse IV (Betriebe mit 1500 bis 4000 Mark Jahresertrag bzw. 3000 bis 30 000 Mark Anlagevermögen), in der sich ein großer Teil der ehemals in Klasse A II veranlagten Firmen befand.<sup>172</sup> Unter finanziellen Gesichtspunkten konnte man sich die enge Fassung der Beitragspflicht nach wie vor leisten, lag doch das bezirkliche Gewerbesteueraufkommen im Jahre 1899/1900 mit 153 232 Mark erheblich über dem

zur selben Zeit im preußischen Handelsministerium als Minimum genannten Betrag von 100 000 Mark. Drei Jahre später, als sich immer noch 32 preußische Kammerbezirke unter dieser Grenze befanden, waren in Bonn bereits 174 000 Mark, 1908 knapp 230 000 Mark erreicht.<sup>173</sup> Zusammen mit der ministeriell genehmigten Erhöhung der (durch die Gemeinden gegen Zahlung von 3% Hebegebühr eingezogenen) Handelskammerumlage von 10% auf 12% der Gewerbesteuer gelang auch eine rasche Tilgung der auf dem Geschäftsgebäude der Kammer ruhenden Hypothek; im Rechnungsjahr 1907/08 überstieg das Vermögen mit knapp 69 000 Mark die Verschuldung von 41 000 Mark.<sup>174</sup>

Die 1897 in Kraft getretene Novelle zum preußischen Handelskammergesetz erweiterte - unter Verzicht auf die umstrittene obligatorische "flächendeckende" Errichtung von Vertretungskörperschaften - das Aufgabengebiet der Kammern über die Beratung hinaus auch auf die Mitwirkung an eigentlichen Verwaltungsarbeiten und die Lösung selbstgestellter Aufgaben, gab ihnen den Status einer juristischen Person und überließ ihnen die Ausgestaltung des Wahlsystems.<sup>175</sup> In Bonn hielt man am bestehenden Wahlstatut fest, ließ sich jedoch bei dieser Gelegenheit einen zweiten Vertreter für den Kreis Bergheim genehmigen, nachdem das Handelsministerium 1892 dem Wunsch der Kammer nach einer gerechteren Beteiligung der stark expandierenden Wirtschaft des Kreises mit Hinweis auf die anstehenden gesetzlichen Änderungen nicht sofort nachgekommen war.<sup>176</sup> Bei der damit erreichten Gesamtzahl von 16 Mitgliedern blieb es auch nach der Eingemeindung der Bürgermeisterei Poppelsdorf nach Bonn; der abgebende Landkreis verlor zugunsten des vergrößerten Stadtkreises einen Vertreter, so daß sich ab 1904 die Sonderstellung Bonns als Kammersitz, Handels- und Gewerbezentrum auch in einer herausgehobenen Zahl von Kammermitgliedern niederschlägt.

In den 23 Jahren bis 1914 haben insgesamt 39 verschiedene Männer die jeweils 15 bzw. 16 Plätze in der Mitgliederversammlung der Bonner Handelskammer eingenommen, Beleg für die hohe personelle Kontinuität noch über das 1897 (durch Ausdehnung der Wahlperiode von drei auf sechs Jahre) angestrebte Maß hinaus. Das spektakulärste Beispiel ist sicherlich die ununterbrochene Mitgliedschaft des Euskirchener Bankdirektors Breuer seit 1891,<sup>177</sup> darüber hinaus blieb z.B. zwischen 1906 und 1913 die Zusammensetzung des Gremiums praktisch unverändert. 28 der insgesamt 39 Kammermitglieder stammten aus - zumeist größeren - Industrieunternehmen,

nur sechs gehörten dem Handel, vier dem Bankgewerbe an. Bevor ihn 1900 Fritz Langen von der Zuckerfabrik Elsdorf als Kammermitglied ablöste, war 1898 zusätzlich zu dem langjährigen Mitglied Adolf Silverberg der Rentmeister E. Weyerstall von der "Verkaufsstelle für Braunkohlen GmbH" als zweiter Vertreter des Kreises Bergheim gewählt worden. Kann man bis zum Tode Silverbergs (1903) wegen dessen Bergbaubeteiligung von einer Vertretung der Braunkohleinteressen ausgehen, so waren ab 1905, als sein Sohn Paul auschied, Bergbau und Elektrizitätserzeugung in der Bonner Handelskammer nicht mehr persönlich repräsentiert.

Die Schwierigkeiten des industriellosen und verkehrsfernen Kreises Waldbröl spiegeln sich auch in seiner Kammervertretung wider: Nachdem der "wegen anhaltender Kränklichkeit" ohnehin nur unregelmäßig an der Kammerarbeit beteiligte Anton Kammerich (Eisenwerk Schladern) Ende 1893 verstorben war,<sup>178</sup> wurde der Kreis zwischenzeitlich durch den Kolonialwarenhändler Christian Bertrams (bis 1895) und den Waldbröler Mühlenbesitzer Robert Dremmer vertreten, bevor der 1898 (noch vor Ablauf der Wahlperiode seines Vorgängers) gewählte Ernst Rolffs die sonst übliche Kontinuität einleitete. Seit 1891 Teilhaber der von seinem Großvater gegründeten Kattunfabrik, lagen sein Wohnsitz und der Schwerpunkt seiner wirtschaftlichen Interessen allerdings nicht im durch ihn vertretenden Bezirk Waldbröl, sondern im benachbarten Siegburg. Obwohl Rolffs im Jahre 1900 aus der Firma austrat, um sich verstärkt der Entwicklung des Rotations-Kupfertiefdrucks zu widmen, ist erst im Handelskammerbericht von 1903 der neue Geschäftszweig ("Patent-Verwertung") angegeben. Auch nach Gründung der "Deutsche Photogravur AG Siegburg" im Jahre 1906 vertrat Rolffs weiterhin die wirtschaftlichen Interessen des Kreises Waldbröl in der Bonner Handelskammer. In eine direkte Beziehung zu "seinem" Kreis brachte den Vielbeschäftigten (Geschäftsführer des Roten Kreuzes; Kommandant der Bürgerwehr; Bahnhofskommandant von Siegburg) der Erste Weltkrieg, als er zum Zwangsverwalter des in englischem Kapitalbesitz befindlichen Kupferwerks Schladern eingesetzt wurde.<sup>179</sup>

Die Zensusverschärfung von 1893/94 hat wegen des Vorherrschens kleiner und mittlerer Unternehmensgrößen die Mitwirkungsmöglichkeiten des Handels weiter reduziert und die Vorherrschaft der Industrie, wie sie im Zahlenverhältnis der Kammermitglieder zum Ausdruck kommt, gefestigt. Das bereits 1893 erkannte Dilemma, in der Interessenvertretung des Handels "die Unterstützung des Han-

delsstandes selbst ... nicht immer oder doch nicht in dem erforderlichen Umfange gefunden (zu) haben", war "ohne eine nachhaltigere Unterstützung und Mitwirkung seitens derjenigen Kreise des Handelsstandes .... denen gerade die angestrebten Einrichtungen und Verbesserungen zu Gute kommen" sollten,<sup>180</sup> nicht lösbar; sicherlich liegt hier eine Erklärung für die ausdrückliche Förderung "freier" Handels- und Gewerbevereine auf lokaler Basis; ein Beispiel aus dem industriearmen Kammerraum ist der Ende 1907 gegründete "Verein selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender für Rheinbach und Umgebung", dessen Mitgliederzahl sich binnen Jahresfrist von 62 auf 210 erhöhte.<sup>181</sup> Eine überregionale Lösung des Problems brachte schließlich ein Erlaß des Handelsministeriums vom 29. Oktober 1909, in dem die Kammern im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung einer Repräsentation der Gesamtinteressen von Handel und Gewerbe zur Errichtung einer entsprechenden Vertretung von Kleinhandel und Kleingewerbe aufgefordert wurden; anders als im Fall der 1891 in Bonn geschaffenen fünf allgemeinen Geschäftsausschüsse (Handels-, Gewerbe-, Finanz-, Verkehrs- und Generalausschuß) gehörten dem 1910 eingerichteten Kleinhandelsausschuß neben vier Kammerangehörigen auch acht (ab 1913:14) Mitglieder an, die auf Vorschlag der örtlichen Handels- und Gewerbevereine bzw., falls nicht vorhanden, der für diesen Bezirk zuständigen Kammermitglieder von der Mitgliederversammlung der Bonner Handelskammer gewählt wurden.<sup>182</sup> Dennoch blieb in der Leitung der Bonner Handelskammer das Übergewicht der Industrie bestehen; hieran erinnerte nach dem verlorenen Krieg der Gewerbe- und Verkehrsverein Siegburg, als er - unter Hinweis auf die Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden - seine Mitglieder aufrief, dem Handelselement in der Bonner Kammer eine breitere Vertretung zu schaffen.<sup>183</sup>

Ausschließlich Industriellen vorbehalten blieb in der Praxis die einflußreiche Position des Kammervorsitzenden; die Tätigkeit des Bankdirektors De Limon als Stellvertreter von der Gründung der Kammer bis 1901 blieb die Ausnahme und erklärt sich mit seinem herausragenden persönlichen Einfluß in der Universitätsstadt. Als besondere Ehrung wurde De Limon nach seinem - durch Pensionierung erzwungenen - Ausscheiden bis zu seinem Tode (1910) jeweils als 17. Kammermitglied kooptiert. Ende 1901 hatte auch Julius Gauhe, der erste Vorsitzende der Kammer, sein Amt niedergelegt; ob dies mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines seiner Betriebe in Eitorf - die Alizarinfabrik war in der Krise des Jahres 1900 stillgelegt worden<sup>184</sup> - zusammenhing, bleibt offen. "Begabt mit rei-

chem Wissen, weitem Blick, hoher Urtheilkraft und seltenem Gerechtigkeitssinn" hatte er, so die in "künstlerischer Ausfertigung" übergebene Abschiedsadresse der Kammer, "zehn Jahre hindurch mit unvergleichlichem Geschick und hervorragenden Erfolgen die Geschäfte geleitet und die Interessen des Handels- und Gewerbestandes des Bezirks in wirksamster Weise zu fördern gewußt".<sup>185</sup> Anlässlich seines 70. Geburtstages ließ die Kammer ein Portrait ihres ersten Vorsitzenden malen und im Sitzungssaal aufhängen: Der Geehrte stellte in seiner Danksagung die "allzeit ... beste Harmonie" in der Kammer als Basis ihres Erfolgs heraus. Wiederum führte man das wohltuende Fehlen parteipolitischer Differenzen und konfessionsbedingter Spaltungen unter den Mitgliedern auf den "erfreulichen Geist der Zusammengehörigkeit, des Friedens und der Eintracht" zurück, den Gauhe während seiner Amtszeit "in die Kammer gepflanzt" hatte.<sup>186</sup>

Nachfolger Gauhes wurde 1902 Franz Guillaume, der jedoch bereits in der Januarsitzung des Jahres 1904 aus Gesundheitsgründen auf eine Wiederwahl verzichtete und auf die Position des Stellvertreters wechselte; nach dem frühen Tode des Euskirchener Bleiweißfabrikanten August Herder (1905) kehrte der Bonner Steingutproduzent auf den Stuhl des Vorsitzenden zurück und behielt ihn bis zu seinem Tode (1914) inne. Ihm folgte der 1905 zum Stellvertreter gewählte Friedrich Soenneken, zweiter Vorsitzender wurde Fritz von Langen. Überproportional an der Leitung der Kammergeschäfte beteiligt waren somit die jeweils führenden Industriellen aus Bonn, einer Stadt mithin, die, so die rückblickende Charakterisierung zum 20. Kammerjubiläum, "vorzugsweise und nicht ohne Berechtigung eine Universitäts- und Rentnerstadt genannt wird und in der Handel und Industrie ihre Anerkennung und Gleichberechtigung sich erst allmählich erwerben mußten".<sup>187</sup>

Zunächst noch ohne jeglichen unterstützenden Apparat, mußten Anfang 1892 die 15 gewählten Mitglieder nach mehr als zwei Jahren ihres Bemühens um die Etablierung der Institution unversehens feststellen, daß "eine Reihe wichtiger Aufgaben zugleich an sie herantraten"; nachdem der neueingestellte Sekretär Rágóczy am 15. März nach Bonn übersiedelte - erst 1911 stellte die Kammer zur Entlastung des Syndikus eine weitere wissenschaftlich vorgebildete Kraft ein -, und man auf dem Felde der Berichterstattung und Datensammlung schnell die notwendige Unterstützung von Handel und Industrie fand, zeigten sich die unentbehrlichen Kontakte zu den verschiedenen Behörden auch nach zwei Jahren "noch nicht so



befestigt ..., wie dies in anderen Bezirken der Fall" war.<sup>188</sup> Hierauf wie auf den räumlich großen Bezirk mit seinen mannigfaltigen, divergierenden industriellen Interessen führte man die Schwierigkeiten der ersten Jahre und das offensichtliche Scheitern von der Kammer verfolgter Projekte zurück.<sup>189</sup>

Welch' kuriose Züge die anfängliche Unbedarftheit der Geschäftsführung annehmen konnte, zeigt beispielhaft die Reaktion auf eine Behördeneingabe, in der die Firma Marquart ohne Quellennennung Zahlen zum Personenverkehr des Beueler Bahnhofs aus dem Jahresbericht für 1892 verwendet hatte: Höflich fragte die übergangene Kammer daraufhin beim Bonner Landrat nach, "in welcher Richtung sich die Anträge der genannten Firma beweg(t)en".<sup>190</sup> Auf der anderen Seite schlägt sich die für Interessenverbände des Kaiserreiches allgemein konstatierte Ausdehnung ihres Wirkungsanspruchs über das, "was der Außenstehende als die unmittelbaren Interessen einer Gruppe ansehen würde"<sup>191</sup> hinaus bald in den schnell umfangreicher werdenden Jahresberichten nieder.

Von Anfang an entfiel ein Großteil der laufenden Arbeit auf Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben auf verschiedenen staatlichen Ebenen; unter den 43 im Jahre 1893 beratenen "wichtigeren" Angelegenheiten rangierten sie mit neun Fällen bereits hinter den zahlreichen konkreten Behördeneingaben zugunsten der Kammerwirtschaft oder auf Veranlassung einzelner Mitgliedsfirmen.<sup>192</sup> Ausführlich beschäftigte man sich mit der anstehenden Neuordnung des Kammerrechts und setzte mit dem Votum zugunsten der obligatorischen Einrichtung von Kammern im gesamten Staatsgebiet, einer Ausdehnung der behördlichen Anhörungspflicht sowie einer allgemeinen Aufgabenerweiterung exakt auf die Punkte, an denen der Gesetzentwurf des preußischen Handelsministers von Berlepsch schließlich 1896 im Abgeordnetenhaus scheiterte.<sup>193</sup> Für den Fall einer Neuabgrenzung der Bezirke riet man zu einer Beibehaltung der bestehenden Kammern und einer Beschränkung der "großen Handels- und Industriestädte" - ausdrücklich wird Köln genannt - "thunlich in bisheriger Weise auf ihren Stadtbezirk", da man bei ihrer Erweiterung um ländliche Nachbarkreise deren Interessenvertretung nicht als gesichert ansah.<sup>194</sup>

Über die Belange der eigenen Institution hinaus versucht die Bonner Kammer, gutachterlich auf die zahlreichen Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet des Gewerbe-, Handels-, Wechsel- und Patentrechts sowie des Bank- und Münzwesens Einfluß zu nehmen und bekannte sich angesichts der fortschreitenden Industrialisierung



Deutschlands "rückhaltlos zu der modernen Auffassung der gewerblichen Verhältnisse"; in der "Mittelstands- und Arbeiterfrage" stand man nach eigenem Selbstverständnis im Kampf gegen "eine Fülle von Steuer- und sozialpolitischen Vorschriften ... , die bei dem Neid und der Mißgunst einzelner Wirtschaftsgruppen gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung Handel und Gewerbe wie mit harten Keulenschlägen trafen".<sup>195</sup>

Sichtbare Erfolge konnte die Kammer in den ersten Jahren ihres Bestehens gegenüber Behörden oberhalb der kommunalen Ebene erzielen. Der Errichtung der Reichsbanknebenstelle in Bonn (1. Oktober 1892) folgte die Gründung einer Patentschriftenauslegestelle in den Diensträumen der Kammer (1893)<sup>196</sup> und die Etablierung einer Kammer für Handelssachen am Bonner Landgericht (1894); schließlich erhielt der Bonner Güterbahnhof im Jahre 1896 auch die lange geforderte Zollabfertigungsstelle. 1902 erreichte die Kammer die Einrichtung einer weiteren Reichsbanknebenstelle in Euskirchen, doch blieben Bemühungen um eine derartige Niederlassung in Siegburg ebenso erfolglos wie die seit dem Jahre 1900 betriebene Erweiterung der Bonner Filiale zu einer selbständigen Bankstelle. Nachdem 1907 ein Vorstoß noch inhaltend beantwortet worden war, wurde die Ablehnung einer weiteren, durch umfängliche Materialien unterstützten Eingabe des Jahres 1910, abgesehen von den stockenden Gewinnen der Bonner Nebenstelle, vor allem mit dem geringen Interesse der übrigen Kreise des Bezirks begründet, "dafür sie innigere und ganz natürliche Beziehungen zu Köln, dem wirtschaftlichen Zentrum der Rheinprovinz, beständen",<sup>197</sup> eine Feststellung, die in letzter Konsequenz den 1892 erfolgten Gebietszuschnitt der Kammer in Frage stellte. Nachdem sich Hoffnungen auf eine in Bonn, dem "innerhalb der Rheinprovinz ... geeignetste(n) Ort", mit geringem finanziellen Aufwand zu errichtende staatliche Handelsakademie 1894 zerschlagen hatten,<sup>198</sup> erfuhr auf kommunaler Ebene die von der Handelskammer errichtete kaufmännische Fortbildungsschule die größte Rückendeckung. Am 1. Oktober 1895 nahm sie unter Leitung des Kammersekretärs Dr. Uhlitzsch mit 156 Schülern ihren Betrieb auf. Neben den unentgeltlich überlassenen Räumen in der städtischen Oberrealschule beteiligte sich die Stadt Bonn mit einem Zuschuß von 800 (später 1000) Mark im Jahr.<sup>199</sup> In "weiser Würdigung der großen Vorteile dieser Einrichtung" trug auch der Landkreis zu den laufenden Kosten bei. 1909 konnte die männliche Abteilung zu Gunsten der ein Jahr zuvor gegründeten städtischen Fortbildungsschule aufgelöst werden; der Ostern 1906 eingerichtete weibliche Zweig existierte, bis 1911 eine entsprechende Anstalt in

städtischer Trägerschaft eröffnet wurde.<sup>200</sup> In Hennef ging die 1900 eingeweihte gewerbliche Fortbildungsschule ganz auf Privatinitiative zurück: Der schon mehrfach genannte Industriepionier Carl Reuther stiftete das Grundstück und die Summe von 710 000 Mark.<sup>201</sup>

Vollkommen gescheitert ist die Kammer in ihren Bemühungen um den Bau einer modernen Hafenanlage am Rheinufer im Norden der Stadt, denn das zuletzt 1896/98 ausgebaute Bonner Rheinwerft konnte wegen fehlender senkrechter Kaimauern, der zu geringen Kapazität des einzigen Dampfkrans und der Ermangelung einer Gleisverbindung zu den Gewerbegebieten den Bedürfnissen von Handel und Industrie nur schwerlich gerecht werden, so daß der Bonner Schiffsgüterverkehr in keinem Verhältnis zur aufstrebenden wirtschaftlichen Entwicklung der Region stand; hier liegt neben der Kölner Konkurrenz ein weiterer Grund für die Tatsache, daß sich in Bonn nur ein "bodenständiger" Großhandel für Getreide, Milch, Obst, Gemüse, Düngemittel und Brennstoffe etablieren konnte.<sup>202</sup>

Zahlreiche Schiffer und Reedereien verweigerten den An- und Abtransport von Gütern in Bonn, andere stellten höhere Frachtraten in Rechnung. "Alle diese Bestrebungen", wiederholte die Kammer im Rückblick die gewohnten Klagepunkte, "sind daran gescheitert, daß man sich vor den aufzubringenden Kosten scheute und den Gedanken in den Vordergrund stellte, der Charakter Bonns als Rentner- und Luxusstadt werde durch solche Einrichtungen zerstört werden oder doch wenigstens leiden".<sup>203</sup>

Wie unberechtigt die auch im Falle einer Brückenverbindung zwischen Bonn und Beuel lange Zeit vorgebrachten Finanzbedenken gewesen waren, zeigt im Rückblick auf die ersten zwanzig Jahre Handelskammertätigkeit der Hinweis auf den Erfolg und die vollständige Kostendeckung des Projekts, an dessen Durchsetzung und Verwirklichung die Wirtschaftsvertretung seit ihrem Bestehen aktiv Anteil genommen hatte. Bereits bei einem vorausgegangenen Anlauf waren im Oktober 1890, nachdem sich Hoffnungen auf einen Staatszuschuß zerschlagen hatten, von praktisch der gesamten Bonner Industrie, an ihrer Spitze Marquart und Louis Wessel mit 1000 bzw. 500 Mark, Garantiebeiträge in Höhe von insgesamt ca. 35 000 Goldmark gezeichnet worden; der endgültige Beschluß der Bonner Stadtverordnetenversammlung vom 19. Januar 1894, die Brücke auch ohne finanzielle Beteiligung von Reich, Staat und Provinz zu bauen, stand wiederum unter dem Vorbehalt ausreichender Zuschüsse zur Deckung etwa entstehender Fehlbeträge während der ersten fünf Betriebsjahre. Die Zeichnungsaufforderung vom

1. Mai 1894 trägt die Unterschriften von Oberbürgermeister Spiritus und des Handelskammervorsitzenden Gauhe, das von der Kammer eingesetzte Sammlungskomitee unter Rudolf Meyer (Fahnenfabrik) und dem Kammersekretär Rágóczy erwirkte Verpflichtungsbeiträge von jährlich 51 130 Mark.<sup>204</sup>

Nur die Lektüre der gedruckten Jahresberichte vermag eine realistische Vorstellung von den Aktivitäten zu vermitteln, die die Kammer im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens auf den Gebieten Kommunikation und Verkehr entwickelte; vor allem um Eisenbahnfragen ging es immer wieder, von Bedarfsfeststellung, Linienführung und Bau bis hin zur Fahrplangestaltung und Tarifierung einzelner Güter im Fall der zahlreichen, im Gesamtbezirk bestehenden Verbindungen. Daß man sich "aus dem Gefühl der unverdienten Zurücksetzung" in der Anprangerung einer angeblichen Vernachlässigung Bonner Interessen mit weiten Kreisen über die Wirtschaft hinaus einig war, zeigt eine aufwendig gedruckte, auch von Dr. Uhlitzsch (als Kammersyndikus) unterzeichnete Denkschrift aus dem Jahre 1902 mit dem ebenso langen wie bezeichnenden Titel: "Wie die Stadt Bonn von der Königl. Staats-Eisenbahn-Verwaltung behandelt wird". Die Klagen von Handel und Gewerbe ("Es ist vorgekommen, daß reiche Fabrikanten ihren Plan, nach Bonn überzusiedeln, aufgegeben haben, weil es zu schwierig war, ihre Fabriken, um die sie sich noch kümmern wollten, von hier aus zu erreichen.") stehen neben den Interessen der Universität und der Stadtbevölkerung; in einer Anlage begründete Alfred Philippson, der später international bekannte Geograph, Forderungen nach Fahrplanverbesserungen mit wissenschaftlichen Exkursionen verschiedener Universitätsdisziplinen, z.B. in die nahegelegene Eifel, die "infolge des unglaublichen Fahrplanes der Bahn Bonn-Euskirchen" nicht als Tagesausflug zu erreichen war.

*"Ferner muß dringend verlangt werden, daß es den Bonnern möglich werde, an Sommer-Nachmittagen die Wälder des Kottenforstes und Rheinbachs zu erreichen. ... Diese Wälder sind die einzigen Hochwälder von einiger Ausdehnung in unserer Umgebung. Ich glaube nicht, daß irgend eine Stadt Deutschlands von gleicher Bedeutung von dem Besuch ihrer benachbarten Wälder in dieser Weise ausgeschlossen ist, ... Hier gehen die Interessen der Volks-Hygiene mit denen der wohlhabenden Stände sowie der höheren und niederen Schulen Hand in Hand."*<sup>205</sup>

### 3.4.3 Kommunale Gewerbepolitik vor 1914

Die große Flächenausdehnung des Kammerbezirks, der Kontrast zwischen verkehrsgünstig gelegenen und ausgesprochen verkehrsfernen, agrarisch oder gewerblich-industriell ausgerichteten Teilen, die entsprechend den wirtschaftlichen Schwerpunkten des jeweiligen Gebietes unterschiedliche Erwerbsstruktur und nicht zuletzt ein ausgeprägtes Wohlstandsgefälle zu den Rändern der Region hin schlugen sich auf kommunaler Ebene deutlich in einer differenzierten Gewerbepolitik nieder, deren Bandbreite die folgenden Beispiele aufzeigen sollen.

Unschwer zu erkennen ist, daß die Bereitschaft zur Industrieförderung dort am schwächsten ausgeprägt ist, wo Beschäftigungsalternativen bzw. kommunale Steuerquellen vorhanden sind, die Verantwortlichen in Vertretungskörperschaften und Verwaltungen mithin nicht zur forcierten Ansiedlung von Gewerbebetrieben gezwungen werden, falls eine solche nicht gar als Bedrohung etablierter Funktionen der betreffenden Kommune bekämpft wird. So betonte der Godesberger Bürgermeister Dengler im Rückblick auf seine 25jährige Amtstätigkeit, daß sich 1888 bis 1913 der industrielle Sektor in der attraktiven Wohn- und Fremdenverkehrsgemeinde nicht ausgedehnt hätte.<sup>206</sup>

*"Die klimatischen Verhältnisse, die landschaftlich bevorzugte Lage am Rhein und gegenüber dem lieblichen Siebengebirge, die hochentwickelte Gartenkultur und der fruchtbare Boden drücken der hiesigen Gegend den Stempel der Behaglichkeit auf. Sie zu erhalten ist die Hauptaufgabe, welche der Verwaltung vor Augen schweben muß; dem Erholungs- und Ruhesuchenden statt des Gewirres rauchender Schornsteine den frischen grünen Wald, statt Kohlenstaubs die nervenstärkende Rheinluft, statt des Lärms polternder Lastwagen die Ruhe zufriedener Spaziergänger und statt der ausgedehnten Geschäftshäuser ein hübsches Landhaus im Garten zu bieten, das er sich nach seinem persönlichen Geschmack einrichten kann."*

Mit Hilfe einer im Herbst 1899 von der Kommunalaufsicht gebilligten Bauordnung wurden neue Industrieanlagen auf "kleine Flurgebiete im Nordwesten Godesbergs beschränkt".<sup>207</sup> Eine Verbandstoffabrik in der Hauptstraße wurde "nach auswärts verlegt..., da ihr eine weitere Ausdehnung ... nicht gestattet werden konnte".<sup>208</sup> Die Folgen dieser Politik schilderte Denglers Nachfolger Zander Anfang 1933 plastisch, als er die von ihm betriebene Vereinigung der Ge-

meinden Godesberg, Lannesdorf und Mehlem mit der Notwendigkeit einer übergreifenden Bauleitplanung begründete: Ein Blick vom Drachenfels, so der langjährige Bürgermeister, zeige die groben Beeinträchtigungen der Landschaftsentwicklung durch die bevorzugte Ansiedlung von Industrie an den jeweiligen Grenzen der drei Einzelgemeinden ohne Rücksicht auf das Gesamtinteresse.<sup>209</sup> Auch die Ergebnisse der Gewerbebeurteilung relativieren im übrigen die von Dengler seinerzeit - ein wenig zu selbstgefällig - konstatierte Niederkunft der Industrie, denn ähnlich wie in Bonn entwickelte sich das Gewerbe mindestens im Gleichschritt mit dem Einwohnerzuwachs, und dies wohl kaum wegen der besonders herausgestellten großen Zahl "mustergültiger und leistungsstarker Schreinereien, Schlossereien und sonstiger Handwerksbetriebe".<sup>210</sup>

Auch in Bonn war das natürliche Anwachsen des Stellenwerts der Industrie im Rahmen der Entwicklung zur multifunktionalen Stadt kein Resultat aktiver Gewerbebeförderung; hier spricht die hartnäckige Weigerung, die von vielen Seiten dringend verlangten modernen Hafenanlagen endlich zu bauen, eine beredte Sprache, denn einmal waren solche Infrastrukturverbesserungen inzwischen in weit kleineren Städten Standard, zum anderen ist gerade in Bonn zwischen Reichsgründung und Weltkrieg der Aufbau einer beachtlichen kommunalen Leistungsverwaltung ohne finanzielle Überforderung der Bürgerschaft möglich gewesen.<sup>211</sup> Anders als auf dem Felde der beruflichen Fortbildung angehender Kaufleute oder Handwerker, auf dem die Handelskammer der Stadt "stets ein freundliches und opferwilliges Entgegenkommen" bescheinigte,<sup>212</sup> hielt sich in der Hafenfrage das Konzept der oft zitierten "Luxus- und Rentnerstadt" noch lange. Erst nachdem die Änderung der kommunalen Steuergrundlage in Folge des verlorenen Krieges unvermittelt die Gewerbesteuer aufwertete, kam es - der zügige Hafenausbau der Jahre 1922/24 zeigt es deutlich - auch hier zu einer radikalen Kehrtwendung. Wegen der gerade für Großbetriebe niedrigen Gewerbesteuer wäre in der Kaiserzeit dagegen die planmäßige Industrieförderung in Bonn wenig sinnvoll gewesen, denn anders als die wohlhabenden Rentner, deren Niederlassung in der Stadt die Sätze der Gemeinde-Einkommensteuer niedrig hielt, so daß auch aus Gründen der persönlichen Steuerhöhe ein Grund zu fortwährendem Zuzug bestand, verursachten Industriearbeiter Schulkosten und belasteten in Zeiten schlechter Konjunktur die Armenkassen, trugen aber, zumindest was die für die Gemeindefinanzierung wichtige kommunale Einkommensteuer betraf, wenig zu den Einnahmen bei.<sup>213</sup>

Im wesentlichen drei Gründe erklären, warum der industrielle Sektor zwischen 1871 und 1914 auch in Bonn gegen alle Hindernisse an Boden gewann. Zum einen war ein großer Teil, vorwiegend der mittleren und kleinen Betriebe, für die Versorgung der Bevölkerung und die Bedürfnisse der Universität unentbehrlich; von ihnen ausgehende "Belästigungen" mußten die Anlieger trotz aller Proteste im Interesse des Gemeinwohls ertragen. Einen nicht unerheblichen Teil der Industriebetriebe hatte die Stadt zudem erst 1904 nach der Eingemeindung der Vororte unter ihre unmittelbare Kontrolle bekommen, wenn auch indirekt schon vor diesem Zeitpunkt Belege für Fälle von Einflußnahme vorliegen: "Die Stadt Bonn", stellte man 1899 in einer Konzessionssache klar, "hat ein großes Interesse an der Freihaltung des benachbarten Kessenicher Gebiets von belästigenden gewerblichen Anlagen, da Übelstände, welche dort entstehen, auch über die Grenze hinaus auf die Bonner Verhältnisse störend einwirken würden". Auch auf dem rechten Rheinufer konnte man ein Jahr zuvor die Anlage einer weiteren Zementfabrik gegenüber der Gronau unter Hinweis auf die Erholungsfunktion der Rheinanlagen erfolgreich verhindern. Wenig Einfluß hatte man hingegen - dies zeigt die Großindustrie mit der Explosion ihrer Belegschaften - auf Betriebe, deren Konzession lange vor der Annäherung der Wohnbebauung an ihre Standorte erteilt worden war, solange sie den für Erweiterungszwecke benötigten Platz auf eigenem Grund und Boden fanden und die jeweils gültigen behördlichen Auflagen einhielten. So haben unzählige Eingaben und eine bis zum Reichsgericht geführte Serie von Prozessen gegen die Emissionen der Steingutfabrik Wessel das Unternehmen nicht von seinem Standort verdrängen können, und auch der - allerdings wegen der meist nach Beuel abziehenden Rauchschwaden weniger stark angefeindete - Konkurrent Mehlem blieb ein oft verwünschter "Fremdkörper" im imposanten Villenviertel zwischen Koblenzer Straße und Rhein. Nach der Jahrhundertwende hat man mit Unterstützung des Regierungspräsidenten geschickt anstehende Genehmigungsverfahren benutzt, um bei Erweiterungsanträgen verschärfte Auflagen für den Gesamtbetrieb oder eine gefälligere, dem Wohnumfeld angepaßte Außengestaltung durchzusetzen;<sup>214</sup> den Versuch des Unternehmens, neben dem Fabriklager an der Trajektbahn eine zweite Produktionsstätte zu errichten, wehrte die Stadt mit Hilfe der Gerichte ab.<sup>215</sup> Als Beispiel für einen Konflikt zwischen Nachbarschafts- und Arbeiterschutz sei der Streit um einen 1896 auf Antrag der Gewerbeaufsicht in der Kessenicher Jutefabrik installierten Lüftungsventilator erwähnt; den Klagen der Anwohner über das starke Dröhnen des Aggregats stellte die Behör-

de die unterträglichen Staubkonzentrationen an den Arbeitsplätzen gegenüber.<sup>216</sup>

Weitgehend verhindert wurde im kaiserzeitlichen Bonn die Neuanlage von umweltbelastenden Unternehmen der chemischen Industrie und, wegen der bereits erheblichen Grundbelastung verständlich, weiterer keramischer Betriebe, letzteres selbst in Fällen, in denen es sich um die Wiederaufnahme einer zwischenzeitlich aufgegebenen Produktion in stillgelegten Anlagen handelte. Von einer breiten Öffentlichkeit unterstützt, konnte sich die Stadtverwaltung zudem gegen die immer wieder ventilerten Pläne zur Ansiedlung geruchsbelästigender Produktionen sowie von Betrieben der Tierkörperverwertung wehren; selbst eine zentrale Sammlung und Aufbereitung der auf dem Stadtgebiet anfallenden Tierhäute wurde unterbunden, einer 1893 konzessionierten Seifenfabrik war die Verwendung animalischer Fette ausdrücklich untersagt.<sup>217</sup>

So nimmt es nicht wunder, daß die Bürgermeisterei Beuel, in der es außerhalb der Landwirtschaft kaum Beschäftigungsalternativen für die wachsende Bevölkerung gab, zum Sammelbecken neuangesiedelter Industriebetriebe wurde, die aus der Universitäts- und Rentnerstadt verdrängt wurden oder sich dort nur geringe Chancen ausrechneten. Neben dem Paradebeispiel Marquart sind hier die Produktion von Teerpappe (Andernach), Tapeten und Lackleder sowie eine Talgschmelze und mehrere Betriebe der Metallverarbeitung aufzuführen, darunter die 1907 von Bonn nach Limperich verlegte Prägeanstalt und Ordensfabrik Hoffstätter. Das Angebot an Arbeitskräften, niedrige Grundstückspreise auf dem sandig-kiesigen Gelände der höheren Niederterrassenstufe und die - 1907 vom Bonner Gewerbeinspektor ausdrücklich konstatierte - geringere Empfindlichkeit der Bewohner Beuels gegen Industriebelästigungen ließen zwischen der Eröffnung der rechtsrheinischen Eisenbahn (1871) und der Jahrhundertwende über 30 Betriebe entstehen, weitere 20 kamen bis 1914 hinzu. Von einer echten Gewerbeförderung wird man allerdings erst in der Amtszeit des Bürgermeisters Friedrich Breuer (1891-1919) sprechen können. Die Einstellung seines Vorgängers Schnorrenberg (1855-1891) zum industriellen Großbetrieb, wie er in Gestalt der Jutespinnerei unvermittelt in die Beuler Gewerbelandschaft hereingebrochen war, war von durchweg skeptischer, zuweilen sogar feindseliger Natur. Zwar war dem Bürgermeister der positive Beschäftigungseffekt bewußt und man findet ihn - mit Blick auf die örtlichen Armenkassen - bei Auseinandersetzungen um Lohnzahlung und Entlassungen häufig auf Seiten der



einheimischen Arbeiter. Die tiefgreifenden Veränderungen in Arbeitsorganisation, sozialer Lage und Zusammensetzung der Beschäftigten erschreckten ihn hingegen jeweils von neuem; dies beweist sein zäher Kampf gegen die Kinderarbeit nach 1872, in dem er tiefsitzende Vorurteile gegen den Briten Davenport und das vermeintlich von ihm nach Beuel importierte rigide englische Fabrikssystem schürte, ferner seine Klagen über die finanziellen Belastungen der Gemeinde bei Entlassungen größeren Ausmaßes, vor allem sein Unverständnis gegenüber einer Unternehmenspolitik, die wegen der Niedriglöhne die Arbeit für Einheimische zunehmend unattraktiver machte, dafür der Gemeinde das Hereinströmen hunderter ausländischer Arbeitskräfte und damit eine deutliche Zunahme administrativer Arbeit und sozialer Fürsorge zumutete, ganz abgesehen von den Integrationsproblemen der Fremden. Konsequenter hat der Bürgermeister in seiner Eigenschaft als unterste Verwaltungsbehörde bei zahlreichen Gelegenheiten gegenüber der Unternehmensleitung die Interessen "seiner" (einheimischen) Schutzbefohlenen vertreten. Im Ton weniger schroff, doch in der Sache ebenso hart, führte sein Nachfolger Breuer, besonders in der Kontrolle der sich im Beueler Osten ausbreitenden Fabrikkolonie, diese Politik weiter.<sup>218</sup>

Obwohl es bis zum Ersten Weltkrieg durchaus Stimmen gab, die zugunsten des zart aufkeimenden Fremdenverkehrs eine Industrialisierung des Kreises Waldbröl ablehnten,<sup>219</sup> mündeten die erdrückenden Beschäftigungsprobleme nach der Jahrhundertwende im Bergischen Teil des Kammerbezirks in einen verbreiteten Ruf nach der Ansiedlung von Fabrikbetrieben, wie er in den zentraler gelegenen Teilen des Gebiets nicht zu vernehmen war. Keinen bleibenden Erfolg zeigten die Bemühungen der Gemeinde Waldbröl um die Förderung von Hausindustrie; die "geringfügige gewerbliche Tätigkeit" beschränkte sich 1904 auf fünf Lohgerbereien sowie je zwei Leimsiedereien, Ziegeleien und Obstkrautfabriken.<sup>220</sup> Im Gesamtkreis konzentrierte sich die Industrie somit auf die kurze Strecke, auf der die Köln-Gießener Bahn das Gebiet berührte. 1913 zählte die Gewerbeaufsicht insgesamt 141 Betriebe mit 1302 Arbeitern im Kreis.<sup>221</sup>

Die unabdingbare Voraussetzung für eine durchgreifende Veränderung blieb eine stärkere Verkehrsanbindung, in der Sprache der Zeit ein "Anschluß des Kreises an die großen Ströme des Weltverkehrs", hatte doch vor allem die Konkurrenz besser erschlossener Regionen den Niedergang von Bergbau und Metallaufbereitung ausgelöst<sup>222</sup>, und so galten die Bemühungen der Bonner Handels-

kammer auf dem Gebiet des Eisenbahnbaues besonders "dem inbezug auf Verkehrsangelegenheiten noch sehr vernachlässigten Kreise Waldbröl". 1908 wurde hier endlich die bereits im Jahre 1900 genehmigte Strecke Wiehl-Waldbröl-Morsbach fertiggestellt, zwei Jahre später folgte die Nebenbahn durch das obere Wiehltal nach Wildbergerhütte.<sup>223</sup> Noch vor Vollendung des Bahnbaus erbat der Landrat von der Kammer, um ihre bei der Durchsetzung der Strecke geleistete Arbeit zu krönen, Hilfeleistung bei der dringend notwendigen Ansiedlung von Industriebetrieben an der neuen Linie; die wenig ermutigende Antwort aus Bonn empfahl, zunächst einen lokalen Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen nach dem Vorbild der gleichnamigen Einrichtung in Hennef zu gründen,<sup>224</sup> deren Tätigkeit in den Jahresberichten der Kammer jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

Einen Schritt weiter war der Bürgermeister von Dattenfeld, in dessen Gemeinde der Fabrikbesitzer Wilhelm Hermes aus Barmen 1907 einen Eisen- und Brückenbaubetrieb (bei Rosbach) zu errichten beabsichtigte. Widerstand gegen dieses Projekt kam aus der Stadt Köln, die eine Beeinträchtigung ihrer nahegelegenen Lungenheilanstalt durch Lärmimmissionen befürchtete, ein Argument, das der Bürgermeister indes herunterspielte: "Die Insassen der Anstalt bestehen vorwiegend aus Arbeitern, denen ein geringes Fabrikgeräusch nicht empfindlich ist, vielmehr wird ihnen das aus ihrer eigenen unterbrochenen Fabrikstätigkeit bekannt und heimisch sein." Seine Gemeinde, so der Beamte, gehöre zu den ärmsten der Provinz, die Bewohner seien hochverschuldet, zahlreiche Männer zu auswärtiger Arbeit gezwungen. "Umso freudiger muß ich als Gemeindevater zugreifen, wenn eine Fabrik, eine lohnende Stätte der Arbeit in der Heimat für die eingesessenen Arbeiter, errichtet werden soll".<sup>225</sup> Die Verbesserung der Beschäftigung durch den Brückenbaubetrieb - 1913 waren in dem für 200 Beschäftigte ausgelegten Werk 75 Arbeiter tätig - wurde allerdings durch den Abbruch des Walzwerks Schladern (zeitweise 200 Arbeiter) mehr als aufgezehrt; mangels Alternativen im eigenen Kreis pendelten Ortsansässige bis ins Eisenwerk Wissen.<sup>226</sup> Bis Elberfeld und Barmen reisten Pflasterer und Maurer aus dem Kreisgebiet; angesichts der Grubenschließungen in Morsbach und Wildberg setzte sich der Landrat für die Gewährung verbilligter Arbeiterrückfahrkarten auch über die bestehende 50-km-Grenze hinaus ein, wurde hierin jedoch von seinem Gummersbacher Amtskollegen nicht unterstützt, da dortige Unternehmer einen Entzug von Arbeitskräften befürchteten. Der in früheren Zeiten wegen der Abfederung von Beschäftigungsschwankun-

gen im produzierenden Gewerbe als positiv eingeschätzte Landbesitz der Arbeiter hatte sich in den Augen des Waldbröler Landrats "nunmehr zu einer wirtschaftlichen Kalamität schlimmster Sorte" entwickelt, da der zerstückelte Besitz nicht zur Ernährung einer Familie ausreichte.<sup>227</sup> Im Falle der 500 bis 600 vom Bergbau freigesetzten Arbeiter, die in der näheren und weiteren Umgebung Beschäftigung suchten,<sup>228</sup> waren die betroffenen Gemeinden auf dem Felde der aktiven Industrieförderung den Kommunen im wirtschaftlichen Kernraum des Kammerbezirks weit voraus: In Waldbröl z.B. verlangte und erhielt eine ansiedlungswillige Firma die kostenlose Überlassung des Betriebsgrundstücks, dessen Herrichtung für den Bau und die Übernahme der Aufwendungen für den werkseigenen Gleisanschluß.<sup>229</sup>

## **4    Kriegs- und Krisenzeiten (1914 - 1948/49)**

### **4.1    Der Erste Weltkrieg (1914 - 1918)**

#### **4.1.1    Kriegswirtschaftliche Umstellungen**

Die öffentliche Reaktion auf die Mobilmachungsnachricht ruft in Bonn ein letztes Mal den ungebrochenen Vorrang ins Gedächtnis zurück, den trotz der unverkennbaren Entwicklung zur Gewerbestadt die traditionellen stadtprägenden Faktoren im allgemeinen Bewußtsein besaßen: Vaterländische Kundgebungen und Freiwilligenmeldungen der Studentenschaft, Ausrücken der Friedenstruppen der Bonner Garnison, Mobilisierung von Reservisten, Ausbildung von Kriegsfreiwilligen, militärische Sicherung von Bahnanlagen und Rheinbrücke - all dies fand ebenso starke Beachtung wie die zahlreichen Kriegsanstrengungen der vermögenden Schichten, z.B. bei Aufbau und Finanzierung von Kriegslazaretten.<sup>1</sup>

Dagegen traten die sich abzeichnenden Auswirkungen des Krieges auf die gewerbliche Wirtschaft völlig in den Hintergrund; da sich bekanntlich jede Kriegsplanung zunächst innerhalb der Erfahrungen vorausgegangener militärischer Konfrontationen bewegt, rechnete man lediglich mit einer vorübergehenden, kurzen Störung des Wirtschaftslebens, wie sie 1870/71 eingetreten und ohne weitere Folgen geblieben war. So konnte es geschehen, daß dem Braunkohleabbau im Spätsommer 1914 über die Verluste aus Einberufungen zum Kriegsdienst hinaus weitere Arbeitskräfte für den Ausbau von Verteidigungsbauten innerhalb der Großfestung Köln entzogen wurden,<sup>2</sup> während gleichzeitig in der verarbeitenden Industrie die Produktion wegen Brennstoffmangels gedrosselt werden mußte.

Im Stadtkreis Bonn wurden während der Mobilmachungskrise mit ihren Auswirkungen auf Eisenbahnsystem und Rohstoffversorgung drei von insgesamt 23 größeren Fabrikbetrieben (Wandplattenfabrik Wessel, Tapetenfabrik Strauven, Bürstenfabrik Feldmann & Jansen) vorübergehend stillgelegt; die hier und in weiteren neun Werken mit eingeschränktem Betrieb entlassenen 1160 Männer und Frauen machten ca. 15% der Bonner Industriearbeiterschaft aus. Wie weit

die Unternehmer bei dieser Maßnahme der von der Handelskammer im "nationalen(n) Interesse" geforderten Vermeidung von Entlassungen<sup>3</sup> nachkamen, läßt sich im einzelnen nicht feststellen, fanden doch die hier vorübergehend Freigesetzten während der jetzt folgenden Umstrukturierungsphase innerhalb kürzester Frist Arbeit in der Rüstungsindustrie, den wiedereröffneten Fabriken oder nahmen die Plätze Einberufener ein; die in einigen Betrieben während der Mobilisierungskrise verfügten Lohnsenkungen beschleunigten den Wechsel von Arbeitskräften aus schlecht beschäftigten Firmen hin zu den gut ausgelasteten Herstellern von direkten oder indirekten Kriegsgütern.<sup>4</sup> Ein typischer Verlierer der kriegswirtschaftlichen Umstellungen war ohne Zweifel die Textilindustrie, besonders wenn sie, wie die Jutefabriken, auf überseeische Rohstoffe aus dem Herrschaftsbereich der Feindmächte angewiesen war. Angesichts der bei Kriegsausbruch völlig ungeklärten Lage hatte die "Westdeutsche Jutespinnerei" in Beuel zum 22. August 1914 sämtlichen Arbeitern gekündigt, gleichzeitig den Ortsbehörden die vertrauliche Zusicherung gegeben, alle in der Bürgermeisterei wohnenden Arbeiter nach Möglichkeit weiterzubeschäftigen. In der Tat regelte sich die Anpassung an das durch stark herabgesetzte Rohstoffzuweisungen verminderte Verarbeitungsniveau quasi automatisch: Neben Kriegsfreiwilligen und Einberufenen verließ ein großer Teil der italienischen Arbeitskräfte Beuel aus Furcht, der Krieg könne später eine Rückkehr unmöglich machen; weitere - jetzt willkommene - Kündigungen reichten Männer und Frauen ein, die endlich eine Gelegenheit gekommen sahen, den kümmerlich entlohten, schmutzigen Arbeitsplatz gegen eine der in Friedenszeiten heißbegehrten Stellen in den expandierenden Heeresbetrieben des Siegbereiches zu tauschen.<sup>5</sup>

Während im Stadtkreis Bonn keine Kriegsindustrie vorhanden war und mit Ausnahme der improvisierten Munitionsherstellung in vier Betrieben des zivilen Sektors auch nicht aufgebaut wurde, explodierten im Siegbereich die Beschäftigtenzahlen. Bereits Anfang 1915 hatten die Königliche Geschloßfabrik und das Feuerwerkslaboratorium in Siegburg ihre Belegschaften von 4 000 auf ca. 15 000 Arbeitskräfte aufgestockt; im Mai 1916 waren hier 16 000 Personen tätig. Zusammen mit der Troisdorfer Pulverfabrik, die nach Arbeiterrekrutierung im ganzen Reich jetzt bis zu 5 000 Menschen beschäftigte, und dem Eisenwalzwerk Mannstaedt, einer der größten Rüstungsanlagen des Bezirks, banden die Waffenschmieden des Siegbereiches im Jahre 1917 mit ca. 40 000 Arbeitskräften (unter ihnen 7 000 Frauen) nahezu das Sechsfache des Friedensbestandes. Stark auf Heereslieferungen ausgerichtet waren darüberhinaus die Maschinenfabri-

ken in Hennef und Eitorf.<sup>6</sup> Das nicht zu übersehende industrielle Wachstum des Siegkreises gab 1917 dem Landrat des Bonner Nachbarbezirks Argumente an die Hand, gegenüber der Kölner Regierung für eine Abtrennung der Bürgermeistereien Oberkassel, Königswinter und Honnef zugunsten von Bonn-Land zu plädieren.<sup>7</sup>

Zur Unterbringung der Fernzuzügler in Werksnähe mußten eigene Arbeiterheime errichtet werden, der Erlaß einer speziellen "Schlafstätten-Ordnung für Siegburg und Troisdorf war die behördliche Antwort auf die anfänglich auf diesem Gebiete registrierten "bedenklichen Mißstände". Die Masse der Neurekrutierten, so die für Mitte 1916 belegten ca. 5000 Arbeitskräfte aus Bonn, nutzte die guten Nahverkehrsverbindungen in der Region. Das außerordentlich hohe Verkehrsaufkommen der Straßenbahn Bonn-Siegburg führte während der täglichen Stoßzeiten zu chaotischen Zuständen und erforderte bauliche Verbesserungen.<sup>8</sup>

Betraff die mit zunehmender Länge des Krieges schärfer werdende Konkurrenz um Arbeitskräfte vor allem die zivile Industrie, so ist in der umliegenden Bevölkerung und besonders unter den Feldsoldaten eine wachsende Erbitterung gegen die Rüstungsfabriken unübersehbar. Zum einen beschäftigten letztere einen großen Anteil vom Militärdienst freigestellter Arbeiter, die Troisdorfer Pulverfabrik z.B. in Spitzenzeiten 3 800 Heerespflichtige. Forderungen wie die des Vilicher Bürgermeisters, die jungen Reservisten in der Siegburger Geschosßfabrik durch erwerbslose ältere Arbeiter zu ersetzen, wiesen die Militärbehörden unter Berufung auf den Spezialistenstatus der Betreffenden zurück. Zum anderen richtete sich der Unmut der Normalbevölkerung neben den hohen Nominallöhnen der Rüstungsarbeiter vor allem gegen deren Privilegierung in der Lebensmittelzuteilung; während die allgemeine Versorgung im berüchtigten "Steckrübenwinter" 1916/17 ein kritisches Niveau erreichte,<sup>9</sup> bauten die Fabriken ihr System der Lebensmittelabgabe zur Aufstockung der offiziellen Rationen weiter aus. Die Troisdorfer Pulverfabrik gab ab 1917 täglich vier Mahlzeiten aus und ergänzte zu deren Herrichtung die offiziell zugewiesenen Lebensmittel im Wert von etwas über einer Million Mark durch Zukäufe auf dem "Freien Markt" im mehr als fünffachen Wert. Der vom Werk erworbene Sieglarer "Schirmhof" mit 380 Morgen Land diente der Milchproduktion für die Säurearbeiter, hinzu traten die Schweinemast zur Verwertung der Abfälle aus den Werksküchen und der Gemüseanbau. Werkseigenes Vieh auf den Weiden der näheren Umgebung, ein Metzgereibetrieb mit angeschlossener Wursterei und - von der unzufriedenen Arbeiterschaft

erzwungen - eine eigene Bäckerei rundeten die Autarkiemaßnahmen ab.<sup>10</sup>

Für die Masse der Industrieunternehmen im Kammerbezirk setzte nach Überwindung des Kriegsschocks eine Anpassungsperiode ein: Bestehende kriegswichtige Produktionen wurden ausgeweitet, andere Zweige, soweit möglich, umgestellt, kriegsunwichtige Industrien stillgelegt. Auch nachdem im Verlauf des Krieges die gesetzlichen Grundlagen geschaffen wurden, bewerkstelligte die Industrie diesen Anpassungsprozeß im wesentlichen ohne Einschaltung staatlicher Stellen.<sup>11</sup>

Bei einem erheblichen Teil der Firmen betrafen Veränderungen lediglich die Abnehmerseite. Chirurgische Instrumente, Verbandstoffe und Pharmazeutika aus Bonner Produktion stellten die Versorgung der Lazarette sicher; ein Kölner Unternehmen erweiterte seine in Kuchenheim (Kreis Rheinbach) bestehende Verbandstofffabrikation; 300 000 Krüge mit Roisdorfer Mineralwasser gingen zu Weihnachten 1914 an die Westfront.<sup>12</sup> Als Zulieferer der Waffenschmieden tätig waren Unternehmen der Maschinen- und Metallwarenindustrie sowie der Apparateherstellung; typische "Friedensprodukte" wie Drehbänke wurden jetzt zur Umstellung von kriegswichtigen Fabrikationsanlagen auf Munitionsherstellung verlangt; sogar die durch eine fast vollständige Einstellung ziviler Bauvorhaben getroffene Wandplattenfabrik Wessel fand Ersatz in erheblichen Lieferungen von Kacheln für die Pulverfabriken.<sup>13</sup> Unter den beschlagnahmten Industriebetrieben in englischem Mehrheitsbesitz wurde die Schladerner Kupferrohrfabrik als kriegswichtig eingestuft;<sup>14</sup> als ein Beispiel für enteigneten Auslandsbesitz von Kammerfirmen ist das nordfranzösische Zweigwerk des Baustoffherstellers Andernach (Beuel) zu nennen.<sup>15</sup>

Daß das Deutsche Reich wirtschaftlich auf einen länger anhaltenden Krieg nicht vorbereitet war, ist den Verantwortlichen nach dem Verfliegen der Kurzkriegs-Illusionen schmerzlich bewußt geworden. Trauriges Anschauungsmaterial für administrative Fehlentscheidungen bietet im Bonner Kammerbezirk die Zuckerwirtschaft. Noch im August 1914 wurde ein Ausfuhrverbot für Zucker erlassen, doch statt die überschüssigen Bestände für die abzusehende Zeit der Verknappung einzulagern, wies man sie, den angeblichen "Ruin des Inlandsmarktes" vor Augen, der Landwirtschaft zur Verfütterung zu. Die Verminderung der Rübenanbaufläche durch behördliche Anweisung zum Getreideanbau, des weiteren rückläufige Ernteerträge wegen Kunstdüngermangels und fehlender Arbeitskräfte senkten die Ver-



arbeitsmenge, so daß bei Pfeifer & Langen zur besseren Auslastung der Werke Elsdorf und Euskirchen der Betrieb in Elsen stillgelegt wurde; an die Reichsmonopol-Verwaltung verpachtet, diente er der Herstellung eines Rohstoffs zur Munitionsherstellung. In Fortschreibung der Friedenstraditionen erhielten die verbleibenden Raffinerien Rohzucker aus anderen Anbaugebieten zugewiesen; dagegen scheiterte der Versuch, Rüben aus dem besetzten Belgien und Nordfrankreich nach Euskirchen und Elsdorf zu transportieren: Die im Spätwinter 1915 eintreffenden Sendungen waren für die Zuckergewinnung unbrauchbar. Wie vielerorts wurde auch auf anderen Gebieten die Industrie einer Verbesserung der Ernährung dienstbar gemacht; bei Pfeifer & Langen waren es Erdkohlrabi und Futterrüben, die hier im Auftrage der Kölner Stadtverwaltung zu Trockengemüse verarbeitet wurden.<sup>16</sup>

Obwohl Einschränkungen im Rohstoffimport und die sinkenden Inlandsanlieferungen von Tierhäuten als Ergebnis gesunkenen Viehbestandes die Produktion begrenzten, litten die großen Lederfabriken des Kammerbezirks nach Kriegsausbruch nicht an Umstellungsschwierigkeiten, am wenigsten natürlich die Gammersbachsche "Militäreffektenfabrik" in Roisdorf, die binnen Jahresfrist die Belegschaft von 100 auf 400 Arbeiter steigerte und zusätzlich Kriegerfrauen in Heimarbeit beschäftigte.<sup>17</sup> Oberleder für Militärstiefel produzierte neben der Duisdorfer Lederfabrik auch der Lacklederhersteller Jaeger in Bonn, statt für Exportmärkte jetzt für die Heeresverwaltung. Die hohen Gewinnmargen besonders der ersten Kriegsmonate, die unter Kriegsbedingungen nicht für Investitionen einsetzbare Liquidität und das Privatvermögen der Eigentümer erlaubten die Zeichnung von Kriegsanleihen in Höhe von 6,5 Mio. Mark.<sup>18</sup>

Auf dem Textilsektor bildete die Euskirchener Tuchproduktion insofern eine Ausnahme, als die schon vor 1914 als Armeelieferanten ausgewiesenen Firmen bis zur Kapazitätsgrenze weiterarbeiteten; insgesamt 11,4 Mio. Meter Uniformtuch gingen in den Kriegsjahren an die Militärverwaltung.<sup>19</sup> Ganz anders stellte sich die Lage der großen Textilfabriken des Bezirks dar. Im Falle der alteingesessenen Kattundruckerei Rolffs in Siegburg beschleunigte der Kriegsausbruch nur eine bereits eingeleitete Umstellung. Mit der handelsrechtlichen Eintragung des "Siegwerk Chemisches Laboratorium" im Jahre 1911 hatte die Entwicklung der Kattundruckerei hin zu einer chemischen Fabrik begonnen, denn die aufkommende Kunstseide kostete die Baumwolle Marktanteile, so daß der Absatz von Kattundrucken stark rückläufig war. Verhandlungen mit Konkurrenzfirmen

sahen zur Verminderung der Überproduktion die schrittweise Übernahme der Fabrik Siegfeld und ihre anschließende Stilllegung zwischen dem 1. Juli und dem 1. Oktober 1914 vor. Angesichts der drohenden Entlassung von ca. 750 Arbeitern beauftragte der zu einer Sondersitzung zusammengekommene Stadtrat den Bürgermeister, Ersatzarbeitsplätze bei Fabrikunternehmen der Umgebung zu sondieren, doch erledigte sich das Problem durch den Kriegsausbruch und die umfangreichen Einstellungen der Königlichen Werke in Siegburg von selbst.<sup>20</sup>

Ursächlich dem Krieg zum Opfer fiel die "Mechanische Jutespinnerei" in Bonn, die bis 1914 trotz periodisch wiederkehrender Klagen über Arbeitskräftemangel ihren gewohnten Geschäftsumfang aufrechterhalten hatte: Während die Beueler Konkurrenz zur Jahreswende 1916/17 ihre Belegschaft bei ca. 500 Kräften, knapp der Hälfte des Friedensstandes, stabilisieren konnte und ihre Rohstoffgrundlage auf einheimische Fasern (Flachs, Hanf) sowie Papiergarne umstellte, gehörte das als "Nicht-Höchstleistungsbetrieb" eingestufte Kessenicher Werk zu den drei deutschen Jutefabriken, deren Stilllegung der Juteverband Ende 1917 zwecks Konzentration von Arbeitskräfte- und Materialeinsatz verfügte. Zur Entschädigung standen den betroffenen Firmen ein durch Umlage bei den aktiven Werken aufgebracht Ausgleichsbetrag von monatlich zwei Mark pro Spindel bzw. 20 Mark pro Webstuhl zu. Gleichzeitig wurde die Gesellschaft als mehrheitlich in britischem Besitz befindliches Unternehmen am 15. November 1917 unter Zwangsverwaltung gestellt. Der im Sommer 1918 endgültig geschlossene Betrieb ist auch nach Kriegsende nicht mehr in Gang gesetzt worden, so daß im Kernraum des Kammerbezirks nur Beuel und Eitorf als Textilstandorte die Zäsur der Jahre 1914-1918 überlebten.<sup>21</sup>

Dagegen verdankte die Kammerwirtschaft dem Kriegszustand, daß die 1914 wegen ihrer Lage im Kölner Festungsgürtel aus Efferen verdrängte Papierfabrik Halstrick nach Stotzheim verlegt wurde, wo sie sich nach 1945 zu einem der größten Arbeitgeber der Region entwickelte.<sup>22</sup>

Zwischen den Extremen der stark beanspruchten Rüstungsindustrie einerseits und den Verlierern im kriegswirtschaftlichen Ausnahmezustand (Textilindustrie, Goldleistenfabrikation, ziviles Baugewerbe) andererseits<sup>23</sup> retteten die großen Steingutfabriken und die in Bonn bedeutende Schreibwaren- und Büromöbelindustrie ihre Existenz über den Krieg hinweg. Ende 1914 konnte Walter Guillaume, nach dem Tode seines Vaters Chef der Firma F.A. Mehlem,

die Geschäftslage weit positiver einschätzen, als dies bei Kriegsausbruch möglich gewesen war. Ein großes Lager englischer Rohmaterialien erleichterte die zeitraubende Umstellung auf einheimische Grundstoffe, und die Lähmung des Eisenbahnwesens traf das auf den Wasserweg ausgerichtete Werk weniger als den Konkurrenten Wessel in Poppelsdorf. Entlassungen in der kostenintensiven Malerei erforderte der Wegfall der Märkte in England und Frankreich; zu Lasten der Qualitätsware verlegte man sich auf die Produktion billiger Stapelartikel. An mittelbarem und unmittelbarem Kriegsbedarf lieferte Mehlem Teller und Sanitärkeramik für Marine und Staatseisenbahnen, Wessel keramische Ausrüstungsgegenstände für Kriegsküchen, Werkskantinen und die Verwundetenfürsorge. Ebenfalls als Heeresbedarf eingestuft waren umfangreiche Lieferungen von Schreibgeräten und Büroartikeln der Firma Soennecken; die "zu einem Übermaß sich steigernde Schreibarbeit" einer überbordenden und durch Kompetenzchaos und fehlende personelle Kontinuität aus dem Tritt geratenen Kriegsbürokratie ist damals auch von den Verantwortlichen selbst kritisch beobachtet worden.<sup>24</sup> In Soenneckens Büromöbelfabrik wurden über die gewohnte Produktpalette hinaus Barackenbestandteile, z.B. für die Siegburger Geschosßfabrik, gefertigt. Trotz starker inländischer Nachfrage hielt die Firma mit Blick auf das künftige Friedensgeschäft die traditionellen Exportverbindungen zumindest zum neutralen Ausland aufrecht.<sup>25</sup>

Da bei Produkten für den zivilen Markt das Überwälzen von Kostensteigerungen auf den Abnehmer nur in begrenztem Umfange möglich war, erwies sich die Lohnkonkurrenz der nahegelegenen Rüstungsbetriebe sehr bald als schweres Handicap in der schwieriger werdenden Arbeitskräfteversorgung. Anfang 1915 wandte sich Handelskammerpräsident Soennecken in dieser Sache an die Berliner Regierung; die von dort angeforderte Stellungnahme des Kölner Regierungspräsidiums bestätigte die verbreiteten Klagen der Privatindustrie und räumte ein, daß auch die Ausdehnung der Arbeiterrekrutierung auf ein weites agrarisches Hinterland das monierte Lohngefälle nicht beseitigen konnte. Neben den in der Rüstungsindustrie herrschenden höheren Anforderungen an die Arbeiter (z.B. Elfstundentag) beriefen sich die Militärbehörden in ihrer Rechtfertigung auf die Vorrangstellung der Kriegsproduktion: " ... nicht der Staat als Arbeitgeber, sondern die Notwendigkeit, die Herstellung von Artilleriemunition mit allen nur zur Verfügung stehenden Mitteln zu steigern, hat die Lohnsteigerungen hervorgerufen." Dem - mit einer Granatendreherei selbst am Rüstungsgeschäft beteiligten - Antragsteller Soennecken, so der Bescheid mit einem Seitenhieb auf

die Abhängigkeit der Firma von den Militärbehörden, werde "wohl sehr viel daran gelegen haben, jetzt Aufträge zu erhalten", um den Betrieb vor der Schließung zu bewahren.<sup>26</sup>

Besonders in den auf männliche Arbeiter angewiesenen keramischen Fabriken begrenzte in der Phase verschärfter Kriegswirtschaft ab 1916 die schlechte Arbeitskräfteversorgung neben transportbedingten Unterbrechungen der Rohmaterial- und Kohlenzufuhr die wirtschaftliche Aktivität; hieran änderte auch der - im Vergleich zur Rüstungsindustrie ohnehin geringe - Einsatz von Kriegsgefangenen (1. Februar 1916: Wessel Poppelsdorf: 69; Wandplattenfabrik: 22; Mehlem: 59; dagegen: Pulverfabrik Troisdorf: bis zu 1200 Gefangene) nach Einberufung der "letzten brauchbaren Arbeiter" nur wenig, zumal sie in der Endphase des Krieges weder durch Prämien noch durch Zusatzverpflegung zu höherer Leistung zu motivieren waren.<sup>27</sup>

Nimmt man die Beschäftigtenzahlen während der Kriegsjahre zum Maßstab, so stellte sich die Bonner Industrie mindestens im selben Maße als Verlierer dar, wie sich der Siegkreis zum Beschäftigungsmagneten der Region entwickelte. Während im größeren Wirtschaftsraum des Regierungsbezirks Köln die Anzahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten zwischen 1913 und 1918 in etwa stabil blieb, die Verluste durch Kriegsdienst also per Saldo durch Zuwanderung von außen bzw. eine höhere Erwerbsquote der Zivilbevölkerung ausgeglichen wurden, verlor die Bonner Industrie während desselben Zeitraumes 31% der 1913 im Stadtkreis vorhandenen Betriebe und Arbeitsplätze, im Landkreis ging die Zahl der Unternehmen um 40%, die der Beschäftigten um 35% zurück. Obwohl die absolute Zahl weiblicher Arbeiter in der Industrie der Stadt Bonn 1918 die Marke des letzten Friedensjahres nur um gut 350 Kräfte überstieg, hatte sich wegen der geschrumpften Basis der prozentuale Anteil an den Beschäftigten auf ca. 40% verdoppelt. Innerhalb der Industrie des Stadtkreises ist besonders der Bedeutungsverlust der fünf größten Fabrikunternehmen zu verzeichnen, deren Anteil an den Industrieschäftigten von mehr als 45% im Jahre 1913 bis 1917 auf unter 30% sank; entsprechend dem reichsweiten Trend verschob sich die Umverteilung der Beschäftigung von der Keramik- und Textilindustrie hin zu den zahlreichen metallverarbeitenden Betrieben.<sup>28</sup>

Einen Rückschluß auf die Arbeitskräfteversorgung der Industrie während des Krieges läßt auch die jeweilige Einberufenenquote mit ihren von Kreis zu Kreis unterschiedlichen Ergebnissen zu. Mit 36,5% bzw. 35% der männlichen Bevölkerung lagen Anfang 1917 die Stadtkreise Köln und Bonn weit über dem bezirklichen Durch-

schnitt von 31,6%. Die Massierung von freigestellten Arbeitern in der Rüstungsindustrie ließ den Siegkreis mit 24% noch unterhalb der Agrarkreise Rheinbach und Waldbröl (26%) an letzter Stelle im Kammerbezirk rangieren.<sup>29</sup>

Eine Beurteilung der auf Kreisebene erbrachten Kriegsleistungen durch den Regierungspräsidenten vom Mai 1916, die dem Bergheimer Landrat eine musterhafte Amtsführung bescheinigt und auch im Kreis Bonn-Land "alle Aufgaben der Kriegswirtschaft auf das Beste erfüllt" sah, betont ein weiteres Mal die Sonderstellung des Waldbröler Gebiets, das, so die Aussage seines höchsten Verwaltungsbeamten, unter den benachbarten Kreisen am wenigsten unter dem Krieg zu leiden hatte, zumal die in den wenigen gewerblichen Betrieben Entlassenen in den Siegburger Munitionsfabriken untergekommen waren:<sup>30</sup> "Bei der Eigenart dieses Kreises, in dem der Mangel eines wirtschaftlich gefestigten Mittelstandes die Mitarbeit der Selbstverwaltungskörperschaften hemmt und manche Widerstände ... zu überwinden waren, ruhte die gesamte Arbeitslast in erhöhtem Maße auf den Beamten, insbesondere dem Landrat."<sup>31</sup> Dieser Einschätzung entspricht auch die geringe Einbindung des Kreises in die Kammerarbeit während der Vorkriegsjahrzehnte, der Gewerbesteueranteil von nur 1,3% des Bezirksaufkommens sowie die Tatsache, daß Waldbröl nur 19 der insgesamt 1199 potentiellen Wähler zur Handelskammer stellte und seine Interessen in Bonn durch einen Gebietsfremden vertreten ließ.<sup>32</sup>

#### **4.1.2 Die Handelskammer Bonn in der Kriegswirtschaft (1914-1918)**

Unter der Prämisse einer voraussichtlichen Kriegsdauer von neun Monaten gab es wenig Veranlassung zu einer kriegswirtschaftlich geplanten Mobilisierung der Volkswirtschaft; selbst im engeren Bereich der Rüstungsgüter hatten die militärischen Experten den voraussichtlichen Verbrauch weit unterschätzt, einen "Abnutzungskrieg" mit seinen "Materialschlachten" nicht ins Kalkül gezogen. Ähnliches galt auf dem Gebiet der Ernährung. Da nach Kriegsausbruch die Landwirtschaft zugunsten der Armee und der Rüstungsindustrie vernachlässigt wurde, konnte der vergleichsweise hohe

Selbstversorgungsgrad der zurückliegenden Friedensperiode nicht aufrechterhalten werden.<sup>33</sup>

Die auf dem Gebiet der Rohstoffbewirtschaftung begonnene und schnell auf weitere Bereiche ausgedehnte Umstellung der Wirtschaft in Richtung auf eine selbstverantwortliche, zentrale Steuerung erforderte mangels existierender Verwaltungsstellen die Beteiligung der bestehenden Wirtschaftsvereinigungen: Ihre Doppelrolle als Bündlungsfaktor der regionalen Wirtschaftsinteressen und Steuerungsinstrument staatlicher Politik (als öffentlich-rechtliche Körperschaft) prädestinierten die Handelskammern zur Übernahme einer Fülle kriegsbedingter Sonderaufgaben.<sup>34</sup> Gemäß der durchweg nationalen Einstellung ihrer führenden, tief in den Anschauungen des Großbürgertums der wilhelminischen Epoche verwurzelten Mitglieder sind Wille und Bereitschaft zur Mitwirkung ausnahmslos hoch anzusetzen; dies läßt sich beispielsweise aus dem Telegramm ablesen, das Friedrich Soennecken für die Bonner Handelskammer anlässlich der Feier ihres 25jährigen Bestehens an Reichskanzler und Handelsminister absandte:<sup>35</sup>

*"Wir geloben, getreu den Überlieferungen unserer Kammer all unsere Kräfte einzusetzen für des Vaterlandes Kraft und Herrlichkeit, für das Gedeihen von Handel und Industrie, für die Wohlfahrt des gesamten Volkes. Bedroht durch die tückischen, hinterlistigen Anschläge unserer Feinde, die unser blühendes Wirtschaftsleben zu vernichten, unser fleißiges, rühriges Volk zu einem Sklavenvolk zu machen streben, wollen wir bereit sein, auch das letzte einzusetzen, um diese Anschläge zunichte zu machen und uns so unseren Brüdern im Felde würdig zu erweisen, die mit unvergleichlicher Tapferkeit und opferfreudigem Mute hier Übermenschliches leisten. Nicht rasten wollen wir, bis die unsagbaren Schäden und Wunden dieses schrecklichen Krieges, den wir schauernd und ehrfürchtig zugleich durchleben, wieder geheilt sind und schöner und kräftiger als je die Blüte des deutschen Schaffens und Wirkens in der Welt sich entfaltet."*

Es ist bezeichnend, daß Kammerpräsident Soennecken - er hatte Ende 1915 die auf dem Bonner Münsterplatz aufgestellte "Arndt-Eiche" (nach Nagelung durch die Bürgerschaft: "Arndt-Eiche in Eisen") gestiftet - noch 1918 in seiner Fabrik Durchhalteparolen anbringen ließ, die allerdings bald "böswillig beschmutzt" oder abgerissen wurden;<sup>36</sup> die Reaktion des Präsidenten auf die Novemberereignisse führt schließlich noch einmal plastisch vor Augen, in welcher Ahnungslosigkeit die Desinformationspolitik der Obersten Heeresleitung durchaus auch Mitglieder der führenden Schichten

des Volkes gehalten hatte.<sup>37</sup>

*"Mit unerhörter Wucht ist fast über Nacht über unser Vaterland ein geradezu vernichtendes Geschick hereingebrochen. Noch vor wenigen Monaten glaubten wir an einen baldigen glücklichen Ausgang des ungeheuren Völkerringens, gestützt auf die unermeßlich großen Erfolge unserer todesmutigen tapferen Heere, auf die nicht minder unübertroffenen Leistungen unserer heimischen Industrie und auf die überaus bewundernswerte Ausdauer unseres Volkes in der Heimat. ...All unsere Hoffnungen sind vernichtet, wir stehen vor einem Trümmerhaufen, unter dem Deutschlands Glück und Größe, Deutschlands Blüte und Wohlstand begraben liegt. Eine politische Umwälzung im Innern hat Platz gegriffen, wie sie selbst eine glühende Phantasie niemals für möglich erachtet hätte und alle Begriffe von Autorität und Disziplin scheinen über den Haufen geworfen zu sein."*

Worin bestanden die Kriegsanstrengungen der Bonner Handelskammer im einzelnen? Die umfangreichen Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen, wie sie sich durch die Jahresberichte der Friedenszeit ziehen, werden nach 1914 durch aktive Mitarbeit der Wirtschaftsvertretung an der Durchführung von Aufgaben verdrängt.<sup>38</sup> Nur größere und leistungsfähige Kammern waren den an sie gestellten Anforderungen gewachsen; bezeichnenderweise ergriff der Staat noch während des Krieges die Initiative zur Bildung umfassenderer Handelskammerbezirke, und auch die freien Verbände konnten in Konkurrenz zu den Kammern durch Übernahme kriegswirtschaftlicher Aufgaben ihre Stellung festigen.<sup>39</sup>

Dennoch: Kaum ein Bereich des Wirtschaftslebens blieb während des Krieges frei vom Einfluß der Handelskammern, und trotz der vorübergehenden Natur mancher in staatlicher Auftragsverwaltung oder aus eigener Initiative übernommener Aufgaben gewann die Institution an Bedeutung.<sup>40</sup>

In der Praxis hatten die Kammern unmittelbar nach Kriegsausbruch schnell der "Schockwirkung der Kriegserklärung im kaufmännischen Bereich" (Kündigung von Lieferverträgen, abrupte Änderung der Zahlungsmodalitäten, überstürzte Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen) entgegenzuwirken.<sup>41</sup> Bereits am 3. August 1914 ließ die Bonner Geschäftsführung über die Landratsämter 600 Plakate mit einem Aufruf gegen die Zurückweisung des Papiergeldes und das Horten von Edelmetallmünzen verteilen; am 9. November folgte der Aufruf zum Eintauschen von Gold- gegen Papiergeld. Von den im selben Monat zurückgeflossenen Münzen im Wert von 1,2 Mio. Mark schrieb die Kammer zwei Drittel ihrem unmittelbaren Einfluß zu. Mit Ausnahme von "überhänglichen Personen" - eine Erklärung



der im Frühjahr 1915 noch vorhandenen Restbestände - hätten die Städter positiv reagiert, doch schätzten mit dem "Landpublikum" vertraute Händler die dortige Hortungsmentalität als höher ein.<sup>42</sup> Die schwierige Stellung der Kammer zwischen divergierenden Interessen tritt z.B. in einer Zeitungsannonce vom 5. August 1914 hervor, die sich gegen die verbreiteten Hamsterkäufe der Verbraucher wandte, gleichzeitig den Handel warnte, die Situation zu Preisaufschlägen zu nutzen; zu einer noch heikleren Aufgabe sollte sich die Begutachtung von Firmenanträgen auf Zurückstellung unentbehrlicher Arbeitskräfte entwickeln.<sup>43</sup> Weitere Anzeigen "An das Publikum" riefen zur pünktlichen Begleichung fälliger Rechnungen auf, ein Thema, das sich neben behördlichen Erlassen und Anordnungen auch in den seit dem 3. August 1914 in unregelmäßigen Abständen erscheinenden "Mitteilungen der Handelskammer zu Bonn" wiederfindet. Unter Regie der Handelskammer standen sachverständige Bonner Bürger täglich in einer Auskunftsstelle zwecks Beratung von Handels- und Gewerbebetrieben zur Verfügung, deren Leiter Kriegsdienst leisteten; mit Hilfe eines "Einigungsamtes" versuchte die Wirtschaftsvertretung, Differenzen zwischen Gläubigern und Schuldern, Lieferanten und Auftraggebern gütlich zu regeln.<sup>44</sup> In Ausweitung der Tätigkeit behördlichen Charakters wurde die Kammer bei der Erfassung und Verteilung von Rohmaterialien und Waren sowie der Eignungsprüfung potentieller Heereslieferanten und der Anmeldung von Forderungen an Schuldner im Herrschaftsbereich der Feindmächte herangezogen. Als Gutachterinstanz in Fragen der Preisbildung bei Artikeln des täglichen Bedarfs setzte sie sich bei Anzeigen wegen "Kriegswuchers" dafür ein, generell auch die Interessen des Handels zu berücksichtigen; von der Kammer benannte Sachverständige wirkten in staatsanwaltlichen Ermittlungssachen mit.<sup>45</sup>

In der zweiten Kriegshälfte wurde die durch Münzhortung hervorgerufene Verknappung von Kleingeld im Handel und bei Lohnzahlungen immer stärker fühlbar, so daß Anfang 1917 ein engerer Ausschuß der Handelskammer zusammen mit dem Bonner Beigeordneten Bottler eingehende Erkundigungen über anderenorts getroffene Ersatzlösungen anstellte. Obwohl die Bonner Handelskammer die schließlich vereinbarte Herausgabe von Notgeld lieber den Kommunalverbänden überlassen hätte, "weil damit dem Ersatzgeld eine größere Kreditfähigkeit verliehen" worden wäre, erklärte sie sich schließlich zur Übernahme der Aufgabe bereit, allerdings "unter Garantie der beteiligten Kommunalverbände, und zwar nach Maßgabe der Bevölkerungszahl".<sup>46</sup> Wie der Siegburger Landrat bereits

angedeutet hatte, war die "Kalamität mit dem Kleingeld ... vornehmlich auf die Städte beschränkt": Der Kreis Rheinbach machte seine Einbeziehung "entsprechend dem geringeren gewerblichen Verkehr im Kreise" von einer Kostenumlage auf Basis der Handelskammerbeiträge abhängig, in Waldbröl und Bergheim sah man kein Bedürfnis; im Kreis Euskirchen bestand ein solches nur für den Hauptort. So beschränkte sich die von den Berliner Behörden "in angemessenen Formen" geduldete, keineswegs förmlich genehmigte Herausgabe von insgesamt 100 970 Fünzigpfennigscheinen durch die Handelskammer auf die beiden Bonner Kreise und den Siegburgkreis.<sup>47</sup> Im Nachhinein erwiesen sich die Befürchtungen einer zusätzlichen Kostenbelastung der Kreiskassen als gegenstandslos; bei der Einziehung des bis zum 31. Oktober 1919 gültigen Ersatzgeldes wurden 46% der ausgegebenen Scheine nicht eingelöst. Bereits unmittelbar nach der Emission trafen zahlreiche Anfragen von Sammlern und Münzhandlungen ein.<sup>48</sup> Angesichts der strengen Rechtsauffassung der Handelskammer, die auf Hinterlegung eines gesperrten zinslosen Reichsbankguthabens in Höhe des Notgeldbetrages statt der von den Kreisen bevorzugten Hinterlegung von Wertpapieren bestanden hatte, verzichteten die Kommunalverbände bei weiteren Notgeldaussgaben (Münzen und Scheine) auf die Mithilfe der Wirtschaftsvertretung.<sup>49</sup>

Auf dem Gebiet des Berichtswesens setzte eine Verfügung des Handelsministeriums den herkömmlichen Lageeinschätzungen durch die Kammern ein Ende, so daß die Lokalbehörden auf direkte Erkundigungen bei einzelnen Firmen angewiesen waren; ein letzter Bericht des Bonner Handels- und Gewerbevereins vom 30. November 1914 betont die - auch nach Überwindung der Mobilmachungskrise anhaltenden - Schwierigkeiten im Handel mit Waren des elastischen Bedarfs (Konfektion, Modeartikel, Juwelen, Uhren); die als Reaktion verfügte überproportionale Lohnsenkung für weibliches Personal dürfte die für das Jahr 1914 charakteristische Umschichtung auf dem Arbeitsmarkt beschleunigt haben.<sup>50</sup>

Ohne die gewohnten Jahresberichte kommt der ausführlichen Rückschau, die die Bonner Kammer im April 1918, mehr als ein Jahr nach Wiederaufnahme der behördlichen Immediatberichte<sup>51</sup>, dem Bonner Oberbürgermeister auf Anforderung erteilte, eine besondere Bedeutung als Quelle für die Kalamitäten der kriegswirtschaftlichen Ausnahmesituation zu: Rohstoffmangel und Transportprobleme, "ein nie gekannter Warenhunger, eine Warennot", der für Kaufleute und Produzenten ungewohnte Zwang, die Lieferwünsche der Kun-

den zu dämpfen, "statt durch rege Propaganda die Kauflust zu reizen", immer wieder die durch Kriegslänge und den Masseneinsatz von Soldaten bedingte Arbeitskräfteknappheit. Hatte man zum 25jährigen Jubiläum der Kammer dem Reichskanzler noch die "vollste Zustimmung zu Eurer Exzellenz weiser Politik" übermittelt, so ist in der Endphase des Krieges von einer siegreichen Beendigung des Ringens keine Rede mehr, die Kritik unüberhörbar: Neben ungeschickten, von "Bürokratismus und Schematismus" geprägten behördlichen Eingriffen, die "nicht selten den Stempel der Flüchtigkeit und Unklarheit an sich trugen .... häufig genug das gerade Gegenteil von dem herbeiführten, was beachsichtigt war", werden vor allem die Hypotheken für die kommende Friedenswirtschaft aufgezeigt. Durchaus realistisch schätzte man dabei die fatale Unterbrechung der Exportbeziehungen ein, den "Wirtschaftskrieg gegen die verbündeten Mittelmächte", die Erfolge überseeischer Staaten, "sich schon jetzt von dem europäischen Markte freizumachen und die Gebiete zu erobern, die sonst von Europa beherrscht wurden". Auch die - im Vergleich zur Kaiserzeit ungleich härteren sozialen Verteilungskämpfe der Weimarer Zeit sah man bereits 1918 voraus: "Arbeiterkreise verfügen heute über ... Einkommen, die selbst Festbesoldeten in gehobenen Stellungen nicht zufließen. ... Ein Zurückschrauben der geltenden Löhne wird, wenn man sich auch in Gewerkschaftskreisen nicht darüber im Unklaren ist, daß die hohen Lohnsätze nur eine vorübergehende Erscheinung sein können, nicht ohne erhebliche Kämpfe vor sich gehen."<sup>52</sup>

## 4.2 Wirtschaftsentwicklung und Kammergeschichte in der Zwischenkriegszeit

### 4.2.1 Übergangswirtschaft, Besatzung, Ruhrkampf und Inflation

Das abrupte Ende der Erzeugung von Rüstungsgütern, die nur zögernd anlaufende Friedensproduktion und die Wiedereingliederung demobilisierter Soldaten in den Wirtschaftsprozeß ließen allein im Stadtkreis Bonn während des Dezembers 1918 die Zahl der Erwerbslosen von 1000 auf 2300 hochschnellen. Bereits Anfang 1919 kehrte sich der Trend um; trotz eines beträchtlichen Zuzugs aus dem stärker vom Wegfall der Rüstungskapazitäten betroffenen Umland sank die Erwerbslosenzahl im Laufe des März unter die Marke von 1000, die Landwirtschaftskammer sondierte schon wieder die vor 1914 praktizierte Beschäftigung polnischer Wanderarbeiter im Zuckerrübenanbau. Wenn nach Aussagen der Arbeitsmarkstatistik die kritische Anfangsphase der Übergangswirtschaft im Frühjahr 1919 abgeschlossen war, so wirkte sich hier einmal die Einführung des Achtsturentages als "unzweifelhaft ... segensreich"<sup>53</sup> aus, zum anderen profitierte man jetzt von der relativ geringen Ausrichtung der Bonner Unternehmen auf die reine Rüstungsproduktion und der - besonders bei Soennecken und den keramischen Fabriken - zurückgestauten Friedensnachfrage. Abgesehen vom Fortfall der Kriegsgefangenen ist die in ihrer Schnelligkeit bemerkenswerte Reintegration von ca. sieben Millionen Kriegsteilnehmern innerhalb von ca. drei Monaten vor allem auf die - durch Reichsverordnung gedeckte - Verdrängung von Frauen aus ihren im Krieg übernommenen Arbeitsbereichen zurückzuführen, wie sie z. B. Alfred Soennecken in einem Aufruf von seinen Unternehmerkollegen ausdrücklich forderte; der Anteil weiblicher Kräfte an der Belegschaften von Bonner Industriebetrieben sank von ca. 40% im letzten Kriegsjahr auf eine Quote von rund 26% im Zeitraum 1920/25 ab. Im örtlichen Gaststättengewerbe wurde die Rückkehr von Veteranen auf ihre Arbeitsplätze mit Hilfe eines Arbeitsverbots für weibliches Bedienungspersonal erzwungen.<sup>54</sup>

Bereits am 14. November 1918 hatte der Kölner Regierungspräsident nach Berlin gemeldet, wie überraschend schnell nach der eben

vollzogenen politischen Umwälzung "Sicherheit und Ordnung und der regelmäßige Gang des Wirtschaftslebens wiederhergestellt" worden seien und diese Entwicklung u.a. auf die Mäßigung der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte zurückgeführt.<sup>55</sup> Als Mitglieder der lokalen Demobilisierungsausschüsse waren letztere im Raum Siegburg zusätzlich mit der Hypothek der staatlichen Rüstungsfabriken befaßt, deren Schicksal in den Tagen während des deutschen Truppenrückzuges auf des Messers Schneide stand. Falls es nicht gelang, den Status als Militärbehörde schnell abzuschütteln, erwartete man bei der Besetzung Siegburgs durch die Siegermächte Internierung, zumindest Absetzung der Offiziere und Militärbeamten, Auflösung der Fabriken, Demontage der Maschinen und - allein im Fall des Feuerwerkslaboratoriums - die Entlassung von 13 000 Menschen. Der Telegrammverkehr nach Berlin war in den ersten Dezembertagen nahezu lahmgelegt, von der Kölner Militärverwaltung kam der Befehl, die Offiziere sollten sich nach Spandau begeben. Die "auch auf den Arbeiterrat eindringenden radikalsten Elemente" bereiteten Plünderungen und Gewalttätigkeiten vor. Mit Unterstützung des Arbeiterrates und der Lokalbehörden entschlossen sich die vor Ort Verantwortlichen, auch ohne die (wenig später erteilte) Zustimmung aus Berlin, "den Instituten den militärischen Charakter zu nehmen, durch freien Dienstvertrag alle Offiziere und Militärpersonen nach Entlassung derselben aus dem Heeresdienst und unter Unterstellung unter eine greifbare staatliche Behörde, nämlich das Landratsamt, (weiterzubeschäftigen)".<sup>56</sup> Am Rückgriff auf die Kreisbehörde - der Vergleich mit der Situation des Zusammenbruchs aller übergeordneter Stellen 1945 drängt sich auf - wurde auch nach der von Berlin verfügten Ausgliederung der Werke aus dem Geschäftsbereich des Kriegsministeriums und ihrer Unterstellung unter das Handelsministerium festgehalten: "In Anbetracht der drohenden Zwangslage ... mußte also das Einverständnis des Landrates, der einzig greifbaren Aufsichtsbehörde, den Abschluß des Vertrages bilden. Es war auch gar nicht abzusehen, ob der Gegner hier irgend welche briefliche Verbindung mit Wumba (Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt) dulden würde, also den Verkehr mit der alten Aufsichtsbehörde. ... Eine spätere Aufnahme der Verbindung mit Wumba war natürlich gedacht."<sup>57</sup> Am 31. Juli 1919 beschäftigten die beiden ehemaligen staatlichen Rüstungsbetriebe noch ca. 4500 Arbeiter, ungefähr so viele wie in den Vorkriegsjahren. Trotz Verkürzung der Wochenarbeitszeit sank die Belegschaft der "Reichswerke" bis Oktober auf 1400 Arbeiter ab, erst nach Umwandlung in die (fast ausschließlich in Reichsbesitz verbleibende) "Deutsche Werke AG"

und umfangreichen Produktionsumstellungen (Eisen- und Stahlverarbeitung, Werkzeug- und Maschinenbau) konsolidierte sich die Beschäftigung bei 3000 bis 3500 Personen.<sup>58</sup> In der Troisdorfer Pulverfabrik verfügten die Sieger zwar die Zerstörung von Rüstungspotential, gaben aber aus Interesse an einer Steigerung des Kohleabbaus (Reparationen!) schnell die Betriebsgenehmigung für die Sprengkapselfertigung.<sup>59</sup>

Nach dem Rückzug der deutschen Truppen hinter die in den Waffenstillstandsbedingungen festgelegte Linie belegten britisch-kanadische Truppen das Gebiet des Brückenkopfes Köln und damit auch - mit Ausnahme des Kreises Waldbröl und Teilen im Süden und Osten des Siegkreises - des Handelskammerbezirks Bonn. Ihren Höhepunkt erreichte die militärische Präsenz der Sieger - allein im Stadtkreis Bonn fast 11 000 Offiziere und Mannschaften - während der Auseinandersetzungen um die deutsche Unterschrift unter die am 7. Mai 1919 vorgelegten Friedensbedingungen. Als die Briten nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages die Rheinarmee reduzierten und ihre Garnisonen auf Köln und Solingen konzentrierten, rückten am 3. November 1919 französische Truppen ins westliche Rheinland nach, am 12. Februar 1920 wurde auch der Kernraum der Bonner Handelskammer an die neue Besatzungsmacht übergeben; erst am 31. Januar 1926 ging die Trikolore am Sitz des französischen Divisionskommandeurs in Bonn nieder; der Südteil des Kreises Euskirchen blieb bis 1930 besetzt.<sup>60</sup> Verglichen mit der durch die Unterbringung von Familienangehörigen verschärften Wohnungsnot, dem erheblichen Flächenbedarf (Barackenlager mit Exerzierplatz in Plittersdorf, Panzerkaserne in Vilich, Flugplatz Hangelar) und dem ursächlich mit der französischen Präsenz zusammenhängenden Rückgang des Fremdenverkehrs und der Studentenzahlen der Bonner Universität, hielten sich direkte Eingriffe der fremden Truppen auf die gewerbliche Wirtschaft z.B. durch Beschlagnahme von Versorgungsbetrieben (Brotfabrik) oder Werkstätten (Artilleriepark in der Beueler Jutespinnerei) in Grenzen.<sup>61</sup>

Indirekt trugen allerdings von der Besatzung verfügte Verkehrssperren<sup>62</sup> dazu bei, daß es in der personell aufgestockten Industriebetrieben noch nicht zu der dringend erforderlichen Produktivitätssteigerung kam; die Abwanderung der 1919 in Bonn gegründeten Arzneimittelfabrik Dr. Madaus & Co. nach Sachsen ist ein Beispiel für die generell negative Einschätzung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im besetzten Rheinland auch nach Wiederherstellung der deutschen Zolleinheit im Westen.<sup>63</sup> Wie sehr dieses Gebiet

wirtschaftlich "eine Zone erhöhten Risikos"<sup>64</sup> blieb, zeigte die im Frühjahr 1921 neben der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort als Sanktion gegen Deutschland verfügte vorübergehende Errichtung einer Zollgrenze am Rhein.

Eine zur Unterrichtung der amerikanischen Vertreter in der Internationalen Rheinlandkommission vom Oberpräsidium eingeholte Stellungnahme der Bonner Handelskammer bezifferte zu diesem Zeitpunkt den Absatz von Industrieerzeugnissen aus dem Bezirk im unbesetzten Gebiet mit 80 bis 90%, nur Steinbruchgewerbe und Mineralwasserabfüllung seien sowohl unabhängig vom Ausland als auch vom restlichen deutschen Markt; allein die Errichtung der Zollgrenze sei eine einschneidende Maßnahme, die durch mögliche Ein- und Ausfuhrverbote oder die Festsetzung prohibitiver Tarife die besetzten Gebiete der Willkür der Sieger ausliefere.<sup>65</sup>

Die Gleichartigkeit der Probleme hatte schon früh die rheinischen Kammern auf ein gemeinsames Vorgehen verwiesen; auf Kölner Initiative zusammengekommen, beschlossen am 28. Januar 1919 Vorsitzende und Geschäftsführer von 23 Kammern, eine "Vereinigung der Handelskammern des besetzten Gebietes" unter Vorsitz von Louis Hagen, dem Präsidenten der Kölner Kammer, zu bilden und in Vollversammlungen, Vorstandssitzungen und Geschäftsführerbesprechungen Vorschläge zur Linderung der enormen Schwierigkeiten zu beraten.

Zu einer stärkeren Kraft in der politischen Auseinandersetzung sollte sich der am 6. April 1921 (ebenfalls unter dem Vorsitz des Kölner Handelskammerpräsidenten) gegründete "Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete" entwickeln; er wurde, wie sich aus engen Kontakten zum inzwischen eingerichteten "Staatssekretariat für die besetzten Gebiete" ergibt, auch von den Reichsbehörden als Vertretung der rheinischen Wirtschaft anerkannt.<sup>66</sup> Die Interessen des Bonner Bezirks waren hier nicht unmittelbar vertreten, da die beteiligten Kammern (Köln, Krefeld, Aachen, Mönchengladbach, Leverkusen, Trier, Mainz und Düsseldorf) "um den Ausschuß in gewissen Grenzen zu halten", die Zuwahl von Deputierten weiterer Kammern ablehnten.<sup>67</sup> Im Hinblick auf den zwölf Jahre später vollzogenen "Anschluß" ihres südlichen Nachbarbezirks ist die Einflußzunahme der Kölner Handelskammer, die bereits 1914 durch Angliederung des Mülheimer Bezirks nicht unwesentlich gestärkt worden war,<sup>68</sup> schon an dieser Stelle festzuhalten.

In Bonn war die personelle Zusammensetzung der Handelskam-



mer während der Kriegsjahre im wesentlichen unverändert geblieben. Einen Einschnitt bedeutete der Wechsel im Vorsitz nach dem Tode Friedrich Soenneckens 1919 insofern, als mit dem bis 1929 amtierenden Fritz von Langen (Bergheim) und seinem Stellvertreter Heinrich Breuer (Euskirchen) erstmals ausschließlich Männer von der Peripherie des Bezirks an der Spitze der Kammer standen; politisch war der neue Vorsitzende, wie seine Vorgänger auch, ganz den Traditionen des Kaiserreichs verhaftet: "Die Not des Vaterlandes tief empfindend, konnte er sich nur schwer mit den neuen Verhältnissen abfinden",<sup>69</sup> wird seine Haltung zur ersten deutschen Republik vorsichtig umschrieben.

Der - im Falle der Kammerspitze erst später vollzogene - Generationswechsel brachte 1919 Dr. Otto Goertz, Schwiegersohn des ehemaligen Vorsitzenden Franz Guillaume und Gründer der gleichnamigen Schleifscheibenfabrik in Beuel, als Mitglied für den Stadtkreis Bonn in die Vollversammlung der Kammer; in seiner Amtszeit als Vorsitzender (1929 bis 1932) führte er die Familientradition ebenso fort wie sein Nachfolger Dr. Alfred Soennecken, Sohn und Erbe des Firmengründers, dessen Tätigkeit an der Spitze der Kammer (1932/33) durch die nationalsozialistische Umwälzung ein vorzeitiges Ende gesetzt wurde. Sein für kurze Zeit amtierender Nachfolger Otto vom Scheidt kam wiederum, ebenso wie der langjährige Vorsitzende Fritz von Langen, von der Elsdorfer Zuckerfabrik. Das auffallend enge Rekrutierungsfeld für die Leitung der Bonner (Industrie- und) Handelskammer läßt sich gar über die Zäsur der Jahre 1934/45 verfolgen: Erster Präsident der unmittelbar nach Kriegsende wiedererrichteten Bonner Kammer wurde der politisch unbelastete Walter Guillaume.

Die jüngeren Mitglieder der Bonner Industriellenfamilien waren bereits 1918/19 bei der Organisation der Bonner Arbeitgeberschaft hervorgetreten, so Alfred Soennecken als Vorsitzender der "Wirtschaftlichen Vereinigung für Bonn und Umgebung" (Stellvertreter: Walter Guillaume), einen losen Zusammenschluß mit unverbindlichem Programm, der seine Mitglieder Mitte 1919 unter Hinweis auf die vergrößerte Schlagkraft der Gewerkschaften aufforderte, dem von Arbeitgebern der Metall- und Keramikindustrie gegründeten "Allgemeinen Arbeitgeberverband für Bonn und Umgebung" unter Vorsitz von Otto Goertz beizutreten. Im November 1919 gehörten dem Verband 47 Mitgliedsfirmen an, unter ihnen die wichtigsten Industrieunternehmen des Stadt- und Landkreises Bonn.<sup>70</sup> Hauptzweck des Verbandes war ein einheitliches Vorgehen gegenüber

Lohnforderungen, die 1919 bis 1922 vor dem Hintergrund der permanenten Geldentwertung im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmen standen. Waren die zahlreichen, in der Mehrzahl überbetrieblichen Lohnstreiks des Jahres 1919 nach wenigen Tagen Dauer zugunsten der Arbeiter beigelegt worden, so nahm die Durchsetzung der Forderungen in den darauffolgenden Jahren zunehmend härtere Formen an, bis hin zu tätlichen Auseinandersetzungen von Streikenden mit Arbeitswilligen bzw. der zu ihrem Schutz abkommandierten Polizei.<sup>71</sup> Die mißliche Lage einer - nach eigenen Aussagen streikungewohnten und -unwilligen - Belegschaft zwischen den Interessengruppen illustriert eine Forderung des Arbeiterrates des Stellawerks (Königswinter) an den Landrat, die Freien Gewerkschaften zur Beendigung eines Ausstandes zu bewegen, an dem teilzunehmen die Betroffenen "von wilden Streikern der großen Dollendorfer Werke durch Eindringen in die Fabrik ... gezwungen" worden seien.<sup>72</sup>

Die - allen Auseinandersetzungen zwischen den Tarifparteien zum Trotz - hoffnungsvolle Aufwärtsentwicklung nach Ende des Ersten Weltkrieges wurde jäh durch die Krise des Jahres 1923 unterbrochen; besonders hart traf der Rückschlag wegen der unmittelbaren Auswirkungen von Ruhrkampf und Separatistenwirren das Rheinland. Auch in seinem altbesetzten Teil markierte der französisch-belgische Einmarsch ins Ruhrgebiet zur Absicherung der Politik das "produktiven Pfandes" das Ende der erträglichen Beziehungen zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung. Besonders erbittert reagierte die deutsche Seite auf Versuche der Franzosen, ihre Mehransprüche aus dem Rheinlandstatut abzuleiten. Der Widerstand der Reichsregierung ließ auf zahlreichen Feldern eine tiefe Kluft zwischen deutscher Rechtsauffassung und den Ansprüchen der Besatzungsmacht entstehen, die in den vielfältigen örtlichen Konflikten zwischen den Exekutivorganen beider Seiten sichtbar wird. Allein in Bonn wurden während des "passiven Widerstandes" ca. 350 Menschen von den Franzosen zur Durchsetzung ihrer Politik ins unbesetzte Deutschland ausgewiesen, in der Mehrzahl Eisenbahner, die nicht zur Zusammenarbeit mit der neueingerichteten "Regie" bereit waren, aber auch der neuernannte Oberbürgermeister Falk und zahlreiche Mitglieder aus Stadtvertretung und -verwaltung.<sup>73</sup> Am 5. Juli 1923 traf dieses Schicksal auch Handelskammersyndikus Dr. Uhlitzsch und seinen Stellvertreter Dr. Crome. Sie wurden nach Stein bei Blankenberg verbracht, ihre Familien hatten ihnen innerhalb von vier Tagen zu folgen. Gründe für die Ausweisung konnten die deutschen Stellen, die die Vorfälle registrierten, nicht ermitteln, doch

boten die französischen Maßnahmen (Zollgrenze, Verkehrssperren) Konfliktpotential genug. Zehn Jahre später führte Dr. Crome zum Beweis der jetzt überlebenswichtigen "nationalen Einstellung" an, er sei sofort nach seiner Ausweisung verbotswidrig an seinen Arbeitsplatz zurückgekehrt, "um dort die Arbeiten der Kammer, weil kein anderer Herr zur Verfügung stand, weiter zu führen"; später sei er täglich von Elberfeld "mit falschem Paß" ins englisch besetzte Köln gefahren, um von dort aus anfallende Arbeiten zu erledigen.<sup>74</sup> Tatsächlich kann die offizielle Rücknahme der Ausweisungsverfügung (11. September 1924) nur für Syndikus Dr. Uhlitzsch nachgewiesen werden.<sup>75</sup>

"Es ist über ein Geschäftsjahr und über Ergebnisse zu berichten, denen in der Vergangenheit des Werkes nichts Vergleichbares gegenübersteht und hoffentlich niemals wieder stehen wird", heißt es im Rückblick des "Bonner Bergwerks- und Hüttenvereins" auf das Katastrophenjahr 1923. Der Bahnverkehr war unterbrochen, Auslandskohle wurde auf dem Wasserweg herangeschafft, Vorstand und Angestellte verbrachten einen großen Teil ihrer Arbeitszeit damit, Lohnfelder herbeizuschaffen. Die zum Jahresende unterbrochene Produktion konnte erst Mitte 1924 wieder anlaufen.<sup>76</sup> Ähnliches traf für die Mehrzahl der Fabriken zu: "Von Industrie kann fast nicht mehr gesprochen werden. Fast sämtliche industrielle Unternehmungen liegen still", verlautete es in stereotyper Regelmäßigkeit aus dem Bürgermeisteramt von Troisdorf, wo die verbreiteten Teuerungsunruhen vergleichsweise glimpflich abliefen: Lebensmittelhändler wurden von zusammengerotteten Menschen gezwungen, Margarine und Fette "bedeutend unter Einkaufspreis zu verkaufen"; Schokolade, Seife und andere Waren wurden von den Theken entwendet, doch zu größeren Plünderungen kam es trotz der Not nicht.<sup>77</sup> Ende 1923 lagen nach Darstellung des Bonner Arbeitgeberverbandes die Fabriken in ihrer Mehrzahl still oder arbeiteten kurz; während die Hyperinflation keinen Aufschluß über die Rentabilität der noch aktiven Werke zuließ, erschwerten die anhaltenden Verkehrssperren eine - ohnehin hauptsächlich der Beschäftigten zuliebe versuchte - Weiterführung der Produktion immer mehr.<sup>78</sup> Bevor die Fahne der Separatisten auf dem Dach des Bonner Rathauses die Reichsregierung alle Zahlungen sperren ließ, wurden Betriebe durch Zuschüsse und Darlehen aus der "Ruhrhilfe" in die Lage versetzt, ihre Belegschaften zu halten und zumindest mit Aufräumarbeiten und Ausbesserungsarbeiten zu beschäftigen.<sup>79</sup> Auf phantasiereiche Weise in Rucksäcken und Kinderwagen versteckt, in Krankenautos oder mittels als Feuerwehrleute verkleideter Beamter transportiert, muß-

ten die Ruhrhilfegelder vor dem Zugriff der Franzosen verborgen werden; ein in Bonn von französischer Kriminalpolizei angehaltener Beamter der Kreiskasse Siegburg lastete die Beschlagnahme der 500 Milliarden Mark dem Kassierer der Kölner Reichsbankstelle an, der ihn trotz Bitte um "große" Scheine mit insgesamt 25 Kilogramm Papiergeld auf den Weg geschickt hatte. Von Zeitgenossen als "Insel der Seligen" apostrophiert, wurde das britisch besetzte Köln während des Ruhrkampfes zum Drehpunkt der gegen die französische Besatzung gerichteten Maßnahmen deutscher Stellen; die Umgehung des von ihnen nicht zu kontrollierenden Eisenbahnknotenpunktes war für die Franzosen auch der Grund, die Verbindung Bonn-Euskirchen zur zweigleisigen Hauptstrecke der Regiebahn auszubauen.<sup>80</sup>

Über Köln wurde auch die unter Mitwirkung der Bonner Handelskammer erfolgte Notgeldausgabe abgewickelt; die dortige Stadtsparkasse lagerte die bei Du Mont-Schauberg gedruckten Noten. Im Juli 1923 hatten sich wegen des akuten Mangels an Zahlungsmitteln die Stadt Bonn und die Kammer auf eine gemeinsame Ausgabe geeinigt; die umliegenden Kreise Bonn-Land und Sieg waren nicht beteiligt, erklärten sich jedoch bereit, das Geld an ihren Kassen zu akzeptieren; Annahmeverweigerung bzw. Umwechselgebühren hatten 1922 den Einsatz von Städtenotgeld behindert.<sup>81</sup> Der Nennwert der am 1. August 1923 ausgegebenen Scheine setzte bei 100 000 Mark ein; genau drei Monate später war man bei 10 Billionen Mark, im Falle der verwendeten Serienbuchstaben fast am Ende des Alphabets angelangt.<sup>82</sup>

## 4.2.2 Stabilisierung und kurzer Aufschwung

Die Kriegsjahre erwiesen sich nicht als bloße Unterbrechung der säkularen, sich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1913 erstreckenden wirtschaftlichen Wachstumsperiode. Die welt- und nationalwirtschaftlichen Erschütterungen, ausgelöst durch den ersten modernen Massenkrieg, ließen die bloße Wiederaufnahme der 1914 abgerissenen Entwicklung ebenso wenig zu wie die inneren Veränderungen ("Kriegssozialismus", Demokratisierung) eine Neuauflage der herkömmlichen staatlichen Sozialpolitik oder der traditionellen

Gewichtsverteilung zwischen Kapital und Arbeit erlaubten. Auch wenn man die Häufung von Anomalien (Übergangswirtschaft 1918/19; Stilllegungskrise der Ruhrkampf- und Separatistenzeit 1923/24; Stabilisierungskrise 1925/26; Weltwirtschaftskrise) außer Berücksichtigung läßt, zeichnet sich die Gesamtperiode 1919 bis 1939 vor allem durch eine auffallende Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik aus. Nur in wenigen Jahren der Zwischenkriegszeit übertraf das Volkseinkommen den 1913 erreichten Stand; die zwanzig Friedensjahre liegen somit nicht nur zwischen zwei furchtbaren Kriegen eingebettet, sondern stehen mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von ca. 1,5%, in die überdies die Ergebnisse der "unproduktiven" Kriegsvorbereitungspolitik nach 1933 mit eingehen, als Periode relativer Stagnation auch sichtbar im Kontrast zu den Hochindustrialisierungsjahrzehnten 1894 bis 1913 (+ 3% pro Jahr) und der - noch ungeahnten - dynamischen Wucht der Wiederaufbauzeit nach 1948 (1950-1970: + 5,6% pro Jahr).<sup>83</sup>

**Tabelle 14: Daten zur Wirtschafts- und Berufsstruktur im Kammerbezirk 1925**

Kreis	Erwerbstätige (Hauptberuf) überhaupt (ohne "Berufslose Selbstständige")	Erwerbstätige in % der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote)	davon	
			Industrie und Handwerk in %	Handel und Verkehr in %
Bonn-Stadt	39 910	44,2	42,6	28,1
Bonn-Land	37 241	45,8	39,4	18,0
Siegkreis	64 797	47,3	41,7	14,9
Euskirchen	24 274	43,4	36,6	15,1
Bergheim	27 428	42,7	47,0	12,8
Rheinbach	17 286	47,0	26,9	9,6
Waldbröl	15 979	53,1	35,8	8,7

Quelle: Statistik des Deutschen Reiches Bd. 404, Heft 16

Von den drei Gewerbe- und Berufszählungen der Zwischenkriegszeit gibt nur die - unmittelbar vor Einsetzen der zweiten Stabilisierungskrise<sup>84</sup> erhobene - Momentaufnahme des "Normaljahres" 1925 ein einigermaßen verzeichnungsfreies Bild und läßt im Vergleich zu den Ergebnissen von 1907 Rückschlüsse auf das Ausmaß der wirtschaftlichen Veränderungen zu; sowohl die extreme Arbeitslosigkeit im Stichjahr 1933 als auch die Folgen der Arbeitseinsatzpolitik der Kriegsvorbereitungszeit des Jahres 1939 verzerren danach das Bild. Für den Bezirk der Industrie- und Handelskammer Bonn erlauben die Veränderungen der Kreisgrenzen im Jahre 1932 (Auflösung von Rheinbach und Waldbröl, Verlust Wesselings) einen Vergleich mit den Daten von 1925 ohnehin nicht mehr.

Im Vergleich mit dem Erhebungsjahr 1907 deutlich erhöht - in Bonn z.B. um mehr als sechs Prozentpunkte - hatte sich die Erwerbsquote der Bevölkerung; kriegsbedingte Verarmung, die den Kreis der auf Erwerbstätigkeit Angewiesenen ausweitete, traf hier mit demographischen Entwicklungen zusammen, z.B. der Zunahme des "tragenden" Teils der Bevölkerung gegenüber dem "lastenden" als Folge des Geburtenrückgangs. Auch unter Einbeziehung der Arbeitslosen in den Kreis der Erwerbspersonen sank im Stadtkreis Bonn die Erwerbsquote der Bevölkerung bei den Zählungen von 1933 und 1939 leicht ab.<sup>85</sup>

Die insgesamt phasenverschobene Industrialisierung des Bonner Kammerbezirks ließ den Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erst 1925 seinen Höhepunkt erreichen; den teilweise erheblichen Zuwächsen seit der Zählung von 1907 steht im gesamten Regierungsbezirk Köln bereits eine Abnahme um ca. fünf Prozentpunkte gegenüber.<sup>86</sup>

Während der niedrigeren statistischen Ausgangsbasis wegen in Punkto Zuwachs der Agrarkreis Waldbröl am besten abschnitt, konnte der Braunkohlenkreis Bergheim seine 1907 erreichte Spitzenstellung weiter ausbauen. Wenig verändert in ihrer Position sowohl innerhalb des Bezirks als auch zueinander zeigen sich die Stadt Bonn und der Siegkreis; da der Landkreis Bonn wegen der anhaltenden Verlagerung von Betrieben aus der Universitätsstadt bzw. der dort zu verzeichnenden Knappheit an Gewerbeflächen stärker aufschloß, setzte sich der Prozeß einer gewerblichen Verdichtung im Kernraum des Kammerbezirks fort, eine Beobachtung, die auch die Einbeziehung des Sektors Handel/Verkehr bestätigt: Mit mehr als zehn Prozentpunkten Abstand zum Landkreis, dem Bezirk mit der nächsthöheren Quote der im Handels- und Verkehrsgewerbe Be-

schäftigten, ist Bonn klar als regionales Zentrum ausgewiesen; wenn Euskirchen den - deutlich auf die Metropole Köln ausgerichteten - Kreis Bergheim und sogar den in seinem Kern stärker urbanisierten Siegkreis übertraf, so lag dies abgesehen von einer Überbesetzung des lokalen Einzelhandels<sup>87</sup> vor allem in der Tatsache begründet, daß der Kreissitz auch für Teile des Nachbarbezirks Rheinbach zentralörtliche Funktionen wahrnahm, ein Gesichtspunkt, der bald bei dessen Auflösung eine wichtige Rolle spielen sollte. Ein letztes Mal vor ihrer Auflösung läßt sich die - auch von der Bonner Handelskammer immer wieder konstatierte - Sonderstellung der beiden Kreise in der Region statistisch belegen: Mit einem Anteil von 53,6% an der Erwerbsbevölkerung übertraf die Land- und Forstwirtschaft im Kreis Rheinbach die Sektoren Handel und Gewerbe (37,5%) erheblich; dem stärkeren Wachstum von Industrie und Handwerk entsprechend stellt sich in Waldbröl das Übergewicht des primären Sektors (47,9%) nicht ganz so kraß dar.

Nach wie vor im gesamten Wirtschaftsraum vertreten präsentierte sich in der gewerblichen Betriebszählung von 1925 die Industrie Steine/Erden; nicht von ungefähr widmete die Industrie- und Handelskammer Bonn der Branche in einem 1921 erschienenen Portrait der Köln-Bonner Wirtschaft einen eigenen Beitrag,<sup>88</sup> wegen der Schwierigkeiten der beiden großen Bonner Steingutfabriken<sup>89</sup> ging der Anteil der Branche an der Zahl der im verarbeitenden Gewerbe des Stadtkreises Bonn Beschäftigten deutlich zurück (1907:16,8%; 1925: 11,6%); noch stärker (20,9% Anteil gegenüber 11,9%) wirkte sich der relative Rückgang der Steingewinnung im Siegkreis aus. Während der Landkreis Bonn mit 18,6% seinen hohen Anteil hielt, stand einem leichten Rückgang im Kreise Euskirchen (von 13,4% auf 11,3%) ein deutlicher Zugewinn im benachbarten Rheinbach (13,8% / 18%) gegenüber.<sup>90</sup>

Anders als im Siegkreis, wo inzwischen nahezu die Hälfte der im produzierenden Gewerbe Beschäftigten in den Bereichen Metall (32%) und Chemie (16%) arbeitete, verteilten sich in der Stadt Bonn die Aktivitäten des sekundären Sektors auf eine breitere Basis: Insgesamt sechs Branchen (Baugewerbe, Industrie Steine/Erden, Metallverarbeitung, Bekleidung, Nahrungsmittelgewerbe, Holz- und Schnitzstoffe) kamen jeweils auf einen Anteil von 10 bis 15 Prozent; mit 9,7% folgt bereits die - in den übrigen Kreisen ungleich schwächer vertretene - Branche Papier/Druck; über Druckereigewerbe und Tapetenindustrie ist hier ein Teil der nach dem Ersten Weltkrieg weiter expandierenden Soennecken-Werke erfaßt.<sup>91</sup> Die gesell-



schaftliche Stellung und das Repräsentationsbedürfnis des Mitinhabers und Unternehmensleiters Alfred Soennecken treten anlässlich des Besuchs Hindenburgs in Bonn nach Räumung der Stadt von der französischen Besatzung schlaglichtartig zu Tage. Zahlreiche Bonner Bürger wetteiferten darum, dem Reichspräsidenten ihr Automobil zur Verfügung zu stellen; unter den Bewerbern hatte Soennecken in der Erwartung, ihm als führenden Fabrikanten vor Ort würde letztlich diese Ehre zuteil, "sein Auto, obwohl das kaum notwendig gewesen wäre, bereits gründlich überholen, auch die nötigen Vorrichtungen anbringen lassen".<sup>92</sup>

Obwohl die Elektrotechnik nach dem Ersten Weltkrieg auch in der Stadt Bonn Fuß fassen konnte (Moeller), blieb dank des Wachstums der Godesberger Ringsdorff-Werke der Landkreis an der Spitze. Noch stärker als vor 1914 bildete 1925 der Braunkohlebergbau einen regionalen Beschäftigungsschwerpunkt; zahlreiche während des Krieges von der Steinkohlefeuerung umgerüstete Industriebetriebe förderten (zu Lasten des Ruhrbergbaus) die Nachfrage.<sup>93</sup> Mit 38,1% der im produzierenden Gewerbe des Kreises Beschäftigten übertraf der Stellenwert der Braunkohle in Bergheim den benachbarten Braunkohlekreis Euskirchen (18%) deutlich; sein Anteil an der deutschen Förderung erhöhte sich gegenüber der Vorkriegszeit von 5,2% (1913/14) auf 6,9% (1929/30). Eine weitere Steigerung auf knapp 10% erfolgte in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre.<sup>94</sup>

Auf dem Rückzug befand sich auch die traditionsreiche Euskirchner Tuchindustrie. Nach Fortfall der Kriegskonjunktur hatte man das Produktionsprogramm weg von den nun kaum mehr gefragten Militärtüchern hin zu Uniformstoffen für Kommunal- und Staatsbetriebe (Bahn, Post) verlagert und auch als Sonderzweig die Tuchlieferung für geistliche Orden gepflegt. Mit einem drastischen Rückgang der Beschäftigtenzahl (1922: 1.237; 1926: 674 Beschäftigte) ist die Branche ein gutes Beispiel für die vielerorts nach der Währungsstabilisierung zu verzeichnende Reduzierung aufgeblähter Belegschaften, vor allem in der Produktion, denn der Anteil der Angestellten erhöhte sich von 12,5 auf 15,6%.<sup>95</sup> Einen Sonderweg beschritt die Tuchfabrik Koenen in Kuchenheim, als sie 1925 die fabrikmäßige Fertigung von Hosen begann; der Erfolg schlug sich nach Überwindung der Weltwirtschaftskrise in einem Anwachsen der Beschäftigtenzahl von 90 auf 330 Kräfte nieder.<sup>96</sup>

Der hohe Stellenwert der Metallverarbeitung (24,4 %) und des Maschinen- und Fahrzeugbaus (7,6 %) im Siegkreis kann nicht über örtlich auftretende erhebliche Anpassungsprobleme nach 1918 hin-

wegtäuschen. Während sich die im Besitz des Klöckner-Konzerns befindlichen Mannstaedt-Werke in Troisdorf unter Leitung der Söhne des Namensgebers erfolgreich weiterentwickelten,<sup>97</sup> konnten die nach dem Ersten Weltkrieg in Siegburg angesiedelten Metall- und Maschinenbauunternehmen mittlerer Größe (unter ihnen das 1919 als Fahrradteilehersteller gegründete spätere Großunternehmen Walterscheid) nicht die Arbeitsplatzverluste in den Nachfolgeunternehmen der ehemaligen Rüstungsfabriken ausgleichen. Von periodischen Stilllegungen abgesehen, schwankte die Arbeiterzahl zwischen wenigen hundert und zweieinhalbtausend Personen. Das 1925 unter dem Namen "Deutsche Stahl- und Walzwerke AG Siegburg" selbständig gewordene Werk wurde ein Jahr später von einem Konsortium aus Mitgliedern des Stahlwerksverbandes erworben und 1928 zum Abbau bestehender Überkapazitäten geschlossen.<sup>98</sup>

Im Bereich der chemischen Industrie war die Umstellung der Troisdorfer Pulverfabrik, des zweiten großen Rüstungskomplexes im Siegburgkreis, wesentlich erfolgreicher. Die hier entwickelten Kunststoffe (Trolitan, Trolon, Trolitul) machten den Namen Troisdorf international bekannt; die in Verbindung mit dem Werk entwickelten Spritzgußmaschinen ergänzten die industrielle Produktionspalette der Region. Ähnliche innerbezirkliche Bezugs- und Absatzverhältnisse ergaben sich aus der 1925 in Lüsseldorf aufgenommenen synthetischen Korundproduktion. Zu einem Hauptbezieher wurde das 1920 in Beuel gegründete Guilleaume-Werk, das sich auf die Herstellung von Schleifmitteln für die expandierende Metallverarbeitung spezialisierte. Neben der aus der alten Rolffsschen Kattundruckerei hervorgegangenen Druckfarbenfabrik "Siegwerk" erhielt die im Kreis stark vertretene chemische Industrie weiteren Zuzug durch die 1920 in Eitorf gegründete Arzneimittelfabrik Krewel-Leuffen, die bereits Anfang der 1930er Jahre zu einer der führenden Firmen der pharmazeutischen Industrie gehörte.<sup>99</sup>

Ende Dezember 1928, noch bevor die Vorboten der Wirtschaftskrise den Optimismus einschränkten, hat die Bonner Industrie- und Handelskammer in einem vom Kölner Regierungspräsidium angeforderten Bericht die Lage der gewerblichen Wirtschaft in der Stadt am Ende der kurzen Weimarer Konjunkturblüte beschrieben. Nach wie vor war die örtliche Wirtschaft - anders als das Ruhrgebiet oder die Handelsmetropole Köln - nicht durch "Riesenunternehmungen .... die in ihrer Mächtigkeit gewissermaßen wie Alpenspitzen als die Riesen unter den Bergen hervorragen", geprägt, sondern in der Hauptsache durch Klein- und Mittelbetriebe unter Leitung ihrer je-

weiligen Inhaber. Abgesehen von neuen Produkten bestehender Firmen wird als wesentlichste Neuansiedlung die Aluminiumerzeugung der "Vereinigten Leichtmetallwerke" angeführt. Ansonsten nutzte man die Gelegenheit und betonte mehrfach die Eigenständigkeit der Kammerwirtschaft im Vergleich mit dem Kölner Wirtschaftsraum. Schließlich sei innerhalb des Regierungsbezirks die "Steingut-Großindustrie" nur in Bonn beheimatet, auch die übrigen Branchen fänden, "weil es sich in der Hauptsache um Spezialindustrien handelt", in der Umgebung keine Konkurrenz. "Bonn ist industriell ganz unabhängig von Köln und bildet ein eigenes Wirtschaftsgebiet, dessen Wesen darin liegt, daß der mittlere Betrieb vorherrscht, die Unternehmen durchweg selbständig, nicht vergesellschaftet sind und keinem Konzern angehören", eine Konstellation, die der Bonner Industrie in der Vergangenheit ein hohes Maß an Krisenfestigkeit verliehen habe. Keine Illusionen machte man sich über den vorwiegend auf den Stadtkreis beschränkten Großhandel; außerhalb Bonns orientierte er sich stärker zum linksrheinischen Vorgebirge als ins Rechtsrheinische. In Einzelfällen übernahm auch die ortsansässige Industrie Großhandelsfunktionen, z.B. auf den Gebieten Apparate- und Instrumentenhandel (Geissler), Mehlvertrieb (Bonner Weizenmühle) und Süßwaren (Haribo).

Sichtbar aufgeholt hatte - das bestätigen auch andere Quellen - der Bonner Einzelhandel. Bei inzwischen annähernd gleichem Preisniveau in beiden Konkurrenzstädten hatten "mustergültige Kaufgelegenheiten ... die geradezu als Sehenswürdigkeiten anzusprechen" waren, den Kreis derer, die weiterhin zum Einkauf nach Köln fuhren, auf Kunden von Spezialgeschäften beschränkt.<sup>100</sup>

Die bauliche Aufwertung der Bonner Innenstadt durch das technisch hochmoderne Metropol-Kino und zahlreiche Neu- und Umbauten des örtlichen Einzelhandels in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre (Geschwister Cahn, Blömer, Töpfer)<sup>101</sup> vollzog sich ganz im Einklang mit der städtischen Gewerbepolitik. In den forcierten Industrialisierungsplänen seines Vorgängers Bottler sah Oberbürgermeister Falk nur noch den Ausdruck "allerschwerster Not", die Rückbesinnung auf den traditionellen Charakter Bonns als "Stadt der Rentner und geistiger Interessen" reflektierte auch die Erfahrung, daß das nach dem Hafenausbau im Norden der Stadt ausgewiesene und durch die Werftbahn erschlossene Industriegelände nur in geringem Umfang in Anspruch genommen worden war; die Konzentrations- und Rationalisierungswelle in der deutschen Industrie, so schloß man in der Stadtverwaltung, machte die Ansiedlung größerer

Betriebe an neuen Standorten für die absehbare Zukunft ohnehin wenig wahrscheinlich.<sup>102</sup>

Ende 1927 legte der Bonner Oberbürgermeister ein umfassendes Memorandum zur kommunalen Neugliederung des südlichen Regierungsbezirks Köln vor. Abgesehen von der bereits hier als zwingend dargestellten Auflösung und Aufteilung des nicht lebensfähigen Kreises Rheinbach zielt die Begründung der Ausdehnungswünsche im Kern darauf, der "im Schatten der benachbarten Großstadt Köln" liegenden Universitätsstadt ("von jeher ... der geistige Mittelpunkt der Rheinprovinz") eine "angemessene Entwicklung" zu ermöglichen. Dabei unternahm Falk keinen Versuch, gegen die wirtschaftliche Dominanz der Metropole anzukämpfen, die selbst in den Krisenjahren unter Adenauers Führung ("eines genialen und tatkräftigen Kommunalpolitikers") ihren Aufstieg zu einer "der bedeutendsten Handels- und Industriestädte des europäischen Westens" fortgesetzt hatte. "Nicht im Gegensatz zur Stadt Köln, sondern Hand in Hand mit ihr" hatte eine sinnvolle Funktionsteilung zwischen den Nachbarn zu erfolgen, denn trotz beachtlicher Leistungen auf geistigem, wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet habe sich, so die Argumentation, die Domstadt eindeutig "nach der wirtschaftlichen, der materiellen Seite" hin entwickelt; beide Funktionen zu erfüllen, so ein Seitenhieb auf den in diese Richtung zielenden Kölner Ehrgeiz, könne "wohl in der äußeren Struktur angestrebt, aber niemals in der Bevölkerung selbst erreicht werden". Anders Bonn: Durch die angestrebten Gebietserweiterungen (Richtung Süden) sollte die Stadt in Wiederaufnahme der Vorkriegstradition erneut "zu einem angenehmen Aufenthalt für die Bezieher größerer Vermögen" werden, deren begrenzte Zahl zum Zeitpunkt der Überlegungen Falk zwar in Rechnung stellt, doch ermutigten ihn eine steigende Zahl von Anfragen und die Hoffnung auf einen fortgesetzten wirtschaftlichen Aufschwung. "Zweifellos kann damit gerechnet werden, daß bei Wiedereintritt einigermaßen normaler Verdienstmöglichkeiten auch neue Rentnerschichten sich bilden werden".<sup>103</sup> Ähnlich hieß es in einem ausführlichen Memorandum des Beigeordneten Spoelgen zur Zukunftsentwicklung der Stadt:<sup>104</sup>

*"Die Stadt Bonn ist Wohn- und Gartenstadt und wird Wohn- und Gartenstadt bleiben müssen. Und wir vertrauen darauf, daß die Zeiten wiederkommen, wo Volksgenossen, die sich anderswo in der Industrie in harter Arbeit ein Vermögen erwarben, sich für ihren Lebensabend in die schöne Stadt Bonn zurückziehen, oder auch, daß bei weiterer Entwicklung der Verkehrsverbindungen mehr noch als bisher Industrielle aus dem Industriegebiet in Bonn ihr Heim aufschlagen."*

Damit war in Bonn, kaum daß die Wirtschaft bescheidene Erholungstendenzen gezeigt hatte, das alte Konzept der Rentnerstadt wiederauferstanden; im Gegensatz zu den unmittelbar nach dem Weltkrieg entworfenen Eingemeindungsplänen, in denen der Erwerb von Industrieflächen eine zentrale Rolle spielte, erwähnt der Falk-Plan von 1927 diesen Gesichtspunkt noch nicht einmal bei der Behandlung des rechtsrheinischen Beuel, wo auch nach 1918 billige Grundstücke und eine industriefreundliche Ansiedlungspolitik die Ausweitung des sekundären Sektors förderten: 58% der Erwerbspersonen waren hier 1925 in Industrie und Handwerk beschäftigt.<sup>105</sup>

### 4.2.3 In der Weltwirtschaftskrise

Nach Aussagen der verfügbaren Daten unterschied sich die beginnende Wirtschaftskrise zunächst wenig von einer normalen Abschwungphase im Konjunkturzyklus; bereits 1928 gingen die Baugenehmigungen im Wohnungsbau drastisch, im Gewerbebau merklich zurück; der leichte Anstieg der Erwerbslosenziffern setzte sich, nachdem die für den Sommer 1929 erhoffte Wiederbelebung ausgeblieben war, fort, die Zahl der in den ca. 1200 von der Gewerbeaufsicht kontrollierten Bonner Betrieben Beschäftigten sank auf das Niveau von 1926.<sup>106</sup> Während der Bestand der in der Stadt registrierten Kraftfahrzeuge noch bis 1931 kräftig wuchs (1928: 1228; 1929: 1625; 1930: 1896; 1931: 1984; 1932: 1946), fiel die Zahl der von der Bonner Verkehrsgesellschaft transportierten Fahrgäste im Januar 1930 auf 79% des Vorjahresmonats und pendelte sich in den darauffolgenden Monaten bei ca. 60% der 1929 erbrachten Leistungen ein.<sup>107</sup> Gleichzeitig wuchsen im Braunkohleabbau die Halden, die Industrie feuerfester Produkte wurde Ende 1930 als Teil der besonders hart betroffenen Produktionsgüterindustrie auf ein Viertel des Umsatzes von 1927 reduziert, die Seiten der "Westdeutschen Wirtschaftszeitung" füllten zunehmend Abdruck und Erläuterung der die Wirtschaft betreffenden staatlichen Notverordnungen.<sup>108</sup>

Bis 1932 verlor im Stadtkreis Bonn mehr als ein Drittel der in Industrie und größeren Handwerksbetrieben beschäftigten Arbeiter ihren Arbeitsplatz, vor allem durch Schließung von Großbetrieben, deren bereits seit längerer Zeit bestehenden Probleme in der Krise

voll sichtbar wurden. 1930, im fünfzigsten Jahr ihres Bestehens, gab wegen finanzieller Schwierigkeiten die Lacklederfabrik August Jaeger auf, nachdem ein 1928 vollzogener Besitzwechsel keinen Erfolg gezeigt hatte. Im Mai 1931 war die stufenweise Stilllegung der Steingutfabrik Villeroy & Boch abgeschlossen; wegen der schlechten Aussichten der keramischen Produktion hatten die Erben des 1914 verstorbenen Franz Guillaume bereits Mitte 1920 die Anlagen an den saarländischen Konkurrenten verkauft und den erzielten Erlös zum Teil in das in Beuel neugegründete Schleifmittelwerk investiert. Langfristig gesehen war die Stilllegung des stadtnah gelegenen Großbetriebs durchaus erwünscht: Noch Mitte 1929 hatte die Baupolizei vermerkt: "Von den im Wohnhaus- und Landhausgebiet gelegenen Werken macht sich besonders unangenehm bemerkbar die Fabrik von Villeroy & Boch, während über die übrigen Werke keine besonderen Klagen vorliegen."<sup>109</sup>

Ebenfalls 1931 gaben die Dottendorfer Elektrostahlwerke auf; obwohl die Industrie- und Handelskammer Bonn Ende 1928 die Aussichten der Firma noch sehr positiv beurteilte, ließen hohe Betriebsverluste die Eigner bereits eine Stilllegung des verkehrsmäßig schlecht angebundenen Unternehmens erwägen. Die übrigen größeren industriellen Arbeitgeber des Bonner Raumes retteten sich durch Aufgabe von Teilbereichen (im Falle Hüser: Konzentration auf die Betonwerke), Kurzarbeit, Lagerproduktion und vorübergehende Stilllegungen zur Ansammlung eines ausreichenden Auftragspolsters; die periodisch wiederkehrenden Anträge auf Massenentlassungen beim Kölner Regierungspräsidenten<sup>110</sup> vermitteln einen Eindruck von der Gratwanderung am Rande der völligen Produktionsaufgabe; angesichts ungewisser Beschäftigungslage und der bestehenden Genehmigungspflicht für die Freisetzung von mehr als 5% der Belegschaft stellte die Mehrzahl der Unternehmen solche Anträge für einen Teil oder die Gesamtheit der Beschäftigten vorsorglich, eine Praxis, die betroffene Arbeitnehmer als versuchte Lohndrückerei auffaßten, wenn gleichzeitig die Freisetzung von der Betriebsleitung unter der Voraussetzung einer entsprechenden Absenkung der Verdienste als vermeidbar dargestellt wurde.<sup>111</sup>

Ein gutes Beispiel für einen (dank Stilllegung von Schwesterwerken im Konzern) ohne wesentliche Unterbrechungen produzierenden Betrieb aus der am härtesten von der Krise betroffenen Produktionsgüterindustrie ist die Beueler Jutefabrik. Im Jahre 1931, als das Werk den Tiefpunkt seiner Entwicklung durchschritt, war die Belegschaft auf weniger als die Hälfte des Höchststandes von 1929 abgebaut

worden, die Gesamtaufwendungen betragen nur noch ein Drittel des Wertes von 1928. Auf dasselbe Niveau reduzierten sich die Fabrikationslöhne, während die kaufmännischen Gehälter - auch als Folge herausgezögerter Entlassungen - immer noch 81% der Normaljahre ausmachten, bis 1933 dann jedoch auf die Hälfte fielen. Noch stärker als die Aufwendungen für Fabrikationslöhne sanken wegen des Preisverfalls an den internationalen Rohstoffmärkten die Bezugskosten für Jutefasern; bei einer Halbierung der Verarbeitungsmenge stand 1931 der Posten in der Kostenrechnung nur noch mit 26% des Wertes von 1928 zu Buche.<sup>112</sup> Wegen seiner starken Ausrichtung auf das produzierende Gewerbe hat der Industriestandort Beuel in den Krisenjahren weitgehend von staatlichen Zuschüssen gelebt, während im benachbarten Bonn, nicht zuletzt dank der ca. 7300 Studenten seiner Universität, der Verfall der Gemeindefinanzen weniger katastrophal ausgeprägt war.<sup>113</sup>

Erst 1935 konnte die bereits 1926 vorübergehend, dann 1930 für längere Zeit geschlossene Bedburger Wollindustrie ihren Betrieb wieder aufnehmen;<sup>114</sup> als Teil der - wegen des weitgehend unelastischen Bedarfs in der Krise begünstigten - Nahrungsmittelindustrie kam der Zuckerproduzent Pfeifer & Langen mit Produktionseinschränkungen aus: Die 1930 gegründete "Wirtschaftliche Vereinigung der Deutschen Zuckerindustrie" ordnete eine Kontingentierung von Rübenanbau und -weiterverarbeitung an, in deren Rahmen das Euskirchener Werk 1931 ca. 53% der Vorjahresmenge zugeteilt erhielt.<sup>115</sup>

Besonders nachhaltig zerstörte der Beginn der Wirtschaftskrise die Zukunftshoffnungen der Stadt Siegburg; selbst die bei Verhandlungen mit Gemeinden über Gewerbesteuererhöhungen gemeinhin hartnäckige Industrie- und Handelskammer Bonn sah hier angesichts der Misere der Rüstungs-Nachfolgebetriebe besondere Verhältnisse vorliegen.<sup>116</sup> Als sich im März 1928 die Wuppertaler Bemberg AG zum Bau einer Kunstseidefabrik in Siegburg entschloß, glaubte man den aus Arbeitsplatzgründen so dringend herbeigewünschten Großbetrieb gefunden zu haben; Regierungspräsident Elfggen und der Präsident des Landesarbeitsamtes unterstrichen ein Jahr später durch ihre Teilnahme an einer Baubesichtigung die überörtliche Bedeutung des Projekts, das jedoch vor dem Hintergrund der konjunkturellen Verschlechterung nicht über das Rohbaustadium hinauskam. Erst im März 1937, als die "Rheinische Zellwolle AG" (ab 1941 Teil der Phrix AG) das 200 000 m<sup>2</sup> große Gelände übernahm, wurde Siegburg wieder Textilstandort.<sup>117</sup> " Vielleicht mit



Rücksicht auf die durch den industriellen Niedergang gedrückten Gefühle der Stadt" geschah 1932 die als symbolisch betrachtete Niederlegung der Schornsteine durch die in Liquidation befindliche Deutsche Werke AG fast heimlich; das so entstehende Freigelände kostete weniger Steuern als die mit Fabrikbauten bestandenen Grundstücke.<sup>118</sup>

Untypisch verlief die Entwicklung der Königswinterer Lemmerz-Werke, die 1919 aus einer Werkstatt zur Umrüstung deutscher Felgen auf amerikanische Reifen hervorgegangen waren. Umfangreiche Exportaufträge für Rußland ermöglichten zu Beginn der 1930er Jahre den Übergang zur Serienproduktion, 1933 waren bereits 180, bei Kriegsausbruch ca. 500 Arbeiter beschäftigt.<sup>119</sup>

Aufschlüsse über Ausmaß, Verteilung und Struktur der Arbeitslosigkeit knapp jenseits ihres Scheitelpunktes vermitteln die Ergebnisse der Berufszählung vom 16. Juni 1933. Mit einem Erwerbslosenanteil von 21,7% der Erwerbsbevölkerung (Hauptberuf) steht die Stadt Bonn unter den Kreisen des Kammerbezirks an der Spitze; auf einheitlichem Niveau lag die Arbeitslosigkeit in den Landkreisen (Bergheim: 14,8%; Euskirchen: 15,2%; Bonn: 15,3%), obwohl auch hier ausgesprochene Industrieorte wie Bedburg (26,3%) oder Beuel (24,4%) weit stärker betroffen waren. Insgesamt schnitt der Bonner Wirtschaftsraum im Vergleich relativ günstig ab: Die Landkreise lagen sämtlich noch unter dem Reichsdurchschnitt, dessen optisch niedrige Marke von 18,1% durch den immer noch hohen Anteil (knapp 30%) des - von Arbeitslosigkeit nur marginal betroffenen - primären Sektors zu erklären ist. Selbst der Stadtkreis Bonn wies eine wesentlich geringere Arbeitslosigkeit auf als der nordrheinische Teil des heutigen NRW (24,9%), die Metropole Köln (28%) oder gar das einseitig auf die Produktionsgüterindustrie ausgerichtete Ruhrgebiet (31,2%), das allerdings in der Zeit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik von einem entsprechend schnelleren Wirtschaftsaufschwung profitieren sollte.

Krasse Unterschiede zwischen Frauen- und Männerarbeitslosigkeit werden sichtbar, wenn man die Globalzahlen nach dem Geschlecht aufschlüsselt. 27,7% der männlichen Erwerbspersonen waren in Bonn ohne Arbeitsplatz, verglichen mit 10,2% auf Seiten der Frauen; noch drastischer ist der Abstand in den Landkreisen Euskirchen (20,7% und 3,8%) und Bonn (21,2% und 3,9%), während im Bezirk Bergheim der hohe Anteil weiblicher Arbeitsloser in Bedburg, vermutlich ehemalige Mitarbeiterinnen der Wollindustrie, den Unterschied verringert (17,8% und 6,5%). Auch wenn zu berücksich-

tigen ist, daß sich nicht alle durch die Krise ausscheidenden Frauen bei der Zählung als arbeitssuchende Erwerbspersonen registrieren ließen, weisen die Zahlen doch deutlich auf die Ersetzung männlicher Arbeitskräfte durch billigere Frauenarbeit hin; der weibliche Anteil an der Bonner Fabrikarbeitserschaft stieg zwischen 1928 und 1932 kontinuierlich von 22,4 auf 29 Prozent. Eine geringere Krisenanfälligkeit des tertiären Sektors und die Bemühungen der Industrie, einen Stamm unverzichtbarer Angestellter in bessere Zeiten hinüberzuretten, sind die Hauptgründe für die im Vergleich zur Arbeiterschaft geringer ausgeprägte Arbeitslosigkeit dieser Beschäftigtengruppe: In Bonn waren Mitte 1933 nahezu doppelt so viele Arbeiter (39,9%) wie Angestellte (21,4%) betroffen, in Beuel und Godesberg war der Unterschied mit 37% zu 21% bzw. 31,8% zu 19,6% weniger kraß ausgeprägt.<sup>120</sup>

#### 4.2.4 NS-Wirtschaft im Frieden (1933 - 1939)

Angesichts jahrelanger konkreter Versprechungen mußten die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Nationalsozialisten auf eine fühlbare Verringerung der Erwerbslosigkeit ausgerichtet sein; nicht von ungefähr hat unter Zeitzeugen die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung noch heute einen hohen Stellenwert im Rückblick auf die realen Erfolge der neuen Machthaber. In der Tat waren, unterstützt von den nach Durchschreiten der konjunkturellen Talsohle ohnehin vorhandenen Aufschwungtendenzen, die Anfangsfortschritte der bereits laufenden und der neu hinzutretenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unübersehbar: Allein zwischen August und Oktober 1933 verringerte sich die Zahl der Erwerbslosen im Kammerbezirk um durchschnittlich 13,5%; im Kreis Bergheim fand über ein Viertel der am 31. Juli 1933 registrierten Arbeitslosen bis zum Herbst eine Beschäftigung, im Landkreis Bonn setzte die Erholung später ein und war schwächer ausgeprägt.<sup>121</sup> Im verarbeitenden Sektor erwiesen sich in dieser Phase die verbliebenen Bonner Großbetriebe als wesentliche Stütze des Arbeitsmarktes: Bis Mitte 1934 hatte sich die Beschäftigtenzahl bei Soennecken, den Leichtmetallwerken und den beiden Wessel-Fabriken um 79% gegenüber 1933 erhöht. Ähnliches gilt für die Troisdorfer Industrie.<sup>122</sup> Spektakuläre Anfangserfolge bis 1934 und eine ausgedehnte Periode einer nur noch lang-

samen Verringerung der Erwerbslosigkeit vor dem Durchschlagen der Kriegsvorbereitungspolitik weist auch die Gesamtentwicklung der Arbeitslosenzahlen aus: Jeweils zum Ende des 1. Quartals waren im Stadtkreis Bonn als arbeitslos registriert:

1933	8 894 Personen
1934	5 775 Personen
1935	5 411 Personen
1936	4 940 Personen
1937	3 858 Personen
1938	2 510 Personen
1939	379 Personen
1940	70 Personen

Zum Teil waren die - im Vergleich zum Reichsdurchschnitt - geringen Beschäftigungserfolge der Jahre 1934 bis 1936 Resultat der örtlichen Wirtschaftsstruktur, die jetzt eine zügige Erholung ebenso verhinderte, wie sie 1929 bis 1933 die Schärfe der Depression abgemildert hatte. Das weitgehende Fehlen von Schwerindustrie und die Lage im entmilitarisierten Rheinland ließen dem Raum nur wenig Anteil an der von forcierter militärischer Aufrüstung getragenen konjunkturellen Belebung zukommen. Erinnerungen an plötzliche Absperrungen und Verkehrsbehinderungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und während der Ruhrkampfzeit taten ein Übriges, die Industrie von größeren Investitionen im ungeschützten Grenzgebiet abzuhalten. "Es dürfe schließlich nicht alle Arbeit nach Mitteldeutschland gehen", befand 1936 Dr. Heinen, bis zum Verlust der Selbständigkeit zweiter Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bonn, in einer Ratssitzung und brachte damit den lokalen Unmut zum Ausdruck.

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings die Durststrecke in der Industrie weitgehend überwunden; von durch Rohstoffengpässe (als Folge der Autarkiepolitik) verursachten Einschränkungen in der Industrie abgesehen, herrschte Ende des Jahres Vollbeschäftigung; Mitte 1937 sind in Bonn keine leerstehenden Fabrikationsanlagen mehr nachzuweisen. Zwischen dem 31. März 1936 und dem gleichen Zeitpunkt des Folgejahres fiel im Arbeitsamtsbezirk Bonn die Quote der Arbeitslosen pro 1000 Einwohner von 42,8 auf 29,1, im Bereich Euskirchen von 29,3 auf 16,2 und im Siegburger Bezirk

gar von 39,1 auf 18,8.<sup>123</sup> Hatten Arbeitsverwaltung, Stadt und Partei jahrelang mit Hilfe auswärtiger Notstandsarbeiten die hartnäckige Erwerbslosigkeit in Bonn zu dämpfen versucht, so erforderten nach der Remilitarisierung der Rheinlande sowohl der Umfang der Wehrmachtsbauten (Kasernen auf dem Venusberg und in Duisdorf, Barackenlager Hardtberg, Munitionslager Ückesdorf, Flugplatz Hangelar) als auch billigere Konkurrenzangebote die Hinzuziehung auswärtiger Baufirmen, die wiederum - sehr zum Leidwesen des durch unzureichende Zuteilung von Mangelwaren ohnehin geschädigten örtlichen Großhandels - ihren Materialbedarf anderweitig deckten.<sup>124</sup> Der immense Kräftebedarf bei der Errichtung des Westwalls hinderte die Industrie nicht nur an der Verwirklichung umfangreicher Erweiterungs- und Neubaupläne (Hydrierwerke Wesseling, Zellstoffwerk Siegburg<sup>125</sup>), sondern kostete sie auch Facharbeiter, die - ähnlich wie im Handwerk - in größerer Anzahl zur Fertigstellung der höher-rangigen Staatsbauten dienstverpflichtet wurden. Dagegen hielt sich die Wiederaufnahme des Erzbergbaus an verschiedenen Stellen des Siegkreises im Rahmen der deutschen Autarkiebestrebungen in Grenzen.<sup>126</sup>

Nimmt man das jährliche Gewerbesteueraufkommen als zwar groben, aber in der Tendenz zuverlässigen Indikator der örtlichen Wirtschaftsleistung, so bestätigt sich das anhand der Arbeitslosenziffern gewonnene Bild: Vom Tiefpunkt des Jahres 1933 (0,77 Mio. RM) hatten sich in Bonn die Einnahmen bis 1937 auf 2,1 Mio. erhöht und dabei den vorausgegangenen Höchststand (1930: 1,85 Mio. RM) übertroffen; mit ca. 3,6 Mio. RM betrug nach dem Wirksamwerden der Aufrüstungsmaßnahmen das jährliche Aufkommen mehr als das Doppelte der 1928/29 erreichten Werte.

Die skizzierte Begrenzung des Arbeitskräftereservoirs machen auch die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebeziehung des Jahres 1939 deutlich. Mit 17 304 Beschäftigten in Industrie und Handwerk ist der Einbruch von 1933 (12 341) zwar wettgemacht, doch wird in Bonn die Marke des Jahres 1925 (16 741) nur unwesentlich übertroffen. Ebenso wie die Sparte "Handel und Verkehr" ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes gegenüber 1925 leicht zurückgegangen; eine Steigerung von 15% (1925) auf nunmehr 22,8% weist die Abteilung "öffentliche und private Dienstleistungen" als Gewinner der Verschiebungen aus; so betrachtet war der spätere Sitz der Bundesorgane schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf dem Weg zur Dienstleistungsstadt ein beachtliches Stück vorangekommen, wenn auch die Zählung von 1939 als eigentlichen statistischen

Superlativ die Spitzenstellung als Rentnerstadt (vor Wiesbaden, Darmstadt und Freiburg) ergab und so die Prognose des 1931 ausgeschiedenen Oberbürgermeisters Falk bestätigte. 20,8% der Bonner Bevölkerung bestritten ihre "materiellen Lebensansprüche nicht mehr aus beruflicher Tätigkeit des Ernährers".<sup>127</sup>

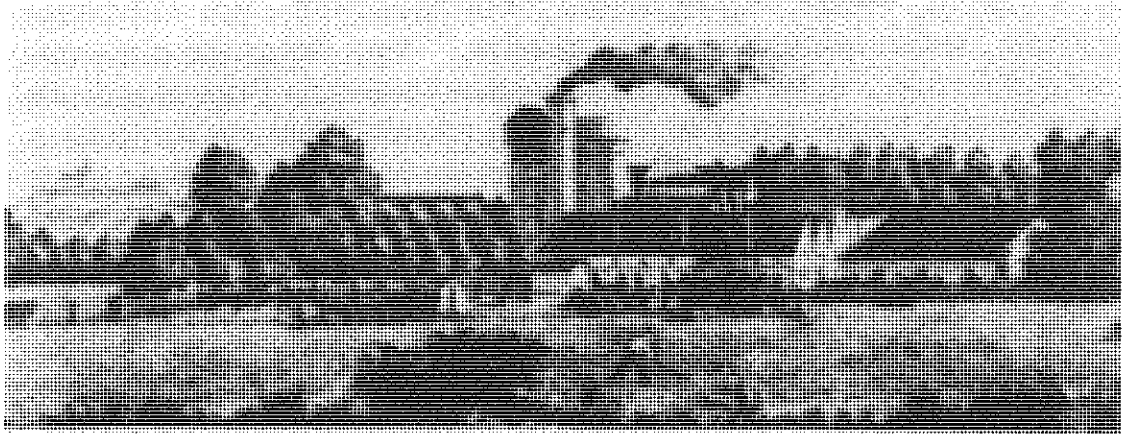
Innerhalb des verarbeitenden Sektors spiegelt sich in der Expansion der Bonner Metallverarbeitung (einschließlich Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau) die Politik der Wiederaufrüstung wider: Über ein Viertel aller Beschäftigten arbeiteten hier vor Kriegsausbruch, verglichen mit 17,6% im Jahre 1925. Weniger spektakulär mutet der Zugewinn auf dem Bausektor (1925: 14,4%; 1939: 16,8%) an, doch ruft der Vergleichswert für 1933 - 11,4% Anteil an einer insgesamt geschrumpften Beschäftigtenzahl - die starke konjunkturelle Abhängigkeit der Branche in Erinnerung. Trotz der Schließung der Steingutfabrik Mehlem/Villeroy & Boch ließen die Erholung der beiden Wessel-Fabriken und der Ausbau der keramischen Produktion bei Moeller (1930: 40; 1938: 300 Beschäftigte)<sup>128</sup> den Bedeutungsverlust der Industrie gelinde ausfallen; wenn trotz des ungebrochenen Wachstums der Soennecken-Werke der Bereich Papier/Druck um ein knappes Viertel schrumpfte, so macht sich hier vermutlich die abnehmende Nachfrage der Universität bemerkbar, deren Studentenzahlen nur noch gut ein Drittel des 1931 erreichten Höchststandes betragen. Der starke Einbruch im Bereich Textil/Bekleidung ist Folge der nationalsozialistischen Bewirtschaftungsmaßnahmen, nachdem krisenbedingt die Bekleidungsbranche im Zuge des verbreiteten Ausweichens in die Selbständigkeit 1933 vorübergehend gewachsen war.<sup>129</sup>

Auch nach Rückbildung der seinerzeit durch die Wirtschaftskrise bedingten Aufblähung (1933: 1747 Betriebe, 4966 Beschäftigte) übertraf der Bonner Einzelhandel 1939 (1283 Betriebe, 4327 Beschäftigte) deutlich den Umfang des Vergleichsjahres 1925. Besonders der Textileinzelhandel profitierte von einem weiten Kundenkreis aus den Agrarbezirken der Region, während die Godesberger Konkurrenz den Wettbewerbsdruck der Großstädte zu spüren bekam.<sup>130</sup> Trotz warenhausfeindlicher Haltung der Nationalsozialisten beschäftigten 1939 die beiden Bonner Warenhäuser noch 379 Angestellte; 1929 hatte allein die Tietz-Filiale 416 Mitarbeiter gezählt. Im Falle von Kaufhäusern und Bekleidungsgeschäften wurde dem Publikum die "Arisierung", also die Überführung von Wirtschaftsunternehmen in "nichtjüdische" Hände, am sichtbarsten vor Augen geführt. Die Kaffeerösterei Zuntz, die Duisdorfer Möbelfabrik und die Bonner

Fahnenfabrik, deren umfängliches Exportgeschäft dem NS-Staat begehrte Deviseneinnahmen verschaffte,<sup>131</sup> sind Beispiele aus dem produzierenden Sektor. Periodisch wiederkehrende Boykottaufrufe und -aktionen hatten das Ziel, jüdische Ladeninhaber zur Auflösung ihrer Geschäfte bzw. zum Verkauf weit unter dem tatsächlichen Wert (oft an "Alte Kämpfer") zu zwingen; damit der jüdische Kaufmann nicht vom einsetzenden Konsumaufschwung profitierte, versuchten die Behörden schon kurz nach der "Machtergreifung", bei Anschaffungen auf Basis von Ehestandsdarlehen bzw. Bedarfsdeckungsscheinen der Wohlfahrtsämter jüdische Geschäfte auszuschließen.<sup>132</sup>

Ausländische Vorbehalte gegen das nationalsozialistische Deutschland schlugen sich nicht in der Fremdenverkehrsstatistik nieder. Bad Godesberg zählte 1937 fast doppelt so viele ausländische Besucher wie 1929; auf dem ersten Platz lösten die Briten die Holländer ab. Obwohl die Unruhe, die eine zunehmende Zahl von Sonntagsausflüglern in die junge Badestadt brachte, den Kurbetrieb weiter zurückdrängte, lag die durchschnittliche Übernachtungsdauer mit fünf Tagen immer noch erheblich über dem Bonner Wert (1,6 Tage). Abgesehen von vereinzelt Tagungen und Kongressen bildete nach wie vor die Lage als Etappenort für Rheinreisende das Rückgrat des Fremdenverkehrs der Beethovenstadt. Neben ihrem Linienverkehr (1929: 154 Streckenkilometer zwischen Vorgebirge und Ahr) stellte die 1925 gegründete Bonner Verkehrsgesellschaft Sonderbusse für touristische Tages- und Halbtagsfahrten an den Mittelrhein zur Verfügung.<sup>133</sup>

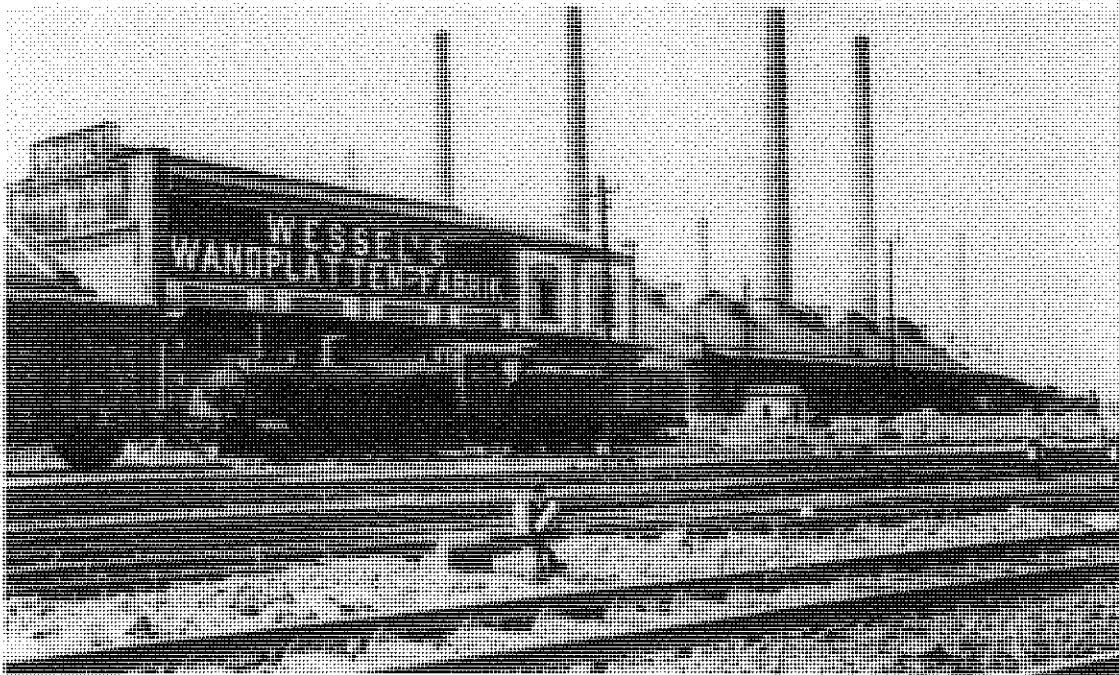




*Friedrich-Wilhelms-Hütte um 1840*

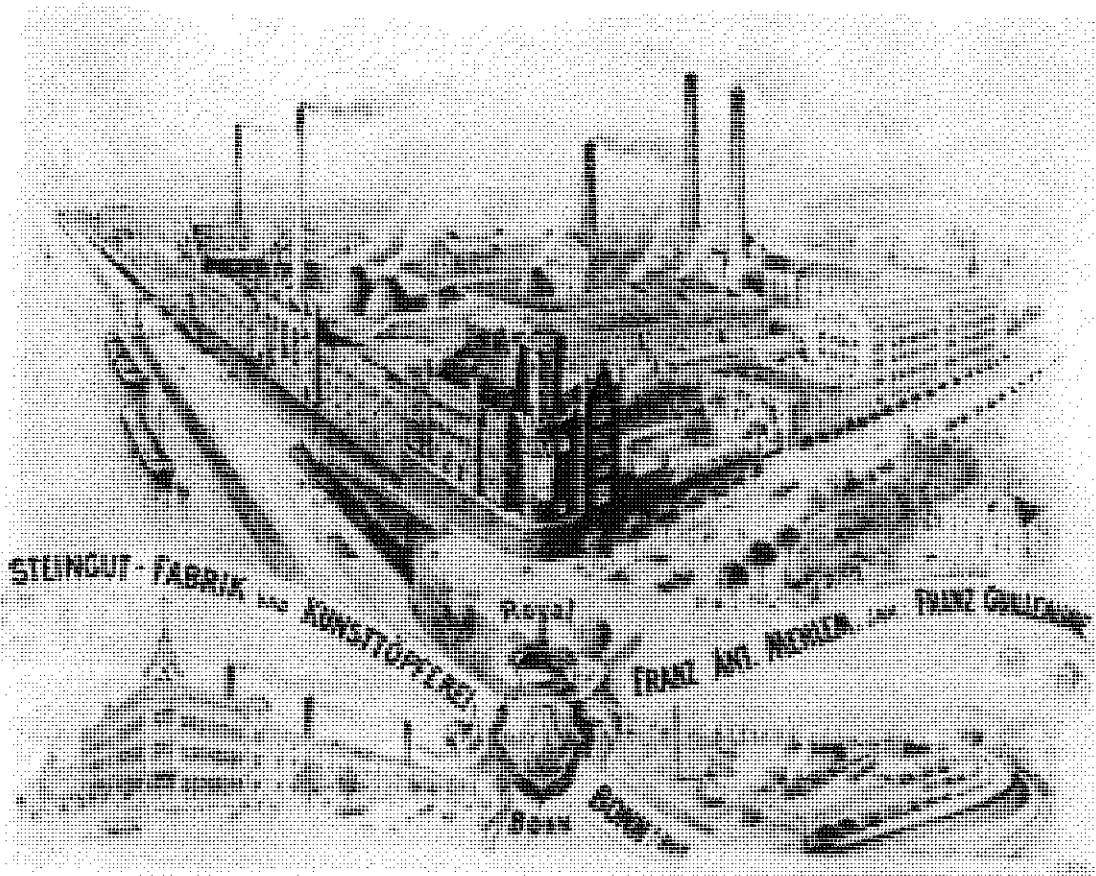


*Alun-Hütte auf der Hardt in Beuel (entstanden 1805)*

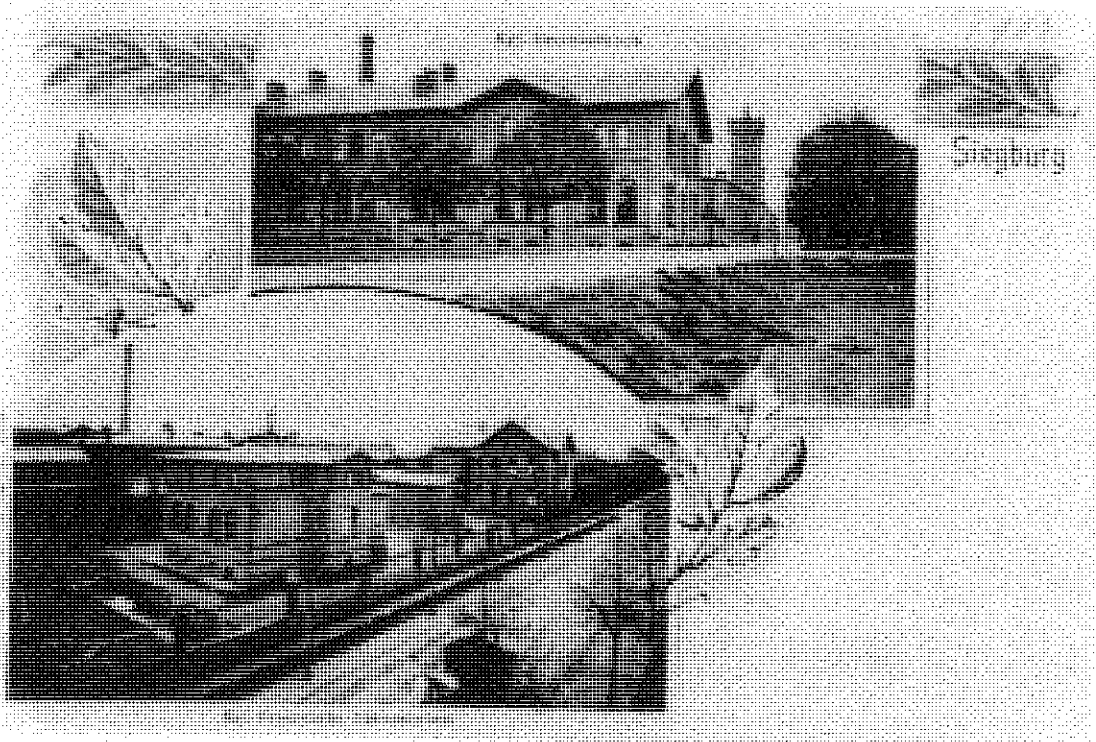


*Ansicht der Firma Wessel um 1915*

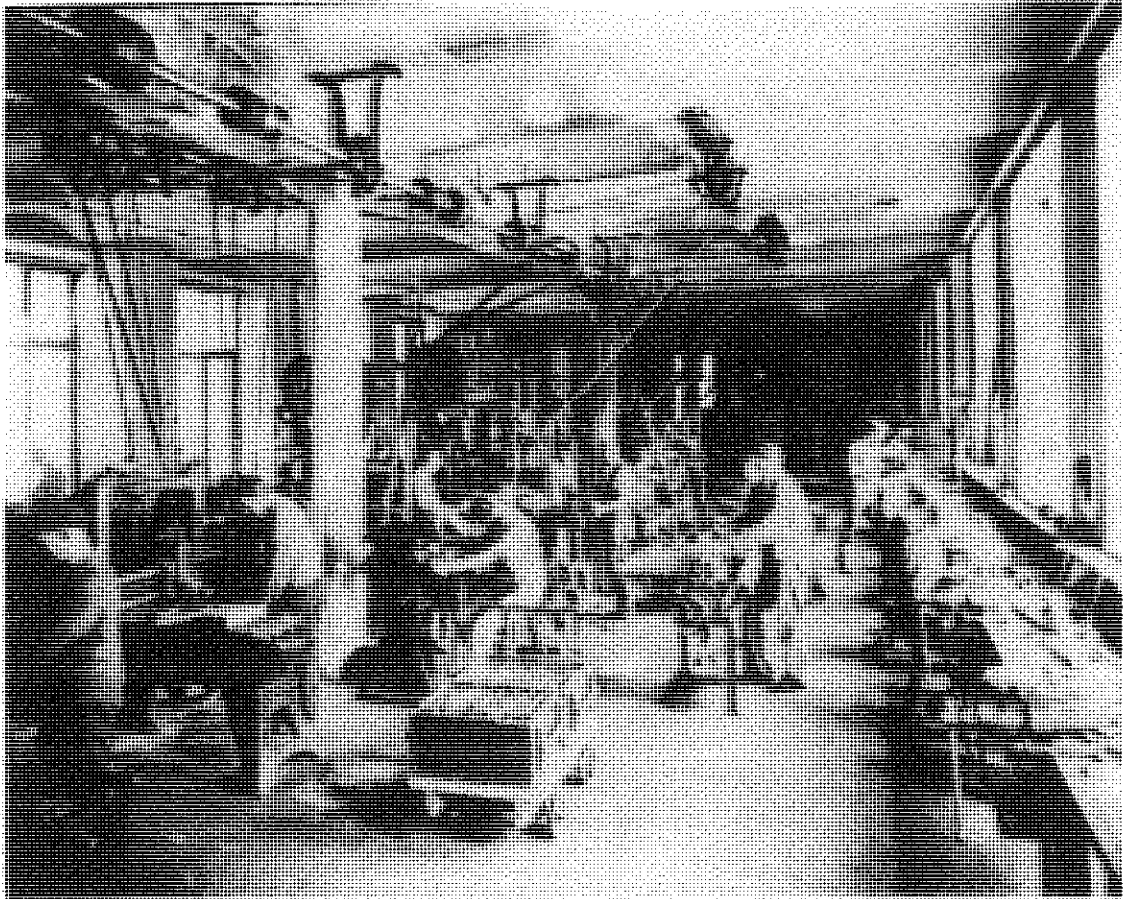




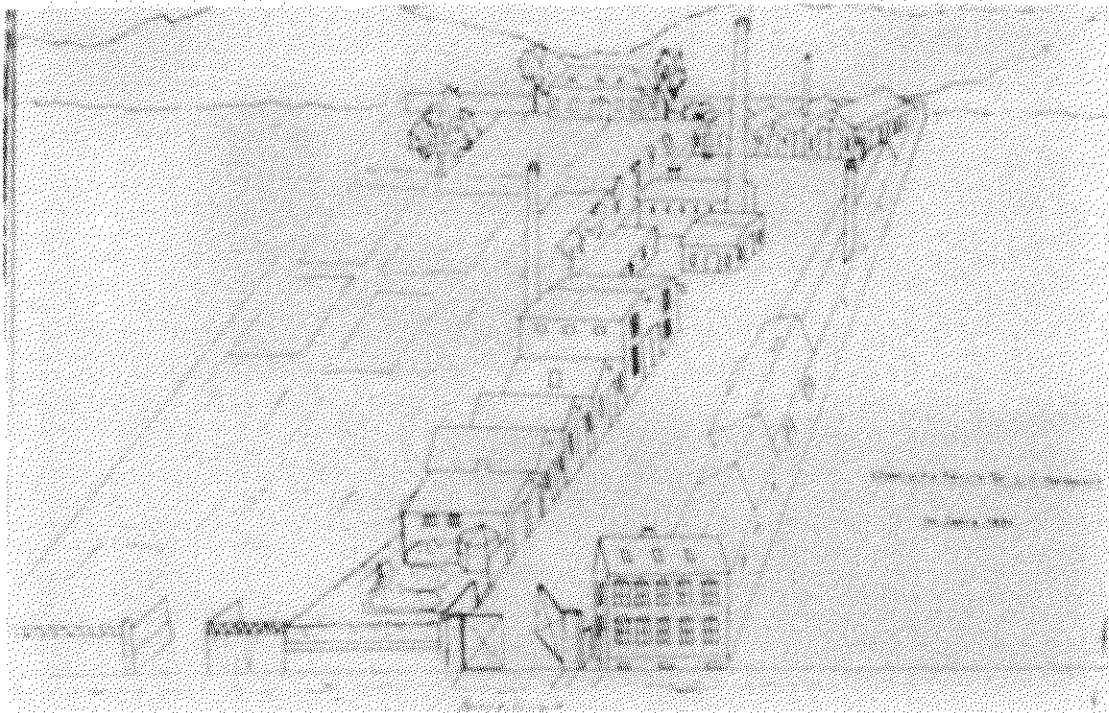
*Mehlem'sche Steingutfabrik und Kunsttöpferei an der Coblenzer Straße in Bonn*



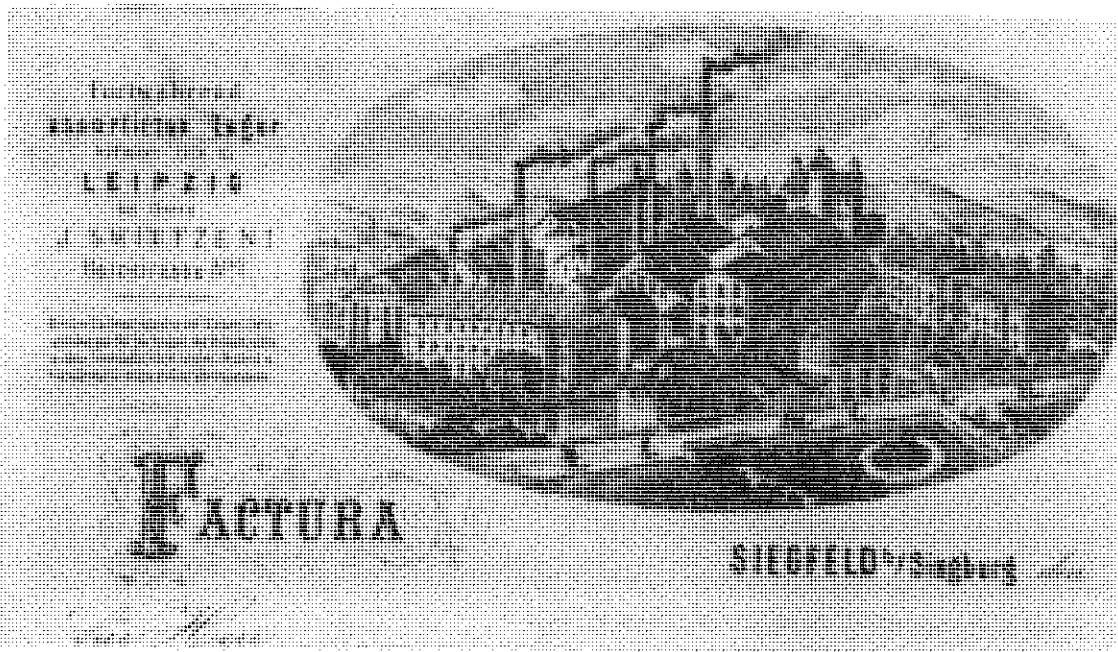
*Kgl. Geschößfabrik (oben) und Kgl. Feuerwerks-Laboratorium in Siegburg*



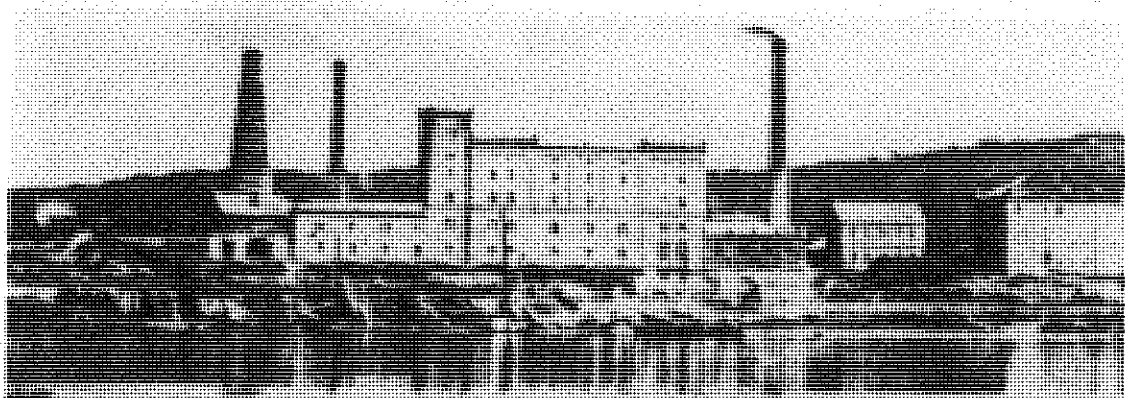
*Firma Soennecken in Bonn-Foppelsdorf: Teilansicht der Schlosserei*



*Chemische Fabrik Dr. L. C. Marquart im Jahre 1890*



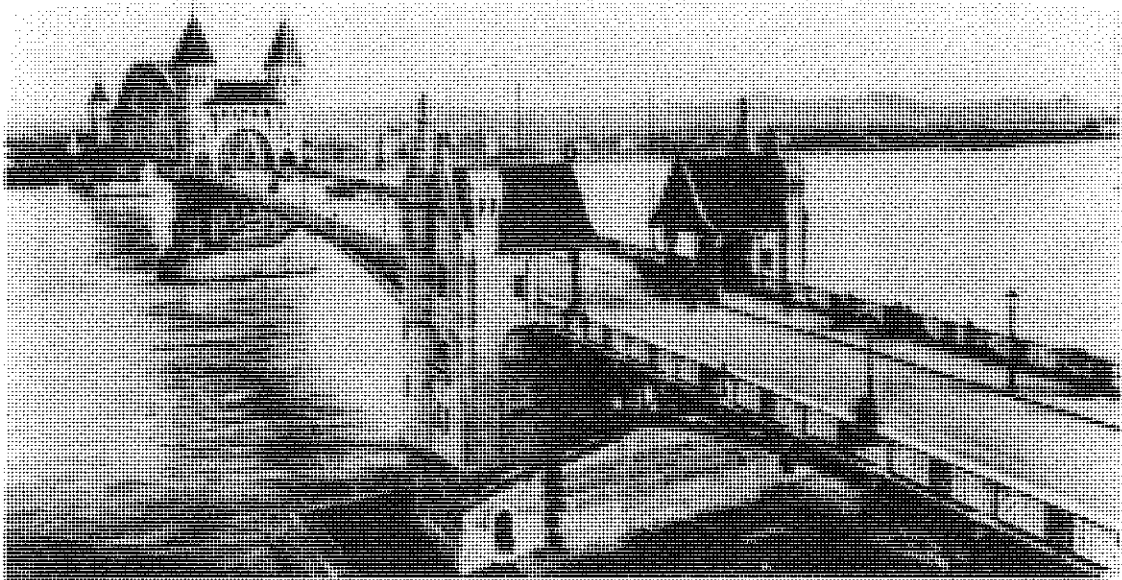
*Kattunfabrik Rolffs in Siegburg*



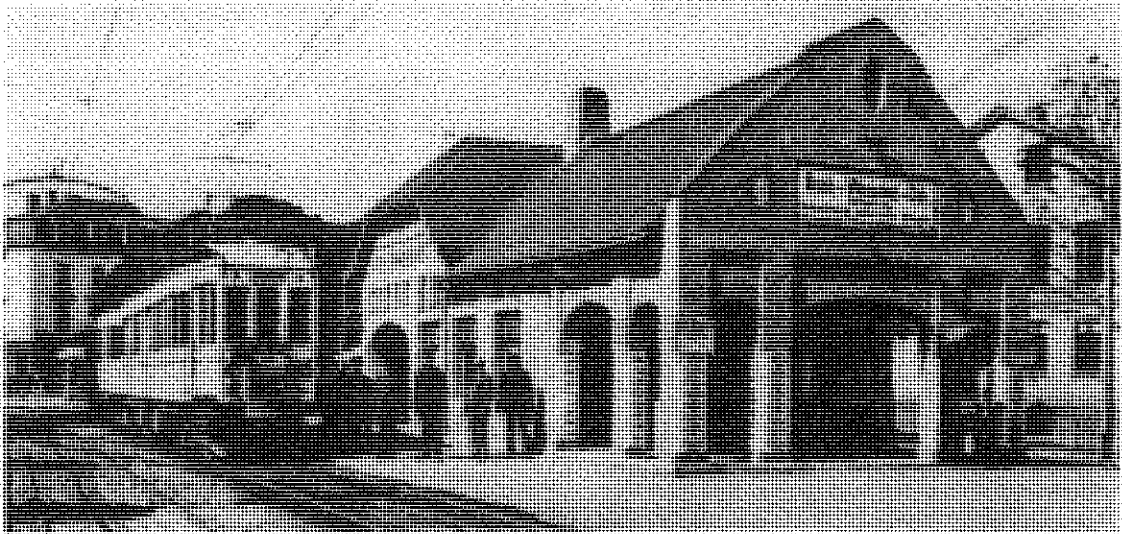
*Zementfabrik Oberkassel 1898*



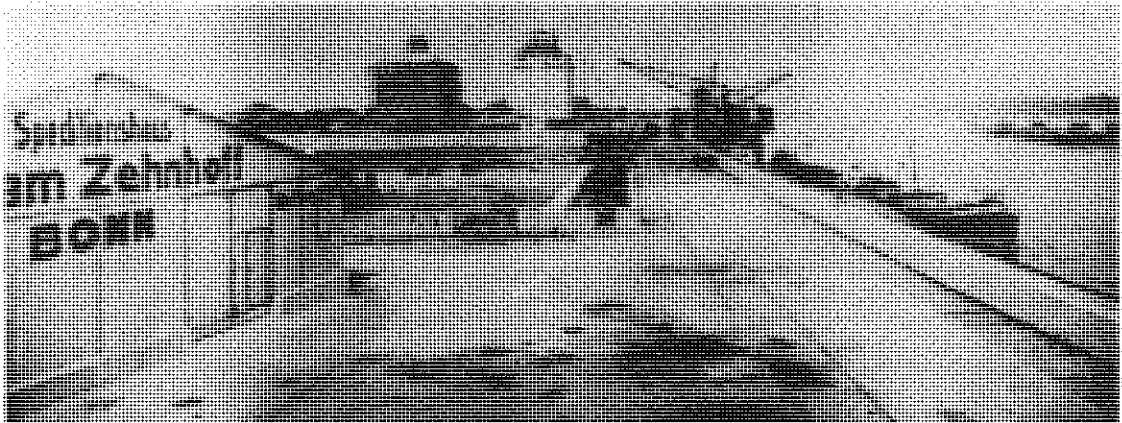
*Rheinische Tapeten-Fabrik Tilger in Beuel*



Die 1898 eingeweihte Bonner Rheinbrücke

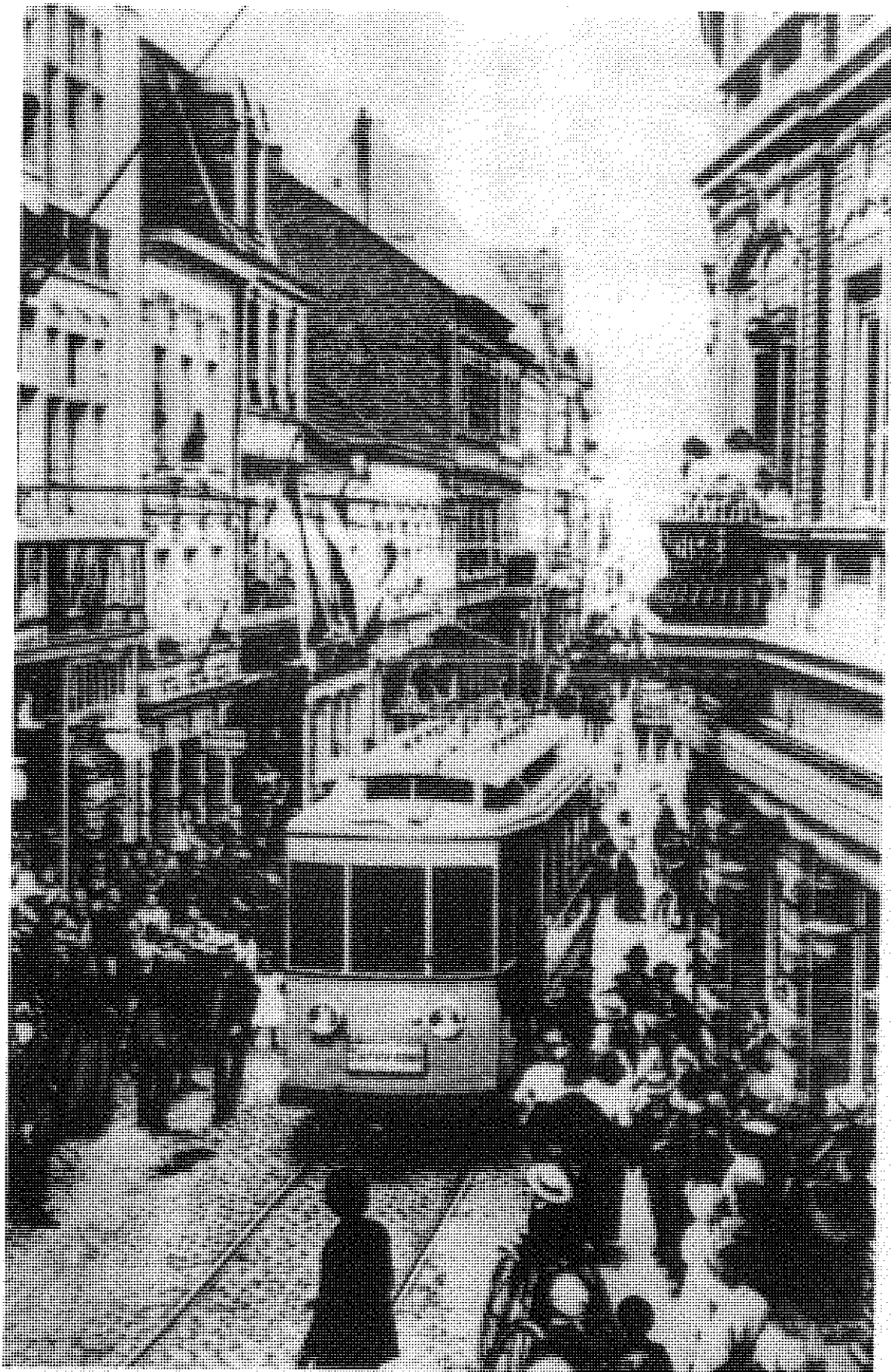


Die 1906 in Betrieb genommene Rheinfahrtbahn

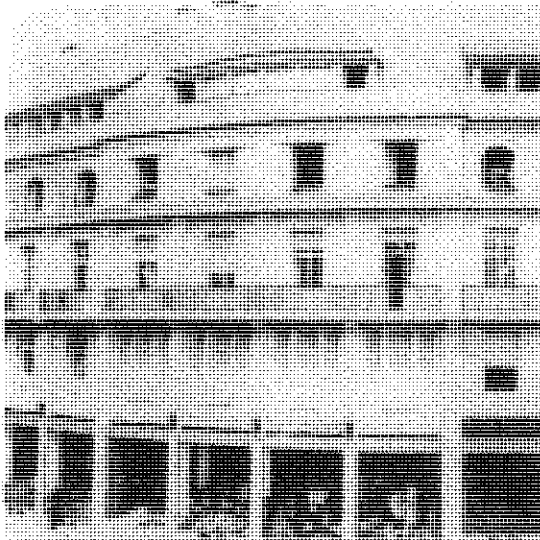


Die 1924 dem Verkehr übergebene Rheinwerft in Graurheindorf





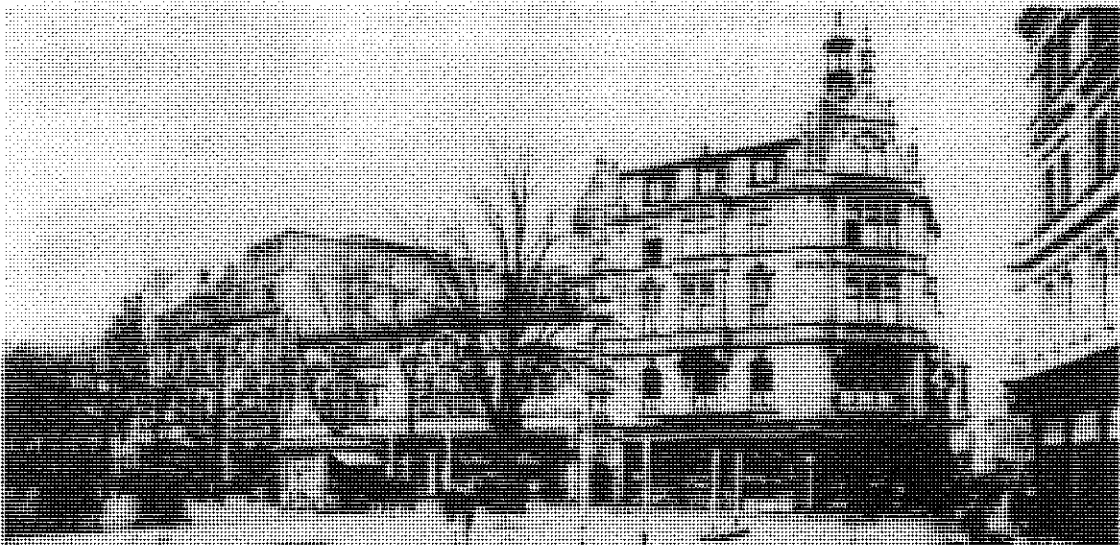
*Siegburg: Erste Fahrt der „Elektrischen“ in der Kaiserstraße, 1914*



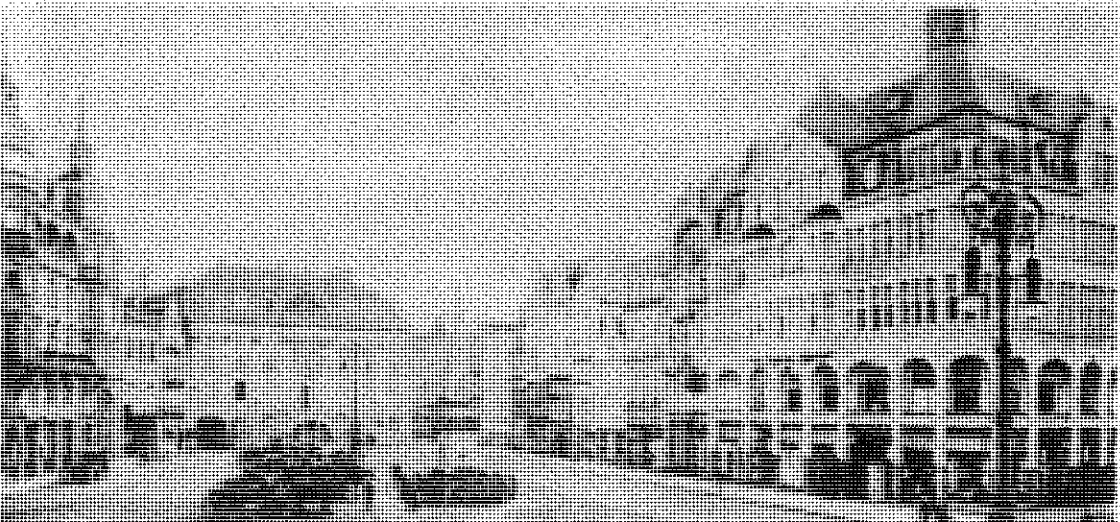
Das „Münster-Haus“ in Bonn,  
heute Dresdner Bank



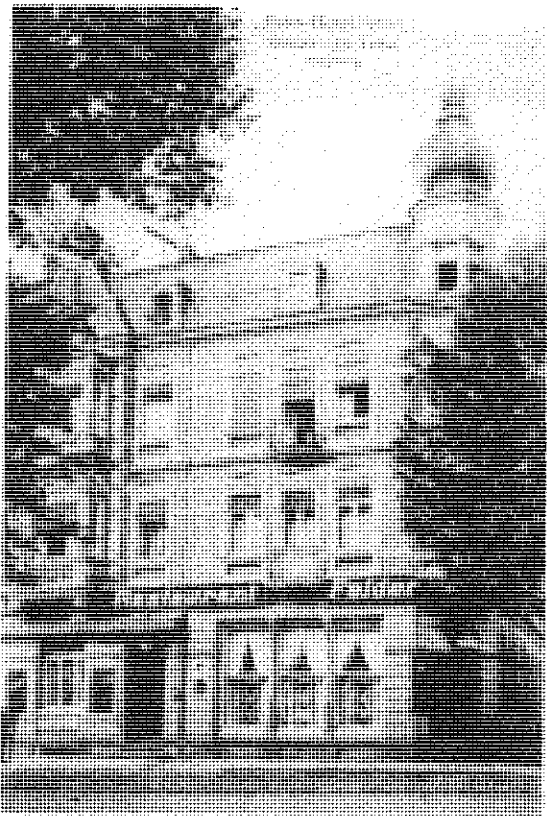
Neubau der Sparkasse Bonn 1913



Kaufhaus Tietz in Bonn 1929



Kaufhaus Bührmer am Bonner Markt 1908



**Hotel Felder in Siegburg 1912**



**Rheinhotel Dreesen in Bad Godesberg**



**Hotel Königshof in Bonn**



#### 4.2.5 Das letzte Jahrzehnt der Selbständigkeit: Die Industrie- und Handelskammer Bonn 1924 bis 1933

Nachdem das Reichswirtschaftsministerium 1924 bestehende Pläne zur umfassenden Neuordnung der wirtschaftlichen Interessenvertretungen endgültig zu den Akten gelegt hatte, schritt das preußische Handelsministerium unverzüglich zur Verwirklichung eigener, schon lange gehegter Absichten: Das zum 1. April desselben Jahres per Notverordnung geänderte Handelskammergesetz ersetzte die althergebrachte, aber mißverständliche Bezeichnung durch den Begriff "Industrie- und Handelskammer", dehnte den Kreis der Zugehörigen auch auf Minderkaufleute aus und ermächtigte den Handelsminister, nach Konsultation der Betroffenen Kammergrenzen zu verändern sowie bestehende Kammern aufzulösen oder zusammenzulegen.<sup>134</sup> Der letztgenannte Punkt sollte zehn Jahre später die Vereinnahmung der Bonner Vertretung durch die Kölner Schwesterkammer beträchtlich erleichtern. Gleichzeitig verschob in Bonn das durch Statutenänderung vom 29. Oktober 1921 (genehmigt: 1. Dezember 1921) neueingeführte Wahlverfahren die Zusammensetzung der Vollversammlung. An Stelle der auf Kreisebene gewählten insgesamt 16 Vertreter wies das neue Wahlrecht vorab der Industrie 19 (ab 1927: 20), dem Einzelhandel 6 und dem Großhandel 5 Sitze zu. Bezirksübergreifend bestimmten in je einer Wahlabteilung Braunkohlebergbau (Vertreter 1923-1933: Dr. Joseph Abs), Eisen- und Maschinenindustrie je ein Mitglied; für die übrigen Industrien deckten sich die Wahlbezirke mit den Kreisen, wobei Bonn-Stadt, Bonn-Land, Sieg und Euskirchen je drei, Bergheim zwei und Waldbröl sowie Rheinbach je einen Sitz stellten. "Entsprechend der Bedeutung der Industrie des Siegkreises" beschloß die Kammer 1926 (mit Wirkung von 1927 an) eine Aufstockung der örtlichen Vertreter auf vier. In den Gruppen Groß- und Einzelhandel wählen die Berechtigten:

im Wahlbezirk Bonn-Stadt	2 Groß- u. 1 Einzelhändler
Bonn-Land/ Rheinbach	
Siegkreis/Waldbröl	je 1 Groß- u. Einzelhändler
Euskirchen/Bergheim	

Mit fünf von insgesamt elf Vertretern der Handelsinteressen ist Bonn in der Sitzverteilung als einziges Handelszentrum von überörtlicher Bedeutung im Kammerbezirk ausgewiesen. In der Summe entfielen von den wahlberechtigten bzw. beitragspflichtigen Betrieben des Rechnungsjahres 1929/30 665 Firmen auf die Industrie, 515 auf den Groß- und 880 auf den Einzelhandel.<sup>135</sup> Unberührt blieb die Praxis, nach §8 des Handelskammergesetzes verdiente Persönlichkeiten in die Vollversammlung zu kooptieren, so z.B. Dr. Karl Mannstaedt, den ehemaligen Leiter des (im Klöckner-Konzern aufgegangenen) gleichnamigen Werks oder den pensionierten Euskirchner Bankdirektor Breuer; der so Geehrte konnte 1931 als "Mann der ersten Stunde" auf eine 40jährige Kammerzugehörigkeit zurückblicken. In der hauptamtlichen Geschäftsführung war seit dem 1. November 1923 Dr. Paul Heinen als Stellvertreter des nach dem Ausscheiden von Syndikus Dr. Uhlitzsch auf diese Position vorgerückten Dr. Heinrich Crome tätig.

Mit dem Ende des Ruhrkampfes bzw. der Räumung des wichtigsten Teils des Kammerbezirks durch die Franzosen blieb nicht nur die Erinnerung an "von heute auf morgen" verhängte Sanktionen, "die wie stets die Wirtschaft in erster Linie trafen",<sup>136</sup> zurück, sondern auch eine umfängliche Gutachtertätigkeit der Kammer bei der Vorprüfung von Anträgen auf Entschädigungsmittel des Reiches. Galt es bei dem 1925 aufgelegten Härtefonds diejenigen Firmen herauszufiltern, die als Inflationsgründungen ohnehin keine wirtschaftliche Chance gehabt hätten, so lagen die Schwierigkeiten bei dem ein Jahr später geregelten Ersatz von Transportmehrkosten in der Feststellung einer "ernsten wirtschaftlichen Notlage", die in ursächlichem Zusammenhang mit der Benutzung von Ersatzverkehrsmitteln während der Zeit der französischen Regiebahn stehen mußte. In beiden Fällen konnten nur die Kammern mit ihrer genauen Kenntnis sowohl der örtlichen Verhältnisse als auch der wirtschaftlichen Lage der Antragsteller den staatlichen Stellen zuarbeiten.<sup>137</sup>

Eine weitere Hypothek aus der Inflationszeit war im Bereich der Handelsregister abzutragen: Praktisch die gesamte zweite Hälfte der zwanziger Jahre war man zusammen mit den Registergerichten beschäftigt, die zahlreichen inaktiven Firmen (Ende 1927 auf ein rundes Drittel der eingetragenen 3000 Unternehmen geschätzt) zu löschen oder gegen den Grundsatz der Firmenwahrheit verstoßende Unternehmen mit "hochklingenden Namen" ausfindig zu machen.<sup>138</sup>

Praktisch seit ihrer Gründung hatte sich die Bonner Handelskammer immer wieder vergeblich für den Bau neuer Hafenanlagen am

Rhein eingesetzt. Tatsächlich gelang es in der nur kurzen Zeitspanne zwischen Kriegsende und dem Wiederaufstieg des Rentnerstadtkonzepts, den vorübergehenden "wesentlichen Umschwung in den Anschauungen" zu nutzen und "unter Betonung der neu geschaffenen Lage" bei der Stadtverordnetenversammlung einen einstimmigen Baubeschluß zu erreichen; durch die Wirren des Jahres 1923 verzögert, konnte das (einschließlich Erweiterungsgebiet) 800 Meter lange Hafengelände in Graurheindorf im September 1924 dem Verkehr übergeben werden.<sup>139</sup> Keine eindeutige Stellungnahme konnte die Kammer zugunsten der Forderungen aus Godesberg, Honnef, Königswinter, Beuel und Troisdorf nach Einbeziehung in den Schnellzugverkehr abgeben; zwar sah man die Bedeutung zusätzlicher Halts gerade für aufstrebende Bade- und Luftkurorte wie Godesberg und Honnef", doch verbot auf der anderen Seite "die Natur des Schnellzugverkehrs" die Berücksichtigung so nahe beieinanderliegender Orte, zumal der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (Straßenbahnen und Buslinien) eine Anbindung an die Fernbahnhöfe sicherstellte.<sup>140</sup> Im Frachtverkehr kam es für zahlreiche Bezirksfirmen unbestreitbar zu Nachteilen, als die Reichsbahn der Stilllegung der Trajektfähre (1914) folgend im Jahre 1920 eine Anpassung der Tarifentfernungen zwischen links- und rechtsrheinischen Orten an die tatsächliche Linienführung durchführte; im Extrembeispiel Witterschlick-Siegburg trat ein Aufschlag von 40 berechneten Kilometern ein. Obwohl die Kammer ihre Forderung nach Erleichterung zuletzt nur noch auf die vor 1920 ansässigen Betriebe beschränkte, wurden die Eingaben 1927 endgültig abgelehnt.<sup>141</sup>

"Wir vertreten die Auffassung, daß Wirtschaft und Gemeinden keine geborenen Feinde sind. Wir sind im Gegenteil miteinander auf Gedeih und Verderb verknüpft", schloß die Industrie- und Handelskammer Bonn Mitte 1928 einen Appell an die Bonner Stadtspitze, sie entsprechend der seit 1914 gestiegenen Bedeutung der Kammern "bei allen ihr Interessengebiet berührenden Fragen zur gutachterlichen Äußerung aufzufordern".<sup>142</sup> Einer Vertiefung der Kontakte auf informeller Ebene diente z.B. 1929 das "Jahresessen", zu dem sich 26 Kammermitglieder ("Beamte" eingeschlossen) mit 32 Gästen aus den Kreis- und Gemeindevertretungen trafen.<sup>143</sup> Mit dem Argument, Ersatz für die 1918 verlorene Garnison und die von ihr ausgehende Kaufkraft suchen zu müssen, konnte die Stadt Bonn sich die Ansiedlung einer staatlichen Polizeischule sichern und - unter Einbringung erheblicher Eigenmittel - eine der drei neuen Pädagogischen Akademien in Preußen an den Rhein ziehen; die seit 1925 in Zusammenarbeit mit der Universität abgehaltenen Beamtenhoch-

schulkurse, aus denen sich später die "Mittelrheinische Verwaltungsakademie" entwickelte, waren ein weiterer Baustein in Richtung Behörden- und Dienstleistungsstadt. Folglich unterstützte man 1928 auf städtischer Seite auch die Industrie- und Handelskammer bei dem Versuch, die in Höhr zur Disposition stehende keramische Fachschule nach Bonn (und damit an einen traditionellen Schwerpunkt der Steingutindustrie) zu verlegen; das Projekt zerschlug sich, als Zuschüsse von Gemeinde und Kreis eine Weiterführung der Schule am alten Standort ermöglichten.<sup>144</sup>

Eine insgesamt verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Kammer und Gemeinden prägte die jährliche Begutachtung von ca. 70 Haushaltsplänen hinsichtlich der Höhe der Realsteuern. In den wenigen Fällen verweigerter Kooperation "half erfreulicherweise die weitsichtigere Aufsichtsbehörde nach". Von der Industrie- und Handelskammer vermittelte Steuerabkommen zwischen einzelnen Großunternehmen und ihren Gemeinden verschafften beiden Seiten eine verlässliche Kalkulationsbasis.<sup>145</sup> Trotz ihrer praktischen Mitarbeit im Detail setzte sich die Kammer generell für einen Abbau bzw. einen vollständigen Fortfall der Gewerbesteuer ein, da die Abgabe "ihr ursprüngliches Wesen als Entgelt für die den Gemeinden durch die gewerblichen Betriebe verursachten Aufwendungen im weitesten Umfange verloren ... und sich so zu einer nicht mehr gerechtfertigten Sonderbelastung des in gewerblichen Betrieben erarbeiteten Ertrages und angelegten Kapitals entwickelt (hatte)".<sup>146</sup> Umso mehr begrüßte man die Mitte 1930 per Notverordnung eingeführten neuen Gemeindesteuern (Bier- und Getränkesteuer). Vor allem in der Bürgersteuer sah die Kammer wegen "ihrer verhältnismäßig gleichen Belastung weitester Bevölkerungskreise ... ein geeignetes Mittel zur Kräftigung der finanziellen Selbstverwaltung der Gemeinden". Gerade die verbreitete Ablehnung der neuen Steuer lasse "auf eine starke Erkenntnis des Zusammenhangs von Bürgerrechten und Bürgerpflichten hoffen".<sup>147</sup>

In der Realität führte die Wirtschaftskrise jedoch - bei sinkenden Staats- und Reichszuweisungen - auf Seiten der Gemeinden zu überproportionalen Verpflichtungen, so daß Lohnsummensteuer, Grundvermögensteuer, Gewerbeertrag- und Gewerbekapitalsteuer steil anstiegen, in vielen Fällen die auf Deckung der Haushalte bedachte Kommunalaufsicht zwangsweise höhere Umlagen festsetzte, als jeweils von den auf ihre Wähler fixierten Selbstverwaltungskörperschaften beschlossen worden waren.<sup>148</sup> Konnte die Industrie- und Handelskammer Bonn wegen der Vielzahl der Gemein-

den im Kammerbezirk nur immer wieder eine "rigorose Drosselung der Ausgaben"<sup>149</sup> fordern, stellte der personell gut ausgestattete (1931: 14 Mitarbeiter, darunter drei Akademiker), schlagkräftige "Verband Bonner Einzelhändler" in seinem engeren Wirkungsbe- reich die Einsparungspotentiale wesentlich konkreter dar: Immer wieder prangerte sein Hauptgeschäftsführer Dr. Hermann Alef, seit 1924 Stadtverordneter der Zentrumspar- tei, nach 1945 als leitender Beamter maßgeblich am Wiederaufbau der Bonner Kammer betei- ligt, in Briefen an seine Parteifreunde von der stärksten Fraktion die mangelnde Effizienz der städtischen Verwaltung an. Im Vergleich zur Wirtschaft seien städtische Arbeiter überbezahlt und - nach eigenen, im Detail geschilderten Beobachtungen - faul; kostspielige Rationa- lisierungsmaßnahmen schlugen sich nicht in Personaleinsparungen nieder, da die Gewerkschaften Entlassungen verhinderten; auch an der Verwaltungsspitze könnten durchaus Dezernentenstellen einge- spart werden, wenn man nur aufhöre, Zentrumsleute um jeden Preis zu fördern.<sup>150</sup>

Ähnlich wie im Falle des altehrwürdigen Handels- und Gewerbe- vereins arbeiteten die Industrie- und Handelskammer Bonn und ihr Einzelhandelsausschuß auch mit der neuen fachlichen Interessen- vertretung des Bonner Einzelhandels zusammen. Je mehr sich der "Verband Bonner Einzelhändler" während der zwanziger Jahre in seiner Gegnerschaft zur Vertriebsform Warenhaus zu einer Not- und Kampfgemeinschaft entwickelte, umso wichtiger wurde die Vermitt- lung zwischen den in der Kammer zusammengeschlossenen größe- ren Unternehmen und den Vertretern der mittleren und kleinen Geschäfte; nach eigener Einschätzung hat die Industrie- und Han- delskammer Bonn auf diesem anerkannt schwierigen Terrain trotz aller Spannungen "als Ausfluß des außerordentlich scharfen Wett- bewerbs im Einzelhandel zumindest die Grundlage für eine Verständ- igung gelegt".<sup>151</sup>

Auf dem Gebiet des beruflichen Bildungswesens war die Kammer nach Übernahme der von ihr gegründeten Fortbildungsschule durch die Stadt Bonn (1911) nicht mehr als Schulträger unmittelbar mit der Nachwuchsförderung befaßt, ergriff jedoch sehr wohl im Bedarfsfall eigene Initiativen, so die Gründung eines stenographischen Prü- fungsamts Ende 1926 als Reaktion auf zahlreiche Klagen der Mit- gliedsfirmen über unzureichende Kenntnisse ihrer Schreibkräfte; andere Vorhaben, wie die Einrichtung einer Verkäuferinnen-Fach- schule oder die 1926 bereits organisatorisch vorbereitete Prüfung der industriellen und kaufmännischen Lehrlinge zerschlugen sich

oder wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Zur Hebung des Ausbildungsniveaus wandte man sich gegen die Zersplitterung des Berufsschulwesens auf dem Lande und verwies auf die vorbildliche Neugestaltung in Bergheim hin, wo der Kreis die Trägerschaft übernommen hatte; daß durch eine solche Konzentration auch Geld gespart werden konnte, belegt die von der Kammer nach Prüfung der Erhebungsunterlagen für das Kreisgebiet erreichte Beitragssenkung von 4,50 auf 3,50 Mark pro beschäftigten Arbeitnehmer.<sup>152</sup>

#### **4.2.6 Gleichschaltung und Verlust der Selbständigkeit**

Vor dem Hintergrund der Ereignisse der Jahre 1933/34 kann der rückblickende Betrachter den 1926 erfolgten Zusammenschluß der Industrie- und Handelskammern Aachen, Bonn, Idar, Koblenz, Köln, Mönchengladbach, Stolberg und Trier zum "Verband linksrheinischer Industrie- und Handelskammern" nicht so uneingeschränkt positiv beurteilen, wie dies noch in den Berichten der Bonner Mitgliedskammer geschieht;<sup>153</sup> wiederum lagen Vorsitz und Geschäftsführung bei der Industrie- und Handelskammer Köln, deren Pläne zu einem Ausgreifen nach Süden die Ereignisse des Jahres 1933 einen entscheidenden Schritt weiterbrachten.

In Bonn setzte nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" die "Gleichschaltung" der lokalen wirtschaftlichen Interessenvertretungen zuerst beim Einzelhandelsverband ein, wo der langjährige Hauptgeschäftsführer Dr. Alef durch seinen Stellvertreter, Dipl.-Volkswirt Servet, ersetzt, der 1. Vorsitzende Leo Kutsch verdrängt und Hans Riemer, Leiter des nationalsozialistischen "Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand" am 8. April durch den geschäftsführenden Vorstand als gleichberechtigtes Mitglied zugewählt wurde. Wie bei der erzwungenen Ablösung von Amtsinhabern aus der "Systemzeit" allgemein üblich, wurden sowohl gegen Dr. Alef als auch gegen Kutsch Vorwürfe wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten erhoben.<sup>154</sup> Die Verbandsbasis profitierte finanziell: Für die beitragszahlenden Mitglieder bedeutete die Entlassung des Hauptgeschäftsführers und die Einsparung seiner Stelle eine Entlastung von durchschnittlich 20%, auf der untersten Beitragsstufe zahlten Mitglie-



der ohne Angestellte nur noch die Hälfte. Am 29. Mai 1933 konnte Riemer an die Berliner Zentrale des Deutschen Einzelhandelsverbandes Vollzug melden: "Der Verband Bonner Einzelhändler ist nun vollkommen neu durchorganisiert und die weiteren kleinen Einzelhandelsverbände sind ihm angeschlossen als Fachgruppen. Die Situation ist damit endgültig bereinigt."<sup>155</sup>

In seiner Sitzung vom 21. April einigte sich der "Engere Vorstand" des Einzelhändlerverbandes auf eine Liste von Kandidaten, die im Einverständnis mit dem nationalsozialistischen "Kampfbund" bei den bevorstehenden Kammerwahlen unterstützt werden sollten.<sup>156</sup> Bereits am 8. April war Riemer in seiner Eigenschaft als (kommissarischer) Bonner Beigeordneter für Handwerk, Handel und Gewerbe vom - ebenfalls kommissarischen - NS-Bürgermeister Rickert auch die kommissarische Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer Bonn übertragen worden. Seinen Anordnungen entsprechend hatte Syndikus Dr. Crome die laufenden Geschäfte weiterzuführen, der stellvertretende Geschäftsführer (und Zentrumsfunktionär) Dr. Paul Heinen wurde vorläufig beurlaubt. Von den Vorstandsmitgliedern der Kammer traten Präsident Soennecken und seine Stellvertreter Runde und Klausmeyer sofort zurück. Zum kommissarischen Präsidenten ernannte Riemer Otto vom Scheidt (Fa. Pfeifer & Langen).<sup>157</sup> Am 13. April führte der Staatskommissar "im Anschluß an ein Referat über die gegenwärtige Lage" das Übergangspräsidium auf einer Mitgliederversammlung der Industrie- und Handelskammer Bonn ein. Bevor sämtliche Angehörige des höchsten Beschlußgremiums "freiwillig" zurücktraten, erteilten sie in einstimmigem Beschluß dem kommissarischen Präsidium alle erforderlichen Vollmachten (mit Ausnahme vermögensrechtlicher Dispositionen), ernannten Wahlkommissare und setzten für den 28. April 1933 Neuwahlen zur Kammervertretung fest. Der Weg zur Gleichschaltung war damit endgültig frei.<sup>158</sup> In den Ortsgruppen und Kreisleitungen der NSDAP zirkulierten Listen von Personen, durch deren Wahl "der nationalsozialistische Einfluß auf die Handelskammer sichergestellt" werden sollte.<sup>159</sup>

Am 11. Mai 1933 fand im Festsaal der Bonner "Lese" - die alteingesessene Institution hatte durch verweigerte Beflaggung zu Hitlers Geburtstag noch kurz zuvor den Zorn der Partei auf sich gezogen<sup>160</sup> - vor geladenen Gästen die feierliche Einführung der neugewählten Kammer statt, von deren 28 anwesenden Mitgliedern nur acht dem Vorgängergremium angehört hatten. In seinem einleitenden Referat legte Riemer noch einmal die nationalsozialistische



Auffassung der Kammerarbeit dar und begründete die Notwendigkeit der "Gleichschaltung".<sup>161</sup>

*"Die Gleichschaltung hatte den Sinn, den Weg frei zu machen dafür, daß die Maßnahmen der Regierung bis in die kleinsten Verästelungen auch durchgeführt würden, daß also nicht die Gefahr sich ergeben könnte, daß die Maßnahmen sich unten totlaufen würden. Bei der letzten Sitzung der Industrie- und Handelskammer betonte ich, daß die Aufgaben, die die Kammern dem Willen des Gesetzgebers nach haben, in diesen 14 Jahren nicht erfüllt worden sind. Und zwar wäre es die vornehmste Aufgabe gewesen, die Wirtschaft zu führen, statt dessen ließ sich die Mehrzahl der Handelskammern treiben und stand auf dem Standpunkt, daß sie lediglich Verwaltungsaufgaben zu erfüllen hätten. Wenn Sie bedenken, daß schon in der Bezeichnung "Industrie- und Handelskammer" die Interessen des Groß- und Einzelhandels zusammengeschachtelt worden sind aus voller Absicht, so wird verständlich, daß in diesen 14 Jahren Verdrängungsprozesse stattgefunden haben, die ungesund und gefährlich gewesen (sind).*

*Die Wirtschaft hat darunter gelitten, daß der einheitliche Kurs gefehlt hat. Es war ein Widerstreit der Tendenzen und Interessen. Nun gilt es, als tiefster Sinn der Gleichschaltung, den Weg frei zu machen, daß die Interessengegensätze ausgeglichen werden und eine Interessengemeinschaft der Stände durchgesetzt werde."*

Als Voraussetzungen für die reibungslose technische Durchführung der "Gleichschaltung" stellte Riemer einmal die Bereitschaft Alfred Soenneckens heraus, "nun die Dinge sich so abrollen zu lassen, daß eine einwandfreie Aufbauarbeit gewährleistet ist", zum andern erinnerte er daran, "daß die Kammer in ihrer früheren Besetzung fast durchweg national eingestellte Führer in ihren Reihen hatte". Entsprechend der nationalsozialistischen Taktik, jegliche Umwälzung, soweit irgend möglich, mit einem Mantel der Legalität zu umgeben ("im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen"), war auch auf eine formal korrekte Durchführung der Kammerwahlen Wert gelegt worden. Die - auf Basis einer ministeriellen Verfügung möglichen - substantiellen Änderungen des Wahlmodus (Wahl durch öffentliche Stimmabgabe, Zuruf oder Einheitsliste) hatte das kommissarische Präsidium auf seiner Sitzung vom 25. April beschlossen; sie wurden schon zwei Tage später in Berlin genehmigt. Obwohl im größten Teil des Kammerbezirks Einheitslisten aufgestellt wurden, kam es in Bergheim, einem der wenigen Bezirke mit öffentlicher Abstimmung über mehrere eingereichte Listen, zu einer Panne, als der Wahlleiter trotz einer kurz vor der Wahlhandlung im Landratsamt aufgetauchten zweiten Liste auf die - an sich notwendige - Wahl per Stimmzettel verzichtete und lediglich offen über die zuerst eingegan-

gene Liste abstimmen ließ. Gegen seine Entscheidung, die "offizielle", von Otto vom Scheidt angeführte Liste sei per Zuruf mit zwei Gegenstimmen akzeptiert worden, legte der Rechtsanwalt des unterlegenen Generaldirektors Holtkott (Rheinische Linoleumwerke Bedburg) Einspruch ein; die gleichzeitig erfolgte öffentliche Erklärung des Industriellen, "sich und sein Werk den Intentionen der NSDAP gleichzuschalten", nahm dem Kampf zwischen den beiden angestammten Vertretern der Industrie im Kreise Bergheim den Charakter einer politischen Auseinandersetzung.

Erwartungsgemäß wies die Vollversammlung vom 11. Mai den Einspruch einstimmig zurück; unisono wurde auch die Gültigkeit der Kammerwahlen einschließlich einer Ersatzwahl in Euskirchen, die Riemer wegen nicht korrekter Durchführung der Erstwahl selbst angeordnet hatte, beschlossen. Das anschließend gewählte Präsidium setzte sich aus Otto vom Scheidt (Bergheim), Dr. Friedersdorf (Bonn) und Ernst Schulte, dem Vorsitzenden des "Verbandes Bonner Einzelhändler", zusammen. "Im Gegensatz zu früher", so Riemer in der Begründung des Vorschlags, "ist der Einzelhandel eingeschaltet worden, um ihm, der nach der Mitgliederzahl schlecht vertreten ist, im Präsidium ein gewisses Gegengewicht zu verleihen".

Die Panne der umstrittenen Wahl im Kreis Bergheim sollte für Syndikus Dr. Crome nachteilige Folgen haben; zumindest führte er seine Zwangsbeurlaubung darauf zurück, sich in einer Auskunftssache "als gewissenhafter Beamter" auf das zum entsprechenden Zeitpunkt gültige Wahlstatut der Kammer berufen zu haben.<sup>162</sup> Tatsächlich machte ihn Riemer dafür verantwortlich, daß man versäumt hatte, "einen für die Gleichschaltung wesentlichen Beschluß durch die Mitgliederversammlung vor deren Rücktritt fassen zu lassen"; die Änderung des Wahlstatuts durch das kommissarische Präsidium war insofern nur ein weniger eleganter Notbehelf. Indirekt brachte man Dr. Crome schließlich auch mit dem Widerstand von DNVP und Stahlhelm gegen die Gleichschaltung in Verbindung. Wie in vielen ähnlich gelagerten Fällen, konnten beide in den kritischen Tagen der Machtübernahme als untragbar empfundene Geschäftsführer nach gelungener Durchführung der Veränderungen in der Kammer an ihren Arbeitsplatz zurückkehren; im Anschluß an die Übernahme der Kommunalverwaltungen war die personell überstrapazierte Partei in besonderem Maße darauf angewiesen, etablierte Verwaltungsfachleute, soweit es sich nicht um ausgewiesene Gegner handelte, an ihren Plätzen zu belassen und den eigenen Zielen dienstbar zu machen. Eine Ehrenerklärung bescheinigte jetzt sowohl dem ehe-

maligen Zentrumsmann Dr. Heinen (Suspendierungsgrund: "bot nicht die Gewähr dafür, daß uns eine erschöpfende Prüfung der Geschäfte möglich wurde") als auch Syndikus Dr. Crome eine korrekte Geschäftsführung; für die unbeabsichtigte Gefährdung des Gleichschaltungsprozesses machte man Dr. Cromes "nicht gerade hervorragenden fachlichen Qualitäten" verantwortlich.<sup>163</sup> Die stärkste politische Umorientierung zu den Zielen der neuen Machthaber scheint sein Stellvertreter Dr. Heinen vollzogen zu haben; das Vertrauen der lokalen NSDAP in den ehemaligen Zentrumsmann läßt sich während der folgenden Jahre auch an seiner mehrmaligen Berufung in den (vom Oberbürgermeister ernannten) Bonner Stadtrat ablesen.<sup>164</sup>

Noch nicht einmal ein volles Jahr unabhängiger Geschäftsführung im sich ausprägenden "Führerstaat" blieb der mühsam "gleichgeschalteten" Kammer. Allein die Kürze der Existenz in der neuen Zusammensetzung läßt Zweifel an der offiziellen Darstellung aufkommen, die am 13. Januar 1934 vollzogene Verschmelzung mit der Industrie- und Handelskammer Köln sei auf Bonner Wunsch und Initiative hin erfolgt. Wenn an dieser Stelle auch mangels tragfähiger Unterlagen kein unanfechtbarer Quellenbeweis geführt werden kann, so erschüttert doch eine Reihe von Indizien bei der Abwägung der widersprüchlichen Aussagen die These von der freiwilligen Einbringung des Bonner Kammerbezirks; nicht zuletzt läßt der zähe - und in diesem Falle belegbare - Widerstand Kölner Wirtschaftskreise gegen eine Restitution der Bonner Kammer nach dem Ende der Diktatur Rückschlüsse auf den tatsächlichen Charakter der Kölner Ansprüche zu.

Neben der pauschalen Formulierung des ehemaligen Kölner Syndikus, "die Frage der Ausdehnung des Bezirks der Kölner Kammer auf den Bereich des Regierungsbezirks Köln durch Einbeziehung des Bezirks der Bonner Kammer" sei im Revolutionsjahr 1918 "an der Ungunst der allgemeinen politischen Verhältnisse" gescheitert<sup>165</sup>, kann sich die Annahme einer konkreten, von Köln ausgehenden Vereinigungspolitik auf eine umfangreiche Denkschrift: "Aufbau und Verflechtung der Industrie- und Handelskammerbezirke Köln und Bonn" des Leiters der Außenhandelsstelle für das Rheinland und späteren Hauptgeschäftsführers der Kölner Kammer, Paul Brandt, stützen.<sup>166</sup> In seinem Versuch, dem Bonner Sprengel die wirtschaftliche Eigenständigkeit abzusprechen, geht Brandt bis auf die Gründung des Jahres 1891 und die damals vollzogene Grenzziehung zurück: "Schon dadurch, daß die Abgrenzung des Bonner Kammer-

bezirks in erster Linie durch politische und organisatorische, also mehr äußere Momente (Eingliederung der Restkreise des Regierungsbezirks Köln ... in das preußische Handelskammersystem) erfolgte, ist es bedingt, daß diesem das Gesicht einer Wirtschafts- und Verkehrseinheit von eigener Prägung fehlt." Als besonders krassen Beleg für die "unorganische Grenzziehung" zwischen den Nachbarkammern stellt er den Kreis Bergheim heraus, ohne allerdings zu berücksichtigen, daß der aufgrund seiner ungeahnten bergbaulich-industriellen Entwicklung inzwischen eng mit Köln verbundene Bezirk seinerzeit als reiner Agrarkreis wenig Anklang in der von Handelsinteressen dominierten Kölner Kammer gefunden hatte und so der neugegründeten Bonner Kammer zugeschlagen worden war.<sup>167</sup> Die 6 000 im Kammerbezirk Bonn beschäftigten Arbeiter des "Rheinischen Braunkohlesyndikats" dienen Brandt mithin ebenso als Beispiele für die weitgehende Abhängigkeit der Großindustrie von der Wirtschaftsmetropole Köln wie die aus dem rechtsrheinischen Teil der Domstadt mit Roh- und Halbprodukten belieferten Mannstaedt-Werke des Klöckner-Konzerns, die Beuler Firma Marquart und wichtige Werke der Zucker- und Textilindustrie.<sup>168</sup> Der traditionell starke Kölner Großhandel bewege sich - mit Ausnahme eines Radius von ca. 15 Kilometern um die Stadt Bonn - fast in allen Teilen des Bonner Kammerbezirks,<sup>169</sup> der im übrigen auch von der Kölner Handwerkskammer betreut werde. Beide Industrie- und Handelskammern, so das Fazit des Autors, hätten nahezu identische Aufgaben und in fast allen Fällen mit denselben höheren Verwaltungsbehörden zu tun: Und von letzteren befand sich nun einmal der überwiegende Teil in Köln.<sup>170</sup>

An dieser Stelle wird trotz der nur noch begrenzten Wirkungsdauer die im April/Mai 1933 erfolgte Unterwerfung der Bonner Kammer unter den politischen Willen der neuen Machthaber entscheidend. Folgt man den Erinnerungen des späteren Hauptgeschäftsführers Dr. Alef, so waren es "nazistische Kräfte", die von Köln her das Projekt einer Vereinigung betrieben, wobei durchaus der geringe ministerielle Rückhalt für eine Kammer eine Rolle spielte, der wenige Jahre zuvor in Berlin noch "nicht genügend Eigenkraft" bescheinigt worden war.<sup>171</sup> Während gemäß der offiziellen Version zwecks Vermeidung von Doppelarbeit zwischen den Nachbarkammern "die Leitung der Industrie- und Handelskammer zu Bonn" den Beschluß faßte, "die Auflösung dieser Kammer und ihr Aufgehen in die Industrie- und Handelskammer zu Köln zu beantragen" und sich wegen der nötigen Genehmigung an das Preußische Wirtschaftsministerium wandte,<sup>172</sup> intervenierten laut Dr. Alef der Kölner Gauleiter Grohé

und sein Gauwirtschaftsberater Dr. Karl Georg Schmidt, gleichzeitig Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Köln, beim Reichswirtschaftsminister, der die Angelegenheit zur Erledigung an die Bonner Vollversammlung zurückverwies. Auch die ausführliche Darstellung der Vorgänge in der NS-Gaupresse betont den Anstoß durch die Partei, nachdem die Gründung der Kammer Bonn im Jahre 1891 als "echt liberalistische Kurzsichtigkeit, die man bei etwas gutem Willen jedoch schon längst hätte beheben können", gebrandmarkt wird: "Nun macht die Initiative des Gauwirtschaftsberaters Dr. Schmidt diesem Zustand ein Ende, der niemals den gemeinsamen Interessen des gesamten Wirtschaftsgebietes dienlich war."<sup>173</sup> Leider liegt über den Verlauf der entscheidenden Sitzung in der Industrie- und Handelskammer Bonn kein Protokoll vor, so daß das Zustandekommen des Vereinigungsbeschlusses nicht nachvollzogen werden kann. Nimmt man allerdings, wie die mündliche Überlieferung betont, erheblichen politischen Druck von außen an, war eine konforme Entschließung auch gegen die tatsächliche Überzeugung der Mehrheit unter den obwaltenden Umständen normal.<sup>174</sup>

Mit Erlaß vom 13. Januar 1934 löste das Preußische Wirtschaftsministerium die Kammern Köln und Bonn auf und verschmolz sie zu einer Kammer für den größten Teil des Regierungsbezirks Köln. Zum Vorsitzenden für das Jahr 1934 wurde der - durch die Gleichschaltung im April 1933 an die Spitze der Industrie- und Handelskammer Köln gelangte - Bankier Kurt Freiherr von Schröder bestimmt,<sup>175</sup> mithin derselbe Wirtschaftsführer, der als einer der ersten Förderer der NSDAP in der rheinischen Wirtschaft und Gastgeber des zur Vorbereitung der "Machtergreifung" entscheidenden Gesprächs Hitler - von Papen am 4. Januar 1933 in die Zeitgeschichte eingegangen ist.<sup>176</sup>

Obwohl durch den "Anschluß" an Köln - in Mißachtung der geltenden Sprachregelung ist bezeichnenderweise im "Westdeutschen Beobachter" unverblümt von der "Übernahme des bisherigen Bonner Bezirks durch die Kölner Handelskammer" die Rede<sup>177</sup> - die Kontinuität der Bonner Wirtschaftsvertretung zwischen 1934 und 1945 unterbrochen wurde, verwaiste das Kammergebäude in der Schumannstraße nicht völlig. Über ihre engere Aufgabe hinaus kam der dort untergebrachten Einzelhandelsvertretung eine Art "Platzhalterfunktion" zu, ohne Zweifel eine essentielle Voraussetzung für die 1945 zurückgeforderte Selbständigkeit. Bereits das "Gesetz zum Schutze des Einzelhandels" vom 12. Mai 1933, das Einrichtung, Übernahme, Verlegung und Erweiterung von Verkaufsstellen geneh-

migungspflichtig machte, verlangte eine gutachterliche Stellungnahme der zuständigen Industrie- und Handelskammer.<sup>178</sup> Die Abänderung des Handelskammergesetzes vom 28. Dezember 1933 ersetzte in einem nächsten Schritt die bei den Kammern vorhandenen Einzelhandelsausschüsse durch eine Einzelhandelsvertretung, die sämtliche dem Einzelhandel angehörenden Gewerbetreibenden, sofern sie nicht mit ihrem gesamten Betrieb in die Handwerksrolle eingetragen waren, umfaßte, also auch die nicht im Handelsregister verzeichneten kleineren Betriebe.<sup>179</sup>

Im Mai 1934 kündigte die Industrie- und Handelskammer Köln die Einrichtung einer eigenen Einzelhandelsvertretung an, die zwar Organ der Kammer blieb, in der Praxis jedoch eigenverantwortlich und in enger Abstimmung mit örtlichen Gegebenheiten arbeiten sollte. Die räumliche Nähe zu den Einzelhandelsgeschäften war durch den Aufbau von Zweigstellen zu erreichen, wie sie in Bonn bereits "im Gebäude der früheren Industrie- und Handelskammer" etabliert worden war.<sup>180</sup> Mit Wirkung vom 1. September 1934 trat Philipp Servet, ehemals Geschäftsführer des Verbandes Bonner Einzelhändler, als Leiter der Bonner Geschäftsstelle in den Dienst der Industrie- und Handelskammer Köln; nach der gesetzlich erzwungenen Zusammenfassung des Einzelhandels auf Bezirksebene blieb für den ehemals freien Einzelhändlerverband nur noch die Regelung rein fachlicher Fragen im Rahmen einer neugebildeten "Arbeitsgemeinschaft der Einzelhandelsfachgruppen für Bonn und Umgebung". Mit den Kreisen Bonn-Stadt, Bonn-Land, Sieg und Euskirchen umfaßte der Zuständigkeitsbereich der Bezirksgeschäftsstelle mit Ausnahme des näher an Köln gelegenen Kreises Bergheim die Fläche des ehemaligen Bonner Kammerbezirks.<sup>181</sup> Die Dezentralisierung wurde ausdrücklich als Angebot gesehen; selbstverständlich konnten sich Ratsuchende aus dem Bonner Raum auch an die Kölner Geschäftsstelle wenden.<sup>182</sup> Eine Pressemitteilung vom 19. September 1934 machte noch einmal Aufgaben und Arbeitsweise der neugeschaffenen Institution publik:

*"Um ihre Aufgabe in möglichst weitem Umfange erfüllen und den Interessen des Einzelhandels und des Kleingewerbes dienen zu können, ist in Bonn, Schumannstr. 4, im Gebäude der früheren Industrie- und Handelskammer eine besondere Zweigstelle der Einzelhandelsvertretung eingerichtet worden. ...*

*Nicht in büromäßiger Verwaltungsarbeit, nicht vom grünen Tisch aus sollen die Belange des Gewerbes behandelt werden, sondern in engster Fühlung mit der kaufmännischen Praxis. Die Einzelhändler und Kleingewerbetreibenden aus dem vorgenannten Bezirk brauchen sich demnach*



*nicht immer an die Hauptgeschäftsstelle in Köln, Unter Sachsenhausen 4, zu wenden, sie können auch in allen sie berührenden Wirtschaftsfragen bei der Bonner Zweigstelle Auskunft und Rat erhalten. Darüber hinaus werden vom 1. Oktober 1934 ab in den Orten Siegburg, Eitorf, Waldbröl, Königswinter, Godesberg, Rheinbach, Euskirchen, Zül-pich und Bergheim besondere Sprechstunden eingerichtet."*

Am 6. November 1934 veranstaltete die Industrie- und Handelskammer Köln im Bonner Bürgerverein eine Kundgebung, um über Organisation, Ziele und Zweck der Einzelhandelsvertretungen zu informieren. Obwohl Oberbürgermeister Rickert der Veranstalter vertraulich darüber informierte, daß gegen einen Hauptredner wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten ein Verfahren vor dem Parteigericht schwebte, wurde dessen Auftritt nicht abgesagt, so daß das Stadt- oberhaupt sich durch einen Beamten vertreten und informieren ("Irgendwelche Beanstandungen haben sich nicht ergeben.") ließ.<sup>183</sup> Bezeichnenderweise mußten die Versammelten aus berufenem Munde jetzt vernehmen, daß die warenhausfeindliche Propaganda der Nationalsozialisten, die der Partei gerade unter wirtschaftlich bedrängten Einzelhändlern zahlreiche Anhänger und Wähler zuge- trieben hatte, nach der Regierungsübernahme wesentlich vorsichti- ger klang:<sup>184</sup>

*"In der Frage der Zurückdrängung großkapitalistischer Einzelhandels- unternehmen solle man sich nicht auf die Staatshilfe allein verlassen, sondern durch Selbsthilfe, vor allem durch Erziehung und Hinlenkung der Käufer auf Qualitätsware in Spezialgeschäften, sich durchzusetzen suchen."*

### 4.3 Kriegswirtschaft (1939 - 1945)

Am 19. Januar 1939 sprach auf Einladung der Industrieabteilung in der 1935 gegründeten Kölner Wirtschaftskammer (bis Juli 1937: Wirtschaftskammer Rheinland)<sup>185</sup> General Thomas, Chef des Wehr- wirtschaftsstabes im Oberkommando der Wehrmacht, über Fragen seines Ressorts. In unverhohlener Erwartung militärischer Ausein- andersetzungen warnte er davor, sich auf bloße "Blitzkriege"<sup>186</sup> einzustellen und mahnte die Wirtschaft, sich für den ungünstigeren Fall eines langdauernden Krieges zu wappnen.<sup>187</sup> Auch die erste Beiratssitzung der Industrie- und Handelskammer Köln nach Kriegs-



ausbruch, an der außer Repräsentanten von Staat und Partei Wehrmachtsvertreter teilnahmen, befaßte sich mit Fragen der kriegswirtschaftlichen Organisation. Deutschland sei, so das Resümee des Kammervizepräsidenten, für die "Entscheidung des ... aufgezwungenen Kampfes ... nicht nur mit einer im Vergleich zum Weltkrieg unverhältnismäßig besseren militärischen Rüstung, sondern auch mit ganz anderen wirtschaftlichen Vorbereitungen" gewappnet; die den Kammern im Rahmen der Kriegswirtschaft zugefallenen neuen Aufgaben umfaßten über die Betriebs- und Erzeugungssicherung auch staatliche Auftragsangelegenheiten, bei deren reibungsloser Durchführung sich die engen Verbindungen der Kammer zur NSDAP und ihren Gliederungen, zu Behörden und Wehrmachtsstellen als nützlich erwiesen. Über den "außerordentlichen Arbeitsanfall" durch Übernahme staatlicher Aufgaben berichtete Dr. Crome, der 1934 als Geschäftsführer in die Kölner Kammer übernommen worden und jetzt u.a. für die Treibstoffzuteilung verantwortlich war.<sup>188</sup> In der verschärften Situation hatten die seit Jahren von der Partei gegängelten, zu willfährigen Ausführungsorganen der Kriegsvorbereitungspolitik und der Rüstungswirtschaft herabgewürdigten Kammern nun auch den Spott des NS-Staates zu ertragen: Auf einer Tagung in Braunschweig erinnerte ein Vertreter des Ministeriums die versammelten Präsidenten der deutschen Industrie- und Handelskammern daran, daß sie strenggenommen Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, nicht des Staates seien, die erfolgte "Übertragung staatlicher Aufgaben, besonders bei der Steuerung der Kriegswirtschaft", mithin von ihnen "als ein Vertrauensbeweis des Staates in die Zuverlässigkeit der Kammern gewertet werden" müsse.<sup>189</sup>

Die Auswirkungen kriegswirtschaftlicher Maßnahmen auf Industrie, Handwerk und Einzelhandel können hier nur für den engeren Raum Bonn skizziert werden.<sup>190</sup> Betriebsstillegungen im Herbst 1939 trafen vor allem Kleinbetriebe, deren Inhaber und Mitarbeiter zur Wehrmacht einberufen wurden. Bauunternehmungen litten zusätzlich unter der Beschlagnahme von Gerät für militärische Zwecke. Ähnlich wie im Ersten Weltkrieg war eine nennenswerte Rüstungsindustrie nicht vorhanden; auf RAF-Zielkarten von 1936 finden sich als Industriebetriebe nur Ringsdorf und die Leichtmetallwerke.<sup>191</sup> 1939/40 hinkte die Umstellung der Produktion auf Kriegsmaterial im engeren Sinne hinter den übrigen Reichsteilen her, auch nachdem der Sieg über Frankreich die Vorbehalte der "Frontnähe" gegenstandslos werden ließ.

Ein weiter verknapptes Konsumgüterangebot verbunden mit steigenden personellen Anforderungen durch Wehrmacht und Rüstungswirtschaft führte im März 1943 zu einer Welle von Stilllegungen in Handel und Handwerk. In Bonn empfahl die verantwortliche Prüfungskommission, zwei Drittel aller noch bestehenden Möbel-, Textil- und Schuhgeschäfte zu schließen, eine Maßnahme, die sich besonders in den Hauptgeschäftsstraßen optisch bemerkbar machte, da aus Luftschutzgründen der verbleibende Rest möglichst gleichmäßig über das Stadtgebiet zu verteilen war. Ohnehin war 1943 die allgemeine Belieferung mit wichtigen Konsumgütern (Möbeln, Textilien) wegen der Bevorzugung Bombengeschädigter bereits stark eingeschränkt.<sup>192</sup> Nicht ohne Tragik ist die Tatsache, daß die stets vermutete Bedeutung der Stadt als Einkaufsort für eine weite ländliche Umgebung bis in den Westerwald und die Eifel während der Kriegsjahre anhand der Bezugscheine konkret nachgewiesen werden konnte.<sup>193</sup>

Im Rahmen der wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen des Deutschen Reiches kam, wie auf dem Verpackungssektor schon im Falle der Juteverarbeitung angedeutet, der Substitution ausländischer Textilrohstoffe erhebliche Bedeutung zu. Ende 1938 hatte das neuerrichtete Siegburger Werk der "Rheinische Zellwolle AG" (ab 1941 Teil der Phrix AG), das der Sieg riesige Mengen zum Teil ungereinigter Abwässer zuführte, eine Tagesleistung von 30 Tonnen erreicht, die bis 1944 auf 80 Tonnen gesteigert werden konnte.<sup>194</sup> Notorisch schlecht waren die Arbeitsbedingungen der hier beschäftigten Insassen des - 1936 aus einem Gefängnis umgewandelten - Siegburger Zuchthauses, da sie ohne Mundschutz in Bereichen mit einem hohen Anteil herumfliegender Fasern in der Atemluft eingesetzt waren. Während sich für Zuchthäusler die Tätigkeit in der "Zellwolle" meist auf einen Arbeitseinsatz beschränkte, galt dies nicht für die in Baracken auf dem Werksgelände untergebrachten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter: Ihre Verlegung in die Kunstfaserproduktion galt als Strafkommando.<sup>195</sup>

Im Stadtkreis Bonn pendelte die Zahl der 1943/44 eingesetzten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter zwischen 2 000 und 2 500 Personen. Vergegenwärtigt man sich, daß, bezogen auf den Bevölkerungsstand von 1939, in Alt-Bonn die über 15 000 Einberufenen des Jahres 1944 ein Drittel aller männlichen Einwohner, in der überwiegend betroffenen Altersgruppe der 20- bis 45jährigen also jeweils erheblich mehr als die Hälfte der Friedensjahrgänge ausmachten, so werden die Lücken deutlich, die die Anforderungen des

"Totalen Krieges" in die Belegschaften von Betrieben und Verwaltungen rissen.<sup>196</sup> Bereits Ende 1942, mithin vor Beginn diverser "Auskämmungsaktionen", der vermehrten Zwangsrekrutierung in den besetzten Gebieten und der Ausschöpfung des Kriegsgefangenenpotentials, bildeten unter den knapp 60 000 Arbeitern und Angestellten des Arbeitsamtsbezirks Bonn deutsche Männer mit 45,5% nur noch knapp die stärkste Kategorie; 42% der genannten Arbeitskräftegruppe stellten bereits einheimische Frauen, ausländische Arbeitskräfte (Ostarbeiter und Kriegsgefangene eingeschlossen) machten bereits 13% der Beschäftigten aus.<sup>197</sup> Welche Steigerungen allein die vermehrte Kriegsgefangenenarbeit noch erlaubte, zeigt ein Blick auf die Zahlen des Mannschaftsstammlagers (Stalag) VI G in Bonn/Duisdorf. Von den ihm unterstehenden Gefangenen befanden sich Ende 1942 34 215 Männer "im Arbeitseinsatz", im Januar 1944 arbeiteten 46 669 Gefangene in Industrie und Gewerbe, bei Kommunalbehörden, Reichsbahn und in der Landwirtschaft.<sup>198</sup>

Bereits fünf Wochen nach Beginn des Krieges gegen Polen informierte die Wehrmacht über die Möglichkeit, Arbeitskommandos von 20 bis 100 Mann durch die Stammlager abzugeben, aus denen wiederum Arbeitskräfte auf die einzelnen Bauern verteilt werden sollten. Voraussetzung waren geschlossene, mit Stacheldraht gesicherte Unterkünfte, in die alle Arbeitgeber ihre Gefangenen für die Nacht zurückzubringen hatten. Jede Verbindung mit der deutschen Bevölkerung war zu verhindern.<sup>199</sup> Auch wenn diese Vorschriften in der Praxis nicht immer und überall Anwendung fanden, war angesichts schlechter Arbeits- und Lebensbedingungen und ständiger Angst vor Bombenangriffen eine Mithilfe von Zwangsarbeitern bei der Begrenzung von Luftkriegsschäden so selten, daß ein entgegengesetztes Verhalten sogar Eingang in einen SD-Bericht fand.<sup>200</sup> Wie detaillierte amerikanische Untersuchungen nach Kriegsende allgemein zeigten, hatte der Bombenkrieg, verglichen mit Flächenzerstörungen in Innenstädten und Wohngebieten, in der Industrie unerwartet geringe Schäden angerichtet; Zerstörungen in getroffenen Anlagen erfolgten fast ausschließlich während der letzten Kriegsmomente, in denen die alliierten Luftwaffen das deutsche Eisenbahn- und Kanalsystem lahmlegten und die Industrieproduktion mangels Kohlelieferungen rapide zurückging.<sup>201</sup>

Im Siegkreis zerstörten amerikanische Angriffe am 28. und 29. Dezember 1944 sechzig Prozent der Anlagen der Troisdorfer Zündstofffabrik;<sup>202</sup> die seit dem 26. Dezember 1944 wegen Rohstoffmangels stillgelegte Siegburger Zellwollfabrik verzeichnete noch am

10. März 1945 schwere Bomben- und Artillerieschäden.<sup>203</sup> Die ebenfalls kurz vor Kriegsende (6. März 1945) in Siegburg vernichteten Anlagen der "Kautex-Werke" wurden 1946 "unter ... unvorstellbaren Verhältnissen" in Hangelar neu aufgebaut; knapp zwanzig Jahre nach Erteilung der Produktionserlaubnis arbeiteten hier 1500 Menschen in der Herstellung von Flaschen und Hohlkörpern aus thermoplastischen Kunststoffen.<sup>204</sup>

Während der linksrheinische Bonner Raum bereits zwei Wochen erobert war, litt die Eitorfer Industrie in den letzten Kriegstagen unter ungehinderten Tagangriffen; Schäden meldeten der Arzneimittelhersteller Krewel-Leuffen, die Kammgarnspinnerei Schoeller, auf deren Gelände auch ein Betrieb von KHD ausgelagert worden war, und die Firma Boge, die trotz der Anwesenheit von 180 bis 200 ausländischen Arbeitern nicht genug Leute zum Löschen der Brände fand.<sup>205</sup> Auch im heutigen Stadtgebiet von Bonn litt der rechtsrheinische Bezirk Beuel, teilweise auch als Folge der Beschießung vom anderen Flußufer, stärker unter der Zerstörung gewerblicher Anlagen; in Godesberg hingegen wiesen unmittelbar nach Kriegsende von 27 erfaßten Industriebetrieben nur zwei Firmen stärkere Schäden auf.<sup>206</sup> Insgesamt, so das Fazit nach Kriegsende, war die Industrie in Stadt- und Landkreis Bonn "vorwiegend erhalten geblieben".<sup>207</sup>

Bevor der vernichtende Tagangriff auf Bonn vom 18. Oktober 1944 auch diejenigen auf den Boden der Realität zurückbrachte, die auf eine Verschonung der Universitätsstadt gesetzt hatten, waren große Teile der Nachbarstadt Köln bereits in Schutt und Asche gefallen; nach dem ersten 1000-Bomber-Angriff auf die Domstadt waren Mitte 1942 in der Bonner Ermekeilkaserne 350 auswärtige, bei der Schadensbeseitigung eingesetzte Handwerker untergebracht, ein Jahr später nahm die südliche Nachbarstadt 3000, teilweise mit Schiffen evakuierte Obdachlose aus Köln auf.<sup>208</sup> Unter den zahlreichen ausgelagerten Verwaltungen und Behörden befand sich die zum 1. Januar 1943 auf staatliche Anordnung gebildete "Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen", in der die bestehenden Handwerks- und Handelskammern sowie die 1935 auf Gauebene errichteten Wirtschaftskammern zu einer Mittelinstanz zwischen Partei und Wirtschaft verschmolzen worden waren,<sup>209</sup> ihr gehörten auch die bis dahin bei der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Elberfeld liegenden Teile des Regierungsbezirks Köln an. Ebenso wie in Bonn kam es auch in Gummersbach zur Errichtung einer Zweigstelle der Gauwirtschaftskammer.<sup>210</sup> Unter den Bedingungen des Luftkrieges erhielten solche Zweigstellen notwendigerweise ein Maß an Selbst-

ständigkeit, das weit über den ursprünglich intendierten Umfang hinausging,<sup>211</sup> auf dieses Argument sollte sich 1945 im Streit um die Wiederherstellung einer eigenen Kammer die Bonner Seite immer wieder berufen.

Nach Zerstörung des Gebäudes "Unter Sachsenhausen" (29. Juni 1943) befand sich im August 1943 die gesamte Verwaltung der Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen im ehemaligen Gebäude der 1934 aufgelösten Industrie- und Handelskammer Bonn. In Köln verblieben die Leitung der Gauwirtschaftskammer (Worringer Straße 22), die Abteilungen Industrie (Riehler Wall 2), Handel (An der Münze 4) und Handwerk (Dagobertstraße 38) sowie die Einsatzstelle des Handwerks und die Bezirksgruppe des Gaststätten- und Beherbergungswesens. Die nach Bonn verlagerten Sachdezernate und Abteilungen waren in den Gebäuden Schumannstraße 4-6, Meckenheimer Straße 61 und 66, Meckenheimer Allee 5 und dem Haus des Bonner Bürgervereins (Poppelsdorfer Allee 21) untergebracht; die für die Kreise Bonn-Stadt, Bonn-Land und Sieg zuständige Geschäftsstelle Bonn der Gauwirtschaftskammer in der Schumannstraße blieb von den Änderungen unberührt.<sup>212</sup> Am 21. April 1944 wurden weitere Teile der in Köln verbliebenen Dienststellen nach Bonn (Wörthstraße 5) ausquartiert,<sup>213</sup> doch machten die ab Herbst auch hier einsetzenden Zerstörungen weitere Umzüge nötig. "Man wanderte von Ausweichstelle zu Ausweichstelle und landete zuletzt in Godesberg und Gummersbach. Von ordnungsgemäßer Arbeit konnte zuletzt keine Rede mehr sein. Man suchte an Akten und Dokumenten zu retten, was ohne Verlust des eigenen Lebens noch gerettet werden konnte."<sup>214</sup> Es mutet wie eine Ironie an, wenn die Kammer inmitten der eigenen Unterbringungsprobleme in den letzten Kriegswochen auch zur Registrierung und Genehmigung von Betriebs- und Lagerverlagerungen aus den bombengefährdeten Ballungsgebieten in ländliche Bezirke herangezogen wurde.<sup>215</sup> Eine letzte Anordnung des Kammerpräsidiums, bei Annäherung der amerikanischen Kampftruppen die in Godesberg bestehende Geschäftsstelle ins Bergische Land zu verlegen, wurde mißachtet; ihr Leiter Heinrich Müser arbeitete in der Zeit zwischen dem Ende des Dritten Reiches und seiner Rückkehr zur Industrie- und Handelskammer Köln im Godesberger Wirtschaftsdezernat.<sup>216</sup>

Fragt man im Hinblick auf die 1945 durchgeführte Neuordnung nach Anteil und Gewicht des Bonner Elements in der Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen, so ist die Ausbeute eher marginal. Zwar fand am 19. Oktober 1943 in Verbindung mit der "Bonner Kunst- und

Wissenschaftswoche" eine Beiratssitzung im Bonner Rathaus statt, auf der die großen Anstrengungen der Organisation bei der Versorgung der Zivilbevölkerung und der Beseitigung von Kriegsschäden herausgestellt wurden,<sup>217</sup> doch waren Fabrikanten, Kaufleute und Handwerker aus dem ehemaligen Bonner Kammerbezirk nur vereinzelt im - dem Führerprinzip entsprechend vom Präsidium berufenen - Beirat und den Ausschüssen vertreten. Vom hauptamtlichen Personal der Gauwirtschaftskammer ist allein der seinerzeit übernommene ehemalige Bonner Syndikus Dr. Crome zu nennen; als Geschäftsführer war er für die Dezernate IV (u.a. Preisfragen, Kartellangelegenheiten) und V (Rechtsfragen aller Art einschl. Patent-, Muster- und Zeichenschutz) verantwortlich. Vertretungsweise übernahm er später auch die Geschäftsstelle Bonn der Gauwirtschaftskammer.<sup>218</sup>

#### **4.4 Die Nachkriegszeit (1945 - 1949)**

##### **4.4.1 Der Kampf um die Wiedererrichtung der Industrie- und Handelskammer Bonn**

Die rasche Wiederezulassung der örtlichen Industrie- und Handelskammern durch die britische und amerikanische Besatzung - in der Regel innerhalb weniger Wochen nach der Eroberung des jeweiligen Gebietes - ist verschiedentlich als Besonderheit herausgestellt worden. Auf Seiten der Militärverwaltung muß dabei jedoch - allen Vorbehalten und Einschränkungen zum Trotz - von einem elementaren Interesse an einer deutschen Wirtschaftsverwaltung ausgegangen werden, die als einzige vorhandene Institution ihrer Art kompetente Hilfe bei Rohstoffkontingentierung, Firmenzulassungen und Bewirtschaftungsmaßnahmen leisten konnte, zumal nach den langen Jahren der Zwangswirtschaft unternehmerisches Handeln ohne übergeordnete Steuerung weithin als undenkbar galt;<sup>219</sup> mit anderen Worten: Die Industrie- und Handelskammern überlebten das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft "aufgrund ihrer Eigenschaft als 'Behörden'".<sup>220</sup>

Nach der Eroberung Bonns durch amerikanische Kampftruppen (8./9. März 1945) von überörtlichen Instanzen abgeschnitten, sah sich die lokale Kommunalverwaltung durch die Sieger vor die Aufgabe gestellt, sich vorläufig "im Stadtgebiet als Bewohner einer Insel zu fühlen, der auf sämtlichen Gebieten in eigener Zuständigkeit zu handeln habe";<sup>221</sup> in Erfüllung dieser Direktive rettete man aus der Konkursmasse der Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen deren örtliche Geschäftsstelle und gliederte sie als "Beratungsstelle für Handel und Industrie" unter ehrenamtlicher Leitung des fast 70jährigen politisch unbelasteten Fabrikanten Walter Guillaume in die Stadtverwaltung ein. Diese Konstruktion ermöglichte die Übertragung legislativer und exekutiver Befugnisse.<sup>222</sup> Zu den ersten Aufgaben der Stelle gehörte die Erfassung und Betreuung von als verwaist gemeldeten Betrieben.<sup>223</sup> Daß es sich bei der städtischen Trägerschaft in der Tat um ein Provisorium handelte, belegt nicht zuletzt der Versuch, die laufenden Gehälter des Amtes 94 aus dem beschlagnahmten Geldguthaben der ehemaligen Gauwirtschaftskammer zu finanzieren, vor allem aber der bereits am 31. März ausgearbeitete Plan einer "Wiederbelebung der Industrie- und Handelskammer als Organisation".<sup>224</sup> Zunächst galt es allerdings, einen einschneidenden personellen Aderlaß in Form der von den Amerikanern verfügbaren rigorosen und schematischen Entlassung ehemaliger NSDAP-Mitglieder zu verkraften, eine Maßnahme, die die Stadtverwaltung an den Rand des Zusammenbruchs führte.<sup>225</sup> Auf Anordnung mußte Präsident Guillaume am 16. April Dr. Hans Riepen und Dr. Heinrich Crome entlassen; der langjährige 1. Syndikus der Bonner Kammer leitete nach seiner Entnazifizierung den Bonner Arbeitgeberverband. In der verzweifelten Suche nach politisch unbelastetem Leitungspersonal zur Erfüllung der umfangreichen Aufgaben der Beratungsstelle forderte die Stadtverwaltung bei der Militärregierung den in Rhöndorf lebenden Dr. Ernst Voigt, ehemals Mitarbeiter der Industrie- und Handelskammer Köln, an. "Es wird Sie interessieren, zu erfahren, daß ich vor einigen Tagen von der Stadtverwaltung Bonn in einem Wagen des Military Government abgeholt worden bin und jetzt in der Beratungsstelle für Handel und Industrie tätig bin", schrieb Voigt am 23. April an den Schweizerischen Generalkonsul.<sup>226</sup>

Mit der hauptamtlichen Geschäftsführung der Dienststelle wurde im Mai 1945 Dr. Hermann Alef betraut; der ehemalige Leiter des Bonner Einzelhändlerverbandes war nach seiner politisch motivierten Verdrängung bei der Werbeabteilung der Aachen-Münchener-Versicherungsgesellschaft untergekommen, bevor er 1943 in die



Wirtschaftskammer Aachen überwechselte. Eine zweimalige Verhaftung in Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 macht seine ungebrochene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus deutlich.<sup>227</sup> Auch wenn seine Widersacher das persönliche Motiv Dr. Alefs, in Bonn rehabilitiert zu werden, als eigentliche Triebfeder für die Wiederbelebung der Industrie- und Handelskammer Bonn herausstellten,<sup>228</sup> lassen die umsichtigen und zügigen Maßnahmen zur Ausgliederung der Dienststelle aus der Bonner Stadtverwaltung einen umfassenderen Plan erkennen. Der Genehmigungsantrag an die - seit Abzug der amerikanischen Übergangsverwaltung am 28. Mai 1945<sup>229</sup> britische - Bonner Militärregierung stützt das Erfordernis einer eigenen Wirtschaftsvertretung auf den Status als selbständige Kammer vor 1934; sogar die Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen habe durch Errichtung einer Zweigstelle und der Übertragung von Befugnissen, "die denen einer selbständigen Kammer annähernd entsprachen", den historisch gewachsenen Zustand indirekt als sinnvoll bestätigt; bereits vor 1934 habe, wie ein Vergleich der Beitragshöhe zeige, die Industrie- und Handelskammer Köln "an Überorganisation ... gekrankt"; umso mehr schien es unter den neuen, zeitbedingt wesentlich schlechteren Voraussetzungen geboten, Beratungen und Zusammenkünfte mit Hilfe einer bezirksnahen Kammer schneller und billiger organisieren zu können. "Durch Verhandlungen mit den benachbarten Militär-Regierungen" sollte, so die Maximalforderung in dieser frühen Phase der Auseinandersetzungen, die wiederbelebte Bonner Kammer ihren alten räumlichen Umfang zurückerhalten.<sup>230</sup>

Nach Kölner Auffassung standen derartige Bestrebungen im Widerspruch zu einer bereits am 25. Mai 1945 mit der amerikanischen Militärregierung vereinbarten Wiedererrichtung der Industrie- und Handelskammer Köln auf Grundlage der vor 1933 geltenden Gegebenheiten, jedoch mit räumlicher Zuständigkeit für den gesamten Regierungsbezirk.<sup>231</sup> Diese Rechtsauffassung vertrat der von den Amerikanern zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Köln ernannte, von den Briten im Amt bestätigte Bankier Robert Pferdenges bei einem persönlichen Besuch am 27. Juni 1945 gegenüber der Bonner Stadtverwaltung, die - wiederum unter Hinweis auf die Tatsache, daß Bonner Wirtschaftsinteressen seinerzeit keine Gelegenheit zur Äußerung eigener Wünsche gefunden hatten -, bei der lokalen Militärregierung Rückendeckung suchte.<sup>232</sup> Ein versöhnliches Schreiben von Walter Guilleaume an Pferdenges versucht, im atmosphärischen Bereich die schroffe Behandlung des Kölner Kammerpräsidenten durch den Bonner Bürgermeister

Dr. Knuth abzumildern,<sup>233</sup> pocht aber in der Sache auf das Selbstbestimmungsrecht der Bonner Wirtschaft. Unter Berufung auf die allorten praktizierte Wiederanknüpfung an die vor 1933 herrschenden Zustände lehnte Guilleaume es ab, "daß der Bonner Bezirk ... eine schlechtere Behandlung erfahren soll(te), weil er in der Interessennähe von Köln liegt". Im Gegenzug zu der geforderten Tolerierung einer eigenen Industrie- und Handelskammer Bonn durch die Kölner Schwesterkammer deutete der Präsident zum ersten Male Zugeständnisse in der Frage der räumlichen Ausdehnung an.<sup>234</sup> Später konkretisierte er die grundsätzliche Bereitschaft Bonns gegenüber dem Kölner Hauptgeschäftsführer Hilgermann in Richtung eines Verzichts auf den Kreis Bergheim. Nachdem Dr. Alef und Guilleaume den Kölner Versuch, durch Zusicherung von Leitungspositionen (stellvertretender Hauptgeschäftsführer bzw. 1. Vizepräsident) die Konkurrenzgründung zu vermeiden, zurückgewiesen hatten, herrschte zwischen Bonn und Köln ein eigenartiger Schwebezustand: Dr. Alef konnte sich auf entsprechende Zusicherungen der Provinzialregierung in Düsseldorf berufen, wo der zuständige Industrie-Referent Dr. Schepke einen eigenen Bonner Kammerbezirk als "Eckpfeiler der südlichen Rheinprovinz" - gemeint ist natürlich der Süden der Nord-Rheinprovinz - für unabdingbar hielt; andererseits galt die am 14. Juli 1945 durch die örtliche Militärregierung vollzogene Gründung der Handelskammer strenggenommen nur für die in ihren Herrschaftsbereich fallenden Kreise Bonn-Stadt und Bonn-Land.<sup>235</sup> Stadtkommandant Pirie konnte lediglich "Verhandlungen mit den militärischen Befehlshabern der benachbarten Distrikte zwecks Eingliederung der Kreise Euskirchen, Sieg usw." zusagen.<sup>236</sup>

Während die Kölner Kammer in einem Protest an die örtliche Besatzung noch am 26. Juli auf alte Zusicherungen pochte und neben Bedenken gegen eine "Erschwerung des Verkehrs mit der Militärregierung" und eine "Verteuerung des Apparates" auch darauf verwies, daß Bonn im Gegensatz zu zahlreichen, erst durch die neuen Gauwirtschaftskammern ihrer Selbständigkeit beraubten Vertretungen bereits 1934 eingegliedert worden war,<sup>237</sup> hatte man gegenüber der Provinzialregierung bereits drei Tage zuvor auf seinen Rechtsstandpunkt verzichtet: Zwar hielt man in Köln aus sachlichen Gründen an einer Kammer für den gesamten Regierungsbezirk fest, doch wollte man trotz aller Nachteile (Verteuerung, Reibungsverluste) "mit Rücksicht auf die Herrn Dr. Alef gemachten Zusagen" die eigenen Bedenken zurückstellen. Den eigentlichen Grund für solchen Großmut lieferte die Kammer gleich mit: Eine "etwa geplante Ausgliederung des Siegkreises und des Kreises Euskirchen, deren

Industrien vorwiegend nach Köln tangier(t)en und industriepolitisch von Köln und seinen Kreditinstituten beraten" wurden,<sup>238</sup> wurde strikt abgelehnt. Damit lag die Kölner Strategie offen zu Tage, denn die Lebensfähigkeit einer auf die beiden Bonner Kreise begrenzten Kammer wurde auch in der Bonner Schumannstraße negativ eingeschätzt.<sup>239</sup> Mißlang also die räumliche Ausdehnung der gegen den Willen Kölns wiederhergestellten Industrie- und Handelskammer Bonn, war eine Rückgliederung an die übermächtige Schwesterkammer im Norden nur eine Frage der Zeit.

Die Auseinandersetzung über die strittigen Kreise Euskirchen und Siegburg spielte sich nicht nur im Verkehr der Kontrahenten mit übergeordneten Stellen ab, sondern bezog die betroffene Wirtschaft vor Ort mit ein. Bereits nach ihrer Genehmigung durch die Militärbehörden hatte die Kölner Kammer ihre Ansprüche auf die benachbarten Kreise durch Anschlag von Plakaten über die Wiedererrichtung der Industrie- und Handelskammer Köln und persönliche Kontaktaufnahme untermauert. In Bergheim fand Dr. von Thenen bereits eine von der Kreismilitärregierung genehmigte Industrie- und Handelskammer unter Leitung eines ehemals Verfolgten des Naziregimes vor; im Siegkreis "stimmte eine große Versammlung von Wirtschaftlern in Gegenwart von Dr. Hilgermann für den Anschluß bzw. für das Verbleiben bei Köln"; ähnliches galt für Euskirchen.<sup>240</sup>

Als man in Bonn erkannte, daß auch der Landrat des Siegkreises aufgrund einseitiger Informationen mit Köln sympathisierte und schon Vorbereitungen zur Errichtung einer Außenstelle der Industrie- und Handelskammer Köln im Siegburger Landratsamt getroffen worden waren, eskalierte Dr. Alef die Auseinandersetzung schnell. Am 9. August erinnerte er das Düsseldorfer Oberpräsidium an die drohende Aufspaltung der Feuerfest-Industrie in zwei Teile und verwies auf die Verkehrsausrichtung der Kreise Euskirchen und Sieg nach Bonn, ganz abgesehen vom "geographischen Unsinn" einer Zugehörigkeit von südlich Bonns gelegenen Orten (Oberkassel, Königswinter, Honnef) zum Kölner Sprengel.<sup>241</sup> Obwohl erst am 9. August formell aus dem Geschäftsbereich der Bonner Stadtverwaltung entlassen,<sup>242</sup> hatte Dr. Alef bereits zwei Tage zuvor der Industrie- und Handelskammer Köln die "Betreuung der noch streitigen Kreise Euskirchen und Sieg" unter Bezug auf die dringende wirtschafts- und verwaltungsmäßige Erfassung angekündigt. Am 11. August forderte die Bonner Kammer die Landräte in Siegburg und Euskirchen auf, Erhebungen über alle vorhandenen gewerblichen Unternehmen einzuleiten, doch hatte im Siegkreis bereits die Militär-

regierung eine umfassende Registrierung angeordnet, und aus Euskirchen kam die Antwort, die Kammerzugehörigkeit des Kreises sei ungeklärt, zudem hätte der zuständige Kreisoffizier die Verwaltung angewiesen, Schreiben der Industrie- und Handelskammer Bonn zu ignorieren.<sup>243</sup> Dr. Alef mußte erkennen, daß die eigene Stadtverwaltung und die örtliche Militärregierung mündliche Zusicherungen gegeben hatten, ohne die Bezirksfrage, wie vereinbart, mit den übergeordneten Stellen endgültig geklärt zu haben. Für die in Düsseldorf stattfindenden Verhandlungen konnte die Kammer einflußreiche Fürsprecher, z.B. den Rektor der Bonner Universität und späteren Kultusminister Koenen, mobilisieren; darüber hinaus sprach sich auf einer Versammlung der gewerblichen Wirtschaft im Kreise Euskirchen eine Mehrheit der Anwesenden für die Zugehörigkeit zu Bonn aus: Auf Vorschlag des kommissarischen Bürgermeisters, des ehemaligen Reichstagsvizepräsidenten Esser, hatten die Kontrahenten Köln und Bonn ihre jeweiligen Positionen durch verlesene Schriftsätze klargestellt.<sup>244</sup> Während sich Dr. Alefs Befürchtungen nicht bewahrheiteten, Euskirchener Firmen könnten aus Hoffnung auf Aufträge für den Wiederaufbau der Domstadt für Köln votieren, erklärte die Kölner Kammer ihre Niederlage mit dem Übergewicht an Einzelhändlern, denen das weniger stark zerstörte und leichter zu erreichende Bonn mehr zu bieten hatte; als ausschlaggebend sah man darüberhinaus die noch herrschende Mißstimmung gegen Köln wegen der seinerzeit von der Gauwirtschaftskammer verfügten Betriebsschließungen an.<sup>245</sup> Zwar bestimmte die Sorge, den Kreis wieder verlieren zu können, noch Jahre später die Politik der Kammer, z.B. in der Frage einer örtlichen Geschäftsstelle,<sup>246</sup> ein Durchbruch war jedoch ohne Zweifel gelungen: Das Votum für Bonn erschütterte auch im - geographisch noch näher am Zentralort gelegenen Siegkreis - die Bereitschaft einer Angliederung an Köln; zugleich neigte sich im Düsseldorfer Oberpräsidium, untermauert von den raumplanerischen Argumenten des dort für Kammerfragen zuständigen Referenten Dr. Schepke, die Waagschale zugunsten einer Wiedererrichtung der Bonner Kammer im alten, lediglich um den Kreis Bergheim verminderten Umfang,<sup>247</sup> die nordwestliche Ecke des ehemaligen Bezirks ist von Bonn 1945 nie ernsthaft beansprucht worden. Noch 1949 stufte im übrigen die Kölner Kammer ihre Neuerwerbung als "finanziell sehr schwach" ein.

Selbst wenn die Kölner Seite in der hier geschilderten Auseinandersetzung erhebliche Energie freisetzte - Dr. Alef nannte noch 1955 in seiner Abschiedsrede Pferdenges einen "mächtigen Gegner" -, ist in der Rückschau zu beachten, daß die Angelegenheit für die

Industrie- und Handelskammer Köln, anders als im Falle der Bonner Kammer, zu keinem Zeitpunkt eine Existenzfrage war. Die Entscheidung, die Kreise Sieg und Euskirchen der südlichen Nachbarkammer zu belassen, quittierte man mit einem halbherzigen Protest beim Oberpräsidenten Dr. Lehr. Vier Jahre nach den Ereignissen sah es der Kölner Hauptgeschäftsführer Hilgermann so: "Schließlich haben wir uns gesagt, daß wir im Kölner Bezirk genug Aufgaben hätten. Wir haben dann unseren mündlichen Protest bei Dr. Lehr nicht schriftlich wiederholt und damit den bestehenden Zustand anerkannt."<sup>248</sup>

Es sollte noch geraume Zeit dauern, bis die Bezirksabgrenzung sich auch in der täglichen Praxis durchgesetzt hatte. Die Euskirchner Militär-Regierung mußte am 15. September 1945 ausdrücklich auf die Zugehörigkeit des Kreises zum Bonner Kammerbezirk hingewiesen werden.<sup>249</sup> Eine große Zahl bis dahin in Köln bearbeiteter Zulassungsfälle von Firmen aus dem Siebkreis wurde im Laufe des Monats nach Bonn überwiesen. Im November 1945 ersuchte Dr. Alef seinen Kölner Kollegen ausdrücklich, die Versendung von Rundschreiben und Fragebögen in den Siebkreis durch die untere Verwaltungsebene oder Außenstellen der Kammer zu unterbinden; über ein halbes Jahr später war, wie eine Wiederholung der Aufforderung bestätigt, die Kölner Kartei immer noch nicht vollständig bereinigt.<sup>250</sup> Die "Westdeutsche Maschinenfabrik Liblar" fragte, nachdem sie eine geraume Weile Briefe und Rundschreiben beider Kammern erhalten hatte, höflich an, zu welchem Handelskammerbezirk das Werk eigentliche gehöre. Im Falle des im Nordwestzipfel des Siebkreises gelegenen Feldmühle-Koholyt-Werks kam es zu einer pragmatischen Einigung zwischen den Kammern. Angesichts der räumlichen Nähe zu Köln und der Tatsache, daß der Betrieb ohnehin der dortigen Militärregierung unterstellt war, tolerierte Guilleaume den Wunsch der Werksleitung, durch die Industrie- und Handelskammer Köln vertreten zu werden;<sup>251</sup> allerdings betonte der vorsichtige Dr. Alef, der noch zehn Jahre später seinen Nachfolger ermahnte, "sorgfältig die Regungen und Bestrebungen der Kölner Kammer zu verfolgen", nachdem er bereits die von Köln angebotene Zusammenarbeit bei der Exportförderung als gefährliche Umarmung abgelehnt hatte: "Wir legen Gewicht darauf, daß die Angelegenheit diskretissime behandelt wird, damit sich keine Weiterungen zu Lasten der Bonner Kammer ergeben können."<sup>252</sup> Wenn der kämpferische Bonner Hauptgeschäftsführer später gegenüber seinen Kölner Partnern sogar feststellte, sie hätten seinerzeit "den Bonnern Bergheim gleichsam gestohlen",<sup>253</sup> so kann es nur darum gegangen sein, in der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung um das Erbe der

Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen die Bonner Verhandlungsposition zu stärken; als Bruno Kuske im November 1945 vom Oberpräsidium der Nord-Rheinprovinz aus noch einmal die Frage der Kammerzugehörigkeit aufwarf, erklärte die Industrie- und Handelskammer Bonn ausdrücklich, an einer Übernahme nicht interessiert zu sein.<sup>254</sup>

Die erwähnte vermögensrechtliche Trennung der beiden Kammern wurde durch die Besonderheit eines zweischrittigen Abwicklungsverfahrens erschwert: Zunächst mußte der Anteil der Industrie- und Handelskammer Köln (in den Grenzen von 1934, also einschließlich Bonns) aus dem Vermögen der Gauwirtschaftskammer herausgelöst werden, bevor man an eine Trennung des Besitzes der beiden Anfang 1934 vereinigten Kammern gehen konnte. Ein weiteres Hindernis bildete das Fehlen aussagekräftiger Unterlagen zum Vermögensstand der Industrie- und Handelskammer Köln zum 31. März 1934.<sup>255</sup> Der im September 1951 abgeschlossene Auseinandersetzungsvertrag legte eine Aufteilung der vorhandenen Wertpapiere und Bankguthaben im Verhältnis 76 (Köln) zu 24 (Bonn) fest; auf der Immobilienseite wurden die vor 1934 erworbenen Grundstücke an die jeweiligen Einzelkammern zurückerstattet; der Erlös des Ende 1944 für 99 000 Reichsmark durch die Gauwirtschaftskammer gekauften Hauses Bonn, Wörthstraße 5, in Höhe von DM 70 000 ging zu zwei Fünfteln an die Industrie- und Handelskammer Bonn.<sup>256</sup> Für das zu 55% zerstörte ehemalige Kronprinzenpalais in bester Bonner Lage hatten sich u.a. ein kirchlicher Orden und die Berliner Vertretung beim Bund sowie Frankfurter Wirtschaftsverbände interessiert, bis es schließlich an das Finanzministerium verkauft und abgerissen wurde; schon ein Jahr, bevor eine Änderung des Besatzungsstatuts den Aufbau eines Außenministeriums überhaupt erst ermöglichte, soll Bundeskanzler Dr. Adenauer persönlich den Erwerb zur Abrundung des zu gründenden Amtes betrieben haben,<sup>257</sup> das als "Nachzügler" auf der Bonner Bühne noch bis 1955 auf ein eigenes Dienstgebäude warten mußte.<sup>258</sup> Wie dringend die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Nachbarkammern Anfang der 1950er Jahre inzwischen geworden war, belegt die Notwendigkeit einer Mitwirkung der im Grundbuch noch als Eigentümerin verzeichneten Industrie- und Handelskammer Köln bei der Aufnahme einer Hypothek zum Umbau des Bonner Kammergebäudes.<sup>259</sup>

#### 4.4.2 Die Kammerwirtschaft als Teil der "Katastrophengesellschaft"

"Wer sich der Mühe unterzieht, aus dem wirren Gesamtbild unserer durch Krieg und Niederlage hervorgerufenen Katastrophensituation die rangmäßig wichtigen Ausschnitte herauszufinden, wird wohl als wichtigsten Ausschnitt den der Wirtschaft erkennen."<sup>260</sup> Diese programmatische Aussage der Verwaltung des Landkreises Bonn von Anfang 1947 wies den Weg aus der tiefen materiellen Not der deutschen Nachkriegsgesellschaft; wenn eine Belebung der wirtschaftlichen Kräfte vor der Währungsreform mit der von - zunehmend verzweifelteren - Beobachtern immer wieder beschriebenen quälenden Langsamkeit vonstatten ging, ist dies vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß Landwirtschaft, Handel und Gewerbe eben ein untrennbarer Teil derselben "Katastrophengesellschaft" waren und auf vielfältige Weise unter den aus Krieg und Niederlage resultierenden Behinderungen und Defiziten litten.

Ähnlich, wie zahlreiche von Bombeneinwirkung verschonte Wohnungen jetzt den umfangreichen Beschlagnahmungen der Besatzung zum Opfer fielen, bedeutete auch in der Industrie die Einstellung der Kampfhandlungen nicht immer ein Ende der Substanzverluste. Die Bonner Fahnenfabrik belegten z.B. nach Rückgabe an die Besitzerfamilie Meyer amerikanische Truppen. Warenvorräte und Maschinen wurden zerstört oder gestohlen, der Eigentümer am Betreten der Fabrik gehindert. Das nur gering beschädigte Aluminiumwerk räumten die Soldaten der Sieger ebenso aus wie die Großküche der Beueler Jutespinnerei. In vielen Fällen standen einem geringen, oft nur temporären Nutzen auf Seiten der Besatzer große Einbußen der Geschädigten gegenüber, wenn z.B. die "Requisition" von wasserdichten Planen die darunterliegenden Halb- und Fertigprodukte ungeschützt den Witterungseinflüssen preisgab.<sup>261</sup> Zu den Plünderungen durch Militärangehörige - von den oft machtlosen lokalen Befehlshabern in der Regel "durchziehenden Truppen" angelastet<sup>262</sup> - kamen Zerstörungen als Folge der Einquartierung von "displaced persons" (DPs), ehemaliger Zwangsarbeiter vor der Rückführung in ihre Heimat; die für diesen Personenkreis schnell eingerichteten Durchgangslager befanden sich in öffentlichen Gebäuden und Wehrmachtsunterkünften, aber auch in Industriebetrieben (Beispiele: Rheinische Zellwolle, Siegburg, Chamotte- und Dinaswerke, Oberdollendorf).<sup>263</sup>



Zahlreiche Firmenchroniken beschreiben, wie in den nicht beschlagnahmten Industriebetrieben verbliebene Belegschaftsangehörige und Rückkehrer jetzt mit Aufräumungs-, Ausbesserungs- und Aufbauarbeiten begannen; gelegentlich konnten in kleinem Umfange aus erhaltenen Vorräten Mangelartikel als Tauschobjekte für dringend benötigte Lebensmittel oder Baustoffe produziert werden. In Beuel stellten die Arbeiter der ersten Stunde in der Jutefabrik auf einer geretteten Kaschiermaschine Dachpappe her; die Dachziegelproduktion bei Wessel und Servais fand sogar Erwähnung im "Kölnischen Kurier", der einzigen im Bezirk existierenden Zeitung.<sup>264</sup> 20 bis 25% der Produktion der Leichtmetallwerke stand in Gestalt von Dachblechen als "Kompensation" zur Sanierung beschädigter Gebäude zur Verfügung.<sup>265</sup> Bis zu 200 Behelfsherde monatlich flossen den Haushalten aus der Godesberger Eisengießerei Stolle zu, in der Büromöbelfabrik Soennecken wurden wöchentlich 100 beschädigte Schulbänke instandgesetzt: Ohne sie wäre die frühe Wiederaufnahme des Schulbetriebs in Bonn nicht möglich gewesen;<sup>266</sup> während der Phase einer durch plötzlich verfügte Entlassung ehemaliger NSDAP-Mitglieder bei der Bonner Stadtverwaltung entstandenen Personalknappheit konnte das unzureichend beschäftigte Unternehmen überdies mit der Abordnung unbelasteter leitender Mitarbeiter aushelfen.<sup>267</sup>

Bevor die Beueler Möbelindustrie aus ihren erheblichen Vorräten zur Linderung der Not Ausgebombter beisteuern konnte, mußte sie Besatzungsaufträge erfüllen.<sup>268</sup> Bei Schoeller in Eitorf deckte die im November 1945 mit einer Maschine wiederaufgenommene Wollwäscherei bis zu 80% des Bedarfs der Britischen Zone; auf dem Spinnsektor standen, ehe drei ursprünglich für das Breslauer Werk bestimmte Schweizer Spinnmaschinen montiert werden konnten, zunächst nur der unzerstörte Fundus der Lehrwerkstatt zur Verfügung; unter großen Schwierigkeiten wurden in der Folgezeit ca. 40% der ursprünglich vorhandenen 18 182 Spindeln aus dem Schutt geborgen und repariert.<sup>269</sup> Da die traditionellen Lieferanten von Maschinen jetzt in der Ostzone lagen, mußten auch die in Euskirchen und Kuchenheim ansässigen Textilfabriken Zerstörungen weitgehend aus eigener Kraft bewältigen, doch waren hier bis zum Ende der Reichsmarkzeit die Grundlagen für einen erfolgreichen Start in die Marktwirtschaft (1950: 19 Betriebe mit 1635 Beschäftigten) gelegt.<sup>270</sup>

Auf die Beteiligung der Industrie- und Handelskammern an der Erteilung von Produktionsgenehmigungen (permits) wird noch ein-

zugehen sein; zunächst bestimmte der Maßstab der Dringlichkeit über die Wiederaufnahme. Lebensmittel- und Versorgungsbetriebe sowie die Bereiche Bau-, Wohnbedarf und Gesundheit genossen Priorität, Industrien mit starkem Energiebedarf unterlagen Beschränkungen. Im Gegensatz zur gelungenen Förderung des Rübenanbaus durch die Besatzung und der schnellen Wiederingangsetzung der Zuckerindustrie<sup>271</sup> führt das Beispiel der Bonner Zementfabrik die zeittypischen Schwierigkeiten vor Augen und macht gleichzeitig die von deutschen Beobachtern erst ungläubig, in späteren Jahren mit zunehmendem Zorn registrierte Ohnmacht der Militärregierung auf dem Gebiet der Wirtschaft deutlich. Ein Mitte 1945 von der Unternehmensleitung vorgelegter Plan, der eine Produktionsaufnahme innerhalb von vier Monaten vorsah, wurde von den Briten als unzureichend zurückgewiesen; man drohte sogar mit einer Demontage der Anlagen und ihrer Überführung an die "Westdeutschen Zement- und Kalkwerke" in Sötenich. Obwohl die Firmenleitung daraufhin mit Unterstützung durch die Besatzer alle Hebel in Bewegung setzte, um die notwendigen Maschinen und Ersatzteile zu beschaffen, konnte die Produktion erst ein Jahr nach Kriegsende aufgenommen werden. Rohstoffschwierigkeiten - die Kalksteinbrüche lagen in der französischen Zone - sowie die schlechte Ernährung der Arbeiter begrenzten die tatsächliche Auslastung auf ca. 8% der vorhandenen Kapazität.<sup>272</sup> Zwar ließen die Briten im August 1945 verlauten, im Regierungsbezirk Köln bereits 400 Permits für Industriebetriebe auszugeben und die Industrie- und Handelskammer Köln beauftragt zu haben, die rheinische Wirtschaft in den Branchen Maschinenbau, Chemie, Elektrotechnik, Textil, Leder und Steine/Erden anzukurbeln,<sup>273</sup> doch sprechen die Fakten vor Ort eine andere Sprache: Im Siegkreis mit seiner erheblichen Hypothek ehemaliger Rüstungsbetriebe waren Ende 1945 Permits für 21 Industriebetriebe und 17 Lebensmittelunternehmen erteilt worden, 200 Anträge standen noch zur Entscheidung an;<sup>274</sup> die Mehrzahl der Werke war, wie der Landrat im Januar 1946 meldete, "anlaufbereit", nur ein kleiner Teil der Arbeiter war jedoch in der eigentlichen Produktion eingesetzt.<sup>275</sup> Neben der aus vielen Gründen zurückhaltenden Vergabe von Permits (politische Vergangenheit der Eigner, Energie- und Rohstoffprobleme, Rückstellung wegen fehlender Dringlichkeit) erklärt sich die weiter rückläufige Industrieproduktion des Jahres 1946 vor allem aus Rohstoffschwierigkeiten, zonenbedingten Verkehrsabsperrungen, der Zunahme von Kompensationsgeschäften, Arbeitskräftemangel und nicht zuletzt der politisch begründeten Entlassung und Verhaftung von Führungspersonal im Winter 1945/46 sowie sich widerspre-

chenden Anordnungen deutscher und britischer Behörden: Die bei Soennecken für August 1946 geordneten Büromöbel zur Ausstattung der neuerrichteten Bezirkswirtschaftsämter in Köln, Düsseldorf und Essen konnten nicht geliefert werden, da zwischenzeitlich die Militärregierung die Herstellung von Möbeln für private und behördliche Zwecke untersagt hatte.<sup>276</sup>

Im konkreten Fall hatte schon das Vorliegen einzelner Hemmfaktoren erhebliche Konsequenzen: Das Troisdorfer Eisenwerk Klöckner (1645 Arbeiter) nannte Anfang 1947 Brennstoff- und Arbeitskräftemangel als Grund für eine nur 30prozentige Auslastung; die Rohstoff- und Halbzeugversorgung wurde als ausreichend bezeichnet.<sup>277</sup>

Da die Besetzung Tapeten als Luxus ansah, lagen die Produktionsbetriebe mit Ausnahme der für die Briten arbeitenden Firma Strauven still;<sup>278</sup> in der "Rheinischen Tapetenfabrik" in Beuel reaktivierten einige Mitarbeiter den Handdruck und tauschten wertvolle Handdrucktapeten gegen Nahrungsmittel.<sup>279</sup> Im Falle der Papierfabrik Geldmacher, für die die Industrie- und Handelskammer Bonn 1945 vergeblich das Permit zur Produktion von Tapetenpapier beantragt hatte, war eineinhalb Jahre später immer noch lediglich die Holzschleiferei in Betrieb.<sup>280</sup> Vor den unabsehbaren Folgen einer zu sehr auf den Einzelfall beschränkten Handhabung der Produktionsgenehmigungen hatte der Kölner Wirtschaftshistoriker Kuske, zeitweise Leiter der Wirtschaftsabteilung im Oberpräsidium der Nord-Rheinprovinz, die zuständige Militärregierung bereits ein Jahr nach Kriegsende gewarnt.<sup>281</sup>

*"Die vorläufige Prüfung der Permittierung der Industrie der Nord-Rheinprovinz ergibt, daß die Zulassung und die Stilllegung der Betriebe nicht immer im Einklang zu ihrer gegenseitigen engen Verflochtenheit in der Produktion steht. In manchen Wirtschaftszweigen werden Betriebe ausgeschaltet, die für die anderen wegen der Weiterverarbeitung ganz unentbehrlich sind. ... Die Lage der Industrie ... wird nunmehr auf das Stärkste gefährdet."*

Durch die schlechte Nutzung des weitgehend intakten industriellen Potentials gestaltete sich die ökonomische Nachkriegslage Godesbergs nicht wesentlich besser als die stärker zerstörter Städte.<sup>282</sup> Die drückende Hungersnot ließ 1946 die Zahl der hier registrierten Landarbeiter auf das Doppelte des Wertes von 1938 ansteigen. "Es wurde festgestellt, daß an sich arbeitsfähige und arbeitswillige Personen, insbesondere Frauen, alles aufwenden, irgendwo eine Tätigkeit in der Landwirtschaft zu erhalten, wo ihnen Verpflegung mit-

gewährt wird", kommentierte das Troisdorfer Werk von Dynamit Nobel die Schwierigkeiten in der Rekrutierung von Arbeitskräften,<sup>283</sup> neben dem "Fehlen notwendiger Inputs" ist die geringe Produktivität der Industriearbeiter, Folge eines erhöhten Zeitbedarfs für Hamsterfahrten und Schwarzmarktaktivitäten sowie der geringen Bereitschaft, "gegen den festgesetzten Lohn viel und konzentriert zu arbeiten", letztlich als wichtigste Ursache für die langanhaltende Fesselung der Rekonstruktionskräfte anzusehen.<sup>284</sup>

Die punktuellen Firmenberichte werden durch die amtliche Statistik bestätigt, wenn auch vor dem Hintergrund der Zeitumstände die Aussagekraft der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 nicht überbewertet werden sollte.

**Tabelle 15: Daten zur Wirtschafts- und Berufsstruktur des Kammerbezirks 1946**

	Stadtkreis Bonn	Landkreis Bonn	Siegkreis	Kreis Euskirchen
Erwerbspersonen. insgesamt.	36 941	51 353	74 386	33 829
in % der ortsanwesenden Bevölkerung	39,1	40,2	39,0	40,3
davon weiblich in %	35,0	34,3	29,9	31,3
Zahl der im verarb. Gewerbe Beschäftigten absolut	11 796	13 924	28 241	10 636
in % der Erwerbspersonen	31,9	27,1	38,0	31,4
<u>zum Vergleich:</u> Anteil der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten in %	4,1	31,5	24,3	35,0

Quelle: Volks- und Berufszählung 1946

Besonders stark treten die anormalen Verhältnisse im deutlichen Frauenüberschuß in der erfaßten Bevölkerung als Folge von Evakuierungen, höherer Kriegssterblichkeit der Männer, Abwesenheit von Kriegsgefangenen und Internierten zu Tage; entsprechend hoch liegt, besonders in der Stadt Bonn und dem sie umgebenden Landkreis, der Anteil weiblicher Beschäftigter an den Erwerbspersonen. Dagegen bewegt sich aus ähnlichen Gründen (überproportionaler Anteil von Frauen, Kindern und älteren Menschen) die Erwerbsquote ca. fünf (Bonn) bis acht (Siegkreis) Prozentpunkte unter dem Vorkriegsstand. Noch stärker als im hohen Anteil von Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft schlagen sich die ökonomischen Verwerfungen der Nachkriegszeit im gesunkenen Gewicht des verarbeitenden Gewerbes nieder. Mehr als zehn Prozentpunkte liegen die Werte im Stadt- und Landkreis Bonn unter dem Stand des Vergleichsjahres 1925, mit nur 3,7% Einbuße (Euskirchen: 5,2%) steht die gewerbliche Wirtschaft des Siegkreises vergleichsweise günstig da. Zwar läßt die Zahl der Beschäftigten noch keine Rückschlüsse auf ihre Produktionsleistung zu - zahlreiche Unternehmen "horteten" Facharbeiter für den Tag des Wiederanlaufens, obwohl wegen der allgegenwärtigen Produktionsstörungen "in den meisten Betrieben die einfachen Geschäftskosten nicht aufgebracht" wurden<sup>285</sup> -, doch bestätigt gerade die Entwicklung des Siegkreises die Richtigkeit dieser Taktik. Vom Tiefpunkt des Jahres 1946 (21 357 Beschäftigte, 75,6% der im verarbeitenden Gewerbe Tätigen) stieg die Zahl industrieller Arbeitsplätze bereits bis 1948 (26 143) deutlich an; Ende 1949 hatte der Wirtschaftssektor mit 31 379 Personen den letzten Vorkriegsstand (29 977) bereits erheblich überschritten.<sup>286</sup> Zweifellos erleichtert worden ist diese Anpassungsleistung durch die Vielfalt der Kreiswirtschaft: "Die wirtschaftliche Struktur des Kreises weist eine gesunde Mischung von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk auf, die dem Kreis in Krisenzeiten durch die guten Ausgleichsmöglichkeiten schon oft von Nutzen war."<sup>287</sup>

Nur in geringem Umfange haben im Untersuchungsgebiet alliierte Demontagen von Industrieanlagen das von Kriegseinwirkungen verschonte Potential beeinträchtigt. Aus dem Siegkreis gingen im September 1946 Anlagenteile der "Rheinischen Zellwolle" nach Großbritannien;<sup>288</sup> der Abbau des Hochofens stellte die auf Gichtgasverwertung angewiesene Wärmewirtschaft der Klöckner-Werke vor große Schwierigkeiten. Die Kaltwalzanlage sowie eine Lokomotivteilfabrik und die Registrierwaagenherstellung wurden 1949 von der vorgesehenen Demontage freigestellt.<sup>289</sup> Im heutigen Stadtkreis Bonn stand - sieht man von der vereinzelt Entnahme von Maschi-

nen ("Wilde Demontagen") ab - nur die Godesberger Maschinenfabrik Stolle auf der Demontageliste; trotz wiederholter Einsprüche wurden 1948 Installationen zu Reparationszwecken abtransportiert.<sup>290</sup>

"Die Not lehrt nicht nur beten; neben der Not treten Raffgier und Lebenshunger als gleichzubewertende Faktoren auf", belehrte der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn Ende 1946 die lokale Militärregierung;<sup>291</sup> die Erkenntnis läßt sich nicht zuletzt auf die dringende Schaffung von Wohnraum beziehen. Der Aufbau vollständiger Häuser setzte in Bonn spürbar erst nach der Währungsreform ein; die Knappheit von Baumaterial beschränkte Wiederherstellungsarbeiten, anfangs selbst die Behebung von Teilzerstörungen. Die Bewirtschaftung ließ Eigentümer nur so viel Raum herrichten, wie ihnen nach der Kopfzahl des Haushaltes zur Benutzung zustand, erst später folgten Baumaßnahmen zu Vermietungszwecken. Ende 1948, ein halbes Jahr nach der Währungsreform, hatte im nur mittelschwer zerstörten Stadtkreis Bonn die Zahl der verfügbaren Wohnungen erst 69,8% des Standes von 1939 erreicht, eine unbefriedigende Bilanz, bei der auch die verbreitete illegale Bautätigkeit an Geschäften, Vergnügungslokalen und Gaststätten eine Rolle spielte.

#### **4.4.3 Innere Entwicklung und Kammerarbeit bis zur Hauptstadtentscheidung**

Den skizzierten Zeitumständen entsprechend vollzog sich die Wiederaufnahme der Kammertätigkeit sowohl personell als auch materiell unter völlig unzureichenden Bedingungen. Wegen des von der Militärregierung peinlich genau überwachten Verbots, ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen zu beschäftigen, befanden sich zu Anfang unter den ca. 40 Angestellten der Bonner "Beratungsstelle für Handel und Industrie" nur drei Kräfte mit Erfahrungen in der Wirtschaftsverwaltung. Zwar war das ehemalige Kammergebäude (Schumannstraße 4-6), in das die wiedererstandene Industrie- und Handelskammer Bonn im September 1945 übersiedelte, äußerlich unzerstört geblieben, doch hatte wenige Wochen zuvor das Bonner Wohnungsamt die dort - nach vorübergehender

Belegung mit amerikanischen Soldaten - noch vorhandenen Büromöbel vorschnell an die Reichsbahn überwiesen, so daß die auf einem kleinen Viehtransportwagen aus dem Stadthaus mitgebrachten Einrichtungsgegenstände durch aus den Trümmern der ehemaligen Gauwirtschaftskammer (Wörthstraße 5) geborgene Möbel notdürftig ergänzt werden mußten. Zu fünf geretteten Schreibmaschinen trat dieselbe Anzahl geliehener Geräte, eine Adressiermaschine und ein Vervielfältigungsgerät konnten beschafft werden. Die Kommunikation mit den Mitgliedsfirmen erfolgte im Regelfall per Fahrradboten.<sup>292</sup> Bis Ende September 1946 gingen von 1116 Firmen insgesamt 92 513 Reichsmark an Beiträgen, dazu über 30 000 Mark Gebühren für die separat abgerechneten Rundschreiben der Kammer ein. Im Idealfall hundertprozentiger Beitragszahlung durch alle karteimäßig erfaßten Bezirksfirmen wurde ein theoretisches Aufkommen von mehr als 420 000 Mark errechnet, bei Beschränkung auf die 1522 im Handelsregister eingetragenen Firmen immerhin noch eine Summe von knapp 125 000 Mark.<sup>293</sup> Die Differenzen zwischen Soll- und Istaufkommen erklären sich nicht zuletzt aus dem expliziten Verbot der britischen Besatzung, Mitgliedsbeiträge zwangsweise einzuziehen, ein Relikt des bereits 1946 aufgegebenen Grundsatzes der freiwilligen Mitgliedschaft in den Organisationen. Völlig offengelassen hatte die Militärregierung bei der Wiederzulassung von Kammern im Jahre 1945 deren Rechtsstellung; im Regelfalle ließen sie "die überall sich rührenden Kammerleute so schalten, als ob das alte (im wesentlichen preußische) Kammerrecht wieder gelte".<sup>294</sup> Eine Ende 1945 erstellte Zwischenbilanz durch einen hohen britischen Wirtschaftsbeamten verbindet dann auch die ausdrückliche Anerkennung der Kammerarbeit mit dem Wunsch nach stärkerer Kompetenzabgrenzung:<sup>295</sup>

*"Die schon in der Nord-Rheinprovinz errichteten Industrie- und Handelskammern haben der Gemeinschaft unschätzbare Dienste geleistet, indem sie ihre verantwortliche Tätigkeit zu einer Zeit ausübten, als andere Möglichkeiten für ein solches Handeln entweder noch nicht gebildet waren oder in anderer Weise als nicht ausreichend erschienen. Es erscheint nunmehr angemessen, diese Tätigkeit in die normale Kette der zivilen Verwaltung einzuschließen,..." "*

Obwohl bereits im Frühjahr 1946 eine Kammervereinigung für die Nord-Rheinprovinz (mit Satzung vom 17. März) gegründet wurde, brachten erst "Grundsatzserklärungen" verschiedener britischer Stellen im Laufe der Jahre 1946/47 die faktische, wenn auch noch nicht die gesetzliche Anerkennung der Kammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften.<sup>296</sup>



Bis zu den 1947 genehmigten Kammerwahlen blieb in Bonn der seinerzeit ernannte Präsident Walter Guillaume der einzige Adressat, mit dem die Vertreter der Militärregierung zusammenarbeiten gewillt waren. Ein Präsidium zu schaffen, wurde offiziell ebensowenig gestattet wie die Wahl eines unterstützenden Beirates.<sup>297</sup> Im Herbst 1946 war Guillaume nicht länger gewillt, diesen Zustand hinzunehmen und berief, nachdem mehrere schriftliche Vorstöße bei der Besatzung nicht beantwortet worden waren, für den 24. Oktober 1946 insgesamt 27 Vertreter der Bezirkswirtschaft zu einer Beiratssitzung nach Bonn zusammen. Da die Kammern, so seine Rechtfertigung, ohne gesetzliche Legitimation lediglich freie Organisationen darstellten, sei ein solches Vorgehen zulässig, zumal "alle eingeladenen Mitglieder des Beirats nicht in der Partei waren", somit leicht zu begründende Einsprüche wegen der politischen Vergangenheit von Mitgliedern nicht zu befürchten waren. Auf Vorschlag Guillaume wurden in den engeren Vorstand (Präsidium) der Tuchfabrikant Karl Koenen (Kuchenheim), der Prokurist A. John (Klöckner-Werke, Troisdorf) und der 1933 aus dem Bonner Einzelhandelsverband verdrängte Leo Kutsch (Bonn) gewählt; ausdrücklich intendiert wurde durch diese Zusammensetzung eine stärkere Einbindung der Randkreise Euskirchen und Sieg.<sup>298</sup>

In der Beiratssitzung vom 27. Januar 1947 konnte Hauptgeschäftsführer Dr. Alef die von den Briten "so schnell wie möglich" geforderten Kammerwahlen ankündigen, mit deren Durchführung im Bereich der Bonner Kammer der ehemalige Syndikus Dr. Crome beauftragt wurde. Entsprechend der Praxis, mangels neuer Rechtsgrundlagen das Vorkriegs-Kammerrecht anzuwenden, empfahl die Militärregierung, für das Wahlverfahren das Kammerstatut aus der Zeit vor 1933 zugrunde zu legen. Obwohl Dr. Crome auf die kriegsbedingten Bevölkerungsverschiebungen und die stärkere industrielle Durchsetzung des Siebkreises hinwies, wurde letzterem in der Wahlgruppe Industrie mit vier Sitzen nur sein Vorkriegsstand eingeräumt. Bonn-Stadt und -Land schlossen auf je vier Sitze auf, Euskirchen entsandte weiterhin drei Industrievertreter. In der Sparte Großhandel entfielen auf den Stadtkreis Bonn zwei, auf die übrigen Kreise je ein Sitz; der Bonner Einzelhandel war mit vier, der des Siebkreises mit zwei Mitgliedern vertreten, auf Bonn-Land und Euskirchen entfiel je ein Sitz. Je einen Vertreter aus dem Gebiet des gesamten Kammerbezirks wählten auch die Gruppen Banken, Versicherungen, Verkehr und Gaststätten.<sup>299</sup>

Zwei Tage nach den ersten demokratischen Kammerwahlen trat

der neugewählte Beirat am 17. April 1947 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der noch amtierende Präsident Guilleaume setzte gegen alle Vorbehalte ("da man ja untereinander noch viel zu wenig bekannt sei") die sofortige Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse durch; in Anerkennung seiner Verdienste um den Wiederaufbau der Kammer wurde Guilleaume einstimmig zum Ehrenpräsidenten ernannt; erst im Anschluß an diese Dankesbezeugung wurden in geheimer Wahl Hans Schmitz zum neuen Präsidenten und Dr. Otto Meyer zu seinem Stellvertreter, in offener Abstimmung Ernst Adrian, Karl Krewel und Leo Kutsch als weitere Präsidiumsmitglieder gewählt.<sup>300</sup>

Ein Grund für die Eile, mit der Guilleaume nach den ersten Kammerwahlen seine Ablösung als Interimspräsident betrieb, lag in einem schweren Konflikt mit der Militärregierung, der die gesamte Kammerarbeit in Mitleidenschaft zu ziehen drohte.<sup>301</sup> In seinen Erinnerungen führt der damalige Hauptgeschäftsführer Dr. Alef die Affäre auf "eine obskure Stelle in Düsseldorf" zurück, die mit anonymen Briefen an die Militärregierung in der heiklen Frage der Bestellung von Treuhändern gegen die Person Guilleaumes vor ging: "Lange Verhöre und Vernehmungen mußten hingenommen werden."<sup>302</sup> Auch aus den - nur bruchstückhaft erhaltenen - britischen Akten geht hervor, daß der Besatzungsmacht der dubiose Charakter der Vorwürfe ("a mass of complicated personal intrigue") durchaus bewußt war, doch kamen die Untersuchungen an zwei Tatsachen nicht vorbei: Die Militärregierung war seinerzeit bei der Bestellung von Treuhändern für die nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 52 blockierten Firmen den Vorschlägen der Bonner Kammer zu unkritisch gefolgt; der Kammerpräsident und einige Beiratsmitglieder waren, zum Teil auf eigenen Vorschlag, selbst als Treuhänder eingesetzt worden.<sup>303</sup> Der Vorwurf der Leichtfertigkeit wurde vom verantwortlichen "Property Control Officer" vehement bestritten: Schon im März 1946, so betonte er, sei er gegenüber der Bonner Handelskammer mißtrauisch geworden. "I did not consider the Handelskammer were working in the best interest of Military Government and German industry." In keinem der 250 in Bonn und Euskirchen unter Kontrolle stehenden Unternehmen sei ein Treuhänder auf Vorschlag der Industrie- und Handelskammer eingesetzt worden, Präsident Guilleaume habe alles getan, um die Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes zu umgehen.<sup>304</sup> In seinem Fazit monierte am 8. Mai 1947 das "Special Inquiry Bureau" bei der Militärregierung NRW als Ergebnis "erschöpfender Nachforschungen" die Tatsache, daß Guilleaume seit Juli 1945 Treuhänder der Wessel-Werke war, obwohl er gleichzeitig eine

Kapitalbeteiligung der - sich mehrheitlich im Besitz von Wessel befindenden - Servais-Werke Witterschlick hielt; desweiteren werden - jeweils am Einspruch der Besitzer gescheiterte - Versuche erwähnt, über das Instrument der Treuhandverwaltung auch Einfluß auf die Firmen Soennecken und Ringsdorff zu erhalten.<sup>305</sup> Am 19. Mai 1947 wies die Militärregierung beim Regierungspräsidenten in Köln die Bonner Militärregierung an, erneut die politische Vergangenheit von zehn Personen (u.a. Dr. Alef und Guillaume) zu durchleuchten; der ehemalige Präsident und andere Beiratsmitglieder hätten ferner ihre Treuhandschaften zurückzugeben,<sup>306</sup> eine Maßnahme, die durch die Rückkehr zahlreicher inzwischen "entnazifizierter" Eigner in die Leitung ihrer Unternehmen kaum tatsächliche Bedeutung besaß; wäre dies anders gewesen, hätte man, wie Experten den mißtrauischen Briten nachwiesen, das ohnehin beschränkte Reservoir potentieller Treuhänder in der Praxis nicht durch den pauschalen Ausschluß der Industrie- und Handelskammer-Vorstände noch weiter begrenzen können. So bleiben im Rückblick auf den ganzen Vorgang zwei Aspekte festzuhalten: Ein weiteres Mal werden die Schwierigkeiten der britischen (einer starken personellen Fluktuation unterliegenden) Kontrollbehörden deutlich, zuverlässige Informationen zu erhalten und richtig zu werten.<sup>307</sup> Zum andern zeigte der "unerquickliche politische Reinigungsprozeß" ehemaliger Parteigenossen auf dem Gebiet der Bestellung von Treuhändern durchaus heikle Aspekte. "Manch ein Treuhänder", räumte auch Dr. Alef ein, "bekam während seiner Tätigkeit Vergnügen daran und glaubte an einen Dauerzustand oder gar an Besitz- oder Eigentums-Übergabe. In solchen Fällen mußte die Kammer sehr deutlich werden."<sup>308</sup>

Ausgesprochen deutlich wurde die Kammer in einem zweiten Konfliktbereich, der Beteiligung bei der Vergabe von Genehmigungen zur Wiederinbetriebnahme (permit to re-open), einer Aufgabe, die bis Ende November 1945 im Falle von Kleinbetrieben mit weniger als 25 Beschäftigten und geringem Energieverbrauch in Form des sogenannten "Handelskammerpermits" eigenverantwortlich erfüllt werden konnte.<sup>309</sup> Als 1946 die Briten Falschangaben im Antrag eines Bezirksunternehmens, den die Industrie- und Handelskammer befürwortet hatte, aufspürten, reagierte die Kammer mit einem eindringlichen Appell an ihre Mitgliedsfirmen:<sup>310</sup>

*"Erfahrungsgemäß sinkt in Notzeiten, wie sie das deutsche Volk z.Zt. durchzumachen hat, nicht nur die private Moral, sondern auch die Moral in der Wirtschaft."*

Hier war nach Auffassung der Kammer "das Vertrauen der britischen Besatzungsbehörde in die Anständigkeit des deutschen Kaufmanns in einer für die Allgemeinheit besonders bedenklichen Form" erschüttert worden. Auf dem Spiel stand nicht zuletzt das in monatelanger Arbeit bei den Briten aufgebaute Vertrauenspotential, das mit dazu beigetragen hatte, "das anfänglich recht steif geführte Verhandeln mit der Militärregierung", durch eine "immer freundlicher werdende Kontaktaufnahme" zu ersetzen.<sup>311</sup>

Die unvermittelte Ankündigung demokratischer Kammerwahlen im Frühjahr 1947 ist auch im Zusammenhang mit den seit 1918 immer wieder diskutierten Bestrebungen der Gewerkschaften nach überbetrieblicher Mitbestimmung zu sehen; nach 1945 erhielten solche Forderungen eine besondere Aktualität, da den Industrie- und Handelskammern im Rahmen der Bewirtschaftung Angelegenheiten übertragen worden waren, die über ihre üblichen Arbeitsfelder hinausgingen und für große Teile der Bevölkerung, die Belegschaften der Betriebe eingeschlossen, von unmittelbarer Bedeutung waren. Hatte die "Ölkrug-Entscheidung" (18. Juli 1946) der "Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in der Britischen Zone" lediglich eine Zusammenarbeit beider Gruppen auf "höherer Ebene" zugestanden, so sah das am 18. Februar 1947 ausgehandelte "Wuppertaler Abkommen" die Bildung paritätisch besetzter "Wirtschaftsausschüsse" zur Beratung von Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich beider Entsendungskörperschaften vor.<sup>312</sup>

In Bonn hatte Präsident Guillaume bereits Mitte 1946 für die Aufnahme einer kleinen Anzahl von Gewerkschaftlern in den Beirat plädiert, um durch frühzeitiges Entgegenkommen möglicherweise die geforderte Parität zu verhindern; in jedem Fall würden, so sein Kalkül, die Arbeitnehmervvertreter durch ihre Mitarbeit besser mit den Schwierigkeiten vertraut und "hierdurch ihr einseitiges Denken" verlieren. "Der große Zug nach links", erläuterte Guillaume die politischen Implikationen, "der immer nach den letzten Kriegen in Erscheinung trat, kann nur durch eine solche aufklärende Zusammenarbeit abgeschwächt werden".<sup>313</sup> Die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erklärten in der letzten Sitzung vor den in Wuppertal stattfindenden Verhandlungen auch Mitglieder des (ernannten) Kammerbeirats; Verfechter einer Einbeziehung der Arbeitnehmerseite in die Kammerarbeit verwiesen auf entsprechende Forderungen der politischen Parteien und erwarteten im Gegenzug von den Gewerkschaften, "nur gute Leute in die Ausschüsse zu entsenden".<sup>314</sup> Schon in der ersten Sitzung des neu

gewählten Kammerbeirats stellte Dr. Alef gegenüber zögernden Mitgliedern die Dringlichkeit heraus, die der Angelegenheit auch im NRW-Wirtschaftsministerium beigemessen wurde und erreichte die unverzügliche Wahl der seitens der Kammer in einen zu konstituierenden Wirtschaftsausschuß zu entsendenden Vertreter - nach übereinstimmender Auffassung des Beirats "die besten und fachkundigsten Köpfe".<sup>315</sup>

Auch wenn den Wirtschaftsausschüssen in der nordrhein-westfälischen Kammerlandschaft nur ein kurzes Leben beschieden war,<sup>316</sup> und, wie in den meisten anderen Wirtschaftsausschüssen der Zone auch,<sup>317</sup> vorwiegend Probleme der Mangelwirtschaft die Arbeit des in Bonn am 13. Mai 1947 konstituierten Gremiums bestimmten, ging man doch ebenso Zukunftsfragen von grundsätzlicher Bedeutung an. Einig war man sich zum Beispiel im Ziel der "Intensivierung einer Industrieansiedlung im Bonner Raum" und verurteilte gemeinsam die Langsamkeit der beteiligten städtischen Stellen.<sup>318</sup> Unverhohlene Freude, daß "die Rentnerstadt Bonn der Vergangenheit angehört", hatte die Industrie- und Handelskammer Bonn schon Ende 1946 in einer industriepolitischen Bestandsaufnahme zum Ausdruck gebracht. Trotz geringer Kapitalrendite sah man die - von alliierten Produktionseinschränkungen nicht betroffene - keramische Industrie weiterhin als wichtigen Pfeiler der regionalen Wirtschaft an, stellte andererseits aber auch die gute Einpassung der geruch- und beinahe geräuschlos arbeitenden Konfektionsindustrie heraus. Im Bereich der chemischen Industrie räumte die Industrie- und Handelskammer Bonn nur der Herstellung neuer Produkte Chancen ein. Generell wurden die für eine unternehmerische Standortentscheidung wichtigen Arbeitsverhältnisse als besser als im benachbarten Köln bewertet. Einen klaren Vorteil sah man in der Ortsgebundenheit zahlreicher Arbeitskräfte mit "kleinstbäuerlicher Wirtschaft".<sup>319</sup>

Auf dem Territorium der Industrie- und Handelskammer Bonn hatten sich bis zum Sommer 1948 insgesamt 34 neue Betriebe aus Mittel- und Ostdeutschland mit zusammen 721 Beschäftigten angesiedelt; angesichts drückender Wohnungsnot war der Zuzug von Unternehmen, die eine größere Anzahl auswärtiger Arbeitskräfte mitbrachten, unerwünscht.<sup>320</sup> Im - verglichen mit der "Rentnerstadt" Bonn - industriearmen Godesberg benutzte Kammerpräsident Schmitz Ende 1947 den Besuch von Regierungspräsident Warschgar zu ungewohnt offener Kritik an der Stadtverwaltung und warf ihr mangelnden Einsatz bei der Wiederbelebung des traditionell bedeutenden Fremdenverkehrs vor, besonders was die Räumung besetz-

ter Hotels und anderer Beherbergungsbetriebe anging. Verwundert zeigte sich der Kammervorsitzende weiterhin darüber, daß die Stadt Bad Godesberg während seiner Präsidentenzeit in keinem Fall gegenüber der Industrie- und Handelskammer Wünsche bezüglich der Ansiedlung von Unternehmen vorgebracht hatte, obwohl die Kammer laufend Betriebe "unterzubringen" hatte.<sup>321</sup> Eine unzureichende Förderung von Industrieansiedlungen durch die Godesberger Stadtverwaltung und die zuständigen Landesbehörden konstatiert im übrigen noch zwei Jahre später der "British Resident" des Landkreises; während nach wie vor der überwiegende Teil der Übernachtungskapazität in größeren Hotels durch die Besatzung beschlagnahmt oder mit Flüchtlingen belegt war, stieg die Zahl der in sonstigen Beherbergungsbetrieben angebotenen Betten zu langsam an, um gegen die wachsende Konkurrenz anderer Kurorte bestehen zu können.

Mitte 1950 standen in Bonn und im Siebengebirgsraum wieder ca. 3 500 Betten, davon 2 500 auch modernen Ansprüchen genügend, für touristische oder Tagungszwecke zur Verfügung; neben die bekannten Bade- und Erholungsorte (Godesberg, Honnef, Hennef, Königswinter) traten, vor allem im Siegkreis, kleinere Sommerfrischen und Feriengebiete. Nicht nur für die Städte Köln und Bonn sondern auch für das Ruhrgebiet wurden Siebengebirge, Siegtal und Kottenforst zu beliebten Naherholungsgebieten; nach der amtlichen Übernachtungsstatistik konnte im Sommerhalbjahr 1953 der Siegkreis 17,7% aller Übernachtungen im Landesteil Nordrhein für sich verbuchen. 3,5 Millionen Ausflügler (1952) machten den Drachenfels zum meistbesuchten Berg Europas. Auf Bonner Stadtgebiet verschob sich zwischen 1965 und 1985 im Zusammenhang mit der Festigung der Hauptstadtfunktion die Verteilung der Fremdenübernachtungen hin zum Standort Alt-Bonn. Dienstreise- und Tagungsverkehr mischt sich mit Besuchen touristischen Inhalts. Hinsichtlich der mittleren Aufenthaltsdauer (1,9 Tage) lag die Stadt 1982 unter dem Durchschnitt der Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern. Der deutliche Strukturwandel im Beherbergungsgewerbe ließ zwischen 1970 und 1985 die durchschnittliche Beherbergungskapazität pro Betrieb von 27 auf 62 Betten ansteigen.<sup>322</sup>

Stellvertretend für die zahlreichen außerordentlichen Kammeraktivitäten der Nachkriegszeit sollen an dieser Stelle die Bemühungen um den Wiederaufbau der während des deutschen Rückzuges gesprengten Bonner Rheinbrücke skizziert werden. Der Verlust des einzigen festen Rheinübergangs spaltete den - mit seiner Verkehrs-

lage im Südwestzipfel der Britischen Zone ohnehin benachteiligten - Kammerbezirk in zwei Teile; in einer Zeit, in der unzureichende Treibstoffzuteilungen die Industrie- und Handelskammer Bonn z.B. Fahrgemeinschaften nach Düsseldorf organisieren ließen,<sup>323</sup> waren jegliche Umwege, wie die bei Hochwasser oder Eisgang notwendige Benutzung der Kölner Rheinbrücke, mit Einschränkungen an anderer Stelle verbunden.

Anfang 1947 erbrachten Verhandlungen mit der Militärregierung die mündliche Zusage, Bonn an die erste Stelle der zu errichtenden Brückenneubauten zu setzen;<sup>324</sup> im Vertrauen hierauf lehnte man auch eine zwischenzeitlich angebotene Behelfsbrücke ab und machte sich stattdessen für einen verbesserten Fährbetrieb stark.<sup>325</sup> Als im Winter 1947/48 die Vorarbeiten stockten - die unterernährten und unzureichend mit Kleidung ausgerüsteten Brückenarbeiter zeigten bei 80 Pfennig Stundenlohn wenig Neigung zu gefährlicher Arbeit -, organisierte die Kammer bei ihren Mitgliedern einen umfangreichen Sonderfonds: Neben warmen Mahlzeiten und Kleidung konnten - nach Dauer der Beschäftigung gestaffelt - auch begehrte Waren wie Zigarettenpapier, Krawatten, Seifenpulver, Steingutartikel, Füllfederhalter, Brotaufstrich und Bonbons als Leistungszulagen ausgegeben werden. Trotzdem mußte in den Monaten vor der Währungsreform die Bauleitung ständig mit einer Abwesenheitsquote von einem Viertel der Brückenarbeiter rechnen.<sup>326</sup>

Im Frühherbst 1948 drohte der Weiterbau an behördlichen Widerständen gegen die erforderliche Eisenzuteilung zu scheitern. Die Kammer unternahm es, "sich unter Ausnutzung ihrer Beziehungen zu Frankfurt und zu den privaten Wirtschaftsverbänden stärker ein (zu)schalten".<sup>327</sup> Gleichzeitig warnte die Stadtverwaltung, daß die ebenfalls geforderte Wiederherstellung der Viktoriabrücke Arbeitskräfte und Materialzuteilungen vom ungleich wichtigeren Projekt der Rheinbrücke abziehen würde. Erst im November 1949, mehr als viereinhalb Jahre nach Zerstörung der ersten Bonner Rheinbrücke, konnte mit der späteren Kennedybrücke<sup>328</sup> eine neue feste Verbindung über den Strom eingeweiht werden.

Unter der Voraussetzung, daß "alles geschieht, was zur Vernunft nicht in schreiendem Gegensatz steht", hatte die Bonner Kammer in ihrem Neujahrsgruß das Jahr 1949 als "Jahr der Hoffnung" apostrophiert.<sup>329</sup> Gleichzeitig bescheinigte ihr ein Prüfbericht der trizonalen Kammerversammlung eine hochwertige Arbeit, ihrem Hauptgeschäftsführer das Verdienst, "in unermüdlicher Arbeit den finanziell gesunden und leistungsfähigen Aufbau" der Organisation geschaf-



fen zu haben.<sup>330</sup> In einem harten Schnitt hatte Dr. Alef sofort nach der Währungsreform den Fortfall von Aufgaben im Rahmen der Bewirtschaftung zu einer Reduzierung des Personalbestandes genutzt, nicht ohne die Entlassenen den Bezirksfirmen zur Weiterbeschäftigung zu empfehlen.<sup>331</sup> Auch der Direktor des Bonner Arbeitsamtes mahnte zur bevorzugten Einstellung von im Gefolge der Währungsreform Entlassenen "gegenüber den Stellungssuchenden, die in den letzten drei Jahren nachweislich nicht arbeiten wollten"<sup>332</sup> - ein deutlicher Hinweis auf die zahlreichen Schwarzhändler, denen die Geldumstellung weitgehend die Geschäftsgrundlage entzogen hatte.

Trotz der verdienten Bestätigung für die seit dem Zusammenbruch geleistete Arbeit sah Dr. Alef im Herbst 1949 die Stellung der Kammern noch als so ungesichert an, daß er sich in einem förmlichen Schreiben an das Präsidium gegen die Übernahme größerer finanzieller Verpflichtungen wandte.<sup>333</sup>

*"Die Zukunft der Kammer ist ungewiß. Entweder wir haben in Nordrhein-Westfalen die Konkurrenz der Wirtschaftskammern zu erwarten, oder aber wir gehen den Weg der in der amerikanischen Zone gelegenen Kammern, d.h. wir werden freie Verbände. Es hat sich schon immer mehr herumgesprochen, daß auch die öffentlich-rechtliche Eigenschaft der Kammern der brit. Zone auf schwachen Füßen steht, und die Anzeichen mehren sich, daß bei vielen Firmen die Meinung besteht, daß sie zur Beitragsleistung an die Kammer nicht gesetzlich verpflichtet sind."*

## 5 Die Wirtschaft der Hauptstadtregion und ihre Kammervertretung (1949 - 1991)

### 5.1 Die Hauptstadtentscheidung

Von einschneidender Bedeutung für die jüngste Geschichte Bonns ist die Bestimmung der Stadt zum politischen Zentrum des neugegründeten deutschen Weststaates gewesen; stärker als seinerzeit vorausgesehen (und beabsichtigt), veränderte in den Jahrzehnten nach 1949 die Funktion als Bundessitz die Sozial- und Wirtschaftsstruktur. Mit der zwangsläufigen Entwicklung zur Behördenstadt ging ein Wandel einher, der an Tiefe die stadtprägenden Faktoren des 19. Jahrhunderts (Universität, Garnison, Rentnersitz und Gewerkekonzentration) bei weitem übertraf.<sup>1</sup> Auch das noch zu behandelnde Phänomen einer frühen Ent-Industrialisierung des gewerblichen Spätentwicklers ist in diesem Kontext der massiven Funktionsänderung zu sehen.

Selbst wenn ein hoher britischer Beamter bereits 1946 für den Fall einer Vereinigung der drei westlichen Besatzungszonen neben dem in der Nähe des "Eisernen Vorhangs" gelegenen Göttingen Bonn ins Spiel brachte und die Nennung interessanterweise mit der stärker kulturellen als militärisch-industriellen Tradition begründete,<sup>2</sup> bedeutete die Wahl der Stadt zum Tagungsort des Parlamentarischen Rates noch keine Vorentscheidung für den Sitz der künftigen Bundesorgane.<sup>3</sup> Dennoch gingen in die Entscheidung der Ministerpräsidenten vom 13. August 1948 durchaus Faktoren ein, die auch den weiteren Weg Bonns zur Bundeshauptstadt beeinflussen sollten. Außer dem Wunsch der Briten, die politische Zentrale des neuen Staates in der eigenen Besatzungszone anzusiedeln, und der verständlichen Unterstützung der nordrhein-westfälischen Landesregierung spielte auch das persönlich-atmosphärische Element eine nicht zu unterschätzende Rolle: Die guten Erfahrungen, die Dr. Hermann Wandersleb als Leiter der Düsseldorfer Staatskanzlei 1947 beim ersten Verwaltungslehrgang des Landes in Bonn gemacht hat, sollten in den nachfolgenden Jahren auf anderer Ebene noch wiederholt zugunsten der ehemaligen Residenzstadt am Rhein

sprechen, zumal die Stadtverwaltung, wie die Anstrengungen bei der Unterbringung des Parlamentarischen Rates und eine bereits am 11. Oktober 1948 vorgelegte Denkschrift zur Eignung Bonns als Bundessitz belegen, die historisch einmalige Chance ohne Zweifel erkannte.

Zwar meldeten am 9. November 1948 auch Kassel und Stuttgart ihre Kandidatur an, doch spielte sich der öffentliche Disput vorwiegend zwischen den Kontrahenten Bonn und Frankfurt ab. Einer schnellen Entscheidung stand jedoch nicht nur die Konkurrenz der sich in Denkschriften und Erklärungen befehdenden Städte entgegen; zunehmend äußerte sich in Bedenken gegen Bonn der stärker werdende Widerspruch gegen die Adenauersche Politik der Westintegration. Mitte Januar 1949 setzte der Parlamentarische Rat zur Prüfung der Hauptstadtfrage einen eigenen Ausschuß ein. Für ihre Besichtigung vor Ort erstellte die sogenannte "Hauptstadtkommission" eine neun Kriterien umfassende Checkliste, in deren letztem Punkt eine Ablehnung der Massierung wirtschaftlicher Spitzenverbände zum Ausdruck kam, indirekt eine gegen Frankfurt als Sitz der Zonenverwaltung gerichtete Festlegung, wo Mitte 1949 achtundsiebzig solcher Verbände ansässig waren.<sup>4</sup>

Bei der - auch von der Bonner Bevölkerung mit Spannung erwarteten - Abstimmung des Parlamentarischen Rates vom 10. Mai 1949 orientierte sich dann das Ergebnis weitgehend entlang der Parteigrenzen: Alle 27 SPD-Abgeordneten stimmten für Frankfurt, die CDU entschied sich mit Ausnahme eines Stuttgarter Abgeordneten für Bonn, den Ausschlag gaben die Stimmen von DP und Zentrum.

In Bonn und Düsseldorf sahen sich die Verantwortlichen in den folgenden Monaten vor die unerfreuliche Situation gestellt, die zur angemessenen Unterbringung der Bundesorgane notwendigen Vorleistungen zu erbringen, während draußen im Lande die Kritik am Beschluß des Parlamentarischen Rates nicht verstummte, man teilweise sogar dessen Rechtmäßigkeit anzweifelte und auf der Ebene der Ministerpräsidenten die endgültige Entscheidung auf die Zeit nach der ersten Bundestagswahl verschob. Der nach Auflösung des Parlamentarischen Rates als Übergangsorgan fungierende Hauptausschuß einigte sich in der von den Ministerpräsidenten der Länder bestätigten "Schlangenbader Empfehlungen" darauf, dem künftigen Bundestag die Abänderung oder Bestätigung des Hauptstadtbeschlusses zu überlassen; die in Bonn zu treffenden materiellen Vorbereitungen sollten das Maß nicht überschreiten, das zur Arbeitsaufnahme des Bundestages notwendig war. Die negativen Auswir-

kungen dieser Bestimmung zeigten sich deutlich im Bericht des Ende September 1949 vom 1. Deutschen Bundestag eingesetzten Hauptstadtausschusses, da z.B. nach Einfrieren der von Düsseldorf bereits bewilligten Wohnungsbaumittel in Bonn nur ein Bruchteil der in Frankfurt vorhandenen Wohnungen bereitstand. Auch die im Vergleich zum Frühjahr 1949 erheblich nach oben korrigierten Zahlen der zu erwartenden Bundesbediensteten begünstigte wegen der in Frankfurt vorhandenen Räumlichkeiten der Zonenverwaltung die Mainmetropole. Unter diesen Umständen ist es wohl vor allem dem taktischen Geschick Adenauers zuzuschreiben, wenn der Bundestag am 3. November 1949 - mit 200 gegen 176 Stimmen überraschend eindeutig - die Verlegung des Bundessitzes nach Frankfurt ablehnte.

Zweifellos hat bei allen Abwägungen der im Falle Bonns stärker sichtbare Charakter des Provisoriums gegenüber dem Wirtschaftszentrum Frankfurt mit seiner symbolträchtigen Paulskirchentradition eine wichtige Rolle gespielt, doch barg dieser "Standortvorteil" für Stadt und Region in den 1950er Jahren auch bittere Negativkonsequenzen in sich. Stärkung des Wiedervereinigungsgedankens und Widerstand gegen Adenauers Politik der Westintegration werteten die nationale Bedeutung Berlins auf, wo 1955 der Bundestag zum erstenmal zu einer Plenarsitzung zusammentrat und den Wiederaufbau des Reichstages beschloß. Konsequenterweise erging umgekehrt für das Provisorium Bonn 1956 das Verbot der Errichtung von Bundesbauten durch die öffentliche Hand. Freie Unternehmer nutzten das Vakuum, da die anwachsende Bürokratie nun einmal Büroraum benötigte; die selbstauferlegte planerische Abstinenz des Bundes machte ein städtebauliches Konzept unmöglich und begünstigte so das "unkoordinierte Hineinwachsen der Bundeseinrichtungen in den Raum Bonn".<sup>5</sup> Noch bevor der Mauerbau die Anteilnahme auf das gefährdete West-Berlin konzentrierte und die veränderte sowjetische Politik den Hauptstadtanspruch in den Hintergrund drängte, lassen sich zaghafte Ansätze zur Aufbrechung der konsequenten Provisoriumspolitik erkennen: 1960 wurden in den Haushaltsplan Mittel für einen Erweiterungsbau des Wirtschaftsministeriums eingestellt; seit 1959 erhielt die finanziell äußerst bedrängte Stadt Bonn vom Bund Mittel für kommunale Bauvorhaben.

Im Zuge der Mitte der 1960er Jahre einsetzenden inneren politischen Verschiebungen erfolgte auch der Durchbruch in der Provisoriumsfrage. 1964/65 erwarb der Bund das Gronaugelände, auf dem sich nach Aufhebung des Bauverbots das 1969 bezogene

Abgeordneten-Hochhaus als sichtbarer Beweis eines gewandelten Denkens erhob. Der 1970 zwischen Stadt, Land und Bund abgeschlossene Bonn-Vertrag traf bereits Vereinbarungen über den Ausbau der Bundeshauptstadt, bevor am 18. Januar 1973 Willy Brandt in seiner Regierungserklärung Bonn als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland offiziell an erkannte.<sup>6</sup>

Im Gegensatz zu anderen Institutionen - genannt sei stellvertretend die Universität, die durch eine Ernennung Bonns zur Bundeshauptstadt eine Beeinträchtigung ihrer Belange befürchtete,<sup>7</sup> - verhielt sich die Vertretung der regionalen Wirtschaft neutral. "Die Bonner Kammer steht fern allem Streit, ob die getroffene Entscheidung politisch richtig war oder nicht", hieß es in einer Stellungnahme zum Ergebnis der Abstimmung des Parlamentarischen Rates. Ähnlich wie die Stadtverwaltung oder das benachbarte Bad Godesberg sah man in der "Hauptstadt auf Widerruf" eine "Entwicklungschance von gewisser Einmaligkeit" und hoffte, "überräumliche Kräfte und Einflüsse" würden die Wirtschaftsentwicklung des Kammerbezirks "anregend beleben und möglicherweise Armut und Kriegsfolgen leichter vergessen machen". Um die auf diesem Felde eröffneten Chancen nicht zu gefährden, mahnte die Kammer die Bezirkswirtschaft, "den ihr zugefallenen Vorteil nicht konjunkturell auszunutzen", vielmehr die alte Kaufmannsregel von großem Umsatz bei kleinem Nutzen zu beherzigen. Über den engeren Adressatenkreis hinaus ist der Aufruf der Kammer ein beredtes Zeugnis für das vorherrschende Bewußtsein, nach der Entscheidung vom 10. Mai 1949 als Hauptstadt zunächst auf dem Prüfstand zu stehen: Gastfreundschaft und "des Rheinländers Höflichkeit und Humor" sollten "jene tolerante, vornehme und weltaufgeschlossene Atmosphäre des Lebens und Lebenlassens schaffen, die als typisch rheinisch angesprochen werden kann" und die nach Bonn zusammengerufenen Volksvertreter zum Bleiben bewegen; die herausragende landschaftliche Lage des provisorischen Bundeshauses ("Vorgarten des Paradieses"), die bereits beim Bau der Pädagogischen Akademie Anfang der 1930er Jahre eine Rolle gespielt hatte, wurde ebenso als Positivum herausgestellt wie die Gelegenheit für die Abgeordneten, "die Auf- und Abflut wirtschaftlichen Lebens auf Deutschlands schönstem Strom (zu) beschauen".<sup>8</sup>

Die Feststellung, "in der Bundeshauptstadt (habe) auch das Haus der Wirtschaft zu repräsentieren und für zentrale Besprechungen bereit zu sein", erleichterte der Vollversammlung den Beschluß vom 18. Juli 1949, zur ohnehin unaufschiebbaren Instandsetzung des

Kammergebäudes eine Sonderumlage von mindestens DM 14,- zu erheben.<sup>9</sup> Auch nach dem Zusammentritt des 1. Deutschen Bundestages, dem mit dem Präsidenten Hans Schmitz und dem Landrat des Siegkreises Peter Etzenbach (Geschäftsführer eines Sägewerks) zwei Vertreter der Bezirkswirtschaft angehörten, sah sich die Kammer noch mehrfach aufgerufen, durch Appelle "an die kaufmännische Einsicht" den Beitrag der Wirtschaft zur Bestätigung der Hauptstadtentscheidung einzufordern.<sup>10</sup>

Entsprechend aufmerksam analysierte man in der Schumannstraße die tatsächlichen Auswirkungen der Bundespräsenz auf die regionale Wirtschaft. Vom "Anwachsen einer anspruchsvollen Verbraucherschicht", das der Rückblick der Stadtverwaltung auf das erste Jahrzehnt als Hauptstadt konstatierte,<sup>11</sup> konnte in den ersten Monaten naturgemäß noch keine Rede sein, doch war nach der Mitte 1949 registrierten wirtschaftlichen Stagnation zumindest eine Sonderkonjunktur für den Bonner Raum erwartet worden. Umso größer fiel vor allem bei der örtlichen Bauwirtschaft, die mit großen Anstrengungen die Voraussetzung für die Aufnahme der Bundeorgane bis September 1949 geschaffen hatte, die Enttäuschung aus, als sich die nach dem Bestätigungsbeschluß des Bundestages vom 3. November 1949 erwarteten Anschlußaufträge nicht einstellten oder wegen technischer Voraussetzungen sowie eines die Bonner Größenordnungen übersteigenden Kapitaleinsatzes an auswärtige Firmen vergeben wurden. Klagen der Wirtschaft über schleppenden Zahlungseingang bei Bundesaufträgen beschäftigten die Kammer ebenso wie der Versuch, einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligungswünschen örtlicher Unternehmen und dem Faktum zu schaffen, "daß in Bonn Steuergelder von 50 Mill. Einwohnern der Westzonen verbaut (wurden)".<sup>12</sup> Gebührende Beachtung fand, daß sich Bonn durch Niederlassung mehrerer Hauptverwaltungen, (u.a. Mannheimer Lebensversicherung, Leipziger Feuerversicherungsanstalt, Bonner Lebensversicherung) jetzt zu einem Schwerpunkt der westdeutschen Versicherungswirtschaft entwickelte, ein Vorgang, bei dem die geschwächte Stellung des traditionellen Versicherungsplatzes Berlin, die z. B. im Vergleich zur Metropole Köln geringen Zerstörungen, später auch die Regierungsnähe zusammenspielten; obwohl z. B. der Vorstand der "Deutscher Herold Versicherungs AG" zunächst aus dem wiederhergestellten Erdgeschoß des ehemaligen Verwaltungshauses in Berlin das Unternehmen leitete, konnten nur in Bonn die notwendigen Zuzugsgenehmigungen erlangt werden. Im November 1947 kam der Deutsche Herold durch Vermittlung des Oberstadtdirektors Langendörfer an den Rhein, drei Jahre später

konnte das Bürohaus an der Poppelsdorfer Allee bezogen werden. Bis Mitte der 1980er Jahre war die Zahl der am Versicherungsplatz Bonn registrierten Unternehmen auf zehn angewachsen.<sup>13</sup>

Noch unter dem Eindruck der politischen Querelen des Jahres 1949 in der Hauptstadtfrage hat die Industrie- und Handelskammer Bonn von Anfang an die Vorläufigkeit der Entscheidung zum Anlaß genommen, bei den Kommunalverwaltungen auf eine gleichzeitige Förderung von Industrieansiedlungen zu drängen ("um die Gefahr zu vermeiden, daß im Falle einer eventuellen Bundessitzverlagerung in Bonn ein wirtschaftliches Vakuum entsteht") und Zuzugswünsche auswärtiger Firmen aktiv zu unterstützen.<sup>14</sup> Vor dem Hintergrund der im Spätherbst 1989 unvermittelt wiedereröffneten Hauptstadtdiskussion erhalten in diesem Zusammenhang Gedanken neue Aktualität, die der scheidende Hauptgeschäftsführer der Kammer am 3. Januar 1955 vor Präsidium und Mitarbeitern der Industrie- und Handelskammer Bonn äußerte. Auf 40 000 Neubürger bezifferte Dr. Alef zu diesem Zeitpunkt den bei Verlegung des Bundessitzes zu erwartenden Bevölkerungs- und Konsumentenverlust, einen ruinösen Wettbewerb im Handel, Konkurse und Vergleiche und eine bis zur Anpassung der städtischen Ausgaben von den verbleibenden Wirtschaftsbetrieben zu tragende jahrelange Steuermehrbelastung sah er als unvermeidliche Folgen an. Jahrelange Vorstöße der Kammer in Richtung auf eine ausgewogenere Wirtschaftsstruktur seien, so Dr. Alef im einzigen resignierenden Punkt seines Rückblicks auf zehn Jahre Kammertätigkeit, bei der Stadt Bonn auf eine "chinesische Mauer absoluter Unbelehrbarkeit"<sup>15</sup> gestoßen, und in der Tat streift der städtische Verwaltungsbericht den geringen Anteil der Industriebeschäftigten (weniger als die Hälfte des Landesdurchschnitts) lediglich kurz, während im Falle der "hervorstechenden Einzelhandelsdichte", so die Interpretation, der Bund nur eine Tendenz verstärkt habe, "die in der Geschichte Bonns von Anfang an angelegt war und sich schon im Mittelalter bemerkbar machte, als die Bonner Marktsiedlung auf Nahmarktbasis erwuchs".<sup>16</sup> Zu einseitig stellt sich heute allerdings Dr. Alefs Kritik an der schwachen Steuerkraft der an ihrer räumlichen Ausdehnung gehinderten und mit hauptstadtbedingten Mehrausgaben alleingelassenen Stadt Bonn dar.<sup>17</sup> Vor allem die Zunahme der benötigten Verkehrsflächen erforderte die Verlegung ortsansässiger Gewerbebetriebe auf die spärlichen Reservegrundstücke, so daß das Amt für Wirtschaftsförderung bereits 1964 seine ursprüngliche Aufgabe der Neuansiedlung von Industriebetrieben mangels Flächenangebots als weitgehend abgeschlossen ansah.<sup>18</sup>



## 5.2 Wirtschaftsentwicklung und Strukturveränderungen bis 1976

Wegen der kommunalen Neuordnung von 1969 sind für einen Vergleich der aus der 1970er Volkszählung gewonnenen Strukturdaten die Werte für 1950 auf den späteren Gebietsstand umzurechnen; im Falle Bonns ergeben sich so für die fiktive Gesamtstadt weniger extreme Werte als für das eigentliche Stadtgebiet von 1950, "ein Beweis mehr für die Beobachtung, daß die Kommunalgrenzen des alten Bonn der tatsächlichen Situation in diesem Raum bereits damals nicht mehr entsprachen".<sup>19</sup>

**Tabelle 16: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren (in % der Erwerbsbevölkerung)**

	1950	1970		
	Groß-bonn(umgerechnet auf Fläche von 1970)	Großbonn	Rhein-Sieg-Kreis	Euskirchen
Landwirtschaft	3,7	1,0	5,8	7,3
Gewerbl. Produktion	40,4	27,5	49,6	48,8
Dienstleistungen	55,9	71,7	44,6	43,6

Quelle: Höroldt, 25 Jahre Bundeshauptstadt, S. 156; Gemeindestatistik 1970, S. 18; 24-29.

Entsprach das Gewicht des produzierenden Gewerbes in Bonn 1950 noch in etwa den Werten des Jahres 1925 (Stadt- und Landkreis), so wird ein Vierteljahrhundert später - auch im Vergleich mit den Ziffern für die beiden verbliebenen Landkreise des Kammerbezirks - der endgültige Wandel zur Behörden- und Dienstleistungstadt deutlich. Mit einem Anteil des sekundären Sektors von einem

guten Viertel lag der Regierungssitz 1970 unter 60 westdeutschen Großstädten auf dem drittletzten Platz (vor Koblenz und Münster); dasselbe gilt - mit umgekehrtem Vorzeichen - für den dominierenden Dienstleistungssektor (Platz 3).<sup>20</sup> Klammert man die Sparten Handel und Verkehr aus - sie liegen mit 16,7% (Rhein-Sieg-Kreis: 18,2%; Euskirchen: 16,1%) nahe am Bundesdurchschnitt - so bewegen sich die verbleibenden "sonstigen Dienstleistungen" im Falle Bonns mit 55% ca. 30 Prozentpunkte über den - ebenfalls nahe dem Bundesdurchschnitt gelegenen - Ziffern der Nachbarkreise. Anders ausgedrückt: Drei von zehn im Stadtgebiet lebenden Erwerbstätigen verdankten 1970 ihren Arbeitsplatz den Funktionen Bonns als Zentralort, Bundessitz und Universitätsstadt. Fast jeder zweite der 1970 in Bonn gezählten 148 574 Beschäftigten arbeitete für eine Gebietskörperschaft, Sozialversicherung oder Organisation ohne Erwerbscharakter (46,8%); in Euskirchen und dem Rhein-Sieg-Kreis erreichte der Anteil mit 14,5% bzw. 11,4% dagegen nur einen Bruchteil der Bonner Werte.<sup>21</sup> 1961 machte der Anteil der Einpendler 38% der in Alt-Bonn beschäftigten Erwerbstätigen aus; bezogen auf das heutige Stadtgebiet stieg die Quote der Berufspendler zwischen 1961 und 1970 von 18,2% auf 25,7% an, davon gut zwei Drittel aus den 19 Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises, je die Hälfte des verbleibenden Rests aus Rheinland-Pfalz und dem übrigen Lande NRW.<sup>22</sup>

Die Ausnahmestellung der Hauptstadtwirtschaft findet ihre Entsprechung in der Sozialstruktur. Stellten im Gesamtbonn des Jahres 1950 die Arbeiter mit 46,5% noch die stärkste Gruppe (Angestellte/Beamte: 36,6%), so hatten sich zwanzig Jahre später die "Büroberufe" einen Anteil von 62,1% - darunter ein gutes Viertel Beamte - erobert. Den Rückgang der Arbeiterquote an den in Bonn wohnenden Erwerbstätigen über den säkularen Trend zur Ent-Industrialisierung hinaus dokumentiert ein Vergleich mit den Nachbarkreisen (1970): Bonn: 27,1%; Rhein-Sieg-Kreis: 42,5%; Euskirchen: 46,8%.<sup>23</sup>

Verblüffende Ergebnisse zeitigt der von Höroldt angestellte Vergleich zwischen der Wirtschafts- und Sozialstruktur des "alten" Bonn von 1950 mit der Gesamtstadt von 1970. Zum Teil verschärft sind hinsichtlich der Stellung unter den deutschen Großstädten die 1950 für Alt-Bonn registrierten Extremwerte wiedergekehrt; auch auf dem 1969 deutlich vergrößerten Stadtgebiet hat sich demnach die Bundeshauptstadt zur Monostruktur des mehrere Jahrzehnte in seiner räumlichen Ausdehnung behinderten Alt-Bonn zurückentwickelt.<sup>24</sup>

Bereits fünf Jahre nach der ersten Entscheidung in der Hauptstadtfrage schlägt sich die Bundespräsenz in einem Vergleich der Beschäftigungsdaten des Kammerbezirks Bonn (Altkreise Bonn-Stadt/Land, Euskirchen, Siegkreis) mit dem jeweiligen Landesdurchschnitt NRW deutlich nieder; mit 18,2% der 194 192 Beschäftigten absorbierte der öffentliche Dienst nahezu doppelt so viele Kräfte wie auf Landesebene (10,2%). Auch im Dienstleistungsgewerbe (10,1% gegenüber 6,8%) werden die Sonderfunktionen sichtbar, während in den Bereichen Handel, Geld, Versicherungen und Verkehr die Bezirkswirtschaft in etwa auf dem Landesdurchschnitt operierte. Auf dem Gebiet des Großhandels übertraf z.B. 1960 die Stadt Bonn mit 331 Unternehmen auf 100 000 Einwohner bzw. einem Umsatz von 3 821 Mark pro Kopf der Bevölkerung das Landesmittel (DM 3 146) beträchtlich, doch konzentrierte sich im benachbarten Siegkreis (DM 1 116 Umsatz pro Einwohner) diese Handelssparte fast ausschließlich auf die Industriestandorte Siegburg und Troisdorf.<sup>25</sup> Bei nur verhaltener bundesbedingter Bautätigkeit lag der Anteil des Bausektors (10,1%) nur unwesentlich über dem für NRW (9,5%), ein Befund, der angesichts der höheren Wiederaufbauerfordernisse, z.B. im ungleich stärker zerstörten Ruhrgebiet, nicht verwundern kann. Auf dem Gebiet der Urproduktion wird der immer noch starke landwirtschaftliche Einschlag weiter Gebiete der Kreise Euskirchen und Sieg mit 4,3% (NRW: 3%) der Beschäftigten sichtbar; demgegenüber ist nach dem Ausscheiden des Braunkohlenkreises Bergheim aus dem Kammerbezirk bzw. vor der Ausweitung des Abbaus im Zülpicher Braunkohlengebiet die Bedeutung des Bergbaus (1,3%) im Vergleich zum Landesdurchschnitt (10,7%) nur noch marginal. Die strukturellen Umwälzungen im einstigen Agrarkreis Bergheim, lange Zeit Nordwestzipfel des Bonner Kammerbezirks, belegen im übrigen die folgenden Zahlen: 1962 wurde der Landkreis mit einem Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttosozialprodukt von 78,2% (Stadt Bonn: 42,8%; Regierungsbezirk Köln: 65,7%) im südlichen Rheinland nur vom Kreis Köln-Land übertroffen.<sup>26</sup>

Zurück zur Entwicklung des Bonner Kammerbezirks in seinen Nachkriegsgrenzen. Im verarbeitenden Gewerbe sind die 1954 gemessen an der Beschäftigtenzahl überdurchschnittlich vertretenen Branchen die Chemie (6,5% gegenüber 2,5% für NRW), Steine/Erden (2,2%/1,2%) und Keramik/Glas (2,4%/0,7%); die Neuansiedlung böhmischer Glasbläser in Rheinbach (1947) spielte als Beitrag der Region zur Linderung des Flüchtlingsproblems sogar in der Hauptstadtauseinandersetzung eine Rolle;<sup>27</sup> als wichtigste industrielle Nachkriegsgründung nahm 1950 die Firma Weck, die im Osten drei

Produktionsstätten eingebüßt hatte, in Duisdorf die Herstellung von Einkochgläsern auf.<sup>28</sup> Jeweils deutlich unter den Landeswerten lag der Kammerbezirk in der Metallbranche (10,6%/18,9%) und dem Textil- und Bekleidungsgewerbe (5,3%/8,4%).<sup>29</sup> Fast ein Vierteljahrhundert industriellen Wandels dokumentiert ein Vergleich des jeweiligen Anteils der in den wichtigsten Branchen Beschäftigten vom Beginn der "Wirtschaftswunderjahre", die mit jährlichen Wachstumsraten von über 10% den Vorkriegsstand bald übertrafen (Ausnahme: Wohnraumversorgung),<sup>30</sup> bis zur Neugliederung des Kammerbezirks.

**Tabelle 17: Industrielle Beschäftigung (Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten) im Kammerbezirk Bonn**

	Ende 1951	Januar 1976
Beschäftigte insgesamt	49 761	61 132
<b>davon in %</b>		
Steine/Erden	9,1	3,1
Eisen/Stahl	3,0	3,1
Maschinen- u. Fahrzeugbau	8,2	17,7
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	6,1	8,9
Metallverarbeitung	1,9	1,0
Chemie	19,2	20,3
Feinkeramik, Glas	7,1	5,5
Holzverarbeitung	3,5	1,1
Zellstoff, Papier	5,3	3,4
Druckerei	1,5	3,2
Kunststoffverarbeitung	2,2	2,9
Schuhe, Textilien, Bekleidung	11,2	4,2
Nahrungs- u. Genußmittel	3,8	5,0
Sonstiges	17,1	16,7

Quelle: Industrie- und Handelskammer Bonn, Jahresbericht 1951, S. 13; Die Wirtschaft 4/1976, S. 17.

Während die im Kammerbezirk traditionell starke chemische Industrie trotz Schließung des - als überörtlicher Arbeitgeber bedeutenden - Phrix-Werks (1970/71)<sup>31</sup> ihre Spitzenstellung bis 1976 noch leicht ausbauen konnte, präsentieren sich mit einer Verdoppelung des Ausgangsanteils Maschinen- und Fahrzeugbau als die eindeutigen Gewinner der Verschiebungen im produzierenden Gewerbe. Nach dem Bau eines neuen Walzwerkes (1956) beschäftigten 1966 die Königswinterer Lemmerz-Werke 2 500 Arbeitskräfte,<sup>32</sup> die Firma Boge in Eitorf wurde zur größten Stoßdämpferfabrik in Europa.<sup>33</sup> Als weitere Produkte der Kraftfahrzeugzubehörindustrie des Kammerbezirks sind Kupplungen, Getriebe sowie Gelenk- und Antriebswellen zu nennen.<sup>34</sup> Der Kreis alteingesessener Maschinenbauunternehmen erweiterte sich nach 1945 durch Zuwanderungen und Neugründungen; unter den vielseitigen Produkten ist die Herstellung von Anlagen zur Kunststoffproduktion im Zusammenhang mit der beachtlichen Kunststoffverarbeitung der Hauptstadtregion hervorzuheben.<sup>35</sup>

Am Zuwachs der Elektrotechnik ist der Ausbau der Godesberger Ringsdorff-Werke, die seit 1958 ein umfangreiches Netz von Auslandsniederlassungen auf den Exportmärkten aufbauten,<sup>36</sup> der nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Hauptbetrieb in Bonn ansässigen Firma Klöckner-Moeller und der einschlägigen Industrie in Königswinter und Bad Honnef<sup>37</sup> ebenso beteiligt wie die Neugründung von Spezialanbietern (1957: Gelma, entstanden als Ringsdorff-Tochter,<sup>38</sup> seit 1977 Teil von MBB; 1961 Elekluft) Auf niedrigerem Niveau profitierte auch das Druckgewerbe - ähnlich wie um die Jahrhundertwende durch die Universität angeregt - vom Ausbau Bonns zum Behördenzentrum und zum Sitz von Verbänden und Spitzenorganisationen.<sup>39</sup>

Obwohl nach Stilllegung der "Wessel Keramische Werke AG" in Poppelsdorf (1969/70) weitere traditionsreiche Betriebe im Bonner Raum erst in den späten 1970er und 1980er Jahren geschlossen wurden (1978: Dinas-Werke Mehlem; 1980: ehemalige "Rheinische Vulkan", Dollendorf; 1983: Fliesenwerk Wessel in Dransdorf; 1987: Oberkasseler Zementfabrik), ist die Industrie Steine/Erden mit einer Reduzierung des 1951 gehaltenen Beschäftigtenanteils um knapp zwei Drittel schon 1976 ebenso als Verlierer ausgewiesen wie die Textil- und Bekleidungsindustrie, in der die Aufgabe der verlustbringenden Juteverarbeitung in Beuel (1961) und der kontinuierliche Rückgang der in Euskirchen ansässigen Betriebe ab 1958 zu Buche schlagen.<sup>40</sup> 1971 war nur noch eine von ursprünglich 22 Tuchfabriken, die dann 1982 geschlossene Volltuchfabrik Ruhr-Lückerath,

erhalten. In der Eitorfer Kammgarnspinnerei verminderte 1958-68 die Rationalisierung die Beschäftigtenzahl (bei annähernd gleichem Produktionsumfang) um ca. 40%.<sup>41</sup>

**Tabelle 18: Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten (ohne Bergbau und Bauindustrie) im Kammerbezirk Bonn 1954 bis 1976 (Stand jeweils Januar, Umsätze Kalenderjahr)**

Jahr	Anzahl der Betriebe	Beschäftigte	Umsatz in Mio. Mark	davon Export in %
1954	516	52 505	1 385	10,4
1956	516	63 226	1 800	12,5
1958	503	67 540	1 967	12,4
1960	507	70 221	2 519	12,5
1962	517	74 030	2 867	12,1
1964	528	72 682	3 325	12,7
1966	532	74 642	3 570	14,4
1968	510	69 151	3 708	17,1
1970	486	76 172	4 709	16,8
1972	497	74 052	5 060	18,3
1974	495	70 636	6 269	23,4
1976	443	61 132	7 090	21,4

Quelle: Errechnet aus den IHK-Jahresberichten 1954-1976

Wie Tabelle 18 ausweist, ist der im Stadtkreis Bonn zu verzeichnende Bedeutungsverlust der Industrie lange Zeit nicht für den Gesamtbezirk typisch gewesen; schon der räumlich aufs engste mit Bonn verflochtene Landkreis registrierte zwischen 1954 und 1958 eine Zunahme der Industriebetriebe (mit über 50 Beschäftigten) von 41 auf 67.<sup>42</sup> War innerhalb der alten Grenzen der Hauptstadt das Maximum der Industriebeschäftigten bereits 1955 überschritten, so wuchs - vom Konjunkturunbruch der Jahre 1967/68 abgesehen - deren absolute Zahl auf der Ebene des Gesamtbezirks nahezu kontinuierlich bis 1970 an; erst Mitte der 1970er Jahre kam es zu einem signifikanten Einbruch. Zwischen 1955 und 1969, dem Jahr der Vergrößerung des Stadtgebietes, ging der Anteil der Hauptstadt an der Industrie des Kammerbezirks von ca. 19% der Betriebe und

Beschäftigten auf 15,2% (Betriebe) bzw. 14,7% (Beschäftigte) zurück; die Zahl der Arbeiter lag 1969 unter dem Stand von 1904! Der durch die Kommunalreform erhöhte Anteil der Hauptstadt an der Bezirksindustrie ging zwischen 1970 und 1976 wiederum von 36,6% (Betriebe) bzw. 31% (Beschäftigte) auf 34,1% bzw. 29,4% zurück.<sup>43</sup> Trotz einer Verminderung der Zahl der in der Kammerindustrie Beschäftigten um knapp 20% seit dem Höchststand von 1970 ist bis 1976 der Umsatz kontinuierlich gewachsen; der Exportanteil, der bis 1965 bei ca. 12% stagnierte hatte, verdoppelte sich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre.

Die jüngste Gesamtdarstellung<sup>44</sup> bestätigt das von der Industrie- und Handelskammer Bonn auch unter Dr. Alefs Nachfolgern immer wieder kritisierte mangelnde Problembewußtsein der Gebietskörperschaften für die gewerblich-industrielle Entwicklung; bis Mitte der sechziger Jahre beschäftigte sich die Wirtschaftsförderung der Stadt Bonn gar schwerpunktmäßig mit der Beratung ansiedlungswilliger bundesbedingter Verbände und Organisationen. Erst 1976 kam es vor dem Hintergrund sich verstärkender Abwanderungstendenzen auf Drängen der Kammer zu einer Anhörung betroffener Institutionen und Verbände. Jede städtische Wirtschaftsförderung mußte, so das Ergebnis der Erörterungen, davon ausgehen, daß die Funktion als Bundeshauptstadt Betriebsschließungen und Abwanderung stärker als in anderen Gebieten verursachte, da das hohe Lohnniveau im dominierenden Dienstleistungssektor Arbeitskräfte vom produzierenden Gewerbe abzog, zudem oft fehlende Erweiterungsmöglichkeiten am alten Platz, ein höheres Steuer- und Gebührenniveau und die Höhe der bei einer Standortaufgabe zu realisierenden Verkaufserlöse für Grundvermögen einen solchen Schritt nahelegten. Auf Grundlage dieser gemeinsam mit der Kammer erarbeiteten Ursachenanalyse beschloß der Rat der Stadt Bonn im Jahre 1977 eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftsförderung mit dem Vorrang der Bestandssicherung vor einer Neuansiedlung, eine Politik, die sich in den folgenden Jahren in der Erschließung neuer Gewerbeflächen innerhalb der Stadtgrenzen niederschlug.<sup>45</sup>

Auch im Rhein-Sieg-Kreis, wo zwischen September 1970 und April 1977 mit über 9 000 Industriearbeitsplätzen ein Fünftel des Bestandes verlorengegangen war (chemische Industrie: -30,8%; Fahrzeugbau: -9,7%), war es, wie der Oberkreisdirektor am 9. Mai 1978 vor der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bonn betonte, erklärtes Ziel der Verantwortlichen, ein weiteres Absinken zu verhindern. Mit nur 88,2 Industriebeschäftigten auf 1000 Einwohner



lag der Kreis damit 1976 näher am Extremfall Bonn (69) als am - 1970 noch knapp überschrittenen - NRW-Durchschnitt (140), der auf Gemeindeebene nur von den Industriestandorten Troisdorf (233,3) und Eitorf (218,6) übertroffen wurde.<sup>46</sup> Nach den schlechten Erfahrungen mit krisenanfälligen Großunternehmen (Rüstungsindustrie/ Deutsche Werke, Phrix) setzte man in Siegburg bewußt auf die Förderung von Klein und Mittelbetrieben, für deren Ansiedlung das lange Zeit ungenutzte Gelände der ehemaligen Geschößfabrik als "Industriepark" ausgewiesen wurde.<sup>47</sup> Die überragende Stellung der Großindustrie im westlichen Teil des alten Siegkreises belegen die Pendlerströme: 1967 kamen 1207 von insgesamt 8542 Beschäftigten der Dynamit Nobel AG in Troisdorf aus Siegburg, knapp 400 aus Mondorf an der Siegmündung und noch 106 aus Oberpleis.<sup>48</sup>

### **5.3 Die Industrie- und Handelskammer Bonn 1949 bis 1976: Innere Entwicklung und Wirksamkeit**

Erst das Bundesgesetz vom 18. Dezember 1956 brachte - ein Novum in der Geschichte des Kammerwesens - für das ganze Staatsterritorium einheitliche Vorschriften und beendete die Unsicherheit und Zersplitterung der Besatzungszeit; wegen der Gewerkschaftsforderung nach überbetrieblicher Mitbestimmung erhielt es seinerzeit die einschränkende Bezeichnung "vorläufige Regelung". Innerhalb seiner Generalklauseln zur Erfüllung von Pflichtaufgaben und freiwilliger Aktivitäten konnten sich bis heute Schwerpunktverlagerungen in der Kammerarbeit vollziehen, deren Vielfalt hier nur angedeutet werden kann. Auf dem Gebiet der Selbsthilfe wurde das - besonders von kleinen und mittleren Unternehmen genutzte - Auskunftswesen durch zahlreiche Beratungsdienste ergänzt, die Zahl der staatlicherseits an die Kammern delegierten wirtschaftlichen Verwaltungsaufgaben nahm weiter zu, die Arbeit der Kammern auf dem Feld der Berufsbildung wurde im Berufsbildungsgesetz von 1969 fixiert.<sup>49</sup>

Der unvermeidliche Aufgabenzuwachs, 1948 nur kurz durch den beschriebenen Wegfall kammerfremder Auftragsverwaltung unterbrochen, schlug sich in Bonn auch auf der Personalseite nieder. War

die Institution in den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens mit einem akademisch gebildeten Geschäftsführer ausgekommen, dem 1911 ein Assistent (Stellvertreter) und als dritter "Beamter" ein Bürovorsteher zur Seite traten, so führt das Personenverzeichnis von 1960 neben dem Hauptgeschäftsführer sechs weitere Geschäftsführer als Dezernatsleiter sowie zusätzlich einen Leiter der Inneren Verwaltung auf.<sup>50</sup> Auch die Zahl der Unternehmensvertreter, die dem Mitwirken in der Selbstverwaltung Zeit und Arbeitskraft widmeten, war seit der Kaiserzeit trotz Verkleinerung des Bezirks stark angestiegen: 1960 stand das siebenköpfige Präsidium einer 52 Vertreter (1967: 60) umfassenden Vollversammlung vor; die Zahl der Ausschüsse hatte sich auf neun erhöht.<sup>51</sup>

Es leuchtet ein, daß nach Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit für die angewachsene Kammerarbeit die 1901 bezogenen, 1948 durch Teilausbau vergrößerten Räumlichkeiten in der Schumannstraße nicht mehr ausreichten; wegen unliebsamer Überraschungen und schwerer Baumängel dauerte der am 10. Februar 1950 begonnene Aus- und Umbau ein volles Jahr, doch gewann man, u.a. durch den Neubau eines Westflügels über dem Sitzungssaal, eine Anzahl wertvoller Arbeitsräume, Vorräume für Wartende, ein freundlicheres Treppenhaus und einen neuen, mit Hilfe von Sonderbeiträgen von 32 Bezirksfirmen weniger spartanisch ausgestatteten Sitzungsraum. "Aus einer Doppelvilla", so die nach heutigen Maßstäben ketzerische Formulierung des damaligen Hauptgeschäftsführers, "dem abstrusen Gehirn eines Architekten des fin de siècle entsprungen, wurde ein Verwaltungsgebäude von Modernität und Zweckdienlichkeit".<sup>52</sup> Trotz weitgehender Eingriffe in die ursprüngliche Bausubstanz wurde der Dienstbetrieb der Kammer nur an zwei Nachmittagen eingestellt.

Ende 1956 schlug die Geschäftsführung dem Präsidium vor, durch einen weiteren Anbau einen - auch für Prüfungszwecke verwendbaren - Hörsaal sowie erweiterten Registraturraum zu schaffen; auch nach dem Umbau von 1950/51 konnten nämlich Veranstaltungen mit einem größeren Teilnehmerkreis nicht im Kammergebäude selbst stattfinden. Fremdsprachenprüfungsamt, ein Dezernat und ein Teil der Registratur waren noch in gemietete Gebäude ausgelagert. Das Präsidium entschied am 21. Februar 1957, in der leidigen Raumfrage eine endgültige Lösung anzustreben. Ein knappes Jahr später gab die Vollversammlung grünes Licht zum Kauf eines Grundstücks. Nachdem aus dem knappen lokalen Angebot 15 Liegenschaften geprüft und verworfen worden waren, machte der Bonner Oberstadt-

direktor die Verantwortlichen auf das Gelände an der Ecke Bonner Talweg/Königstraße aufmerksam, auf dem die Architekten Schmidt und van Dorp (beide Bonn), Sieger in einem von der Kammer ausgeschriebenen engeren Bauwettbewerb, den im Herbst 1961 bezogenen Neubau errichteten.<sup>53</sup>

Die großzügige Regelung der Unterbringung hat Dr. Hermann Alef, der Hauptgeschäftsführer im schwierigen Nachkriegsjahrzehnt, ebensowenig noch während seiner Amtszeit erlebt wie die Sicherung des von ihm immer wieder angemahnten, im Kammergesetz von 1956 verankerten öffentlich-rechtlichen Status mit Pflichtmitgliedschaft und Zwangsbeitrag.<sup>54</sup> Sein Einsatz in den für das Fortbestehen der Kammer kritischen Jahren, während derer er sich keinen Tag Urlaub gönnte, wurde von allen Seiten anerkannt. Daß er sich am 31. Dezember 1954 im Alter von 65 Jahren zur Ruhe setzen konnte, verdankte der 1933 aus seiner Stellung Verdrängte einer großzügigen Pensionsbewilligung durch das Präsidium; ohne diese "Regelung höchster Noblesse" hätte er nach eigener Aussage "in den Sielen sterben müssen".<sup>55</sup> Neben seiner beruflichen Arbeit in der Kammer ist Dr. Alef nach 1945 besonders als Mitbegründer und Vorsitzender des Stifterverbandes der Beethovenhalle hervorgetreten. Auch die Wiedererrichtung des Schumann-Hauses war ihm ein Anliegen.<sup>56</sup> Klarer als viele andere hat Dr. Alef bereits 1951 in seinem ersten Spendenaufruf an die Wirtschaft den Wiederaufbau der Beethovenhalle im Kontext der neuen Funktion der Stadt gesehen: "Bonn wächst mit jedem Jahre mehr in seine bundeshauptstädtische Rolle hinein. ... Die Sogwirkung einer Hauptstadt kann durch nichts außer Kraft gesetzt werden."<sup>57</sup>

Vor seinem Ausscheiden machte Dr. Alef das Präsidium auf Fritz Busch, zu dieser Zeit stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Essen, als möglichen Nachfolger aufmerksam. Nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwalt hatte der gelernte Jurist und Bankkaufmann 1936 zum Kammerwesen gefunden (zunächst in der Industrie- und Handelskammer Duisburg) und konnte dank der kollegialen Haltung der Essener Kammer bereits zum 1. Januar 1955 sein Amt an der Spitze der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer Bonn antreten. Wie schon in Duisburg und Essen engagierte sich Busch in vielfältiger Weise über seine engeren Aufgaben hinaus: Im - seit August 1950 in Bonn ansässigen - Deutschen Industrie- und Handelstag arbeitete er als Mitglied mehrerer Ausschüsse, in der Kammerversammlung Nordrhein-Westfalen hatte er die Federführung für allgemeine Rechtsfra-

gen inne. Außerdem gehörte er dem Vorstand des Verbandes der Geschäftsführer deutscher Industrie- und Handelskammern an. Vor Ort wirkte Busch u. a. als stellvertretender Leiter der Mittelrheinischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und Mitglied im Beirat der Universität.

Neben der engen Verbindung zu den von der Kammer betreuten Mitgliedsfirmen baute der zweite Hauptgeschäftsführer der Nachkriegszeit die Kontakte zu kommunalen Behörden und den Verwaltungsstellen von Bund und Ländern aus. Seine Mitarbeiter wußte er durch Förderung selbständiger Arbeit, gemeinsam vorbereitete und getragene Entscheidungen und nicht zuletzt persönliche Fürsorge zu motivieren. Als um so schwerer wurde in der Kammer der Verlust empfunden, als Busch am 19. Oktober 1962 überraschend auf einer Dienstreise verstarb; vergebens hatte das Präsidium in den zurückliegenden Jahren versucht, den Leiter der Bonner Kammer in seinem immensen Arbeitseifer zu bremsen, ihm mit Rücksicht auf seine Gesundheit an einer Stelle sogar für zwei Wochen das Betreten des Dienstgebäudes förmlich untersagt.<sup>58</sup>

Zum Nachfolger des Verstorbenen wählte die Vollversammlung am 2. April 1963 den Diplom-Kaufmann Herbert Röhren, seit September 1945 in der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer Bonn, wo er die Dezernate Industrie und Außenwirtschaft aufbaute und ab 1950 den Hauptgeschäftsführer vertrat.<sup>59</sup> Besondere Verdienste erwarb er sich bei der Milderung der Demontagen, der Ansiedlung eines Teils der ehemaligen nordböhmischen Glasindustrie in Rheinbach, die wiederum die Errichtung einer Glasfachschule und eines Glasmuseums nach sich zog,<sup>60</sup> der Sicherung der Energieversorgung der Bezirkswirtschaft sowie einer verbesserten Kreditausstattung der betreuten Unternehmen. Besonderes Engagement erfuhr die betriebswirtschaftliche Fortbildung von Führungskräften in Form von Seminaren und Erfahrungsaustauschgruppen. In den 1960er Jahren widmete er sich verstärkt den Problemen Raumordnung und Berufsbildung: In seine Amtszeit fiel die Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsstätten in Bad Godesberg, Siegburg und Euskirchen. Erhebliche Verbesserungen für die Bezirkswirtschaft vermochte Röhren auf den Gebieten Infrastruktur und Kommunalsteuern durchzusetzen.

Auch nach seiner Pensionierung am 30. April 1976 setzte die Kammer auf personelle Kontinuität. Unter 61 Bewerbern, die nach bundesweiter Ausschreibung Interesse für die Position gezeigt hatten, entschied man sich für den Diplom-Volkswirt Dr. Eberhard

Schmitz. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften und mehreren Jahren Industrietätigkeit war er 1963 in das Industrie- und Steuerdezernat der Bonner Kammer eingetreten, dessen Leitung als Geschäftsführer er drei Jahre später übernahm. Zu seinen Erfolgen in dieser Funktion zählten neben den Ausbau seines Dezernats eine Verbesserung des fremdsprachlichen Prüfungswesens, Problemlösungen beim Umweltschutz (vor allem bei der Entsorgung der Industrie) und die Verhinderung einer Überforderung der Kammerwirtschaft auf dem Gebiet der Realsteuern. Über Bonn hinaus arbeitete er in Fachgremien der Kammerorganisation auf Landes- und Bundesebene mit.

Ausschlaggebend für die Entscheidung für Dr. Schmitz als neuen Hauptgeschäftsführer waren im Juni 1975 die programmatischen Gedanken gewesen, die der langjährige Kenner der Bonner Verhältnisse während des Auswahlverfahrens vorstellte. Eindringlich zeigte er die strukturellen Spannungen zwischen einer einwandfreien Erfüllung der Kammeraufgaben und den finanziellen Möglichkeiten der Bonner Kammer auf und stellte sein auf mehrere Jahre angelegtes Konzept zur durchgreifenden Rationalisierung der Arbeit vor. Unter schwierigen Umständen - auf die Bedrohung der Existenz der Kammer wird im Zusammenhang mit der Abtrennung Euskirchens noch einzugehen sein - gelang es dem am 30. Juni 1975 gewählten Hauptgeschäftsführer in den folgenden Jahren, durch Umsetzung seines Konzepts Kosten und Einnahmen so weit in Einklang zu bringen, daß die bedrohlich zurückgebliebene Betriebsmittelrücklage (1976: 19,94%) im Jahre 1980 wieder auf die gesetzlich vorgeschriebene Höhe von 30% angehoben werden konnte (1989: 32,5%).<sup>61</sup>

An der Spitze der Kammer konnte das Präsidium zwar 1949 die Absicht seines Vorsitzenden Hans Schmitz zunächst abwenden, bereits nach seiner Wahl in den Bundestag sein Kammeramt niederzulegen;<sup>62</sup> 1952 stellte sich der in zahlreichen Ehrenämtern (u.a. Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Vorstandsmitglied des DIHT) engagierte Unternehmer dann wegen Überlastung nicht erneut zur Wahl.<sup>63</sup> Sein Nachfolger wurde - ein Novum in der Kammergeschichte - Dr. Hans-Hero Vosgerau, als kaufmännischer Direktor der Klöckner-Mannstaedt-Werke in Troisdorf der ersten Angestellten-Unternehmer in diesem Amt. Seit 1947 Mitglied der Industrie- und Handelskammer Bonn und Vorsitzender des Industrieausschusses im Siegbereich, brachte er in das Amt großindustrielle Erfahrung und die Mitarbeit in zahlreichen nationalen und

internationalen Gremien ein; bereits 1956 bemühte er sich um finanzielle Unterstützung der Kommunen im Großraum Bonn durch Land und Bund. Eine Sondervollmacht seiner Firma erlaubte ihm, nach seiner Pensionierung (August 1965) bis zum 29. Juni 1966, dem satzungsmäßigen Ablauf seiner Präsidentschaft (zugleich Feierstunde des 75jährigen Kammerjubiläums in der Beethovenhalle), im Amt zu bleiben. Zu seinem Nachfolger bestimmte die Kammer am selben Tag seinen Vorgänger Hans Schmitz; er bekleidete die Position in seiner zweiten Amtszeit bis Mitte 1970.<sup>64</sup>

Es ist eine Ironie der Geschichte der Industrie- und Handelskammer Bonn, daß in der Person des nun ins Präsidentenamt gewählten Textilunternehmers Dr. Werner Zilg zwar der Landkreis Euskirchen die von den Verantwortlichen der Kammer immer wieder angestrebte<sup>65</sup> Berücksichtigung erfuhr, die am 1. April 1977 wirksam werdende Abtrennung des Euskirchener Raumes vom Bonner Kammerbezirk jedoch die Amtszeit des ersten Nachkriegspräsidenten aus diesem Gebiet automatisch und vorzeitig beendete.<sup>66</sup>

Des fehlenden historischen Abstandes wegen muß sich die Behandlung der Wirksamkeit der Industrie- und Handelskammer Bonn in den Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik auf wenige, auch für die allgemeine Geschichte der Region relevante Schwerpunkte beschränken.

Unter der Leitung der Hauptgeschäftsführer Busch und Röhren erweiterte und intensivierte die Kammer Bonn ihre Arbeit auf vielen Gebieten. Einen breiten Raum nahmen dabei die Bemühungen um Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur ein. Schon früh erkannte man die Probleme, die sich aus der Hauptstadtentscheidung für den Verkehrsbereich ergaben. Ein 1950/51 erstelltes Gutachten<sup>67</sup> konstatierte eine "sprunghafte Aufwärtsentwicklung". In Bonn hatte die Gesamtzahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge - auch ohne Berücksichtigung der noch an ihren früheren Zulassungsorten registrierten Behördenfahrzeuge - bereits Ende 1949 die Vorkriegszahlen überschritten, die übrigen Kreise schlossen ein Jahr später auf. Auch im Hinblick auf die hohen Unfallzahlen auf den unzulänglich ausgebauten Bundesstraßen 9, 42 und 56 forderte die Kammer ein verbessertes Angebot an Straßenbahnen und Omnibussen über den innerstädtischen Verkehr hinaus. Ausdrücklich anerkannt wurden die Sonderleistungen der Bundesbahn nach der Hauptstadtentscheidung, z.B. der bevorzugte Wiederaufbau von Bahnhöfen im Bonner Raum. Bereits seit 1954 mahnte sie immer wieder die zügige Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Düsseldorf-Köln-Bonn-Rema-

gen an, die allerdings erst 1959 fertiggestellt wurde. 1955 eröffnete die Bundesbahn auf Vorschlag der Kammer als Ersatz für das aufgelöste Bundesbahnverkehrsamt Bonn im Kammergebäude ein Stadtbüro, das der Bezirkswirtschaft in allen Fragen, die über die Kompetenz örtlicher Dienststellen der Bundesbahn hinausgingen, zur Verfügung stehen sollte. Ende 1953 rief die Vollversammlung in einer EntschlieÙung die Stadt dazu auf, zur Milderung der Verkehrsmisere geeignete "Kleinmaßnahmen unbürokratisch und schnell vorzunehmen".<sup>68</sup> Dennoch sollten innerstädtische Verkehrsfragen, wie z.B. die Schaffung von Parkraum durch den Bau von Tiefgaragen, für den die Kammer eintrat, oder die Entflechtung der Verkehrslage am Bahnhofsvorplatz, in den folgenden Jahren immer wieder die Kammer beschäftigen. Dem Jahrhundertthema "Veränderung der Höhenlage der Bundesbahn" widmete sie ein Heft der eigenen Schriftenreihe, das die Ergebnisse einer Diskussion aller Beteiligten im Rahmen einer Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 11. Dezember 1957 wiedergibt.<sup>69</sup> Anfang 1960 konstituierte sich der Sonderausschuß "Straßenverkehr Bonn-Stadt",<sup>70</sup> am 25. Oktober desselben Jahres votierte die Vollversammlung für den Bau einer zweiten Rheinbrücke zur Entlastung des Übergangs zwischen Bonn und Beuel ("Verkehrsengpaß erster Ordnung") sowie für einen beschleunigten Ausbau der Bundesstraßen, u.a. zur besseren Anbindung des für den interkontinentalen Düsenverkehr vorgesehenen Flughafens Wahn.<sup>71</sup> Gemeinsam mit der Stadt Bonn arbeitete die Kammer in der Geschäftsführung der "Arbeitsgemeinschaft Eifelautobahn" auf das Ziel hin, durch Anbindung der Region an das europäische Fernstraßennetz die "in ihrer Entwicklung zurückgebliebene Eifel wirksam zu fördern". Im Gegensatz zur restriktiven Auffassung des Verkehrsministeriums forderte man, nicht von der unbestritten niedrigen - vorhandenen Straßenfrequentierung, sondern von der Notwendigkeit der Standortverbesserung auszugehen;<sup>72</sup> die Parallele zur ein Jahrhundert zuvor aus denselben Gründen versuchten Wirtschaftsförderung per Eisenbahnbau drängt sich auf.

Auch hinsichtlich des Luftverkehrs auf dem Flughafen Köln/Bonn machte die Kammer schon früh die Belange der Wirtschaft geltend. Auf Grund von gemeinsamen mit der Industrie- und Handelskammer Köln durchgeführten umfangreichen Erhebungen, bemühte sie sich erfolgreich darum, die Deutsche Lufthansa zu veranlassen, den Flughafen Köln/Bonn schon in der ersten Ausbaustufe in ihre Flugpläne einzubeziehen. Mit besonderer Befriedigung konnte die Kammer daher am 1.4.1955 an dem Empfang anläßlich der Landung der



ersten planmäßigen Passagiermaschine auf dem Köln/Bonner Flughafen teilnehmen. Auch in den folgenden Jahren widmete die Kammer der Entwicklung des Flughafens große Aufmerksamkeit. Im Oktober 1960 fand eine Sitzung der Vollversammlung auf dem Flughafengelände statt, bei der sich die Mitglieder über den Stand der Ausbauarbeiten informierten und eine Verbesserung des Anschlusses des südlichen Einzugsbereiches forderten, die allerdings erst Ende der sechziger Jahre realisiert wurde.

Die Gründung der ersten großflächigen Verbrauchermärkte Ende der sechziger Jahre (2. Expansionswelle: 1975) ließ die Probleme des ruhenden Verkehrs in den Innenstädten wieder aktuell werden; bereits zwei Jahre vor der ersten tatsächlich erfolgten Gründung warnte die Kammer, die motorisierten Verbraucher seien "erfahrungsgemäß nicht mehr bereit .... bei ihren Einkäufen auf das Auto zu verzichten. ... Da keine Möglichkeit besteht, die Errichtung von Shopping Centers gesetzlich zu verbieten, werden der innerstädtische Handel und das Dienstleistungsgewerbe gezwungen, ihren Kunden Parkflächen in vermehrtem Umfang ... anzubieten". Von den Kommunen forderte man die Ausweisung von Flächen zur Errichtung von Parkhäusern und Tiefgaragen.<sup>73</sup>

Das Interesse der Kammerwirtschaft, Städte und Gemeinden des Bezirks durch eine ausreichende Finanzausstattung zu Infrastrukturmaßnahmen zu befähigen bzw. weitere Erhöhungen der auf die Betriebe entfallenden Kommunalsteuern zu verhindern, erklärt das gleichbleibend starke Engagement der Industrie- und Handelskammer Bonn auf diesem Gebiet. Zwei 1956 vorgelegte Gutachten ergaben, daß Bonn, Bad Godesberg und Duisdorf wegen hauptstadtbedingter Mehrbelastungen ihren Aufgaben aus eigener Kraft nachzukommen nicht in der Lage waren und dringend einer Finanzhilfe von außen bedurften.<sup>74</sup> Auf der Einnahmeseite trug ein Großteil der zugewanderten Bevölkerung zwar zur Erhöhung der Finanzausweisungen des Landes, nicht aber zu einem vermehrten Gewerbesteueraufkommen bei; nur durch die Industrieunternehmungen, so ein überraschendes Ergebnis der Untersuchungen, war eine mit anderen NRW-Städten vergleichbare Steigerung der Gewerbesteuererträge erzielt worden, das durch die Handelsbetriebe erbrachte Aufkommen blieb dahinter zurück, womit der geringere Einfluß des "Bundeszuzugs" auf die kommunalen Gewerbesteuererträge erwiesen war. Auf der Ausgabenseite wurden in Alt-Bonn allein die Mehrausgaben für die Schulbildung der Kinder von Bundesbediensteten mit jährlich drei Millionen Mark beziffert. Und das war erst der

Anfang: Der "Bundestroß", erinnerte sich der spätere Oberstadtdirektor Hesse, "hatte sich ... an das bequeme Leben 'ohne Quartiergeld' gewöhnt. Erst als das nun schon zehnjährige Kind 'Bundesbürokratie' nach Kultur und Musik am Ort verlangte, gab es auch den ersten Obolus": Mit ca. zehn Prozent der Kosten beteiligte sich der Bund am Bau der Beethovenhalle.<sup>75</sup>

Vor Mitgliedern der Bundespressekonferenz forderte die Industrie- und Handelskammer Bonn am 31. Mai 1965, nachdem sie den Gemeinden attestiert hatte, "in sehr geschickter und bis an die äußerste Grenze des gesetzlich Erlaubten gehenden Weise" ihrer Probleme Herr zu werden versucht zu haben, einen jährlichen Zuschuß von 20 Mio. Mark allein für Alt-Bonn.<sup>76</sup> Berücksichtigt man die Vergrößerung der Stadt durch die Gebietsreform, so entsprachen die ab 1970 jährlich gezahlten Bundeszuschüsse für laufende (nicht vermögenswirksame) Ausgaben in Höhe von 30 Mio. Mark pro Jahr<sup>77</sup> in etwa diesem Ansatz.

Auf Anregung der Bezirkswirtschaft begann die Kammer ab 1.7.1957, Fremdsprachenprüfungen für Dolmetscher, Übersetzer und fremdsprachliche Wirtschaftskorrespondenten abzunehmen, um in diesem Bereich den von den Unternehmen gewünschten einheitlichen Standard zu gewährleisten. Die Nähe zu Ministerien, Botschaften, Konsulaten und zur Universität, aber auch zum Medienstandort Köln, machte es möglich, die Prüfungstätigkeit in den folgenden Jahren auch auf seltenere Sprachen auszudehnen.

Um die von der Kammer 1964 durch Errichtung der zunächst nur von ihr getragenen Gemeinschaftslehrwerkstatt in Bad Godesberg-Mehlem begonnene Arbeit auf breitere Grundlage zu stellen, wurde 1966 der gemeinnützige Verein "Gemeinschaftslehrwerkstätten für den Bezirk der Industrie- und Handelskammer Bonn e.V." unter Beteiligung von 20 im Kammerbezirk ansässigen Industrieunternehmen und der Kammer gegründet. Bereits im November 1967 konnten die Mitglieder des Vereins die zweite überbetriebliche Ausbildungsstätte für die Grundausbildung in Metall- und Elektroberufen im Kammerbezirk, die Lehrwerkstatt in Siegburg, offiziell eröffnen. 1975 folgte die Einweihung des Berufsbildungszentrums Euskirchen, das von einem Zweckverband, dem die Kammer Bonn, der Kreis Euskirchen sowie die Handwerksorganisation angehörte, getragen wurde.

In der Frage der kommunalen Neuordnung des Bonner Raumes setzte die Politik der Kammer lange Zeit auf freiwillige Lösungen,

bevor sie sich nach deren offensichtlichem Scheitern für gesetzgeberische Initiativen entschied. Schon Ende 1952 bot man in einer Besprechung mit der Bonner Stadtspitze an, durch Gespräche mit führenden Beueler Industriellen das auf der rechten Rheinseite vorhandene Mißtrauen gegen eine Eingemeindung abzubauen; eine Neugliederung würde allerdings nach Meinung des Hauptgeschäftsführers Dr. Alef erschwert, "wenn Bonn es darauf abstelle, daß Beuel, ähnlich wie (Köln-)Kalk, zum ausgesprochenen Industrieneest bestimmt würde, Bonn selbst sich seinen Grund aber sauberhalte",<sup>78</sup> tatsächlich hat die junge Stadt (seit 1952) im ersten Jahrzehnt ihrer Selbständigkeit mit Blick auf die erheblichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer aus eigener Entscheidung eine Politik forcierter Industrieansiedlung betrieben.<sup>79</sup>

Mitte 1961 warb die Kammer in einer an die betroffenen Landkreise, Städte und Gemeinden versandten Denkschrift erneut für freiwillige kommunale Kooperation und stellte vor dem Hintergrund eines weiteren Zusammenwachsens der Kommunen eine Liste von zehn möglichen Aufgabenfeldern auf; im Gegensatz zu anderen Ballungsgebieten käme, wie Präsident Vosgerau den Beteiligten während zweier, 1958 und 1959 von der Kammer organisierter Besprechungen ins Gedächtnis zurückrief, als spezielles Ziel hinzu, "in gemeinsamer Arbeit für die Belastungen durch die Errichtung der vorläufigen Bundeshauptstadt besondere finanzielle Hilfen des Bundes und des Landes zu erhalten".<sup>80</sup>

In seiner Rede vor der Festversammlung am 29. Juni 1966 räumte NRW-Ministerpräsident Meyers zwar ein, die kontroverse Diskussion verzögere die geplante Neuordnung, leugnete jedoch einen entsprechenden Einfluß der Reform auf die Verbesserung der durch die außerordentliche Raumnot der Hauptstadt beeinträchtigten - Wirtschaftsstruktur.<sup>81</sup> Dagegen forderte die Vollversammlung in einer EntschlieÙung zur Raumordnungsfrage vom 30. Juni 1967, "auch einer vorläufigen Bundeshauptstadt (müsse) das zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Wirtschaftspotential erhalten bzw. neu gesichert werden" und plädierte für eine möglichst großräumige Lösung als notwendige Voraussetzung zur "weitergehende(n) Entfaltung von Wirtschaft und Verkehr".<sup>82</sup>

## 5.4 Die Abtrennung des Kreises Euskirchen (1977)

Die übliche Schonfrist war dem frisch bestellten Hauptgeschäftsführer der Bonner Kammer nicht vergönnt, fiel doch der Beginn seiner Tätigkeit zusammen mit der Neugliederung der Kammerlandschaft, die die Zahl der nordrhein-westfälischen Bezirke von 20 auf 16 reduzierte; seit 1956 verminderte sich damit auf dem Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland die Anzahl der Kammern von 81 auf 69 selbständige Einheiten.<sup>83</sup> Unter dem Aspekt dieser Konzentration durfte es Dr. Schmitz in Bonn vor der Ortspresse schon als Erfolg verbuchen, wenn Geschäftsführung und Präsidium, u.a. unter Berufung auf die Hauptstadtfunktion und die besonderen Strukturen des mittelständisch geprägten Kammerbezirks interne Pläne des NRW-Wirtschaftsministers (sog. Podlinski-Papier) zur Angliederung der Bonner Kammer an Köln bereits im Vorfeld der Entscheidungen abzublocken vermochten. In dieser für die selbständige Weiterexistenz der Bonner Wirtschaftsvertretung bedrohlichen Phase konnte der Hauptgeschäftsführer zunächst den Kölner Regierungspräsidenten, der im Anhörungsverfahren noch den geringen Bekanntheitsgrad der Bonner Kammer als Argument für eine Auflösung angeführt hatte, von seiner Auffassung abbringen; in den folgenden Wochen nahmen Präsidium und Geschäftsführung jede Möglichkeit wahr, in Gesprächen mit der Ministerialbürokratie bzw. mit der Düsseldorfer SPD-FDP-Koalition nahestehenden Politikern die Weichen für eine Weiterexistenz der Kammer zu stellen und Argumente für einen Verbleib der im Altkreis Euskirchen ansässigen Wirtschaft bei Bonn vorzubringen.

Diese in den meisten Fällen erfolgreichen Aktivitäten wurden Ende Juli durch eine Initiative des Landeswirtschaftsministers unterbrochen. Im Kern sah der "Entwurf einer Verordnung über die Neugliederung der Industrie- und Handelskammer Bonn" vom 8. Juli 1976, der von der Kammer an sämtliche Mitgliedsunternehmen verteilt wurde, die Verkleinerung des Bonner Sprengels um den Altkreis Euskirchen und damit den Verlust von 3250 der ca. 23 000 Firmen vor. Ging es dem Minister - auch unter EG-Aspekten - hauptsächlich um eine Stärkung des Grenzkreises Aachen, möglicherweise auch um eine Kompensation für den Verlust (1975) des Aachener Regierungspräsidiums, so verwies man in Bonn und Euskirchen auf die jahrzehntelange Bindung an die abgebende Kammer, vor allem auf

die eindeutige wirtschaftliche Zugehörigkeit des Raumes zur Rheinschiene, die ungleich bessere Verkehrsverknüpfung mit Bonn, nicht zuletzt die den Euskirchener Bedürfnissen angepaßte mittelständische Ausrichtung des Bonner Wirtschaftsraumes im Gegensatz zum gänzlich anders strukturierten Aachener Bezirk, zu dessen Stärkung Kammerpräsident Zilg die Landesregierung auf das bewährte Instrument "finanzwirtschaftlicher Maßnahmen" verwies.<sup>84</sup> Wie selbstverständlich im übrigen die Kammer während des vorausgegangenen Raumordnungsverfahrens von einem Verbleib Euskirchens beim Bezirk Bonn ausgegangen war, belegt in der Rückschau die uneingeschränkte Zustimmung (1971) zur geplanten Schaffung des neuen Großkreises.<sup>85</sup>

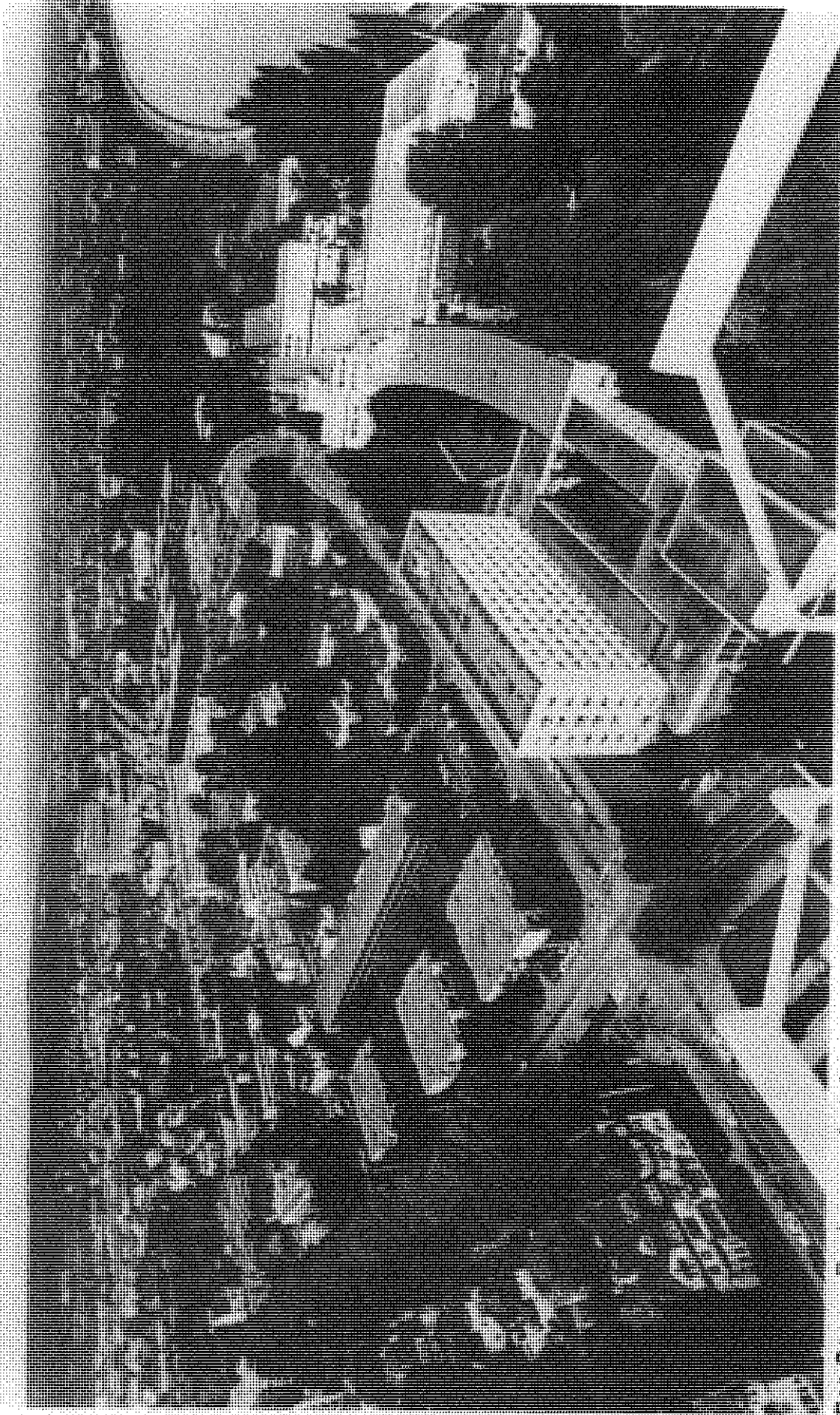
Für dessen Vereinigung mit dem Kammerbezirk Bonn, so die von Seiten der Kammer in zahlreichen Initiativen vorgebrachte Argumentation, sprächen eindeutig auch die von der Landesregierung selbst aufgestellten planerischen Zielsetzungen, da "sämtliche für die Beurteilung von Verflechtungsbeziehungen geltenden Indikatoren wie Pendlerströme, Wanderungsbewegungen, Verkehrsrelationen, Verwaltungsgliederung usw. ... eine eindeutige Orientierung des Gesamtkreises Euskirchen zur Rheinschiene erkennen (ließen)".<sup>86</sup> Auf dieselben Gründe stützten sich die entsprechenden Voten des Kreisausschusses und Kreistages von Euskirchen sowie die am 27. Oktober erfolgte Entschließung des Landtagsausschusses für Landesplanung und Verwaltungsreform. Weitere Hoffnung schöpfte man in Bonn, als sich der Düsseldorfer Wirtschaftsausschuß am 3. November mit der Mehrheit der SPD/FDP-Mitglieder gegen den Entwurf des eigenen Ministers stellte; die CDU begründete ihr abweichendes, also gegen Bonn gerichtetes Votum mit der Einschätzung, der Raum sei "durch seine bundespolitischen Verpflichtungen ohnehin besser gestellt ... als der in der Vergangenheit vernachlässigte Grenzbezirk Aachen".<sup>87</sup>

Wenn sich während des Anhörungsverfahrens nur 209 der 3250 betroffenen Firmen des Altkreises Euskirchen für einen Verbleib bei der Industrie- und Handelskammer Bonn engagierten - 24 Unternehmen aus dem Altkreis Schleiden votierten für Aachen<sup>88</sup> -, so mag das mangelnde Interesse auch von dem schon früh in der Presse geäußerten Gefühl beeinflußt gewesen sein, im Düsseldorfer Wirtschaftsministerium keine echte Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den lokalen Argumenten zu finden.<sup>89</sup> Bestätigt wurde diese Einschätzung, als am 12. November 1976 der überraschende Beschluß Riemers verkündet wurde, gegen alle vorausgegangenen Voten

parlamentarischer Gremien am Plan der Ausgliederung Euskirchens festzuhalten; lediglich der vorgesehene Termin wurde vom 1. Januar auf den 1. April 1977 verschoben. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Kammern in Belgien und den Niederlanden verlange, so die Begründung, eine Stärkung der Grenzlandkammer Aachen. "Die wirtschaftsräumlichen Beziehungen des neuen Kreises Euskirchen seien zwar nicht einheitlich auf Aachen ausgerichtet. Soweit eine Orientierung zur Rheinschiene hin bestehe, reiche deren Intensität jedoch nicht aus, um den Kreis hinsichtlich seiner Kammerzugehörigkeit zu teilen."<sup>90</sup>

Selbst als sich alle Hoffnungen der Bonner Kammer, Minister Riemer werde seinen Beschluß unter dem Eindruck der Sachargumente und der zahlreichen Voten der betroffenen Wirtschaft bzw. der gewählten Gremien revidieren,<sup>91</sup> nicht erfüllten, verzichtete die Vollversammlung einstimmig auf eine gerichtliche Anfechtung der am 1. März 1977 ergangenen Verordnung und konzentrierte sich auf den ordnungsgemäßen Vollzug der Veränderungen in Zusammenarbeit mit den aufnehmenden Kammern Aachen (Altkreis Euskirchen) und Köln (Erfstadt). Zum Jahresende schied die Industrie- und Handelskammer Bonn damit auch aus dem zusammen mit dem Kreis Euskirchen und der Handwerksorganisation unterhaltenen Zweckverband als Träger des erst 1975 eingeweihten Berufsbildungszentrums Euskirchen aus.<sup>92</sup> In seinen Räumen fand am 8. März 1977 die letzte Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bonn in der alten Zusammensetzung statt, auf der Landrat Linden der Kammer für ihre Arbeit dankte und die - auch unter den veränderten Bedingungen verbleibenden - Berührungspunkte mit dem Euskirchener Gebiet herausstellte.<sup>93</sup>



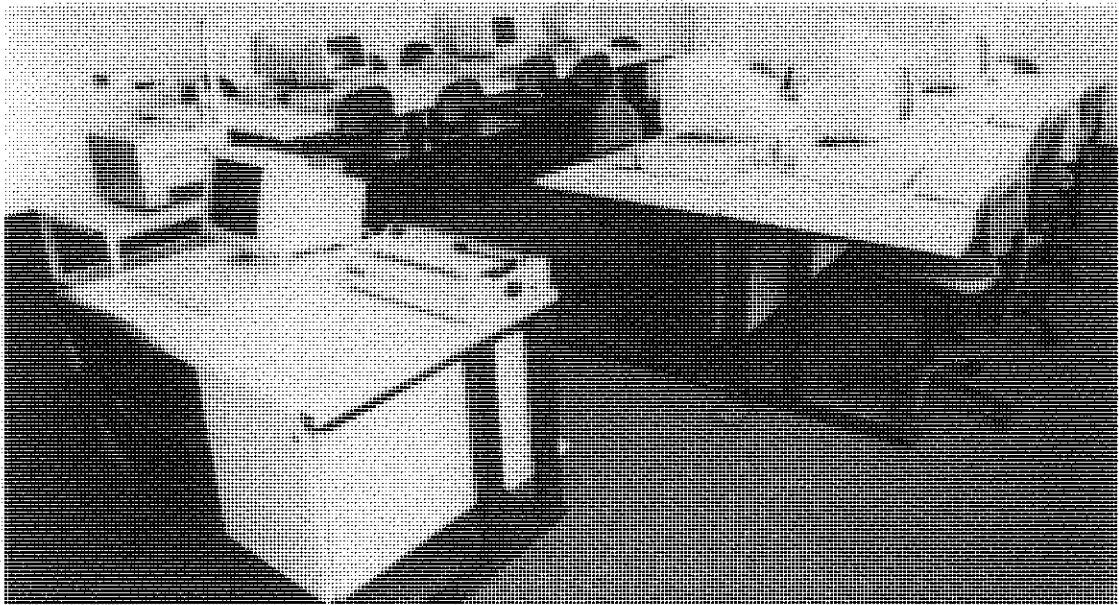


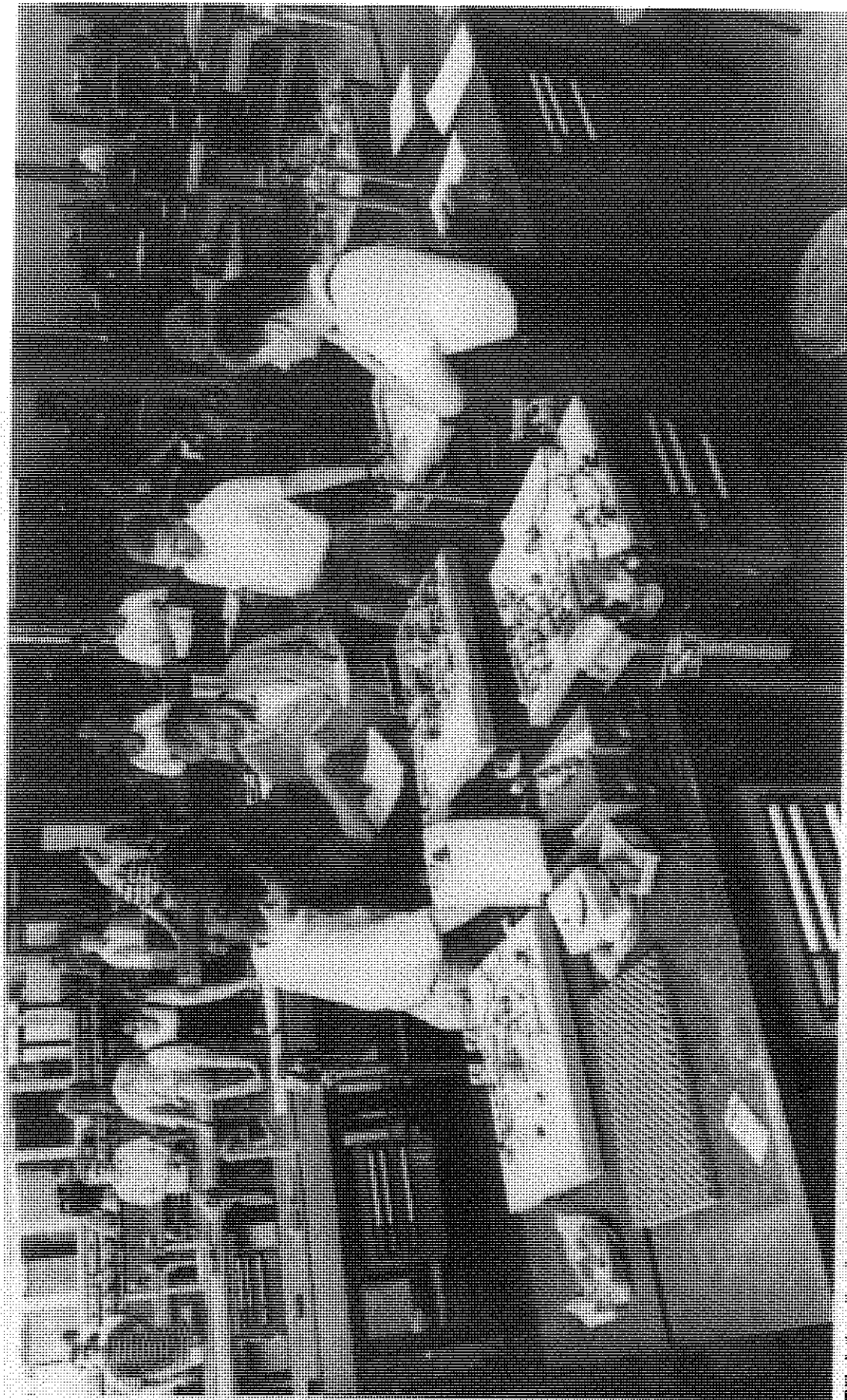
Das Bonner Regierungsviertel



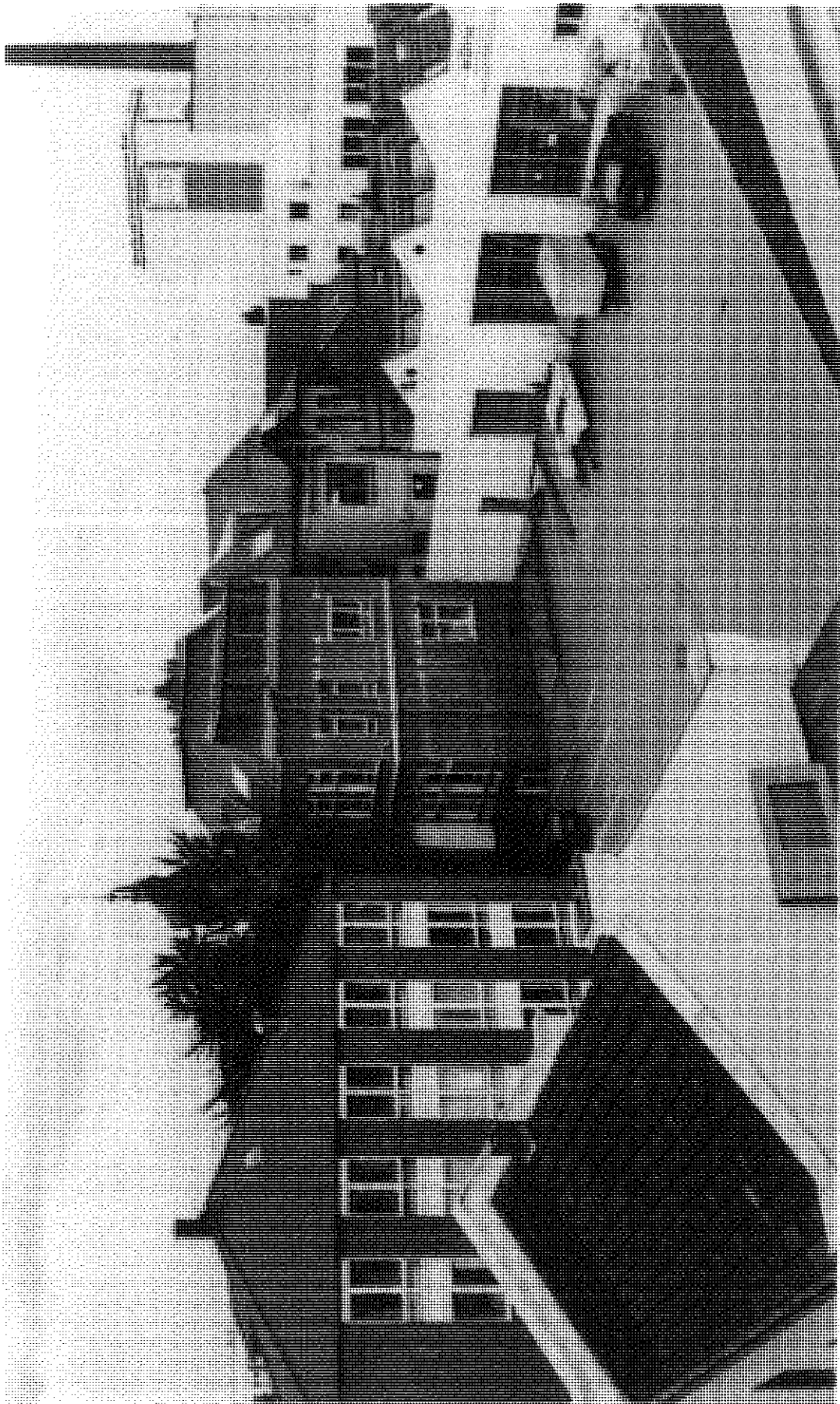


**Das Bildungszentrum der Kammer in Bonn-Beuel mit hochmodernen EDV-Seminarräumen (unten)**





Blick in die Gemeinschaftslehrraumkette Siegburg



Dort von der Kammer an der Gewerbe- und Technologiezentrum Bonn

## 5.5 Die Zweikreiskammer (1977-1991)

Ein dreiviertel Jahr nach der Abtrennung Euskirchens konnte die in ihrem Bezirk verkleinerte Industrie- und Handelskammer Bonn eine erfolgreiche Anpassung an die veränderten Gegebenheiten vermelden; ein unerwartet starker Nettozuwachs insbesondere im Handelsregister eingetragener Unternehmen glich die eingetretenen Verluste an Kammerzugehörigen aus. Für die Kammer selbst wurden Maßnahmen zur finanziellen Konsolidierung zwingend erforderlich. Immerhin war die Verkleinerung ihres Bezirks mit einem damals um 12% verringerten Beitragsaufkommen verbunden. Als Folge der vom neuen Hauptgeschäftsführer Dr. Eberhard Schmitz nach seinem Amtsantritt am 1. Mai 1976 eingeführten Neuorganisation gelang eine "nicht unbeträchtliche(n) Senkung des Personalbestandes" bei gleichzeitiger Verstärkung der Wirksamkeit der Kammerarbeit. Trotz der notwendigen umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen konnten Entlassungen in die Arbeitslosigkeit vermieden werden.<sup>94</sup> Als Folge dieser Veränderungen konnte auch erreicht werden, daß die Betriebsmittelrücklage der Kammer, die 1977 noch bei 19,94 % der fortdauernden Ausgaben lag, bereits 1980 der vorgeschriebenen Mindesthöhe von 30 % entsprach. Ferner gelang es u.a. eine - freiwillige - Haushaltsausgleichsrücklage unter Senkung der Beitragsumlage für die kammerzugehörigen Unternehmen in einer etwa gleichen Relation zu schaffen, womit das finanzielle Fundament der Kammer wesentlich verstärkt wurde.

Auf dem Feld der ehrenamtlichen Kammertätigkeit verabschiedete die - um die Euskirchener Mitglieder reduzierte - Rumpf-Vollversammlung am 15. Juni 1977 eine neue Satzung und eine veränderte Wahlordnung; nach den zwischen August und Oktober abgehaltenen Neuwahlen verminderte sich die Zahl der in der Vollversammlung vertretenen "Herren" - als erste Frau trat 1980 Marianne Krings ins Kammerplenum ein - von 60 auf 52. An der Kammerspitze führte erst die Wahl von Dr. Achim Heumann (14. Dezember 1978), alleinigem Geschäftsführer der Dr. L.C. Marquart GmbH in Bonn-Beuel, zur für die Kammer traditionellen Kontinuität zurück, nachdem der am 15. Juni 1977 gewählte, ein halbes Jahr später durch die verkleinerte Vollversammlung bestätigte Dr. Nikolaus Fasolt, Wessel-Werk GmbH, Bonn, zuerst als BDI-Präsident zurückgetreten war, am 1. September 1978 auch alle Kammerämter niedergelegt hatte.<sup>95</sup>



Der 1978 beschlossene, Ende 1980 fertiggestellte Erweiterungsbau des Kammergebäudes trug nicht nur zur Einsparung von Ausgaben für gemietete Räumlichkeiten bei, sondern war auch Voraussetzung für das von der Geschäftsführung parallel zur innerbetrieblichen Rationalisierung forderte Programm einer Verbesserung des Serviceangebots, das sich in allen Aufgabenbereichen der Kammer niederschlug.<sup>95a</sup> So wurde z.B. im Bereich der Berufsbildung 1984 die vom Verein "Gemeinschaftslehrwerkstätten und Fortbildungszentrum im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Bonn e.V." getragene Gemeinschaftslehrwerkstatt in Siegburg um 25 auf 60 Ausbildungsplätze erweitert, um diese überbetriebliche Ausbildungsmöglichkeit in Metall- und Elektroberufen einem größeren Kreis von Ausbildungsbetrieben zur Verfügung stellen zu können. Im gleichen Jahr errichtete die Industriemeisterschule Troisdorf, ein Zweckverband der Stadt Troisdorf und der Kammer, ein modernes Zentrum zur Aus- und Fortbildung in der computergesteuerten Werkzeugmaschinenteknik (CNC-Technik). Eine besondere Herausforderung stellte Mitte der achtziger Jahre die stark gestiegene Nachfrage nach Ausbildungsstellen dar. Aufgrund zahlreicher Maßnahmen, die zum Teil gemeinsam mit den Kreishandwerkerschaften Bonn und Siegburg sowie dem Arbeitsamt Bonn durchgeführt wurden, wie z.B. Lehrstellentage, Einrichtung eines Ausbildungsverbunds und intensive Werbung bei den Unternehmen für die Ausbildung, konnten die vorhandenen Ausbildungsplatzbewerber weitgehend untergebracht werden. Das 1984 von der Kammer beim Bonner Institut für Mittelstandsforschung in Auftrag gegebene und 1986 vorgelegte Strukturgutachten für die Region Bonn/Rhein-Sieg, das im folgenden noch ausführlich angesprochen werden wird, nannte als eines der Wachstumshemmnisse der Region den Mangel an Fachkräften. Um diesen Engpaß überwinden zu helfen, wurde 1987 die Errichtung eines Weiterbildungszentrums in Bonn-Beuel beschlossen, das Ende 1988 in Anwesenheit des damaligen Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Reimut Jochimsen, feierlich eingeweiht wurde. Ergänzend zu diesem schwerpunktmäßig der kaufmännischen Weiterbildung dienenden Zentrum wurde 1991 durch einen Kooperationsvertrag mit der Dr. Reinold Hagen Stiftung in Bonn-Holzlar auch das Weiterbildungsangebot der Kammer im gewerblich-technischen Bereich erheblich ausgeweitet. Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Ausbau des Serviceangebots im Bereich der Innovations- und Technologieberatung, für den durch die Einstellung eines Technologieberaters die personellen Voraussetzungen

geschaffen wurden. Die Beteiligung am bundesweiten Kammerinformationssystem, am Datenbanksystem NETWORK der Technologieberatungsstelle Ruhr (TBR) sowie die Einrichtung eines regelmäßigen kostenlosen Patent- und Erfinderberatungsdienstes zählen u.a. zum Service der Technologieberatung.

Das bereits erwähnte Strukturgutachten gab auch den Anstoß für einen entscheidenden Fortschritt bei der Wirtschaftsförderung in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis, um deren Verbesserung und Koordinierung sich die Kammer jahrelang bemüht hatte, die jedoch immer wieder an Differenzen zwischen den beiden Gebietskörperschaften gescheitert war. Auf Initiative und unter Federführung der Kammer wurde Anfang 1987 eine Gesprächsrunde "Wirtschaftsförderung Bonn/Rhein-Sieg" eingerichtet, der neben dem Oberstadtdirektor der Stadt Bonn, dem Oberkreisdirektor des Rhein-Sieg-Kreises und dem Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Bonn auch die Hauptgeschäftsführer der beiden Kreishandwerkerschaften Bonn und Siegburg angehören. Erste sichtbare Ergebnisse dieser Kooperation sind ein gemeinsam erarbeiteter Standortatlas und eine von den Gebietskörperschaften und den Interessenvertretungen der Wirtschaft getragene gemeinsame Werbekonzeption für die Wirtschaftsregion Bonn/Rhein-Sieg. Ebenso wie die bisher erwähnten Maßnahmen hatten auch die Bemühungen der Kammer auf dem Verkehrssektor eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zum Ziel. Als Beispiele seien die langjährigen Forderungen der Kammer nach dem Bau der sog. Südtangente als leistungsfähige Ost-West-Straßenverbindung, dem Ausbau der Siegtalstraße L 333, dem Bau einer sog. 2. Viktoriabrücke in Bonn, nach der Einrichtung eines Haltepunkts der ICE-Verbindung Köln-Rhein/Main im Kammerbezirk und nach Einführung des "City-Bahn-Systems" auf der Bundesbahnstrecke Bonn-Euskirchen genannt. Ebenfalls zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zählt das seit nunmehr 23 Jahren andauernde Engagement des von den Kammern Aachen, Bonn und Köln getragenen Industriemüllverbandes um die Errichtung einer Sondermülldeponie im Regierungsbezirk Köln, dessen Erfolg nun in greifbare Nähe gerückt zu sein scheint.

Im Bereich der Außenwirtschaft leistete die Kammer insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen Hilfestellung bei der Erschließung von Märkten in ehemaligen RGW-Staaten, indem sie gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Hagen für nordrhein-westfälische Unternehmen Gemeinschaftsstände auf Messen in der ehemaligen DDR, in Ungarn und in der Tschechoslowakei organi-

sierte. 1989 führte sie mit den Kammern Hagen und Essen, unterstützt von der Landesregierung, Informations- und Gesprächstage der nordrhein-westfälischen Wirtschaft in Moskau durch, denen 1991 eine entsprechende russische Veranstaltung in Hagen folgte. Mehrfach hielten sich hochrangige sowjetische Wirtschaftsdelegationen zu Informationsbesuchen in der Kammer auf.

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten kam auf die Kammer Bonn die Aufgabe zu, die Partnerkammer in Potsdam beim Aufbau einer wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganisation zu unterstützen. Rund 100 000 DM an materieller Hilfe flossen seit Anfang 1990 an die Partnerkammer an der Havel. Dazu gehörten zum Beispiel Bürogeräte und -möbel aller Art, die Ausstattung des dortigen Mikrocomputerzentrums sowie die damit zusammenhängenden Schulungskosten von Mitarbeitern. Weitere 50 000 DM wurden im Etat 1991 für die Potsdamer Kollegen bereitgestellt. Diese Aufbauhilfen wurden ergänzt durch das spezielle Know-how der Mitarbeiter aus den Fachdezernaten. So kann insbesondere der Bereich der Berufsaus- und -weiterbildung eine erfolgreiche Bilanz vorweisen: Neben mehrtägigen Informationsveranstaltungen in der Kammer Bonn wurden 95 zukünftige Prüfer der Industrie- und Handelskammer Potsdam geschult und 16 Weiterbildungsseminare mit über 800 Teilnehmern im dortigen Bezirk durchgeführt. EDV- und Rechtsberatung, PC-Einführung, Existenzgründungsseminare und Informationsbörsen für Technologieberater in der brandenburgischen Landeshauptstadt gehörten außerdem zu dem breitgefächerten Unterstützungsprogramm. Schließlich hat die Kammer Bonn die organisatorisch-technische Partnerschaft für die drei Industrie- und Handelskammern Brandenburgs in Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder, zum Aufbau von Innovationsberatungsstellen, die im Rahmen einer Fördermaßnahme des Bundesministerium für Forschung und Technologie angesiedelt ist, übernommen.

Unter ihrem neuen Hauptgeschäftsführer, möglicherweise auch durch die Konzentration auf nunmehr nur noch zwei zu betreuende Kreise gefördert, hat die Industrie- und Handelskammer Bonn noch während des Zeitraums der inneren und äußeren Umgestaltung ihre Anstrengungen zur Verbesserung der hauptstädtischen Wirtschaftsstruktur in den Jahren 1976 bis 1978 weiter intensiviert. Auf der Sonnenseite der lokalen Sonderkonstellation mit ihrem extrem niedrigen Anteil des warenproduzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt befand sich naturgemäß der Einzelhandel. Zwar litt er zuweilen unter den Auswirkungen der in der Hauptstadt unvermeidli-



chen Großdemonstrationen, doch lag dafür das Durchschnittseinkommen der Bonner Verbraucher Mitte der 1970er Jahre um mehr als ein Drittel über dem Bundeswert. Allerdings zog diese - in NRW nach Düsseldorf höchste - Kaufkraft auch überproportional hohe Zuwachsraten bei den Verkaufsflächen der Verbrauchermärkte nach sich; im Interesse einer sinnvollen Mischung unterschiedlicher Betriebsgrößen und der Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Einzelhandels in den Stadtzentren (Bonn-Bad Godesberg, Beuel, Düsseldorf) bemühte sich die Industrie- und Handelskammer, weitere Ansiedlungen zu verhindern.<sup>96</sup> Die Handels- und Gaststättenzählung von 1979 brachte es an den Tag: Gemessen am Umsatz pro Beschäftigtem stand mit 1,5 Millionen Mark nicht, wie zu erwarten, der zentralörtliche Bonner Einzelhandel, sondern die Konkurrenz in Sankt Augustin (2,6 Mio.) an der Spitze. Auch hinsichtlich der Verkaufsfläche pro Einwohner übertraf die junge Stadt die Größenordnungen der Oberzentren Köln und Bonn.<sup>97</sup> Umgekehrt rangierte der Rhein-Sieg-Kreis mit 59 Einzelhandelsarbeitsstätten auf 10 000 Einwohner unter den 54 Kreisen und kreisfreien Städten des Landes an 51. Stelle, hinsichtlich der Zahl der Einzelhandelsbeschäftigten je 10 000 Einwohner (285) belegte er gar den letzten Platz. An 40. Stelle stand 1978 der Großhandel des Kreises bezüglich der Höhe des Umsatzes pro Arbeitsstätte. Trotz einiger bedeutender Einzelunternehmen stoßen die ca. 1200 im Kammerbezirk ansässigen Großhandelsfirmen in ihren Expansionsmöglichkeiten nach wie vor auf klare Grenzen: Im Norden die Dominanz der Kölner Konkurrenz, im Süden die des Koblenzer Wirtschaftsraumes, weitere Hemmnisse ergeben sich aus dem geringen Stellenwert der Industrie, dem Fehlen eines Großhafens sowie der Abwesenheit bedeutender Schienen- und Straßenkreuze.

Angesichts der Nähe der Bank- und Versicherungsmetropole Köln waren für den Siegkreis die Möglichkeiten zur Ausbildung der Sparte Finanzdienstleistungen naturgemäß geringer als im benachbarten Bonn. Trotzdem entstand neben der Kreissparkasse - sie gehörte 1973 zu den 30 größten Instituten ihrer Art in der Bundesrepublik - ein dichtes Netz von Genossenschaftsbanken bzw. Filialen der führenden Geschäftsbanken. Während zwischen 1970 und 1983 die Zahl der im Sektor Banken/Versicherungen Beschäftigten in der Stadt Bonn nur noch um 2,6% (auf 5559 Personen) wuchs, verzeichnete der Rhein-Sieg-Kreis eine Zunahme von 163,7% und erreichte mit 2 634 Beschäftigten nahezu die Hälfte des Bonner Wertes. Die in den 1950er Jahren in den abgelegenen Teilen des Kreises verbreitete Besetzung von Spar- und Darlehnskassen mit ehrenamtli-

chen Kräften hatte einer flächendeckenden Versorgung Platz gemacht.<sup>97</sup>

Mit einem Verlust von 9,8% (Zahl der Betriebe) bzw. 7,9% (Zahl der Beschäftigten) hatte sich 1976 bis 1978 auf dem Gebiet der Stadt Bonn der Prozeß der Ent-Industrialisierung fortgesetzt; wenn sich im Gesamtbezirk die Einbußen bei den Industriebeschäftigten trotz Konjunkturschwäche nur auf 3,8% stellten, so war dies in erheblichem Maße durch das "Auffangpotential" des Rhein-Sieg-Kreises (Rückgang: 1,8%) bedingt, wo 14 der 19 seit 1973 aus Bonn abgewanderten Industrieunternehmen einen neuen Standort gefunden hatten; erinnert sei in diesem Zusammenhang an den "Industriepark Kottenforst" in Meckenheim.<sup>98</sup>

Die Volkszählung von 1987 weist nicht nur einen absoluten Tiefstand des Anteils der im sekundären Sektor beschäftigten Bonner Erwerbstätigen (19,7%, 1970: 27,5%) aus, sondern macht gleichermaßen deutlich, daß der Nachbarkreis in den 1980er Jahren nicht länger das Tempo der Ent-Industrialisierung des Gesamtbezirks dämpfte. Mit einem Rückgang von 49,6% (1970) auf 34,3% (1987) war der Einbruch des verarbeitenden Sektors im Rhein-Sieg-Kreis im Vergleich mit der Hauptstadt nahezu doppelt so stark ausgeprägt. Hochburgen des produzierenden Gewerbes blieben die Gemeinden Eitorf (52,6% der Erwerbstätigen), Troisdorf (43,7%) und Windeck (43,9%), das Schlußlicht bildete mit 19,5% die linksrheinische Bonner "Schlafstadt" Meckenheim. Betrug im gesamten Kreisgebiet die Zunahme der im öffentlichen Dienst beschäftigten Wohnbevölkerung zwischen 1970 und 1987 nicht weniger als 133,2%, so hatte diese Beschäftigtengruppe ihren Anteil in Meckenheim verzehnfacht, in Swisttal gar verzwanzigfach.<sup>99</sup>

Unter dem Druck fortschreitender Verluste des warenproduzierenden Gewerbes bedeutete auch die Zugehörigkeit der beiden Kreise zu einer Industrie- und Handelskammer keineswegs automatisch eine verminderte Konkurrenz zwischen den Kommunen. Besonders nach dem Ausscheiden des Rhein-Sieg-Kreises aus der regionalen Wirtschaftsförderung des Landes (31. Dezember 1976)<sup>100</sup> bemühte sich die Verwaltung, das Gebiet durch gezielte Presseveröffentlichungen in regionalen und überregionalen Zeitungen, durch Sonderhefte und eine Sonderbeilage zum "Handelsblatt" als Industrie- und Gewerbestandort ins Bewußtsein der Unternehmer zu rücken.<sup>101</sup>

Das unzureichende Angebot erschlossenen Gewerbegelandes zu günstigen Preisen im Raume der Bundeshauptstadt steht an erster

Stelle der von der Industrie- und Handelskammer zur Begründung des während der 1970er Jahre in Bonn registrierten industriellen Substanzverlustes ermittelten Faktoren. Obwohl man zum ersten Male die - in Einzelfällen durchaus erfolgreichen - Bemühungen der Stadtverwaltung anerkannte, handelte es sich bei den insgesamt nicht unbeträchtlichen ausgewiesenen Gewerbegebieten überwiegend um unerschlossene, nicht in städtischem Besitz befindliche Streuflächen, die damit kurzfristig für eine gewerbliche Nutzung nicht zur Verfügung standen. Dieser nach den 1969 erzielten Gebietsgewinnen auf den ersten Blick verwunderliche - Befund ist nicht zuletzt in Zusammenhang mit einem neuen Faktor zu sehen, den die Auflistung der Kammer von 1978 noch vor die altbekannten Klagepunkte (überdurchschnittliches Lohnniveau, extrem hohe Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer) setzte: Die durch das "Bundesgefälle" verstärkte hohe Siedlungsdichte im Bonner Kernraum brachte zwangsläufig strengere Planungs- und Umweltauflagen mit sich. Schwierigkeiten mit den Immissionsschutzvorschriften ließen eine Reihe von Industriebetrieben in die Ballungsrandzone oder den ländlichen Raum abwandern.

Anders als in alten Industrieregionen (Nord- und Mittelengland, Ruhrgebiet), wo der Rückzug flächenintensiver Industrien umfangreiche Industriebrachen zurückließ, während Neuansätze meist "auf der grünen Wiese" realisiert wurden, war die Verwertung aufgelassener Grundstücke in Bonn eigentlich nie ein Problem; die langjährige Existenz von Großbetrieben (Jutespinnerei Kessenich, Elektrostahlwerke Dottendorf, Steingutfabrik Mehlem an der heutigen Adenauerallee, Wessel-Werk Poppelsdorf, Schreibmöbelfabrik Soenneckenfeld) an der Stelle heutiger Wohn- und Verwaltungsbebauung ist kaum noch im Bewußtsein der Bevölkerung vorhanden. Eine intensive Folgeplanung für das Gelände der Ramersdorfer Zementfabrik setzte schon vor dem Abriß der Verarbeitungsanlagen ein. Die Tertiärisierung der Wirtschaft wird im übrigen nirgends augenfälliger als in der verbreiteten Nutzung aufgegebenener Industriebetriebe als Kulturzentren ("Brotfabrik", "Biskuithalle", "Tapetenfabrik").

Mit der Gründung des 1984 eröffneten "Gewerbe- und Technologiezentrums Bonn" (GTB) gingen die Initiatoren, die Industrie- und Handelskammer Bonn und die Grundbesitzgesellschaft ehemaliges Gußstahlwerk Oberkassel mit Sitz in Bonn, denen sich dann die Kreishandwerkerschaft Bonn, die Stadt Bonn sowie Banken und Sparkassen aus Bonn anschlossen, den naheliegenden Weg, ein durch die Schließung der ehemaligen Wandplattenfabrik Wessel

freigewordenes, in Stadtnähe verkehrsgünstig gelegenes Areal erneut einer gewerblichen Nutzung zuzuführen. Ohne öffentliche Fördermittel wurden insgesamt 80.000 Quadratmeter Büro-, Hallen- und Freiflächen zur Vermietung an Existenzgründer und bestehende Gewerbebetriebe bereitgestellt. Allein die Erfolgsbilanz von ca. 50 Ansiedlungen in den ersten beiden Jahren belegt den wichtigen Beitrag der Einrichtung zur Existenzsicherung und Wachstumsförderung von Produktionsbetrieben sowie zur Stärkung des Innovationspotentials im Kammerbezirk;<sup>102</sup> dem zuletzt erwähnten Ziel dienten vorrangig die Schaffung einer Innovations- und Technologieberatungsstelle der Industrie- und Handelskammer Bonn, ein Kooperationsvertrag mit der TH Aachen und die Erstellung eines Handbuchs über die Forschungseinrichtungen der Hauptstadtregion. In der 1989 zwischen der Kammer und der Universität Bonn vereinbarten intensiven Kooperation beim Technologietransfer erklärte sich auch die "Hochschule am Ort" zur Mitarbeit an der ökonomischen und ökologischen Erneuerung bereit und betonte die - trotz Primats der zweckfreien Grundlagenforschung - fruchtbare Konfrontation von Wissenschaftlern und Studenten mit<sup>103</sup> dem Problemlösungsbedarf der Wirtschaft. Die "besonders schöne, menschlich -arbeitsmäßige Verbindung mit der Universität" war schon 1951 bei der festlichen Einweihung des umgebauten Kammergebäudes hervorgehoben worden.<sup>104</sup>

Die nachhaltigen Veränderungen der Situation im Bonner Wirtschaftsraum hatten 1984 Hauptgeschäftsführer und Vollversammlung veranlaßt, eine sowohl Bestandsaufnahme als auch Entwicklungsperspektiven umfassende Strukturuntersuchung aller wesentlichen Wirtschaftszweige einschließlich des tertiären Sektors in Auftrag zu geben.<sup>105</sup> Als Ergebnis zeichnet die von der Projektgruppe "Standortforschung" des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn auf der Basis der amtlichen Statistik sowie einer ausgedehnten schriftlichen Befragung von 1280 kammerzugehörigen Unternehmen erstellte und im Frühjahr 1986 vorgelegte Studie<sup>106</sup> das Bild einer Region, "die den heutigen Vorstellungen dessen, was eine problembehaftete oder von Problemen bedrohte Wirtschaftsstruktur ausmachen könnte, nahezu diametral entgegensteht".<sup>107</sup> Eine insgesamt günstige Wirtschaftsentwicklung im Zeitraum von 1977 bis 1984 war von fast allen Wirtschaftsabteilungen getragen worden; Personal abgebaut hatte nur die Industrie, der einzige in seiner Beschäftigungsentwicklung hinter den Bundesdurchschnitt zurückfallende Bereich. Für die im Landes- und Bundesvergleich positive Entwicklung des Wirtschaftsraumes Bonn wurden in erster Linie

strukturelle Gründe ermittelt: Die Überrepräsentation von in der Vergangenheit wachstumsstarken Sektoren, vor allem des privaten Dienstleistungsgewerbes, traf zusammen mit der traditionell geringen, durch die Hauptstadtfunktion noch weiter abgesenkten Industriedichte im Kammerbezirk. Anders ausgedrückt: Gerade wegen der geringen Industriedichte - mit 62 Industriebeschäftigten auf 1000 Einwohner lag der Kammerbezirk 1984 um ca. 45% unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt<sup>108</sup> - schlug der Entindustrialisierungsprozeß nicht so stark auf die Gesamtwirtschaft durch, zumal der Rückgang der Industriebeschäftigten zwischen 1977 und 1984 mit 13,4% zwar über dem Bundesdurchschnitt (- 10,2%), aber unter dem Landeswert (- 14,9%) lag. Paradoxe Weise wurden für die im Raum Bonn unterrepräsentierte, aber mit wachstumsstarken Branchen überbesetzte Industrie zwar erhebliche Strukturvorteile, jedoch auf der anderen Seite nur durchschnittliche Standortbedingungen ermittelt. Der überproportional vertretene, für die strukturelle Begünstigung der Bonner Gesamtwirtschaft im wesentlichen verantwortliche Dienstleistungsbereich wies hingegen bei optimalen Standortbedingungen in der strukturellen Zusammensetzung eher Nachteile auf. Diese Sachlage erklärt sich vor allem aus dem Überwiegen des haushaltsorientierten tertiären Sektors, dessen Standortvorteile durch einen infolge der geringen Industriedichte relativ stabilen Arbeitsmarkt und das hohe Einkommensniveau geprägt werden. Produktionsorientierte Dienstleistungen, in der Vergangenheit oft die eigentlichen Wachstumsträger im tertiären Bereich, finden im Kammerbezirk dagegen nur ein vergleichsweise geringes Kundenpotential.<sup>109</sup>

Im wesentlichen basieren die strukturellen Besonderheiten als Voraussetzungen für den hohen Tertiärisierungsgrad auf der Funktion Bonns als Bundeshauptstadt, Oberzentrum und - aus der Studie ausgeklammert - Standort einer bedeutenden Universität. Gegenüber dem Mittelwert für Nordrhein-Westfalen ist der tertiäre Sektor mit einem Anteil von 63% an den versicherungspflichtigen Arbeitnehmern um fast ein Drittel, gegenüber dem Bundesdurchschnitt immer noch um ein gutes Viertel überrepräsentiert. Der Anteil des öffentlichen Dienstes war (einschließlich der Beamten) in den 30 Jahren seit 1954 von 18,2% (einschließlich Altkreis Euskirchen) auf ca. 30% gestiegen. Allein der unmittelbare hauptstadtinduzierte Arbeitsplatzeffekt (Bundesorganisationen und Verbände) machte Mitte der 1980er Jahre ca. 18% der im Kammerbezirk abhängig Beschäftigten aus; der mit ca. 900 Mio. Mark bezifferte, unmittelbar mit der Hauptstadtfunktion verbundene Umsatz stellte weitere 7 000 Arbeitsplätze

bereit; nicht berücksichtigt sind hier wirtschaftliche Vorteile aus Informations- und Kontaktvorsprüngen. So lassen Angaben der Unternehmen darauf schließen, daß die überdurchschnittliche Exportquote der Bonner Industrie auch auf die Nähe ausländischer Botschaften zurückzuführen ist. Überhaupt entschieden die Ergebnisse der Unternehmerbefragung den alten Streitpunkt, ob der Standortfaktor "Hauptstadtfunktion" nun einen positiven oder negativen Einfluß auf die Betriebe habe, überraschend eindeutig: Das günstige Urteil überwog im Verhältnis sieben zu eins.

Zwischen 1977 und 1982 übertraf als Folge der Dominanz des wenig konjunktur reagiblen öffentlichen tertiären Sektors der Zuwachs der Bruttowertschöpfung pro Einwohner das Landesergebnis um 60%, das Resultat auf Bundesebene um 47%. In absoluten Zahlen allerdings lag der Bezirk wegen des starken Rückstandes des Rhein-Sieg-Kreises (DM 11 624) gegenüber der Stadt Bonn (DM 21 071) 1979 unter dem NRW-Durchschnitt (DM 19 303). Im einzelnen wiesen seit 1977 die von der kontinuierlichen Nachfrage im Rahmen des Hauptstadtausbaus profitierende Bauwirtschaft, das Handels-, Verkehrs-, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie als Spitzenreiter (1978-1984: + 16,9%) das sonstige private Dienstleistungsgewerbe (haushalts- und verbraucherbezogene Leistungen) ein überdurchschnittliches Beschäftigtenwachstum auf.<sup>110</sup>

Trotz aller "erfreuliche(n) Zeichen für einen vitalen, gesunden Wirtschaftsraum" und eines überdurchschnittlichen Erfolgs der regionalen Wirtschaft in einer Zeit gesamtwirtschaftlich eher rezessiven Konjunkturverlaufs erkannten die Autoren der Studie bei tieferer Analyse der sektoralen Wirtschaftsstruktur und -entwicklung auch eine Reihe von Problemen. Da im Gesamtbezirk der Industrie- und Handelskammer Bonn die Industrie weiterhin der größte Arbeitgeber blieb, hätte eine Fortsetzung des Entindustrialisierungsprozesses entsprechend schwerwiegende Folgen für die Region, denn für den überragend vertretenen tertiären Sektor wird ein erheblich verlangsamtes Wachstum angenommen; der prinzipiell steigerungsfähige Bereich der Produzenten-Dienstleistungen wiederum fände bei stagnierendem oder schrumpfendem Industrieanteil ein zu geringes Kundenpotential. Vor dem Hintergrund einer - im Gegensatz zur Landesentwicklung - beträchtlichen Steigerung des Erwerbstätigenpotentials in der Region sah es die Studie als Erfordernis kommunaler und regionaler Wirtschaftspolitik an, "aufbauend auf die gute Industriestruktur und insgesamt zufriedenstellende Standortbedingungen die Entwicklung zu verbessern und gleichzeitig auch den



Industrialisierungsgrad der Region zu erhöhen. Ein Nachziehen und Neuansiedlungen des wachstumsstärksten Teils des tertiären Sektors, namentlich der unternehmensorientierten Dienstleistungen, wäre dann vorgezeichnet, denn letztlich determiniert auch im Bonner Raum die Industrie Struktur und Wachstum der gesamten Wirtschaft.<sup>111</sup>

Auf der Basis des Wirtschaftsgutachtens verabschiedete die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bonn am 6. Mai 1986 einen Katalog von Schlußfolgerungen sowohl für die eigene Arbeit als auch für eine zukünftige Wirtschaftspolitik im Kammerbezirk. Auf dem Gebiet der Gewerbeflächenpolitik forderte man vor allem die Vermeidung einer kleinräumigen planerischen Zuordnung von gewerblich nutzbaren Flächen zu Wohnsiedlungen und verwies auf die Risiken einer Priorität der Wohnnutzung vor gewerblicher Beanspruchung. In Umweltfragen sah die Kammer ihre Hauptaufgabe in einer intensiven Beratungstätigkeit, da besonders kleine und mittlere Unternehmen weder personell noch materiell zur Bewältigung der komplexen Problemstellungen in der Lage seien. Ein weiterer Ausbau von Beratungsleistungen wurde für die Felder Weiterbildung (zur Verringerung des Facharbeitermangels), Existenzgründungen, Verbesserungen des Informationsangebots für die regionale Wirtschaft, Förderung des Technologietransfers sowie Exportförderung angekündigt. In der Kernfrage der Realsteuerepolitik richtete sich die Kritik weniger an die Kommunen als an die Finanzpolitik des Landes, das seine Haushalte zunehmend zu Lasten der Gemeinden konsolidierte. Bei prinzipieller Anerkennung der guten Verkehrsinfrastruktur als einen der wichtigsten Standortvorteile wünschte man die Schaffung einer Verbindung zwischen den linksrheinischen Autobahnen (A 61 / A 565) und der Köln-Frankfurter Autobahn A 3 (Venusbergtunnel/Südtangente) und Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur in der Stadt Bonn (zweite Viktoriabrücke, Tiefgarage Friedensplatz). Im Schienenverkehr beschränkte sich das Interesse auf Fern- bzw. Schnellverbindungen. Von der einmaligen Konstellation ausgehend, daß die Stadt Bonn vollständig vom Rhein-Sieg-Kreis eingeschlossen wird, plädierte die Vollversammlung schließlich zur Vermeidung von Effizienz- und Reibungsverlusten für "die Errichtung einer zentralen, übergreifenden Einrichtung der Wirtschaftsförderung ..., Gewerbebestandspflege und Strukturentwicklung für den gesamten Kammerbezirk".<sup>112</sup>

Auf dem wichtigen Feld der Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträgern der kommunalen Ebene fiel die Auswertung



des Albach-Gutachtens zusammen mit einer entscheidenden Verbesserung der Kontakte. Seit Frühjahr 1986 ist die Geschäftsführung Partner vertrauensvoller, kontinuierlicher Gespräche mit den politischen Parteien sowohl der Stadt Bonn als auch des Rhein-Sieg-Kreises.<sup>113</sup>

Im Jahre 1989 feierte die Stadt Bonn das 2000jährige Jubiläum ihrer Gründung sowie - diesmal historisch unbestritten - die 40. Wiederkehr der Bestimmung zur Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Als Beitrag der örtlichen Wirtschaft organisierte die Industrie- und Handelskammer eine vielbesuchte Ausstellung im Stadthaus, wo vom 6. bis 12. September 53 Unternehmen - in neun Brancheninseln gegliedert - unter dem 1984 von Stadt und Kammer entwickelten Signet "Made in Bonn" neben der Präsentation einer vielseitigen Produktpalette aussagekräftige Exponate zu ihrer historischen Entwicklung vorstellten.<sup>114</sup>

Schon wenige Monate nach den zwischen November 1989 und dem 3. Oktober 1990 vollzogenen Umwälzungen erscheint es vielen Beobachtern, als sei für den Beitritt der DDR zum Bundesgebiet (nach friedlicher Entmachtung der SED) in der Tat ein nur kurze Zeit offenstehendes "Fenster der Geschichte" genutzt worden. Über die konkreten zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Vereinigung hinaus (u.a. Hilfe beim Aufbau der am 15. Februar 1990 gegründeten Industrie- und Handelskammer Potsdam, Information der Mitgliedsfirmen über die Bestimmungen der Währungsunion und des Einigungsvertrages) sah sich die Industrie- und Handelskammer Bonn als Sprecherin der Bezirkswirtschaft unvermittelt mit der erneut leidenschaftlich diskutierten Frage der Verlegung des Sitzes von Parlament und Regierung nach Berlin konfrontiert. "In einem Staat, zu dessen Wesen die Machtverteilung gehört, wie sie die Hauptstädte der Bundesländer verdeutlichen, wäre es geradezu ein Widerspruch, wenn alle Verwaltung in einer Metropole zusammengefaßt wäre", hatte der Bundesbauminister noch 1989 zur Ausstellung "Vierzig Jahre Bundeshauptstadt Bonn" geschrieben, unbeeinflußt von den bevorstehenden Entwicklungen allerdings mehr zur Rechtfertigung der Tatsache, daß die Hauptstadt eines föderativen Staates eben kein Wirtschafts- und Industriezentrum sein müsse und noch nicht einmal alle Bundesbehörden in ihren Mauern zu beherbergen habe.<sup>115</sup>

Als eine der ersten Wirtschaftsorganisationen, die die Brisanz der Hauptstadtfrage erkannte, beschäftigte sich die Industrie- und Handelskammer Bonn bereits am 14. März 1990 auf der konstituieren-

den Sitzung der neugewählten Vollversammlung mit dem Thema einer möglichen Verlagerung von Funktionen nach Berlin; man trat "für die Beibehaltung Bonns zumindest als Verwaltungszentrum eines vereinigten Deutschlands" ein und stellte dem "zweistelligen Milliardenbetrag für völlig überflüssige Verlagerungsinvestitionen" den immensen Mittelbedarf zur Sanierung der DDR-Infrastruktur und die anstehende Reform der Unternehmensbesteuerung gegenüber.<sup>116</sup> Schon im August 1990 legte die Kammer das Ergebnis einer Repräsentativumfrage unter ca. 900 Mitgliedsfirmen vor. 89% der antwortenden Einzelhandelsunternehmen befürchteten erhebliche negative Auswirkungen einer Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes, z.B. Umsatzverluste von durchschnittlich 31% und die Gefährdung von mehreren tausend Arbeitsplätzen. Auf 32% schätzte das Hotel- und Gaststättengewerbe die drohenden Umsatzeinbußen. Auch in den Sparten Großhandel, Verkehr und Druckgewerbe sowie wichtigen Dienstleistungsbereichen überwog die negative Einschätzung deutlich, während in der Industrie die Hälfte der antwortenden Unternehmen keine Auswirkungen auf die eigene Geschäftstätigkeit erwartete.<sup>117</sup> Die Vollversammlung beschloß deshalb in einer Sondersitzung einstimmig, sich für eine Gemeinschaftsinitiative der Wirtschaft in der Region Bonn/Rhein-Sieg einzusetzen und zur Finanzierung ihrer Aktivitäten die Mitgliedsbetriebe zu freiwilligen Spenden aufzurufen, um so dazu beizutragen, schwerwiegende Konsequenzen einer Entscheidung gegen Bonn abzuwenden. Um der Periode lähmender Ungewissheit ein Ende zu bereiten, hat sich die Initiative unter Federführung der Bonner Industrie- und Handelskammer von Anfang an für eine schnelle Entscheidung eingesetzt, zumal sich im Frühjahr 1991 die Stimmung unter den Abgeordneten zugunsten Bonns zu neigen schien. Die Dringlichkeit einer Beschlußfassung betonte auch eine abschließende Zusammenstellung der Sachargumente, die in Abstimmung mit der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis, den Schwesterkammern Aachen, Köln und Koblenz sowie den Handwerkskammern dieser Städte Anfang März 1991 an den Bundeskanzler, die Länderministerpräsidenten und die Bundestagsabgeordneten verschickt wurde.<sup>118</sup>

Nachdem sich für die in letzter Minute hastig entworfenen Kompromisse einer Funktionsteilung zwischen Bonn und Berlin keine Mehrheit abzeichnete, ging es in der Parlamentsdebatte vom 20. Juni 1991 um die Grundsatzentscheidung zwischen der Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes an die Spree oder einem Festhalten an Bonn, und zwar zunächst ohne konkrete Vorstellungen über Zeitplan oder Finanzierung. Je länger die Debatte

im Bonner Wasserwerk andauerte, umso stärker mußte dem Beobachter klarwerden: Die nüchternen Argumente einer drohenden Strukturkrise in der Bonner Region bzw. sachlich nicht zu rechtfertigender Verlagerungsinvestitionen verloren an Kraft gegenüber der Betonung einer übergeordneten, nicht an ihren Kosten zu messenden "nationalen" Aufgabe. Die jahrzehntelang wiederholten Versprechen an die "Frontstadt" Berlin wogen in diesem Augenblick schwerer als die Rückschau auf über 40 erfolgreiche Jahre der "Bonner" Republik oder die Anerkennung für die von Stadt und Region hierfür geschaffenen Voraussetzungen. Unter diesen Umständen und angesichts einer erdrückenden Präferenz von Parteiprominenz aller Lager für Berlin sind die 320 Bonn-Stimmen (Berlin: 338 Stimmen) durchaus ein Achtungserfolg für die Region und für diejenigen, die sich in den vergangenen Monaten um den Erhalt des bewährten Parlaments- und Regierungsstandorts am Rhein bemüht haben.

Die Einführung und Durchführung kompensatorischer Maßnahmen, um die ehemalige Hauptstadtregion vor einer schweren Strukturkrise zu bewahren, werden in den kommenden Jahren eine wichtige Aufgabe der Industrie- und Handelskammer Bonn sein. Wichtige Eckdaten hierfür hat die Vollversammlung der Kammer in einer am 9. Juli 1991 einstimmig verabschiedeten Resolution genannt:

*"Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bonn respektiert den mit knapper Mehrheit am 20.6.1991 gefaßten Beschluß des Deutschen Bundestages, Parlament und Kernbereiche der Regierungsfunktionen nach Berlin zu verlagern. Sie verhehlt allerdings nicht ihre tiefe Betroffenheit über diese Entscheidung, die dazu führt, daß der Raum Bonn/Rhein-Sieg mit großen arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Problemen konfrontiert werden wird, ohne daß nur in Ansätzen erkennbar ist, welchen Ausgleich diese Region erhalten soll. Für die frühere Hauptstadtregion geht es nun darum, die einschneidenden, teilweise sogar existenzbedrohenden Auswirkungen einer politisch verursachten Strukturkrise zu begrenzen und insbesondere der betroffenen gewerblichen Wirtschaft mit den bei ihr tätigen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen, die die von der Kammer immer wieder beklagte Monostruktur des Raumes ablösen. In diesem Zusammenhang fordert die Vollversammlung nachdrücklich eine massiver schnelle und gesetzlich oder vertraglich abgesicherte Hilfe insbesondere des Bundes, die in dem erwähnten Beschluß als Verpflichtung zugesagt wurde und folgernde Einzelaspekte berücksichtigen muß:*

*1. Der Bundestag hat entschieden, 'daß Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien*

und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten.' Im Interesse der dringend erforderlichen Planungssicherheit, aber auch zur Schaffung der Grundlagen für ein Gesamtkonzept der nun in der Region zu verfolgenden Strukturpolitik fordert die Vollversammlung die Bundesregierung auf, unter Berücksichtigung der verschiedenen Zeithorizonte unverzüglich die Maßnahmen und Schritte festzulegen, wie der Beschluß des Bundestages umgesetzt werden soll. Die in Bonn und Umgebung fortfallenden Arbeitsplätze sind möglichst zeitnah durch Ansiedlung anderer Bundesbehörden und von Institutionen von nationaler oder internationaler Bedeutung zu kompensieren. Dabei sind Einrichtungen zu bevorzugen, die geeignet sind, die Standortgunst der Region für die gewerbliche Wirtschaft wesentlich zu verbessern. Nachgeordnete Bundesbehörden und Bundesunternehmen müssen in Bonn bzw. im Rhein-Sieg-Kreis verbleiben.

2. Die Entscheidung, Parlament und Kernbereiche der Regierungsfunktionen nach Berlin zu verlagern, wird für die Stadt Bonn und die Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises, aber auch für Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu erheblichen finanziellen Lasten führen. Die Vollversammlung fordert die Bundesregierung auf, diese Sonderbelastungen, aber auch die durch die Bundespräsenz verursachten Altlasten in großzügiger Weise auszugleichen, da nur finanziell gesunde Kommunen und sonstige, insbesondere der Wirtschaft verbundene Einrichtungen in der Lage sind, die für den notwendigen Strukturwandel erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Wenn die Ausgaben Berlins über lange Jahre bis zur Hälfte aus Bundesmitteln finanziert wurden, so hat nunmehr die Region Bonn/Rhein-Sieg ein Recht darauf, eine gleichartige Unterstützung des Bundes zu beanspruchen.

3. Nach dem Vorbild der Förderprogramme für andere von Strukturkrisen betroffene Gebiete, insbesondere des Berlinförderungsgesetzes, fordert die Vollversammlung die Schaffung eines spezifischen Förderpakets, das eine massive Unterstützung bei der Ansiedlung neuer bzw. der Erweiterung ansässiger Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche vor allem aber solcher des unternehmensbezogenen Dienstleistungssektors mit überregionalem Absatzgebiet enthalten muß. Für die von dem Umzugsbeschluß besonders betroffenen Wirtschaftszweige sind zusätzlich Anpassungshilfen zu gewähren. Speziell zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang Maßnahmen für den Erhalt und den weiteren Ausbau der Region als Tagungs- und Kongreßstandort. Darüber hinaus müssen die Unternehmen dieses Raumes künftig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt berücksichtigt werden, da sie vor allem ihnen die positive Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre zu verdanken haben.

4. Die Vollversammlung fordert, die Infrastruktur der Region Bonn/Rhein-Sieg qualitativ und quantitativ so zu verbessern, daß sie Zukunftsperspektiven insbesondere als konkurrenzfähiger Standort im

Europäischen Binnenmarkt gewinnen kann. Dazu gehören u.a. Fördermaßnahmen für wissenschaftliche Einrichtungen, die die Standortgunst dieser Region für ansiedlungswillige Unternehmen aus dem Bereich der Hochtechnologie aufwerten, aber auch Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur wie z.B. ihre Anbindung an das ICE-Netz, eine Schnellverbindung Bonn-Berlin sowie die unverzügliche Vervollständigung des regionalen Autobahnnetzes und der Ausbau der Telekommunikation vor allem auf der Achse Bonn-Berlin. Angesichts des bekannten, durch die Bundeseinrichtungen verursachten Gewerbeflächenmangels vor allem in der Stadt Bonn fordert die Vollversammlung die Bundesregierung auf, umgehend das im Bundesbesitz befindliche Vorratsgelände für die Ansiedlung gewerblicher Unternehmen bzw. wissenschaftlicher Einrichtungen freizugeben. Nicht mehr benötigte Gebäude des Bundes müssen ebenfalls unverzüglich zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt werden. Dies hat in einer die Kommunen vor allem in finanzieller Hinsicht nicht belastenden Art und Weise zu geschehen.

5. Die Vollversammlung fordert das Land Nordrhein-Westfalen auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die absehbaren Strukturprobleme in der Region abzumildern. Insbesondere erwartet sie eine wirksame Unterstützung im Bereich einer die Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen fördernden Flächenpolitik. Dazu gehört vor allem die unverzügliche Überarbeitung der Gebietsentwicklungspläne, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, weitere Gewerbeflächen ausweisen zu können. Weiterhin erwartet die Vollversammlung die zügige Einleitung und Abwicklung von Verfahren zur Verbesserung der regionalen Verkehrsinfrastruktur. Darüberhinaus setzt sie auf die Unterstützung des Landes beim Ausbau der Region Bonn/Rhein-Sieg zu einem Zentrum der Wissenschaften. Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn muß insbesondere durch eine großzügige Erweiterung der mathematisch-naturwissenschaftlichen, auch durch Schaffung einer technischen Fakultät in Richtung auf eine verstärkt zu Technologietransferzwecken nutzbare Forschungskapazität sowie durch zusätzliche Einrichtung betriebswirtschaftlicher Lehrstühle gefördert werden. Ferner sollten vermehrt europabezogene Lehr- und Forschungseinrichtungen geschaffen werden, die die Bonner Universität zu einem international anerkannten Zentrum für Europafragen aufwerten. Außerdem fordert die Vollversammlung, nun unverzüglich das bereits diskutierte Projekt einer Fachhochschule mit schwergewichtig betriebswirtschaftlich-technischer Ausrichtung in der Region zu realisieren. Dies würde nicht nur einem seit langem bestehenden akuten Bedürfnis der Wirtschaft entsprechen, sondern auch die Rahmenbedingungen in der Region verbessern. Weiterhin geht die Vollversammlung davon aus, daß sich Bund und Land intensiv für die Ansiedlung renommierter Forschungseinrichtungen wie der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungseinrichtungen u.ä. im Kammerbezirk einsetzen. Der Bund als Verursacher der Strukturprobleme ist aufgerufen, das Land Nordrhein-Westfalen bei diesen Anstrengungen durch

Strukturmaßnahmen finanziell massiv zu unterstützen.

6. Ausgehend von den erfolgreichen Bemühungen der Industrie- und Handelskammer Bonn um eine wirtschaftsfördernde Kooperation der Gebietskörperschaften in ihrem Bezirk und ihrer alten Forderung entsprechend, die gewerbliche Wirtschaft als nunmehr aufgewertetes Element dieser Region zu stärken, fordert die Vollversammlung die Städte und Gemeinden dringend auf, die Wirtschaftsfördernde Kommunalpolitik kooperativ zu intensivieren. Notwendigkeiten dazu ergeben sich vor allem im Bereich der Flächen- und Verkehrspolitik. Aber auch eine unternehmensfreundliche Realsteuerepolitik gehört hierzu, die insbesondere vom Bund im Rahmen der für die Region zu übernehmenden finanziellen Lasten ermöglicht werden muß. In diesem Zusammenhang hält es die Vollversammlung für erforderlich, die erwähnte Kooperation zu institutionalisieren. Sie wird sich vor allem der Aufgabe zu stellen haben, für die Region bundesweit und international zu werben.

7. Die Forderungen der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bonn müssen in ein Gesamtkonzept integriert werden, das die durch den Beschluß des Bundestages vom 20.6.1991 verursachten strukturellen Einbrüche behebt. Es läßt sich nur durch Zusammenarbeit aller Beteiligten entwickeln, zu der die Vollversammlung nachdrücklich aufruft."

## Schlußbetrachtung

Der Längsschnitt durch die regionale Wirtschaftsgeschichte der letzten 200 Jahre macht es deutlich sichtbar: Im Bonner Wirtschaftsraum hat - sieht man von isolierten frühindustriellen Einsprengseln ab - der Durchbruch der Fabrikindustrie erst in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg und damit relativ spät stattgefunden; dagegen setzte, beschleunigt von der Sonderstellung des Parlaments- und Regierungssitzes Bonn nach 1949, der säkulare Bedeutungsrückgang des verarbeitenden Gewerbes hier im Vergleich zur Gesamtwirtschaft früher ein und hinterließ tiefere Spuren.

Nichts illustriert die zeitlich verzögerte und in ihrer Durchdringung verhaltene Industrialisierung des Raumes besser als das stetige Zurückbleiben des Bevölkerungsanstieges während des dynamischen 19. Jahrhunderts: Lebten 1816 noch 55% der Bewohner des Regierungsbezirks Köln innerhalb der Grenzen der (späteren) Bonner Handelskammer, so ging dieser Anteil bis 1905 auf nur noch wenig mehr als ein Drittel zurück. Das Fehlen gewerblicher Traditionen von überregionaler Bedeutung, die Beschränkung von Standortvorteilen auf den engeren Bereich des Rheinlaufs bzw. der mittleren und unteren Sieg, die Abwesenheit wirklicher, auch auf ihre Umgebung abstrahlender Großbetriebe, eine geringe Verkehrserschließung der Randkreise des Bezirks, schließlich ein bleibend hoher, durch Innovationen (Zuckerrübenanbau) noch verstärkter Stellenwert des Agrarsektors vor allem in den linksrheinischen Landkreisen kennzeichnen die Entwicklung des Bonner Wirtschaftsraumes im Kontrast zur nördlichen Hälfte des Regierungsbezirks im Bereich der Stadt Köln.

Dabei weisen alle Indizien auf die Ausnahmestellung hin, die sich die Stadt Bonn inmitten ihrer Region erhalten konnte. Die 1986 aufgestellte These, Bonn habe sich im Zeitraum 1894 bis 1913 unverkennbar zur "Gewerbestadt" entwickelt, kann jetzt auch anhand der überraschend starken Position des sekundären Sektors im Vergleich mit dem Umland (einschließlich des in Teilen industriell geprägten Siegkreises) untermauert werden.



So war es nie strittig, daß die 1891 errichtete Handelskammer für den südlichen und westlichen Kölner Regierungsbezirk ihren Sitz in der Universitäts-, Rentner- und Gewerbestadt nahm; die Initiative zu der späten Gründung ging von den größeren Industrieunternehmen des Kernraumes aus, deren Leiter auch bis 1918 die Führung der Kammer in der Hand hielten.

Angesichts fehlender Rüstungsproduktion mußte die Industrie der beiden Bonner Kreise während des Ersten Weltkrieges starke Einbußen hinnehmen; aus demselben Grund verlief allerdings die Umstellung nach 1918 weniger einschneidend als z.B. im benachbarten Siegburg, wo die Hypothek der einstigen staatlichen Munitionsfabriken praktisch die gesamte Wirtschaftstätigkeit der Zwischenkriegszeit überschattete.

Unübersehbar hat dagegen in den Jahren nach der Niederlage die Stadt Köln an Statur und Bedeutung gewonnen: Die handstreichartige Durchsetzung des Ausbaus bestehender Hochschuleinrichtungen zur Volluniversität wetzte gegenüber Bonn die Scharte von 1818 wieder aus, als "Insel der Seligen" war die britisch besetzte Metropole der Härte des Ruhrkampfes weniger stark ausgeliefert als das von französischen und belgischen Truppen besetzte Rheinland.

Die "Gleichschaltung" der Bonner Kammer mit den Intentionen der neuen Staatspartei setzt in der Durchführung stark auf die Ressentiments des krisengeschüttelten Einzelhandels, bleibt aber insofern nur Episode, als die Anfang 1934 vollzogene Vereinigung mit der Industrie- und Handelskammer Köln einer Selbständigkeit ohnehin ein Ende bereitet.

Bemerkenswert ist die hier zum erstenmal im Detail aufgearbeitete Wiederentstehung der Industrie- und Handelskammer Bonn in den Monaten unmittelbar nach der Niederlage 1945 gewesen. Unterstützt von der Wirtschaft der Stadt Bonn konnte Dr. Hermann Alef als "Hauptgeschäftsführer der ersten Stunde" eine temporär für die eigene Sache günstige Konstellation von Faktoren (Aufwertung der lokalen Ebene nach dem Zusammenbruch; Transport- und Kommunikationsprobleme; Kompetenzstreitigkeiten in der Militärregierung; Wohlwollen in der Provinzialregierung) tatkräftig nutzen und - mit Ausnahme des endgültig bei Köln verbleibenden Kreises Bergheim - den vor 1933 bestehenden Bezirk wiederherstellen.

Wie ein roter Faden zieht sich nach 1949 der Einsatz der Industrie- und Handelskammer Bonn für Erhalt und Ausbau der gewerblich-industriellen Basis in der zunehmend vom tertiären Sektor geprägten

Hauptstadtregion durch vier Jahrzehnte Kammergeschichte; an Warnungen vor einem abrupten Ende der Sonderfunktionen Bonns hat es von dieser Seite nie gefehlt.

Nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 gegen Bonn gelten nun alle Anstrengungen der Kammer dem Ziel, die negativen Konsequenzen des Beschlusses in Grenzen zu halten und der Region neue Perspektiven zu eröffnen.

## Abkürzungsverzeichnis

ARSK	Archiv des Rhein-Sieg-Kreises Siegburg
BA	Bundesarchiv Koblenz
BA-MA	Bundesarchiv Koblenz, Militärarchiv Freiburg
Bm	Bürgermeister
GWK	Gauwirtschaftskammer
HK	Handelskammer
HStAD	Hauptstaatsarchiv NRW Düsseldorf
IHK	Industrie- und Handelskammer
JB	Jahrbuch/Jahresbericht
Jh	Jahrhundert
LA	Landratsamt
LHAK	Landeshauptarchiv Koblenz
MS	Manuskript
Ob	Oberbürgermeister
PRO	Public Record Office Kew, Richmond (England)
Reg.	Regierung
RP	Regierungspräsident
RWWA	Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln
StA	Stadtarchiv
VB	Verwaltungsbericht (z.T. unter abweichendem Titel erschienen)

# ANMERKUNGEN

## Vorwort:

- 1 Rede am 29.6.1966 in der Bonner Beethovenhalle.  
Vgl. Die Wirtschaft 6/1966, S. 2f.
- 2 SCHEPKE, IHK-Bezirk Bonn.
- 3 Vgl. Vollversammlung v. 22.3.1955. In: Die Wirtschaft 1/1955,  
S. 2f.
- 4 BLASE, Interessenvertretung; DERS., Wirtschaftsentwicklung.

## Kapitel 1:

- 1 HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 81; OBERMANN, Euskirchen,  
S. 17.
- 2 JB HK 1892, S. 147.
- 3 SCHAAKE, Rhein-Sieg-Kreis, S. 43; 50f.
- 4 StA Bonn Pr 1838.
- 5 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 271.
- 6 DOEPGEN, Der Rhein-Sieg-Kreis, S. 367.
- 7 MATZERATH, Städtewachstum, S. 80.
- 8 DOEPGEN, Kommunale Neuordnung, S. 45.
- 9 HORN, Politische Strömungen, S. 10f.
- 10 WERRES, Rheinbach, S. 34f.
- 11 Deutsche Reichszeitung v. 15.11.1930.
- 12 BECKER, Bröltalbahn, S. 7; 22f.
- 13 HEYDERHOFF, Wirtschaftliche Verhältnisse, S. 119.
- 14 MAURER, Statistische Darstellung Waldbröl, S. 32.
- 15 ROMEYK, Verwaltungsgeschichte Rheinprovinz, S. 222f.
- 16 Grundriß Verwaltungsgeschichte, S. 366.
- 17 StA Bonn Pr 14/46.
- 18 ROMEYK, Verwaltungsgeschichte NRW, S. 47.
- 19 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 484ff.; 502f.
- 20 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 664ff.
- 21 ROMEYK, Verwaltungsgeschichte NRW, S. 50.
- 22 Zum seinerzeit spektakulärsten "Opfer" vgl. jetzt: ROMETSCH,  
Bad Godesberg.
- 23 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 668.
- 24 LINN, 20 Jahre Rhein-Sieg-Kreis, S. 114.
- 25 Die Wirtschaft 3/1977, S. 2; 7.
- 26 General-Anzeiger v. 3.8. u. 13./14.11.1976; DECKER,  
Kreis Euskirchen, S. 7.

- 27 Gemeindestatistik NRW. Sonderreihe Volkszählung 1970, Heft 3e, S. 10ff.
- 28 Statistisches JB NRW 31 (1989), S. 46.
- 29 ELBERSKIRCH, Hungerjahr 1847.
- 30 HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 96; DERS., Bonn 1850-1870, S. 202.
- 31 Gemeindestatistik NRW. Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3c.
- 32 REULECKE, Urbanisierung, S. 68f; KÖLLMANN, Bevölkerung Rheinland-Westfalens, S. 361; 367.
- 33 KRABBE, Die deutsche Stadt, S. 177.
- 34 KÖLLMANN, Bevölkerung Rheinland-Westfalens, S. 366ff.
- 35 BÖNIG, Bevölkerungsentwicklung Rhein-Sieg-Kreis, S. 230; Volkszählungsergebnisse 1816-1970.
- 36 VB Euskirchen 1910-1928, S. 77; VOPPEL, Euskirchen, S. 27f.
- 37 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 16.
- 38 KÖHLER, Bergheim, S. II; Statistische Rundschau Bergheim, S. 19f
- 39 FEHRE, Bonn unter den Städten Deutschlands, S. 31.
- 40 MARSCHALCK, Rolle, S. 58.
- 41 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 296f.; vgl. VON DER DOLLEN, Stadtregion, S. 23.
- 42 FEHRE, Bonn unter den Städten Deutschlands, S. 31f.
- 43 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 296; FEHRE, Bonn unter den Städten Deutschlands, S. 37.
- 44 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 298f.
- 45 BERZHEIM, Ippendorf, S. 59.
- 46 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 440-443.
- 47 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 441ff; FEHRE, Diaspora, S. 166; 193.
- 48 Gemeindestatistik NRW. Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3d.
- 49 STEINBERG, Bevölkerungsentwicklung, S. 26f.
- 50 KOSACK, Bevölkerungsentwicklung 1939-1980, S. 215; VOGT, Bonn 1914-1948, S. 442f.; DERS., Bonn 1939-1945, S. 48; LINN, Flüchtlinge, S. 177f.
- 51 MACHTEMES, Raumordnung Landkreis Bonn, S. 43.
- 52 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 685; FEHRE, Diaspora, S. 168; 193; DERS., Vorläufige Bundeshauptstadt, S. 202f.; Statistische Rundschau Landkreis Bonn, S. 27f.
- 53 FEHRE, Strukturwandel, S. 506; KOSACK, Bevölkerungsentwicklung 1939-1980, S. 218; vgl. Vorschlag kommunale Neugliederung, S.14.
- 54 BÖNIG, Bevölkerungsentwicklung Rhein-Sieg-Kreis, S. 229f.
- 55 FEHRE, Bonn unter den Städten Deutschlands, S. 36.
- 56 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 685f.; 819, Anmerkung 199; Statistisches JB NRW 30 (1989), Beilage, S. 3.
- 57 FEHRE, Bonn unter den Städten Deutschlands, S. 35f.
- 58 Vgl. POHL, Gewerbe- und Industrielandschaften, Einführung, S. 7-15.
- 59 ADELMANN, ländliches Textilgewerbe, S. 268; vgl. BARKHAUSEN,

- Entstehung der rheinischen Industrie, S. 166.
- 60 KAUFHOLD, Gewerbelandschaften, S. 150.
- 61 POHL, Wirtschaftsgeschichte Kölns im 18. Jh., S. 45; 146ff.
- 62 ENNEN, Bonn 1597-1794, S. 544. Zur Entwicklung im einzelnen: DIES., Die kurkölnische Residenz, S. 112-124; Die kurkölnische Haupt- und Residenzstadt, S. 257-270.
- 63 Zitiert bei BLASE, Interessenvertretung, S. 5.
- 64 ENNEN, Die kurkölnische Haupt- und Residenzstadt, S. 255f.
- 65 ENNEN/HÖROLDT, Römerkastell, S. 162; vgl. ENNEN u.a., Bonn 1794-1814, S. 11.
- 66 HÖROLDT, Sozialstruktur, S. 286, Tab. 1.
- 67 Zitiert bei ENNEN u.a., Bonn 1794-1814, S. 49.
- 68 HÖROLDT, Sozialstruktur, S. 285, Tab. 3.
- 69 Ebd., S. 285; 318.
- 70 ENNEN, Wirtschaftsleben, S. 136f.; KÜNSTER, Industrie Siegburgs, S. 66.
- 71 ENNEN u.a., Bonn 1794-1814, S. 51.
- 72 SCHIEDER/KUBE, Säkularisation, S. 44. In 223 der im Departement bekannten 3381 Käuferfälle gingen Nationalgüter an Erwerber mit Wohnsitz in Bonn (S. 94f.).
- 73 HERKENDELL, Industrielle Entwicklung, S. 11f.; SOLEYMANI, l'industrie du Département de Rhin-et-Moselle, S. 48f.; 84.
- 74 Vgl. die exemplarische Herausstellung bei REHFUES, Ansprüche, S. 48, Anmerkung 7.
- 75 ENNEN u.a., Bonn 1794-1814, S. 52f.
- 76 SCHUMACHER, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse, S. 302.
- 77 KERMANN, Manufakturen, S. 328ff.
- 78 HÖROLDT, Wirtschaftsentwicklung, S. 808; DERS., Sozialstruktur, S. 284; 287.
- 79 KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 204f.; BLASE, Interessenvertretung, S. 14f.
- 80 BLASE, Interessenvertretung, S. 15-19; Zitate S. 16f.
- 81 KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 205. ULLMANN, Wirtschaftsverbände, S. 96. Zum Kölner Beispiel! KELLENBENZ/VAN EYLL, Unternehmerische Selbstverwaltung Köln, S. 52.

## Kapitel 2:

- 1 REHFUES, Ansprüche, S. 27. Vollständiger Abdruck der Denkschrift bei HÖROLDT, Stadt und Universität, S. 301-324.
- 2 EMSBACH, Baumwollindustrie, S. 40f.
- 3 HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 106.
- 4 Zitiert bei WEISSER, Faience, S. 62.
- 5 HStAD Reg. Köln 2150.
- 6 WEISSER, Faience, S. 62f; KERMANN, Manufakturen, S. 330f; vgl.

- HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 107f.
- 7 HStAD Reg. Köln 2150, 19.1.1819.
- 8 SCHAUMANN, Technik, S. 39; 98f; 163f.
- 9 MUSS, Leopold Bleibtreu, S. 11; 54.
- 10 MUSS, Leopold Bleibtreu, passim; OVERBECK, Familienchronik Bleibtreu, S. 16f.; WÜNDISCH, Von Klütten, S. 128-132; Ein Jahrhundert Bonner Zement, S. 11-16. Reproduktion einer Lagekarte der Hütten bei: BÜCHER, Leonard Stroof, S. 66.
- 11 BERCHEM, Friesdorfer Alaunhütte, S. 18ff.; WÜNDISCH, Von Klütten, S. 68-71.
- 12 Verzeichnis Fabriken 1819; vgl. DIETZ, Wesseling, S. 261f.
- 13 HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 109.
- 14 HÖROLDT, Wirtschaftsentwicklung, S. 816f.
- 15 EMSBACH, Baumwollindustrie, S. 352.
- 16 StA Bonn Pr 1838, VB 1818.
- 17 SCHRÖDER, Kulturelle und soziale Verhältnisse, S. 22.
- 18 Verzeichnis Fabriken 1819.
- 19 HStAD Reg. Köln 2062.
- 20 Verzeichnis Fabriken 1819; HStAD Reg. Köln 2150.
- 21 Rheinischer Städteatlas: Bad Münstereifel, S. 9.
- 22 Verzeichnis Fabriken 1819.
- 23 SOLEYMANI, l'industrie du Département de Rhin-et-Moselle, S. 96f.
- 24 KÖNIG, Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte, S. 165; 171; hier auch Details zu weiteren frühen Industriebetrieben der Textilindustrie.
- 25 VOPPEL, Euskirchen, S. 62.
- 26 FERDINAND, Düren-Euskirchen-Zülpich, S. 24.
- 27 BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 287; vgl. ARNTZ, Sonntagsschule, S. 35.
- 28 RENELT, Tuchindustrie, S. 12.
- 29 MAYNTZ, Euskirchen, S. 24.
- 30 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 52.
- 31 Verzeichnis Fabriken 1819; vgl. HStAD Reg. Köln 2150.
- 32 ZORN, Wirtschaftskarte, S. 44; KÖHLER, Bergheim, S. 221; DOLATA, Vorgebirge, S. 21.
- 33 WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, S. 64; 589; vgl. KOCKA, Arbeitsverhältnisse, S. 64.
- 34 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand.
- 35 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 170f; HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 106; SCHUMACHER, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse, S. 307.
- 36 SCHUMACHER, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse, S. 307f.
- 37 Auszug aus dem Bericht abgedruckt bei: SCHUMACHER, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse, S. 305ff.
- 38 KÖRSCHNER, Medizinische Topographie, S. 167ff.



- 39 WEISSER, Ludwig Wessel, S. 16f; DERS., Faience, S. 66ff; KERMANN, Manufakturen, S. 331; SCHUMACHER, Die Poppelsdorfer Porzellan- und Steingutfabrik, S. 25.
- 40 BERCHEM, Friesdorfer Alaunhütte, S. 21ff; vgl. KERMANN, Manufakturen, S. 436f (mit Produktionsziffern 1819-1836).
- 41 DIETZ, Wesseling, S. 262.
- 42 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 170f.; vgl. PFEIFFER, Rübenzuckerindustrie, S. 21.
- 43 SCHAUMANN, Technik, S. 190.
- 44 Vgl. KOCKA, Arbeitsverhältnisse, S. 93.
- 45 KERMANN, Manufakturen, S. 187.
- 46 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 59f.; ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 171-175; vgl. KERMANN, Manufakturen, S. 630; 633f.
- 47 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 59f; RENELT, Tuchindustrie, S. 13ff.
- 48 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 174f.
- 49 LEDUC, Unternehmer, S. 21.
- 50 Vgl. WÜNDISCH, Braunkohlebergbau bei Euskirchen, S. 74-78; hier auch Förderstatistik der Abelsgrube 1830-1860 (S. 78).
- 51 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 174f; VERBEEK, Landkreis Euskirchen, nennt für 1832 noch 8 Bleischmelzen in Kommern (S. 293).
- 52 ELBERSKIRCH, Hungerjahr 1847, S. 67.
- 53 SCHRÖDER, Industrielle Entwicklung Ruppichterath, S. 289f.
- 54 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 196f.
- 55 RESTORFF, Topographisch-statistische Beschreibung, S. 248-327.
- 56 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 198f.
- 57 VON FÜRSTENBERG, Tuchfabrik Jacob Koenen, S. 168.
- 58 KÖNIG, Einzigartige Fabrik, S. 106; ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 194f.
- 59 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 168f.
- 60 KOCKA, Arbeitsverhältnisse, S. 64.
- 61 ADELMANN, Der gewerblich-industrielle Zustand, S. 168-210; 286-295.
- 62 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 175.
- 63 SCHULTE, Sieglarer Mühle, S. 4ff.; vgl. BÜCHER, Wilhelm Windgassen, S. 4.
- 64 SCHULTE, Friedrich-Wilhelms-Hütte, S. 120-123. Hierdurch erklärt sich, daß die Hütte nicht in der amtlichen Übersicht von 1836 auftaucht.
- 65 SCHULTE, Friedrich-Wilhelms-Hütte, S. 126f.
- 66 KIESEWETTER, Industrielle Revolution, S. 191.
- 67 SCHULTE, Friedrich-Wilhelms-Hütte, S. 128f.
- 68 Tabellen und amtliche Nachrichten 1858, S. 582f.
- 69 SCHULTE, Friedrich-Wilhelms-Hütte, S. 131.
- 70 Ebd., S. 129; HStAD Reg. Köln 2134; Tabellen und amtliche Nachrichten

- 1855; 1858; WÜLFFING, Beschreibung Siegkreis, S. 60.
- 71 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 177.
- 72 SCHULTE, Friedrich-Wilhelms-Hütte, S. 131f.
- 73 WÜLFFING, Beschreibung Siegkreis, S. 61.
- 74 BECKER, Bröltalbahn, S. 9-19; KISSAU, Bröltalbahn, S. 23; Bröthaler-Eisenbahn-AG 1863-1913, S. 3.
- 75 KORTE, Mahlmühle, S. 280.
- 76 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 186; ROLFFS, Kattunfabrik, S. 13; WARKALLA, Industrialisierung Siegburg, S. 18ff.
- 77 Zitiert nach: WALTERSCHEID, Siegburg, S. 80.
- 78 Tabellen und amtliche Nachrichten 1855, S. 288ff.
- 79 Tabellen und amtliche Nachrichten 1858, S. 582f.
- 80 HALM, Statistik, S. 124; vgl. EMSBACH, Baumwollindustrie, S. 71.
- 81 SCHUMACHER, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse, S. 305; 326.
- 82 EMSBACH, Baumwollindustrie, S. 68.
- 83 KÖRSCHNER, Medizinische Topographie, S. 168; SCHUMACHER, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse, S. 308; 310f. Die Gewerbetabelle für 1849 weist eine 27-PS-Maschine in der Spinnerei und eine 9-PS-Maschine in der Walkerei aus. StA Bonn Pr 271.
- 84 SCHUMACHER, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse, S. 311ff.
- 85 EMSBACH, Baumwollindustrie, S. 148f.; Hervorhebung im Original.
- 86 Zitiert bei EMSBACH, Baumwollindustrie, S. 151.
- 87 SCHUMACHER, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse, S. 326f.
- 88 SCHUMACHER, Poppelsdorfer Porzellan- und Steingutfabrik, S. 30; HERKENDELL, Industrielle Entwicklung, S. 51f.
- 89 FISCHER, Wessel, S. 131-135.
- 90 HERKENDELL, Industrielle Entwicklung, S. 55.
- 91 Konzession: StA Bonn Pr 283.
- 92 WEISSER, Ludwig Wessel, S. 19.
- 93 HERKENDELL, Industrielle Entwicklung, S. 51-55; Statistische Darstellung des Kreises Bonn 1859-1861, S. 54; Tabellen und amtliche Nachrichten 1868, S. 578; vgl. HÖROLDT, Bonn 1814/1849, S. 108.
- 94 StA Bonn Pr 1838. Ähnliches 1859-1861: "Der Gewerbebetrieb konnte im Allgemeinen nur ein unbefriedigender genannt werden."
- 95 BAYER, Marquart, S. 47-50; StA Bonn Pr 271; SCHÖNERT-RÖHLK, Chemische Industrie, S. 434.
- 96 HERKENDELL, Industrielle Entwicklung, S. 179.
- 97 BAYER, Marquart, S. 59f.
- 98 Ebd., S. 64f.; Amtlicher Bericht Paris 1855, S. 245; 279.
- 99 Amtlicher Bericht Paris 1855, S. 245; KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 78.
- 100 VB Kreis Bonn 1856-1858, S. 7.
- 101 Tabellen und amtliche Nachrichten 1858, S. 578; Statistische Darstellung des Kreises Bonn 1859-1861, S. 52; dass. 1862-1864, S. 110; vgl.

- HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 222; HEUSLER, Bergrevier Brühi-Unkel, S. 132f; LANGER, Augustenhütte.
- 102 ZIMMER, Unternehmer der chemischen Industrie, S. 133f.
- 103 Ein Jahrhundert Bonner Zement, S. 12-16.
- 104 Statistische Darstellung des Kreises Bonn 1862-1864, S. 110, LANGENWIESCHE, Godesberg, S. 72f.; BERCHEM, Alaunhütte Friesdorf, S. 25ff; HEUSLER, Bergrevier Brühi-Unkel, S. 136f; vgl. HÖROLDT, Bonn 1850-1870, S. 222.
- 105 Ein Jahrhundert Bonner Zement, S. 34f.; vgl. SCHUMACHER, Auslandsreisen, S. 49; WEFFER, Familien, S. 154.
- 106 Ein Jahrhundert Bonner Zement, S. 36; 44.
- 107 Ebd., S. 44; Statistische Darstellung des Kreises Bonn 1859-1861, S. 53; WUERST, Bonn (1869), S. 53.
- 108 Tabellen und amtliche Nachrichten 1858, S. 578; Ein Jahrhundert Bonner Zement, S. 47; VOGT, Jutespinnerei, S. 16.
- 109 HOCKER, Großindustrie, S. 71.
- 110 Denkschrift Eisenbahn 1850, S. 4.
- 111 HÖROLDT, Bonn 1850-1870, S. 227.
- 112 HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 117.
- 113 DEETERS, Aktionäre, S. 120-134.
- 114 Tabellen und amtliche Nachrichten 1855, S. 286-296; dass. 1858, S. 578-583.
- 115 Tabellen und amtliche Nachrichten 1849, S. 795; dass. 1858, S. 578f.; Statistische Darstellung des Kreises Bonn 1859-1861, S. 54.
- 116 BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 288. Zur Konzessionierung einer Dampfmaschine: SCHROEDER, Wasserrad, S. 66f.
- 117 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 60f.; RENELT, Tuchindustrie, S. 19-27.
- 118 WEINGARTEN, Eisenbahn, S. 89f.
- 119 MAURER, Statistische Darstellung Waldbröl, S. 32f.; 75f.; 91.
- 120 WOLFF, Statistik und Verwaltung Rheinbach, S. 3; 110-114.
- 121 Statistische Darstellung Bergheim, S. 51f.; vgl. KÖHLER, Bergheim, S. 273.
- 122 Zitiert bei UCKERMANN, Verkehrsnetz, S. 256.
- 123 MEYER-LUTZ, Eisenbahnen im Kreis Euskirchen, S. 31f.; PÄFFGEN, Brikettfabrik Horrem, S. 119.
- 124 SCHROEDER, Beschreibung Euskirchen, S. 40.
- 125 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 79.
- 126 WÜLFFING, Siegkreis, S. 60ff.; HOCKER, Großindustrie, S. 91. Zu Honnef, wo der Höhepunkt des Bergbaus im Jahre 1863 erreicht war, vgl. DARIUS, Bad Honnef, S. 13.
- 127 GERNERT/FALLASCHINSKI, Aggerhütte.
- 128 Statistische Darstellung des Kreises Bonn 1859-1861, S. 52f.
- 129 VB Bonn 1856-1858, S. 7.
- 130 VB Bonn 1860.
- 131 HÖROLDT, Stadt und Universität, S. 274.

- 132 Zuletzt: HÖROLDT, Bonn 1850-1870, S. 219.
- 133 Ebd., S. 220-225.
- 134 StA Bonn Pr 270.
- 135 Ebd., S. 127-130; StA Bonn Pr 5693.
- 136 Statistik, Bd. III, S. 1047.
- 137 VOGT, Jutespinnerei, S. 10-21.
- 138 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 190ff.
- 139 FISCHER, Vom Bauerndorf, S. 11f.
- 140 Zur Geschichte des Unternehmens: FISCHER, Joseph Meys & Co.
- 141 Heimatblätter des Siegkreises 17, 1941, Heft 1, S. 32.
- 142 100 Jahre Hüser.
- 143 Vgl. HÖROLDT, Bonn 1850-1870, S. 222.
- 144 HARTSTEIN, Topographie, S. 338.
- 145 KÖHLER, Bergheim, S. 297.
- 146 SCHAUMANN, Technik, S. 191.
- 147 Kölner Zucker, S. 26-38; KUSKE, Eugen Langen, S. 284; KÖHLER, Bergheim, S. 275f.
- 148 KELLENBENZ, Zucker, S. 90f.; PFEIFFER, Rübenzuckerindustrie, S. 69-73; VAN EYLL, Unternehmer der Zuckerwirtschaft, S. 204f.
- 149 Für alle Angaben, soweit nicht anders belegt: HÖROLDT, Bonn 1814-1849, S. 110-117; DERS., Bonn 1850-1870, S. 223-231.
- 150 ROGGENDORF, Die Kreissparkasse Siegburg 1854-1864, S. 109.

### Kapitel 3:

- 1 StA Bonn Pr 269.
- 2 RENELT, Tuchindustrie, S. 27.
- 3 Ebd., S. 29-33; 67f.
- 4 VOGT, Jutespinnerei, S. 21ff.; 33-41.
- 5 Made in Bonn, S. 47.
- 6 VOGT, Gewerbestadt, S. 81f.; vgl. DERS., Fabrikarbeit, S. 194.
- 7 Gründungsprospekt: Bonner Zeitung v. 13.3.1872.
- 8 VOGT, Gewerbestadt, S. 81f.; 95.
- 9 WÜNDISCH, Von Klütten, S. 138ff; KLEINEBECKEL, Unternehmen Braunkohle, S. 90f.
- 10 JB Fabriken-Inspektoren 1877, S. 312.
- 11 VOGT, Jutespinnerei, S. 23f.; JB Fabriken-Inspektoren 1876, S. 302f., 306f.
- 12 JB Fabriken-Inspektoren 1878, S. 301ff.
- 13 Ein Jahrhundert Bonner Zement, S. 47; VOGT, Jutespinnerei S.16f.
- 14 HStAD LA Bonn 309; vgl. VOGT, Gewerbestadt, S. 81; DIETZ, Wesseling, S. 291; Einrichtungen Wohlfahrt, S. 160f.
- 15 BEISSEL, Bergheim 1889-1895, S. 158; 190; KLEINEBECKEL, S. 135;

- KÖHLER, Bergheim, S. 282; Einrichtungen Wohlfahrt, S. 166f.
- 16 KELLENBENZ, Paul Silverberg, S. 105.
- 17 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 63; 125 Jahre Sieger.
- 18 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 44,
- 19 SCHMIDT-ROSSLEBEN, Industrie des Oberbergischen Kreises, S. 29
- 20 TILLY, Vom Zollverein, S. 57.
- 21 NEU, Anschluß S. 31; BECKER, Bröltalbahn, S. 28;  
KÜNSTER/ SCHNEIDER, Siegkreis, S. 177; Siegburger Heimatblätter 64,  
S. 27.
- 22 VAN EYLL; Unternehmer der Zuckerwirtschaft, S. 199.
- 23 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 186.
- 24 WARKALLA, Industrialisierung Siegburg, S. 27ff; 87; WARNING,  
Industriestandort Siegburg, S. 41ff.
- 25 JB Fabriken-Inspektoren 1876 S. 302-307.
- 26 Preußische Statistik 40, S. 475.
- 27 VOGT, Gewerbestadt, S. 82.
- 28 Ebd., S. 84; HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 323.
- 29 VOGT, Gewerbestadt, S. 84f.
- 30 Ebd.; HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 347.
- 31 VOGT, Fabrikarbeit, S. 194.
- 32 Ebd., S. 194f.
- 33 HStAD LA Rheinbach 383.
- 34 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 346.
- 35 Grundlage für Tabellen 5 bis 10: Preußische Statistik, Bd. 40; Teil 1;  
Bd. 83, Teil 2; Statistik des Deutschen Reiches N.F., Bd. 117.
- 36 WÜNDISCH, Erinnerungen an Donatus, S. 96; DAELLEN, Braunkohlen-  
bergbau, S. 10; KÖHLER, Bergheim, S. 228; 232.
- 37 HEUSLER, Bergrevier Brühl-Unkel, S. 106; Tabelle S. 216f.
- 38 KRIETSCH, Wirtschaftliche Entwicklung Beuels, S. 37.
- 39 Todesanzeige: Bonner Zeitung v. 11.7.1874.
- 40 BERWING u.a., Steingutfabrik Mehlem, S. 13f.
- 41 VOGT, Gewerbestadt, S. 86-90; DERS., Industriebauten, S.176f; 179ff;  
DERS., Fabrikarbeiter, S. 194; WEISSER Wessels Wandplattenfabrik,  
S. 56f.
- 42 SCHENKELBERG, Steinbrüche, S. 45.
- 43 JB HK 1899, S. 7-10 (einschließlich Gegenposition der Kammer).
- 44 SCHRÄPFER, Feuerfeste Erzeugnisse, S. 258f.; vgl. SCHUCHERT,  
Verblendsteinherstellung, S. 248f.
- 45 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 198f; VB Godesberg 1888-1913,  
S. 40; GEIMER, Stallberg, S. 36; ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 44;  
BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 191.
- 46 STELLER, Führende Männer, S. 122f.
- 47 Sankt Augustin, S. 92-95.
- 48 WARKALLA, Industrialisierung Siegburg, S. 39; 85.

- 49 JB HK 1893, S. 58.
- 50 Vgl. JB Gewerberäte 1897, S. 450: "Besonders musterhaft sind die Bäder der Königlichen Artillerie-Werkstätten in Siegburg."
- 51 HERMANN, Regionale Schwerpunkte, S. 486; KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 192; JB HK 1897, S. 89. Details und reiches Bildmaterial: Die Meys Fabrik, passim.
- 52 75 Jahre Chronos.
- 53 LÖTTGEN, Rosbach, S. 61.
- 54 VB Waldbröl 1909-1913, S. 61; STELLER, Verein der Industriellen, S. 32; HUNDHAUSEN, Im Banne, S. 137-146.
- 55 VOGT, Gewerbestadt, S. 90; 99; DERS., Industriebauten, S. 184ff; HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 317.
- 56 VOGT, Gewerbestadt, S. 91.
- 57 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 57; STÜSSER, Düngerfabrik, S. 164.
- 58 100 Jahre Dynamit Nobel, S. 22f.; MÜLLER, Emil Müller, S. 96-100; OSSENDORF, Zünderfabrik, S. 113; Siegburger Heimatblätter 64, S. 30-36.
- 59 StA Siegburg 5790.
- 60 WARNING, Industriestandort Siegburg, S. 44f.; 51f.
- 61 VOGT, Gewerbestadt, S. 92; DERS., Industriebauten, S. 187f.
- 62 ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 63.
- 63 VOGT, Gewerbestadt, S. 92f; DERS., Industriebauten, S. 187.
- 64 ZYZIK, Tapetenproduktion, S. 14; vgl. DERS., Rheinische Tapetenfabrik.
- 65 VOGT, Gewerbestadt, S. 93f; DERS., Jutespinnerei, S. 41-64.
- 66 BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 290.
- 67 WARKALLA, Industrialisierung Siegburgs, S. 80; WARNING, Industriestandort Siegburg, S. 57ff.
- 68 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 207; 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 500; LHAK 403/8326; Wirtschaftsbericht RP Köln v. 8.12.1896; ERSFELD, Eitorfer Bild-Chronik, S. 139.
- 69 KÖHLER, Bergheim, S. 282.
- 70 VOGT, Gewerbestadt, S. 94.
- 71 JB Gewerberäte 1896, S. 410; vgl. dass. 1897, S. 436; BÜCHER, Leinenbleiche, S. 77.
- 72 BEISSEL, Kreis Bergheim 1889-1899, S. 188f.; SCHOSER, Wirtschaft Bergheim, S. 298f.; Kölner Zucker, S. 38; PFEIFFER, Rübenzucker-industrie, S. 75ff; DAELLEN, Braunkohlenbergbau, S. 20.
- 73 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 472; SCHOSER, Wirtschaft Bergheim, S. 303f.; BEISSEL, Kreis Bergheim 1889-1899, S. 189f.
- 74 Kölner Zucker, S. 38 und Anhang; ZIMMERMANN, Euskirchen, S. 66-72.
- 75 VON HEHL/SCHAEFER, Meckenheim, S. 7; 74.
- 76 VOGT, Gewerbestadt, S. 94f; DERS., Industriebauten, S. 191. Einzelheiten zur lokalen Brauereigeschichte: RÖHREN, Brauindustrie.
- 77 FISCHER/HERBORN, Brauwesen, S. 63ff; 88ff.; OSSENDORF, Roisdorfer Quelle, S. 127.

- 78 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 320; STELLER, Verein der Industriellen, S. 27.
- 79 VOGT, Gewerbestadt, S. 96.
- 80 POHL, Weltwirtschaft, S. 157; VOGT, Gewerbestadt, S. 92f; DERS., Industriebauten, S. 181ff; ECKERT, Soennecken, S. 345-348; SONNTAG, Bonn in der Kaiserzeit, S. 178-187.
- 81 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 324-339; 347.
- 82 JB HK 1892, S. 181.
- 83 LHAK 403/8223; FUSBAHN, Handels- und Gewerbeverein, S. 5ff; vgl. BLASE, Interessenvertretung, S. 23f.
- 84 FUSBAHN, Handels- und Gewerbeverein, S. 10.
- 85 Statut von 1846. StA Bonn Ik 12.
- 86 FUSBAHN, Handels- und Gewerbeverein, S. 8-11; 15; Die Wirtschaft 6/1966, S. 3.
- 87 HStAD LA Bonn 340: Zeitungsbericht 4. Quartal 1891.
- 88 FUSBAHN, Handels- und Gewerbeverein, S. 16ff. Gedruckte Jahresberichte, z.T. mit Mitgliederverzeichnissen: StA Bonn Pr 5305.
- 89 HALM, Statistik, S. 155.
- 90 Wirminghaus, zitiert bei BLASE, Interessenvertretung, S. 36; vgl. KELLENBENZ/VAN EYLL, Geschichte der unternehmerischen Selbstverwaltung, S. 171.
- 91 STELLER, Verein der Industriellen, S. 3; ECKERT, Verein der Industriellen, S. 39.
- 92 ESTERHUES, Familie von Langen, S. 48.
- 93 StA Bonn Pr 20/560, 13.5.1889; vgl. BLASE, Interessenvertretung S. 37f.
- 94 KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 207f; DORSCH, Handelskammern der Rheinprovinz, S. 1.
- 95 KAUFMANN, Reform, S. 6.
- 96 FISCHER, Unternehmerschaft, S. 74f.
- 97 DORSCH, Handelskammern der Rheinprovinz, S. 37.
- 98 Ebd., S. 39.
- 99 Ebd., S. 168f; vgl. KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 208.
- 100 LHAK 403/8232, 19.11.1883.
- 101 VB Bonn 1889/1890, S. 87. Für das folgende, so weit nicht anders belegt: BLASE, Interessenvertretung, S. 39-57.
- 102 StA Bonn Pr 20/560, 13.5.1889.
- 103 VB Bonn 1889/90, S. 87.
- 104 StA Bonn Pr 20/560.
- 105 SERLO, Bergverwaltung, S. 704.
- 106 JB Gewerberäte 1903, S. XVIII.
- 107 JB HK 1892, S. 148.
- 108 HStAD LA Bonn 313.
- 109 KELLENBENZ/VAN EYLL, Geschichte der unternehmerischen Selbstverwaltung, S. 172; LHAK 403/8232, 4.11.1890.



- 110 KELLENBENZ/VAN EYLL, Geschichte der unternehmerischen Selbstverwaltung, S. 172.
- 111 JB HK Köln 1891, S. 295.
- 112 LHAK 403/8232: Eingabe v. 24.1.1893; Kölnische Zeitung v. 6.3.1893 (Abendausgabe).
- 113 BLASE, Interessenvertretung, S. 53.
- 114 Im Wortlaut abgedruckt: VB Bonn 1891/92, S. 34.
- 115 JB HK 1892, S. 149.
- 116 Zitiert bei BLASE, Interessenvertretung, S. 57. Für die folgenden Angaben ebd., S. 58-63.
- 117 General-Anzeiger v. 25.10.1891.
- 118 Vgl. STELLER; Führende Männer, S. 122.
- 119 ERSFELD, Eitorfer Bild-Chronik, S. 31.
- 120 BLASE, Interessenvertretung, S. 76; 90. Das Eingehen langfristiger Verbindlichkeiten wurde erst möglich, nachdem 1897 die Kammern juristische Personen geworden waren. VAN EYLL, Kammern der gewerblichen Wirtschaft, S. 617.
- 121 VOGT, Gewerbestadt, S. 85; JB Gewerberäte 1900, S. 332; 337.
- 122 LHAK 403/8298: Wirtschaftsbericht des RP Köln v. 21.10.1901.
- 123 VOGT, Gewerbestadt, S. 85ff; JB Gewerberäte 1908, S. 432; dass. 1913, S. 571.
- 124 BEISSEL, Kreis Bergheim 1899-1909, S. 228; 235; 259.
- 125 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 346.
- 126 StA Bonn Alt-Bonn 266: Schreiben an Oberst v. Gayl v. 10.4.1902.
- 127 JB Gewerberäte 1890, S. 235; dass. 1889, S. 257.
- 128 VOGT, Gewerbestadt, S. 84.
- 129 JB HK 1891-1913; vgl. BUDDE, Waldbröl, S. 211.
- 130 HStAD LA Waldbröl 365.
- 131 STELLER, Führende Männer, S. 99; VB Waldbröl 1909-1913, S. 59.
- 132 WÜNDISCH, Erinnerungen an Donatus, S. 96; BAUMANN/WIESE, Erftkreis, S. 38.
- 133 HStAD LA Bergheim 19; KÖHLER, Bergheim, S. 239; vgl. KRAUS, Braunkohlenkreis, S. 249.
- 134 JB Gewerberäte 1897, S. 690.
- 135 KÖHLER, Bergheim, S. 238; Deutsche Wirtschaftsgebiete, Sondernummer Köln-Bonn, S. 54.
- 136 KELLENBENZ, Paul Silverberg, S. 109f; KLEINEBECKEL, Unternehmen Braunkohle, S. 131-136.
- 137 VOGT, Gewerbestadt, S. 88ff; DERS., Fabrikarbeit, S. 222. Für die Firmen Wessel, Gauhe/Eitorf, Jutespinnerei Kessenich, Soennecken sowie Deutsche Reichszeitung und General-Anzeiger vgl. JB Gewerberäte 1892, S. 310-313.
- 138 Beuel, Stadt am Rhein, S. 106f.
- 139 MÜLLER, 150 Jahre Industrialisierung im Landkreis Bonn, S. 44f.

- SCHÄFER, Keramische Industrie, S. 19f.; Deutsche Wirtschaftsgebiete, Sondernummer Köln-Bonn, S. 85f.
- 140 STELLER, Führende Männer, S. 127.
- 141 BECKER, Bröltalbahn, S. 28f.; 40f.; 90.
- 142 JB HK 1913, S. 75-79.
- 143 VOGT, Jutespinnerei, S. 96.
- 144 Ebd., S. 56; 88.
- 145 JB Gewerberäte 1891, S. 276.
- 146 VOGT, Jutespinnerei, S. 87.
- 147 JB Gewerberäte 1892, S. 311; 1894, S. 529.
- 148 JB Gewerberäte 1896, S. 637; 1897, S. 691.
- 149 JB Gewerberäte 1898, S. 614f.; 1899, S. 833f.
- 150 VOGT, Jutespinnerei, S. 111.
- 151 JB Gewerberäte 1906, S. 499; KELLENBENZ, Wirtschaft des Regierungsbezirks Köln, S. 326; BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft S. 290.
- 152 VB Euskirchen 1906, S. 50f.
- 153 JB Gewerberäte 1889, S. 260; 1891, S. 273.
- 154 JB Gewerberäte 1908, S. 455; WARNING, Industriestandort Siegburg, S. 48.
- 155 BEISSEL, Kreis Bergheim 1899-1909, S. 191; KÖHLER, Bergheim, S. 283; SCHOSER, Wirtschaft Bergheim, S. 307; DOLATA, Vorgebirge, S. 83.
- 156 KRAUS, Braunkohlenkreis, S. 234.
- 157 SCHOSER, Wirtschaft Bergheim, S. 295.
- 158 SCHÄFER, Ringsdorff, S. 22; VB Godesberg 1888-1913, S. 40.
- 159 JÄGER, Fortuna, S. 19f; KÖHLER, Bergheim, S. 267; KLEINEBECKEL Unternehmen Braunkohle, S. 143f.
- 160 HAAS/BIALLOWONS, Feldmühle-Werk, S. 531; KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 195f; vgl. DOLATA, Vorgebirge, S. 59.
- 161 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 177; STELLER, Führende Männer, S. 98f.; RÖHREN, Klöckner-Mannstaedt, S. 1.
- 162 SCHRÖDER; Industrielle Entwicklung Ruppichterath, S. 326-330.
- 163 BUDDE, Waldbröl, S. 284-86.
- 164 MARTIN, JB Millionäre.
- 165 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 500.
- 166 HÖROLDT; Bonn 1871-1914, S. 428. Weitere Einzelheiten: HORN, Politische Strömungen, S. 36; 124; 307-328.
- 167 Vgl. GUTZMER, Vereinsleben, S. 437; VAN REY, Festmenüs, S. 467ff.
- 168 Für alle folgenden Angaben: HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 325-339.
- 169 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 219.
- 170 BLASE, Interessenvertretung, S. 65f.
- 171 DORSCH, Handelskammern der Rheinprovinz, S. 169ff.
- 172 BLASE, Interessenvertretung, S. 66ff; RICKERT, Finanzen, S. 18; JB HK 1892, S. 149; 1893, S. 168.
- 173 JB HK 1899, S. 175; 1903, S. 173; 1910, S. 48. KÖNIG, Handelskammern

- als Mittler, S. 210.
- 174 BLASE, Interessenvertretung, S. 76f.; StA Bonn Pr 72/173.
- 175 KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 211; VAN EYLL, Essen, S. 79.
- 176 JB HK 1892, S. 18; 1897, S. 3f.; LHAK 403/8234: Bescheid des Handelsministers v. 18.10.1897.
- 177 Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 5.
- 178 JB HK 1893, S. 215; vgl. HÜNDHAUSEN, 100 Jahre Kammerich, S. 7
- 179 ROLFFS, Kattunfabrik, S. 13.
- 180 JB HK 1903, S. 6.
- 181 VB Rheinbach 1908, S. 27.
- 182 BLASE, Interessenvertretung, S. 81-84.
- 183 StA Siegburg 5790, Rundschreiben Dezember 1919.
- 184 ERSFELD, Eitorfer Bild-Chronik, S. 285.
- 185 JB HK 1901, S. 218.
- 186 JB HK 1905, S. 96; Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 24. Für die folgenden Angaben: ebd., S. 4f.
- 187 Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 8.
- 188 JB HK 1893, S. 5.
- 189 Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 8.
- 190 HStAD LA Bonn 313, 4.10.1893.
- 191 FISCHER, Staatsverwaltung und Interessenverbände, S. 153.
- 192 JB HK 1893, S. 211-214.
- 193 VOELCKER; Gutachten, S. 12; 23; 38; JB HK 1894, S. 13-22; 1895, S. 1-5; 1896, S. 5f; vgl. BLASE, Interessenvertretung, S. 112f.
- 194 JB HK 1894, S. 13.
- 195 Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 12; 20.
- 196 Man erreichte, daß "mit Rücksicht auf den Umfang des Handelskammerbezirkes, die Vielseitigkeit seiner Industrie, das Vorhandensein einer Universität, des Oberbergamtes, zahlreicher klinischer Anstalten u.s.w. die Schriften der sämtlichen Patentklassen" zur Auslage überwiesen wurden. JB HK 1893, S. 211.
- 197 Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 12-17, Zitat S. 13.
- 198 StA Bonn Pr 256; LHAK 403/8350. Die ausführliche Denkschrift der Kammer vom 16. Mai hebt u.a. die Tatsache hervor, daß die Leiter zahlreicher Bank- und Kapitalgesellschaften über keine Universitätsausbildung verfügten.
- 199 VB Bonn 1895/96, S. 132f; 1897/98, S. 113.
- 200 Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 16; JB HK 1909, S. 35; 1910, S. 71.
- 201 FISCHER, Vom Bauerndorf, S. 22.
- 202 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 325.
- 203 Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 17. Ausführlich: JB HK 1911, S. 92-95; VOGT, Gewerbestadt, S. 95.
- 204 Die Bonner Rheinbrücke, S. 8; 14; StA Bonn Pr 5933; Pr 5937; HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 335.

- 205 S. 2 u. 12.  
 206 HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 320.  
 207 VB Gemeinde Godesberg 1.4.1901 - 31.3.1910, S. 37.  
 208 VB Bürgermeisterei Godesberg 1889-1901.  
 209 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 505.  
 210 VB Godesberg 1888-1913, S. 41; HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 321.  
 211 HÖROLDT, Städtische Leistungsverwaltung, S. 77f.  
 212 JB HK 1894, S. 38.  
 213 VOGT, Gewerbestadt, S. 97.  
 214 Ebd., S. 97f.  
 215 KEMP, Trajekt, S. 199.  
 216 HStAD LA Bonn 302.  
 217 VOGT, Gewerbestadt, S. 99f.  
 218 VOGT, Jutespinnerei, passim; HÖROLDT, Bonn 1871-1914, S. 322f.  
 219 HEYDERHOFF, Die wirtschaftlichen Verhältnisse, S. 119.  
 220 JB HK 1904, S. 162.  
 221 VB Waldbröl 1909-1913, S. 62.  
 222 JB HK 1897, S. 31; LÖTTGEN, Rosbach, S. 55; 61.  
 223 Rückblick 20jährige Tätigkeit, S. 19.  
 224 HStAD LA Waldbröl 356.  
 225 ARSK LSK 1838, 7.9.1907.  
 226 HStAD LA Waldbröl 119, 14.3. u. 13.12.1913.  
 227 HStAD LA Waldbröl 370, 18.12.1909; 18.1.1910; 1.7.1912.  
 228 HStAD LA Waldbröl 356, 18.10.1913.  
 229 BUDDE, Waldbröl, S. 283.

#### Kapitel 4:

- 1 VOGT, Industrieunternehmen, S. 166.  
 2 VB Euskirchen 1910-1928, Bd. 1, S. 175.  
 3 Mitteilungen HK Bonn 1, 8.8.1914.  
 4 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 463f.  
 5 VOGT, Jutespinnerei, S. 116ff.  
 6 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 464; LHAK 403/14611: Ausarbeitung "Kriegswirtschaft des Siegkreises".  
 7 DOEPGEN, Neugliederung, S. 45.  
 8 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 464; VB Bonn-Land 1915, S. 23f.  
 9 Ausführlich: BACH, Lebensmittelrationierung, passim.  
 10 OSSENDORF, Zünderfabrik, S. 117f.  
 11 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 464.  
 12 ZERLETT, Bornheim, S. 15.

- 13 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 465; HStAD LA Rheinbach 249; KÖNIG, Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte, S. 172; BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 295.
- 14 HStAD LA Bonn 348, 30.1.1917.
- 15 100 Jahre AWA.
- 16 Kölner Zucker, S. 44; Pfeifer & Langen, Köln, S. 472.
- 17 HStAD LA Bonn 348: Bericht des Bm von Waldorf, 9.1.1917; vgl. VB Bonn-Land 1915, S. 18.
- 18 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 464f.
- 19 BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 295.
- 20 WARKALLA; Industrialisierung Siegburg, S. 25f; 42; 44f; WARNING, Industriestandort Siegburg, S. 59.
- 21 VOGT, Industrieunternehmen, S. 176; DERS., Jutespinnerei, S. 120f.
- 22 ROHDE, Papiererzeugnisse, S. 116f.
- 23 HStAD LA Bonn 348, 2.10.1917.
- 24 Bericht des RP Münster v. 30.1.1917. Zitiert bei: SÜLE, Bürokratie-traditionen, S. 216.
- 25 VOGT, Industrieunternehmen, S. 173-179.
- 26 Ebd., S. 174.
- 27 Ebd., S. 177; DERS., Bonn 1914-1948, S. 466f; vgl. OSSENDORF, Zünderfabrik, S. 118.
- 28 VOGT, Industrieunternehmen, S. 179f.; VB Bonn-Land 1920, S. 33.
- 29 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 449.
- 30 HStAD LA Waldbröl 119, 15.1.1917.
- 31 LHAK 403/14611, 5.5.1916.
- 32 JB HK 1913, S. 227.
- 33 HARDACH, Der Erste Weltkrieg, S. 65; 123.
- 34 KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 211f; vgl. WÜLKER, Wandel, S. 66f; ULLMANN, Wirtschaftsverbände, S. 107.
- 35 StA Bonn ZA 100/582.
- 36 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 454; 470.
- 37 Mitteilungen HK Bonn 17, 15.1.1919: Protokoll der Sitzung vom 14.11.1918.
- 38 WÜLKER, Wandel, S. 65.
- 39 KÖNIG, Kammern zwischen Kooperation und Konzentration, S. 84f.
- 40 KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 212f.
- 41 FRENZEL, Industrie- und Handelskammern, S. 47.
- 42 BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 2f; StA Bonn Kriegsakten 35, HK an Ob v. 9.3.1915.
- 43 BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 3; 9.
- 44 Ebd., S. 6.
- 45 Ebd., S. 9f.
- 46 StA Bonn Pr 70/233, Sitzung v. 28.2.1917.
- 47 Ebd., HK an Ob 22.3.; 24.4.; 3.5. 1917.

- 48 Ebd., Abrechnung v. 13.1.1920; StA Bonn Pr 70/322.
- 49 BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 14ff. Zu den technischen Schwierigkeiten und Sicherheitsvorkehrungen beim Notendruck: StA Bonn Pr 70/325.
- 50 StA Bonn Kriegsakten 5.
- 51 Für Bonn: StA Bonn Pr 2065.
- 52 StA Bonn Kriegsakten 5, Bericht v. 2.4.1918.
- 53 VB Bonn-Land 1920, S. 34.
- 54 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 552.
- 55 LHAK 403/1370.
- 56 ARSK LA Siegkreis 2018, Zeugenaussage des Direktors Kipping v. 16.6.1919.
- 57 Ebd., Vertrag v. 3.12.1918 über die Umstellung auf Friedensproduktion.
- 58 WARNING; Industriestandort Siegburg, S. 82f.
- 59 OSSENDORF; Zünderfabrik, S. 119.
- 60 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 476ff; 498; NEU, Eine britische Armee, S. 501ff; VB Euskirchen 1910-1928, Bd. 1, S. 180.
- 61 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 478f; DERS., Jutespinnerei, S. 126.
- 62 Vgl. Eingabe der HK Bonn v. 9.1.1919 an die britische Besatzung, mangels Ansprechpartner an "Armee-Polizeimeister ... Hotel Stern" adressiert. StA Bonn, Kriegsakten 5.
- 63 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 552.
- 64 Wirminghaus, zitiert bei BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 23.
- 65 LHAK 403/14926, 11.3.1921.
- 66 BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 24ff.
- 67 LHAK 403/14832, RP Birkenfeld an Oberpräsidium v. 27.5.1921.
- 68 HERMANNNS; Handelskammer Mülheim, S. 211f.
- 69 StA Bonn Pr 10/321; Todesanzeige Langen v. 22.2.1929.
- 70 BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 75-79; StA Bonn Pr 31/291.
- 71 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 553.
- 72 ARSK LA Siegkreis 283, 25.4.1922.
- 73 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 486ff.
- 74 StA Bonn Besatzung 364b; Pr 14/16, 8.5.1933.
- 75 StA Bonn Besatzung 368: Retraits d'Arrêtes d'Expulsion Liste 174.
- 76 StA Bonn Pr 20/562.
- 77 ARSK LA Siegkreis 246 Bd. 2.
- 78 StA Bonn Besatzung 121, 5.12.1923.
- 79 Vgl. Bericht der Servais-Werke, Witterschlick, v. 6.11.1926. StA Bonn Du 1948.
- 80 LHAK 403/14944, 26.9.23; StA Bonn Besatzung 415: Bericht über Regie-  
bahn; SPOELGEN, Erinnerungen 1923-1925, S. 125-128.
- 81 Ausführlich: BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 47-54.
- 82 MEYER, Papiernotgeld, besonders S. 25-29.

- 83 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 552; DERS., Jutespinnerei, S. 123; ABELSHAUSER/PETZINA, Krise und Rekonstruktion, S. 57.
- 84 Als Beispiel für zahlreiche ähnliche Berichte über den Rückschlag des Winters 1925/26: ARSK LA Siegkreis 246, Bd. 1, Stimmungsbericht des Bm von Troisdorf v. 24.10.1925; vgl. auch IHK Bonn Rückblick 1926, S. 3.
- 85 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 445.
- 86 STEINBERG, Bevölkerungsentwicklung, S. 41.
- 87 BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 299.
- 88 CROME, Industrie Steine und Erden, S. 85-87.
- 89 Einzelheiten: VOGT, Bonn 1914-1948, S. 561ff.
- 90 Alle Zahlenangaben für 1925: Statistik des Deutschen Reiches 416, Heft 9a.
- 91 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 566.
- 92 StA Bonn Pr 10/125: Ob an RP Köln v. 13.3.1926.
- 93 Westdeutsche Wirtschaftszeitung 2, 1924, Nr. 9, S. 9 (nachgedruckt in: General-Anzeiger v. 28.5.1924). Vgl. STELLER, Führende Männer, S. 132.
- 94 KÖHLER, Bergheim, S. 238.
- 95 BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 297.
- 96 VON FÜRSTENBERG, Tuchfabrik Koenen, S. 168f.
- 97 STELLER, Führende Männer, S. 98f; KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 188.
- 98 ARSK LA Siegkreis 3138: Bm v. Siegburg an Direktion v. 18.1.1928; Rhein-Sieg-Zeitung v. 23.5.31; WARNING, Industriestandort Siegburg, S. 84.
- 99 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 178; 188; 196; 208.
- 100 StA Bonn Pr 31/1104, 27.12.1928; VOGT, Bonn 1914-1948, S. 567f.
- 101 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 588.
- 102 Ebd., S. 502.
- 103 StA Bonn Pr 14/403, Bd. 2.
- 104 StA Bonn Pr 30/160n.
- 105 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 554; 557.
- 106 Ebd., S. 554; IHK Bonn Rückblick 1929, S. 2.
- 107 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 554; HStAD Reg. Köln 8297, 24.1.1931.
- 108 Westdeutsche Wirtschaftszeitung 9, 1931, S. 172f. u. passim.
- 109 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 554; 562; StA Bonn Pr 31/1104, 18.7.1929.
- 110 HStAD Reg. Köln, z.B.: 8286; 8291; 8297f.; 8300.
- 111 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 554; DERS., Jutespinnerei, S. 147.
- 112 VOGT, Jutespinnerei, S. 144; 147f.
- 113 HÖROLDT, Stadt und Universität, S. 275.
- 114 KÖHLER, Bergheim, S. 282.
- 115 Kölner Zucker, Chronik im Anhang; BEUTIN, Euskirchens Wirtschaft, S. 300.
- 116 IHK Bonn Rückblick 1929, S. 13.
- 117 "Die neue Bemberg-Fabrik in Siegburg". General-Anzeiger v. 22.3.1929;



- KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 187.
- 118 "Die Tragödie der Siegburger Industrie". General-Anzeiger v. 28.9.1932.
- 119 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 200; 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 465.
- 120 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 555; Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 455, Heft 16, S. 62ff.
- 121 Für die folgenden Angaben: VOGT, Bonn 1914-1948, S. 555ff.
- 122 FLÖRKEN, Troisdorf, S. 51.
- 123 Die Lage der Wirtschaft im ersten Vierteljahr 1937 im Gebiet der Wirtschaftskammer für den Wirtschaftsbezirk Rheinland. Köln 1937, S. 14f.
- 124 StA Bonn Pr 14/15, 29.9.1937; Pr 14/67, 1.6.1937.
- 125 Zur anfangs geringen Akzeptanz von Textilien aus "deutsche(r) Zellwolle": StA Bonn Pr 14/67, Bericht über die Wirtschaftslage v. 30.11.1936;
- 126 ARSK LA Siegkreis 880.
- 127 FEHRE, Bonn im Spiegel der Zahlen, S. 133.
- 128 50 Jahre Moeller, S. 18.
- 129 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 549; 559; ADELKAMP-ZORES, Wirtschaftsstruktur, S. 111; 217.
- 130 SURHOLT, Wirtschaft Godesberg, S. 63.
- 131 StA Bonn Pr 14/67, Übersicht 1926-1935.
- 132 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 541; vgl. BARKAI, Vom Boykott, S. 45; DERS., Die deutschen Unternehmer, S. 231f. Exemplarisch: Auseinandersetzung um Zulassung des Möbelhändlers Holzenheuer. StA Bonn Pr 14/46; Pr 14/81. Zur Schlußphase der Verdrängungspolitik in zeittypischer Diktion: "Die Entjudung der Wirtschaft im Gau Köln-Aachen". Westdeutsche Wirtschaftszeitung 17, 1939, S. 141-144.
- 133 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 569ff.
- 134 KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 214.
- 135 JB der deutschen Industrie- und Handelskammern 11, 1928/29, S. 225-228; IHK Bonn Rückblick 1926, S. 25f.; 1930, S. 29
- 136 IHK Bonn Rückblick 1926, S. 14.
- 137 IHK Bonn Rückblick 1925, S. 6ff; 1926, S. 6f.
- 138 BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 54f.
- 139 CROME, Das neue Bonner Rheinwerft. In: Westdeutsche Wirtschaftszeitung 2, 1924, Nr. 23, S. 5f.; Der Bonner Hafen, S. 6f.; Grundlegend: FRANCKEN, Rheinwerft.
- 140 IHK Bonn Rückblick 1925, S. 18.
- 141 BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 60f.
- 142 StA Bonn Pr 10/321, 11.8.1928.
- 143 Ebd., 11.5.1929.
- 144 Ebd., 17.10.1928; vgl. VOGT, Bonn 1914-1948, S. 501.
- 145 IHK Bonn Rückblick 1928, S. 21f.
- 146 IHK Bonn Rückblick 1929, S. 10.
- 147 IHK Bonn Rückblick 1930, S. 12.

- 148 Ebd., S. 17.
- 149 Ebd.
- 150 StA Bonn Nachlaß Henry VIIIc 3: 13.4.; 26.9.; 28.9.1931.
- 151 IHK Bonn Rückblick 1926, S. 9; vgl. BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 57; 81f.
- 152 BLASE, Wirtschaftsentwicklung, S. 67-70.
- 153 IHK Bonn Rückblick 1926, S. 26; 1928, S. 27; 1929, S. 15f.
- 154 StA Bonn Pr 14/46. Alef ist noch bis Ende März seiner Tätigkeit als Syndikus nachgekommen: Sowohl die Forderung an den kommissarischen Oberbürgermeister, Gutscheine des Bonner Wohlfahrtsamts nicht in Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften gelten zu lassen (16.3.), als auch die Übersendung einer Liste jüdischer Mitglieder des Einzelhandelsverbandes (25.3.) tragen seine Unterschrift.
- 155 StA Bonn Pr 14/46.
- 156 Ebd.
- 157 General-Anzeiger v. 10.4.1933.
- 158 Ebd.; Deutsche Reichszeitung v. 18.4.1933.
- 159 StA Bonn Pr 14/46, Ortsgruppe Bonn-Mitte v. 22.4.1933.
- 160 Westdeutscher Beobachter v. 24.4.1933.
- 161 StA Bonn Pr 14/46, Protokoll Vollversammlung v. 11.5.1933.
- 162 StA Bonn Pr 14/46, 8.5.1933.
- 163 StA Bonn Pr 14/46, Riemer an NSDAP-Reichsleitung München v. 1.6.1933. Vgl. VOGT, NS-Herrschaft in den Rathäusern, S. 99.
- 164 VB Bonn 1933-1938 (ungedruckt), Anhang.
- 165 RWWA 1/316-5: MS Wirminghaus, Innere Geschichte 1933ff.
- 166 Wirtschaftsbibliothek Köln XVI,276.
- 167 Ebd., S. 2ff.
- 168 Ebd., S. 5-8.
- 169 Ebd., S. 9.
- 170 Ebd., S. 3; 14.
- 171 ALEF, 63 Jahre, S. 149a.
- 172 Westdeutscher Beobachter v. 16.1.1934; vgl. Westdeutsche Wirtschaftszeitung 12, 1934, Nr. 3, S. 68f.
- 173 Westdeutscher Beobachter v. 16.1.1934.
- 174 ALEF, 63 Jahre, S. 149a.
- 175 StA Bonn Pr 10/732.
- 176 BRACHER, Auflösung, S. 602-607; vgl. Kurzbiographie in: Westdeutsche Wirtschaftszeitung v. 23.11.1939.
- 177 16.1.1934.
- 178 ABEL, Industrie- und Handelskammern im NS-Staat, S. 78f; vgl. ARSK LA Siegkreis. 505, 6.7.1933.
- 179 ABEL, Industrie- und Handelskammern im NS-Staat, S. 78.
- 180 Westdeutsche Wirtschaftszeitung 12, 1934, Nr. 20, S. 452f; StA Bonn Pr 14/46, IHK Köln an Ob Bonn v. 19.6.1934.

- 181 StA Bonn 14/46, Aktennotizen Amt 14 v. 22.6.; 26.7.; 10.8. 1934; Verband Bonner Einzelhändler an Ob v. 30.8.1934. Vgl. Westdeutsche Wirtschaftszeitung 12, 1934, Nr. 39.
- 182 StA Bonn Pr 14/46, IHK Köln an Ob Bonn v. 19.9.1934.
- 183 StA Bonn Pr 10/732.
- 184 Westdeutscher Beobachter v. 7.11.1934.
- 185 ROMEYK, Verwaltungsgeschichte Rheinprovinz, S. 443f.; SCHRÖDER Wirtschaftskammern.
- 186 Zur Neubewertung der Rüstungswirtschaft der ersten Kriegsjahre jetzt auch: OVERY, "Blitzkriegswirtschaft"?
- 187 Westdeutsche Wirtschaftszeitung 17, 1939, Nr. 4, S. 87ff.
- 188 Ebd., Nr. 51, S. 1024.
- 189 Westdeutsche Wirtschaftszeitung 18, 1940, Nr. 51, S. 913.
- 190 Alle folgenden Angaben, soweit nicht anders belegt: VOGT, Bonn 1914-1948, S. 595-599; RÖHREN, Industrie in Bonn, S. 39.
- 191 ADERS, Angriff, S. 52f.
- 192 VOGT, Bonn 1939-1945, S. 22; vgl. ODENTHAL, Arbeitseinsatz, S. 22.
- 193 RICKERT, Finanzen, S. 80.
- 194 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 187; WARNING, Industriestandort Siegburg, S. 104f.
- 195 FISCHER, Die Vierziger Jahre, S. 10f.
- 196 VOGT, Bonn 1939-1945, S. 24.
- 197 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 598.
- 198 BA/MA RW 6/450; 451; 452; 453.
- 199 ARSK LA Siegkreis 3221.
- 200 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 599.
- 201 MIERZEJEWSKI, Collapse, S. 169; 183f.; COOPER, German Air Force, S. 358; 373.
- 202 OSSENDORF, Zünderfabrik, S. 120.
- 203 ARSK SK 7, 14.2. u. 14.3.1947.
- 204 Kautex-Werke, S. 462.
- 205 ARSK SK 7, 13.1.1947; ERSFELD, Kriegschronik, S. 104-111.
- 206 VOGT, Bonn 1939-1945, S. 49.
- 207 Kölnischer Kurier v. 31.8.1945.
- 208 VOGT, Bonn 1939-1945, S. 40.
- 209 StA Bonn Pr 10/732: Erlaß v. 16.12.1942. Vgl. ROMEYK, Verwaltungsgeschichte Rheinprovinz, S. 446f.; PIETZSCH, Gauwirtschaftskammern, S. 36.
- 210 Westdeutsche Wirtschaftszeitung 21, 1943, Nr. 13/14, S. 102; vgl. ALEF, 63 Jahre, S. 180.
- 211 125 Jahre IHK Wuppertal, S. 8.
- 212 Westdeutsche Wirtschaftszeitung 21, 1943, Nr. 25-27;
- 213 RWWA RW 13-1; 1/210-6.
- 214 ALEF, 63 Jahre, S. 194. Weitere Ausweichquartiere: Bensberg, Erreshoven

- (Aggertal). StA Bonn Pr 10/751, Memorandum Juni 1945.
- 215 RWWA RW 13-2.
- 216 RWWA 1d/1-4: Erinnerungen Müser, 1962.
- 217 Westdeutsche Wirtschaftszeitung 21, 1943, Nr. 35/36; StA Bonn Pr 10/732.
- 218 StA Bonn Pr 10/732: Besetzung der Dezernate Gauwirtschaftskammer 1.5.1943; Organisation der gewerblichen Wirtschaft, S. 5-8; 10f.; 13ff.; 36ff.
- 219 WEISE, Kammergeschäftsführung, S. 136; DERS., Kammern in Not, S. 12; PROWE, Sturmzentrum, S. 96; vgl. KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 217; FRENZEL, Industrie- und Handelskammern, S. 144; PREUSS, Zusammenbruch, S. 16.
- 220 SCHULZE, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 158.
- 221 VB Bonn 1945-1950 S. 29.
- 222 StA Bonn Pr 10/751: Memorandum IHK ca. Juni 1945; vgl. ebd., "Report concerning Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen" v. 18.3.1945; ebd., Genehmigungsantrag IHK v. 20.6.1945; vgl. MAURER, Lesegesellschaft, S. 73.
- 223 StA Bonn Pr 10/751, 4.5.1945.
- 224 Ebd., 6.4., 11.4. u. 5.6.1945.
- 225 SPOELGEN, Erinnerungen 1945-1949, S. 423f.
- 226 KÜSTERS/MENSING, Kriegsende, Dokument 12, S. 167; StA Bonn Pr 10/751, 12.4. u. 24.4.1945; RWWA 1/320-8: Aktennotiz Pensionsansprüche Crome v. 10.2.1948; vgl. General-Anzeiger v. 12.4.1973.
- 227 General-Anzeiger v. 15.6.1954; 13./14.6.1964.
- 228 RWWA 1/210-6: Aktennotiz Hilgermann v. 18.11.1949; ebd., 1d-12/2: IHK Köln an Militärregierung Köln 26.7.1945.
- 229 VOGT, Neue Quellen.
- 230 StA Bonn Pr 10/751, 20.6.1945.
- 231 HILGERMANN, Weichen, S. 13; Anhang I; PREUSS, Zusammenbruch, S. 12.
- 232 StA Bonn Pr 10/751, 27.6.1945. Zu Pferdmenes' Präsidentschaft: TREUE, Oppenheim, S. 44-49; DERS., Robert Pferdmenes (1986), passim; DERS., Robert Pferdmenes (1990), S. 196f.
- 233 ALEF, 63 Jahre, S. 197.
- 234 RWWA 1d-10/8, 30.6.1945.
- 235 RWWA 1d-11/7, Aktennotiz Hilgermann für Pferdmenes, Juli 1945.
- 236 StA Bonn Pr 10/751, Protokoll einer Besprechung mit Oberst Pirie v. 14.7.1945.
- 237 RWWA 1d-12/2.
- 238 RWWA 1d-10/8, 23.7.1945.
- 239 ALEF, 63 Jahre, S. 199. Vgl. RWWA 1/210-6, Aktennotiz v. 18.11.1949: "Dreimal waren der damalige Präsident Guilleaume und Dr. Alef bei uns, um uns immer wieder förmlich anzuflehen, ihnen den Siegreis zu belassen, weil sonst die Handelskammer Bonn nicht lebensfähig sei."
- 240 HILGERMANN, Weichen, S. 14; DERS., Wandel, S. 27.
- 241 ALEF, 63 Jahre, S. 199ff.

- 242 StA Bonn Pr 10/751, 9.8.1945.
- 243 ALEF, 63 Jahre, S. 202; ARSK SK 4.
- 244 ALEF, 63 Jahre, S. 204; vgl. IHK Bonn: "Abschied von Dr. Alef".
- 245 HILGERMANN, Weichen, S. 14.
- 246 Vgl. IHK Bonn, Präsidiumssitzung v. 3.11.1953.
- 247 ALEF, 63 Jahre, S. 205.
- 248 RWWA 1/210-6: Aktennotiz v. 18.11.1949.
- 249 ALEF, 63 Jahre, S. 205.
- 250 RWWA 1d-10/8: 21.11.1945; 6.8.1946.
- 251 Ebd., 29.11.1945.
- 252 RWWA 1d-12/10: 11.12.1945; vgl. IHK Bonn, Abschiedsworte Alef am 3.1.1955.
- 253 RWWA 1/210-6, Aktennotiz Hilgermann v. 18.11.1949.
- 254 RWWA 1d-3/1, Kuske an IHK Köln v. 12.7.1946.
- 255 RWWA 1/320-8; 1d-12/2.
- 256 RWWA 1/210-7-.
- 257 RWWA 1/210-5: Hilgermann an Graf Strasoldo, 15.4.1950; vgl. ebd., 1d-12/4; 1-210/6.
- 258 HAAS, Entstehung des Auswärtigen Dienstes, S. 25; 33; ZÄNKER, Bauen im Bonner Raum, S. 133f.
- 259 RWWA 1/320-8, 25.1.1950.
- 260 VB Bonn-Land 1946, S. 48.
- 261 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 633; DERS., Jutespinnerei, S. 176.
- 262 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 633.
- 263 ARSK SK 7, Bm-Berichte v. 15.1.; 14.2. u. 14.3.1947.
- 264 Kölnischer Kurier v. 31.8.1945.
- 265 ARSK LA Bonn 3152, 3.12.1946.
- 266 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 632f.; DERS., Jutespinnerei, S. 178.
- 267 SPOELGEN, Erinnerungen 1945-1949, S. 424. Ein Platz in der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik kommt dem Füllfederhalter aus Soennecken-Produktion zu, der bei Unterzeichnung des Grundgesetzes verwendet wurde. (Im Besitz der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland").
- 268 StA Bonn Be 296, Kriegsschädenamt 31.12.1945.
- 269 Die Wirtschaft 20/1950, S. 1ff.
- 270 Die Wirtschaft 19/1950, S. 1ff.
- 271 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 473; Kölner Zucker, S. 54f.
- 272 RWWA 1d-11/7: Aktennotiz Hilgermann v. 4.7.1945; VOGT, Entwicklung der Bonner Industrie, S. 13.
- 273 Kölnischer Kurier v. 21.8.1945.
- 274 Ungedruckter VB in: ARSK SK 4233.
- 275 ARSK SK 59.
- 276 HStAD NW 53/378, Oberpräsident Nord-Rheinprovinz an Militärregierung v. 31.7.1946.

- 277 ARSK SK 7, 11.1.1947.
- 278 RÖHREN, Tapeten, S. 3.
- 279 ZYZIK, Tapetenproduktion, S. 15.
- 280 RWWA 1d-10/8 v. 13.8.1945; ARSK SK 7, 14.1.1947.
- 281 HStAD NW 53/378: Schreiben v. 27.4.1946 an das Hauptquartier der Militärregierung für die Nord-Rheinprovinz.
- 282 LESZCZYNSKI, Bad Godesberg, S. 68.
- 283 ARSK SK 6, Bericht an die Militärregierung v. Juni 1947, Anlage J.
- 284 BUCHHEIM, Währungsreform, S. 192f.
- 285 ARSK LA Bonn 3151, Bm-Bericht v. 14.3.1947.
- 286 ARSK SK 223.
- 287 Ungedruckter VB in: ARSK SK 4233.
- 288 ARSK SK 7, Bm-Berichte v. 14.2. u. 14.3.1947.
- 289 JB IHK Bonn 1949, S. 20; 75 Jahre Chronos; RÖHREN, Klöckner-Mannstaedt, S. 2f.
- 290 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 634.
- 291 ARSK LA Bonn 3152, 9.12.1946.
- 292 ALEF, 63 Jahre, S. 210-219; JB IHK Bonn 1952, S. 170f.
- 293 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 24.10.1946.
- 294 HERRMANN, Wiederanfang, S. 85.
- 295 HStAD NW 53-371: Militärregierung Nord-Rheinprovinz an Oberpräsident v. 20.11.1945.
- 296 PREUSS, Zusammenbruch, S. 18f.; ROMEYK, Verwaltungsgeschichte NRW, S. 212; KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 217.
- 297 ALEF, 63 Jahre, S. 206.
- 298 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 24.10.1946.
- 299 IHK Bonn, Beiratssitzungen v. 27.1. u. 7.3.1947; Die Wirtschaft 1.2/1947, S. 1.
- 300 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 17.4.1947.
- 301 In einer an das NRW-Wirtschaftsministerium gerichteten Anforderung von Informationen v. 15.8.1947 bezieht sich der britische Wirtschaftsoffizier auf "the unsatisfactory administration of the Chamber of Commerce, Bonn". PRO FO 1013/841.
- 302 ALEF, 63 Jahre, S. 208.
- 303 PRO FO 1013/841, Wirtschaftsoffizier im Hauptquartier der Militärregierung NRW v. 17.3.1947.
- 304 PRO FO 1013/841, 18.4.1947.
- 305 Ebd., 8.5.1947.
- 306 PRO FO 1013/841.
- 307 Hauptgeschäftsführer Alef wird z.B. in einem Bericht als Stellvertreter des Kammerpräsidenten genannt; in einer Übersicht über den Stand der Kammerorganisation Ende März 1946 heißt es, Informationen über die Kreise Bonn, Euskirchen, und Siegburg, also den inzwischen fest etablierten Bonner Kammerbezirk, seien nicht eingegangen. PRO FO 1013/840: "Charts of Chambers of Commerce at present forming".

- 308 ALEF, 63 Jahre, S. 208.
- 309 HStAD NW 53-378: Militärregierung der Nord-Rheinprovinz an Oberpräsident v. 22.9.1945.
- 310 IHK Bonn, Rundschreiben 14 v. 11.6.1946.
- 311 ALEF, 63 Jahre, S. 208.
- 312 PREUSS, Zusammenbruch, S. 22ff.
- 313 RWWA 1d-10/3: Guilleaume an Pferdenges v. 6.7.1946.
- 314 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 27.1. 1947.
- 315 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 17.4.1947.
- 316 PREUSS; Zusammenbruch, S. 24. Zur Mitbestimmungsfrage jetzt auch die Dokumentation: WEISE, Mitbestimmungsdiskussion.
- 317 WEISE, Kammern in Not, S. 197.
- 318 IHK Bonn, Wirtschaftsausschuß v. 13.5. u. 9.6.1946. Einen festen Ansprechpartner in Neuansiedlungsfragen erhielt die Kammer schließlich im 1948 gegründeten "Amt für Wirtschaftsförderung" der Bonner Stadtverwaltung. VB Bonn 1945-1950.
- 319 StA Bonn Pr 71/940, 19.11.1946.
- 320 VOGT, Bonn 1914-1948, S. 634.
- 321 ARSK LA Bonn 136, 29.12.1947.
- 322 VOGT Bonn 1914-1948, S. 634; SCHMITZ, Industrie, Handel, Handwerk, S. 314. Vgl. Die Wirtschaft 18/1950, S. 1-3; KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegbkreis, S. 220f; MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S 689f.
- 323 IHK Bonn, Rundschreiben 6 v. 11.2.1946.
- 324 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 27.1.1947.
- 325 IHK Bonn, Präsidiumssitzung v. 22.3.1948.
- 326 StA Bonn N 80/62; N 80/76; vgl. Bonn: Die neue Rheinbrücke, S. 16.
- 327 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 2.9.1948; dass., um den Punkt "Beziehungen" gekürzt, in: Die Wirtschaft 10/1948, S. 1; ebd. 15/1949, S. 2.
- 328 BACHEM, Beueler Chronik, S. 132.
- 329 Die Wirtschaft 15/1949.
- 330 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 4.5.1949.
- 331 Die Wirtschaft 6/1948.
- 332 IHK Bonn, Beiratssitzung v. 30.6.1948.
- 333 IHK Bonn, 1.9.1949.

## Kapitel 5:

- 1 HÖROLDT, Bonn 1794-1989, S. 756; DERS., 25 Jahre Bundeshauptstadt, S. 83.
- 2 POMMERIN, Hauptstadtfrage, S. 34f.
- 3 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 644. Für die folgenden Angaben, soweit nicht anders belegt, S. 641-663.
- 4 POMMERIN, Hauptstadtfrage, S. 127; HÖROLDT, 25 Jahre Bundeshauptstadt, S. 81.



- 5 POMMERIN, Hauptstadtfrage, S. 206.
- 6 Ebd., S. 208f.
- 7 Ebd., S. 100f.
- 8 Die Wirtschaft 3/1949, S. 1.
- 9 IHK Bonn, Rundschreiben v. 25.7.1949. Zur Hilfestellung der IHK Bonn bei der Übersiedlung des DIHT aus Frankfurt in die Bundeshauptstadt: DIHT Tätigkeitsbericht 1949/50, S. 115.
- 10 Die Wirtschaft 8/1949, S. 2.
- 11 VB Bonn 1950-1955, S. 8.
- 12 Die Wirtschaft 13/1950, S. 3f.
- 13 STÖCK, Versicherungswirtschaft, S. 3; vgl. 50 Jahre Deutscher Herold, S. 28; 30.
- 14 JB IHK Bonn 1950, S. 18; vgl. SACHSE, Gewerbliche Wirtschaft, S. 14.
- 15 IHK Bonn, Abschied Alef: MS, S. 4; vgl. auch Präsidiumssitzung v. 21.11.1952.
- 16 VB Bonn 1950-1955, S. 8.
- 17 Vgl. HÖROLDT, Bonn 1794-1989, S. 757.
- 18 VB Bonn 1956-1964, S. 281.
- 19 HÖROLDT, 25 Jahre Bundeshauptstadt, S. 83.
- 20 Ebd., S. 84f.
- 21 Gemeindestatistik NRW, Sonderreihe Volkszählung 1970, Heft 3c, S. 10-13.
- 22 FEHRE, Strukturwandel, S. 515.
- 23 HÖROLDT; 25 Jahre Bundeshauptstadt, S. 85; Gemeindestatistik NRW, Sonderreihe Volkszählung 1970, Heft 3c, S. 18-29.
- 24 HÖROLDT, 25 Jahre Bundeshauptstadt, S. 86.
- 25 Die Wirtschaft 1/1964, S. 2f.
- 26 KELLENBENZ, Wirtschaft im Regierungsbezirk Köln, S. 348; BECKER, Braunkohle S. 120f.
- 27 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 649.
- 28 Made in Bonn, S. 73. Zu den Vorkriegsaktivitäten im Duisdorfer Werk: CROME, Industrie und Handel, S. 42; Anzeige S. 236.
- 29 JB IHK Bonn 1954, S. 7f. Stand: Ende März 1954.
- 30 ADAMSEN, Frühphase der Bundesrepublik, S. 244.
- 31 WARNING, Industriestandort Siegburg, S. 107-111.
- 32 Lemmerz-Werke, S. 465.
- 33 MÜLLER-GOLDKUHLE, Eitorf, S. 57.
- 34 SCHMITZ, Der Bonner Raum.
- 35 Made in Bonn, S. 41; 48.
- 36 SCHÄFER, Ringsdorf, S. 49f.
- 37 KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegkreis, S. 200; 202.
- 38 Made in Bonn, S. 28-33.
- 39 Ebd., S. 80.
- 40 VOGT, Jutespinnerei, S. 190-193; FERDINAND, Düren-Euskirchen-Zülpich,

- S. 128.
- 41 MÜLLER-GOLDKUHLE, Eitorf, S. 63.
  - 42 VB Bonn-Land 1954-1958, S. 15.
  - 43 Vergleichszahlen für Bonn: SACHSE, Gewerbliche Wirtschaft, S. 12.
  - 44 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 701; vgl. SACHSE, Gewerbliche Wirtschaft, S. 14.
  - 45 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 702; VB Bonn 1979-1984, S. 359f
  - 46 KIERAS, Wirtschaftsstruktur, S. 10-13; vgl. Die Wirtschaft 10/1977, S. 8; SCHMITZ, Industrie, Handel und Gewerbe, S. 317.
  - 47 WARNING, Industriestandort Siegburg, S. 115f.
  - 48 SANDER, Siegmündungsgebiet, S. 75.
  - 49 JÄKEL/JUNGE, Industrie- und Handelskammern, S. 14f; KÖNIG, Handelskammern als Mittler, S. 217ff; VAN EYLL, Kammern der Wirtschaft, S. 645; DIES., Berufsständische Selbstverwaltung, S. 359-362.
  - 50 IHK Bonn, Personenverzeichnis 1960, S. 67-71.
  - 51 IHK Bonn, Personenverzeichnis 1967; 1967. Hier auch jeweils Einzelheiten zu Wahlverfahren und Ausschußbesetzung. Zum Aufgabenzuwachs der Industrie- und Handelskammern allgemein: WÜLKER, Wandel, S. 108-111; JÄKEL/JUNGE, Industrie- und Handelskammern, S. 31-86.
  - 52 JB IHK Bonn 1951, S. 95-102; Zitat S. 99.
  - 53 Die Wirtschaft 10/1961, S. 1ff.
  - 54 Vgl. "Die unentbehrliche Handelskammer": Die Wirtschaft 19/1950.
  - 55 IHK Bonn, Abschiedsworte Alef am 3.1.1955 vor Präsidium und Mitarbeitern.
  - 56 Die Wirtschaft 12/1966, Nachruf; General-Anzeiger v. 13./14.12. 1964 u. 14.12.1966.
  - 57 Die Wirtschaft 2/1951, S.1.
  - 58 Die Wirtschaft v. 26.11.1962, S. 2-5; JB IHK Bonn 1962, S. 87.
  - 59 Die Wirtschaft v. 19.4.1963, S. 2; dass. 4/1974, S. 1.
  - 60 LINN, Flüchtlinge, S. 182; vgl. KLEINERT, Flüchtlinge, S. 186; HICKISCH, Kristallkronleuchter, S. 212.
  - 61 Die Wirtschaft 4/1976, S. 1.; IHK Bonn, Protokolle der Vollversammlungen v. 20.6.1975; 5.10.1976; 13.12.1976; 12.12.1989.
  - 62 IHK Bonn, Präsidiumssitzung v. 15.8.1949.
  - 63 Die Wirtschaft 3/1952, S. 3.
  - 64 JB IHK Bonn 1966, S. 59f.; Die Wirtschaft 3/1952, S. 3f.; 7/1966, S. 1f.
  - 65 Vgl. IHK Bonn, Präsidiumssitzungen v. 27.7. u. 3.11.1953.
  - 66 Die Wirtschaft 7/1970, S. 1f; 4/1976, S. 1; JB IHK Bonn 1977, S. 1.
  - 67 RITTER, Brennpunkt des Verkehrs.
  - 68 Die Wirtschaft 10/1954, S. 4.
  - 69 Veränderung der Höhenlage der Bundesbahn. Ein Beitrag zur Lösung von Verkehrsproblemen im Stadtgebiet von Bonn.
  - 70 Die Wirtschaft 2/1960, S. 12.
  - 71 StA Bonn Nachlaß Hopmann 52, 26.10.1960.

- 72 JB IHK Bonn 1963, S. 36f.
- 73 JB IHK Bonn 1965, S. 39f.; vgl. Die Wirtschaft 10/1976, S. 1-7; BEREKOVEN, Einzelhandel, S. 103.
- 74 Die vorläufige Bundeshauptstadt, S. 1.
- 75 HESSE, Würde und Bürde, S. 135.
- 76 Die Wirtschaft 7/1965, S. 1f.
- 77 MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 708f.
- 78 IHK Bonn, Präsidiumssitzungen v. 15.12.1952 u. 22.11.1953.
- 79 VB Beuel 1952-1961, S. 54.
- 80 Die Wirtschaft 8/1961, S. 1ff.
- 81 Pressemitteilung der Landesregierung NRW v. 29.6.1966. Auch nach Ansicht des Kölner Regierungspräsidenten waren die von Bonn geforderten Industrieansiedlungsflächen nicht immer überzeugend begründet. Vorschlag Neugliederung ("Weyer-Plan"), S.12.
- 82 JB IHK Bonn 1967, S. 13f.
- 83 ROMEYK, Verwaltungsgeschichte NRW, S. 213; JÄKEL/JUNGE, Industrie- und Handelskammern, S. 15.
- 84 General-Anzeiger v. 29.7.; 3.8.; 3.9. 1976; 14.1.1977; Bonner Rundschau v. 4.8.1976. IHK Bonn, Protokolle der Vollversammlungen v. 9.12.1975 u. 5.10.1976.
- 85 JB IHK Bonn 1971, S. 22.
- 86 JB IHK Bonn 1976, S. 1.
- 87 General-Anzeiger v. 4.11.1976.
- 88 JB IHK Bonn 1976, S. 1; vgl. General- Anzeiger v. 24.8.1976; 14.1.1977.
- 89 General-Anzeiger v. 3.8.1976.
- 90 General-Anzeiger v. 13./14.11.1976.
- 91 JB IHK 1976, S. 1; vgl. General-Anzeiger v. 14.1.1977.
- 92 Die Wirtschaft 3/1977, S. 1; 4/1975, Beilage; JB IHK Bonn 1977, S. 1.
- 93 Die Wirtschaft 3/1977, S. 2; 6.
- 94 JB IHK Bonn 1977, S. 1; vgl. dass. 1976, S. 12.
- 95 JB IHK Bonn 1977, S. 1f; Die Wirtschaft 12/1977, S. 4; 12/1978 S.4; 2/1981, S. 2; Die Welt v. 19./20.8. u. 21.8. 1978.
- 95a IHK Bonn, Protokolle der Vollversammlung 1977-1990.
- 96 Die Wirtschaft 3/1979, S. 1-9; JB IHK Bonn 1977, S. 3. Zum Konflikt zwischen Demonstrationsrecht und Gewerbefreiheit: Die Wirtschaft 3/1984, S. 3-9.
- 97 Die Wirtschaft 6/1982, S. 3-8; 1/1983, S. 3f; Rhein-Sieg-Kreis, Handels- und Gaststättenzählung 1979, S. 21; 53; SCHMITZ, Bonn wirtschaftlich gesehen, S. 2; SCHMITZ, Industrie, Handel, Gewerbe, S. 314; MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 696; KÜNSTER/SCHNEIDER, Siegburg, S. 218.
- 98 Die Wirtschaft 7/1982, S. 10ff.
- 99 Ergebnisse Volkszählung 1987, S. 34f; 38; 53. MÜLLER-LIST, Bonn 1949-1989, S. 691.
- 100 Die Wirtschaft 2/1977, S. 8-11; 10/1979, S. 1f. Zusammenhängende

- Darstellung der Problematik: SCHMITZ, Industrie, Handel, Gewerbe, S. 315ff.
- 101 VB Bonn 1979-1984, S. 276.
- 102 Die Wirtschaft 10/1984, S. 24-27; JB IHK Bonn 1984, in: Die Wirtschaft 3/1985, S. 38; JB IHK Bonn 1986, in: Die Wirtschaft 3/1987, S. 31.
- 103 Die Wirtschaft 1/1988, S. 4ff.; zum Kooperationsvertrag v. 27.2.1989 vgl. Die Wirtschaft 4/1989, S. 17.
- 104 JB IHK Bonn 1951, S. 95.
- 105 JB IHK Bonn 1984, in: Die Wirtschaft 3/1985, S. 38.
- 106 Die Wirtschaftsregion Bonn.
- 107 Ebd., Vorwort, S. I.
- 108 Der Anteil des sekundären Sektors an der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer stellte 1984 mit 22% den niedrigsten aller kreisfreien Städte in NRW dar. KEMPER/KOSACK, Bevölkerungsgeographische Skizze, S. 34.
- 109 Die Wirtschaftsregion Bonn, S. 36f.; 62ff.
- 110 Ebd., S. 209ff; 226ff; vgl. IHK Bonn, Daten und Fakten 1979.
- 111 Die Wirtschaftsregion Bonn, S. 214f.
- 112 Die Wirtschaft 6/1986, S. 3-9.,
- 113 IHK Bonn, Protokoll der Vollversammlung v. 9.12.1986.
- 114 Die Wirtschaft 8/1989, S. 12-15; 9/1989, S. 4-8; 10/1989, S. 4-17.
- 115 SCHNEIDER, Die Zukunft Bonns, S. 149.
- 116 Die Wirtschaft 4/1990, S. 2; vgl. IHK Bonn, Protokoll der Vollversammlung v. 21.8.1990.
- 117 Die Wirtschaft 9/1990, S. 2.
- 118 IHK Bonn, Protokoll der Vollversammlung v. 7.3.1991.

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Archivalien:

### Public Record Office (PRO):

Bestand FO 1013 Nr. 840; 841.

### Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg (BA-MA):

Bestand RW 6 Nr. 450; 452; 453.

### Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK):

Bestand 403 Nr. 1370; 8223; 8232; 8234; 8298; 8326; 8350;  
14611; 14832; 14926; 14944.

### Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD):

Bestand Reg. Köln Nr. 2062; 2150; 8286; 8291; 8297; 8298; 8300.

Bestand LA Bergheim Nr. 19.

Bestand LA Bonn Nr. 302; 309; 313; 340; 348.

Bestand LA Rheinbach Nr. 249; 383.

Bestand LA Waldbröl Nr. 119; 356; 365; 370.

Bestand NW 53 Nr. 371; 378.

### Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (RWWA):

Bestand 1/210 Nr. 5; 6; 7.

Bestand 1/316 Nr. 5.

Bestand 1/320 Nr. 8.

Bestand 1d Nr. 1/4; 3/1; 10/3; 10/8; 11/7; 12/2; 12/4; 12/10.

Bestand RW 13 Nr. 1; 2.

### Stadtarchiv Bonn (StA Bonn):

Bestand Be Nr. 296

Bestand Du Nr. 1948.

Bestand Pr Nr. 10/125; 10/321; 10/732; 10/751;  
14/15; 14/16; 14/46; 14/67; 14/81; 14/403;

20/560; 20/562;  
30/160n;  
31/291; 31/1104;  
70/233; 70/322; 70/325;  
71/940;  
72/173;  
256; 269; 270; 271; 283; 1838; 2065; 5305; 5693;  
5933; 5937.

Nachlaß Henry VIII C 3.

Nachlaß Hopmann 52.

Stadtarchiv Siegburg (StA Siegburg):

Nr. 5790.

Archiv des Rhein-Sieg-Kreises (ARSK):

Bestand SK Nr. 4; 7; 59; 223; 4233.

Bestand LA Bonn Nr. 136; 3151; 3152.

Bestand LA Siegkreis Nr. 246; 283; 505; 880; 1838; 2018; 3138; 3221.

Sammlung Zengerle Nr. 33.

**Gedruckte Quellen und Darstellungen:**

ABEL, Heinz, Die Industrie- und Handelskammern im nationalsozialistischen Staate. Diss. Breslau, Würzburg 1940.

ABELSHAUSER, Werner und Dietmar PETZINA (Hg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter. Konjunktur, Krise, Wachstum. Königstein 1981.

ABELSHAUSER, Werner und Dietmar PETZINA, Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland im 20. Jahrhundert. In: ABELSHAUSER/PETZINA, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 47-93.

ADAMSEN, Heiner R., Faktoren und Daten der wirtschaftlichen Entwicklung in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland 1948-1954. Archiv für Sozialgeschichte 18, 1978, S. 217-244.

ADELKAMP-ZORES, Die Wirtschaftsstruktur der Stadt Bonn. Diss. (maschinenschriftlich) Köln 1947.

ADELMANN, Gerhard, Der gewerblich-industrielle Zustand der Rheinprovinz im Jahre 1836. Amtliche Übersichten. Bonn 1967.

ADELMANN, Gerhard, Die ländlichen Textilgewerbe des Rheinlandes vor der Industrialisierung. Rheinische Vierteljahrsblätter 43, 1969, S. 260-288.

- ADERS, Gebhard, Der Luftangriff auf Bonn am 18. Oktober 1944. Der Versuch einer Rekonstruktion nach englischen Quellen. In: VOGT (Hg.), Bonn im Bombenkrieg, S. 50-72.
- ALEF, Hermann, 63 Jahre Handelskammer Bonn (Manuskript IHK Bonn).
- ARNTZ, H. Dieter, Eine Sonntagsschule für die "Fabrikknaben". Armenbildung im 19. Jahrhundert. Jahrbuch des Kreises Euskirchen 1977, S. 35-38.
- BACH, F. W., Untersuchungen über die Lebensmittelrationierung im Kriege und ihre physiologisch-hygienische Bedeutung auf Grund der Lebensmittelversorgung in Bonn während der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 28. Dezember 1918. München o.J.
- BACHEM, Carl Jakob, Beueler Chronik. Zeittafel zur Geschichte des rechtsrheinischen Bonn. Bonn 1989 (=Studien zur Heimatgeschichte des Stadtbezirks Beuel 26).
- Bad Münstereifel. Rheinischer Städteatlas, Lieferung II, Nr. 7. Bonn 1974.
- BARKAI, Avraham, Vom Boykott zur "Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt 1988.
- BARKAI, Avraham, Die deutschen Unternehmer und die Judenpolitik im "Dritten Reich". Geschichte und Gesellschaft 15, 1989, S. 227-247.
- BARKHAUSEN, Max, Die Entstehung der rheinischen Industrie im 18. Jahrhundert und die Entstehung eines Großbürgertums. Rheinische Vierteljahrsblätter 19, 1954, S. 135-177.
- BAUMANN, Jakob und Bernd WIESE, Der Erftkreis. Natur, Mensch, Wirtschaft. Köln 1986.
- BAYER, Guido, Dr. Ludwig Clamor Marquart. Diss (maschinenschriftlich) Bonn 1962.
- BECKER, Adolf, Die Bröлтаalbahn. Die Geschichte der ältesten Schmalspurbahn Deutschlands. Niederkassel-Mondorf 1988.
- BECKER, Adolf, Emil Langen. Seine Bedeutung für die industrielle Entwicklung Troisdorfs. Troisdorfer Jahreshefte 18, 1988, S. 29-34.
- BECKER, Otto, Braunkohle am Rande der Römerstadt Zülpich. Heimatkalender Euskirchen 1959, S. 120-124.
- BEISSEL, Otto Graf, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes vom Jahre 1887/88 bis 1889/98. Bergheim o.J.
- BEISSEL, Otto Graf, Der Kreis Bergheim, seine Verwaltung und seine wirtschaftliche Entwicklung während des Zeitraumes vom Jahre 1898/99 bis 1909. Brauweiler o.J.
- BERCHEM, Adolf, Von der Entstehung bis zur Aufgabe der Friesdorfer Alaunhütte (1809-1890). Godesberger Heimatblätter 14, 1977, S. 17-27.
- BEREKOVEN, Ludwig, Geschichte des deutschen Einzelhandels. Frankfurt 1987.
- Amtlicher Bericht über die Allgemeine Pariser Ausstellung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Gewerbefleißes und der schönen Kunst im Jahre 1855. Berlin 1856.
- BERTRAMS, Karl, Die Wirtschaft des Waldbröler Raumes. In: Waldbröl im Spiegel der Zeit. Festschrift zur Stadtwerdung von Waldbröl. O.O. 1957, S. 63-73.
- BERWING, Margit, Michael WEISSER und Adelhart ZIPPELIUS, Steingutfabrik und Kunsttöpferei Franz Anton Mehlern in Bonn und Steinzeugfabrik Villeroy & Boch, Bonn. Katalog 3 zur Ausstellung "Volkskunst im Wandel". Köln 1984 (=Führer und Schriften des Rheinischen Freilichtmuseums und Landesmuseums für Volkskunde in Kommern 13).



- BERZHEIM, Bernhard, Ippendorf. Vom armen Bauerndorf zum bevorzugten Bonner Wohnort. Bonn 1990.
- Beuel, Stadt am Rhein. Zum Tage der Stadterhebung am 24. August 1952. Herausgegeben von der Stadtverwaltung Beuel. Beuel o.J.
- BEUTIN, Ludwig, Euskirchens Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert. In: FRANKE, Josef (Hg.), 650 Jahre Stadt Euskirchen 1302-1952. Festschrift zum Stadtjubiläum. Euskirchen 1952, S. 287-312.
- Bibliographie zur Geschichte und Organisation der Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Industrie- und Handelstages. Bonn 1986.
- BLASE, Elmar, Die wirtschaftliche Interessenvertretung von Handel und Gewerbe in Bonn vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis 1914. Köln 1965 (maschinenschriftlich, IHK Bonn).
- BLASE, Elmar, Wirtschaftsentwicklung und Tätigkeit der Industrie- und Handelskammer Bonn 1914 bis 1934. Bonn 1971 (maschinenschriftlich, IHK Bonn).
- BÖNIG, Ilse, Die Bevölkerungsentwicklung des Rhein-Sieg-Kreises. In: Der Rhein-Sieg-Kreis (1983), S. 220-235.
- Bonn. Die neue Rheinbrücke 1949. Herausgegeben von der Stadt Bonn. Bonn 1949.
- Der Bonner Hafen. Bonn 1983.
- Die Bonner Rheinbrücke. Festschrift zur Eröffnung am 17. December 1898. Bonn 1898.
- BRACHER; Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Villingen <sup>5</sup>1971 (=Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 4).
- BRANDT, Paul, Aufbau und Verflechtung der Industrie- und Handelskammerbezirke Köln und Bonn. Köln o.J. (maschinenschriftlich, Wirtschaftsbibliothek Köln).
- Bröthaler-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft 1863-1913. Fünfzig Jahre Bestehen. Köln o.J.
- BUCHHEIM, Christoph, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36, 1988, S. 189-231.
- BUDDE, Otto, Waldbröl, wie es wurde, was es ist. Gummersbach 1981.
- BÜCHER, Johannes, Von der Leinenbleiche zum "Beueler Duft". Gewerbliches Bleichen und Waschen in Beuel. In: Die Große Wäsche. Köln 1988 (=Schriften des Rheinischen Freilichtmuseums - Landesmuseum für Volkskunde - 34.), S. 76-82.
- BÜCHER, Johannes, Leonard Stroof. Der erste Bürgermeister von Vilich (Beuel). Bonn 1990.
- BÜCHER, Johannes, Wilhelm Windgassen, ein Industriepionier. Holzlarer Bote Jahrgang 3, Nr. 4 (Dezember 1989).
- COOPER, Matthew, The German Air Force 1933-1945. An Anatomy of Failure. London 1981.
- CROME, Heinrich, Bonn als Industriestandort. In: Bonn, Sonderdruck der Export-Woche (1913), S. 17-24.
- CROME, Heinrich, Industrie- und Handel in Bonn und Umgebung im Rahmen der rheinischen Wirtschaft. In: SPOELGEN (Hg.), Bonn, S. 37-45.
- DAELEN, Willy, Der Braunkohlenbergbau im Kreise Euskirchen speziell auf Grube "Donatus" bei Liblar. Euskirchen 1897.
- DARIUS, Veronika u.a., Bad Honnef. Stadtentwicklung und Stadtstruktur. Köln 1979

- (=Landeskonservator Rheinland, Arbeitsheft 26).
- DECKER, Karl-Heinz, Kreis Euskirchen. Neue Impulse und Chancen. Jahrbuch des Kreises Euskirchen 1973, S. 5-9.
- DECKER, Karl-Heinz, Neue Wege gehen. Berufsbildungszentrum in Euskirchen. Jahrbuch des Kreises Euskirchen 1971, S. 46-48.
- DEETERS, Joachim, Die Aktionäre der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft im Gründungsjahr 1837. In: Kölner Unternehmer und die Frühindustrialisierung, S. 116-146.
- Denkschrift zur Begründung des Unternehmens einer zwischen Bonn, Coblenz und Bingen ... anzulegenden Eisenbahn. Köln 1850.
- Deutscher Industrie- und Handelstag. Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1949/50. O.O. 1950.
- Deutsche Wirtschaftsgebiete. Illustrierte Zeitschrift für Handel und Industrie. Sondernummer Köln-Bonn, Leipzig 1921.
- DIETZ, Josef, Wesseling. Ein Heimatbuch. Wesseling 1962.
- DOEPGEN, Heinz, Geschichte des Kreisgebietes von der Karolingischen Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Der Rhein-Sieg-Kreis (1983), S. 78-129.
- DOEPGEN, Heinz, Kommunale Neuordnung im preußischen Rheinland am Beispiel des Raumes Bonn. Dokumentation über Eingemeindung von Teilen des Gebietes des Kreises Bonn in die Stadt Bonn (1887-1925). Heimatblätter des Rhein-Sieg-Kreises 97, 1970, S. 44-64.
- DOEPGEN, Heinz, Der Rhein-Sieg-Kreis und seine Rechtsvorgänger, die Kreise Bonn, Rheinbach, Siegburg, Uckerath und der Siegkreis. In ENNEN/HÖROLDT (Hg.), Aus Geschichte und Volkskunde, S. 352-379.
- DOLATA, Eduard, Das rheinische Vorgebirge als Industriegebiet. Würzburg 1935.
- DOLLEN, Busso von der, Bonn Poppelsdorf. Die Entwicklung und Bebauung eines Bonner Vorortes in Karte und Bild. Köln 1979 (=Landeskonservator Rheinland, Arbeitsheft 31).
- DOLLEN, Busso von der, Die Stadtregion Bonn. Entwicklung der Bebauung (Primärbauung). Köln 1989 (=Geschichtlicher Atlas der Rheinlande Beiheft IV/3.2.).
- DORSCH, Volker, Die Handelskammern der Rheinprovinz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eine Studie zu Funktion und Entwicklung wirtschaftlicher Interessenvertretungen. Wiesbaden 1982 (=Frankfurter Historische Abhandlungen 24).
- ECKERT, Christian, Entstehung und Aufgabenkreis des Vereins der Industriellen. In: Fünfzig Jahre Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln e.V. Kölner Industriehefte 19, Köln 1931, S. 33-62.
- ECKERT, Christian, Friedrich Soennecken. In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 2, Heft 2/3, Münster 1937, S. 341-362.
- ECKERT, Christian, Die Stellung der Handelskammern im Aufbau der wirtschaftlichen Interessenvertretungen. Bonn <sup>2</sup>1922.
- Die Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter der größeren gewerblichen Anlagen im preußischen Staate. Teil 2, Berlin 1876.
- ELBERSKIRCH, Ludwig, Das Hungerjahr 1847 im Siegkreis. Heimatblätter des Rhein-Sieg-Kreises 49/50, 1981/82, S. 62-92.
- EMSBACH, Karl, Die soziale Betriebsverfassung der rheinischen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert. Bonn 1982 (=Rheinisches Archiv 115).

- ENNEN, Edith, Bonn 1597-1794. Ein Resümee. In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 3, S. 537-546.
- ENNEN, Edith, Arnold E. MAURER und Claudia VALDER-KNECHTGES, Bonn unter französischer Herrschaft (1794-1814). In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 4, S. 9-71.
- ENNEN, Edith, Die kurkölnische Haupt- und Residenzstadt in einem Jahrhundert der friedlichen und glanzvollen Entwicklung. In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 3, S. 205-349.
- ENNEN, Edith, Die kurkölnische Residenz Bonn und ihr Umland in einem Jahrhundert der Kriege. In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 3, S. 15-203.
- ENNEN, Edith, Wirtschaftsleben und Sozialstruktur Bonns im Zeitalter der französischen Revolution und des Kaiserreiches. Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 166 (Festschrift für Max Braubach), S. 129-161.
- ENNEN, Edith und Dietrich HÖROLDT (Hg.), Aus Geschichte und Volkskunde von Stadt und Raum Bonn. Festschrift Josef Dietz zum 80. Geburtstag am 8. April 1973. Bonn 1973 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 10).
- ENNEN, Edith und Dietrich HÖROLDT, Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt. Kleine Geschichte der Stadt Bonn. Bonn <sup>3</sup>1976.
- Ergebnisse der Volkszählung 1987. Teil 1. Rhein-Sieg-Kreis. Der Oberkreisdirektor, Abteilung für Statistik. Siegburg o.J.
- ERSFELD, Hermann Josef, Eitorfer Bild-Chronik. Ein Beitrag zur Ortsgeschichte. Eitorf 1980.
- ERSFELD, Josef, Eitorfer Kriegschronik. Eitorf 1950.
- ESTERHUES, Elisabeth (Bearb.), Die Familie von Langen und die Kölner Handelskammer. Köln 1961.
- EYLL, Klara van, Berufsständische Selbstverwaltung. In: JESERICH, Kurt u.a. (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte 5. Stuttgart 1987, S. 349-367.
- EYLL, Klara van, Die Geschichte einer Handelskammer. Dargestellt am Beispiel der Handelskammer Essen 1840 bis 1910. Köln 1964 (=Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte N.F. 10).
- EYLL, Klara van, Johann Jakob Langen (1794 bis 1869). In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 12. Münster 1986, S. 121-135.
- EYLL, Klara van, Kammern der gewerblichen Wirtschaft. In: KÖLLMANN, Wolfgang u.a. (Hg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung. Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 601-653.
- EYLL, Klara van, Unternehmer der Kölner Zuckerwirtschaft (1830 bis 1871). Ihr Engagement im Rahmen der Frühindustrialisierung an Rhein und Ruhr. In: Kölner Unternehmer und die Frühindustrialisierung, S. 193-207.
- FEHRE, Horst, Bonn im Spiegel der Zahlen. Bonner Geschichtsblätter 6, 1952, S. 121-148.
- FEHRE, Horst, Bonn im Zeichen der vorläufigen Bundeshauptstadt. Bonner Geschichtsblätter 21, 1967, S. 179-210.
- FEHRE, Horst, Bonn unter den Städten Deutschlands. Vergleich im Spiegel der Zahlen. In: HÖROLDT/VAN REY (Hg.), Bonn in der Kaiserzeit, S. 23-41.
- FEHRE, Horst, Strukturwandel von der alten zur neuen Stadt Bonn nach den Ergebnissen der letzten Großzählungen 1968 und 1970. in: ENNEN/HÖROLDT (Hg.), Aus Geschichte und Volkskunde, S. 505-517.
- FERDINAND, Karl, Düren-Euskirchen-Zülpich. Drei Städte am Nordostrand der Eifel,

- ihre Entwicklung von 1945 bis zur Gegenwart. Köln 1981 (=Kölner Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeographie 28).
- FISCHER, Gerd, Die Fayence- und Steingutfabrik Ludwig Wessel im Jahre 1843. Zwei Aktenstücke aus dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Bonner Geschichtsblätter 35, 1984, S. 131-136.
- FISCHER, Gerd und Wolfgang HERBORN, Geschichte des rheinischen Brauwesens. In: FISCHER, Gerd u.a. (Hg.), Bierbrauen im Rheinland Köln 1985 (=Führer und Schriften des Rheinischen Freilichtmuseums und Landermuseums für Volkskunde in Kommern 28), S. 9-118.
- FISCHER, Helmut, Vom Bauerndorf zum Industrieort. Die Entwicklung von Hennef im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. In: Die Meys Fabrik, S. 9-30.
- FISCHER, Helmut, Die "Joseph Meys & Comp. GmbH Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen". Geschichte eines Hennefer Unternehmens. In: Die Meys Fabrik, S. 31-39.
- FISCHER, Wolfram, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat. Die Handelskammern in der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung des 19. Jahrhunderts. Berlin 1964.
- FISCHER, Wolfram, Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich 1871-1914. In: VARAIN, Josef (Hg.), Interessenverbände in Deutschland. Köln 1973.
- FISCHER, Wolfram, "Stadien und Typen" der Industrialisierung in Deutschland. In: ABELSHAUSER/PETZINA (Hg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter, S. 131-143.
- FLÖRKEN, Norbert, Troisdorf unter dem Hakenkreuz. Eine rheinische Kleinstadt und die Nationalsozialisten. Aachen 1986.
- FRANCKEN, Ferdinand, Das neue Rheinwerft zu Bonn. Festschrift zur Eröffnungsfeier am 29. Oktober 1924. Bonn 1924.
- Fremdarbeiter in Troisdorf 1940-1945 Schülerwettbewerb "Alltag im Nationalsozialismus - Die Kriegsjahre in Deutschland". Troisdorf 1983 (Manuskript im ARSK).
- FRENZEL, Gerhard, Die Industrie- und Handelskammern und ihre Spitzenorganisation in Staat und Wirtschaft. In: Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung. Herausgegeben aus Anlaß der 100-Jahr-Feier des Deutschen Industrie- und Handelstages. Frankfurt 1961, S. 27-192.
- Führer durch das Brölthal, Siegthal und Siegerland. Bonn o.J.
- Fünfundzwanzig Jahre Dolorgiet Arzneimittelwerke Bad Godesberg. o.O. 1950.
- Fünzig Jahre erfolgreiche Arbeit. H. Moeller KG. Köln 1970.
- Fünzig Jahre Basalt AG Linz am Rhein. 1888-1938. Berlin 1938.
- Fünzig Jahre Deutscher Herold Volks- und Lebensversicherungs-AG. Essen/Darmstadt 1972.
- Fünzig Jahre Deutsche Reichs-Zeitung 1871-1921. Jubiläums Festnummer v. 26.10.1921.
- Fünzig Jahre VAW 1917-1967. Berlin/Bonn 1967.
- FÜRSTENBERG, Clemens Freiherr von, 150 Jahre Tuchfabrik Jacob Koenen in Kuchenheim. Heimatkalender Euskirchen 1961, S. 167-170.
- FUSBAHN, W., Siebenzig Jahre Handels- und Gewerbe-Verein. Vortrag in der General-Versammlung am 22. Februar 1915. Bonn o.J.
- GEIMER, Maria, Zur Geschichte des Siegburger Stadtteils Stallberg. Heimatblätter

- des Siegkreises 28, 1960, Heft 78, S. 30-37.
- Die Papierfabrik Geldmacher in Hoffnungsthal (Siegkreis). Heimatblätter des Siegkreises 17, 1941, Heft 1, S. 32.
- Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Gebäude und Wohnungen. Düsseldorf 1964 (=Beiträge zur Statistik des Landes NRW. Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3a).
- Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Arbeitsstätten, Struktur der Landwirtschaft, Gemeindefinanzen. Düsseldorf 1963 (=Beiträge zur Statistik des Landes NRW. Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3b).
- Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Bevölkerungsentwicklung 1816-1871. Düsseldorf 1966 (= Beiträage zur Statistik des Landes NRW. Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3d).
- Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Bevölkerungsentwicklung 1871-1961. Düsseldorf 1964 (= Beiträage zur Statistik des Landes NRW. Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3c).
- Gemeindestatistik 1970. Arbeitsstätten und Beschäftigte. Ergebnisse der Volkszählung am 27. Mai 1970. Düsseldorf 1973 (= Beiträage zur Statistik des Landes NRW. Sonderreihe Volkszählung 1970, Heft 3c).
- Gemeindestatistik 1970. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volkszählung am 27. Mai 1970. Düsseldorf 1973 (= Beiträage zur Statistik des Landes NRW. Sonderreihe Volkszählung 1970, Heft 3b).
- Gemeindestatistik 1970. Entwicklung der Kreisfreien Städte, Kreise und Gemeinden 1961 bis 1970. Düsseldorf 1973 (= Beiträage zur Statistik des Landes NRW.-Sonderreihe Volkszählung 1970, Heft 3e).
- GERNERT, Dörte und Karlheinz FALLASCHINSKI, Moderne Produktion an historischer Stätte. Festschrift zum 25jährigen Firmenjubiläum der defa-folien GmbH. Lohmar-Aggerhütte 1988.
- Die Gründung der Handelskammer in Bonn. Die Wirtschaft 6/1966, S. 2-5.
- Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte. Reihe A: Preußen, Bd. 7: Rheinland. Marburg 1978.
- GUTZMER, Karl, Vereinsleben, Sport und Geselligkeit. In: HÖROLDT/VAN REY (Hg.), Bonn in der Kaiserzeit, S. 431-464.
- HAAS; Wilhelm, Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1969.
- HAHN; Helmut und Wolfgang ZORN, Historische Wirtschaftskarte der Rheinlande um 1820. Bonn 1973 (=Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde 37).
- HALM, Fr., Statistik des Regierungsbezirks Cöln. Köln 1865.
- Handbuch der Industrie- und Handelskammer zu Bonn umfassend die Kreise Bonn-Stadt, Bonn-Land, Bergheim, Euskirchen, Rheinbach, Sieg, Waldbröl. Bonn 1926.
- HARDACH, Gerd, Der Erste Weltkrieg 1914-1918. München 1973 (=Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert 2).
- HARTSTEIN, Eduard, Statistisch-landwirtschaftliche Topographie des Kreises Bonn. Bonn 1850.
- HASS, Karl und Paul BIALLOWONS, Das Feldmühle-Werk Koholyt-Lülsdorf. In: OLLIG, Heinrich (Hg.), Lülsdorf am Rhein. Köln 1952, S. 531-535.
- HAWRANKE, Renate und Werner P. D'HEIN, (Hg.), Bonn ist 2000. Festbuch zum Stadtjubiläum. Bonn 1989.

- HEHL, Ulrich von und Manfred SCHAEFER, Meckenheim wie es war. Meckenheim 1985.
- HEINEN, Paul, Die Entjudung der Wirtschaft im Gau Köln-Aachen. Westdeutsche Wirtschaftszeitung'17, 1939, S. 141-144.
- HERKENDELL, E., Die industrielle Entwicklung der Stadt Bonn seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Weltkrieges Diss. (maschinenschriftlich) Köln 1922.
- HERMANN, Klaus, Regionale Schwerpunkte in der Herstellung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen. In: POHL (Hg.), Gewerbelandschaften, S. 478-497.
- HERMANN, Heinz, Die Handelskammer für den Kreis Mülheim am Rhein (1871 - 1914) und die Wirtschaft des Köln-Mülheimer Raumes. Köln 1969 (= Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte 21).
- HERRMANN, Walther, Der Wiederaufbau der Selbstverwaltung der deutschen Wirtschaft nach 1945. Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 23, 1978, S. 81-97.
- HESSE, Wolfgang, Würde und Bürde. In: HAWRANKE/D'HEIN (Hg.), Bonn ist 2000, S. 135-138.
- HEUSLER, C., Beschreibung des Bergreviers Brühl-Unkel und des niederrheinischen Braunkohlenbeckens. Bonn 1897.
- HEYDERHOFF, Hans, Die wirtschaftlichen Verhältnisse. In: Waldbröl. Waldbröl 1968, S. 101-119.
- HICKISCH, Gerd, Christoph Palme. Kristallkronleuchter seit 1724. Bonn 1981.
- HILGERMANN, Bernhard, Der große Wandel. Erinnerungen aus den ersten Nachkriegsjahren. Kölns Wirtschaft unter der amerikanischen und britischen Militärregierung. Köln 1961.
- HILGERMANN, Bernhard, Als die Weichen gestellt wurden. Die Kölner Industrie- und Handelskammer nach dem Zusammenbruch. Köln 1971.
- HOCKER, Nicolaus, Die Großindustrie Rheinlands und Westfalens. Geographie, Geschichte, Production und Statistik. Leipzig 1867 (=Die Großindustrie Deutschlands 1).
- HÖROLDT, Dietrich, Der Aufbau der städtischen Leistungsverwaltung in Bonn und ihre Finanzierung. In: HÖROLDT/VAN REY (Hg.), Bonn in der Kaiserzeit, S. 55-79.
- HÖROLDT, Dietrich (Hg.), Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt 1597-1794. Bonn 1989 (= Geschichte der Stadt Bonn 3).
- HÖROLDT, Dietrich (Hg.), Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794-1989. Bonn 1989 (=Geschichte der Stadt Bonn 4).
- HÖROLDT, Dietrich, Bonn im Vormärz und in der Revolution (1814-1849). In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 4, S. 73-186.
- HÖROLDT, Dietrich, Bonn zwischen Revolution und Reichsgründung (1850-1870). In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 3, S. 187-266.
- HÖROLDT, Dietrich, Bonn in der Kaiserzeit (1871-1914). In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 4, S. 267-435.
- HÖROLDT, Dietrich, Bonn 1794-1989. Ein Resümee. In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 4, S. 745-758.
- HÖROLDT, Dietrich, 25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn. Eine Dokumentation. Bonner Geschichtsblätter 26, 1974, S. 9-191.
- HÖROLDT, Dietrich, Die kommunale Entwicklung von Bonn als Bundeshauptstadt

- (1949-1979). Die Wirtschaft 5/1979, S. 2-10.
- HÖROLDT, Dietrich, Die Sozialstruktur der Stadt Bonn vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. In: ENNEN/HOROLDT (Hg.), Aus Geschichte und Volkskunde, S. 282-331.
- HÖROLDT, Dietrich, Stadt und Universität. Rückblick aus Anlaß der 150-Jahr-Feier der Universität Bonn. Bonn 1969 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 6).
- HÖROLDT, Dietrich, Die Wirtschaftsentwicklung der Stadt Bonn im Vormärz. In: BESCH, Werner u.a. (Hg.), Die Stadt in der europäischen Geschichte. Festschrift Edith Ennen. Bonn 1972, S. 806-845.
- HÖROLDT, Dietrich und Manfred VAN REY (Hg.), Bonn in der Kaiserzeit 1871-1914. Festschrift zum 100jährigen Jubiläum des Bonner Heimat- und Geschichtsvereins. Bonn 1986.
- HORN, Hans Joachim, Die politischen Strömungen in der Stadt Bonn, in Bonn-Land und im Kreis Rheinbach von 1879-1900. Diss. Bonn 1968.
- Hundert Jahre awa. Bonn 1988 (ohne Seitenzählung).
- Hundert Jahre Dynamit Nobel. DN-Werkszeitschrift 11/3 (Juni 1965).
- Hundert Jahre Hüser & Co. Bonn-Oberkassel 1970 (ohne Seitenzählung)
- 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831-1956. Wirtschaftliche Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Wuppertal. Wuppertal 1956.
- 125 Jahre Hch. Sieger. Zülpich 1939.
- 150 Jahre Landkreis Bergheim. 1816-1966. Bedburg-Erft 1966.
- 150 Jahre Landkreis Bonn. Festschrift herausgegeben vom Landkreis Bonn. Bonn 1966.
- 150 Jahre Oberbergamt Bonn. Bonn 1966.
- 150 Jahre Regierungsbezirk Köln. Berlin 1966.
- HUNDHAUSEN, Im Banne der Heimat. Als Festschrift zur 500-Jahrfeier des Ortes Schladern, zum 75jährigen Bestehen des Gesangvereins "Germania" und zum 70jährigen Bestehen der Elmore's Metall AG Schladern. o.O. 1961.
- HUNDHAUSEN, Emil, 1863-1963: Hundert Jahre Kammerich-Werke. Heimatblätter des Siegkreises 33, 1965, Heft 87/88, S. 70-76.
- IMLE, F., Der Bleibergbau von Mechernich in der Voreifel. Eine wirtschafts- und sozialpolitische Studie. Jena 1909.
- Industrie- und Handelskammer Bonn. Daten und Fakten. Faltblatt 1979
- Industrie- und Handelskammer Bonn. Rechtliche Grundlagen und Personenverzeichnis. Stand: 1. Juli 1960. Bonn 1960.
- Industrie- und Handelskammer Bonn. Rechtliche Grundlagen, Personenverzeichnis, Sachverständigenverzeichnis. Stand: 1. Januar 1967. Bonn 1967.
- Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831-1956. Festschrift zum 125jährigen Jubiläum am 17. Januar 1956. Wuppertal 1956.
- JÄGER, Burkhard, Das Braunkohlen-Kraftwerk Fortuna II/III wird demontiert. Denkmalpflege im Rheinland 6, 1989, Heft 4, S. 19-22.
- JÄKEL, Ernst und Werner JUNGE, Die deutschen Industrie- und Handelskammern und der Deutsche Industrie- und Handelstag. Düsseldorf <sup>3</sup>1986 (= Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland 11).
- Jahrbuch der deutschen (Industrie- und) Handelskammern 5 (1919) bis 11 (1928/29). Leipzig 1919-1930.



- Jahresbericht der Handelskammer zu Bonn 1892-1913; 1949ff.: Tätigkeitsbericht der Industrie- und Handelskammer Bonn; ab 1975 Teil der Kammerzeitschrift "Die Wirtschaft".
- Jahresbericht der Handelskammer zu Köln 1891. Köln 1892.
- Jahresberichte der (Preußischen) Fabriken-Inspektoren 1875ff.
- Jahresberichte der Königlich Preußischen Gewerberäthe 1888ff.
- Jahresberichte der Königlich-Preußischen Regierungs- und Gewerberäthe und Bergbehörden 1891ff.
- Ein Jahrhundert Bonner Zement. Bonner Portland-Zementwerk AG 1856-1956. Düsseldorf o.J.
- KAUFHOLD, Karl Heinrich, Gewerbelandschaften in der frühen Neuzeit (1650-1800). In: POHL (Hg.), Gewerbelandschaften, S. 112-202.
- KAUFMANN, Richard von, Die Reformen der Handels- und Gewerbekammern. Ein zweiter Beitrag zur Frage der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen in Deutschland. Berlin 1893.
- Kautex-Werke Reinold Hagen Hangelar/Siegburg. In: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 462-463.
- KELLENBENZ, Hermann, Paul Silverberg. In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 9, Münster 1967, S. 103-132.
- KELLENBENZ, Hermann, Die Wirtschaft im Regierungsbezirk Köln 1816-1945. In: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 321-340.
- KELLENBENZ, Hermann, Die Zuckerwirtschaft im Kölner Raum von der Napoleonischen Zeit bis zur Reichsgründung. Köln 1966.
- KELLENBENZ, Hermann und Klara van EYLL, Die Geschichte der unternehmerischen Selbstverwaltung in Köln 1797-1914. Herausgegeben aus Anlaß des 175jährigen Bestehens der Industrie- und Handelskammer zu Köln am 8. November 1972. Köln 1972.
- KEMP, Klaus, Das Trajekt Bonn-Oberkassel. Ein abgeschlossenes Kapitel Eisenbahngeschichte. Bonner Geschichtsblätter 35, 1984, S. 187-214.
- KEMPER; Franz-Josef und Klaus KOSACK, Bevölkerungsgeographische Skizze der Stadt Bonn. In: MAYER, Eberhard u.a. (Hg.), Bonn Stadt und Umland. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Gesellschaft für Erd- und Völkerkunde zu Bonn. Bonn 1988 (= Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde 58).
- KERMANN, Joachim, Die Manufakturen im Rheinland 1750 - 1833. Bonn 1972 (= Rheinisches Archiv 82).
- KIERAS, Paul, Der Kreis gestern - heute - morgen. In: Der Rhein-Sieg-Kreis (1983), S. 237-259.
- KIERAS, Paul, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung im Rhein-Sieg-Kreis. Referat am 9. Mai 1978 im Rathaus Siegburg.
- KIESEWETTER, Hubert, Industrielle Revolution in Deutschland 1815-1914. Frankfurt 1989.
- KIESEWETTER, Hubert, Regionale Industrialisierung in Deutschland zur Zeit der Industrialisierung. Ein vergleichend-quantitativer Versuch. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 73, 1986, S. 38-60.
- KISSAU, Willi, Die Rhein Sieg Eisenbahn (Bröltalbahn). Krefeld 1970
- KLEINEBECKEL, Arno, Unternehmen Braunkohle. Geschichte eines Rohstoffs, eines Reviers, einer Industrie im Rheinland. Köln 1986.

- KLEINERT, Uwe, Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945-1961. Arbeitsmarkt-Gewerbe-Staat. Düsseldorf 1988 (=Flüchtlinge und Vertriebene in Nordrhein-Westfalen. Forschungen und Quellen 2).
- KOCKA, Jürgen, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert. Bonn 1990 (=Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts 2).
- KÖHLER, Hans, Der Landkreis Bergheim (Erf). Regierungsbezirk Köln. Ratingen 1954 (= Die Landkreise in Nordrhein-Westfalen. Reihe A: Nordrhein, Bd. 2).
- KÖLLMANN, Wolfgang, Die Bevölkerung Rheinland-Westfalens in der Hochindustrialisierungsphase. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 58, 1971, S. 359-388.
- Kölnener Unternehmer und die Frühindustrialisierung im Rheinland und in Westfalen (1835-1871). Köln 1984.
- Kölnener Zucker. 100 Jahre Pfeifer & Langen. Köln 1970.
- KÖNIG, Gerd, Eine einzigartige Fabrik wird Museum. Tuchfabrik Müller: Ab 1995 Produktion wie vor 100 Jahren. Die Eifel, Zeitschrift des Eifelvereins 84, 1989, Heft 2, S. 104-108.
- KOENIG, Gerd G., Cuchenheim 1084-1984. Bd. 3: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte. Euskirchen 1984. (= Veröffentlichungen des Vereins der Geschichts- und Heimatfreunde des Kreises Euskirchen Reihe A, Bd. 14.3).
- KÖNIG, Ingrid, Handelskammern zwischen Kooperation und Konzentration. Vereinigungen, Arbeitsgemeinschaften und Zweckverbände von Handelskammern im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet 1890 bis 1933. Köln 1981 (=Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte 32).
- KÖNIG, Ingrid, Die Handelskammern als Mittler zwischen Staat und Wirtschaft. Zu ihrer Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen 13, 1981, S. 204-219.
- KÖRSCHNER, Dieter (Hg.), Medizinische Topographie des Kreises Bonn von Dr. Anton Velten. Eine Beschreibung von Land und Leuten um 1825. Bonn 1988 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 40).
- KORTE, Andrea, Geschichte der Siegburger Mahlmühle im 19. und 20. Jahrhundert. Heimatblätter des Rhein-Sieg-Kreises 54/55, 1986/87 S. 278-285.
- KOSACK, Klaus-Peter, Zur Bevölkerungsentwicklung im Stadtbezirk Bonn von 1939 bis 1980. Bonner Geschichtsblätter 33, 1981, S. 215-231.
- KRABBE, Wolfgang R., Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung. Göttingen 1989.
- KRAUS, Theodor, Der Braunkohlenkreis. In: 150 Jahre Bergheim, S. 217-251.
- KRIETSCH, Sabine, Die wirtschaftliche Entwicklung Beuels. Von der Landgemeinde zum Stadtbezirk (1809-1969). Bonn 1973 (= Studien zur Heimatgeschichte des Stadtbezirks Beuel 17).
- KRONER, Günter, Der Industrieort Beuel. Seine industrielle Entwicklung und Struktur und seine Stellung im Rahmen der Industrien der südöstlichen Kölner Bucht. Diss. (maschinenschriftlich) Bonn 1956.
- KÜNSTER, Karl, Die Industrie Siegburgs in der Gegenwart. Heimatblätter des Siegburgkreises 21, 1953, Heft 67, S. 66-71.
- KÜNSTER, Karl und Sigfried SCHNEIDER, Der Siegburgkreis. Regierungsbezirk Köln. Bonn 1959 (= Die Landkreise in Nordrhein-Westfalen. Reihe A: Nordrhein Bd. 4).
- KÜSTERS, Hanns Jürgen und Hans Peter MENSING (Hg.), Kriegsende und Neuan-

- fang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolf von Weiss 1944-1945. München 1986 (=Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945 Bd. 4).
- KUSKE, Bruno, Eugen Langen (1833-1895). In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 1, Münster 1932, S. 264-297.
- KUSKE, Bruno, 150 Jahre Kölner Handelskammer. Köln 1947.
- LANGEN, E. Gottlieb von und Hans-Hero VOSGERAU, Die derzeitige Struktur der gewerblichen Wirtschaft im Regierungsbezirk Köln. In: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 341-348.
- LANGENWIESCHE, Wilhelm, Godesberg und seine Umgebungen. Godesberg 1874 (=Perlen des Rheinlandes 1).
- LANGER, Wolfhart, Die industrielle Paraffingewinnung begann in Combahn. Die Augustenhütte. General-Anzeiger v. 29.6.1989.
- LEDUC, Norbert, Der Unternehmer und der "Königliche Landrath". Drei Beispiele für den "Kleinkrieg" mit dem Kommerner Bürgermeister. Jahrbuch des Kreises Euskirchen 1986, S. 20-23.
- Lemmerz-Werke Königswinter am Rhein. In: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 465.
- LESZCZYNSKI, Dietrich von, Bad Godesberg. Eine wirtschafts- und sozialgeographische Studie unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Diss. Köln, Bad Godesberg 1966.
- LINN, Heinrich, Aufnahme der Flüchtlinge und Eingliederung der Vertriebenen im Gebiet des heutigen Rhein-Sieg-Kreises. Heimatblätter des Rhein-Sieg-Kreises 56, 1988, S. 176-184.
- LINN, Heinrich, 20 Jahre Rhein-Sieg-Kreis. Die kommunale Neugliederung des Raumes Bonn/Siegburg im Jahre 1969. Jahrbuch des Rhein-Sieg-Kreises 1989, S. 105-116.
- LÖTTGEN, Ernst, Gemeinde Rosbach/Sieg. Festschrift zur 700-Jahrfeier. Gummersbach 1950.
- MACHTEMES, A., Gutachten zur Raumordnung des Landkreises Bonn im regionalen Zusammenhang. Dortmund 1964.
- Made in Bonn. Gestern und heute. Der Industriestandort Bonn. Dokumentation zur Ausstellung der Industrie- und Handelskammer ... im Stadthaus Bonn, 6.-12. September 1989. Bonn o.J.
- MARSCHALCK, Peter, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt 1984.
- MARTIN, Rudolf, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in der Rheinprovinz 1913. Berlin 1913 (=Jahrbuch der Millionäre Deutschlands 9).
- MATZERATH, Horst, Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert. In: REULECKE (Hg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter, S. 67-89.
- MAURER, Doris und Arnold E., 200 Jahre Lese- und Erholungs-Gesellschaft Bonn 1787-1987. Bonn 1987.
- MAURER, Karl Gustav, Versuch einer statistischen Darstellung des Kreises Waldbröl mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1859, 1860 und 1861. Waldbröl 1863.
- MAYNTZ, Renate, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen. Stuttgart 1958 (= 650 Jahre Stadt Euskirchen 1302 1952. Festschrift zum Stadtjubiläum Bd. 3).
- MEYER, Hans, Das Papiernotgeld der Rheinprovinz 1914-1924. Berlin<sup>2</sup> 1975.

- MEYER-LUTZ, Henning, 150 Jahre Eisenbahnen im Rheinland. Entwicklung und Bauten am Beispiel der Aachener Bahnen. Köln 1989 (= Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern im Rheinland 30).
- Die Meys Fabrik. Hennef 1990.
- MIERZEJEWSKI, Alfred C., The Collapse of the German War Economy 1944-1945. Allied Air Power and the German National Railway. Chapel Hill/London 1988.
- Mitteilungen der Handelskammer zu Bonn. Nr. 1 (8.8.1914)ff.
- MÜLLER; Alois, Industrie und Handwerk. in: HENDRIKS, Harry (Hg.), Ruppichteroth im Bild der Zeit. Ruppichteroth 1982, S. 173-190.
- MÜLLER, Richard, 150 Jahre Industrie im Landkreis Bonn. in: 150 Jahre Landkreis Bonn, S. 43-47.
- MÜLLER, Rolf, Emil Müller. Gründer und Unternehmer in der deutschen Dynamitindustrie. Troisdorfer Jahreshefte 1, 1971, S. 95-101.
- MÜLLER, Rolf, Die Voraussetzungen und Folgen des Industrialisierungsprozesses im Troisdorfer Raum. Heimatblätter des Siegkreises 20, 1952, Heft 64, S. 11-54.
- MÜLLER-GOLDKUHLE, Jan, Interne und externe funktionale Bindungen des Raumes Eitorf/Sieg. Diss. Bonn 1971.
- MÜLLER-LIST, Gabriele, Bonn als Bundeshauptstadt (1949-1989). In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 4, S. 639-744.
- MUSS, Max, Leopold Bleibtreu (1777-1839). Essen 1920 (= Beiträge zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte. Unternehmer-Biographie 1).
- Oberdollendorf und Römlinghoven. Ein Festbuch zum 25jährigen Jubiläum des Heimatvereins Oberdollendorf und Römlinghoven. 1962-1987. Alter-Impekoven 1986.
- OBERMANN, Karl, 150 Jahre Euskirchen. In: Der Kreis Euskirchen im Bild. Euskirchen 1966, S. 17-18.
- ODENTHAL, Matthias, Die Entwicklung des Arbeitseinsatzes in Rheinland und Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Ausländer und Kriegsgefangenen 1938 - 1943. Essen 1944 (=Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen, Heft 16).
- Organisation der gewerblichen Wirtschaft im Bereich der Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen. Stand: 15. Mai 1944. Bonn 1944.
- OSSENDORF, Karlheinz, Aus kleiner Sprengkapsel wuchs Riesenfabrik. 100 Jahre Zünderfabrik Troisdorf 1886-1986. In: Jahrbuch des Rhein-Sieg-Kreises 1987, S. 113-122.
- OSSENDORF, Karlheinz, Seit Domitians Zeiten sprudelt die Roisdorfer Quelle. In: Jahrbuch des Rhein-Sieg-Kreises 1989, S. 117-133.
- OVERBECK, Paul, Familienchronik Bleibtreu. Bonn 1886.
- OVERY, Richard J., "Blitzkriegswirtschaft"? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939-1942. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36, 1988, S. 379-435.
- PÄFFGEN, Bernd, Die Horremer Brikettfabrik. Ein Beitrag zum Verständnis technischer Denkmale im Rheinischen Braunkohlenrevier. Rheinische Heimatpflege N.F. 17, 1980, S. 117-122.
- Pfeifer & Langen, Köln. In: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 470-473.
- PFEIFFER, Kurt, Geschichte der rheinischen Rübenzuckerindustrie und ihrer Roh-

- stoffversorgung. Bonn/Leipzig 1922 (= Bonner Agrarpolitische Untersuchungen 3).
- PIETSCH, Albert, Der Aufbau der Gauwirtschaftskammer. Vortrag gehalten auf einer Tagung in der Reichswirtschaftskammer am 30. September 1942. Berlin o.J.
- POHL, Hans, Aufbruch der Weltwirtschaft. Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1989 (=Wissenschaftliche Paperbacks Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 24).
- POHL, Hans (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Stuttgart 1986 (= VSWG Beiheft 78).
- POHL, Hans, Einführung. In: DERS. (Hg.), Gewerbe- und Industrielandschaften, S. 7-15.
- POHL, Hans (Hg.), Zur Politik und Wirksamkeit des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Industrie- und Handelskammern 1861 bis 1949. Stuttgart 1987 (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Beiheft 53).
- POHL, Hans, Wirtschaftsgeschichte Kölns im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert. In: KELLENBENZ, Hermann (Hg.), Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft. Bd. 2, Köln 1975, S. 9-162.
- POMMERIN, Reiner, Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945. Köln/Wien 1989.
- PREUSS, Friedrich Christian, Die nordrhein-westfälischen Industrie und Handelskammern im wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch 1945. Diss. Köln 1957.
- Preußische Statistik 40, Berlin 1878; 76, Teil 1, Berlin 1884; 83, Teil 2, Berlin 1886.
- PROWE, Diethelm, Im Sturmzentrum: Die Industrie- und Handelskammern in den Nachkriegsjahren 1945 bis 1949. In: POHL, DIHT, S. 91-122.
- PROWE, Diethelm, Unternehmer, Gewerkschaften und Staat in der Kammerneuordnung in der britischen Besatzungszone bis 1950. In: PETZINA; Dietmar und Walter EUCHNER (Hg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949. Düsseldorf 1984 (= Düsseldorf Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 12), S. 235-254.
- REHFUES, P.J., Die Ansprüche und Hoffnungen der Stadt Bonn vor dem Thron ihres künftigen Beherrschers. Bonn 1814.
- Reifenhäuser, Troisdorf 1979.
- REIMER, Albert, Der Regierungsbezirk Köln - Gebiet und Bevölkerung. Ein statistischer Überblick. In: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 11-13.
- REININGHAUS, Wilfried, Die Kammerorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg. Verwaltungsgeschichte und Quellenlage. In: POHL (Hg.), DIHT, S. 21-30.
- RENELT, Hans, Die historische Entwicklung der Euskirchener Tuchindustrie. Diss. Köln, Euskirchen 1921.
- RESTORFF, F.v., Topographisch-statistische Beschreibung der Königlich Preussischen Rheinprovinzen. Berlin/Stettin 1830.
- REULECKE, Jürgen (Hg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Wuppertal 1978.
- REULECKE, Jürgen, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt 1985.
- REY, Manfred van, Bonner Festmenüs zur Kaiserzeit. In: HÖROLDT/VAN REY (Hg.), Bonn in der Kaiserzeit, S. 465-476.
- Der Rhein-Sieg-Kreis. Stuttgart 1983.
- Rhein-Sieg-Kreis, Handels- und Gaststättenzählung 1979. Siegburg 1982 (= Beiträge

- zur Statistik des Rhein-Sieg-Kreises 23).
- RICKERT, Ludwig, Die Finanzen der Stadt Bonn von 1913 bis 1938 unter besonderer Berücksichtigung des gemeindlichen Steuerwesens und des Finanz- und Lastenausgleichs. Diss. Bonn 1942.
- RINGEL, Hermann, Aus Kriegs- und Zwangswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Sieben Nachkriegsjahre im Spiegel der Arbeit einer Industrie- und Handelskammer. Neustadt a.d. Aisch 1972.
- RITTER, Gerhard, Entwicklung des Bonner Großraums zum Brennpunkt des Verkehrs. Die Wirtschaft 25, Februar 1951, S. 3-5.
- RÖHREN, Herbert, Aus der Geschichte und Entwicklung der Brauindustrie. Die Brauereien im Bonner Raum. Die Wirtschaft 8, 15.11.1952, S. 3-6.
- RÖHREN, Herbert, Die Industrie im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Bonn. Rhein-Zeitung v. 7.5.1965.
- RÖHREN, Herbert, Die Industrie im Bonner Raum. In: Bonn. Sonderheft "Wirtschaft am Rhein". Neuwied 1949, S. 37-40.
- RÖHREN, Herbert, Klöckner-Mannstaedt-Spezialprofile. Die Wirtschaft 1, 12.4.1951, S. 1-4.
- RÖHREN, Herbert, Die Tapetenindustrie in Bonn-Beuel-Godesberg. Die Wirtschaft 22, 10.11.1950, S. 1-3.
- ROGGENDORF, Hermann Joseph, Die Gemeinde Seligenthal. In: Siegburg-Seligenthal. Siegburg 1972, S. 19-28.
- ROGGENDORF, Hermann-Joseph, Die Kreissparkasse Siegburg 1854-1864. Jb. des Rhein-Sieg-Kreises 1987, Siegburg 1986, S. 105-112.
- ROHDE, Herbert, Fasana-Papierzeugnisse gehen in alle Welt. In: Heimatkalender Euskirchen 1963, S. 116-119.
- ROLFFS, Ernst, Entstehung der Kattunfabrik Rolffs & Cie. in Siegfeld bei Siegburg, der Wiege des Rotations-Kupfertiefdrucks. Heimatblätter des Siegkreises 6, 1930, Heft 1, S. 12-14.
- ROMETSCH, Wilfried, Bad Godesberg vor 20 Jahren in die Bundeshauptstadt eingegliedert. Godesberger Heimatblätter 27, 1989, S. 16-30.
- ROMEYK, Horst, Kleine Verwaltungsgeschichte Nordrhein-Westfalens. Siegburg 1988 (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes NRW. Reihe C: Quellen und Forschungen 25).
- ROMEYK, Horst, Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945. Düsseldorf 1985 (= Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 63).
- Rückblick der Industrie- und Handelskammer Bonn auf das Wirtschaftsjahr 1925ff. Bonn 1926ff.
- Rückblick auf die 20-jährige Tätigkeit der Handelskammer zu Bonn. Bonn 1911.
- Rundschreiben der IHK Bonn Nr. 4 (21.1.1946)ff. Ab 31.1.1947: Die Wirtschaft. Mitteilungsblatt der IHK Bonn.
- SACHSE, Detlev, Die gewerbliche Wirtschaft in Bonn 1949-1979. Die Wirtschaft 5/1979, S. 10-15.
- SANDER, Hans-Jörg, Wirtschafts- und sozialgeographische Strukturwandlungen im nördlichen Siegmündungsgebiet. Dargestellt an Beispiel der Gemeinden Mondorf, Rheidt, Niederkassel. Bonn 1970 (= Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde 30).

- Sankt Augustin. Dörfer werden eine Stadt. Siegburg 1989.
- SCHAAKE, Hans Dieter, Der Rhein-Sieg-Kreis, ein Kreis im Spannungsfeld zwischen Stadt und Land. In: Der Rhein-Sieg-Kreis, S. 43-53.
- SCHÄFER, Gertrud, Die keramische Industrie und Tongewinnung im Bonner Wirtschaftsraum. Diss. (maschinenschriftlich) Bonn 1953.
- SCHÄFER, Rudolf, 100 Jahre Ringsdorf 1886-1986. Bonn o.J.
- SCHAUMANN, Ralf, Technik und technischer Fortschritt im Industrialisierungsprozeß. Dargestellt am Beispiel der Papier-, Zucker- und chemischen Industrie der nördlichen Rheinlande (1800-1875). Bonn 1977 (= Rheinisches Archiv 101).
- SCHENKEL, Lothar, Mit Dynamit und Kipphammer. Steinbrüche am Petersberg. In: Der Petersberg. Vom Ringwall zur Staatsherberge. Ausstellung im Siebengebirgsmuseum der Stadt Königswinter 18.8.1990 bis 13.1.1991. Katalog, S. 44-47.
- SCHEPKE, Franz Heinz, Der Industrie- und Handelskammerbezirk Bonn als Wirtschaftskörper. Bonn 1956 (Manuskript IHK Bonn).
- SCHIEDER, Wolfgang und Alfred KUBE, Säkularisation und Mediatisierung. Die Veräußerung der Nationalgüter im Rhein-Mosel-Departement 1803-1813. Boppard 1987 (= Forschungen zur deutschen Sozialgeschichte 4).
- SCHMIDT-ROSSLEBEN, Martin, Die Industrie des Oberbergischen Kreises. Grundlagen, Raumordnung und Wirkung im Natur- und Bevölkerungsraum. Diss. Bonn 1962.
- SCHMITZ, Eberhard, Bonn wirtschaftlich gesehen. Die Wirtschaft 3/1979, S. 1-9.
- SCHMITZ, Eberhard, Industrie, Handel, Handwerk. In: Der Rhein-Sieg-Kreis (1983), S. 305-321.
- SCHMITZ, Eberhard, Der Bonner Raum: Wirtschaftsregion mit Zukunft. General-Anzeiger v. 13.2.1982.
- SCHNEIDER, Oscar, Die Zukunft Bonns. In: Vierzig Jahre Bundeshauptstadt Bonn 1949-1989. Karlsruhe 1989, S. 134-149.
- SCHÖNERT-RÖHLK, Die räumliche Verteilung der chemischen Industrie im 19. Jahrhundert. In: POHL (Hg.), Gewerbelandchaften, S. 417-455.
- SCHOSER, Franz, Die Wirtschaft im Kreise Bergheim. In: Heimatchronik des Kreises Bergheim. Köln 1974 (= Heimatchroniken der Städte und Landkreise des Bundesgebietes 43), S. 235-279.
- SCHRÄPFER, Egon, Industrie für feuerfeste Erzeugnisse. Ihre Entstehung und Entwicklung in Oberdollendorf. In: Oberdollendorf, S.257-265.
- SCHROEDER, Johann Peter, Eine Beschreibung des Kreises Euskirchen aus dem Jahre 1861. Heimatkalendar 1969 für den Landkreis Euskirchen, S. 32-48.
- SCHRÖDER, Karl, Die industrielle Entwicklung der Gemeinde Ruppichteroth. In: HENDRIKS, Harry (Hg.), Ruppichteroth im Spiegel der Zeit. Bd. 2, Siegburg 1978, S. 285-330.
- SCHRÖDER, Karl, Kulturelle und soziale Verhältnisse im ehemaligen Siegkreis vor der Industrialisierung. Rheinische Heimatpflege N.F. 16, 1979, S. 22-34.
- SCHRÖDER, Kurt Freiherr von, Aufbau und Aufgaben der Wirtschaftskammern. Westdeutsche Wirtschaftszeitung 20, 1942, Nr. 3, S. 43-48.
- SCHROEDER, Paul, Vom Wasserrad zur Dampfmaschine. Suche nach Energie in den Kreisen Schleiden und Euskirchen. In: Jahrbuch des Kreises Euskirchen 1976, S. 62-68.
- SCHUCHERT, Rudolf, Feldbrand-, Verbundstein- und Hohllochziegelherstellung in



- Oberdollendorf und Römlinghoven. In: Oberdollendorf, S. 245-256.
- SCHULTE, Albert, Die "Friedrich-Wilhelms-Hütte". Troisdorfs jüngster Ortsteil. Troisdorfer Jahreshefte 9, 1979, S. 119-137.
- SCHULTE, Albert, Die Sieglarer Mühle. Keimzelle der Klöckner-Mannstaedt-Werke. Troisdorfer Jahreshefte 5, 1975, S. 3-7.
- SCHULZE, Rainer, Unternehmerische Selbstverwaltung und Politik. Die Rolle der Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen und Bremen als Vertretungen der Unternehmerinteressen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Hildesheim 1983 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens 3).
- SCHUMACHER, Martin, Auslandsreisen deutscher Unternehmer 1750-1851 unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland und Westfalen. Köln 1968 (= Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte 17).
- SCHUMACHER, Martin, Wirtschafts- und Sozialverhältnisse der Rheinischen Textilindustrie im frühen 19. Jahrhundert. Ein Verzeichnis des "beschäftigten Personals" der Baumwollspinnerei und Weberei Weerth in Bonn 1847. Rheinische Vierteljahrsblätter 35, 1971, S. 301-334.
- SCHUMACHER, W., Die Poppelsdorfer Porzellan- und Steingut-Fabrik von Ludwig Wessel in Bonn. Ein Beitrag zur Geschichte der rheinischen Industrie gelegentlich der Feier des 125jährigen Bestehens der Poppelsdorfer Fabrik. Bonn 1880; <sup>2</sup>1888.
- Sechs Jahrhunderte Euskirchener Tuchindustrie. Die Wirtschaft 19, 10.8.1950, S. 1-3.
- SERLO, Walter, Werden und Wirken der Bergverwaltung in den Rheinlanden. Aus Anlaß des 125jährigen Bestehens des Oberbergamtes Bonn. Westdeutsche Wirtschaftszeitung 19, 1941, Nr. 32, S. 703-705.
- SOENNECKEN, Friedrich, Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter. Vortrag gehalten zu Bonn. Bonn 1898.
- Soennecken: Unsere Werkszeitschrift 1942ff. (ab 3/1942: Wir von Soennecken).
- SOLEYMANI, Dagmar, L'industrie du Département de Rhin-et-Moselle (1798-1814). Paris (maschinenschriftlich) 1987.
- SONNTAG, Olga, Bonn in der Kaiserzeit 1871-1914. Ausstellungskatalog. Bonn 1986.
- SPIEGELHAUER, Dieter, Aufbau und bauliche Entwicklung der Joseph Meys & Comp. GmbH Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Eisengießerei. In: Die Meys Fabrik, S. 39-52.
- SPOELGEN, Eduard (Hg.), Bonn und seine nähere und weitere Umgebung. Düsseldorf 1926. Unveränderter Nachdruck: Frankfurt 1981.
- SPOELGEN, Eduard, Erinnerungen an die Jahre 1923, 1924 und 1925. Bonner Geschichtsblätter 18, 1964, S. 117-157.
- SPOELGEN, Eduard, Aus Bonns jüngster Vergangenheit. Erinnerungen 1945-1949. Bonner Geschichtsblätter 15, 1961, S. 417-469.
- Wie die Stadt Bonn von der Königl. Staats-Eisenbahn-Verwaltung behandelt wird. Bonn 1902.
- Standortatlas für Gewerbe und Industrie. Hauptstadtregion Bonn und Rhein-Sieg-Kreis. Bonn/Siegburg 1988.
- Statistik des Deutschen Reiches 109, Berlin 1897; 117, Berlin 1898; 209, Berlin 1910; 218, Berlin 1909.
- Statistische Darstellung des Kreises Bergheim für die Jahre 1859, 1860, 1861.

- Bergheim 1863.
- Statistische Darstellung des Kreises Bonn für die Jahre 1859, 1860, 1861. Bonn 1863.
- Statistische Darstellung des Kreises Bonn für die Jahre 1862, 1863, 1864. Bonn 1866.
- Statistisches Jahrbuch NRW 30, 1988. Düsseldorf 1988; 31, 1989, Düsseldorf 1989.
- Statistische Rundschau für den Landkreis Bergheim (Erft). Düsseldorf 1969.
- Statistische Rundschau für den Landkreis Bonn. Düsseldorf 1969.
- STEINBERG, Heinz G., Die Bevölkerungsentwicklung Nordrhein-Westfalens bis 1970. In: DÜWELL, Kurt und Wolfgang KÖLLMANN (Hg.). Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Bd. 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen. Wuppertal 1984, S. 21-50.
- STELLER, Paul, Führende Männer des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens. Persönliche Erinnerungen. Berlin 1930.
- STELLER, Paul, Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln und die Industrie des Bezirks. Ein Gedenkblatt zum 25jährigen Bestehen des Vereins. Köln 1906.
- STÖCK, Ina, Die Bonner Versicherungswirtschaft. Die Wirtschaft 21, 10.10.1950, S. 1-5.
- STÜSSER, Rolf P., Düngerefabrik Euskirchen und Agrarwirtschaft. Heimatkalender des Kreises Euskirchen 1962, S. 193-195.
- SÜLE, Tibor, Preußische Bürokratietraditionen. Zur Entwicklung von Verwaltung und Beamtenschaft in Deutschland 1871-1918. Göttingen 1988 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 81).
- SURHOLT, Vitus, Die Entwicklung der Wirtschaft im Raume Godesberg. Diss. (maschinenschriftlich) Köln 1950.
- Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preussischen Staat für das Jahr 1849. Tabellen der Fabrikations-Anstalten und Fabrikunternehmungen aller Art für 1849 und 1852. Bd. 6, Teil A. Berlin 1855.
- Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preussischen Staat für das Jahr 1855. Berlin 1858.
- Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preussischen Staat für das Jahr 1858. Berlin 1860.
- TILLY, Richard H., Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834 bis 1914. München 1990.
- TREUE, Wilhelm, Robert Pferdenges (1880 bis 1962). In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 13, Münster 1986, S. 203-222.
- TREUE, Wilhelm, Robert Pferdenges (1880-1962). In: Geschichte im Westen 1990, Heft 2, S. 188-210.
- TREUE, Wilhelm, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. und seiner Inhaber im Dritten Reich. Wiesbaden 1983 (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Beiheft 27).
- UCKERMANN, Franz-Lothar, Das Verkehrsnetz des Erftlandes. In: 150 Jahre Bergheim, S. 253-285.
- ULLMANN, Hans-Peter, Wirtschaftsverbände in Deutschland. Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 35, 1990, S. 95-115.
- VAESSEN, Eduard, Horrem an der Erft. Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde. Horrem 1950.
- Veränderung der Höhenlage der Bundesbahn. Ein Beitrag zur Lösung von Verkehrs-

- problemen im Stadtgebiet von Bonn. Bonn 1958 (= Schriftenreihe der IHK Bonn).
- VERBEEK, Hans, Zwischen Eifel und Ebene. Der Landkreis Euskirchen. In: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, S. 290-296.
- Verwaltungsberichte (wechselnde Titel), soweit nicht unter dem Namen des Verfassers aufgeführt: Beuel 1952-1961; Bonn (Kreis) 1856ff.; Bonn (Landkreis) 1903ff.; Bonn (Stadt) 1860 ff.; Godesberg (Bürgermeisterei) 1888ff.; Godesberg (Gemeinde) 1901ff.; Euskirchen (Kreis) 1910ff.; Euskirchen (Stadt) 1906ff.; Kreis Rheinbach 1906ff.; Siegkreis 1956ff.; Rhein-Sieg-Kreis 1979ff.; Kreis Waldbröl 1909ff.
- Verzeichnis der vorzüglichsten Fabriken und Manufakturen im Regierungsbezirk Köln. Beilage zu Nr. 33 des Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Köln (17.8.1819).
- VIEBAHN, Georg von, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschland. Bd. 3, Berlin 1869.
- Die vierziger Jahre. Der Siegburger Raum zwischen Kriegsanfang und Währungsreform. Begleitbuch und Katalog zur Ausstellung des Stadtmuseums Siegburg ... 11.9.1988 - 16.10.1988. Siegburg 1988.
- VOELCKER, Die Gutachten der Preußischen Handelskammern u. kaufmännischen Korporationen ... betreffend die Reorganisation der Handelskammern in Preußen. Berlin 1895.
- VOGT, Helmut (Hg), Bonn im Bombenkrieg. Zeitgenössische Aufzeichnungen und Erinnerungsberichte von Augenzeugen. Bonn 1989 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 42).
- VOGT, Helmut, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914-1948). In: HÖROLDT (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn 4, S. 437-638.
- VOGT, Helmut, Bonn 1939-1945. Ein Überblick. In: DERS. (Hg.), Bonn im Bombenkrieg, S. 14-49.
- VOGT, Helmut, Die Entwicklung der Bonner Industrie. In: Made in Bonn, S. 9-13.
- VOGT, Helmut, Die Entwicklung zur Gewerbestadt. In: HÖROLDT/VAN REY (Hg.), Bonn in der Kaiserzeit, S. 81-103.
- VOGT, Helmut, Fabrikarbeit in Bonn vor dem Ersten Weltkrieg. In: Bonner Geschichtsblätter 37, 1985(88), S. 193-222.
- VOGT, Helmut, Industrieunternehmen in Bonn während des Ersten Weltkrieges. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 32, 1987, S. 166-182.
- VOGT, Helmut, Industriebauten. In: HÖROLDT/VAN REY (Hg.), Bonn in der Kaiserzeit, S. 175-192.
- VOGT, Helmut, Neue Quellen zur Britischen Besatzung des Bonner Raumes. Bonner Geschichtsblätter 39.
- VOGT, Helmut, Die NS-Herrschaft in den Rathäusern. In: HAWRANKE/D' HEIN (Hg.), Bonn ist 2000, S. 97-100.
- Volks- und Berufszählung 1946. Landes- und Kreisergebnisse. Düsseldorf 1950 (= Beiträge zur Statistik des Landes NRW 3).
- Volkszählungsergebnisse von 1816 bis 1970 der Städte und Gemeinden. Siegburg 1980 (= Beiträge zur Statistik des Rhein-Sieg-Kreises 17).
- VOPPEL, Die wirtschaftsräumliche Struktur des Kreises Euskirchen. Euskirchen 1966 (= Veröffentlichungen des Vereins der Geschichts- und Heimatfreunde des Kreises Euskirchen. Reihe A, Heft 11).
- Die vorläufige Bundeshauptstadt in ihren Auswirkungen auf die Finanzlage der Städte Bonn und Godesberg. Bonn 1957 (= Schriftenreihe der IHK Bonn).

- Vorschlag zur kommunalen Neugliederung der Gemeinden des Landkreises Bonn und des Siegkreises zur Bildung der neuen kreisfreien Stadt Bonn und eines neuen Rhein-Sieg-Kreises ("Weyer-Plan"). Düsseldorf 1968.
- WALTERSCHEID, J., Aus dem Siegburg unserer Großväter. Eine Statistik der Bürgermeisterei Siegburg nach dem Stande vom 31. Dezember 1846. Heimatblätter des Siegkreises 14, 1938, Heft 3, S. 80-81.
- Walterscheid, o.O. o.J.
- WARKALLA, Gabriele, Industrialisierung in Siegburg 1840-1914. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte. Freiburg (maschinenschriftlich) 1976.
- WARNING, Hans Helmut, Siegburg als Industriestandort. Eine stadtgeographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des historisch-genetischen Aspekts. Lohmar (maschinenschriftlich) 1975.
- WARNING, Hans, Zwei Explosionsunglücke in den Königlichen Werken Siegburg. Jahrbuch des Rhein-Sieg-Kreises 1989, S. 134-137.
- WEFFER, Herbert, Familien in Stift und Ort Vilich. In: HÖROLDT, Dietrich (Hg.), 1000 Jahre Stift Vilich 978-1978. Bonn 1978, S. 135-166.
- WEHLER, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen "Deutschen Doppelrevolution" 1815 - 1845/48. München 1987.
- WEINGARTEN, Helmut, Die Eisenbahn zwischen Rhein und Erft. Köln 1987 (= Beiträge zur Geschichte des Erftkreises 5).
- WEISE, Jürgen, Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Die Industrie- und Handelskammern in der Mitbestimmungsdiskussion 1945-1949. Eine Dokumentation. Geschichte im Westen, 2/1990, S. 211-237.
- WEISE, Jürgen, Die Kammergeschäftsführung in der "Stunde Null" - Das Beispiel Köln. In: Pohl (Hg.), DIHT, S. 135-142.
- WEISE, Jürgen, Kammern in Not - zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Die Stellung der Industrie- und Handelskammern in der Auseinandersetzung um eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung 1945-1956. Köln 1989 (= Wirtschafts- und Rechtsgeschichte 14).
- WEISSER, Michael, Die Poppelsdorfer Faience Fabrique. Monographie des feinkeramischen Betriebes von 1755 bis 1840. Bonner Geschichtsblätter 28, 1976, S. 37-68.
- WEISSER, Michael, Wessel's Wandplatten-Fabrik, Bonn. Katalog 1 zur Ausstellung "Volkskunst im Wandel". Köln 1978 (= Führer und Schriften des Rheinischen Freilichtmuseums für Volkskunde in Kommern 11).
- WEISSER, Michael, Porzellan- und Steingutfabrik Ludwig Wessel, Bonn-Poppelsdorf. Katalog 2 zur Ausstellung "Volkskunst im Wandel". Köln 1980 (= Führer und Schriften des Rheinischen Freilichtmuseums für Volkskunde in Kommern 12).
- Die Welt auf der Waage. 75 Jahre Chronos-Werke Reuther & Reisert KG Hennef/Sieg. Hennef 1956.
- WENIG, Otto, 150 Jahre Bonner Universitäts-Buchdruckerei 1819-1969. Bonn 1969.
- WERRES, J., Aus der Vergangenheit Rheinbachs. In: Rheinbach. Führer durch Rheinbach und seine Umgebung. Rheinbach 1962 (= Die schöne Eifel), S. 4-35.
- Die Wirtschaft. Mitteilungsblatt der IHK Bonn 1947ff.
- Der Wirtschaftsraum Köln-Bonn im Spiegel der Statistik. Köln <sup>4</sup>1972.
- Die Wirtschaftsregion Bonn. Strukturprobleme und Entwicklungschancen. Stuttgart 1986 (= Schriften zur Mittelstandsforschung 11 F).

- Westdeutsche Wirtschaftszeitung. Amtliche Zeitschrift der Handelskammern Aachen, Bonn, Coblenz, Köln Stolberg, Trier. Köln 1923ff.
- WOLFF, G.J., Statistik und Verwaltung des Kreises Rheinbach für die Jahre 1859 - 1861. Köln 1863.
- WÜLFFING, Fr., Beschreibung und Mittheilungen über die Resultate der Verwaltung des Kreises Sieg im Regierungsbezirk Cöln. Siegburg 1860.
- WÜLKER, Gerda, Der Wandel der Aufgaben der Industrie- und Handelskammern in der Bundesrepublik. Diss. Bonn 1972.
- WÜNDISCH, Fritz, Braunkohlenbergbau bei Euskirchen. Von der "Abelsgrube" und der Grube "Clemafin". Heimatkalender des Kreises Euskirchen 1966, S. 73-78.
- WÜNDISCH, Fritz, Erinnerungen an "Donatus". Zülpich, Liblar, Bliesheim. Heimatkalender des Kreises Euskirchen 1964, S. 95-100.
- WÜNDISCH, Fritz, Von Klütten und Briketts. Bilder aus der Geschichte des rheinischen Braunkohlenbergbaus. Brühl <sup>3</sup>1982.
- WUERST, E.A., Bonn und seine Umgebungen. Bonn 1869; <sup>2</sup>1881.
- ZÄNKER, Ursel und Jürgen (Bearb.), Bauen im Bonner Raum 49-69. Versuch einer Bestandsaufnahme. Düsseldorf 1969 (= Kunst und Altertum am Rhein 21).
- ZERLETT, Norbert, Germania-Brauerei, Hersel. o.O., o.J.
- ZERLETT, Norbert, Stadt Bornheim im Vorgebirge. Köln 1981 (= Rheinische Kunststätten 243).
- ZIMMER, Elisabeth, Die Unternehmer der chemischen Industrie in den Rheinlanden zur Zeit der Frühindustrialisierung (1800-1870). Bonn (maschinenschriftlich) 1988.
- ZIMMERMANN, Hans, Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Euskirchen im 19. Jahrhundert. Diss. Köln, Euskirchen 1926.
- ZYZIK, Ulrich, Geschichte der Rheinischen Tapetenfabrik Schleu & Hoffmann GmbH, Bonn-Beuel. Bonn (maschinenschriftlich) 1989.
- ZYZIK, Ulrich, Tapetenproduktion in Bonn-Beuel und die Rheinische Tapetenfabrik. In: Made in Bonn, S. 13-16.





